

---

# Historikertage im Vergleich

Herausgegeben von Gerald Diesener  
und Matthias Middell



Leipziger Universitätsverlag 1996

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Comparativ** : Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung / hrsg. im Auftrag der Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig e.V. von Matthias Middell. – Leipzig : Leipziger Univ.-Verl.

Früher Schriftenreihe

Jg. 6, H. 5-6. Historikertage im Vergleich. – 1996

**Historikertage im Vergleich** / Hg. Gerald Diesener und Matthias Middell. – Leipzig : Leipziger Univ.-Verl., 1996

(Comparativ ; Jg. 6, H. 5-6)

ISBN 3-931922-59-6

NE: Diesener, Gerald [Hrsg.]

Gedruckt mit Unterstützung der Alexander von Humboldt-Stiftung, Bonn.

© Leipziger Universitätsverlag GmbH, Leipzig 1996

COMPARATIV. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung 6 (1996) 5-6

ISSN 0940-3566

ISBN 3-931922-59-6

---

## Inhalt

<i>Gerald Diesenerl</i> <i>Matthias Middell</i>	Institutionalisierungsprozesse in den modernen historischen Wissenschaften	7
<i>Matthias Middell</i>	Die ersten Historikertage in Deutschland 1893–1913	21
<i>Gangolf Hübinger</i>	Historikertage und Soziologentage vor dem Ersten Weltkrieg. Kommunikation und institutionelle Abgrenzung	44
<i>Cathrin Friedrich</i>	„Gaudeant historiae“ – Die deutschen Historikertage in den 1920er Jahren	58
<i>Lutz-Dieter Behrendt</i>	Sowjetische Historiker auf internationalen Historikerkongressen der zwanziger und dreißiger Jahre	72
<i>Edoardo Tortarolo</i>	Die Zusammenkünfte italienischer Historiker zwischen 1879 und 1895	99
<i>Michael Geyer</i>	Die Jahresversammlungen der „American Historical Association“ am Anfang und Ende des 20. Jahrhunderts	109
<i>Eckhardt Fuchs</i>	Wissenschaft, Kongreßbewegung und Weltausstellungen: Zu den Anfängen der Wissenschaftsinternationale vor dem Ersten Weltkrieg	156
<i>Martin Sabrow</i>	Ökumene als Bedrohung. Die Haltung der DDR-Historiographie gegenüber den deutschen Historikertagen von 1949 bis 1962	178
<i>Martin Guntau</i>	Arbeiten zur Geschichte der geologischen Wissenschaften im Rahmen nationaler und internationaler Gremien	203
<i>Eberhard Wächtler</i>	Karl Marx, zwei deutsche Staaten und die Industriearchäologie. Gedanken zum Beitrag der DDR zur Formierung und Institutionalisierung der Industriearchäologie 1973 bis 1990	225
<b>Forum</b>		
<i>Helgard Fröhlich</i>	England zwischen Anpassung und Widerstand. Ideen und Mentalitäten 1649–1653	233

## Buchbesprechungen

Gangolf Hübinger, Kulturprotestantismus und Politik. Zum Verhältnis von Liberalismus und Protestantismus im wilhelminischen Deutschland, Tübingen 1994 ( <i>Cathrin Friedrich</i> )	257
Walter Bußmann und Günther Grünthal (Hrsg.), Siegfried A. Kaehler. Briefe 1900–1963, Boppard 1993 ( <i>Stefan Meineke</i> )	259
Martin Kröger/Roland Müller, Die Geschichtsbilder des Historikers Karl Dietrich Erdmann. Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik. Mit einem Vorwort von Winfried Schulze, München 1996 ( <i>Werner Berthold</i> )	262
Shulamit Volkov und Elisabeth Müller Luckner, Deutsche Juden und Moderne, München 1994 ( <i>Solveig Höppner</i> )	266
Arnold Paucker, Standhalten und Widerstehen. Der Widerstand deutscher und österreichischer Juden gegen die nationalsozialistische Diktatur, Essen 1995 ( <i>Solveig Höppner</i> )	266
Peter Hirsch und Billie Lopez, Reiseführer durch das jüdische Deutschland, München 1993 ( <i>Solveig Höppner</i> )	266
Gert Gröning und Joachim Wolschke-Bulmahn, Von Ackermann bis Ziegelhütte. Ein Jahrhundert Kleingartenkultur in Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 1995 ( <i>Günther Katsch</i> )	269
Dirk Bavendamm, Roosevelts Krieg 1937–1945 und das Rätsel von Pearl Harbor, München 1993 ( <i>Falk Höppner</i> )	272
Heinz Mohnhaupt und Dieter Grimm, Verfassung. Zur Geschichte des Begriffs von der Antike bis zur Gegenwart. Zwei Studien, Berlin 1995 ( <i>Wolfgang Schmale</i> )	275
Martin Hollis, Soziales Handeln – Eine Einführung in die Philosophie der Sozialwissenschaften, Berlin 1995 ( <i>Frieder Garten</i> )	276
Tom W. Bennett, Human Rights and African Law under the South African Constitution, Kapstadt 1995 ( <i>Wolfgang Schmale</i> )	278
Trutz von Trotha, Koloniale Herrschaft – Zur soziologischen Theorie der Staatsentstehung am Beispiel des „Schutzgebietes Togo“, Tübingen 1994 ( <i>Jürgen Zimmerer</i> )	278
Wolfram Fischer (Hrsg.), Lebensstandard und Wirtschaftssysteme. Studien im Auftrag des Wissenschaftsfonds der DG Bank, Frankfurt a. M. 1995 ( <i>Uwe Müller</i> )	280
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	285
Jahresinhaltsverzeichnis des 6. Jahrgangs 1996	286

---

Gerald Diesener/Matthias Middell

## Institutionalisierungsprozesse in den modernen historischen Wissenschaften

Weder Fritz Ringers *Mandarine* noch der *Homo academicus* von Pierre Bourdieu leben unbehaust als intellektuelle Einzelkämpfer, sondern bedürfen jener Institutionen, die sie selbst schaffen und benutzen. Damit aus der Idee das Paradigma (Th. Kuhn) oder gar die disziplinäre Matrix (J. Rüsen), mithin eine über individuelles Wirken und eine Generation hinausreichende Zusammenhänge<sup>1</sup>, werden, bedurfte es von einem bestimmten historischen Moment an nicht nur intellektueller Verbindungen, die ideengeschichtlich angelegte Rezeptionsforschung immer wieder zu Traditionsfäden zu verknüpfen sucht, sondern auch der Institutionalisierung. Wolf Lepenies hat diese organisatorischen Stabilisierungsvorgänge im Kampf um Position und Reputation innerhalb eines sich über die Institutionen konstituierenden akademischen Feldes als das Gewebe der sozialen Identität von Wissenschaft bezeichnet<sup>2</sup> und auf die Verklammerungen zur kognitiven Identität ebenso wie zur historischen Identität hingewiesen.

Die Suche nach disziplinspezifischer historischer Identität schlägt sich in einer institutionellen Ausfächerung der Wissenschaftsgeschichte selbst und der Zunahme disziplingeschichtlicher Darstellungen nieder. Die Geschichtswissenschaft bildet keine Ausnahme von diesem Trend.

Während nun aber für die Geschichte der Ideen und Konzepte die Diskussion zur Periodisierung und zum internationalen Vergleich in den letzten Jahren weit vorangetrieben worden sind<sup>3</sup>, fehlen ähnliche systematische Überlegungen, ungeachtet der Anregungen, die von Bourdieus Theorien sozialer Organisation der Humanwissenschaften<sup>4</sup> ausgegangen sind, für sich noch weitgehend. Institutionalisierung wird noch häufig als ephemere Zutat zur Entwicklung großer Gedankengebäude und historiographischer Serienproduktion beiseite gelassen, wenn es um die Beschreibung der Geschichtswissenschaft geht.<sup>5</sup> Oder aber die Beschreibung von Institutionalisierungsprozessen verbleibt im nationalen Rahmen, so daß die Besonderheiten und Regularitäten nicht über den Einzelfall hinaus wahrgenommen werden können.

Zahlreiche Universitäten und Forschungsförderungs-Einrichtungen haben in den letzten Jahren – sei es im jubiläumsgeliteten Rückblick oder im Bemühen um eine Neujustierung ihrer Funktionalität – geschichtliche Überblicke vorgelegt. Auf dieser Grundlage konnte bislang die universitäre

Institutionalisierung für Deutschland in einem größeren Überblick dargestellt werden.<sup>6</sup> Ein Zusammenhang zwischen der Institutionalisierung in Form von Instituten und Seminaren zu anderen *patterns* der Institutionalisierung wird dabei allerdings häufig nicht hergestellt.

Die folgenden Beiträge gehen auf eine Tagung zurück, die das Zentrum für Höhere Studien der Universität Leipzig und das Leipziger Institut für Kultur- und Universalgeschichte mit Unterstützung der Alexander-von-Humboldt-Stiftung im Oktober 1995 veranstalteten, nachdem der Vorschlag, eine entsprechende Sektion auf dem 40. Historikertag in Leipzig einzurichten, abgelehnt worden war. Dieses Kolloquium stand am Anfang einer Serie von Untersuchungen der Institutionalisierungsprozesse in den modernen historischen Wissenschaften, wobei deutsche Wissenschaftsgeschichte in einer komparatistischen Perspektive auf ihre Besonderheiten, aber auch dort, wo häufig noch ihre Vorreiterrolle oder ihre Exzeptionalität behauptet wird, auf ihre Einbettung in allgemeine Muster der Historiographiegeschichte hin analysiert werden soll.<sup>7</sup> Die Diskussion ging dabei von folgenden Gesichtspunkten aus:

1. Akademische Institutionalisierung ist eine Teilfunktion der Verwissenschaftlichung und Professionalisierung, aber sie setzt sich auch mit Formen der Institutionalisierung auseinander, die von nichtakademischer Beschäftigung mit Geschichte (Geschichtsvereine u. ä.) ausgehen. Damit hängt die Geschwindigkeit von Institutionalisierungsprozessen in den modernen historischen Wissenschaften und das Überwiegen ihrer akademischen Formen maßgeblich von der diskursiven und organisatorischen Trennung zwischen Laien- und Expertenarena ab. Dies ungeachtet der Tatsache, daß in den frühen Phasen von Institutionalisierung (auf den Kongressen und in den periodischen Publikationen) gerade die Verbindung zwischen den auseinanderdriftenden Diskursen gesucht wurde, weil sich bei einigen akademischen Historikern das Gefühl einer Krise in jenem Moment verstärkte, da die Verbindung zu jenen bildungsbürgerlichen Schichten gekappt zu werden drohte, die den modernen Drang nach Historisierung anfangs getragen haben. Wie lange dieser Zusammenhalt aufrechterhalten werden konnte, hing in den einzelnen Ländern<sup>8</sup> vor allem davon ab, welchen Grad der Akademisierung die Geschichtsvereine sich selbst erlaubten, welche Kommunikationsformen zwischen akademischen und Laienhistorikern in den neu entstehenden Institutionen gefunden wurden und inwieweit das Streben nach kultureller Fundierung der noch frischen und prekären nationalen Einigung Sinn für diese Zusammenarbeit stiftete.<sup>9</sup>

2. Es lassen sich so für Europa und Nordamerika verschiedene Schübe von Institutionalisierung unterscheiden, wobei in der Phase zwischen ca. 1860 und 1920<sup>10</sup> zwei solche Schübe beinahe nahtlos ineinander fließen und die

Diskussion das gesamte Spektrum jener Fragen enthält, die auch spätere Institutionalisierungsprozesse bestimmt haben.<sup>11</sup>

- a) 1860–1890: Es entstehen die ersten Seminare, und aus den Periodika, die noch von Laien und Experten gemeinsam getragen werden, profilieren sich erste akademische Zeitschriften mit jeweils nationalem Anspruch heraus. Tagungen finden vor allem als Zusammenschlüsse der lokalen und regionalen Geschichtsvereine statt.
- b) 1880–1914: Etablierung nationaler und auch internationaler Kongresse als neuer Kommunikationsform sowie Herausforderung der Geschichtswissenschaft durch die Konkurrenz von Nationalökonomie und Soziologie in ihrem vorsezialistischen faktisch universalhistorischen Anspruch.
- c) zwanziger/dreißiger bis sechziger Jahre: Erweiterung des Zeitschriftenpektrums um sozial- und teilweise kulturgeschichtliche Gegengründungen; Herausbildung von Forschungsinstituten neben den Universitätsseminaren; erste Ansätze einer zentralen Ressourcenverteilung für die Forschungsförderung und erste Formen einer Selbstorganisation der Forschungssteuerung auf nationaler Ebene. Damit im Zusammenhang tritt mit dem französischen C.N.R.S. und den Instituten der Akademien der Wissenschaften in zahlreichen ost- und mitteleuropäischen Ländern ein neuer Typus der Forschungsorganisation jenseits der alten Universitäten auf, der an die Stelle hierarchischer Ordinerienherrschaft die Kooperation innerhalb von Forschungsgruppen setzt, die sich in großangelegten und zumeist auch quantifizierende Verfahren benutzenden *enquêtes*<sup>12</sup> neue Gegenstände erschließen, die die Verschiebung des Methodenspektrums hin zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte erzwingen. Allerdings zeigte sich nach dem Abflauen der Euphorie in den sechziger Jahren, daß dort, wo eine starke Führungsfigur<sup>13</sup> fehlte, dieses Muster schnell wieder in unkoordinierte Einzelforschung zerfallen konnte; daß seine Eignung für sozialgeschichtliche Reihenerhebungen noch nicht bedeutete, es eigne sich auch für textkritische und hermeneutische Verfahren in der neuen Kulturgeschichte, und daß auch die Universitäten mit der Einrichtung von Forschungszentren sich dieses Muster anverwandeln konnten.<sup>14</sup>
- d) siebziger Jahre: Interdisziplinäre Erweiterung der Geschichtswissenschaft in Lehre und Forschung durch die konkurrierende Entwicklung der *area studies* in der Entwicklungsländer-Forschung; neuartige Beziehungen zwischen akademischen Historikern und der Publizistik bzw. dem Fernsehen in verschiedenen Ländern; Ausbau des CISH durch zahlreiche Kommissionen und ein damit verbundener Schub tatsächlich internationaler Forschung.

- e) neunziger Jahre: Konfrontation der institutionalisierten Geschichtswissenschaft mit der Logik nichthierarchischer Netzwerke in den neuen Medien und tendenzielle Aufhebung der ortsgebundenen Institutionalisierung.

Bei allen Unterschieden zwischen den einzelnen Etappen zeigt sich aber doch, daß die Zeit zwischen den 1890er Jahren und den siebziger Jahren unseres Jahrhunderts einer Formation zuzugehören scheint, in der die gleiche Logik der Institutionalisierung die Herausbildung nationaler Repräsentanz immer weiter verstärkte. Obwohl dieses Muster, das nach dem Zweiten Weltkrieg noch einmal Auftrieb erhalten hatte, weil die Historiographien der „zweiten“ und der „dritten“ Welt diesen Weg im wesentlichen nachvollzogen, Ende der sechziger Jahre erkennbar an Grenzen gestoßen war, sorgte doch gerade die Institutionalisierung der nationalen Repräsentanz auf internationaler Ebene dafür, daß sie im wechselseitigen Mißtrauen der Blöcke eingefroren blieb. Der Wechsel zu einem neuen Muster der Institutionalisierung, in dem nicht mehr hierarchische nationale Repräsentanz international verknüpft wären, sondern eine neue, transnationale (d.h. ebenso durch ihre globalen wie durch ihre interkulturellen Fragestellungen die nationalen Paradigmen unterlaufende) Geschichtswissenschaft verkörpert ist, steht noch bevor. Die kritische Historisierung der bisher gültigen Muster kann dabei jedoch ein Beitrag sein, Selbstverständlichkeiten fragwürdig werden zu lassen.

3. Die nationalen Rhythmen der Institutionalisierung weichen, wie ein Blick über die in diesem Heft vorgestellten Fälle schnell erweist, z. T. erheblich voneinander ab. Keineswegs finden sich in jeder Historiographie alle Phasen gleichermaßen ausgeprägt. In einem typologischen Vergleich zeichnen sich vor allem die Unterschiede zwischen dem amerikanischen Modell mit seiner starken Autonomie der Universitäten als handlungsfähigen Institutionalisierungsakteuren, dem deutschen Modell mit seinem Kulturföderalismus, in dem den Kultusbehörden und Wissenschaftspolitikern der Länder im Zusammenspiel mit einzelnen Ordinarien die Initiative zufällt, und dem italienisch-französischen Modell mit seiner entscheidenden Rolle der zentralen *concours* für die Besetzung der Positionen und der weitgehenden Handlungsunfähigkeit der Universitäten für die Institutionalisierung ab.

4. Institutionalisierungsprozesse führen zweifellos in die Verfestigung von methodischen Positionen (aus *invisible colleges* werden institutionell sichtbare Schulen). Darüber darf aber nicht übersehen werden, daß Institutionalisierungsprozesse auch die Funktion haben, die Zuspitzung der Oppositionen zu mildern. Hieran knüpft sich die Frage, inwieweit sich in den Institutionen über einen notdürftigen Kompromiß an sich diametral gegenüber-

stehender Auffassungen über historiographische Konzepte, deren politische Relevanz und die Organisation von Forschung und akademischer Lehre hinaus „nationale Stile“ von Geschichtsschreibung manifestieren, die sich in einer bestimmten Form der Internationalisierung sogar noch verstärken, indem sie Rollenverhalten erzwingen, Fremdwahrnehmung lenken und auch in den Institutionen eines Landes zur Durchsetzung mehrheitsfähiger, d. h. kompromißhafter Positionen drängen.

Indem Institutionalisierung konsensbildend wirkt, dämpft sie die Konflikte zwischen den verschiedenen Schulen in einem Maße, das es überhaupt sinnvoll machen kann, von nordamerikanischer, japanischer, englischer, französischer oder deutscher Geschichtsschreibung zu sprechen.

\* \* \*

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erhielt der Institutionalisierungsprozeß der historischen Wissenschaften – nachdem vorher zwar Professuren an den Universitäten bestanden, Geschichtsschreibung jedoch eher durch gemeinsame Werte (und in gewissen Teilen durch die schon seit den zwanziger Jahren aus dem Boden schießenden Geschichts- und Altertumsvereine) als durch Institutionen definiert wurde – eine neue Dimension: Der Diskurs über Vergangenheit als eine spezifische gesellschaftliche Praxis erhielt nun seine Legitimität mehr und mehr durch die Position der Sprecher in einem ausdifferenzierten Gefüge von akademischen Positionen in Historischen Seminaren, Redaktionen von Fachzeitschriften, wissenschaftsfördernden Einrichtungen. Deren lokale Verankerung bedurfte eines Pendantes im Kommunikationsraum der historischen Kongresse. Damit veränderte sich die Lebenswelt der Historiker, die sich zunehmend in einem eigenen Diskurs einrichteten und Positionsgewinne vor allem relativ zu den Fachkollegen wahrnahmen. Die institutionellen Prägungen<sup>15</sup> traten in den Vordergrund und konstituierten Wissenschaft als System, das beanspruchte, den nationalen Raum auszufüllen und zugleich in seiner Historizität zu repräsentieren.

Die Erfolgsgeschichte des deutschen Historikertags, der sich rasch und scheinbar konkurrenzlos zu einem Forum nationaler Kommunikation unter den professionellen Historikern entwickelte, beruhte nicht vorrangig auf der schnellen Herstellung eines innovativen Konsens, sondern eher auf einem Schweigekomproiß über die grundsätzlichen Streitfragen im Fach wie die nach den Verhältnissen von Politik und Wissenschaft, Gegenwartserfahrung und historischer Verortung sowie Staat, Gesellschaft und Historie. Vor dem Hintergrund eines politisch konservativ eingefärbten Kompromisses war auch die Einbeziehung des „Klingelbeutelgenies“ (Meinecke) eines Lamprecht möglich, der dem Institutionalisierungsprozeß

seine wichtigen Formen verlieh, ohne allerdings seine damit verbundenen konzeptionellen Ansprüche an eine neue Geschichtswissenschaft durchsetzen zu können.

*Gangolf Hübinger* kontrastiert die Erfahrung der Historikertage mit ihrem „eingespielten Fachdiskurs, routinierten Geschäftsberichten über empirische Großprojekte, gedämpften Methodendiskussionen, dafür reger Geselligkeit“ mit dem gereizten Klima der frühen deutschen Soziologentage von 1910 und 1912. Das neue Fach erschien den zeitgenössischen Betrachtern unter den Historikern entweder als eine Vereinigung von anderweitig fachlich Gebundenen und deshalb überflüssig, oder aber als von geistreichen, jedoch unseriösen Leuten dominiert. Eine andere Lektüre, die aber zum gleichen Ergebnis führt, bieten die Verhandlungsprotokolle der Historikertage, auf denen die Gothein, Toennies und Sombart wohl aufgetreten waren, am Ende jedoch mit herzlich geringem Gewinn. Die Kongresse erweisen sich so auch und vielleicht vor allem als Ort, an dem Grenzen gezogen wurden und damit auch einer neuen Wissenschaft „für sich“ der Raum entstand. Die Soziologie entfaltete sich auf den Trümmern des Streits um die neue Kulturgeschichte: Die Bemühungen Lamprechts und seiner Anhänger um Öffnung der Historikertage zur Nationalökonomie und einer Soziologie *avant la lettre* sowie zum Ausland hin haben diese Scheidung vielleicht um einige Jahre verzögern aber nicht verhindern können.<sup>16</sup> Brücken zwischen modernisierter Geschichtswissenschaft und Soziologie werden immer wieder geschlagen, aber der dominierende Prozeß ist doch die institutionelle Abgrenzung verschiedener fachlicher Identitäten. Unter den obwaltenden Kräfteverhältnissen in der deutschen Historiographie und angesichts der selbstgestellten Aufgabe, historische Bilder für eine nationale Weltanschauung zu mobilisieren, war institutionelle Fortentwicklung der Geschichtswissenschaft nur um den Preis einer Abkoppelung von jenen kulturkritischen Fragestellungen zu haben, die die Soziologie hervortrieben. Es gehört heute zum selbstkritischen Repertoire der Historiker, diesen Abbruch auf der konzeptionellen Ebene zu bedauern. Übersehen wird dabei aber zumeist, wie stark diese Gründungskonstellation in den Institutionen und den von ihnen stabilisierten Identitäten fortgeschrieben wurde. Das Bild des Dilettantismus, der in der Kulturgeschichte wie in der Soziologie für Georg von Below immer wieder sein Haupt erhob, war als Gegenüber notwendig für jene Selbstwahrnehmung der Historiographie als „strenge Fachdisziplin“, die einen rasanten Institutionalisierungs- und Professionalisierungsprozeß abschloß. Die internationale Ausstrahlung des deutschen Modells verstärkte den Eindruck, es habe sich bei dieser Ausgrenzung nicht um eine Verlust-, sondern um eine Erfolgsgeschichte gehandelt. Für beinahe ein halbes Jahrhundert beherrschte eine Generation,

die zwischen 1906 und 1908 von den Gründervätern des Historikertages das Zepter übernommen hatte, die Muster der Verfachlichung – ihre Spuren hatte sie sich im Methodenstreit erworben.<sup>17</sup>

Als entgegenstehende Muster boten sich nach italienischem und französischem Vorbild aus der Regionalgeschichte und den lokalen Geschichtsvereinen emporwachsende nationale Versammlungen der Laien- und professionellen Historiker einerseits und interdisziplinäre informelle Gesprächskreise wie das Leipziger „Positivistenkränzchen“<sup>18</sup> andererseits an. Beide Traditionen bestanden durchaus fort<sup>19</sup>, wenn auch in ihrer Attraktivität durch die nun überall national wie international einsetzende „disziplinierte“ Kongresskultur beeinträchtigt. Sie waren allerdings mit dem Vorwurf des Dilettantismus schärfer noch als in anderen Ländern aus dem Ballsaal der Gelehrsamkeit verwiesen.

*Cathrin Friedrich* verfolgt die Wiederaufnahme der Historikertage nach dem Ersten Weltkrieg und zeigt, wie sich das Modernisierungsdefizit, das die Institutionalisierung in der vorherigen Gründungsphase akademischer Geschichtswissenschaft festgefroren hatte, partiell durch das Hervortreten der Landesgeschichte abbauen ließ, die mit ihren kulturmorphologischen Fragestellungen die Verbindung zur Geographie, Volkskunde, Anthropologie und Sprachgeschichte gleichermaßen unterhielt. Rudolf Kötzschkes Vortrag über das Verhältnis von Landes- und Nationalgeschichte von 1924 versuchte die Möglichkeiten einer Übertragung dieses transdisziplinären Ansatzes auf die Geschichtsschreibung insgesamt auszuloten. Die Aufwertung der Landesgeschichte nach 1918 schrieb Lamprechts Innovation<sup>20</sup> von 1894, der Verankerung einer Sitzung der landesgeschichtlichen Publikationsinstitute auf dem Historikertag, fort und durchbrach die Isolation der regional verankerten Forschungsansätze. Ulrich Raulff hat allerdings kürzlich darauf hingewiesen, wie sich die deutsche Landesgeschichte als Volksgeschichte von den methodischen Innovationen der frühen Annales-Schule unterschied.<sup>21</sup> Er erweitert damit vergleichend die Argumente von Luise Schorn-Schütte zum interdisziplinären Ansatz der Landesgeschichte und von Willi Oberkrome zu mythisierenden Tendenzen der Volksgeschichte.<sup>22</sup> Diese problematischen Neuerungen standen indes – daran sei hier noch einmal erinnert – im Kontext eines selbstbewußten Faches, dessen führende Vertreter vor 1914 sozialisiert waren und vom Primat der Außenpolitik zu der sie bewegenden Hauptfrage fanden: wie die Niederlage von 1918 wenigstens auf den Seiten historischer Darstellungen und in den Sälen des Historikertages korrigiert werden könnte. Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte gehörten damit nicht zum Programm der Historikertage in den zwanziger Jahren, die als wichtige Definitionsinstanz

für fachliche Prioritäten auch die Berufungs- und Karrierestrategien festlegten.<sup>23</sup>

Die Abtrennung der Tagung der Geschichtslehrer – in Halle 1930 noch zeitgleich sich versammelnd, in Göttingen 1932 gar nicht mehr vertreten – und das Fiasko des ausgefallenen Historikertages im Rheinland 1931, der an den wirtschaftlichen Umständen<sup>24</sup> und dem nicht einzulösenden Anspruch einer politischen Demonstration in den „Grenzlanden“ scheiterte<sup>25</sup>, signalisierten die Entfernung von den ursprünglichen Anliegen des Historikertages. Unter den Bedingungen nationalsozialistischer Wissenschaftspolitik schließlich verlor der Historikertag vollends seine Bedeutung als fachinterne nationale Repräsentanz. Auf höchst widersprüchliche Weise wurde 1948 der Neuaufbau der Institution gleichermaßen unter Betonung von Kontinuität und Bruch betrieben. Als entscheidendes Argument traten nun die Sachzwänge internationaler Vertretung einer zu rekonstruierenden deutschen Geschichtswissenschaft in den Vordergrund.

Dieser Versuch der Kontinuitätssicherung hat mit der auch von *Michael Geyer* anhand der nordamerikanischen Historikerkongresse der *American Historical Association* festgestellten Einheit eines Verfächlichungstyps zwischen den neunziger Jahren des 19. und den sechziger Jahren unseres Jahrhunderts zu tun. Die Suche nach institutionalisierter Scheidung der Experten- von der Laienszene und die Etablierung einer nationalen Repräsentanz, die den Deutungsanspruch der Historiker für die Geschichte der am Anfang dieses Zeitraumes noch ganz unter dem Vereinigungsstrauma stehenden Nationen bekräftigte, steuerten Form und Inhalte der Historikerkongresse. Das italienische Beispiel einer gerade am Ende des 19. Jahrhunderts abgebrochenen Tradition von Historikertagungen, das *Edoardo Tortarolo* vorführt, belegt einerseits den gleichen Drang der Historiker nach einer solchen nationalen Repräsentanz, andererseits aber das Scheitern an den regionalen Unterschieden unter den Bedingungen einer noch nicht entfalteten akademischen Professionalisierung des Faches. Dort, wo die verschiedenen Ebenen der Institutionalisierungsprozesse (Kongresse, Seminare, Zeitschriften, Forschungsinstitute) so eklatant auseinanderfielen wie in Italien, war an eine Stabilisierung kaum zu denken.

Die Bemühungen um Einrichtung nationaler Kongresse stießen auf die konkurrierenden Interessen der regionalen und lokalen Geschichtsvereine, die teilweise mit ihren Zusammenschlüssen (*Congrès des sociétés savantes* in Frankreich; *Organization of American Historians* in den USA) selbst eine andere Logik für ein nationales Institutionalierungsmodell ins Spiel brachten. Da die Historikertage ihrerseits ebenfalls auf dem regionalen Paradigma aufbauen mußten, wenn sie sich nicht von einem großen Potential der Geschichtsschreibung abkoppeln wollten, blieb ihnen nur das Ge-

genbild des Dilettantismus, dem sich die konkurrierenden Einrichtungen jedoch ihrerseits durch eigene Professionalisierung oder durch die Betonung größerer Nähe zur Gesellschaft und damit zum Publikum entziehen konnten. Da sich in dieser Konstellation nirgendwo eine alles kontrollierende nationale Instanz historiographischer Kommunikation und Normsetzung durchsetzte, blieb die akademische Institutionalisierung immer nur eine Möglichkeit, mit unterschiedlich großen Spielräumen.

Die Suche nach der nationalen Repräsentanz fand sehr schnell ihr Pendant und ihre Ergänzung im Streben nach Institutionalisierung der internationalen Kooperation.<sup>26</sup> Aber auch der umgekehrte Weg war möglich: Die hartnäckige Aufforderung des Norwegers Halvdan Koht an die sowjetische Geschichtsschreibung, sich an den internationalen Kongressen zu beteiligen, induzierte, wie *Lutz-Dieter Behrend* zeigen kann, zwischen den Vorbereitungen für Oslo 1928 und Warschau 1933 über die Debatten zur Zusammensetzung der Delegation und ihres programmatischen Auftretens funktionsäquivalente Auseinandersetzungen über „nationale“ Repräsentanz in der UdSSR, wie sie in anderen Ländern über die nationalen Historikertage abliefen. Selbstkonstituierungsprozesse in einer noch sehr jungen wissenschaftlichen Landschaft standen neben massiven Einwirkungen der Wissenschaftspolitik.

Die Praxis der internationalen Kongresse führte in jene „nationale Geschlossenheit“ der Delegationen, die Beobachter wie der Deutsche Hermann Reincke-Bloch in den späten zwanziger Jahren als Novum gegenüber der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg empfanden, die aber doch gerade Ziel und Effekt der nationalen Historikertage und des von den Verbandsoberen betriebenen diplomatischen Spiels im Vorfeld der internationalen Kongresse waren. Zum fachspezifischen Habitus trat nun – geschärft an der Wahrnehmung der Unterschiede wissenschaftlicher Traditionen – die Idee der Zugehörigkeit zu einer nationalen Geschichtswissenschaft.

*Eckhardt Fuchs* demonstriert, inwieweit mit diesem Paradigma internationaler Kooperation nationaler Historiographien seit den zwanziger Jahren die ältere Erfahrung der individuellen Zusammenarbeit in einer internationalen Gelehrtenrepublik außer Kraft gesetzt wurde. Professionalisierung, akademische Institutionalisierung und „Nationalisierung“ der Geschichtswissenschaft fallen so nicht nur zeitlich zusammen, sondern gehören zu ein und demselben Stadium der Wissenschaftsentwicklung, das an die Stelle eines früheren tritt, in dem Laien- und Expertenkultur durchlässig sind, das Ideal der „Einheit der Wissenschaften“ noch nicht aufgegeben ist und individuelle Gelehrsamkeit in die internationalen *république des lettres* führt. Der Umbruch zwischen beiden Stadien läßt sich auf die Zeit zwischen den

späten neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts und dem Ersten Weltkrieg datieren.

In diesem neuen Stadium ging es zunächst um die Etablierung internationaler Kommunikationsformen und (in den zwanziger Jahren) um die Integration der beiden Außenseiter Deutschland und Sowjetunion. Mit dem Auftreten der sowjetischen Historiker überlagerte sich scheinbar die Austarierung nationaler Repräsentanzen durch den Konflikt zwischen bürgerlicher Geschichtswissenschaft und historischem Materialismus. Die (im Falle der Sowjetunion schon Mitte der dreißiger Jahre gewaltsam erreichte) Identifikation von marxistisch-leninistischem Charakter der methodischen Grundlage mit der nationalen Ausprägung des Geschichtsbildes und der akademischen Institutionalisierung bot jedoch rasch die Möglichkeit, den Systemkonflikt in das allgemeine Muster fachlicher Entwicklung einzubauen. Der Zweite Weltkrieg bildete eine Unterbrechung auf der organisatorischen Ebene, gleichwohl blieb das am Anfang des Jahrhunderts gewonnene Paradigma bestimmend. Die Historiographien der Volksdemokratien fügten sich dem ebenso ein wie die nach 1960 entstehenden nationalen Geschichtsschreibungen in den von kolonialer Fremdbestimmung befreiten Ländern Afrikas und Asiens. Die „Ökumene der Historiker“ setzte die Existenz nationaler Repräsentanzen der jeweiligen Historikerschaft voraus und beförderte deren Konsolidierung durch internationale Anerkennung.

Als kritischer Fall für das Paradigma internationaler Kooperation über national verfaßte Repräsentanzen mußte sich die deutsche Teilung erweisen. *Martin Sabrow* untersucht den Weg vom Festhalten an *einer* nationalen Geschichtsschreibung auf den ersten Nachkriegshistorikertagen bis zur Teilung der Geschichtswissenschaften zwischen dem Eklat von Trier, der Gründung der DDR-Historikergesellschaft 1958 als Grundlage für die Durchführung eigener Kongresse und der DDR-Präsenz auf dem Internationalen Kongreß in Stockholm 1960. Die Anerkennung dieser Teilung mochte bei den einzelnen Historikern unterschiedlich lange dauern, spätestens mit der selbstverständlichen Teilnahme einer eigenständigen DDR-Delegation auf den internationalen Historikerkongressen fand die Einrichtung einer quasi nationalen Repräsentanz ihren Abschluß, die auf der Ebene der Institutionen die Etablierung eines separaten Binnendiskurses verdeutlichte. Die Ironie dieses „Sieges“ einer auf Souveränität und Anerkennung erpichten Historikerschaft lag aber darin, daß sie ihn genau in dem Moment erreichte, als das zugrundeliegende Paradigma deutliche Züge der Erschöpfung aufwies.

Der ausschließende Charakter dieses Typs von Institutionalisierung wurde spätestens seit den sechziger Jahren in den Protesten von Historike-

rinnen und Historikern, die sich der Frauengeschichte und der Geschichte der Minderheiten zuwandten, sichtbar. Zugleich wurden diese der Tatsache gewahr, daß ihre eigene Verfachlichung die entscheidende Hürde zu einem Publikum bildete, für das sich erst langsam über Forschungen zur Geschichtskultur wieder ein Interesse zu bilden begann. Die objektivistischen Annahmen, auf die sich der Anspruch nationaler Repräsentanz gründete, erwiesen sich durchaus als fragwürdig.<sup>27</sup> Die internationale Historikergemeinschaft trieb die Institutionalisierung der „nationalisierten“ Verfachlichung in der Einrichtung unzähliger Kommissionen und Unterkommissionen auf die Spitze – aus dem Systemkonflikt ließ sich schon bald kein wirklicher Erkenntnisgewinn mehr beziehen. So erlebte der Historikerkongreß 1990 in Madrid seine eigene Ratlosigkeit ob des Aufbruchs aus einem Gefängnis, dessen Gitterstäbe die UNO-gleiche paritätische Besetzung der Leitungsgremien bildeten, beinahe als Befreiung. Für eine sofortige Diskussion der Konsequenzen schien es jedoch noch zu früh. Der Kongreß von Montréal folgte dem eingespielten Muster, das Jahrtausendereignis eines Internationalen Historikerkongresses in Oslo 2000 dürfte dagegen der Platz sein, sich Rechenschaft darüber abzulegen, für wen dieses alte Paradigma von Nutzen sein kann und welchen neuen Entwicklungen es eher im Wege steht.

Die Institutionalisierung der wissenschaftsgeschichtlichen Forschungen – deren Zusammenhang zur Geschichtswissenschaft durch eine einengende Professionalisierung der Historiographie seit dem Ende des 19. Jahrhunderts prekär geworden ist und gerade erst wieder mühsam geknüpft wird – verlief wenigstens teilweise nach anderen Mustern, wie *Martin Guntau* und *Eberhard Wächtler* in ihren Aufsätzen zeigen. Die späte Verselbständigung und das ungeklärte Verhältnis zu den historischen, technik- bzw. naturwissenschaftlichen Mutterdisziplinen folgte wohl bei der Internationalisierung dem Schema des CISH, gründete aber bei weitem nicht auf so feste nationale Repräsentanzen. Diese „Randstellung“ der Wissenschaftsgeschichte begünstigt offenbar Elemente jener auf individueller Entscheidungsfreiheit beruhenden „Gelehrtenrepublik“, die noch immer als Ideal über den Bemühungen der Wissenschaftler schwebt.

Der Rückblick auf ein „kurzes 20. Jahrhundert“ der Institutionalisierung historischer Wissenschaften schärft das Auge für die aktuellen Umbrüche, die sich im Ausprobieren neuer Kommunikationsformen auf der Grundlage elektronischer Medien wie in der Vermehrung internationaler Zusammenkünfte, die auf individueller Mitwirkung beruhen, anzeihen.

## Anmerkungen

- 1 R. Stichweh, Zur Entstehung des modernen Systems wissenschaftlicher Disziplinen. Physik in Deutschland 1740–1890, Frankfurt a. M. 1984, S. 63.
- 2 W. Lepenies, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Geschichte der Soziologie. Studien zur kognitiven, sozialen und historischen Identität einer Disziplin, Frankfurt a. M. 1981, Bd. 1, S. 1.
- 3 Vgl. den Überblick bei G. G. Iggers, Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert, Göttingen 1993 sowie die ersten Bände der Reihe Geschichtsdiskurs, hrsg. von W. Küttler, J. Rüsen und E. Schulin, Frankfurt a. M. 1993ff.
- 4 P. Bourdieu, Homo academicus, Frankfurt a. M. 1992.
- 5 Vgl. dagegen für die westdeutsche Nachkriegsgeschichtsschreibung die Studie von W. Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1989, die den Institutionen ausführliche Beachtung schenkt.
- 6 H.-J. Pandel, Von der Teegesellschaft zum Forschungsinstitut. Die historischen Seminare vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Kaiserreichs, in: H. W. Blanke (Hrsg.), Transformationen des Historismus. Wissenschaftsorganisation und Bildungsorganisation vor dem Ersten Weltkrieg. Interpretationen und Dokumente, Waltrop 1994, S. 1-31. – Der Band geht mit Ausnahme dieses jüngeren Textes auf eine Tagung 1983 zurück und behandelt vor allem die Diskussion um Institutionalisierung in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg.
- 7 Eine Folgetagung ist für November 1997 geplant und wird sich der Rolle von Fachzeitschriften als Instanzen der Institutionalisierung zuwenden.
- 8 Vgl. für den in diesem Heft nicht vertretenen Fall Frankreichs die umfassenden Studie über die Geschichts- und Altertumsvereine sowie die Lokalvereine mit historischem Zuschnitt von J.-P. Chaline, Sociabilité et érudition: les sociétés savantes en France XIXe-XXe siècles, Paris 1995 sowie für die Organisation des akademischen Lebens: R. Fox/G. Weisz, The Organization of Science and Technology in France 1808–1914, Cambridge/London/New York 1980.
- 9 Vgl. H. Boockmann (Hrsg.), Geschichtswissenschaft und Vereinswesen im 19. Jahrhundert: Beiträge zur Geschichte historischer Forschung in Deutschland, Göttingen 1972.
- 10 Vgl. den Überblick bei A. Oleson/J. Voss (Hrsg.), The Organization of Knowledge in Modern America 1860–1920, Baltimore 1979.
- 11 Die Institutionalisierungsprozesse in den Geschichtswissenschaften Lateinamerikas, Asiens und Afrikas verdienten eine eigene Untersuchung. Die dabei nicht auszublenkenden Wechselwirkungen zwischen den Verhältnissen in den Metropolen der ehemaligen Kolonialreiche und der Konstituierung einer unabhängigen Historiographie nach Erreichen der staatlichen Souveränität sollen Gegenstand einer Tagung im Herbst 1997 in Washington sein (vgl. die Ankündigung in Karl-Lamprecht-Rundbrief 1/1997, Leipzig 1997).
- 12 F. Braudel, Die Rückkehr zu den Enquêtes, in: M. Middell/S. Sannler (Hrsg.), Alles Gewordenen hat Geschichte. Die Schule der Annales in ihren Texten, Leipzig 1994, S. 92-96.
- 13 Wie sie idealtypisch vielleicht im Rahmen der Pariser *Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales* Fernand Braudel mit dem Organisationstalent Clemens Heller an der Seite darstellte.

- 14 Man erkennt unschwer in den Auseinandersetzungen um die Auflösung der Akademie-Institute der ehemaligen DDR eine Fernwirkung dieser Konkurrenz zweier Paradigmen, wenn man das starke Engagement etwa der Hochschulrektorenkonferenz gegen eine außeruniversitäre Ansiedlung geisteswissenschaftlicher Forschung betrachtet.
- 15 L. Raphael unterscheidet hierbei die Prägung durch Ausbildungsinhalte, durch die Kriterien für die Wahl neuer Mitglieder in die akademische Gemeinschaft und ihre künftige Karriere, durch die Formen der Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gruppen/Schulen innerhalb des akademischen Feldes, durch die Kodifizierung des Wissens und der Kommunikation über dieses Wissen; vgl. L. Raphael, *Organisational Frameworks of University Life and Their Impact on Historiographical Practice*, in: KVHAA Konferenser, Bd. 37, Stockholm 1996, S. 151-167.
- 16 Das hier wegen der Absage einer Referentin nicht vertretene französische Beispiel belegt durchaus diese Tendenz. Auch dort, wo später die Modernisierung der *Annales*-Schule der Historiographie eine weit aktivere Rolle beim Rückgewinn der Meinungsführerschaft und der Innovation verschaffte, etablierte sich die Soziologie als kulturgeschichtlich inspirierte Gegenwartsdeutung nach der Absage der Sorbonne-Historikerschaft an diese Aufgabe. Vgl. ebenda sowie Y. Nadan, *Le maître, les doctrines, les membres et le „magnum opus“*. Une étude critique et analytique de l'école durkheimienne, Paris o. J.
- 17 Eine ausführliche Darstellung des Lamprechtstreits bietet R. Chickering, *Karl Lamprecht. A German Academic Life (1856-1915)*, Atlantic Highlands, N.J. 1993; über die transdisziplinären Folgen vgl. L. Raphael, *Historikerkontroversen im Spannungsfeld zwischen Berufshabitus, Fächerkonkurrenz und sozialen Deutungsmustern. Lamprechtstreit und französischer Methodenstreit in vergleichender Perspektive*, in: HZ Bd. 251, 1990, S. 325-363; G. G. Iggers, *The „Methodenstreit“ in International Perspective. The Reorientation of Historical Studies at the Turn from the Nineteenth to the Twentieth Century*, in: *Storia della Storiografia*, 1984, H. 6, S. 21-32; E. Fuchs, *Englischer Methodenstreit und Lamprechtkontroverse in vergleichender Perspektive*, in: G. Diesener (Hrsg.), *Karl Lamprecht weiterdenken. Universal- und Kulturgeschichte heute*, Leipzig 1993, S. 242-257.
- 18 Vgl. R. Chickering, *Der „Leipziger Positivimus“*, in: *Comparativ*, H. 3, 1996, S. 20-31.
- 19 Vgl. W. Oberkrome, *Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung der deutschen Geschichtswissenschaft 1918-1945*, Göttingen 1993. Das hervorstechendste Beispiel der Institutionalisierung transdisziplinärer Forschungsvorhaben und Kommunikationskultur ist sicher das Frankfurter Institut für Sozialforschung, vgl. R. Wiggershausen, *Die Frankfurter Schule. Geschichte – Theoretische Entwicklung – Politische Bedeutung*, Frankfurt a. M. 1988.
- 20 Siehe dazu auch R. Chickering, *Karl Lamprecht (1856-1915) und die methodische Grundlegung der Landesgeschichte*, in: *Geographie, Politik und ihre Didaktik*, Sonderheft 8, Paderborn 1992, S. 16-23.
- 21 U. Raulff, *Ein Historiker im 20. Jahrhundert: Marc Bloch*, Frankfurt a. M. 1995, S. 456f.
- 22 L. Schorn-Schütte, *Territorialgeschichte – Provinzialgeschichte – Landesgeschichte. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der Landesgeschichtsschreibung*, in: H.

- Jäger (Hrsg.), *Civitatium communitas. Studien zum europäischem Städtewesen*, Köln/Wien 1984; W. Oberkrome, *Volksgeschichte* (Anm. 19).
- 23 Vgl. H. Schleier, *Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik*, Berlin 1975, vgl. für die Frage der Kontinuität konkurrierender Ansätze außerhalb des Historikertages: R. vom Bruch, *Weiterführung der Schmollerschen und Lamprechtschen Traditionen in der Weimarer Republik?*, in: G. Diesener (Hrsg.), *Karl Lamprecht weiterdenken* (Anm. 17), S. 225-241.
- 24 P. Schumann, *Die deutschen Historikertage von 1893 bis 1937. Die Geschichte einer fachhistorischen Institution im Spiegel der Presse*, Marburg 1974, S. 396.
- 25 H. Schleier, *Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung* (Anm. 23), S. 114f.
- 26 Eine ausführliche Darstellung der internationalen Historikerkongresse und des *Comité International des Sciences Historiques* aus der Sicht eines über lange Jahre Beteiligten bietet K. D. Erdmann, *Die Ökumene der Historiker. Geschichte der Internationalen Historikerkongresse und des Comité International des Sciences Historiques*, Göttingen 1987; auch hier sollte man sich jedoch hüten, vorschnell die am meisten ins Auge fallende Form der Internationalisierung zur einzig möglichen zu erklären. Für einen sehr frühen Versuch, die gerade erst in Gang gekommene internationale Kommunikation im Rahmen eines vergleichenden Forschungsinstituts zu institutionalisieren vgl. K. Middell, *Das Institut für Kultur- und Universalgeschichte bei der Universität Leipzig und seine Beziehungen zu Frankreich bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges*, in: M. Espagne/M. Middell (Hrsg.), *Von der Elbe bis an die Seine. Kulturtransfer zwischen Sachsen und Frankreich im 18. und 19. Jahrhundert*, Leipzig 1993, S. 354-379. Man vergesse auch nicht, daß die ursprünglichen Bestrebungen von Lucien Febvre und Marc Bloch auf eine internationale historisch-sozialwissenschaftliche Zeitschrift gerichtet waren: P. Schöttler, *Eine spezifische Neugierde. Die frühen „Annales“ als interdisziplinäres Projekt*, in: *Comparativ*, H. 4, 1992, S. 112-126; L. Raphael, *Die Erben von Bloch und Febvre. Annales-Geschichtsschreibung und nouvelle histoire in Frankreich, 1945-1980*, Stuttgart 1994, S. 69ff. Zum Ansatz, die historische Komparatistik für eine völkerverständigende Kulturarbeit einzusetzen, vgl. U. Raulff, *Ein Historiker im 20. Jahrhundert: Marc Bloch* (Anm. 21), S. 254ff.
- 27 Zusammengefaßt bei P. Novick, *That Noble Dream. The 'Objectivity Question' and the American Historical Profession*, Cambridge/New York/Melbourne 1988.

---

Matthias Middell

## Die ersten Historikertage in Deutschland 1893-1913

### 1. Rückblicke

Das zunächst ohne alle Institutionalisierungsabsichten spontan zustande gekommene Historikertreffen in München 1893 zeitigte Folgen, die sich nicht allein aus der Lust vieler Historiker an regelmäßigem geselligem Beisammensein erklären lassen. Vielmehr traf der bajuwarische Impuls, den der organisationsgewaltige Lamprecht mit dem Leipziger Folgekongress und der Grazer Zweiedineck in Frankfurt 1895 mit einem Statut für den Trägerverein des Kongresses zeitig in stabile Bahnen zu lenken wußte, auf ein Bedürfnis nach Befestigung und Verstetigung der fachinternen Kommunikation, das bis heute – aller Kritik an den Mammutveranstaltungen zum Trotz – nicht erlahmt ist. Es wurde damit ein Paradigma der Institutionalisierung angenommen, das erst in den letzten zwei Jahrzehnten problematisch geworden ist und das das Verhalten einer Zunft, die gerade durch Kongresse ihre Außengrenzen abzustecken und ihr Gleichgewicht innerhalb der Bandbreite des Zulässigen zu definieren suchte, bestimmt hat. Mehr noch als universitäre Institutionalisierung und die Schaffung von Periodika trugen die Historikertage zur Herausbildung einer „deutschen“ Geschichtswissenschaft bei, die sich als Gemeinschaft mit dem Anspruch auf nationale Repräsentanz inszenierte und wohl meist auch empfand. Dieses Muster erwies seine Attraktivität auch jenseits der deutschen Grenzen und wurde zum Vorbild für Institutionalisierungsprozesse in anderen Ländern.

Es kann also ungeachtet der bereits vorliegenden verdienstvollen Arbeit von Reter Schumann<sup>1</sup> der sich auf die Auswertung der veröffentlichten (Presse-)Berichte zu den Historikertagen stützte, lohnen, einen Blick auf die ersten vierzehn Historikertage bis zum Ersten Weltkrieg in München (1893), Leipzig (1894), Frankfurt am Main (1895), Innsbruck (1896), Nürnberg (1898), Halle (1900), Heidelberg (1903), Salzburg (1904), Stuttgart (1906), Dresden (1907), Straßburg (1909), Braunschweig (1911) und Wien (1913) zu werfen. Es geht dabei nicht um eine erneute Beschreibung des Geschehens, sondern eher um eine an den Fragestellungen der Institu-

tionalisierungsforschung ausgerichtete Untersuchung der Handlungsmuster und Akteure.

Es ist auffällig, wenn auch für diejenigen, die sich mit den Produktionsumständen historischer Literatur beschäftigen, kaum weiter erstaunlich, daß unter den Autoren der an sich spärlichen Literatur über die deutschen Historikertage Verbandsoffizielle überwiegen und die Erscheinungsdaten mit wichtigen Momenten in der Geschichte des Verbandes der Historiker Deutschlands korrespondieren.<sup>2</sup> Daraus ergibt sich eine Textsorte, die für unsere Fragestellungen im Grenzbereich zwischen Analyse und Zeugenbericht liegt.

Gerhard Ritters Vorausschau auf den Bremer Historikertag von 1953 etwa ließ die sechzigjährige Fachinstitution in der Absicht Revue passieren, die Neugründung des Verbandes der Historiker Deutschlands 1948 als einen Anschluß an die besten Traditionen und doch gründlichen Neuanfang nach den Erfahrungen der Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus herauszustellen. Fragen nach der Qualität der Institutionalisierungsprozesse erörtert Ritter auf drei Ebenen:

1. Er begrüßt das Erscheinen der Geschichtslehrer auf den Historikertagen seit 1949 als direkte Linie zu einem Gründungsanliegen von 1893, als es bekanntlich zentral um das Verhältnis der Historiker zu Schullehrplänen und Schulpolitik ging, sowie das neu begründete „Bundesverhältnis“ zu den Archivaren. Der darauf gründende Erfolg des Münchner Historikertages von 1949 „mit über 230 auswärtigen Teilnehmern“<sup>3</sup> führte zurück auf ein älteres Problem der Institutionalisierung, das bei Ritter jedoch unerörtert bleibt, nämlich inwieweit der Habitus des professionalisierten Historikers, der sich von den Fragen der didaktischen Vermittlung und der mit dem Geschichtsunterricht verbundenen öffentlichen, also politischen Zwecksetzungen fernhält, mit dem Streben nach Gehör in der Gesellschaft für die akademischen Spezialisten, das sich am besten durch Verweis auf massive Präsenz bei öffentlichen Auftritten einfordern läßt, verträgt. Man hätte eine Reflexion hierüber wohl nach dem katastrophalen Zusammenbruch der politisch-moralischen Autorität der deutschen Historiker 1945 erwarten können, durchaus auch im Kontext der Auseinandersetzung mit der scharfen Debatte um die öffentliche Rolle von Historikern in der SBZ/DDR, doch die Suche nach Kontinuität über die erhalten gebliebene fachliche Autorität war stärker und die Historikertage erhalten in der Inszenierung dieser Kontinuität große Bedeutung.<sup>4</sup>

2. Eng damit zusammen hing die Frage der Repräsentativität des Verbandes, für den sich „überraschend schnell ... eine neue Mitgliederschaft zusammen(fand), die bis heute mit einer Gesamtzahl von rd. 350 zwar formell den Stand von 1932 noch nicht wieder erreicht hat, ihn aber tat-

sächlich längst übertrifft, wenn man das Ausscheiden der Österreicher und die Spaltung Deutschlands durch den 'Eisernen Vorhang' in Betracht zieht".<sup>5</sup>

Während jede Spaltung entlang der Grenzen der ehemaligen Besatzungszonen zurückgewiesen wird, bleibt die faktische Wandlung eines Verbandes deutschsprachiger Historiker in einen der deutschen Historiker ohne Erörterung. Nationalistische Töne verbot man sich selbst (wenn sie auch unter Formulierungen von der „Bereitschaft, auch vom Ausland zu lernen, wo es wirklich etwas zu lernen gibt“ durchaus zu erkennen waren). Im Unterschied zu 1893 stand aber bei der Begründung des Zusammenschlusses kein innenpolitisches oder innerwissenschaftliches Problem im Vordergrund, sondern vielmehr das schnelle Wiedererreichen eines internationalen Mitspracherechts im CISH, für das die nationale Legitimationsbasis unverzichtbare Voraussetzung war: „Den äußeren Anstoß gab eine Anfrage des Comité International des Sciences Historiques, dem unser Verband seit 1926 angehört hatte und das nun eine erneute Beteiligung deutscher Fachleute an seinen internationalen Arbeiten (zunächst an der Bibliographie) wünschte.“<sup>6</sup>

Schließlich verweist er auf den bewußten Bruch mit den traditionellen Prinzipien des Zustandekommens der Verbandsleitung: An die Stelle von „früher alle zwei Jahre wechselnde(n), von den Ortsausschüssen der zufälligen Tagungsorte: stark mitbestimmte(n) Verbandsleitung (trat) ein frei gewähltes Gremium von größerer Dauerhaftigkeit und steigert erheblich die Verantwortung und Initiative des Vorsitzenden“, wobei sich die freie Wahl zunächst als Selbstergänzung eines Initiativausschusses durch Ko-optation erwies.<sup>7</sup> Es war damit eine Umkehrung im Verhältnis von Historikertag und Verband beschrieben, die den Bruch mit einem föderalen Modell und einer wenigstens befristeten und anlaßbezogenen Verwurzelung des Historikertages in der jeweiligen lokalen Bildungsoberschicht anzeigte, deren Ende allerdings sich weit früher angedeutet und in der Degenerierung des Historikertages 1937 manifestiert hatte.

Vierzehn Jahre nach Gerhard Ritter kommt Karl Dietrich Erdmann, der Anreger des Ritterschen Aufsatzes, in seinem Schlußvortrag auf dem Freiburger Historikertag – nunmehr auf der Grundlage wieder entdeckter Quellen zu den Anfängen der Versammlungen deutscher Historiker – auf die Geschichte der Historikertage zurück. Ihm geht es, den Zeitumständen von 1967 entsprechend, bei der Erinnerung an die Wurzeln nicht so sehr um den Nachweis institutioneller Kontinuität, als vielmehr um eine Rückbesinnung auf politisches Engagement und die Hinwendung zu gesellschaftlicher Relevanz der Historiographie, wie er sie für den ersten Historikertag rekonstruiert. Erdmann sieht den Bruch zwischen der Politisierung

des Anfangs und einem Rückzug aus innenpolitischen Fragen, „um die sich die Parteien stritten“, in die „reinen Bezirke der Geschichtswissenschaft“ auf dem Frankfurter Treffen 1895, der schließlich in die Konzentration auf außenpolitische Zielstellungen mündete.

Winfried Schulze stellt dagegen kurz vor dem Centenarium des Historikertages die Ungezwungenheit des Münchner Urknalls der folgenden Institutionalisierung gegenüber und deutet die Streitfragen um antipreußische/ antinationale Ressentiments, Pangermanismus oder internationale Offenheit einerseits und gesellschaftliche Engagiertheit und politische Indienstnahme der Geschichtswissenschaft im Vorfeld des Leipziger Historikertages 1994 nur vage an – Verweis auf die Unsicherheit, die inzwischen um diese Probleme wieder eingetreten ist?

Zwischen diese – beinahe ist man geneigt zu sagen: institutioneninternen – Rückblicke schiebt die Studie von Peter Schumann, der die Quellennot durch einen Blick in den Spiegel der reichlich berichtenden Presse linderte.

Auf der Grundlage einer gründlichen Auswertung des verfügbaren institutionellen Quellenbestandes formt sich von Autor zu Autor auf erweiterter Stufe eine Gründungsgeschichte aus, in der sich bestimmte Zitate einen Stamplatz erobert haben. In dieser 'Meistererzählung' von Genese und Existenz des Historikertages geht es mithin weniger um Erklärung im Kontext der allgemeinen Wissenschaftsgeschichte als um narrative Rekonstruktion und den jeweiligen Bezug zur Aktualität.

Ein zweiter Strang der Deutungsangebote wächst aus dem biographischen Schrifttum. Hier ist naturgemäß die Quellenbasis anders beschränkt, zuweilen soll auch der jeweilige Held vor ungerechtfertigt erscheinenden Vorwürfen bewahrt oder seine Nebenrolle über Gebühr aufgewertet werden. Andererseits findet sich in der Literatur diesen Typs eher eine Problematisierung der politischen, wissenschaftlichen oder/und wissenschaftspolitischen Konzepte, die hinter dem Einsatz für oder gegen die Institution Historikertag bzw. ihre Ausgestaltung standen.

So zieht Luise Schorn-Schütte eine Linie von Lamprechts wissenschaftsorganisatorischem Engagement im Rheinland über die Hochschulreformdiskussion der neunziger Jahre bis zu den außer- und inneruniversitären Initiativen für Institutionen, die er auf der 2. Versammlung der deutschen Historiker 1894, bei der Begründung der Historischen Kommission der Sächsischen Akademie der Wissenschaften 1896 und schließlich mit der Gründung des Königlich Sächsischen Instituts für Kultur- und Universalgeschichte bei der Universität Leipzig 1905-1909 unternahm.<sup>8</sup> Bei Roger Chickering werden die frühen Historikertage zur Tribüne, von der Lamprecht ein aufnahmebereites Publikum von Archivaren und Gymnasi-

allehrem für die Kulturgeschichte begeistert, während die Traditionalisten unter den Kollegen vorerst beiseite bleiben.<sup>9</sup>

Hier ergeben sich interessante Querverbindungen zu den historiographischen Debatten, allerdings gerät dabei wiederum leicht aus dem Blick, daß Institutionalisierungsprozesse nicht auf das Wirken einzelner, auch noch so dominant erscheinender Individuen reduziert werden können, sondern eher als Kompromisse zwischen verschiedenen Akteuren angesehen werden müssen.<sup>10</sup>

Schließlich gilt es eine dritte Linie im Blick zu behalten, die sich auf die Veränderungen in der sozialen Position der Historiker<sup>11</sup> und des Gefüges der Förderinstitutionen für die Wissenschaft und der universitären wie außeruniversitären Forschungsinstitute<sup>12</sup> bezieht. Die Etablierung der Historikertage stand auch im Kontext eines Druckes auf die Geisteswissenschaften, der aus den neuen Organisationsmodellen für Forschung und akademische Wissensvermittlung in den Naturwissenschaften und aus der damit zunehmenden Professionalisierung und Spezialisierung herrührte.

## 2. Historikertage als Institution

Die Motivation, die schließlich 1893 zu jener ersten Beratung führte, aus der sich die Versammlung deutscher Historiker (später: der Historikertag) ergab, war explizit eine innenpolitische: Verständigung eines sich als selbstständig und genügend professionalisiert wahrnehmenden Berufsstandes über eine Frage des öffentlichen Unterrichts, für die man Zuständigkeit und Kompetenz reklamierte. Dieser Moment ist zu erklären. Den Teilnehmern des Frankfurter Historikertages 1895 erschien ihr eigenes Treffen bereits als Verspätung der Historiker gegenüber anderen Disziplinen. So verwiesen sie auf die Vorläuferschaft der Germanistentage vor 1848, als es um die Politisierung bei Diskussion der Umsturzvorlage ging. Im Vergleich scheint die deutsche Entwicklung jedoch mit der amerikanischen etwa zeitgleich abgelaufen zu sein, wobei die Nordamerikaner ausdrücklich auf das deutsche Modell Bezug nahmen.<sup>13</sup> Andere Länder folgten wesentlich später oder gingen andere Wege der Herausbildung nationaler Repräsentanz.

Immerhin aber: warum 1893, und warum in München? An diese Ausgangsfrage sind jene drei Punkte angeschlossen, zu denen ich in diesem Beitrag einiges Material vorstellen will:

1. Worin bestand die Mitgift des Anfangs?
2. Was verdanken die davon ausgelösten Institutionalisierungsprozesse den Lamprechtschen Zutaten von 1894?
3. Wie könnte man mit Blick auf die Treffen bis zum Ersten Weltkrieg die Charakteristika der Institution Historikertag deuten?

In dem Aufruf vom Juni 1892 ging es darum, zu „der in Angriff genommenen Neugestaltung des Unterrichtes“ eine Verständigung der Historiker „über den sie so nahe berührenden Gegenstand herbeizuführen und eine Kundgebung ihrer Anschauungen zu veranlassen.“<sup>14</sup> Hier scheint aber noch gar nicht an eine regelmäßige Einrichtung gedacht, woraus sich später (1894 und 1895) auch jeweils Begründungen für einen Wechsel der Strategie ableiteten. Anlaßbezogen sollte über die politische Verwendung von Ergebnissen der Geschichtswissenschaft nachgedacht werden, die man in dem von Wilhelm II. auf der Schulkonferenz von 1890 geforderten stärkeren Gegenwartsbezug des öffentlichen Unterrichts voraussah: Die explizit mit dem Kampf gegen eine Ausbreitung sozialdemokratischen Gedankengutes, also um die Deutungsmacht in der Gesellschaft, begründeten Lehrplanveränderungen berührten die Historiographie aber auch bei den Eingangsvoraussetzungen ihrer Studenten, und jene, die sich zum eigentlichen politischen Hintergrund der Frage nicht äußern wollten, zogen sich auf dieses Terrain zurück, woraus sich eine Ambivalenz der Debatte um Politisierung und geschichtlichen Stoff entwickelte.

Eine solche Diskussion hätte wohl keinen so langwirkenden Institutionalisierungsprozeß auslösen können, wenn sie sich nicht in die Krise des Selbstverständnisses der sog. Zunft eingeschrieben hätte: Hierbei ging es erstens vor allem um das Verhältnis von Gesellschaft und Staat.<sup>15</sup> Die Ineinsetzung beider erwies sich als zunehmend problematisch, und der Streit um den Stellenwert der Kulturgeschichte der späten achtziger und dann erneut der neunziger Jahre handelte ja – verkürzt gesprochen – sowohl von der Steuerungsfähigkeit des Staates gegenüber einer unübersichtlich werdenden (Massen-)Gesellschaft einschließlich der Glaubwürdigkeit daran geknüpfter Deutungsmuster des staatszentrierten Historismus als auch von der Einschätzung der kulturellen Tendenzen, die man als Individualismus und Vermassung wahrnahm, und denen man beinahe verzweifelt neu aufgespürte oder regenerierte gesellschaftliche Bindungskräfte entgegenzustellen versuchte, um an einem ganzheitlichen oder Systemdenken festhalten zu können.

Der Historikertag wurde somit schnell zum Kommunikationsraum einer kulturellen Gemeinschaft gegen den Anspruch eines „ursprünglichen“ Staates auf Zwecksetzung für die Historiographie. Der Widerstand gegen die völlige Unterordnung der wissenschaftlichen unter politische Interessen äußerte sich in der für die Arbeitswelt der akademischen Historiker entscheidenden Frage des Archivzugangs. Strittig war dagegen die Frage, inwieweit daraus auch ein Recht auf Kommentierung historischer Begründungen politischer Vorgänge entsprang.

Die Annahme von einer Nichtidentität von Staat und Gesellschaft gab überhaupt erst die Möglichkeit, eine eigene politische Rolle der Historikerschaft zu denken. Dieses Selbstbewußtsein fällt zusammen mit einem Generationswechsel, denn „die Generation der Droysen, Ranke, Waitz, Sybel, Treitschke, Burckhardt starb zwischen 1885 und 1897“.<sup>16</sup> Dies verband sich mit einer Ausweitung der Historischen Institute bzw. Seminare sowie der Eroberung neuer Ressourcen mit Hilfe einer ausbauwilligen Wissenschaftsadministration.<sup>17</sup> Das Bündnis mit der Politik brachte den Historischen Instituten jenen Schub, der alte Zöpfe in der Universität fallen ließ, sie aus dem ausschließlichen Traditionszusammenhang mit der Philologie wenigstens institutionell befreite (worauf auch auf den Historikertagen immer wieder Bezug genommen wurde), Seminarbibliotheken begründete, die in den Augen etwa französischer Beobachter der deutschen Historiographie Glanz verschafften<sup>18</sup>, ganz generell die Ausstattung verbesserte und auch die Studentenzahlen steigen ließ<sup>19</sup> – alles Elemente, die selbstbewußtere Ordinarien hervorbrachten, die, wie Lamprecht 1894 zum Erstauen und zur Freude seiner Kollegen vorführte, den Geldregen auch auf die Historikerversammlung zu leiten wußten. Andererseits band diese Koalition an politische Rücksichten (von den Lobreden auf den sächsischen König und den größten deutschen Historiker Bismarck im Jahre 1894 bis zum Empfang der Fürstlichkeiten auf dem Braunschweiger Historikertreffen als den äußeren Zeichen), die nur einer – Ludwig Quidde bis hin zu seinem „Caligula“ – mißachtete und dafür auch prompt als Störenfried eines glücklich gefundenen Arrangements aus der Leitung der von ihm selbst initiierten Einrichtung Historikertag ausgegrenzt wurde.<sup>20</sup>

Wie schwer sich die Zunft mit ihrer Bestimmung des Verhältnisses zur Politik tat, zeigt das bekannte Zitat von Georg Kaufmann, wonach der „Boden der Schule heilig (sei), wer ihn betritt, ziehe die Schuhe aus, an denen der Dreck des Parteienlebens klebt“.<sup>21</sup> Konstitutiv war also ein Kompromiß zwischen jenen, die den Anlaß von München ernst nahmen und fortan über die gesellschaftliche Wirkung historischer Deutungen diskutieren wollten, und jenen, die sich jeder Erörterung politischer Zusammenhänge verweigerten. Dieser Kompromiß, der in der Folgezeit immer weiter zur zweiten Position hin verschoben wurde, basierte jedoch darauf, die Nichtidentität von Staat und Gesellschaft zumindest annehmen und aussprechen zu können. Insofern bildeten die Historikertage ein Moment jenes Autoritätsverlustes und Verlustes der Diskurskontrolle des alten Historismus, der die 1890er Jahre kennzeichnete.<sup>22</sup> Sie standen damit im Kontext jener hochschulpolitischen Reformbewegung der 1890er Jahre, die sich des Problems einer eigenständigen Interessenvertretung annahm. So forderte Bernheim, dessen Verbindungen zu Lamprecht bekannt sind, die

Konzentration der Universitätslehrer in einem Gremium, um sich gegen die Ansprüche von Staat und Gesellschaft zur Wehr setzen zu können. Im Vordergrund standen dabei nicht jene Fachvertreter, die den status quo als unüberschreitbar ansahen, sondern jene, die eine Neudefinition des Berufshabitus durch eine modernisierte Geschichtswissenschaft anstrebten und sich dafür auch mit Teilen der nichtakademischen historischen Öffentlichkeit zu verbinden bereit waren. Hieraus mußte eine Grätwanderung entstehen, die einen Angriff auf die alte Historiographie mit der Verteidigung der weitergehenden Professionalisierungsstandards verband, damit aber zugleich die Basis unter den politisch engagierten, demokratischen Historikern und den nichtakademischen Teilnehmern dieser Attacke reduzierte. Dies mußte den Weg zu einem politisch wie methodisch eher konservativen Kompromiß öffnen, der gleichwohl einen Modernisierungsschub für die Institutionalisierung professioneller Historiographie bedeutete.

Die Münchner Versammlung war eine anlaßbezogene in einem allgemeinen Klima der theoretischen Verunsicherung und zugleich voranschreitender Professionalisierung. Sie brachte mehrere Elemente in die Geschichte des Historikertages ein, die sich in der Folgezeit zu Charakteristika der Institution entwickelten.

### 3. Die Mitgift des Anfangs

Von vornherein war nicht daran gedacht, die Versammlung an einem Ort zu verstetigen, vielmehr einigte man sich schnell auf eine Art Rotationsprinzip, ohne damit zunächst konzeptionelle Begründungen zu verknüpfen. Die Institutionalisierungsabsichten der Münchner Initiatorengruppe erschöpften sich mit dieser 1. Versammlung, und hoch zufrieden vergab man fortan Historikertage an Orte und Personen, die sich bereitklärten, die organisatorischen Mühen auf sich zu nehmen.

Der Anspruch der Historikertage war ein nationaler und zielte auf die Verstetigung einer wissenschaftsinternen Kommunikation. Dies mußte unter den deutschen Verhältnissen notwendigerweise in ein Rotationsprinzip führen, wenn nicht zugunsten einer regionalen Konstellation von Wissenschaftspolitik und zugunsten bestimmter am Ort dominierender Fragestellungen eine Vorentscheidung herbeigeführt werden sollte. Die Vereinheitlichung der Curricula und die Standardisierung der Denominationen der Professuren war angesichts konkurrierender Politiken der Einzelstaaten erst ein Werk, das die Wissenschaftlergemeinschaft über ihre Institutionen durchzusetzen sich bemühte.

Alle Beteiligten der Münchner und der Leipziger Tagung waren sich der Abwesenheit ihrer Berliner Kollegen schmerzhaft bewußt, versuchten sie durch Zurückhaltung in der Polemik und mit dem Offenhalten künftiger

Veranstaltungsorte zu gewinnen oder wenigstens die Tür nicht zuzuschlagen. Paradoxerweise beförderte so gerade die Abwesenheit Berliner Ordinarien – nach Zahl, Ausstattung und nationalem Ruf zweifellos die wichtigste Agglomeration in der Historikerlandschaft – die Konstituierung nationaler Kommunikation.

Der bald aus dem Historikertag hervorgehende Verband verstand sich als Programmeinflußgröße, nicht aber als organisatorischer Rückhalt für den Kongreß. Ein kompliziertes Wechselverhältnis von lokalem Vorbereitungskomitee und Verband entfaltete sich im Vorfeld bei jeder Neuauflage (dies besonders, wenn jemand seine Bereitschaft zurückziehen mußte oder verstarb). Dies korrespondierte in den Anfängen den geringen Mitteln und den Grundsätzen des Kulturföderalismus und der Universitätsautonomie sowie dem Kompromiß, den der Verband/Historikertag zwischen den anwesenden und vor allem mit den nicht anwesenden Richtungen der Geschichtswissenschaft bildete<sup>23</sup>, und blieb an diese Phänomene gebunden.

Die notwendigerweise große Rolle der Komitees vor Ort (die als Grundsatz ja auch in den anderen Disziplinen der deutschen Wissenschaftslandschaft – und darüber hinaus in Österreich und der Schweiz nach 1945 – zu beobachten sind), hinderte lange Zeit die Etablierung einer mächtigen Verbandsführung. Vielmehr entstand, da die zentralistische Variante, die unter den obwaltenden Kräfteverhältnissen nur mit einer Ansiedlung des Historikertages in Berlin zu gewinnen gewesen wäre, aus diesem Ursprung nicht hervorgehen konnte, eine eher multipolare Struktur von Einflußverhältnissen innerhalb der Historikerschaft.

In der Zusammensetzung des Verbandsausschusses spiegelte sich eine Art Stillhalteabkommen. Der große Streit zwischen den Anhängern eines historischen Konzepts (denken wir etwa an Seeliger und von Below) und der von Lamprechts Vorschlägen beeinflussten Kultur- und vor allem Landesgeschichte findet ungeachtet der erheblichen persönlichen Spannungen nicht statt. Der vorgesehene show down 1896 wird durch die Abwesenheit des erkrankten Lamprecht, der mit einem methodologischen Vortrag angekündigt war, und vor allem durch die kompromißgestimmte Darstellung der gegenüberliegenden Positionen durch den jungen Innsbrucker Extraordinarius von Scala verhindert. Offensichtlich hatte auch auf den Folgetreffen die jeweils majoritäre Gruppe der vermittelnden Geister besonders am Orte kein Interesse, die fragile Eintracht durch den Austrag des Methodenstreits zu belasten. Der Historikertag hat somit als Institution verhindert, daß der Methodenstreit in eine Spaltung der deutschen Historiographie mündete; die akademische Gemeinschaft gründete sich über alle grundsätzlichen Kontroversen hinweg.

Zum anderen erscheint die von Peter Schumann mit „Glanz und Autorität“ überschriebene Phase eher die eines imaginären Dialogs mit den abwesenden Berliner Großordinarien zu sein, dessen Abrechnen in der Hoffnung auf endliche Anerkennung durch die geachteten Fachvertreter verhindert werden sollte. Von Belows zeitiger Eintritt in den geschäftsführenden Ausschuß nach dem Kongreß von 1896 signalisierte, daß nun die Ferngebliebenen begannen, die ehemals unterschätzte Einrichtung ernst zu nehmen und sich auf eine Eroberung der einst belächelten Junginstitution konzentrierten.

Die starke Lokalgewalt gegenüber einer übermächtigen Verbandsleitung legte solche Kompromisse nahe und bot genügend Flexibilität, um Konflikten auszuweichen. Erst die Internationalisierung der Institutionen und die neue Funktionszuweisung an die Verbände bei der Ressourcenverteilung (wie etwa das Wahlvorschlagsrecht für die DFG) nach 1945 erzeugten langsam den Druck, der von diesem Organisationsprinzip Abstand nehmen ließ: Indem der Verband jetzt Repräsentation in einem beinahe nach dem olympischen Prinzip organisierten Welthistorikerverband und -kongreß hervorbringen sollte, bot sich eine Abkopplung von der Historikertags-Organisation und Verbandsautorität an.

Zu fragen bleibt, ob sich die an das Prinzip wechselnder Tagungsorte geknüpften Hoffnungen erfüllten: Die jeweils lokale Mobilisierung ist unterschiedlich hoch. Sehen wir vom Münchner Ursprung, der ja bei der Einladung noch gar nicht mit dem Anspruch nationaler Repräsentanz verbunden war, mit 63 Bayern von 107 Teilnehmern ab, ergibt sich für Leipzig ein überdurchschnittlicher Prozentsatz von 38,5% Leipzigern (132 von 340 Teilnehmern – eine lange Zeit nicht wieder erreichte Zahl). In Frankfurt a. Main sank die Zahl auf 27,5% von 119 Teilnehmern – ein Wert der sich bestätigte in Innsbruck 1896 mit 28,3% (von 120) und in Nürnberg 1898 mit 27,9% (von 147). Diese lokale Mobilisierung stieg noch einmal eklatant auf 37,4% in Dresden 1907 (bei 227 Teilnehmern).<sup>24</sup> Soll man daher auf ein besonders gutes sächsisches Klima für Historikertage schließen? Mir scheint vielmehr in Leipzig 1894 ein durch die Person Lamprechts begründeter Ausnahmefall vorzuliegen, für Dresden ergibt sich eher eine Erklärung aus der Tatsache, daß gerade die Nichtexistenz einer klassischen Universität besondere Anstrengungen hervorlockte, lokale Präsenz zu demonstrieren. In den Mitgliederzahlen des Verbandes schlug sich diese lokale Mobilisierung jedoch kaum nieder. Von den ortsansässigen Teilnehmern traten jeweils unter fünf Prozent dem Verband auch im Jahr des bei ihnen vor der Tür durchgeführten Historikertages bei. Insgesamt blieb diese Rate sicher hinter den Erwartungen des Kassenwartes zurück, aber die entscheidende Wirkung war doch, daß nun (zusammen mit

dem Berufungsweg, der die Professoren mehrere Hochschulorte kennenlernen ließ) eine deutsche Geschichtswissenschaft von der gedanklichen und rhetorischen Konstruktion zur erfahrbaren Wirklichkeit wurde. Die mit den Begriffen „Gesprächsmöglichkeit“ und „Geselligkeit“ umschriebenen Verknüpfungen schufen (natürlich neben den allgemein politischen und kulturellen nationalen Identifikationen) die Voraussetzungen, daß die Individualisierung der Gelehrten des 19. Jahrhunderts in jene kollektiven Selbst- und Fremdwahrnehmungen umschlug, nach denen sich im 20. Jahrhundert nationale Historiographien einander begegnen.

Dabei hatten die Münchner und auch die folgenden Veranstalter die Widersprüche zwischen einer Versammlung deutscher und einer Versammlung deutschsprachiger Historiker zu meistern. Die Anwesenheit österreichischer und Schweizer Kollegen (immerhin 15% der Teilnehmer 1893, in Frankfurt zwei Jahre später dagegen nur neun von 119 eingeschriebenen Teilnehmern, während die Zahlen bei den beiden Treffen in Innsbruck und Wien 1913 naturgemäß über 35% lagen) wurde in der Presse immer wieder hervorgehoben, man hütete sich jedoch vor jeder zuspitzenden Interpretation unter Verweis auf das Kulturnationenkonzept. Zwiedineck-Südenhorst verbot sich 1896 in Innsbruck explizit jede politische Deutung des Tagungsortes und betonte nur die Notwendigkeit, in Wissenschaft und Kultur den Kontakt zu den Deutschen im Reich aufrechtzuerhalten, um den anderen Völkern in der Habsburger Monarchie „ein Beispiel unablässig fortschreitender Tätigkeit zu geben“, denn „wenn auch alles, was die Forschung betrifft, von jeder Tendenz fern zu halten ist, so glaube ich doch, daß die Geschichtsschreibung auf nationaler Gesinnung aufgebaut werden soll“.<sup>25</sup> Kann man deutlicher die Widersprüchlichkeit eines in die Krise geratenen Historismus, der hier auf zwei seiner Konsequenzen getrieben wird, beschreiben? Eine „nur den wissenschaftlichen Verhandlungen und dem geselligen Verkehr der Fachgenossen gewidmete Veranstaltung“ ohne jede politische Ambition und deshalb auch ohne Subvention irgendeiner städtischen oder staatlichen Stelle, sondern lediglich auf die „Opferwilligkeit der Verbandsmitglieder“ aufgebaut, solle der Historikertag sein.<sup>26</sup> Gleichwohl wird die Aufgabe der versammelten Historiker betont, den „unverrückbaren Maßstab ... bei der Beurteilung historischer Verhältnisse“ in einer „bewußten nationalen Weltanschauung“ zu schaffen.<sup>27</sup> Politikferne Konstituierung eines wissenschaftlichen Faches und zugleich Ausübung einer zentralen gesellschaftlichen Rolle bei der Herstellung kollektiver Identität und ihrer Mobilität bildeten die Pole selbstgesteckter Ziele.

Aus dem Ursprungsanlaß, einer Beratung über die Verbindung von Schule und historischer Wissenschaft und der Liberalität einer Gründungs-

gruppe, zu der nur wenige der damaligen Münchner Universitätsprofessoren gehörten, erklärt sich die Zusammensetzung des Kreises. Der Grazer von Zwiedineck-Südenhorst erinnert in seiner Innsbrucker Begrüßungsadresse daran, daß „nicht nur eine statuarisch verbiefte, sondern eine aus wirklich aufrichtiger Gesinnung hervorgegangene Gleichstellung aller Verbandsmitglieder und Teilnehmer an der Versammlung“ bestehe, daß „bei ernsten Verhandlungen wie bei fröhlichen Gelagen niemand einen Vorzug genieße, der durch akademische Grade oder bureaukratische Stellung begründet ist“<sup>28</sup>

Tatsächlich setzte sich die Teilnehmerschar nicht nur aus Universitätsgelehrten zusammen, sondern umfaßt in bestimmter Proportion „Schulmänner“ (und ganz am Rande auch einige Frauen: in Braunschweig 1911 5 und zwei Jahre später in Wien 15, wovon eine – die Mittelschullehrerin Clara Burgarell aus der österreichischen Metropole – sogar Mitglied des Verbandes war).

Die Zahl der Lehrer war allerdings stark rückläufig: von 38,2% in Leipzig 1894 über 27,7% in Frankfurt a. M. und 28,6% in Nürnberg 1898 auf 15,6% in Braunschweig 1911 und 15,4% in Wien 1913. Dagegen blieb die Zahl der Universitätsprofessoren mit einigen Schwankungen konstant: 19,4% in Leipzig, 17,6% in Frankfurt, 23,1% in Nürnberg, 20% in Wien. Abweichungen von diesem Mittelwert ergaben sich lediglich in Innsbruck 1896 mit 40% Universitätsprofessoren (dies entspricht jedoch der prozentual hohen österreichischen Teilnehmerzahl – das Ereignis mobilisierte offenkundig die gesamte Fachwelt, weniger das lokale Honoratiorenpublikum) und Braunschweig mit 7,6% Professoren. In diesen Statistiken spiegelt sich also einmal der Rückgang der Attraktivität für die Lehrer, deren spezifische Interessen durch immer spezialistischere Vorträge verdrängt wurden und die den immer wieder beklagten Mangel an großen, aktuellen Fragestellungen am meisten spürten, weil sie von dem dahinterstehenden Schweigekomprobiß zu den methodischen Grundkontroversen und zur Politik, der die Institution Historikertag überhaupt unterhielt, nicht berührt waren. Die Professionalisierung der Geschichtswissenschaft spiegelt sich auf den Historikertagen eher in einer Zunahme des Anteils der Archivare, als in einer Vervielfachung der Universitätsprofessoren.

Man sollte aus diesen Angaben nicht voreilig schließen, die Historikertage seien bereits in dieser Frühphase einem Abschließungsprozeß der akademischen Gemeinschaft vorangegangen. Von Lamprechts Ideal einer „Endosmose verschiedenartiger Gedankenkreise ... /die/ nicht ohne allgemeinen Gewinn“ bleibe, „wo neben Archivar und Universitätsprofessor ... die stattlichen Reihen der Gymnasiallehrer und andere Berufskreise, die sich geschichtlichen Studien widmen“ stünden<sup>29</sup>, entfernte man sich wohl,

aber trotzdem entwickelte sich die Versammlung der Historiker weniger zu einem reinen Fachtreffen, als zu einem immerhin teilweise offenen Forum mit einem Anteil von rund 40% „Dilettanten“ aus dem Bildungsbürgertum und städtischen Funktionseliten. Der Verband beriet bei mehrfacher Gelegenheit, wie er die für die Mitgliedschaft zu wünschende „Fachgenossenschaft“ abgrenzen könne von der Teilnahmeberechtigung am Historikertag, dem man ein möglichst großes Publikum verschaffen wollte. Letztlich wurde darauf verzichtet, den Terminus auf irgendeine einschränkende Weise zu definieren.<sup>30</sup>

Allerdings läßt sich aus der Verteilung der Vorträge, der Zusammensetzung des Ausschusses u.a. eindeutig erkennen, daß die Amateure nur einen Gasthörerstatus hatten und für die Geselligkeit gern gesehen waren.

#### 4. Lamprechts Zutaten

Karl Lamprechts Anteil am Historikertag ist unstritten. Das Urteil schwankt zwischen der These, daß es auch auf den Historikertagen nur um den Ausweis seiner Isolation gegangen sei, und einer Hervorhebung der glänzenden Rolle eines begnadeten Wissenschaftsorganisors mit hoher öffentlicher Reputation.<sup>31</sup> Hervorhebungswert scheint mir: Lamprecht war offenkundig derjenige, der die Brisanz des Münchner Unternehmens am klarsten erkannt hatte. Seinem Verständnis des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft entsprach gerade der Diskussionsstil in der bayerischen Metropole. Wider Erwarten zögerte er jedoch, die Schuldebatte für eine stärkere Propaganda zu seiner Kulturgeschichte zu nutzen. Die Gewinnung eines Universitätsinstitutes schien ihm offenkundig der wichtigere Institutionalisierungsvorgang – in dieser minderen Schätzung des Historikertages teilte er wohl die Ansicht seines Gegners von Below, der erst gar nicht teilnahm. Lamprecht sah eher eine Chance, der Geschichtswissenschaft insgesamt, nicht nur seiner Richtung, einen anderen Platz zu verschaffen. Vor diesem Hintergrund erklären sich auch seine Neuerungen in Leipzig 1894:

- Mobilisierung der Politik bis zu den von Ludwig Quidde lebhaft kritisierten Peinlichkeiten offizieller Erklärungen, die in Lobhudeleien auf die führenden Gestalten des Reiches und Sachsens hinausliefen;
- Mobilisierung des breitesten Publikums als Zuhörerschaft und für einen Trägerverband zur Fortsetzung des Unternehmens;
- Mit Gustav Schmoller Gewinn eines transdisziplinären Gesprächspartners für einen Hauptvortrag. Vergessen wir nicht, daß eine moderne Geschichtsauffassung, wie sie Lamprecht vorschwebte, ja in einem Zweifrontenkrieg – gegen die Traditionalisten im eigenen Fach und gegen

die universalen Deutungsansprüche der neuen Disziplinen, insbesondere der Nationalökonomie und der Soziologie – zu bestehen hatte.<sup>32</sup> Lamprechts Suche galt einem gemeinsamen Anliegen für die Versammlung, das über die reine Präsentation wissenschaftlicher Denkergebnisse in Form von Vorträgen hinausging: Mit der Begründung der Versammlung der landesgeschichtlichen Publikationsinstitute, die er bald zusammen mit Kotzschke vorantrieb, schlen dem Historikertag ein Stamm von Mitgliedern, ein Set von vorzeigbaren Resultaten (in Form der diskutierten Kartenwerke) und ein Lamprecht naher Stil der Wissenschaftsförderung gewonnen. Lamprechts Aufstieg in der Historikerkunft hatte bekanntermaßen den Ursprung in seinen Modernisierungsvorschlägen für die landesgeschichtliche Forschung, die er zuerst im Rheinland, später in Sachsen vorantrieb. Dabei ging es ihm nicht nur um die Durchsetzung einer kulturgeschichtlich erweiterten Landesgeschichte, sondern um deren Einbindung in allgemeine historische Interpretationen. Hierfür schien ihm eine vergleichende Methode besonders geeignet. Die regelmäßigen Sitzungen der landesgeschichtlichen Publikationsinstitute im Rahmen des Historikertages schien ihm der geeignete Rahmen, um die regionalhistorische Arbeit in verschiedenen Teilen Deutschlands zu inspirieren und zugleich auf ihre interregional vergleichende Einbindung in eine „Kultur- und Universalgeschichte“ hinzuwirken.

## 5. Das Netzwerk des Historikertages

Eine Analyse des geschäftsführenden Ausschusses<sup>33</sup>, der die Programmplanung in den Händen hielt und seinen Mitgliedern eine repräsentative Autorität gegenüber den Fachkollegen verlieh, zeigt auf den ersten Blick drei Phänomene: Eine relativ kleine Gruppe von Historikern beherrschte den Ausschuß allein schon durch ihre stabile Position. Diese Gruppe ergänzte sich aufgrund des Ortswechsels jeweils durch Vertreter verschiedener Städte und Universitäten, in denen der Kongreß tagte, wobei nur sehr wenige dieser vor allem für die Sicherung der Organisation vor Ort Zugewählten eine stabile Position im Ausschuß erlangen konnten. Zwischen 1903 und 1906 kam es zu einem umfangreicheren Wechsel in der Zusammensetzung des Ausschusses, der einen Generationswechsel ebenso wie eine Verbreiterung der Repräsentativität der Institution anzeigte.

Insgesamt gehörten 47 Personen dem Ausschuß an. Durchgängig über alle zwölf Amtszeiten gehörten nur Lamprecht und der Kölner Archivar Hansen, der zudem die Akten des Verbandes verwahrte, dem Ausschuß an. Die durchschnittliche Verweildauer im Ausschuß betrug 4,8 Amtszeiten. Mit mehr als fünf zusammenhängen Amtszeiten schälen sich folgende Historiker heraus: Hansen, Heigel, Lamprecht, E. Meyer, Meyer von Kno-

nau, Prutz, Stälin, Ulmann, v. Weech, Zwiedineck-Südenhorst für die erste Phase bis 1903/06. Nach 1903 lassen sich zwei Gruppen von Langzeit-Mitgliedern unterscheiden: Die Angehörigen der Gründergeneration (Lamprecht, Hansen, Heigel, E. Meyer, Meyer von Knonau, Ulmann) einerseits und die neu Hinzugekommenen (Below, Busch, Egelhaaf, Ermisch, Kaufmann, Meinecke, Redlich, Seeliger) andererseits. Eine dritte Gruppe (Breblau, Dopsch, Rachfahl, Werunsky, Neumann und Brandt) deutet bereits auf die nächste Generation von Ausschußmitgliedern, die allerdings erst nach dem Ersten Weltkrieg zum Zuge kamen.

Unter den Ausschußmitgliedern war naturgemäß der Anteil der professionellen Historiker weit größer als im Teilnehmerfeld: 36 der 47 Ausschußmitglieder waren Universitätsprofessoren (76%), sechs leitende Archivare (12,7%) und fünf kamen aus dem Schuldienst (10,6%). In einem Vergleich der absolvierten Amtszeiten wird die Marginalisierung der „Schulmänner“ noch deutlicher: Sie gehörten dem Ausschuß lediglich für insgesamt 17 Amtszeiten (durchschnittlich 3,4 Amtszeiten; 7,5% aller Amtszeiten) an, während die Archivare eine überdurchschnittlich stabile Präsenz aufwiesen (5,8 Amtszeiten; 15,5% aller Amtszeiten).

Die Ausschußmitglieder kamen aus 31 verschiedenen Städten, wobei manche ihre Zugehörigkeit über den Wechsel der Heimathochschule hinweg aufrechterhielten. Die Liste der Städte führt Leipzig mit sechs Mitgliedern, die insgesamt 26 Amtszeiten im Ausschuß verbracht haben, an, gefolgt von Wien mit fünf Mitgliedern und 18 Amtszeiten. Faßt man größere Regionen zusammen, so brachten es die Universitätsstädte im deutschen Südwesten (Tübingen, Heidelberg, Freiburg) zusammen mit den archiv- und schulreichen Hauptstädten Karlsruhe und Stuttgart auf neun Mitglieder mit zusammen 38 Amtszeiten. Die Identität der Historiker dieses Raumes war stark und schärfte sich am Gegensatz zu dem jetzt politisch dominierenden Preußen, das begann, den Rhythmus auch der wissenschaftlichen Entwicklung zu bestimmen.<sup>34</sup>

Süddeutschland wurde gefolgt von Sachsen mit insgesamt acht Mitgliedern (32 Amtszeiten). Die bayerische Präsenz war dagegen zahlenmäßig gering, aber sehr stabil: Stieve und Heigel brachten es auf immerhin 15 Amtszeiten, fanden aber offenkundig keine Nachfolger aus der Stadt des ersten Treffens. Aus Österreich kamen acht Mitglieder, die es auf 31 Amtszeiten brachten.

Rechnet man jene Personen aus der Liste heraus, die offensichtlich vor allem in den Vorstand gewählt oder kooptiert wurden, um den nächsten Historikertag zu organisieren, dann aber keine weitere Rolle im Vorstand spielten, verbleibt eine Gruppe von 26 Historikern, die sich des Historikertages und des Verbandes zwischen 1893 und 1913 bedienten, um ihre

Vorstellungen von Institutionalisierung umzusetzen. Unter ihnen ragen durch ihre durchgängige Präsenz im Ausschuß Lamprecht und Hansen heraus, der eine als der Organisator des eigentlichen Begründungsereignisses 1894 in Leipzig und ruheloser Organisator der Versammlung der landesgeschichtlichen Publikationsinstitute, bis er dieses Instrument der Forschungskoordination seinem Protégé Rudolf Kötzschke abtrat<sup>35</sup>, der andere der Archivar des Verbandes, Inspirator der Quellenpublikationen und der historischen Vereinstätigkeit im Rheinland. Es folgen Heigel aus München, Ulmann aus Greifswald und Meyer von Knonau aus Zürich, die beinahe die gesamte Zeit vor allem ihre Region im Ausschuß vertraten. In diese Gruppe gehören auch Zwiedineck und Redlich aus Graz bzw. Wien, Kaufmann aus Breslau, Bachmann und Werunsky aus Prag sowie Prutz aus Königsberg. Eduard Meyer verdankt seine durchgängige Präsenz dagegen wohl der Verbindung von Althistorie und allgemeinem Interesse für große historische Interpretationen.<sup>36</sup>

Mit Belows Eintritt in den Ausschuß, der durch Kooptation zustande kam, war das Eis für die Front der Lamprecht-Gegner gebrochen, und der Matador der ersten Kongresse mußte erleben, wie einer nach dem anderen von jenen, die ihm das Leben während des Methodenstreites sauer gemacht hatten bzw. an seiner eigenen Universität sauer machten, nun im Ausschuß Platz nahmen (Seeliger, schließlich auch Rachfahl). Meinecke hatte sich wohl zurückgehalten im offenen Streit, ein Freund Lamprechts war er aber ebenfalls nicht, wie er 1915 noch einmal in einem Brief an Below bekannte: „Der gemeinsame Gegensatz gegen Lamprecht hat uns früh – es sind jetzt mehr als zwei Jahrzehnte – zusammengeführt. Mir war Lamprecht in erster Linie immer eine unbequem aufdringliche Person, mit der ich mich notgedrungen beschäftigte. Aber ich sah wohl ein, daß man gegen ihn mußte, und war deshalb dankbar, daß Du es tatest...“<sup>37</sup> Diese Abneigung tat der Anerkennung für das Organisationstalent jedoch keinen Abbruch: „Es ist mit Kehr ähnlich wie mit Lamprecht, man kann ihr Klingelbeutelgenie gebrauchen, aber ihre Persönlichkeit zum Teufel wünschen.“<sup>38</sup>

Institutionalisierungsprozesse bedürfen des individuellen Geschickes auch dort, wo sie ein kollektives Bedürfnis ausdrücken und ein ganzes Netzwerk sich ausbreitet, um dem Anspruch nationaler Repräsentanz Genüge zu tun. Am Ende einer zwanzigjährigen Entwicklung stand der Historikertag als etablierte Institution. Statt ein Instrument der methodischen Erneuerung zu werden, die den disziplinären Zerfall einer Kulturwissenschaft in den sozialen und epistemologischen Krisen des angehenden 19. Jahrhunderts verhindert hätte, erwies er sich als die geeignete Form zur Herausbildung eines fachwissenschaftlichen Habitus und als Grundlage für die Konstituierung einer *deutschen* Geschichtswissenschaft.

## Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses 1894–1913

	Leipzig 1894	Frank- furt 1895	Inns- bruck 1896	Nüm- berg <sup>39</sup> 1898	Halle 1900	Hei- del- berg 1903	Salz- burg 1904	Stutt- gart 1906	Dres- den 1907	Straß- burg 1909	Braun- schw. 1911	Wien 1913	Amts- zeiten im Aus- schuß
Arndt (Leipzig)	x												1
Baldamus (Leipzig)	x							x					2
Lamprecht (Leipzig)	x	x	x	x	x	x <sup>40</sup>	x	x	x	x	x	x	12
Marcks (Leipzig/Heidelberg)	x	x				x	x						4
Wachsmuth (Leipzig)	x												1
Pruiz (Königsberg)	x	x	x	x	x <sup>41</sup>	x	x						7
Stieve (München) <sup>42</sup>	x	x	x	x									4
v. Weech, (Karlsruhe)	x	x	x	x <sup>43</sup>	x	x	x <sup>44</sup>						7
v. Zwiedineck (Graz) <sup>45</sup>	x	x	x	x	x	x <sup>46</sup>	x	x					8
Bachmann (Prag)		x		x <sup>47</sup>	x	x	x	x					6
Hansen (Köln)	x	x	x	x <sup>48</sup>	x	x	x <sup>49</sup>	x	x	x	x	x	12
Heigel (München) <sup>50</sup>		x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	11
Kaltenbrunner (Innsbruck)		x	x	x <sup>51</sup>									3
Stählin (Stuttgart)		x	x	x <sup>52</sup>	x	x	x <sup>53</sup>						6





## Anmerkungen

- 1 P. Schumann, Die deutschen Historikertage von 1893 bis 1937. Die Geschichte einer fachhistorischen Institution im Spiegel der Presse, Marburg 1974.
- 2 G. Ritter, Die deutschen Historikertage, in: GWU 4, 1953, S. 513ff.; K. D. Erdmann, Geschichte, Politik und Pädagogik – aus den Akten des Deutschen Historikerverbandes, in: GWU 19, 1968, S. 2ff.; zuletzt W. Schulze, Von München über Leipzig nach Berlin? Zur Entstehung des Historikertages vor 100 Jahren, in: GWU 45, 1994, S. 551ff.
- 3 G. Ritter, Die deutschen Historikertage (Anm. 2), S. 518.
- 4 Man vergleiche Ritters fieberhafte Bemühungen nach allen Seiten, diesen Rückgewinn von „Normalität“ auch um den Preis der Denunziation von Kollegen, eines scharfen Streits mit der für Freiburg zuständigen französischen Besatzungsmacht und des Aufbaus einer fragwürdigen Reputation als Widerstandskämpfer, rasch voranzutreiben. – Hierzu gibt der Aktenbestand des VHD, der derzeit am Göttinger Max-Planck-Institut verwahrt und der für die Zeit nach 1945 vom geradezu hektischen Briefwechsel Ritters dominiert wird, reichlich Auskunft.
- 5 G. Ritter, Die deutschen Historikertage (Anm. 2), S. 517.
- 6 Ritter geht hier sehr großzügig sowohl über die Schwierigkeiten hinweg, die deutsche Historiker hatten, nach den Erfahrungen ihres Verhaltens im Ersten Weltkrieg im CISH mitzuwirken, als auch über die Konflikte, die gerade sein Drängen in die internationale Anerkennung nach dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst hatte. Vgl. dazu W. Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1993, S. 159ff.
- 7 G. Ritter, Die deutschen Historikertage (Anm. 2), S. 517f.
- 8 L. Schorn-Schütte, Karl Lamprecht. Kulturgeschichtsschreibung zwischen Wissenschaft und Politik, Göttingen 1984, S. 535ff.
- 9 R. Chickering, Karl Lamprecht. A German Academic Life (1856–1915), Atlantic Highlands, N. J. 1993, S. 166ff.
- 10 Als ausgesprochen sensibler Theoretiker und zugleich Praktiker akademischer Institutionalisierungsprozesse kann Helmut Schelsky angesehen werden: Zur Theorie der Institution, Düsseldorf 1970.
- 11 H. W. Blanke, Historiker als Beruf, in: K.-E. Jeismann (Hrsg.), Bildung, Staat, Gesellschaft im 19. Jahrhundert, Wiesbaden 1989, S. 343–360.
- 12 L. Burchardt, Wissenschaftspolitik im wilhelminischen Deutschland. Gründung und Ausbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft, Göttingen 1975 sowie jetzt die von Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko vorangetriebene Erforschung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.
- 13 Vgl. den Beitrag von Michael Geyer in diesem Heft.
- 14 Zit. nach W. Schulze, Von München über Leipzig (Anm. 2), S. 552f.
- 15 Vgl. C. Simon Staat und Geschichtswissenschaft in Deutschland und Frankreich 1871–1914, Frankfurt a. M./Bern 1988.
- 16 W. Schulze, Von München über Leipzig (Anm. 2), S. 582.
- 17 B. vom Brocke (Hrsg.), Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik im Industriezeitalter: Das „System Althoff“ in historischer Perspektive, Hildesheim 1991.
- 18 Ch. Charle, La république des universitaires 1870–1940, Paris 1994.

- 19 Vgl. die Zahlen bei F. Eulenburg, Die Frequenz der deutschen Universitäten von ihrer Gründung bis zur Gegenwart, Berlin 1994 (Nachdruck der Ausgabe von 1904).
- 20 Vgl. P. Schumann, Die deutschen Historikertage (Anm. 1), S. 53.
- 21 Münchner Neueste Nachrichten vom 7.4.1893, zit. nach P. Schumann, Die deutschen Historikertage (Anm. 1), S. 30.
- 22 In eine Diskussion der verschiedenen Historismus-Definitionen kann und soll hier nicht eingetreten werden. Vgl. dazu jetzt die ausgewogenen Übersichten in dem Band G. Scholz (Hrsg.), Historismus am Ende des 20. Jahrhunderts. Eine internationale Diskussion, Berlin 1997.
- 23 Der Grundsatz wechselnder Tagungsorte und relativ starker temporärer Lokalkomitees mahnt zur Vorsicht bei Ableitungen aus einzelnen Historikertagen auf die deutsche Historiographie. Insofern scheint es – zielt man auf allgemeinere Aussagen – gerechtfertigt, ganze Perioden zusammenzufassen, wie sie die Tagungen bis zum Ersten Weltkrieg gewiß darstellen.
- 24 Alle Zahlenangaben auch im folgenden beziehen sich auf die Auswertung der jeweils im Anhang der „Berichte über die Versammlung der deutschen Historiker“ (Dunker und Humblot, Leipzig 1894ff.) mitgeteilten Listen der Teilnehmer des jeweiligen Historikertages, der Listen der Verbandsmitglieder und der Wahlergebnisse zum geschäftsführenden Ausschuß. Ich danke Regina Schubert für die Mitarbeit bei der Erhebung der Daten.
- 25 Bericht über die vierte Versammlung deutscher Historiker zu Innsbruck, 11. bis 14. September 1896, Leipzig 1897, S. 7.
- 26 Ebenda, S. 6.
- 27 Ebenda, S. 7.
- 28 Ebenda, S. 6.
- 29 Bericht über die zweite Versammlung der deutschen Historiker, 29. März bis 1. April 1894 in Leipzig, Leipzig 1894, S. 4.
- 30 Vgl. für die Frage der Abgrenzung akademischer landesgeschichtlicher Institute von der regionalhistorischen Laienbewegung die Diskussion in: ebenda, S. 29 sowie für die Definition des Status der „Fachgenossenschaft“: Bericht über die dritte Versammlung der deutschen Historiker in Frankfurt, Leipzig 1896, S. 33f.
- 31 In die letztere Richtung weist auch Rüdiger vom Bruch Analyse des Hochschullehrtages 1911 in Dresden, wo er Lamprechts hervorragende Rolle bei der Formulierung von Perspektiven für die Institutionalisierung der geisteswissenschaftlichen Forschung unterstreicht: R. vom Bruch, Rüdiger vom Bruch, Wissenschaftspolitik, Kulturpolitik, Weltpolitik. Hochschule und Forschungsinstitute auf dem Deutschen Hochschullehrtage in Dresden 1911, in: Horst Walter Blanke (Hrsg.), Transformationen des Historismus. Wissenschaftsorganisation und Bildungsorganisation vor dem Ersten Weltkrieg. Interpretationen und Dokumente, Waltrop 1994, S. 32-63.
- 32 Vgl. dazu auch den Beitrag von Gangolf Hübinger in diesem Heft.
- 33 Vgl. die im Anhang wiedergegebene Tabelle, die die Mitglieder des Ausschusses in der Reihenfolge ihres Eintritts auflistet.
- 34 Meinecke beschreibt diese Spannung in einem Brief an Walter Goetz, als er diesem 1915 zur Annahme des Rufes nach Leipzig rät: „Der Straßburgisch-süddeutsche

Raum“ sei zweifellos der „einzige, in dem man sich menschlich und deutsch von allen Seiten sympathisch umgeben findet, wo man nicht einseitig, sondern vielseitig deutsch sein kann.“ Gleichwohl empfiehlt er aufgrund seiner Berliner Erfahrung den Gang in den Osten: „... trotz des Mankos an persönlichen und ästhetischen Werten im hiesigen Leben ... Man lebt hier doch in stärkerer Strömung, beobachtet mehr, sammelt mehr in sich ein, und im neuen Deutschland, wo man vielleicht auf manche Reize des alten Deutschland verzichten muß, gilt es für ein Naturell wie Sie, die so schaffens- und organisationsfreudig auf Ihre Mitmenschen wirken, vielleicht doppelt, den Mittelpunkt des Lebens und der Arbeit mit anzugehören.“ (F. Meinecke, *Ausgewählter Briefwechsel*, Stuttgart 1962, S. 63.)

- 35 Zur Wahl Kötzschkes als ständiger Sekretär der Kommission: Bericht über die siebente Versammlung deutscher Historiker in Heidelberg, Leipzig 1903, S. 43-45.
- 36 Vgl. zum ersten Versuch Eduard Meyers, eine fachinterne wissenschaftliche Diskussion loszutreten: P. Schumann, *Die deutschen Historikertage* (Anm. 1), S. 57ff.
- 37 Brief an Georg von Below vom 3.8.1915, in: F. Meinecke, *Ausgewählter Briefwechsel*, hrsg. von L. Dehio und P. Classen, Stuttgart 1962, S. 67.
- 38 Brief an Walter Goetz vom 6.9.1916, in: ebenda, S. 86.
- 39 „Von verschiedenen Seiten ist der Gedanke ausgesprochen worden, es möchten die Ausschußmitglieder öfter wechseln. Selbstverständlich kommt es darauf an, die Überlieferung im Ausschuß festzuhalten; denn so gesichert ist der Historikertag noch nicht, daß man ihn auf eigne Füße stellen kann; er bedarf noch immer des Rückhalts im Ausschuß“ (Bericht über die fünfte Versammlung ..., S. 39) Deshalb wird als Modus eingeführt: „Von den 15 Mitgliedern des Ausschusses scheiden bei jeder Versammlung des Verbandes 5 aus, diese 5 werden bei der gegenwärtigen und bei der nächsten Versammlung durch das Loos bestimmt und zwar bei der nächsten Versammlung aus den 10 Mitgliedern, die jetzt übrig bleiben. Vom 8. Historikertag an scheiden jedesmal die 5 ältesten Mitglieder aus. Die ausgetretenen Mitglieder können wieder gewählt werden.“ Ebenda.
- 40 Durch Los ausgeschieden und wiedergewählt.
- 41 Durch Los ausgeschieden und wiedergewählt.
- 42 Der Vorsitzende des Verbandes, der sich so rühlig um Einrichtung, Verstetigung des Historikertages und Publikation seiner Protokolle bemüht hatte, stirbt am 10. Juni 1898 in München. Vgl. den Nachruf auf Stieve am Anfang des Berichtes über die fünfte Versammlung ..., S. 1-4.
- 43 Durch Los ausgeschieden und wiedergewählt.
- 44 Statutengemäß ausgeschieden und wiedergewählt.
- 45 Verstarb kurz nach dem Salzburger Historikertag.
- 46 Durch Los ausgeschieden und wiedergewählt.
- 47 Zwischen dem Kongreß von Nürnberg und dem von Halle kooptiert, demzufolge statutengemäß vor der Neuwahl in Halle wieder ausgeschieden.
- 48 Durch Los ausgeschieden und wiedergewählt.
- 49 Statutengemäß ausgeschieden und wiedergewählt.
- 50 Bittet vor dem Kongreß in Halle, von seiner Wiederwahl abzusehen.
- 51 Vor dem Historikertag in Halle aus dem geschäftsführenden Ausschuß ausgeschieden.
- 52 Durch Los ausgeschieden und wiedergewählt.

- 53 Statutengemäß ausgeschieden und wiedergewählt.
- 54 Durch Los ausgeschieden und wiedergewählt.
- 55 Lehnt wegen seines fortgeschrittenen Alters 1913 eine Wiederwahl ab.
- 56 Durch Los ausgeschieden und wiedergewählt.
- 57 Statutengemäß ausgeschieden und wiedergewählt.
- 58 Tritt vor dem Historikertag in Heidelberg aus dem Verband und damit auch aus dem Ausschuß aus.
- 59 Vor dem Historikertag in Halle aus dem geschäftsführenden Ausschuß ausgeschieden.
- 60 Vor dem Historikertag in Halle verstorben.
- 61 Durch Los ausgeschieden und wiedergewählt.
- 62 Trat an die Stelle von Weber (Prag).
- 63 Statutengemäß ausgeschieden und wiedergewählt.
- 64 Zwischen dem Kongreß von Nürnberg und dem von Halle kooptiert, demzufolge statutengemäß vor der Neuwahl in Halle wieder ausgeschieden.
- 65 Zwischen dem Kongreß von Nürnberg und dem von Halle kooptiert, demzufolge statutengemäß vor der Neuwahl in Halle wieder ausgeschieden.
- 66 Zwischen dem Kongreß von Nürnberg und dem von Halle kooptiert, demzufolge statutengemäß vor der Neuwahl in Halle wieder ausgeschieden.
- 67 Wurde als Vorbereiter des Salzburger Historikertages in den Ausschuß gewählt, verstarb aber am 18.7.1903 in Wien, weshalb Redlich seine Organisationsaufgaben übernahm.
- 68 Verstarb kurz nach dem Salzburger Historikertag.

---

## Gangolf Hübinger

### Historikertage und Soziologentage vor dem Ersten Weltkrieg.

#### Kommunikation und institutionelle Abgrenzung

Zeitungsagenturen meldeten im Oktober 1995: „Der Senat der Deutschen Forschungsgemeinschaft hat ... die Gründung einer Kommission für Kulturwissenschaften beschlossen. Ihre Aufgabe wird es sein, die geistesgeschichtlichen und sozialwissenschaftlichen Fächer einer inhaltlich-methodischen, institutionellen und strukturellen Analyse zu unterziehen. ... Auch soll einer sich abzeichnenden Auseinanderentwicklung der beiden Fächer (sic!) entgegen gewirkt werden.“<sup>1</sup>

Solche kritischen Bestandsaufnahmen der inhaltlichen, methodischen und institutionellen Verfassung der Kulturwissenschaften gibt es nicht erst, seitdem es effiziente Wissenschaftsbehörden gibt. Sie entstanden in den universitären Reformdiskursen um 1800 und wurden zum festen Bestandteil im Dauerstreit der sich beschleunigt spezialisierenden und professionalisierenden Einzeldisziplinen seit dem späten 19. Jahrhundert. Auf's Ganze der Epoche gesehen, spricht der Sozialhistoriker Eric Hobsbawm für das Wissenschaftssystem von der Zeit um 1900 als der Periode, in der „die gesamte Art und Weise, wie der Mensch sich sein Bild vom Universum macht und dieses zu begreifen sucht, innerhalb einer ziemlich kurzen Zeitspanne verworfen und radikal verändert wird.“<sup>2</sup> Wie das für Leipzig und sein intellektuelles Milieu aussah, hat Roger Chickering am Beispiel des interdisziplinären „Positivistenkränzchen“ um Wilhelm Wundt, Wilhelm Ostwald, Friedrich Ratzel, Karl Bücher und Karl Lamprecht anschaulich dargestellt.<sup>3</sup> Und wie die „idealistische“ Antwort zur Reform der Geistes- und Sozialwissenschaften aussah, wird immer wieder am „Weltdorf Heidelberg“ demonstriert.<sup>4</sup>

Meine Frage richtet sich darauf, wie im Rahmen dieses wissenschaftlichen Umbruchprozesses, und speziell vor der Folie der das 19. Jahrhundert beherrschenden Geschichtswissenschaft – etabliert, selbstbewußt und staatstragend – die Institutionalisierungsgeschichte der Soziologie in Gang kommt und sich in den Jahrestagungen der 1909 gegründeten Deutschen Gesellschaft für Soziologie dokumentiert: auf der Suche nach ihrem Gegenstand und nach ihrem Ort in der Wissenschaft ebenso wie im öffentlichen Leben. Die schwierige Beziehung, die sich zwischen Geschichte und Soziologie nach dem Ende des Lamprechtstreites um 1900 und der Unter-

brechung aller wissenschaftsinternen Dynamik durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges aufbaute, läßt sich nicht unmittelbar aus dem Vergleich der Historikertage und Soziologentage erschließen. Dreizehn Historikertage zeugen von eingespieltem Fachdiskurs, routinierten Geschäftsberichten über empirische Großprojekte, gedämpften Methodendiskussionen, dafür rege Geselligkeit einschließlich eines Damenkomitees mit Marie Dopsch an der Spitze.<sup>5</sup> Dagegen nur zwei Soziologentage 1910 und 1912, in gereizter Stimmung, mit Austrittsdrohungen, unsicherer Geschäftsordnung, heftigen Kontroversen, von der in den Statuten festgeschriebenen methodischen Disziplinierung bis zum wissenschaftlichen Status der Rassenanthropologie. Woraus sich ein Vergleich der Institutionalisierungsprozesse und ein Blick auf die Kommunikationsmuster gleichwohl ergibt, läßt sich schon beim Rezensenten des Verhandlungsprotokolls des 1. Deutschen Soziologentages in der „Historischen Zeitschrift“ nachlesen. Paul Mombert, Nationalökonom und Wirtschaftshistoriker, will die „mehr prinzipiellen Fragen“ thematisieren. Wenn die Soziologie eine „besondere neue Wissenschaft für sich“ sein wolle, dann sei sie strikt abzulehnen. Oder „ob man lediglich von soziologischen Beziehungen der einzelnen sozialen Wissenszweige untereinander“ sprechen sollte, – dann sei „der Ausdruck Soziologie ein neuer Name für eine bekannte Sache.“ Der Rezensent nimmt also Georg von Belows berühmtes Verdikt über die Einrichtung soziologischer Lehrstühle von 1919 vorweg. Und er teilt die Redner des 1. Soziologentages, seiner Unterscheidung entsprechend, in integrierbare und auszuschließende. Von den konkreten Fachwissenschaften seriös seien Andreas Voigt über Wirtschaft und Recht, Hermann Kantorowicz über Rechtswissenschaft und Soziologie, Ernst Troeltsch über christliches und profanes Naturrecht, und auch noch Alfred Ploetz über Rasse und Gesellschaft. „Die übrigen Vorträge, wie der ... Einleitungsvortrag von Tönnies, die Vorträge von Sombart über Technik und Kultur, Gothein über die Soziologie der Panik, von Simmel über Soziologie der Geselligkeit, sind recht geistreiche Darlegungen sehr gescheiter Leute“, können aber „ohne die nun einmal unentbehrliche solide wissenschaftliche Unterlage an wissenschaftlich wertvollem recht wenig zutage fördern“. Insgesamt drohe dem Wissenschaftssystem Gefahr, weil die neu gegründete Gesellschaft für Soziologie sich anschicke, sich den anderen Wissenszweigen überzuordnen, sich andere Gebiete als Sektionen einzugliedern, beispielsweise die Deutsche Statistische Gesellschaft, und überhaupt, wie es in Paragraph 4 der Statuten heiße, „ausdrücklich von den Hilfsdisziplinen der Soziologie“ spreche.<sup>6</sup>

In dieser durchaus repräsentativen (abgesehen einmal von Ernst Bernheim oder Kurt Breysig etwa als Mitunterzeichner des Gründungsaufrufs der DGS) Einschätzung sind die Grenzen klar markiert, von denen aus die

Fachhistorie die beschleunigte „take-off-Phase“ der Soziologie sieht und bewertet. Diese „take-off-Phase“ – die institutionelle Befestigung im Konzert der Kulturwissenschaften – beginnt 1904 mit der Neukonzeption des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, erhält Farbe durch Max Webers „Protestantische Ethik und den Geist des Kapitalismus“ mit den historischen Kritiken und Autikritiken, bekommt eine Handbuchkodifizierung durch den Stoffverteilungsplan zum neuen „Handbuch der politischen Ökonomie von 1910“<sup>7</sup> und schließt mit dem 2. Soziologentag im Oktober 1912, den Alfred Weber mit einem Vortrag über den soziologischen Kulturbegriff eröffnet.

Charakterisieren will ich diese Phase im folgenden unter dem Aspekt, der auf dem Ersten Soziologentag z.B. bei Werner Sombart über „Technik und Kultur“ und dann bei Alfred Webers genanntem Vortrag deutlich geworden ist, wie – gerade weil die Debatten über den abstrakten Begriff der „Gesellschaft“ unergiebig blieben – die „Soziologen“ sich interdisziplinär als Kulturforscher präsentierten, damit in die Domäne der Geschichtswissenschaft einbrachen und um neue Standards der historischen Kulturforschung rivalisierten, neue zeithistorisch zulaufende Fragestellungen formulierten und neue inhaltliche Problemfelder absteckten.

Der zitierte Rezensent der „Historischen Zeitschrift“, den ich weiterhin als Wegweiser wähle, hat Recht, wenn er die deutsche Soziologie als Nachzügler im internationalen Prozeß bezeichnet. Frankreich besitzt mit Emile Durkheim, den „Règles de la méthode sociologique“ von 1895 und der „Année sociologique“ von 1898 Institutionen von nationalpädagogischem Gewicht. In England findet die Soziologie unter beharrlichem Druck von Sidney und Beatrice Webb ihren arbeitstauglichen Ort in der 1895 gegründeten London School of Economics. In Deutschland ist die Lage noch zehn Jahre später sehr konfus. Und es sind sehr konträre Ideenbündel, deren Vertreter sich 1909 in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie zusammenraufen müssen. So liest auch Rezensent Mombert das Verhandlungsprotokoll des 1. Soziologentages: Jeder Soziologe besitzt so ziemlich seine eigene Soziologie ... Die einen geben ihr eine psychologische, die anderen eine wirtschaftliche, wieder andere eine biologische Grundlage, wieder andere wollen sie rein kulturgeschichtlich fundieren.“<sup>8</sup> Idealtypisch lassen sich zumindest vier Richtungen mit unterschiedlichen *bodies of doctrine* und unterschiedlichen interdisziplinären Einbindungen unterscheiden:

1. Die Geburt der Soziologie aus dem Geist des wissenschaftlichen Monismus.
2. Die Geburt der Soziologie aus der Politik des Sozialismus.
3. Die Geburt der Soziologie aus der Krise des Historismus.
4. Die Geburt der Soziologie aus dem Geist der Zivilisationskritik.

Ich möchte diese vier Gründungsszenarien kurz gegeneinander profilieren.

Zu 1. Eine monistische, naturalistische Begründung der Soziologie, die in Deutschland nie dominant wird, die für die Institutionalisierungsphase aber auch nicht unterschlagen werden darf, geht auf die Popularisierung von Auguste Comte und den Sozialdarwinismus der Jahrhundertwende zurück. Der Chemiker und Nobelpreisträger Wilhelm Ostwald, der sehr spät erst Comte für sich entdeckt hat, konstruiert für seine energetische Kulturtheorie, die er in seinen Sonntagspredigten popularisiert, ein in sich logisch geschlossenes, hierarchisch geordnetes Wissenschaftssystem, an deren Spitze die neue Soziologie zu stehen habe. Ostwald nennt sie charakteristischerweise „Kulturologie“.<sup>9</sup> Im Einheitsideal der Wissenschaften profilierte sie eine utilitaristische Ethik; Ostwald schlußfolgert, „daß die Ethik nichts anderes ist, als die Lehre vom gegenseitigen Verhalten der Menschen in der menschlichen Gesellschaft, also mit anderen Worten, daß die Ethik angewandte Soziologie sein muß und nichts anderes sein kann.“ Ferdinand Tönnies, die treibende Kraft der Professionalisierung der deutschen Soziologie, mit den wichtigsten internationalen Kontakten nach Frankreich und England, liebäugelt sehr stark mit diesem Modell.<sup>10</sup> Dogmatischer als Tönnies vertritt Rudolph Goldscheid, mit Wilhelm Ostwald Herausgeber der „Annalen für Natur- und Kulturphilosophie“ das monistische Wissenschaftsideal. 1907 begründet er die Soziologische Gesellschaft in Wien; als Mitbegründer der Deutschen Gesellschaft 1909 sorgt er für starke Polarisierungen, die unter anderem zum baldigen Austritt von Georg Simmel und Max Weber führen. Goldscheid wird 1913 in den Vorstand gewählt, aber die positivistische Soziologie bleibt in einer intellektuellen Minderheitenposition.

Zu 2. Über den Aspekt einer Gründung der Soziologie aus dem Geist des wissenschaftlichen Sozialismus informiert der bekannte Artikel „Soziologie“ in den „Geschichtlichen Grundbegriffen“ mit den vielschichtigen Assoziationsebenen und Sprachspielen von Sozialismus – Soziologie erschöpfend.<sup>11</sup> Neue Impulse für die wissenschaftsgeschichtliche Forschung gibt aber jetzt die fundierte Biographie zu Werner Sombart, neben Tönnies, Max Weber und Georg Simmel die vierte Gründungsfigur der Soziologie von intellektuellem und wissenschaftspolitischem Gewicht. Friedrich Lengers Untersuchung zeigt Sombart als eine deutsche Gelehrtenexistenz mit ihren Professionalisierungs- und Karrieremustern. Sie rekonstruiert eine wichtige Entwicklungslinie der deutschen Soziologie – nicht versimpelt „von Marx zu Hitler“ – sondern korrekt als komplexen Denkweg von einem in der kameralistischen Tradition wurzelnden Staatssozialismus zur Soziologie eines romantisierenden Antikapitalismus. Ein sozialwissenschaftlich nicht untypischer Denkweg, der mit einer Analyse

des Klassenkampfes beginnt und mit dem Wunsch nach der organischen Volksgemeinschaft endet. So enthält Sombarts vielzitiertes Vortrag auf dem ersten Soziologentag über „Technik und Kultur“ mit seiner Betonung der zersetzenden Kraft der modernen Technik – „... hat es denn wirklich einen Wert, daß wir in der Luft herumfliegen oder nicht?“ – auch alle zentralen Elemente der romantischen fin-de-siècle-Kulturkritik.<sup>12</sup>

Zu 3. Maßgeblich für den grundsätzlichen Wandel im System der Geistes- und Sozialwissenschaften um 1900, in dem erst der Raum für die Institutionalisierung einer neuen Disziplin wie der Soziologie geschaffen wurde, ist die sprichwörtliche Krise des Historismus. Ernst Troeltsch, einer der wenigen geschätzten Redner sowohl des Historikerverbandes als auch der DGS, hat in seiner großen Studie „Der Historismus und seine Probleme“ die richtige Diagnose gestellt. Die Fachhistorie erstickt am Quellenpositivismus, die großen Fragen nach den Grunderfahrungen der modernen Zivilisationsgesellschaften, nach der Art, wie historische Prozesse in gegenwärtige Lebensverhältnisse münden, wandern um 1900 endgültig aus der Geschichtswissenschaft aus.<sup>13</sup> Recht übereinstimmend gelten denn auch bis heute Durkheim, Schmell und Max Weber als klassische Referenzen einer *neuen* Gestalt kulturwissenschaftlichen Forschens.<sup>14</sup>

Wolf Lepenies vertritt in den „Drei Kulturen“ die These, daß sich die Soziologie unter anderem als eine „neue Version der Kulturgeschichte“ etabliert habe.<sup>15</sup> Das ist etwas pauschal, aber bezogen auf Max Weber und Ernst Troeltsch durchaus richtig. Weber hat seine „protestantische Ethik“ gegenüber Heinrich Rickert dezidiert als einen „kulturgeschichtlichen Aufsatz“ eingestuft.<sup>16</sup> Er hat den allerletzten Absatz nicht nur zu einer Polemik gegen Lamprecht, sondern wichtiger: zu einer kategorialen Skizze einer integrierenden Kulturgeschichte der Neuzeit benutzt. Die Leitfrage nach der Kulturbedeutung von Ethiken für „die Art der Organisation und der Funktionen sozialer Gemeinschaften vom Konventikel bis zum Staat“<sup>17</sup>, ist bekanntlich von Troeltsch auf dem Historikertag 1906 in Vertretung von Weber im Referat „Die Bedeutung des Protestantismus für die Entstehung der modernen Welt“ aufgegriffen und in der Artikelfolge des AfSS zu den „Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen“ empirisch kleingearbeitet worden.<sup>18</sup> Leider schreibt die neueste Studie zu diesem Komplex, die Dissertation von Stefan Haas über „Historische Kulturforschung in Deutschland 1880 bis 1930“, trotz höchster theoretischer Ansprüche, vollständig an diesen neuen interdisziplinären Konfigurationen vorbei.<sup>19</sup>

Zu 4. Gegenüber dem naturwissenschaftlichen, dem sozialistischen und dem historismuskritischen hat momentan ein viertes Gründungsszenarium Konjunktur. Es bewertet die Soziologie aus dem antisozziologischen Effekt

derjenigen Kulturwissenschaftler heraus, die sie als eigenständige und von der Geschichte losgelöste Disziplin zu verhindern suchen wollen. Das ist kein Paradox, sondern stützt sich natürlich auf Friedrich Nietzsche. Nietzsches Notiz von 1888, der Soziologie „bleibt vorzuwerfen, daß sie nur das Verfallsgebilde der Societät aus Erfahrung kennt und unvermeidlich die eigenen Verfalls-Instinkte als Norm des Soziologischen Urteils nimmt“, gilt den Nietzscheanern bis heute als Einsicht in die Unmöglichkeit einer selbständigen Wissenschaft von der Gesellschaft. Diese Sicht ist mit der kulturalistischen Wende in den Sozialwissenschaften der letzten Jahre recht dominant geworden. Keine Studie zu Georg Simmel, erst recht keine zu Max Weber, die nicht in einem eigenen Kapitel die Einflüsse Nietzsches neu entdeckt.<sup>20</sup>

Die Bedeutung von Nietzsches Kritik der Modernität in der Orientierungskrise der Kulturwissenschaften um 1900 ist natürlich unbestritten, wird aber für die Neugestaltung des Wissenschaftssystems durch Fachpresse, Lehr- und Handbücher, maßgebende Publikationen und eben Fachverbände eher eindimensional und überzogen dargestellt. Um dies für die Spannung zwischen Geschichte und Soziologie zu zeigen, ist der Bezug auf Max Weber unvermeidlich, der zwischen 1904 und 1910 den größten inhaltlichen wie organisatorischen Einfluß genommen hat. Der andererseits aber auch ein großes Fragezeichen hinter die Verfachlichung der Soziologie gesetzt hat. „Das meiste, was unter dem Namen Soziologie geht, ist Schwindel“, soll er in Heidelberg gesagt haben.

Ein Hauptindikator für die Konjunktur einer Disziplin ist die Prägung einer Zeitschrift. Zeitschriften sind literarische Klammern für Fachverbände und Fachkongresse. 1903 – die Historikerschlachten um die Kulturgeschichte sind geschlagen, der Held, Karl Lamprecht, ist verbannt, „Banishment“, wie Roger Chickering sein Kapitel über das Einsammeln der „axes and knives“ in Hayden White'scher Dramaturgie überschreibt – wird die „Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“ gegründet. In „streng historischer Tendenz“ wollen die Herausgeber Georg von Below und Ludo Moritz Hartmann der „der Erforschung der wirtschaftlichen Zustände und Entwicklungen aller Zeiten und Völker dienen und sich ebenso von der Behandlung der Probleme der theoretischen Nationalökonomie wie von den Fragen der Sozial- und Volkswirtschaftspolitik der Gegenwart fernhalten.“<sup>21</sup> Das „Geleitwort“, mit dem 1904 Sombart und Max Weber das „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ übernehmen und zur führenden Zeitschrift dieses Bereichs ausbauen, klingt wie eine konzeptionelle Gegenrede zur VSWG:<sup>22</sup> Die Erforschung des Kapitalismus als eine irreversible historische Entwicklung; dazu die Erforschung der Bedingungen zur Integration der Arbeiterschaft in die

„Kulturgemeinschaft der modernen Staaten“ und schließlich der Einsatz wissenschaftlicher Erkenntnis für die gesellschaftliche Reformpolitik. Eben deshalb ist die saubere Trennung zwischen wissenschaftlicher Tatsachefeststellung und politischem Werturteil unverzichtbar. Wertfreiheit als intellektuelles Askesegebot des wertbezogenen Kulturmenschen, sobald er den wissenschaftlichen Diskurs wählt; empirische Erforschung aller sozialen Beziehungen und Kulturgebilde und deren Zurechnung auf klare idealtypische Begriffskonstruktionen, – das sind die Eckpfeiler einer „verstehenden Soziologie“, wie sie Weber und wissenschaftspolitisch weniger rigide Sombart und Tönnies mit der DGS aus der Taufe heben wollen. Das „Geleitwort“, auf das zwei programmatische Aufsätze der Verfasser Weber und Sombart folgen,<sup>23</sup> fixiert den Ort, an dem „historische und theoretische Erkenntnis“ neu verankert werden soll: „Unsere Zeitschrift wird heute die historische und theoretische Erkenntnis der allgemeinen Kulturbedeutung der kapitalistischen Entwicklung als dasjenige wissenschaftliche Problem ansehen müssen, in dessen Dienst sie steht. Und gerade weil sie selbst von einem durchaus spezifischen Gesichtspunkt ausgeht und ausgehen muß: dem der ökonomischen Bedingtheit der Kulturerscheinungen, kann sie nicht umhin, sich in engem Kontakt mit den Nachbardisziplinen der allgemeinen Staatslehre, der Rechtsphilosophie, der Sozialethik, mit den sozial-psychologischen und den gewöhnlich unter dem Namen Soziologie zusammengefaßten Untersuchungen zu halten.“<sup>24</sup>

Es mag paradox klingen: Das historische Verständnis der sozialen Wirklichkeit soll verstärkt werden, die Fachhistorie wird aber nicht unter den hierzu hilfreichen „Nachbardisziplinen“ aufgeführt. Um die Gründe zu ermitteln, ist noch einmal auf die „Krise des Historismus“ zurückzukommen und auf eine schwebende Frage in der Forschungsliteratur. Bestand diese Krise im Kern aus zu großer methodischer Selbstsicherheit und theoretischer Selbstzufriedenheit, wie sie beispielsweise die „Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“ ausstrahlte? Oder bestand sie in methodischen Defiziten und theoretischer Unempfindlichkeit, die intellektuelle Energien abzogen? Rüdiger vom Bruch befindet für die wilhelminische Ära bündig, Geschichte war „eine reputierliche Wissenschaft, methodisch eine politische Wissenschaft, eine protestantische Wissenschaft, eine nationale Wissenschaft, eine wissenschaftliche Wissenschaft.“ Auch in die sozialen Reformdebatten seien Historiker als Bildungseliten voll einbezogen. „Verein für Sozialpolitik“ und „Evangelisch-sozialer Kongreß“ „zeigen enge Berührungen vornehmlich zwischen Nationalökonomern, Historikern, Theologen und Juristen.“<sup>25</sup> Daß Historiker bei allen Publikationen und Lehrveranstaltungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in der Beurteilung der „Sozialen Frage“ inkompetent waren, weil sie weder

an den neukantianischen Debatten über „Kulturwerte“ noch an den gesellschaftswissenschaftlichen über „soziales Handeln“ partizipierten, ist demgegenüber eine zentrale These der Soziologiegeschichtsschreibung.<sup>26</sup>

Die tatsächliche Verfassung der Fachhistorie zwischen Elitenbewußtsein und intellektueller Marginalisierung zeigt mehr als die nationalen Historikertage der 1908 in Berlin veranstaltete 3. Internationale Historikerkongreß. Folgt man Karl Dietrich Erdmanns umsichtiger Zusammenfassung, dann hat hier die deutsche Fachhistorie Wesentliches ihrer Reputation vor der internationalen Öffentlichkeit verspielt. Die Neuzeiter fühlten sich so in die Machtkämpfe ihrer Staaten eingebunden, daß sie Berlin als Konkretort sehr reserviert gegenüberstanden. Adolf von Harnack, Otto von Gierke und Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf zeigten sich weltläufig genug, die Initiative zu ergreifen. Die Defensive, mit der die deutschen Teilnehmer auf Methodenfragen und thematische Erweiterungen reagierten, ließen wenig von der Geschichte als „Lehrmeisterin der Gegenwart“ vermuten, als die sie der Reichsstaatssekretär des Innern, Bethmann Hollweg, zur Eröffnung ansprach. Karl Lamprecht, so Erdmanns Fazit, war mehr Alibi als wirklicher Gegenstand, um eine Perspektivenerweiterung zur Kultur- und Universalgeschichte abzuwehren.

Geschichte und Soziologie fanden vor dem Ersten Weltkrieg keine wirkliche Basis für eine institutionelle Zusammenarbeit. Ganz generell war die Spezialisierung von Einzel- und Subdisziplinen Anlaß für die „Historische Zeitschrift“, ihr Geleitwort zum 100. Band in gedämpfterem Ton zu halten. Geschichte sei im „wissenschaftlichen Großbetrieb“ nicht mehr „Ferment der allgemeinen Bildung ... Ferment insbesondere der übrigen Geisteswissenschaften“, schreibt 1908 Friedrich Meinecke. Innerhin habe die „Historische Zeitschrift“ in fünfzig Jahren die Historiker zu einer „Berufsgenossenschaft“ zusammengeschlossen. „Jeder von uns fühlt heute eine solche korporative Zusammengehörigkeit, beruhend auf gleichartiger wissenschaftlicher Erziehung und gemelnsamen großen Traditionen.“<sup>27</sup> Der hier beschworene Zunftgeist schlägt sich einerseits in der fachlichen Qualität der Historikertage nieder, bewirkt andererseits aber die Abschottung nach außen, sei es gegen philosophische Kritiken der historischen Vernunft, sei es gegen soziologische Theorien historischer Entwicklungsprozesse. Die These, die sich schon bei Peter Schumann findet, – seit 1900 sei auf den Historikertagen nichts Aufregendes mehr passiert, nur „Troeltsch hatte etwas Neues geboten“ und „gewissermaßen auch die soziologische Dimension“ eröffnet“,<sup>28</sup> braucht nicht korrigiert zu werden.

Die Wissenschaftler, welche den ersten Soziologentag planen, sind zwangsläufig auf interdisziplinäre Zusammenarbeit angelegt. Weber schreibt dem Geschäftsführer der DGS, Hermann Beck: „Nun müssen die

Einladungen erfolgen; doch wohl so, daß man alle Dozenten der Fächer Philosophie, neuere Geschichte, National-Ökonomie, Staatsrecht, Psychologie, Geographie, Etimologie und Anthropologie zur Teilnahme ... auffordert.<sup>29</sup> Zur Mitarbeit und zum Beitritt in die DGS war unter den Historikern ausdrücklich Georg von Below aufgefordert worden, der mit seiner bekannten Gegnerschaft die Soziologie als Wissenschaft ablehnte. Weber rügt ihn privat: „Ich bedauere Ihre hoffentlich nicht definitive Ablehnung. Was tut der Name ‘Soziologie’? Ist etwa alles, was sich Historiker nennt, ‘stubenrein’, oder auch nur alles, was auf den Historikertagen mit diskutiert?“<sup>30</sup> Below, der 1910 der Redaktion der „Historischen Zeitschrift“ beitrifft, repliziert dort öffentlich und mit Lamprechts Institut im Visier: „Die Erfahrung lehrt, daß in den Allerweltswissenschaften wie der allgemeinen Kulturgeschichte und der Soziologie immer von neuem der Dilettantismus sein Haupt erhebt, oder, wie man es auch formulieren kann, es sind regelmäßig der Mehrzahl nach Dilettanten, die die Konstruktion einer allgemeinen Kulturgeschichte oder einer ‘Wissenschaft der Soziologie’ fordern: hier glauben sie ihr Rößlein ungestört tummeln zu können, während sie sich in einer strengen Fachdisziplin unbehaglich fühlen würden.“<sup>31</sup> Soweit zum kommunikativen wie institutionellen Abgrenzungsprozeß zwischen Geschichte und Soziologie vor dem Ersten Weltkrieg. Eines hat der Soziologiekritiker Below bei aller Polemik richtig gesehen. Es gibt, ganz unabhängig von Lamprecht, einen *Konnex zwischen Kulturgeschichte und Soziologie*, der sich auf den ersten beiden Soziologentagen manifestiert. Dieser Konnex läßt sich auf drei Ebenen feststellen:

1. In den zentralen Problemfeldern. Wichtige Problemfelder einer innovativen Kulturgeschichte der Moderne verlagern sich von der Fachhistorie in eine soziologische Perspektive. Religions- und Rechtsgeschichte sind hierfür auf dem 1. Soziologentag exemplarisch, mit Ernst Troeltsch und Hermann Kantorowicz. Prozesse kollektiver Bewußtseinsbildungen ebenfalls, wengleich bei Georg Simmels „Soziologie der Geselligkeit“ weniger historisch verankert als bei Eberhard Gotheins „Soziologie der Panik“, die auch das Phänomen religiöser Massenbewegungen und Wahnvorstellungen in der Geschichte einbezieht. Nationsbildungsprozesse und ihre kulturellen Bedingungen sind das Leitthema des 2. Soziologentages. Nicht eigens thematisiert ist dagegen der ganze Komplex Kapitalismus – Industrialisierung – Arbeiterbewegung, – das bleibt weiterhin dem „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ überlassen.

2. In der kulturalanthropologischen Perspektive. Ich beschränke mich auf den Geschäftsbericht des 1. Soziologentages, in dem Max Weber die beiden teuren und aufwendigen empirischen Forschungsprojekte vorstellt, welche die DGS organisieren will: Eine Presse- und eine Vereinssoziolo-

gie. Die Erforschung von Vergesellschaftung in Vereinen und vom Massenkommunikationsmittel Presse wird unter die Leitfrage gestellt: Was tragen sie „...zur Prägung des modernen Menschen bei? Wie werden die objektiven überindividuellen Kulturgüter beeinflusst, was wird an ihnen verschoben, was wird an Massenglauben, an Massenhoffnungen vernichtet und neu geschaffen, an ‘Lebensgefühlen’ – wie man heute sagt – an möglicher Stellungnahme für immer vernichtet und neu geschaffen? Das sind die letzten Fragen, die wir zu stellen haben, und Sie sehen sofort, verehrte Anwesende, daß der Weg bis zu den Antworten auf solche Fragen außerordentlich weit ist.“<sup>32</sup>

3. In der kulturtheoretischen Reflexion. Die Soziologentage markieren einen Endpunkt im Selbstfindungsprozeß der Soziologie von einem objektivistischen und evolutionistischen Gesellschaftsbegriff hin zu einem kulturhistorischen Begriff des sozialen Handelns. Nahezu alle Referate bedienen sich mehr oder weniger intensiv historischer Erklärungsmuster. Alfred Webers Einleitungsvortrag über den soziologischen Kulturbegriff mit seinem Bild der Geschichte als dem ewigen Antagonismus von Institutionalisierungsprozessen und dem subjektiven „Kulturwillen“ des Menschen zur selbstgestalteten Lebensführung ist ein besonders markantes Beispiel. Die entscheidende Brücke zwischen Kulturgeschichte und Soziologie schlug Eberhard Gothein.<sup>33</sup> Seine Auseinandersetzung mit Dietrich Schäfer über die Aufgaben der Kulturgeschichte hatte paradigmatische Qualität.<sup>34</sup> Für die dritte Auflage des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften verfaßte er den ausführlichen Artikel „Gesellschaft und Gesellschaftswissenschaft“ und definierte dort unter Berücksichtigung aller Gegensätze von „Erklären“ und „Verstehen“ als Soziologie, „daß wir in der Wissenschaft von den Wechselbeziehungen der Menschen Gesetzmäßigkeit anerkennen und zu erforschen suchen.“ Im Prinzip stimmte auch der kritizistische Max Weber, der Gothein als Vorsitzenden des Arbeitsausschusses für Pressewesen der DGS versah, dieser nicht naturalistisch zu lesenden Formel zu und verwandte später in den „Soziologischen Grundbegriffen“ ähnliche Formulierungen.<sup>35</sup> Wie sehr die nicht zur institutionellen Geltung gekommene Kulturgeschichte ein Vorbild für die Ausprägung der Soziologie geworden ist, zeigt noch 1923 der Aufsatz von Hermann Kantorowicz über den Aufbau der Soziologie. Im einleitenden Abschnitt über das „Verhältnis zur Kulturhistorie“ heißt es: „Zu einer dieser historischen Wissenschaften steht die Soziologie aber in einem bestimmten logischen Verhältnis, dem der ‘Grundwissenschaft’: zur Kulturhistorie.“<sup>36</sup>

In dieser Weise gehört die Gründungsphase der Soziologie zum großen Umbau den Kulturwissenschaften um 1900. Und vieles, was jetzt in editori-

schen Parallelaktionen DFG-gefördert nebeneinanderherläuft – Max-Weber-Gesamtausgabe, Simmel-Gesamtausgabe, Tönnies-Gesamtausgabe, Troeltsch-Gesamtausgabe – bündelt sich in diesem Gründungskontext. Auch insofern läßt sich sagen: die Soziologentage und das Programm der DGS beginnen vor dem Weltkrieg als das, was die DFG heute als das große Desiderat einer neuen Zusammenführung von Geistes- und Sozialwissenschaften zu ihrer Aufgabe erklärt.

#### Anmerkungen

- 1 „Inventur. Kommission für Kulturwissenschaften“, FAZ vom 16. Oktober 1995.
- 2 E. J. Hobsbawm, *Das imperiale Zeitalter, 1875–1914*, Frankfurt a. M. 1989, S. 305.
- 3 R. Chickering, *Der „Leipziger Positivismus“*, in: *Comparativ* 5 (1995), S. 20-31; ders., *Karl Lamprecht. A German Academic Life (1856-1915)*, New Jersey 1993; W. D. Smith, *Politics and Sciences of Culture in Germany, 1840–1920*, Oxford 1991.
- 4 H. Treiber/K. Sauerland (Hrsg.), *Heidelberg im Schnittpunkt intellektueller Kreise. Zur Topographie der „geistigen Geselligkeit“ eines „Weltdorfes“: 1850–1950*, Opladen 1995; vgl. dazu R. M. Lepsius u.a., *Symposium*, in: *Soziologische Revue* 18 (1995), S. 477-500.
- 5 Bericht über die dreizehnte Versammlung deutscher Historiker zu Wien, 16. bis 20. September 1913, München 1914.
- 6 HZ 110 (1913), S. 327-331. Der Abdruck des Statuts im rezensierten Verhandlungsprotokoll enthielt den angesprochenen § 4 mit den soziologischen „Hilfsdisziplinen“ allerdings nicht mehr, wohl aber eine frühere Fassung vom Mai 1910 („Ordentliche Mitglieder können nur Personen sein, welche auf dem Gebiete der Soziologie oder ihrer Hilfsdisziplinen wissenschaftlich qualifiziert sind“), jetzt abgedruckt in: M. Weber, *Briefe 1909–1910*, hrsg. von M. R. Lepsius und W. J. Mommsen in Zusammenarbeit mit B. Rudhard und M. Schön, Tübingen 1994 (Max-Weber-Gesamtausgabe [im folgenden MWG] Bd. II/6), S. 548. Die stenographischen Protokolle: *Verhandlungen des Ersten Deutschen Soziologentages vom 19.-22. Oktober 1910 in Frankfurt a. M.*, Tübingen 1911; *Verhandlungen des Zweiten Deutschen Soziologentages vom 20.-22. Oktober 1912 in Berlin*, Tübingen 1913; zur Fachgeschichte siehe D. Käsler, *Zur Wissenschaftssoziologie der frühen deutschen Soziologie 1909 bis 1914*, in: *Soziale Welt* 35 (1984), S. 5-47; ders., *Die frühe deutsche Soziologie 1909 bis 1934 und ihre Entstehungsmilieus*, Opladen 1984; O. Rammstedt (Hrsg.), *Simmel und die frühen Soziologen*, Frankfurt a. M. 1988; S. Papcke (Hrsg.), *Ordnung und Theorie. Beiträge zur Geschichte der Soziologie in Deutschland*, Darmstadt 1986.
- 7 Eine Analyse des „Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“, das ehemalige „Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik“, ist nach wie vor ein Desiderat; J. Winkelmann (Hrsg.), *Max Weber. Die protestantische Ethik II. Kritiken und Antikritiken*, Gütersloh 1982; *Der Stoffverteilungsplan jetzt abgedruckt in: MWG Bd. II/6, S. 766-774*. Die insbesondere durch Manfred Schön erstellten außerordentlich gründlichen Kommentare dieses Weber-Briefwechsels aus den Jahren

- 1909–1910 werfen ein neues Licht auf die Entstehungsgeschichte der deutschen Soziologie; ich verdanke ihnen viel für meine wissenschaftsgeschichtlichen Vergleichsstudien.
- 8 Wie Anm. 6, S. 327.
  - 9 W. Ostwald, *Der Bau der Wissenschaften*, in: *Monistische Sonntagspredigten*, zweite Reihe, Leipzig 1912, Nr. 42.
  - 10 „Tönnies' philosophischer Monismus trieb ihn dazu, die unausweichliche Einbezogenheit des individuellen Lebensschicksals in allgemeine, kausal determinierte und statistisch erfassbare Massentendenzen nachzuweisen. Zu diesen umgreifenden, dem Determinismus unterworfenen Zusammenhängen gehörten natürlich in der damit gegebenen Perspektive die biologische Abfolge der Generationen nicht weniger als demokratische Prozesse“, so charakterisiert ihn sein Biograph Cornelis Bickel. Vgl. C. Bickel, *Ferdinand Tönnies: Soziologie als skeptische Aufklärung zwischen Historismus und Rationalismus*, Opladen 1991, S. 180.
  - 11 E. Pankoke, *Soziologie, Gesellschaftswissenschaften*, in: O. Brunner/W. Conze/R. Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 5, Stuttgart 1984, S. 997-1032.
  - 12 F. Lenger, *Werner Sombart 1863-1941. Eine Biographie*, München 1994.
  - 13 E. Troeltsch, *Der Historismus und seine Probleme*, Tübingen 1922 (Neudruck Aalen 1977), insbesondere S. I-II: Die heutige Krisis der Historie.
  - 14 Im deutsch-französischen Vergleich zusammenfassend O. G. Oexle, Was deutsche Mediävisten an der französischen Mittelalterforschung interessieren muß, in: M. Borgolte (Hrsg.), *Mittelalterforschung nach der Wende 1989*, München 1995 (HZ-Beiheft 20), S. 89-127.
  - 15 W. Lepenies, *Die drei Kulturen. Soziologie zwischen Literatur und Wissenschaft*, München 1985, S. 305.
  - 16 Brief an Rickert vom 2. April 1905, mitgeteilt bei Marianne Weber, *Max Weber. Ein Lebensbild*, Tübingen, 3. Aufl. 1984, S. 359.
  - 17 GARS, Bd. 1, S. 205.
  - 18 Ausführlicher demnächst G. Hübinger, *Konzepte und Typen der Kulturgeschichte. Von der Wirklichkeitswissenschaft zur Wirklichkeitskritik (1900-1933)*, erscheint in: *Geschichtsdiskurs IV*, Frankfurt a. M. 1997; ders., Ernst Troeltschs „Soziallehren“ in außertheologischer Sicht, in: F. W. Graf/T. Rendtorff (Hrsg.), *Ernst Troeltschs Soziallehren (Troeltsch-Studien, Bd. 6)*, Gütersloh 1993, S. 230-240.
  - 19 S. Haas, *Historische Kulturforschung in Deutschland 1880–1930*, Münster 1994.
  - 20 Impulsgebend H. Baier, *Die Gesellschaft – Ein langer Schatten des toten Gottes. Friedrich Nietzsche und die Entstehung der Soziologie aus dem Geist der Décadence*, in: *Nietzsche-Studien 10/11 (1982)*, S. 6-33; in der Sache wenig weiterführend A. Germer, *Wissenschaft und Leben. Max Webers Antwort auf eine Frage Friedrich Nietzsches*, Göttingen 1994.
  - 21 VSWG I (1903), S. V.
  - 22 Vgl. G. Hübinger, *Kapitalismus und Kulturgeschichte*, in: R. vom Bruch/F. W. Graf/G. Hübinger (Hrsg.), *Kultur und Kulturwissenschaften um 1900*, Stuttgart 1989, S. 25-44.
  - 23 Geleitwort der Herausgeber, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 19 (1904)*, S. I-VII; W. Sombart, *Versuch einer Systematik der Wirtschaftskrisen*,

- ebenda, S. 1-21; M. Weber, Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, ebenda, S. 22-87.
- 24 Geleitwort (Anm. 23), S. V.
- 25 R. vom Bruch, Historiker und Nationalökonom im Wilhelminischen Deutschland, in: K. Schwabe (Hrsg.), Deutsche Hochschullehrer als Elite 1815-1945, Boppard am Rhein 1983, S. 105-150, hier S. 126, 123.
- 26 Th. Burger, Deutsche Geschichtstheorie und Webersche Soziologie, in: G. Wagner/H. Zipprian (Hrsg.), Max Webers Wissenschaftslehre, Frankfurt a. M. 1994, S. 29-104, hier S. 94
- 27 F. Meinecke, Geleitwort zum 100. Bande der Historischen Zeitschrift, HZ 100 (1908), S. 1-10, Zitate S. 6, 5, 3.
- 28 P. Schumann, Die deutschen Historikertage von 1893 bis 1937. Die Geschichte einer fachhistorischen Institution im Spiegel der Presse, Göttingen 1975, S. 233. Vgl. auch S. 204: „Die Wirtschaftsgeschichte überließ der Historiker lieber dem Nationalökonom“, ferner S. 149 zum weitgehenden Verzicht auf zeitgeschichtliche Themen aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.
- 29 Brief vom 10. Juli 1910, MWG II/6, S. 583.
- 30 Brief an Georg von Below vom 28. Juni 1909, MWG II/6, S. 154. Sachlich geht der Vorwurf Webers dahin, Below würde nur „Geheimratsorganisationen“ wie die neugegründete Heidelberger Akademie der Wissenschaften schätzen, Forschungsinstitutionen mit innovativen Ansprüchen wie der DGS aber die konzeptionelle Mitarbeit verweigern: „Aber wenn nun der Versuch, die Gesellschaft auf die Basis einer Delegiertenorganisation von wirklich berufenen Leuten zu stellen, an solchen Gründen scheitert – dann trägt nicht die Soziologie als solche die Schuld, wenn nichts Geseheites herauskommt – sondern Sie und diejenigen, die ähnlich denken“ (S. 154f.).
- 31 G. von Below, Kulturgeschichte und kulturgeschichtlicher Unterricht, in: HZ 106 (1911), S. 96-105, hier S. 103; M. Weber selbst wird ebenda, Anm. I, ausdrücklich der strengen Fachdisziplin der Nationalökonomie zugerechnet. Zu Belows Eintritt in die HZ-Redaktion, gemeinsam mit Erich Marcks, siehe die Mitteilung in HZ 105 (1910), S. 236. Zur differenzierenden Betrachtung Belows siehe Oexle, Mediävisten (Anm. 14), S. 114ff.
- 32 M. Weber, Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik, Tübingen 1924, S. 441.
- 33 Vgl. G. Hübinger, Kapitalismus und Kulturgeschichte (Anm. 22), S. 40ff.
- 34 Oft interpretiert, zuletzt von Th. Burger, Deutsche Geschichtstheorie (Anm. 26), S. 60ff.
- 35 E. Gothein, Gesellschaft und Gesellschaftswissenschaften, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Auflage, Bd. 4, Jena 1909, S. 706; Max Weber bezieht sich darauf im Brief an Ferdinand Tönnies vom 1. Dezember 1910, MWG II/6, S. 704. Zu seiner eigenen Bestimmung der Soziologie siehe: Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1972, S. 3: „... die Aufgaben der Soziologie (und der Wissenschaften vom Handeln überhaupt): die sinnhaft orientierten Handlungen deutend zu verstehen“. Dazu auch, allerdings unter Ausblendung der Bezüge zur Geschichte als einer Wissenschaft vom Menschen in neuer Orientierung: W. Hennis, Max Webers Wissenschaft vom Menschen, Tübingen 1996, hier S. 7.

Historikertage und Soziologentage vor dem Ersten Welt

36 H. Kantorowicz, Der Aufbau der Soziologie, in: 1  
Soziologie. Erinnerungsgabe für Max Weber, Bd. 1, 1

---

Cathrin Friedrich

## „Gaudeant historiae“ – Die deutschen Historikertage in den 1920er Jahren

Nach einer Pause von elf Jahren fand vom 30. September bis zum 4. Oktober 1924 die „Vierzehnte Versammlung deutscher Historiker zu Frankfurt am Main“ und damit der erste deutsche Historikertag nach dem Ersten Weltkrieg statt. Noch immer behinderte die wirtschaftliche Nachkriegssituation die deutsche Wissenschaft, die bereits während des Krieges empfindlich hatte zurückstecken müssen, in ihren Möglichkeiten und hatte ein sofortiges Wiedereinsetzen der Kongresse unmöglich gemacht. Wegen der unruhigen politischen Verhältnisse im Ruhrgebiet und aufgrund der im besetzten Gebiet nicht garantierten „Gewähr für die notwendige, unbedingte Redefreiheit“<sup>1</sup> war der ursprünglich bereits für Ostern 1923 in Köln geplante Historikertag vom Verbandsausschuß<sup>2</sup> nochmals verschoben und nach Frankfurt verlegt worden.<sup>3</sup>

Die Wiederaufnahme regelmäßiger Tagungen nach der langen Phase des Aussetzens wurde weithin als besonders wichtig empfunden. Dies belegen schon die im Vergleich zur Vorkriegszeit bemerkenswert angestiegenen Besucherzahlen des Historikertages in Frankfurt.<sup>4</sup>

Zunächst bedeutete eine solche Re-institutionalisierung nicht nur wegen des erweiterten Publikums einen großen organisatorischen Aufwand, denn es mußten ein erneuerter Organisationsausschuß berufen und der durch den Krieg um 88 Mitglieder reduzierte Historikerverband selbst neu aufgebaut werden. Sie barg allerdings auch die Chance, manche seit mittlerweile drei Jahrzehnten eingefahrenen Strukturen zu prüfen, sowohl bei der Auswahl der vorzutragenden wissenschaftlichen Inhalte, als auch hinsichtlich der äußeren Formen, beispielsweise der Neuwahl des Vorstandes, für den jüngere Wissenschaftler sicherlich einen Gewinn bedeutet hätten. Die Mitgliederzahl des Vorstandes war durch turnusmäßiges Ausscheiden sowie den Tod von fünf Vorstandsmitgliedern von einst zwanzig auf sieben reduziert worden. Der neu gewählte Vorstand sollte wiederum aus sechzehn plus vier kooptierten Mitgliedern bestehen. Es ist kaum verwunderlich, daß die Mitgliedschaft der Herren, die sich bereits vor dem Krieg im Vorstand befanden, trotz der weit über den Wahlturnus fortgeschrittenen Zeit und trotz der gravierenden gesellschaftlichen und politischen Veränderungen in keinerlei Hinsicht in Zweifel gestellt wurde. Gleichmaßen wurde bei der Neuwahl der übrigen Mitglieder ganz offensichtlich

weitaus stärker auf das namentliche Renommee des jeweiligen Historikers in der Zunft geachtet als auf von ihm zu erwartende wissenschaftliche Innovationsanstöße.<sup>5</sup> Daß sich somit an der traditionellen Struktur der Kongresse von vornherein schwerlich etwas wesentliches ändern konnte, war offenbar beabsichtigt und hatte mit dem Bedürfnis nach Kontinuität in einer durch radikale politische und soziale Veränderungen gekennzeichneten Gegenwart zu tun.

Welche Erwartungen hegten nun die Besucher des Kongresses?

Zum ersten hatten die Wissenschaftler während des Krieges selbstredend *das* regelmäßige nationale Forum innerfachlicher Diskussion vermißt. Auf dem Historikertag wollte man sich jetzt über neue Forschungsthemen und -stände informieren. Gleichzeitig bot die Versammlung eine einzigartige öffentliche Gelegenheit zur Artikulation politischer Bekundungen, die insbesondere auf die im Gefolge des Versailler Vertrages entstandene „Kriegsschuldfrage“ rekurrierten. Für die folgenden Historikertage wirkte bereits die Wahl der Veranstaltungsorte Breslau und Graz als unmißverständliche politische Demonstration. Beide Aspekte, wissenschaftlicher und politischer, lassen sich nur sehr schwer voneinander trennen und sollen daher im folgenden auch im Zusammenhang betrachtet werden.<sup>6</sup> Zum zweiten – und dies ist nicht zu unterschätzen – ergab sich auf dem Historikertag die Chance, während des zwanglosen geselligen Beisammenseins im erweiterten Kollegenkreis Erfahrungen mit den Schwierigkeiten der Wissenschaftsorganisation unter neuen politischen und sozialen Bedingungen auszutauschen.

## I.

Die deutsche Geschichtswissenschaft stand nach dem Ende des Ersten Weltkrieges politisch diskreditiert und international weitgehend isoliert da. Einen wichtigen Grund dafür bildete die Tatsache, daß sich bekanntermaßen eine große Zahl von Historikern während des Krieges auf die Produktion politisch-propagandistischer Schriften konzentriert und damit die im traditionellen Selbstverständnis des deutschen Gelehrten verankerte Zurückhaltung gegenüber Partei- und Tagespolitik endgültig hintangestellt hatte.<sup>7</sup> Hinzu kam, daß die wirtschaftliche Situation in den Jahren nach Kriegsende häufig die Kenntnisnahme internationaler Forschung nicht zuließ, weil die Mittel für den Erwerb ausländischer Zeitschriften und Bücher fehlten. Es mußte also um so mehr im Interesse der Teilnehmer des Historikertages liegen, zumindest die nationalen Kontakte und den Disput über neue Forschungsergebnisse wieder regelmäßig und organisiert aufleben zu lassen. Dies war um so stärker motiviert durch das Bedürfnis, die Qualität der deutschen Historiographie auch nach außen hin zu demonstrieren.

ren, um ihr geschwundenes Selbstbewußtsein aufzupolieren und an ihre internationale Wirkung vor dem Krieg wieder anzuknüpfen. War es doch neben den nationalpädagogischen Bestrebungen durchaus die Intention der meisten Wissenschaftler gewesen, die Forschung und deren Organisation an den Universitäten, Akademien und Historischen Kommissionen sowie die wissenschaftliche Kommunikation fortzuführen – zumindest formal so weit wie möglich unbeeinträchtigt von Krieg und Politik. Inzwischen, so versicherte Georg Küntzel der Empfangsversammlung, könne man sehr wohl wieder in der starken Gewißheit leben, „daß die ausländische Wissenschaft uns nicht weniger wie wir sie nötig hätte“.<sup>8</sup> Dieser sowohl wissenschaftlich als auch politisch gemeinte Anspruch läßt nach den Inhalten fragen, die dem Fachpublikum als die für die zwanziger Jahre repräsentativen Themen offeriert wurden.

Die Historiographie hatte sich seit der Krise des klassischen Historismus am Ende des 19. Jahrhunderts teilweise modernisiert und neuen Fragestellungen geöffnet.<sup>9</sup> Die Beteiligung einer Vielzahl junger Historiker am Historikertag sowie der durch die Geschichtslehrer erweiterte Teilnehmerkreis hätten eine Reihe von Möglichkeiten geboten, dessen üblicherweise von den prominenten, zumeist dem historiographischen Mainstream verhafteten Wissenschaftlern dominiertes Programm mit alternativen Auffassungen zu durchsetzen. Zwar war kaum anzunehmen, daß sich nur wenige Jahre nach einem gesellschaftlichen Umbruch wie der Revolution von 1918 postwendend ein sprunghaft angestiegenes wissenschaftliches Modernitätsbewußtsein herausstellen würde, das sich in einem alsbaldigen expliziten Auftreten gegen inhaltliche und methodische Traditionen äußerte.<sup>10</sup> Nach der langen Pause des Krieges hätte man allerdings zumindest eine Reflexion der Geschichtswissenschaft auf sich selbst erwarten können, zum Beispiel auf innerfachliche Differenzierungen, auf das Verhältnis zu Nachbardisziplinen wie der Nationalökonomie oder der sich gerade professionalisierenden Soziologie, auf Fragen der Theorie und Methodik usw. Betrachtet man die Themen und Texte der Vorträge, so fehlt ein solcher kritischer Blick auf den eigenen Entwicklungsstand im Gegensatz zu den Kongressen vor dem Ersten Weltkrieg fast völlig.

Was war neu an den Vorträgen – inwieweit öffnete sich der Historikertag als Institution für die Präsentation nicht nur etablierter, sondern auch diskussionsträchtiger und innovativer Ansätze?

Einen für einen Historikertag „wohl beispiellosen Durchsetzungserfolg einer innovativen historiographischen Richtung“<sup>11</sup> bildete 1924 die Aufwertung der vulksums- und landesgeschichtlichen Forschungsbemühungen. Seit 1894 hatten die landesgeschichtlichen Publikationsinstitute regelmäßig zusammen mit dem Historikertag konferiert, ohne wirklich wei-

terführende Anregungen geben zu können. 1924 nun konnte der ständige Sekretär des Verbandes und Leiter des Leipziger Seminars für Landesgeschichte und Siedlungskunde, Rudolf Kötzschke, in seinem Vortrag über „Nationalgeschichte und Landesgeschichte“ darauf hinweisen, daß bereits vor, besonders aber nach dem Krieg „die Organisation der landesgeschichtlichen Institute immer mehr ausgebaut“ worden sei und inzwischen „der geographische Faktor in der Geschichte“ weitaus mehr betont werde.<sup>12</sup>

Auf derselben Sitzung präsentierte Hermann Aubin eine Ausstellung zur historischen Kartographie der Rheinlande, die offenbar große Aufmerksamkeit und einhellige Zustimmung hervorrief. In der Erläuterung seiner methodologischen Vorschläge in einem längeren Referat stellte Aubin historische Karten als effiziente Darstellungsmittel vor, die seiner Auffassung nach „die großen historischen Bewegungslinien in der Landschaft und umgekehrt die Beharrungsräume deutlich hervortreten ließen“. Der kartographische Vergleich von Flurformen, Ortsnamen, mundartlichen Gepflogenheiten usw. über einen historischen Zeitraum erlaube die genügende Einsicht in den kulturellen Aufbau einer Landschaft.<sup>13</sup> Interessanterweise rief diese Konzeption, die insbesondere eine Absage an die traditionelle dynastiegeschichtlich arbeitende Landesgeschichte darstellte, im Grunde aber sogar die gesamte narrative Ereignisgeschichte in Frage zu stellen drohte, beim Historikertag keine Methodendiskussion hervor. Im Gegenteil, sie wurde auch von den ereignisgeschichtlich orientierten Historikern positiv aufgenommen — paßte sie doch problemlos in die insgesamt stark nationalpolitisch geprägte Stimmung der Versammlung.

Man hatte seit 1893 immer ausdrücklich betont, daß Politik auf dem Historikertag nichts zu suchen habe. Nun, so Georg Küntzel in seiner Begrüßungsrede, wolle und könne man sie nicht mehr ausklammern — es gebe schließlich „unter den tiefgreifenden Umwälzungen der Gegenwart... auch im Bereich der geschichtlichen Wissenschaft nichts, was nicht irgendwie mit den großen Belangen unseres Vaterlandes, die wir alle im Herzen tragen, zusammenhänge.“<sup>14</sup> So war auch Aubin zwar einerseits in methodisches Neuland vorgestoßen und hatte implizit Verfahren angemahnt, „die eine Analyse transpersonaler, überstaatlicher Geschichtsverläufe gewährleisten konnten“,<sup>15</sup> unterstrich aber im gleichen Atemzug, historische Karten legten „auf einen Blick das Recht unseren staatlichen und nationalen Ansprüche klar vor aller Welt dar“,<sup>16</sup> und ließ sich somit gleichzeitig von den weitgehend auf die historische Erklärung politischer Zeitphänomene reduzierten wissenschaftlichen Ambitionen der Teilnehmer des Historikertages vereinnahmen.

Viele der Referate des Frankfurter Historikertages stehen noch weitaus stärker im Zeichen der Herausforderung, die die deutsche Historiographie

in der schweren Kriegsniederlage und ihren gravierenden staatlichen, kulturellen und sozialen Folgen zu erkennen glaubte. Dabei widersprach das moralisch-legitimierende Motiv der Klärung derartig knapp zurückliegenden zeitgeschichtlicher Ereignisse eigentlich der historischen Sicht auf das Geschehen. Dennoch verleitete die Betroffenheit über die deutsche Situation viele Teilnehmer zu auf verschiedenen Reflexionsniveaus liegenden, häufig auch subjektiven Äußerungen, bei denen wissenschaftlicher und politischer Anspruch vermischt waren. Deutlich sprach Studienrat Meyersahm, ein Referent der parallel ablaufenden Geschichtslehrertagung, der Versammlung aus dem Herzen: „Kriegerische Waffen fehlen uns zur Zeit. Deshalb müssen wir die Waffen des Geistes benutzen. Und die holen wir uns aus der Geschichte unseres Landes, aus der Geschichte des Grenzkampfs.“<sup>17</sup>

1924 war lediglich ein einziger Vortrag der auf vergangenen und folgenden Kongressen weitaus stärker vertretenen Alten Geschichte gewidmet (Eduard Meyer). Dagegen gab es Themen wie „Das geschichtliche Verhältnis Frankreichs zu dem Saargebiet“ (Albert Ruppertsberg), „Die geschichtliche Entwicklung des böhmisch-mährischen Deutschtums“ (Berthold Bretholz) oder „Zentralismus und Partikularismus als geschichtliche Kräfte“ (Harold Steinacker). Ganz im Sinne der Tradition der deutschen Gelehrtenpolitik, die den Anspruch vertrat, „die universale, von materiellen Interessen freie Wahrheit im Hinblick auf die Politik zur Geltung zu bringen“<sup>18</sup> vermeinte die Historiographie einen öffentlichen Anspruch auf Erklärung der Gegenwartsprobleme und somit erneut eine nationalpädagogische Aufgabe zu erkennen. Auffallend dabei ist, daß weniger der Protest der Historiker gegen die neuen politischen Strukturen der Weimarer Republik die politischen Ambitionen bestimmt. Daran ändert auch z. B. Heinrich Ritter von Srbiks Analyse der politischen Persönlichkeit Metternichs wenig, die man durchaus als Plädoyer gegen politische Oberflächlichkeit (sprich: gestiegene Professionalität des Politikers der Weimarer Zeit) lesen kann.<sup>19</sup> Der Historikertag erscheint geprägt von einer Historikergeneration, die noch in der Welt gesicherter obrigkeitsstaatlicher Ordnung des Wilhelminischen Kaiserreichs sozialisiert worden war und dort so viel gesellschaftliche Sicherheit gewonnen hatte, daß sie jetzt ihre innenpolitischen Irritationen zurückstellen konnte, um den Blick auf das Wichtige zu lenken: Deutschlands Rehabilitation in seiner Weltmachtstellung. Wie insbesondere Bernd Faulenbach in seinem Werk zur Historiographie der Weimarer Republik<sup>20</sup> gezeigt hat, bildeten die Ereignisse von 1918/19 für die traditionalistischen deutschen Historiker keine radikale Zäsur, sondern ihre Mehrzahl ließ auch nach 1918 eine Stabilität der historisch-politischen Konzeption erkennen. Wurzeln in der Vorstellung vom

besonderen deutschen Weg unter den europäischen Staaten stand in deren Mittelpunkt nach wie vor der Primat der Außenpolitik: die Stellung des Deutschen Reiches im europäischen und weltpolitischen Machtgefüge. Hier galt es für die nächste Zukunft, die internationale Ehre wiederherzustellen und Deutschland von der durch den Versailler Vertrag festgesetzten Alleinschuld reinzuwaschen.

In diesem Sinne bildete das Referat des Leipziger Neuzeithistorikers Erich Brandenburg einen zentralen Vortrag in Frankfurt. Brandenburg forschte seit drei Jahren zur Geschichte der deutschen Außenpolitik der Vorkriegszeit, und sein Buch „Von Bismarck zum Weltkriege“ war soeben erschienen. Er hatte damit in der Flut der propagandistischen Literatur zur „Kriegsschuldfrage“ einen der wenigen Beiträge mit hohem wissenschaftlichen Anspruch vorgelegt<sup>21</sup>, was der Historikertag offenbar würdigen wollte. Für diesen Anlaß faßte Brandenburg seine Thesen zu einem Vortrag über „Die Ursachen des Weltkrieges“ zusammen,<sup>22</sup> über dessen Wirkung seine Frau Hanna später in einem Brief an den Schweizer Historiker und Schüler Brandenburgs, Werner Kaegi, berichtete: „Sie hätten nur sehen müssen, wie die jungen Historiker immer Schlage standen, um an meinen Mann heranzukommen und ihm die Hand zu drücken.“ Küntzel habe „ihn als einzigen Nachfolger Rankes gefeiert, niemand arbeite wie er im Rankeschen Geiste und in Rankescher Idee.“<sup>23</sup> In der Tat fand Brandenburg in Frankfurt „bei Fachwelt und Presse besonders aufmerksame Zuhörer“<sup>24</sup>, was wohl vor allem der Tatsache geschuldet war, daß sich die Mehrzahl des Publikums mit dem grundsätzlich kritischen Resümee einverstanden erklären konnte, zu dem Brandenburg über die Personenpolitik der deutschen Vorkriegszeit gelangt war. Fand doch eine nationale Selbstkritik der meisten Historiker ohnehin nur im Sinne eines Negativurteils über die Unfähigkeit der Vorkriegspolitik zu adäquater Europa- und Machtpolitik statt. „Was dabei gar nicht zu Worte kam“, kritisierte Gerhard Ritter bereits 1953, „war eine Selbstbesinnung auf die innören Schwächen des versunkenen Kaiserreichs, auf die Gefahren des übersteigerten Nationalismus und auf die Dämonie der Macht; denn Friedrich Meinecke, der einen Vortrag über die ‘Idee der Staatsräson’ angekündigt hatte, sagte leider im letzten Augenblicke ab, und die dadurch entstehende Lücke konnte auch durch Srbiks besinnliche Ausführungen über den Ideeengehalt des Metternichschen Systems nicht ausgefüllt werden.“<sup>25</sup>

Die Erschütterung über die deutsche Kriegsniederlage kanalisierte sich in der Ablehnung des Artikels 231 des Versailler Vertrages, in dem die „Alleinschuld“ Deutschlands festgeschrieben war. Die vermeintliche Ungerechtigkeit dieses Paragraphen bot den in der Mehrzahl auch politisch engagierten Historikern die Möglichkeit, die Diskussion um die deutschen

Ziele während des Krieges nun durch die Frage nach der wahren Schuld am Kriege zu ersetzen und damit den prekären Anachronismus vieler Argumente in der Kriegszieldiskussion während der letzten Kriegsjahre – und somit die eigentlich anstehende Selbstkritik – zu übergehen. Der Historikertag konnte dabei sowohl wissenschaftliches Refugium sein, in dessen Schutz man sich vor den gesellschaftlichen Wirbelstürmen außerhalb zurückziehen konnte, als auch geeignetes Forum<sup>26</sup>, von dessen Öffentlichkeitswirksamkeit man sich durchaus nachhaltigen politischen Einfluß versprach. Besonders der Vortrag Erich Brandenburgs gab die Gelegenheit, eine Art politischen Schnitserfluß zu praktizieren. Die Versammlung veröffentlichte im Anschluß eine Erklärung, die die Entscheidung in der „Frage nach der schuldhaften Verantwortlichkeit einzelner Völker, Länder, Parteien oder Personen“ von der „Öffnung der Archive der am Krieg beteiligten Mächte“ abhängig machte.<sup>27</sup> Mit der Forderung nach mehr Wissenschaftlichkeit hatte man hier geschickt ein sehr politisches Bekenntnis abgegeben.

Auch die folgenden Historikertage in Breslau und Graz waren stark von einem politischen Geist bestimmt. Sozial-, wirtschafts- und kulturgeschichtliche Themen verschwanden fast ganz aus dem Programm. 1926 in Breslau stand die Tagung stark im Zeichen der Forschung zu den Ostgebieten und fand daher auch gemeinsam mit einer Konferenz der Osteuropa-Historiker statt. In Graz 1927 wurde der bereits 1924 erörterte großdeutsche Aspekt<sup>28</sup> in den Mittelpunkt gestellt. „Ohne Zweifel, man ist beeindruckt von dem hohen Rang der Forschung zu diesen außenpolitischen Grundthemen der deutschen Existenz nach 1919“, stellte Karl Dietrich Erdmann 1968 fest. „Aber diese Themen stehen merkwürdig isoliert, so als ob sie das einzig politisch Wichtige gewesen wären, das der wissenschaftlichen Klärung bedurft hätte.“<sup>29</sup>

Das Klima der Tagungen wurde insgesamt so stark von politischen Aspekten geprägt, daß sich die Disziplin letztlich bewußt selbst eingrenzte – Interdisziplinarität oder auch nur das Bestreben, dem waltenden Nationalismus in einem gewissen Rahmen wieder Kosmopolitismus entgegenzusetzen, standen weit hinten. Die politische Verengung des Blickes ging sogar so weit, daß sich 1926 der Verbandsvorsitzende Hermann Reinecke-Bloch und das Ausschußmitglied Karl Brandt zunächst vor dem Vorstand dafür rechtfertigen mußten, daß sie im Mai 1926 in Genf an der Gründung der internationalen historischen Vereinigung teilgenommen und den Beitritt des deutschen Verbandes in Aussicht gestellt hatten. Dabei hatten sie zuvor selbstbewußt berichten können, daß ihnen als Vertretern der deutschen Geschichtswissenschaft dort deutliche Achtung widerfahren war.<sup>30</sup>

Folgt man einer These Bernd Faulenbachs über die deutsche Geschichtswissenschaft zwischen Kaiserreich und Nazidiktatur, so induzierte der Wechsel des politischen Systems „keine wirkliche Neuorientierung der Fachhistorie“, es „dominiert das bewußte Bemühen um Kontinuität gegenüber den Ansätzen einer Revision: in der Themenauswahl und in der Methodologie der Geschichtsschreibung“. <sup>31</sup> Mit Rücksicht darauf, daß etwaige neue Ansätze Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre durch den Nationalsozialismus häufig eingeholt und wieder zerstört wurden, kann man für die Historikertage der zwanziger Jahre Peter Schumann wohl zustimmen, wenn er trotz einer gewissen Unzufriedenheit einer Reihe jüngerer Historiker, über die Resonanz der Historikertage in der Presse die These aufstellte, daß „der deutsche Historikertag in ausreichender Weise die deutsche Geschichtswissenschaft repräsentiert“. <sup>32</sup>

## II.

Eine ganz andere, aber im Vergleich zur fachlichen Information nicht weniger wichtige Erwartung, die die Besucher des Historikertages der Weimarer Republik zweifellos hegten, betraf den Austausch von Erfahrungen darüber, wie man in der täglichen Praxis des Wissenschaftsbetriebes mit den katastrophalen Auswirkungen der wirtschaftlichen Situation der Nachkriegszeit einerseits und den veränderten Bedingungen des neuen politischen Systems andererseits fertig werden konnte.

Zur Befriedigung dieses Bedürfnisses diente vor allem die Geselligkeit, die vom Anfang der Geschichte der Historikertage an eine maßgebliche Rolle spielte. Dabei ist nicht nur die ungezwungene wissenschaftliche Diskussion in den Pausen der Vorträge gemeint, die dem Historikertag zumindest ein Stück Werkstattcharakter verleihen kann — soweit dies im zumeist zeitlich engen offiziellen Reglement möglich ist.

In der Nachkriegszeit legte man offenbar weitaus bewußter Wert auf die organisierte Geselligkeit als bisher. Dies zeigt allein schon die Tatsache, daß ihr in den Protokollen der Versammlungen zwischen 1924 und 1930 eine eigene Rubrik gewidmet wurde. Dies hatten die Historikertage von 1911/13 noch nicht getan, damals hatte dieser Teil des Kongresses offenbar noch selbstverständlicher zum Stil der Historikertage gehört. Folgerichtig vermißte Gerhard Ritter in den zwanziger Jahren bereits die Atmosphäre der Vorkriegszeit, die durch „große Festmähler mit unzähligen Tafelreden, Begrüßungstelegrammen an Fürsten und Mäzene aller Art, abendliche Bankette mit eigens gedichteten Kommiersliedern und Rundgesängen, scherzhaften Aufführungen und Tänzen, prunkvollen Ausstellungen und literarischen Festgaben in reichster Fülle“ gekennzeichnet war. Dennoch behielt die Versammlung den Rahmen einer „stark betonten, heiteren Ge-

selligkeit; denn die Historikertage waren immer auch eine Art von Heerschau und Jahresfest der Zunft, und die gegenseitige menschliche Berührung der Kollegenschaft ist bis heute einer ihrer Zwecke geblieben.“<sup>33</sup> Einen kleinen Eindruck der Stimmung vermittelt folgender Liedtext, den R. Koebner 1926 dem 15. Historikertag in Breslau widmete:

Gaudeant historiae  
 Docti hic congressi,  
 Fructus qui memoriae  
 Collegerunt messi:  
 Heu! quam vitam permolestam  
 Rixis acrem, curis moestam  
 Isti sunt perpersi.

Aber die fröhliche Stimmung der Gesellschaft kann nicht über den ernsten Beigeschmack hinwegtäuschen, der die Besucher der Historikertage in den zwanziger Jahren belastete — auch nachdem sich die schlechte wirtschaftliche Situation der Nachkriegszeit langsam zu verbessern begann. Die Situation der Wissenschaft hatte sich nach 1918 verändert, die ruhige Sicherheit aus der Zeit vor 1914 war dahin. Nach dem politisch-sozialen Umbruch waren die Etats für Universitäten und Institute nun erstmals nicht mehr allein Sache der obrigkeitstaatlichen Verwaltung, sondern Gegenstand öffentlicher Diskussion in Parteien und Parlamenten. Die wissenschaftlichen Einrichtungen konnten nicht mehr wie im Kaiserreich auf die weitgehend selbstverständliche und ausreichende Unterstützung und Förderung durch die jeweiligen Kultusministerien vertrauen, sondern mußten sich überwiegend selbst nach außen behaupten.<sup>34</sup>

In den Protokollen des Historikertags spielt das Thema Geld über die obligatorischen Danksagungen für ministerielle und kommunale Zuwendungen hinaus kaum eine Rolle. Aber auch der Deutsche Historikerverband litt unter der schwierigen Situation. Theoretisch verfügte er über ein kleines finanzielles Polster, das aus seit 1913 ungenutzten und teils in Krieganleihen angelegten Mitgliedsbeiträgen bestand.<sup>35</sup> Der Kassenbericht von 1924 allerdings, der das nominelle Vermögen des Verbandes mit 5000 M beziffert, bezeichnet den reellen Kassenbestand lakonisch als „nicht vorhanden“. Offenbar konnte man nach der Inflation über das Geld schlicht nicht mehr disponieren. (1926 hatte man immerhin wieder einen Barbestand von 398,05 M zur Verfügung.) Noch schlechter stand sich die Konferenz der landesgeschichtlichen Publikationsinstitute, die in einer Entschließung denn auch deutlich darauf drängte, „daß die Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln wieder in der früheren Höhe hergestellt werden“.<sup>36</sup>

Von der wirtschaftlichen Situation waren vor allem auch die jüngeren Wissenschaftler betroffen, deren rege Teilnahme am Historikertag im Ta-

gungsbericht als hochehrföhrlich hervorgehoben wurde. Hochehrföhrlich erschien diese Tatsache dem Vorsitzenden zunächst unter dem Aspekt, daß die während des Krieges gelichteten Reihen des Verbandes geschlossen werden konnten. Was den sozial etablierten Herren Professoren dabei sicherlich weniger wichtig erschien, war das Bedürfnis des wissenschaftlichen Nachwuchses nach Kontakten, die sich hier knüpfen ließen, um sich über die Möglichkeiten auszutauschen, wie die überaus unsichere Situation einer beginnenden wissenschaftlichen Karriere zu meistern sei. Betraf diese doch bei weitem nicht nur die sozial schlechter gestellten Nutznießer der zwar zögerlichen aber doch zunehmenden demokratischen Öffnung der Universitäten in der Zeit der Weimarer Republik. Auch Studenten aus „gutem Hause“ kämpften hauptsächlich aus finanziellen Gründen mit der Entscheidung für oder gegen eine wissenschaftliche Laufbahn. Für die Studenten entspannte sich die problematische soziale Situation häufig auch noch nicht, nachdem sich im Laufe der zwanziger Jahre die Verhältnisse an den Universitäten stabilisiert hatten.

Wissenschaftsmanagement – also vor allem der professionelle Umgang mit dem leidigen Problem der Geldbeschaffung für Institutionen und Projekte – hatte in einer Zeit nationaler wirtschaftlicher Not rapide an Bedeutung gewonnen. Die Konstituierung der Rektorenkonferenz 1920, insbesondere aber die Gründung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft im selben Jahr sind dafür berechtete Beispiele. Erstmals kam es zur Schaffung von großen nationalen Organisationen zur Vertretung wirtschaftlicher Interessen der Wissenschaft nach außen. Eine in erster Linie ideell motivierte Versammlung wie der Historikertag konnte zwar im Grunde keine juristische Hilfestellung geben, wie es solche Organisationen vermochten. Sie konnte aber kraft ihres Renommées direkt oder indirekt an die Gesellschaft appellieren, die Wissenschaft auch materiell nicht aus den Augen zu verlieren. Für viele Beteiligte wird daher die Anwesenheit von Vertretern der Kultur- und Bildungspolitik, wie z.B. des preußischen Staatssekretärs im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Carl Heinrich Becker 1924 in Frankfurt einerseits sicher eine beabsichtigte symbolische Bedeutung gehabt haben. Andererseits bot sie möglicherweise auch ganz konkrete Gelegenheiten, mit dem Staat direkt über die Probleme der Wissenschaft zu verhandeln.

### III.

Zusammenfassend kann man sagen: Der Historikertag behielt in den zwanziger Jahren in erster Linie natürlich seine wissenschaftliche Funktion. Sein zentrales Anliegen blieb die Präsentation neuer Forschungsergebnisse. Eine Selbstreflexion allerdings, die zur Diskussion über alte Formen

geführt und sich stärker auf die Wahrnehmung oder gar Förderung neuer wissenschaftlicher Tendenzen konzentriert hätte, fand kaum statt. Der Historikertag diente nicht der Beförderung neuer Ansätze, sondern griff in unsicheren Zeiten auf Bewährtes zurück; tradierte wissenschaftliche Institutionen und Standards wurden kaum auf ihre Adäquatheit hinterfragt, weswegen auch die Gefahr eines methodologischen Streits nicht drohte. Man konzentrierte sich im Gegenteil wieder verstärkt auf die politische Historie und diskutierte vermehrt unter zeitgeschichtlichem Blickwinkel. Dies steht im Zusammenhang mit einer bewußt angestrebten politischen Ausstrahlung des Historikertages, der vor allem die Kriegsschuldfrage, die Problematik der deutschen Ostgebiete sowie die Diskussion über groß- bzw. kleindeutsche Staatlichkeit in den Mittelpunkt rückte.

In institutioneller Hinsicht war mit der personellen Kontinuität des Verbandsvorstandes die inhaltliche und organisatorische Kontinuität der Tagungen stark vorgeprägt. Allerdings zeigt sich in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg eine verstärkte wissenschaftspolitische bzw. wissenschaftsorganisatorische Funktion des Historikertages.

#### Anmerkungen

- 1 Bericht über die vierzehnte Versammlung deutscher Historiker zu Frankfurt a. M. 30. September bis 4. Oktober 1924, Frankfurt a. M. 1926, S. 5.
- 2 Der Verbandsausschuß stand unter Leitung des Frankfurter Neuzeithistorikers Georg Küntzel. Der Vorsitz wurde wie vor dem Krieg an einen Historiker der Stadt vergeben, die den nächsten Historikertag ausrichtete.
- 3 In den folgenden Überlegungen werde ich mich besonders auf den Frankfurter Historikertag von 1924 beziehen, da er in vielerlei Hinsicht die Weichen für die Kongresse der zwanziger Jahre stellte.
- 4 Den Frankfurter Historikertag besuchten 446 Teilnehmer. Der Historikerverband zählte 1924 274 Mitglieder (im Jahre 1913 285 Kongreßteilnehmer bei 362 Verbandsmitgliedern). In Frankfurt überstieg die Zahl der Tagungsteilnehmer zum ersten Mal deutlich die der Verbandsmitglieder, was vor allem mit der Beteiligung der Geschichtslehrer zu erklären ist. Im Anschluß an den Historikertag tagte der bereits 1913 gegründete, aber seitdem nur bedingt aktiv gewordene Verband Deutscher Geschichtslehrer — damit wurde der Rahmen im Vergleich zu 1913 stark erweitert. Vgl. Bericht über die dreizehnte Versammlung deutscher Historiker zu Wien, 16.-20. September 1913, München/Leipzig 1914, S. 41ff. sowie Bericht über die vierzehnte Versammlung (Anm. 1), S. 59ff.
- 5 Im Ausschuß arbeiteten bereits vor dem Ersten Weltkrieg: Georg von Below, Harry Bresslau, Wilhelm Busch, Friedrich Meinecke, Eduard Meyer, Emil von Ottenthal, Karl Brandt, Alphons Dopsch, Joseph Hansen, Oswald Redlich und Aloys Schulte. 1924 wurden neu gewählt: Erich Brandenburg, Paul Kehr, Georg Küntzel, Hermann Oncken und Hermann Reincke-Bloch. Der Ausschuß kooptierte: Johannes Kaerst, Felix Rachfahl (ebenfalls schon vor 1914 im Ausschuß), Fedor Schneider sowie Hans Ritter von Srbik. Fast alle dieser Namen gehören zu den bekannten der zeit-

- genössischen Historiographie. Es muß hier nicht betont werden, daß sich unter ihnen kein weibliches Mitglied befand, obwohl die 1924 festgestellte Verbandsmitgliederzahl inzwischen immerhin elf Frauen einschloß und unter den 446 Kongreßteilnehmern sogar 26 Frauen waren (1913 hatten 13 Damen den Historikertag besucht, von denen allerdings mindestens die Hälfte Professorengattinnen waren).
- 6 Natürlich ist die Wahrnehmung des Spannungsfeldes zwischen Historiographie und Politik alles andere als neu. Vgl. z.B. F. Jaeger/J. Rüsen, *Geschichte des Historismus. Eine Einführung*, München 1992, S. 9, die feststellen, daß besonders der Historismus als „Sprache politischer Interessen und Einstellungen, als außerordentlich wichtiger Faktor der politischen Kultur“ fungiert.
  - 7 Vgl. dazu die einschlägige Untersuchung von K. Schwabe, *Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges*, Göttingen/Zürich/Frankfurt a. M. 1969 sowie neuerdings: *Kultur und Krieg. Die Rolle der Intellektuellen, Künstler und Schriftsteller im Ersten Weltkrieg*, hrsg. von W. J. Mommsen, München 1996.
  - 8 Bericht über die vierzehnte Versammlung (Anm. 1), S. 9.
  - 9 Vgl. dazu zusammenfassend: G. G. Iggers, *Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1993, S. 26-34.
  - 10 Vgl. zum Zusammenhang zwischen historischer und historiographischer Zäsursetzung die Überlegungen H. Schleiers, *Epochen der deutschen Geschichtsschreibung seit der Mitte des 18. Jahrhunderts*, in: *Geschichtsdiskurs*, Bd. 1: Grundlagen und Methoden der Historiographieggeschichte, hrsg. von W. Küttler/J. Rüsen/E. Schulin, Frankfurt a. M. 1993, bes. S. 133-137.
  - 11 W. Oberkrome, *Volksgeschichte, Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918-1945*, Göttingen 1993, S. 92.
  - 12 Diese Entwicklung wirkte sich institutionell insofern schnell aus, als die landesgeschichtlichen Publikationsinstitute 1926 eine eigene dreitägige Konferenz veranstalteten. Außerdem wurde 1924 beschlossen, „es solle in Leipzig eine Mittelstelle für deutsche Siedlungsforschung gegründet werden, welche die Aufgabe hat, die weiteren Fortschritte der Siedlungsforschung Deutschlands zu verfolgen und darauf an ihrem Teile hinzuwirken, daß neben der landesgeschichtlichen Bearbeitung der Siedlungsprobleme die allgemeinen deutschen Gesichtspunkte gebührende Beachtung finden.“ Bericht über die 14. Versammlung (Anm. 1), S. 47f.
  - 13 Referat Aubins über „Stand und Ziele der historischen Geographie in der Rheinprovinz“, in: Bericht über die 14. Versammlung (Anm. 1), S. 51f. Vgl. auch ders., *Die historische Kartographie der Rheinprovinz*, in: ders., *Geschichtliche Landeskunde. Anregungen in vier Vorträgen*, Bonn 1925, S. 7-27.
  - 14 Rede G. Küntzels, Bericht über die 14. Versammlung (Anm. 1), S. 10.
  - 15 Oberkrome, *Volksgeschichte* (Anm. 11), S. 92.
  - 16 Aubin, zitiert nach Oberkrome, *Volksgeschichte* (Anm. 11), S. 92.
  - 17 Referat: „Kampf um die Nordmark“, Bericht über die 14. Versammlung (Anm. 1), S. 55.
  - 18 B. Faulenbach, *Selbstverständnis und Leitvorstellungen politischer Historiker in der Krise der frühen dreißiger Jahre*, in: G. Schmidt/J. Rüsen (Hrsg.), *Gelehrten-*

- politik und politische Kultur in Deutschland 1830–1930. Referate und Diskussionsbeiträge, Bochum 1986, S. 169.
- 19 Das Referat über den „Ideengehalt des Metternich'schen Systems“ widmete sich dem Zusammenhang zwischen Weltanschauung und staatsmännischer Persönlichkeit und wandte sich gegen die Auffassung, daß Politiker allein durch momentane Staatsinteressen geleitet seien. Bericht über die 14. Versammlung (Anm. 1), S. 17ff.
  - 20 B. Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1980.
  - 21 Das Vorhaben Brandenburgs, auf Aktengrundlage „eine quellenmäßig begründete, rein sachliche Darstellung der deutschen Politik in den letzten Jahrzehnten vor dem Weltkrieg zu geben“, war zunächst vom Kriegsschuldreferat beim Auswärtigen Amt in Berlin aufgegriffen und gefördert worden. Als sich herausstellte, daß Brandenburg im Ergebnis massive Kritik an den politischen Führungspersonlichkeiten der Vorkriegszeit übte, begann das Kriegsschuldreferat ihn inhaltlich zu reglementieren und schließlich den Erscheinungstermin des 1922 fertigen Werkes um etwa zwei Jahre hinauszuzögern. E. Brandenburg, Von Bismarck zum Weltkriege. Die deutsche Politik in den Jahrzehnten vor dem Kriege, Berlin 1924, Zitat Pag. VI. Vgl. auch U. Heinemann, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983; C. Friedrich, Erich Brandenburg (1868–1946). Geschichtsauffassung und politisches Urteil, Diss. Freiburg 1995, erscheint Leipzig 1997.
  - 22 Der Text ist ein Jahr später in ergänzter Fassung erschienen: E. Brandenburg, Die Ursachen des Weltkrieges, Leipzig 1925.
  - 23 Brief Hanna Brandenburgs an Werner Kaegi (ohne Datum), PSS Basel, NL Kaegi, Mappe Brardenburg.
  - 24 P. Schumann, Die deutschen Historikertage von 1893 bis 1937. Die Geschichte einer fachhistorischen Institution im Spiegel der Presse, Marburg/Lahn 1974, S. 309.
  - 25 G. Ritter, Die deutschen Historikertage, in: GWU 4 (1953), S. 516.
  - 26 Z.B. veranstaltete die Weltkriegsbücherei Stuttgart-Berg in Verbindung mit der Frankfurter Stadtbibliothek eine Ausstellung der „wichtigeren in- und ausländischen Schriften zur Kriegsschuldfrage“ in den Räumen des Historischen Seminars. Bericht über die vierzehnte Versammlung (Anm. 1), S. 6.
  - 27 Erklärung des deutschen Historikertages vom 3. Oktober 1924, überreicht durch G. Küntzel, Vorsitzender des Verbandes deutscher Historiker, in: Politisches Archiv des AA, Bonn, Akte R 26396, Sch. 167 III.
  - 28 Nachdem den deutschen Historikern dort von Oswald Radlich ein Grußwort des österreichischen Unterrichtsministers Schneider überbracht worden war, kam es zu einem „Bekennnis zur großdeutschen Volksgemeinschaft“. Vgl. W. Oberkrome, Volksgeschichte (Anm. 11), S. 9f. Auch Georg Küntzel hatte seine Genugtuung über die Tatsache kundgetan, daß unter den Rednern dieser Tagung das Saargebiet, Österreich und die deutsche Schweiz besonders stark vertreten seien. Dies „bedeute ein Bekenntnis zur großdeutschen Volksgemeinschaft, die unserm Volke auch in politisch trüben Zeiten eine unverlierbare Weltbedeutung sichere.“ Bericht über die 14. Versammlung (Anm. 1), S. 10.

- 29 K. D. Erdmann, Geschichte, Politik und Pädagogik — aus den Akten des deutschen Historikerverbandes. Schlußvortrag auf der 27. Versammlung deutscher Historiker, Freiburg i. Br. 1967, in: GWU 19 (1968), S. 2-21, Zitat S. 19f.
- 30 Bericht über die 14. Versammlung (Anm. 1), S. 45.
- 31 B. Faulenbach, Deutsche Geschichtswissenschaft zwischen Kaiserreich und Nazi-diktatur, in: ders. (Hrsg.), Geschichtswissenschaft in Deutschland, München 1974, S. 66-85, Zitat S. 66.
- 32 P. Schumann, Die deutschen Historikertage (Anm. 24), S. 2.
- 33 G. Ritter, Die deutschen Historikertage (Anm. 25), S. 515.
- 34 So charakterisieren Thomas Nipperdey und Ludwig Schmußge die Beziehungen zwischen Staat und wissenschaftlichen Einrichtungen bis 1914: „Der Staat, der seiner Machtstruktur nach noch immer wesentlich konservativ bestimmt war, bewies gegenüber der Wissenschaft ein wenn auch nicht uneingeschränktes, so doch besonders hohes Maß von Liberalität, er respektierte und sicherte ihre Freiheit, er stützte, förderte und betrieb ihren Fortschritt.“ Vgl. T. Nipperdey/L. Schmußge, 50 Jahre Forschungsförderung in Deutschland. Ein Abriss der Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1920–1970, Berlin 1970, S. 9f.
- 35 Von 1598,92 M Kassenbestand am 1. April 1913.
- 36 Bericht über die 14. Versammlung (Anm. 1), S. 47.

---

## Lutz-Dieter Behrendt

### Sowjetische Historiker auf internationalen Historikerkongressen der zwanziger und dreißiger Jahre

Russische Historiker waren von Anfang an auf den Internationalen Historikerkongressen vertreten.<sup>1</sup> 1900 in Paris referierten in der Sektion zur vergleichenden Geschichte der staatlichen Institutionen und des Rechts N. V. Golicyn, M. M. Kovalevskij und M. M. Vinaver. 1903 in Rom traten O. F. Baziner, I. V. Cvetaev, Ju. A. Kulakovskij und V. I. Modestov auf. Auf dem III. Internationalen Historikerkongreß in Berlin im Jahre 1908 umfaßte die russische Delegation 46 Mitglieder. Zu ihr gehörten u.a. V. P. Buzeskul, D. N. Egorov, Ju. A. Kulakovskij, A. S. Lappo-Danilovskij, M. I. Rostovcev und B. A. Tursev. Am IV. Internationalen Historikerkongreß in London 1913 beteiligten sich B. V. Farmakovskij, M. M. Kovalevskij, A. S. Lappo-Danilevskij, M. I. Rostovcev, E. V. Tarle und weitere russische Historiker.

Ein Zeichen für die aktive Teilnahme russischer Geschichtswissenschaftler an den internationalen Treffen der Historiker war in London die einstimmige Vergabe des für 1918 geplanten nächsten Internationalen Historikerkongresses nach St. Petersburg.<sup>2</sup> Der Erste Weltkrieg verhinderte seine Durchführung. Der V. Internationale Historikerkongreß fand schließlich 1923 in Brüssel statt. Auf ihm repräsentierten drei Historiker – der Orientalist V. V. Bartol'd, der Mittelalterspezialist N. P. Ottokar und der Neuzeithistoriker E. V. Tarle – die Russische Akademie der Wissenschaften. Außerdem war die Organisation der russischen Emigrantenhistoriker „Union des groupes académique russes à l'étranger“ mit M. I. Rostovcev, P. B. Struve und P. G. Vinogradov auf dem Kongreß vertreten.<sup>3</sup>

Die marxistischen Historiker des Sowjetstaates taten sich demgegenüber schwer mit der Beteiligung an internationalen Historikertreffen, weil für sie die Teilnahme oder Nichtteilnahme an internationalen Begegnungen der Historiker und das Auftreten auf internationalen Historikerkongressen immer in erster Linie von politischen Motiven bestimmt und letztlich von den „Direktivinstanzen“, d.h. vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei, entschieden wurde. 1923 freilich hatten sie noch keine Einladung erhalten, und auch bei der Gründung des *Comité International des Sciences Historiques* (CISH) 1926 waren sie nicht gefragt. Für den Präsidenten des CISH, den norwegischen Historiker Halvdan Koht, war es jedoch „ein

schmerzlicher Mangel, daß nicht auch die Russen dabei waren“.<sup>4</sup> So wurde zunächst der ständige Sekretär der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, der nichtmarxistische Orientalist und Indologe S. F. Ol'denburg, Vertreter der russischen Geschichtswissenschaft in diesem Gremium<sup>5</sup>, und das Akademiemitglied E. V. Tarle wurde zur Mitarbeit an Vorhaben der internationalen Historikerorganisation herangezogen<sup>6</sup>.

Die erstnahlige Einladung zu einer internationalen Konferenz, zur Konferenz der Osteuropahistoriker in Warschau im Juni 1927, wurde von sowjetischer Seite ausgeschlagen, weil russische Emigrantenhistoriker ebenfalls eine offizielle Einladung dazu erhalten hatten und weil man – wie die „Izvestija“ am 26. Juni 1926 schrieb – befürchtete, daß die Konferenz der Propagierung der reaktionären panslawistischen Idee dienen könne und die Polen sich den Vorrang in der Organisation der osteuropäischen Geschichtsforschung sichern wollten.<sup>7</sup>

Das CISH betrachteten die maßgebenden Wissenschaftspolitiker um M. N. Pokrovskij als eine reaktionäre Vereinigung, mit der die Zusammenarbeit eigentlich nicht lohne. Noch 1930 bekannte Pokrovskij in einem Brief an Aleksandra Kollontaj, die Botschafterin der UdSSR in Norwegen, daß ihm dieses Komitee „nicht gefällt“. Dennoch waren die sowjetischen marxistischen Historiker – nach den Worten Pokrovskijs – „in bestimmtem Grade wider Willen“ dem Komitee beigetreten.<sup>8</sup>

Wie war es dazu gekommen? Im Vorfeld des VI. Internationalen Historikerkongresses in Oslo wandte sich Haivdan Koht in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Organisationskomitees für den Kongreß am 21. Dezember 1927 in einem persönlichen, handschriftlich in deutscher Sprache verfaßten Brief an den Präsidenten der Kommunistischen Akademie M. N. Pokrovskij als dem tonangebenden marxistischen Historiker der Sowjetunion, um die offizielle Einladung zum Kongreß zu bekräftigen, die bereits im September 1927 an die VOKS (Allunionsgesellschaft für kulturelle Verbindung mit dem Ausland) und an die sowjetische Regierung ergangen war. Er „hoffe ernstlich, daß auch russische Historiker bei dieser Gelegenheit zu uns kommen werden und bei der Arbeit des Kongresses mitwirken werden“.<sup>9</sup> Als Präsident der Internationalen Historikerorganisation, betonte Koht, „empfinde ich es als ein Bedürfnis und eine Pflicht, alles mögliche zu tun, um das internationale Zusammenwirken der Historiker durch den Anschluß der russischen Fachgenossen zu vollenden, und zu allererst möchte ich dann meinen Kollegen in der Sowjet-Union ans Herz legen, so zahlreich und tatkräftig wie möglich zum Kongreß von Oslo zu kommen“.<sup>10</sup>

Ausdrücklich unterstrich er sein besonderes Interesse an einem Auftritt Pokrovskijs auf dem Kongreß: „Ihnen persönlich gegenüber dürfte ich

noch erwähnen, daß es mich ganz besonders freuen würde, eben Sie bei uns zu sehen. Nach allem was ich von Ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit erfahren habe, glaube ich, daß wir manche gemeinsame Interessen in der Geschichtsschreibung haben. Ich habe ganz neulich ein Buch über den bäuerlichen Klassenkampf in Norwegen veröffentlicht (das Buch wird in einigen Monaten auch französisch erscheinen), und für den Historikerkongreß habe ich einen Vortrag angemeldet über 'Die Bedeutung des Klassenkampfes in der neueren Geschichte'. Was könnten Sie denn nicht zu diesem Thema uns sagen. Ich bitte Sie also, nicht nur selbst zu kommen, sondern viele Kollegen mitzubringen.<sup>11</sup>

Koht teilte Pokrovskij zugleich mit, daß er in dieser Angelegenheit auch an Professor Ol'denburg schreibe. Diese Tatsache war offensichtlich entscheidend dafür, daß die „wissenschaftlichen Parteikreise (Kommunistische Akademie, Gesellschaft der marxistischen Historiker usw.)“ sich für die Teilnahme am Kongreß<sup>12</sup> und in der Folge für die Mitarbeit im CISH aussprachen, um die noch von Nichtmarxisten dominierte Akademie der Wissenschaften „nicht als einzige Vertreterin der Geschichtswissenschaft in der UdSSR zu belassen“.<sup>13</sup> Pokrovskij, der auf die offizielle Einladung bisher nicht reagiert hatte,<sup>14</sup> übergab deshalb Kopien des Schreibens von Koht an das Sekretariat des ZK und an das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten mit der Bitte, der Entsendung einer Delegation nach Oslo zuzustimmen.<sup>15</sup>

Da er annahm, daß es gegen die Teilnahme sowjetischer Historiker am Kongreß keine Einwände gebe, schlug er dem Politbüro der KPdSU(B) vor, eine Kommission zur Vorbereitung des Historikerkongresses in Oslo einzusetzen, damit die Marxisten dort ordentlich vertreten seien. Er bemängelte, daß bisher entsprechende Direktiven der Partei fehlten: „... eine im höchsten Grade wichtige Angelegenheit bleibt bisher politisch vollkommen unorganisiert.“<sup>16</sup> Als Vorsitzenden der Kommission empfahl er A. I. Krinickij vom ZK der KPdSU(B), als Mitglieder V. P. Volgin, N. M. Lukin, D. B. Rjazanov und sich selbst. Nachdem die entsprechenden Entscheidungen des ZK vorlagen, begann diese Parteikommission, in der Pokrovskij den Vorsitz übernahm, mit der Auswahl der Delegierten für den Historikerkongreß.

Inzwischen hatte bereits das Kollegium des Volkskommissariats für Volksbildung eine fünfzehnköpfige Delegation für Oslo mit in der Wissenschaft klangvollen Namen bestätigt.<sup>17</sup> Ol'denburg und Tarle, vom Generalsekretär des CISH, Michel Lhéritier, zu Bevollmächtigten des Organisationskomitees des Kongresses ernannt,<sup>18</sup> hatten ebenfalls die Zusammenstellung einer Kongreßdelegation eingeleitet.<sup>19</sup> Dabei beschränkten sie sich durchaus nicht nur auf Akademiemitglieder und Vertreter der nichtmarxi-

stischen Geschichtswissenschaft. Tarle, der sich selber trotz aller Angriffe der marxistischen Historiker auf ihn<sup>20</sup> als Marxisten bezeichnete, wandte sich in Vorbereitung des Kongresses z.B. an den Marxisten G. S. Fridljand. Aus seinem Brief geht hervor, daß er auch an eine Teilnahme der marxistischen Historiker N. M. Lukin, S. M. Monosov, D. B. Rjazanov und V. P. Volgin am Osloer Kongreß dachte,<sup>21</sup> was sich mit den Vorstellungen des Volkskommissariats für Volksbildung deckte. Die Aktivitäten von Tarle wurden von Pokrovskij als dem offiziellen Oberhaupt der sowjetischen Historiker mit großem Mißtrauen beobachtet. In einem Brief an Koht vom 26. März 1928 verlangte er deshalb von diesem Aufklärung: „Professor Tarle sendet Briefe, in denen er schreibt, daß er und Professor Oldenbourg beauftragt sind, die russische Delegation zu organisieren. In ihrem wertigen Schreiben hieß es, daß Sie gleichzeitig mir und dem Professor Oldenbourg schreiben, – In meinem Briefe aber gab es keinen Auftrag zum Organisieren einer Delegation; wir glauben, daß alle unsere wissenschaftlichen Anstalten, die die Einladung erhalten haben, das Recht haben, Vertreter zu senden, wenn es Ihnen Ihre Mittel erlauben. Ich würde Sie bitten nur zu erklären, ob solch ein Auftrag Professor Tarle wirklich gegeben wurde.“<sup>22</sup> Um eine selbständige Akademiedelegation, die zu einem großen Teil aus Vertretern der alten Geschichtswissenschaft bestanden hätte, zu verhindern, wurde auf Vorschlag Pokrovskijs die Parteikommission formell in eine staatliche Kommission beim Rat der Volkskommissare der UdSSR umgewandelt und Ol'denburg zu ihrem Mitglied berufen<sup>23</sup>. Damit lag die gesamte Vorbereitung des Kongresses unter Parteikontrolle. Eine von den Parteiinstanzen unabhängige Entsendung von Delegierten durch die Akademie war nicht mehr möglich.

Bezeichnend für das Mißtrauen Pokrovskijs gegenüber dem CISH und dem norwegischen Organisationskomitee war auch die von ihm geäußerte Besorgnis über die Bitte der sowjetischen Botschafterin in Norwegen, A. M. Koiiontaj, den norwegischen Gastgebern zur besseren Einstimmung auf den Kongreß *curricula vitae* der sowjetischen Teilnehmer zu übergeben.<sup>24</sup> Pokrovskij leitete in seinem – in deutscher Sprache geschriebenen – Brief an Koht daraus ab: Ihm sei mitgeteilt worden, „die russischen Historiker, die nach Oslo fahren werden, werden einer speziellen individuellen Kontrolle unterworfen, und nur nachdem wird es beschlossen, wem man Zutritt erlaube. Hoffentlich ist es, hochverehrter Kollege, in der Tat nicht alles in diesen Nachrichten wahr und manches soll nichts als Mißverständnis sein. Denn Gelehrte, die aus dem Auslande nach SSR auf ein Kongreß eingeladen werden, werden niemals einer speziellen Kontrolle unterworfen. Nach dem Erhalten einer offiziellen Einladung ist (sic) schon die Visa nichts als Formalität. Jedenfalls bin ich gezwungen, Ihnen mitzuteilen, daß das Ver-

bot des Zutritts sogar einem einzigen Mitglied der Delegation ist so gut wie das Verbot des Zutritts unserer ganzen Delegation.“<sup>25</sup>

Kaht antwortete darauf sofort mit der Versicherung, daß es keine Hindernisse für die sowjetische Delegation geben werde. Die entscheidenden Passagen seines Briefes vom 5. April 1928 an Pokrovskij lauten: „Es hat mich hoch erfreut zu erfahren, daß wir eine so zahlreiche und repräsentative Delegation russischer Historiker zum Osloer Kongreß erwarten dürfen, und ich würde es sehr bedauern, wenn es sich herausstellen sollte, daß diese Delegation nicht hier eintreffen könnte. Wie Sie aus meinem vorigen Briefe ersehen haben, lege ich einen großen Gewicht darauf, daß die russische Wissenschaft von heute tatkräftig ins gesamte Leben der europäischen Wissenschaft eintrete, und ich hoffe, daß wir beiderseitig großen Nutzen davon haben werden können. *Wie* die russische Delegation sich konstruieren wird, darin mischen wir von uns hier aus gar nicht. Die offiziellen Einladungen zum Kongreß sind durch die VOKS den verschiedenen wissenschaftlichen Institutionen der Sowjet-Republiken vermittelt worden, und daneben ist auch die Regierung aufgefordert worden, sich repräsentieren zu lassen. Meine Briefe an Sie und an Herrn Oldenburg hatten nur den Zweck, Ihnen beiden ans Herz zu legen, den Einladungen Folge zu leisten.“<sup>26</sup>

Auch die sowjetische Botschafterin in Norwegen beruhigte Pokrovskij. Er habe sie völlig mißverstanden. Es gehe bei den *curricula vitae* wie auch bei den gleichfalls angeforderten Ausgaben der Zeitschrift „Istorikmarksist“ „lediglich um eine Information über die wissenschaftlichen Verdienste unserer hierherfahrenden Gelehrten, die wir nutzen könnten zur Darstellung der Leistungen unserer Delegation in der Presse und in gesellschaftlichen Kreisen. Es kann überhaupt keine Rede von einer personellen Überprüfung der Delegation durch irgendjemanden sein.“<sup>27</sup>

Der VI. Internationale Historikerkongreß in Oslo war der erste bedeutende internationale Wissenschaftskongreß, an dem sich eine große sowjetische Delegation beteiligte. Es fehlten völlig die Erfahrungen für ein Auftreten auf einer solchen Veranstaltung. Von den marxistischen Historikern hatte lediglich V. P. Volgin als junger Mann 1913 am IV. Internationalen Historikerkongreß in London teilgenommen.<sup>28</sup> Entsprechend unsicher fühlten sie sich. Die von der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas vom 7. bis 14. Juli 1928 veranstaltete Russische Historikerwoche in Berlin<sup>29</sup> wurde deshalb von Pokrovskij und seinen Getreuen als willkommene Möglichkeit einer „Generalprobe“ für das Auftreten in Oslo betrachtet, zumal hier die sowjetische Geschichtswissenschaft allein im Zentrum der Aufmerksamkeit stand. Der Erfolg der Berliner Woche bestärkte die sowjetischen Marxisten darin, daß sie auch in Oslo vor einem Weltforum bestehen könnten.<sup>30</sup>

Als offiziellen Vertreter der UdSSR auf dem Kongreß schlug Pokrovskij Aleksandra Kollontaj vor. Sie sei sowohl wegen ihrer schriftstellerischen Tätigkeit, die auch die Geschichte der Frauenbewegung betreffe, als auch wegen ihrer diplomatischen Erfahrungen besonders geeignet.<sup>31</sup> Da aber von sowjetischer Seite die entsprechenden Formalitäten wegen „Unorganisiertheit“ nicht eingeleitet worden waren, mußte Pokrovskij als stellvertretender Volkskommissar für Volksbildung auch die Funktion des Regierungsvertreters der UdSSR auf dem Kongreß übernehmen.<sup>32</sup> Dennoch gewährte A. M. Kollontaj gemeinsam mit ihrem politischen Mitarbeiter S. M. Mirnyj der sowjetischen Delegation bei ihrem Aufenthalt in Oslo größtmögliche Unterstützung. Besonders wertvoll für die Vorbereitung auf den Kongreß waren ihre Berichte über ihre Gespräche mit Koht, die Pokrovskij helfen konnten, sich auf diesen Gesprächspartner einzustellen und dessen Intentionen zu verstehen. In einem Brief vom 7. März 1928 an Pokrovskij gab Kollontaj folgende Charakteristik Kohts: „Professor Koht ist selber Marxist, politisch ist er ein Mensch mit radikalen und linken Überzeugungen, und wir nehmen an, daß Koht als Marxist die Annäherung und ein ‘Bündnis’ mit den Delegierten der UdSSR suchen wird.“<sup>33</sup> Die persönliche Haltung Kohts wurde so zu einem wichtigen Argument für die Zusammenarbeit mit dem ungeliebten CISH. In dem bereits erwähnten Brief vom 26. Februar 1930 schrieb Pokrovskij: „Wir würden gern dort weggehen... (aus dem CISH – L.-D. B.) Aber wir wollen Koht nicht fallen lassen, wenn er aufrichtig auf unsere Unterstützung rechnet.“<sup>34</sup>

Die von Pokrovskij geleitete Kommission war bemüht, Historiker aus allen Sowjetrepubliken als lebendigen Beweis erfolgreicher Nationalitätenpolitik in die Delegation für Oslo aufzunehmen. Sie schlug dem Sekretariat des ZK der KPdSU folgende Historiker für die Teilnahme am Historikerkongreß in Oslo vor:<sup>35</sup> als Vertreter der RSFSR V. V. Adoratskij (stellvertretender Leiter der Zentralarchivverwaltung der RSFSR), V. P. Volgin (Professor an der Ökonomischen Fakultät der I. Moskauer Staatsuniversität), S. M. Dubrovskij (stellvertretender Direktor des Internationalen Agrarinstituts in Moskau), E. A. Kosminskij (Professor in der Russischen Assoziation wissenschaftlicher Forschungsinstitute für Gesellschaftswissenschaften RANION), N. M. Lukin (Mitglied des Präsidiums der Gesellschaft der marxistischen Historiker), P. F. Preobraženskij (Historisches Institut an der I. Moskauer Staatsuniversität), M. N. Pokrovskij (Präsident der Kommunistischen Akademie), E. V. Tarle (Akademie der Wissenschaften der UdSSR), A. E. Presnjakov (Leningrader Abteilung des Instituts für Geschichte der RANION) und B. L. Bogaevskij (Leningrader Staatsuniversität), aus der Ukrainischen SSR M. S. Hruševskij (Ukrainische Akademie der Wissenschaften), M. N. Slobčenko, A. S. Fedorovskij

(Universität Char'kov), M. I. Javorskij (Institut für Marxismus-Leninismus und Wissenschaftliche Gesellschaft Char'kov) und V. A. Jurinec (Institut für Marxismus-Leninismus Char'kov) sowie für die Belorussische SSR V. M. Ignatovskij (Institut für Belorussische Kultur) und V. I. Pičeta (Belorussische Staatsuniversität Minsk). Bemühungen, auch Repräsentanten der transkaukasischen und mittelasiatischen Republiken einzubeziehen, mußten aufgegeben werden, da es dort an geeigneten marxistischen Historikern mangelte.<sup>36</sup>

Von den siebzehn Vorgeschlagenen waren acht – Adoratskij, Dubrovskij, Ignatovskij, Javorskij, Jurinec, Lukin, Pokrovskij und Volgin Mitglieder der KPdSU(B). Die Parteilosen galten mit Ausnahme von Hruševskij, Pičeta und Tarle in ihrem Wirkungskreis als Marxisten. Man hätte – so Pokrovskij – ohne weiteres noch andere kompetente Marxisten aufstellen können, z.B. G. S. Fridljand, S. S. Krivcov, V. I. Nevskij oder E. P. Pašukanis. Man müsse jedoch einige Nichtmarxisten mitnehmen, „weil sonst die Zusammensetzung der Delegation indirekt die weißgardistische Verleumdung bestätigen würde, daß es Nichtmarxisten in der UdSSR verboten sei, sich mit Geschichte zu beschäftigen“.<sup>37</sup> Im Sommer 1928 stellte man im Interesse der internationalen Anerkennung der sowjetischen Geschichtswissenschaft beim Umgang mit der bürgerlichen Geschichtswissenschaft noch die Reaktion der internationalen Öffentlichkeit in Rechnung, ein Jahr später ließ man alle Rücksichten fallen und schaltete mit Gerichtsprozessen, Verhaftungen und Verbannungen die nichtmarxistischen Historiker endgültig aus dem Forschungs- und Lehrprozeß aus.<sup>38</sup>

Die endgültige Zusammensetzung der sowjetischen Delegation unterschied sich in einigen Positionen vom ursprünglichen Vorschlag. Obwohl Pokrovskij sich dafür eingesetzt hatte, die Zahl der Oslo-Fahrer auf zwanzig zu erhöhen, führen von den siebzehn Vorgeschlagenen schließlich nur elf nach Oslo: Adoratskij, Bogaevskij, Dubrovskij, Javorskij, Jurinec, Kosminskij, Lukin, Pičeta, Pokrovskij, Preobraženskij und Volgin. Adoratskij, Dubrovskij, Javorskij, Jurinec, Pičeta und Pokrovskij hatten bereits Referate auf der Berliner Historikerwoche gehalten, die sie in der Regel in Oslo vollständig oder in abgewandelter Form wiederholten. In Oslo weilte im Auftrag des Volkskommissariats für Volksbildung auch I. I. Minc, Stellvertreter Pokrovskijs in der Leitung des Moskauer Instituts der Roten Professur, der offiziell nicht zur Delegation gehörte, aber offensichtlich wie bei der russischen Historikerwoche in Berlin einen Monat zuvor organisatorische Aufgaben für die sowjetische Delegation zu erfüllen hatte.<sup>39</sup> Er verfaßte auch den amtlichen Bericht über die Veranstaltung.<sup>40</sup> Fedorovskij, Hruševskij, Tarle und der nicht im Vorschlag der Nominierungskommission auftauchende Leningrader Altertumswissenschaftler S. Ja. Lur'e, die

bereits Thesen ihrer Vorträge eingereicht hatten,<sup>41</sup> sowie die in der gedruckten Mitgliederliste des Kongresses aufgeführten Leningrader Professoren Presnjakov und N. V. Kjuner<sup>42</sup> konnten am Kongreß nicht teilnehmen. Offiziell fehlten sie wegen Krankheit (so zumindest Tarle<sup>43</sup>) oder aus persönlichen Gründen. Wenn man aber bedenkt, daß die Fehlenden in erster Linie nichtmarxistische Wissenschaftler waren, erscheint diese Begründung mehr als zweifelhaft. Das Akademiemitglied S. F. Platonov wollte beispielsweise nicht zusammen mit Bolschewiken fahren.<sup>44</sup> I. N. Borozdin von der Assoziation für Orientkunde verzichtete wegen der Begrenzung der Zahl der Delegierten.<sup>45</sup> Es blieb also nur ein Nichtmarxist – V. I. Piceta – übrig, der zudem auf dem Kongreß keinen Beitrag hielt. Auf der Berliner Historikerwoche hatte der Anteil der bürgerlichen Geschichtswissenschaftler an den Referenten noch vierzig Prozent betragen.<sup>46</sup>

Die Anwesenheit der sowjetischen marxistischen Historiker in Oslo wurde von zahlreichen Kongreßteilnehmern als eine Sensation empfunden.<sup>47</sup> Die Aufmerksamkeit für sie wurde dadurch verstärkt, daß in den Tagen des Kongresses der sowjetische Eisbrecher „Krasin“ mit den geretteten Überlebenden der Nobile-Expedition in Bergen eingelaufen war.<sup>48</sup>

Die kleine sowjetische Delegation, die gerade ein Prozent der 1033 Teilnehmer aus vierzig Ländern stellte, hielt zehn Vorträge auf dem Kongreß. Ihr Delegationsleiter Pokrovskij wurde in das Kongreßpräsidium berufen, Adoratskij und Jurinec präsierten in Sitzungen von Sektionen, Bogaevskij erfüllte die Funktion eines Sekretärs der Sektion für Alte Geschichte.<sup>49</sup> In der Diskussion traten Angehörige der sowjetischen Delegation insgesamt nur achtmal auf, was Pokrovskij als größten Mangel der Delegation kritisierte.<sup>50</sup>

Die Vorträge der sowjetischen Gelehrten waren gut besucht, in ihrer Wirksamkeit durch sprachlich schlechten Vortrag jedoch teilweise beeinträchtigt. Einige riefen angeregte Diskussionen hervor. Das Interesse an Dubrovskijs Ausführungen über die Bauernbewegung in Rußland im 20. Jahrhundert war so groß, daß ihm anstelle der geplanten fünfzehn Minuten eine Redezeit von fünfundvierzig Minuten eingeräumt wurde.<sup>51</sup> Besondere Aufmerksamkeit wurde natürlich dem international bereits bekannten Pokrovskij zuteil, der in der abschließenden Plenarsitzung über „Die Entstehung des russischen Absolutismus vom Standpunkt des historischen Materialismus aus“ sprach.<sup>52</sup> Minc berichtete darüber: „Bei Pokrovskijs Vortrag herrschte eine solche Spannung, als ob alle auf etwas gänzlich Unerwartetes warteten.“<sup>53</sup> Lhéritier, der sich als Generalsekretär des CISH in Oslo sehr freundlich gegenüber den sowjetischen Historikern verhalten hatte, vermerkte in seinem Tagungsbericht: Pokrovskijs Darlegungen „verleiteten uns zu der Frage, ob wir bürgerliche Historiker sind. Ich glaube, daß man,

ohne Marxist zu sein, viele der eigentlich historischen Schlußfolgerungen Pokrovskijs, wenn auch nicht in der Form, so wenigstens dem Inhalt nach, billigen kann.“<sup>54</sup>

Die sowjetische Delegation war so zusammengesetzt, daß von ihren Mitgliedern Vorträge zu allen Geschichtsperioden gehalten werden konnten. Es sollte damit demonstriert werden, daß die marxistische Geschichtsauffassung in allen Teildisziplinen der Geschichtswissenschaft Fuß gefaßt hatte. Der Bogen der Beiträge spannte sich von der Antike<sup>55</sup> über das westeuropäische Mittelalter<sup>56</sup> bis zur russischen Bauernbewegung Anfang des 20. Jahrhunderts<sup>57</sup>. Probleme der Ideengeschichte<sup>58</sup> wurden ebenso behandelt wie Religions-<sup>59</sup> und Literaturgeschichte<sup>60</sup>. Die ukrainischen Historiker Javorskyj und Jurinec gingen auf die zaristische Unterdrückungspolitik und auf die nationale Bewegung ihres Volkes ein<sup>61</sup> und betonten, daß die Oktoberrevolution den unterdrückten Völkern Rußlands, darunter auch der ukrainischen Nation, die „nationale Befreiung und die Möglichkeit der freien Entwicklung und Entfaltung ihrer Kultur“ brachte, „daß wir, eben dank der Revolution, einer Renaissance der ukrainischen Literatur entgegengehen“.<sup>62</sup>

Eine wichtige Funktion in der Selbstdarstellung der sowjetischen Wissenschaft hatte das Referat von Adoratskij über das sowjetische Archivwesen,<sup>63</sup> in dem er die neue Organisation der Archive in der UdSSR gegenüber dem zaristischen Rußland darlegte und auf den Wert der russischen Archive für die historische Forschung verwies. Dieser Vortrag, den 27 Kongreßteilnehmer – eine für eine Sektionsveranstaltung beachtliche Zahl<sup>64</sup> – besuchten, erzielte die größte Resonanz. Nachdem Adoratskij geendet hatte, unterstrichen der dänische Professor Aage Friis und Heinrich Otto Meisner (Beriin) auf Grund eigener Erfahrungen während ihrer Archivstudien in der Sowjetunion die ihrer Meinung nach bedeutenden Leistungen der sowjetischen Archivverwaltung.<sup>65</sup> Meisner hob vor allem zwei Errungenschaften des sowjetischen Archivwesens hervor: das System der Auswahl und der Kassation der Materialien sowie die Nationalisierung und Konzentration der Materialien aus erster Hand. Er würdigte auch das hohe Niveau sowjetischer Aktenpublikationen in den zwanziger Jahren. Auch der polnische Historiker Józef Paczkowski aus Poznań, der vor 1917 in Rußland gearbeitet hatte, drückte seine Anerkennung für die grundlegende Umgestaltung des Archivwesens in der Sowjetunion aus. Er brachte eine Entschliebung ein, die forderte, den Einfluß der Archivwissenschaftler auf den Aufbau der Archive staatlicher Behörden und auf die Kassation des nicht aufbewahrungswürdigen Materials zu garantieren. In der Diskussion verwiesen Adoratskij und Meisner darauf, daß diese Forderung in der UdSSR bereits verwirklicht sei. Adoratskij wertete deshalb die einstimmige

Annahme der von Paczkowski vorgeschlagenen Entschließung als „Anerkennung der Richtigkeit des Prinzips, das der Organisation im Sowjetstaat zugrunde liegt und bei uns schon seit zehn Jahren ins Leben umgesetzt wird.“<sup>66</sup> Wie sich in den folgenden Jahrzehnten zeigen sollte, sicherte das aber bei weitem noch nicht die Benutzbarkeit der Archive für die Forschung.

Russische Emigrantenhistoriker waren im Unterschied zu 1923 nicht mit einer eigenen Delegation auf dem Kongreß präsent. Sie konnten nur als Einzelpersonen im Rahmen der Delegationen ihrer Gastländer am Kongreß teilnehmen.<sup>67</sup> Während die USA, Polen, Jugoslawien und die Tschechoslowakei den Emigranten einige Plätze eingeräumt hatten, waren in der deutschen Delegation keine Vertreter der Emigranten – sicher eine Auswirkung der damals guten Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion im allgemeinen und zwischen deutschen und sowjetischen Historikern im besonderen. Mit Ausnahme des in Prag lebenden P. N. Savickij – der die Auffassung Dubrovskijs über den Charakter der Bauernbewegung sowie über die Verbindung von Arbeiter- und Bauernbewegung in Rußland kritisierte<sup>68</sup> – und des der jugoslawischen Delegation angehörenden E. A. Elačić, der Pokrovskijs Arbeiten auf dem Kongreß zitierte,<sup>69</sup> setzten sich die Emigrantenhistoriker mit den Vorträgen ihrer sowjetischen Kollegen nicht wissenschaftlich auseinander, da sie den Marxismus prinzipiell als unwissenschaftlich ablehnten. So erklärte der bekannte Althistoriker M. I. Rostovcev, der der USA-Delegation angehörte, am 15. August 1928 in der Zeitung „Aftenposten“<sup>70</sup>, daß der Marxismus als ein Dogma keine Wissenschaft hervorbringen könne. Scharfe Angriffe richtete er gegen Pokrovskij, der der Zerstörer der Volksbildung und der Hochschule in Rußland sei. Es sei deshalb bedauerlich, daß dieser Mann dem Kongreßpräsidium angehöre.

Rostovcevs die Atmosphäre des Kongresses belastenden Äußerungen erhielten am folgenden Tage eine Zurückweisung durch den Kongreßpräsidenten Koth, einige Tage später auch durch Pokrovskij selbst in einem Interview. Am selben Tag wie Koth wandten sich die Parteilosen in der sowjetischen Delegation – Bogaevsckij, Kosminskij, Pičeta und Preobraženskij – in einem Interview gegen die Behauptung Rostovcevs, daß es eine Verfolgung der nicht auf marxistischen Positionen stehenden Historiker in der UdSSR gebe. Da außer Pičeta aber keine Nichtmarxisten in der sowjetischen Delegation waren, klang diese Zurückweisung nicht sehr überzeugend. Ein Jahr später wurde diese Verfolgung mit dem Verfahren gegen die Leningrader Historiker ganz offen praktiziert.<sup>71</sup>

Die Presseattacke der Emigrantenhistoriker gegen die sowjetischen Historiker führte zu einem gesteigerten Interesse der norwegischen Öffent-

lichkeit an ihnen. Die Kulturgesellschaft „Clarté“ lud Mitglieder der sowjetischen Delegation zu einem besonderen Meeting in die Universität von Oslo ein. Preobraženskij sprach dort vor zahlreichen Hörern über die Wissenschaft in der Sowjetunion und Jurinec über „Die nationale Frage und das Problem der nationalen Kultur in der Sowjetunion“.<sup>72</sup>

Die internationale Premiere der sowjetischen marxistischen Historiker wurde sehr unterschiedlich gewartet. Während die meisten nichtmarxistischen Berichtersteller – insonderheit die deutschen – das Auftreten der sowjetischen Gelehrten nur am Rande oder überhaupt nicht erwähnten,<sup>73</sup> schien für die sowjetische Seite der ganze Kongreß „ein Disput zu sein, bei dem der größte Teil der Vortragenden seine Sehläge gegen den unproportional schwach vertretenen Marxismus richtete“.<sup>74</sup>

Beide Wertungen sind einseitig. Minc übertrieb die Wirkung der Marxisten auf dem Kongreß, denn in vielen der 13 Sektionen des Kongresses, in denen kein sowjetischer Historiker auftrat, spielte die marxistische Geschichtsauffassung überhaupt keine Rolle. Manche Teilnehmer nahmen die Marxisten einfach nicht ernst, wie z.B. zwei französische Historiker, die während des niveaувollen Vortrags von Adoratskij jedesmal kicherten, wenn vom Sowjetstaat usw. die Rede war.<sup>75</sup> Es war sicher nur eine verschwindend kleine Minderheit, die wie der Breslauer Althistoriker Ernst Kornemann unter dem Eindruck des Vortrages von Bogaeuskij zu dem Schluß gelangten, „die materialistische Methode in der Geschichte für eine genauso wissenschaftliche Methode zu halten wie die anderen Methoden“.<sup>76</sup> Die Vertreter des anderen Extrems in der Bewertung des sowjetischen Auftretens auf dem Historikerkongreß übersahen, daß seit Oslo die marxistische sowjetische Geschichtswissenschaft internationale Anerkennung erreicht und von nun an die Möglichkeit hatte, an der Arbeit des CISH und der Internationalen Historikerkongresse gleichberechtigt teilzunehmen. Pokrovskij war als Vertreter der RSFSR und der Kommunistischen Akademie zum Mitglied des CISH berufen worden. Eine andere Frage war, wie die marxistischen Geschichtswissenschaftler der UdSSR die sich ihnen jetzt bietenden Möglichkeiten nutzten.<sup>77</sup>

Diese Frage bewegte die maßgebenden sowjetischen Historiker im Anschluß an den Kongreß. Auf zahlreichen Beratungen in der Kommunistischen Akademie, in der Gesellschaft der marxistischen Historiker und auf der I. Allunionskonferenz der marxistischen Historiker wurden von Pokrovskij, Lukin u.a. die Schlußfolgerungen für die weitere internationale Tätigkeit der sowjetischen Historiker gezogen.<sup>78</sup> Besonders Pokrovskijs Auswertung des Kongresses war sehr kritisch. „Wir erhielten ein lehrreiches Beispiel dafür, wie man auf solchen Kongressen nicht auftreten darf, aber jetzt wissen wir, wie man auftreten muß“, stellte er fest und meinte

damit vor allem die Inaktivität eines Teils der Delegation und die mangelhafte organisatorische und inhaltliche Vorbereitung auf den Kongreß.<sup>79</sup> Es war z.B. kein stellvertretender Delegationsleiter eingesetzt worden, der Pokrovskij einen Teil seiner Aufgaben hinsichtlich der Kontakte zu anderen Delegationen hätte abnehmen können, da dieser wegen seiner schon damals bestehenden schweren Krebskrankung in seiner Arbeitsfähigkeit und in seinem Aktionsradius stark eingeschränkt war.

Da im Selbstverständnis der marxistischen Historiker der UdSSR die Geschichtswissenschaft die „historische Front“ des ideologischen Klassenkampfes um den Aufbau des Sozialismus darstellte, betrachteten sie die internationalen Beziehungen zur nichtmarxistischen Geschichtswissenschaft und speziell die Internationalen Historikerkongresse in erster Linie als einen Abschnitt an dieser „historischen Front“. „Unzweifelhaft stehen uns Kämpfe bevor,“ unterstrich Pokrovskij, „auf uns hoffen in diesen Kämpfen die wenigen Marxisten, die es in Westeuropa und in Amerika gibt. Sie sind bemüht, sich um uns zu scharen, und wir wären, von allem Sonstigen abgesehen, Erzverräter, wenn wir den Fehdehandschuh, der uns von allen Seiten hingeworfen wird, nicht aufnahmen und den Kampf eröffneten.“<sup>80</sup>

Wenn man aber in den Kampf zu ziehen gedenkt, dann ist natürlich „die völlige Einheit und Übereinstimmung in den eigenen Reihen“<sup>81</sup> Grundvoraussetzung des Erfolgs. Hermann Reincke-Bloeh hatte in seinem Kongreßbericht die „nationale Geschlossenheit von Franzosen, Italienern, Polen, Russen“ als „eigentlichen Wesensunterschied“ zu den Kongressen der Vorkriegszeit, auf denen stärker die Individualität der einzelnen Historiker hervortrat, festgestellt.<sup>82</sup> Die sowjetischen Historiker betrachteten ihre eigene Geschlossenheit jedoch nicht unter nationalem, sondern unter ideologischem Aspekt. „Wenn ihr dort offen erklärt, daß ihr Marxisten seid, und besonders in euren Reden und Vorträgen einen klaren Klassenstandpunkt aussprecht,“ sagte Pokrovskij dazu, „dann seid ihr natürlich Bri-schewiki, ganz egal, ob ihr ein Parteibuch in der Tasche habt oder nicht – das hat für sie (die bürgerlichen Historiker – L.-D. B.) keine Bedeutung.“<sup>83</sup>

Internationale Historikerkongresse und auch Tagungen des CISH und seiner Kommissionen wurden also als Arenen der ideologischen Auseinandersetzung begriffen, wenn auch durchaus nicht alle Begegnungen auf dem Kongreß (Empfänge, Gespräche usw.) von den Delegationsteilnehmern als Klassenkampf betrachtet wurden, wovon beispielsweise die Briefe Adoratskij's aus Oslo an seine Frau zeugen.<sup>84</sup> Um den Kampfboden für die sowjetischen Geschichtswissenschaften in diesem Gremium zu verbessern, bemühte man sich darum, auch für die Ukrainische und die Belorussische SSR je einen Sitz im CISH zu erhalten<sup>85</sup> und Ol'denburg als Vertreter der

Akademie durch den Marxisten Volgin auszutauschen<sup>86</sup>, was 1930 gelang, nachdem man ihn als ständigen Sekretär der Akademie der Wissenschaften der UdSSR abgelöst und auch hier durch den im selben Jahr zum Akademiemitglied gewählten Volgin ersetzt hatte.

Welche Konsequenzen für das Auftreten auf künftigen Historikerkongressen wurden gezogen? Als erste Schlußfolgerung wurden eine größere Präsenz und ein aktiveres Auftreten der sowjetischen Gelehrten angeordnet. Die Delegation müsse wenigstens zwanzig Personen umfassen. Jeder müsse sich auf mindestens zwei Auftritte in der Diskussion vorbereiten, um in allen Sektionen des Kongresses den marxistischen Standpunkt zur Geltung zu bringen.<sup>87</sup> Zweitens wurde auf eine bessere organisatorische und vor allem fachliche Vorbereitung orientiert. Darunter verstand Pokrovskij die „wissenschaftliche Information über das Ausland“<sup>88</sup> und über die nichtmarxistische Historiographie, mit der die Auseinandersetzung geführt wurde. Der souveräne Umgang mit der Technik des wissenschaftlichen Arbeitens und exzellente Fremdsprachenkenntnisse einschließlich einer gut verständlichen Aussprache waren für Pokrovskij unerläßliche Voraussetzungen eines erfolgreichen Wirkens auf internationalem Parkett.<sup>89</sup> Obwohl man den Antrag gestellt hatte, Russisch als Konferenzsprache zuzulassen,<sup>90</sup> traten die sowjetischen Wissenschaftler in Oslo in deutscher, französischer oder englischer Sprache auf. Sie mußten sich eingestehen, daß sie sich mit Vorträgen und Diskussionsbeiträgen in Russisch völlig isoliert hätten. Von niemandem außer von einigen Slawen und Osteuropahistorikern wären sie verstanden worden.<sup>91</sup> Eine weitere wichtige Schlußfolgerung betraf die Einbeziehung von Frauen in die Delegation. Als Land, das die Gleichberechtigung der Frau verkündete, hatte man in Unterschied etwa zu Polen keine Frau mit nach Oslo genommen.<sup>92</sup>

Von einer Illusion hatten sich die sowjetischen Historiker verabschieden müssen: in Oslo gleichsam eine Internationale marxistischer Historiker gründen zu können, da kaum linke Historiker von ihren Nationalverbänden zum Kongreß delegiert worden waren. Der Versuch, eine Beratung der in Oslo weilenden Marxisten einzuberufen, scheiterte. Außer den sowjetischen Historikern erschienen nur die Norweger Halvdan Koht und Edvard Bull, die man von sowjetischer Seite nicht als konsequente Marxisten wertete.<sup>93</sup> Ein neuer Versuch dieser Art wurde deshalb in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg nicht wieder unternommen. Dennoch bemühte man sich in den Folgejahren, von Fall zu Fall auf Tagungen des CISH und einiger seiner Kommissionen mit linken und demokratisch gesonnenen Historikern des Auslands zusammenzuarbeiten.<sup>94</sup> Es wurde auch ein Zusammengehen mit slawischen Historikern ins Auge gefaßt. In Oslo hatten besonders Jugoslawen und Bulgaren eine tendenzielle Annäherung an die sowjetischen

Historiker gezeigt, was diese, die ethnische Momente auf Grund ihrer damals kompromißlos internationalistischen Haltung stark unterschätzten, völlig überraschte. „Bei etwas mehr Gewandtheit und Unternehmungsgeist unsererseits“, schätzte Pokrovskij später ein, „hätten wir diese slawischen Historiker zweifellos um uns organisieren können.“<sup>95</sup> In veränderter internationaler Situation – die slawischen Staaten waren als Volksdemokratien enge Verbündete der Sowjetunion geworden – nahmen die sowjetischen Historiker seit den frühen fünfziger Jahren den Gedanken der engen Zusammenarbeit mit den slawischen Brüdern wieder auf.

In Vorbereitung auf den Warschauer Internationalen Historikerkongreß im Jahre 1933, den zweiten Kongreß mit offizieller sowjetischer Vertretung, wurden die Schlußfolgerungen aus dem Jahre 1928 von den sowjetischen Historikern bzw. den verantwortlichen Parteiinstanzen nur teilweise beachtet. Mit A. M. Pankratova wurde zwar eine intelligente, hochqualifizierte Frau zum Kongreß delegiert, aber insgesamt war die Delegation nur halb so groß wie fünf Jahre zuvor. Ihr Anteil sank auf 0,5 Prozent der 1214 Teilnehmer aus 37 Ländern. Der Delegation gehörten neben Pankratova die Akademiemitglieder V. P. Volgin (als Leiter), N. S. Deržavin und N. M. Lukin, Professor P. F. Preobraženskij und als einziger Vertreter der nichtrussischen Sowjetrepubliken der Präsident der Belorussischen Akademie der Wissenschaften, P. O. Gorin, an. Der ehemalige Volkskommissar für Volksbildung, Akademiemitglied A. V. Lunačarskij, der einen Bericht zu geschichtsmethodologischen Fragen ausgearbeitet hatte, konnte krankheitshalber nicht teilnehmen.<sup>96</sup> In den offiziellen Materialien des CISH zur Vorbereitung auf den Warschauer Kongreß tauchten aber noch über ein Dutzend weitere Namen von geplanten Teilnehmern aus der Sowjetunion auf. In den Sektionen VIII (Wirtschafts- und Sozialgeschichte) und XIII (Historische Methode und Geschichtstheorie) sowie in der Sondersitzung B zu Nationalismus und Nationalitäten waren vier kollektiv erarbeitete Berichte von sowjetischen Spezialisten geplant.<sup>97</sup> Weitere sowjetische Autoren hatten bereits ihre Kongreßbeiträge eingereicht.<sup>98</sup> Die ursprünglichen Planungen der sowjetischen Seite gingen also von mehr als zwanzig Kongreßteilnehmern aus. Daß die Zahl so drastisch reduziert wurde, hängt sicher mit politischen Faktoren zusammen. Die sowjetische Führung war nicht mehr daran interessiert, daß Personen wie Bucharin oder Ol'denburg, der in der öffentlichen Berichterstattung als aus unbekanntem Gründen fehlendes Delegationsmitglied geführt wurde<sup>99</sup>, die sowjetische Wissenschaft im Ausland vertraten. Außerdem hatte das CISH wegen der Befürchtung, „politische Leidenschaften zu entfachen“, keine Themen zur Geschichte des Ersten Weltkriegs bzw. zur Nachkriegszeit zugelassen, wodurch einige der ursprünglich angemeldeten Berichte so-

wjetischer Wissenschaftler wegfielen. Auch Pankratova mußte auf ihren ursprünglich vorgesehenen Beitrag „Die Oktoberrevolution und ihr Einfluß auf die europäische Arbeiterbewegung“ verzichten.<sup>100</sup>

Natürlich konnte die kleine sowjetische Delegation in Warschau noch weniger Sektionen belegen als in Oslo, sie trat aber durch eine geschickte Themenwahl ihrer Vorträge und durch Konzentration auf einige methodologische Grundfragen in der Diskussion wesentlich wirkungsvoller auf. Ihre Vorträge bedeuteten „eine starke Herausforderung für die westliche Wissenschaft“.<sup>101</sup> Mit Ausnahme des Beitrages von Deržavin, der das Verhältnis der Slawen zu Byzanz zum Gegenstand hatte,<sup>102</sup> behandelten alle von sowjetischen Historikern vorgetragene Referate Probleme der Neuzeit, insbesondere der Arbeiterbewegung und der imperialistischen Politik. Der Spezialist für Geschichte der sozialistischen Ideen Volgin, der Mitglied des Kongreßpräsidiums war,<sup>103</sup> sprach als letzter Referent in der Plenarausschußsitzung zum Thema „Von Babeuf zu Marx“.<sup>104</sup> In der von ihm geleiteten Sektion für Geschichte der sozialen Bewegungen referierte Lukin vor 65 Teilnehmern über „Die I. Internationale und die Pariser Kommune“.<sup>105</sup> Seine „neuen und sehr interessanten Forschungen“ wurden von Koht in der anschließenden Debatte als bedeutsam nicht nur für die Geschichte der Pariser Kommune, sondern auch für die Geschichte der Arbeiterbewegung im allgemeinen eingeschätzt.<sup>106</sup> Preobraženskij analysierte die Auswirkungen des Russisch-Japanischen Krieges auf die Herausbildung der Entente<sup>107</sup>, Gorin die Kolonialpolitik des zaristischen Rußlands gegenüber Polen<sup>108</sup>. Durch dieses mit Bedacht gewählte Thema und durch die Tatsache, daß er als einziger Kongreßteilnehmer sein Referat in polnischer Sprache vortrug, wurden Gorin von der polnischen Öffentlichkeit große Sympathien entgegengebracht. Sein Referat erzielte die stärkste Resonanz aller sowjetischen Beiträge. Polnische Wissenschaftler baten ihn um die Wiederholung seines Vortrags vor einem größeren Auditorium.<sup>109</sup>

Pankratova stellte in der Sektion Wirtschafts- und Sozialgeschichte das in der Sowjetunion begonnene große Projekt der „Geschichte der Fabriken und Werke in der UdSSR“<sup>110</sup> vor. Über die große Resonanz, die ihre Ausführungen fanden, berichtete sie: „... vor meinem Vortrag waren wenig Leute anwesend, und nach ihm gingen viele weg, aber während meines Vortrages waren viele da.“<sup>111</sup> In Polemik gegen neueste deutsche Veröffentlichungen, die sie während eines längeren Forschungsaufenthalts in Deutschland im Jahre 1932 eingehend studiert hatte, und in der Diskussion mit dem russischen Emigranten Savickij<sup>112</sup> stellte sie den prinzipiellen Unterschied zwischen der sowjetischen marxistischen Betriebsgeschichte und der bürgerlichen Betriebsgeschichtsforschung heraus. In Pankratovas Ausführungen wurde die politische Ausrichtung der sowjetischen Ge-

schichtswissenschaft *expressis verbis* unterstrichen. Die Geschichte der Fabriken und Werke werde „keinesfalls als eine akademische wissenschaftliche Arbeit behandelt“, sie stelle sich vielmehr dar als „eine klare politische Aufgabe: durch das Studium der Vergangenheit die Massen für die Erfassung der Gegenwart zum Kampf für die Zukunft zu mobilisieren und aufzuklären. Für die Marxisten gibt es und kann es auch keine Wissenschaft geben, deren Objektivität in der Loslösung von Aufgaben des gesellschaftlichen Lebens besteht.“<sup>113</sup>

In der Sektion für Geschichtsunterricht kam Pankratova in der Debatte um Lhéritiers Referat über einen Schulbuchvergleich<sup>114</sup> auf das Problem des Zusammenhangs von Geschichtswissenschaft und Politik zurück: „Als Marxisten sind wir überzeugt, daß in der Klassengesellschaft nur eine klassegebundene Wissenschaft besteht. Die Geschichte ist eine der politischsten Wissenschaften, weil sie auf unmittelbarste Weise die politischen Interessen widerspiegelt und den politischen Zielen der herrschenden Klasse dient, sogar wenn sie unter der Flagge einer über den Klassen stehenden Objektivität geschrieben wird.“<sup>115</sup> Daraus leitete sie das Wahrheitsmonopol für die Marxisten ab: ein echt wissenschaftlicher Vergleich der Geschichtslehrbücher sei nur auf marxistischer Basis nach den Kriterien des Klassenkampfes möglich.

Im Unterschied zu Oslo kam es also in Warschau zum Aufeinanderprallen der gegensätzlichen methodologischen und geschichtstheoretischen Auffassungen zwischen Marxisten und Nichtmarxisten. Besonders die Diskussionen in der methodologischen Sektion des Kongresses waren davon geprägt. Davon ausgehend, daß – wie Wilhelm Keilhau (Oslo) in seinen Thesen für diese Sektion feststellte – „nicht nur in der Sowjet-Union, sondern auch in vielen bürgerlichen Ländern ... in jüngster Zeit der historische Materialismus zu einem Machtfaktor der Wissenschaft herangewachsen“ war<sup>116</sup>, hatte die nichtmarxistische Geschichtswissenschaft die Herausforderung angenommen und mit der „Geschichtssynthese“ des Franzosen Henri Berr<sup>117</sup> eine Theorie entwickelt, die für viele der anwesenden Historiker „zu einem Banner wurde, unter welchem ein Kampf gegen den historischen Materialismus geführt“ wurde.<sup>118</sup> Entsprechend scharf war die Polemik der sowjetischen Historiker dagegen. Preobraženskij kritisierte mit Recht, daß Anhänger dieser Theorie wie Keilhau den historischen Materialismus mit einem einseitigen ökonomischen Materialismus gleichsetzten, und bezeichnete seine Auffassung als „antigeschichtlichen Standpunkt“.<sup>119</sup> Volgin wandte sich gegen die grundsätzliche Gegenüberstellung von Natur- und Gesellschaftswissenschaften, wie sie der Amerikaner Fred Morrow Flinn<sup>120</sup> auf dem Kongreß vertrat. Er verteidigte den marxistischen Gedanken von der Gesetzmäßigkeit der hi-

storischen Entwicklung und lehnte auch die Entgegenstellung von Geschichte und Soziologie ab: „Die Soziologie, die sich nicht auf geschichtlichen Stoff stützt, kann uns nur inhaltslose Abstraktionen liefern, nicht aber Gesetze der historischen Entwicklung der Gesellschaft. Die Geschichte dagegen, der es an jedweden Verständnis der Gesetzmäßigkeit, der Gesetze der Entwicklung fehlt, kann uns nur einen Haufen von unbearbeitetem Material liefern, kann aber unmöglich als Wissenschaft gelten.“<sup>121</sup> Wie Pankratova betonte Volgin die marxistische Auffassung von der Klassengebundenheit jeglicher historischer Erkenntnis. Wer wie Fling von der Existenz ewiger objektiver Werte ausgehe, bedürfe zu ihrer Erklärung einer Gottheit. „Wir historischen Materialisten sind stolz darauf“, erklärte Volgin selbstbewußt, „daß wir dieser Hypothese nicht bedürfen ... Und wenn jemand im 20. Jahrhundert bei ihr Zuflucht sucht, bezeichnen wir es als Äußerung der wissenschaftlichen Reaktion, die eine Spiegelung der reaktionären Stimmung der betreffenden gesellschaftlichen Klasse ist.“<sup>122</sup> Lukin, der ebenso wie Volgin statt der üblichen fünf Minuten eine gute Viertelstunde reden durfte, setzte die Darlegung der Grundthesen des historischen Materialismus mit Ausführungen zum historischen Prinzip und zur Dialektik des Geschichtsprozesses fort.<sup>123</sup>

In zwei weiteren Sektionen meldeten sich sowjetische Historiker zur Diskussion. In der Sektion für moderne Geschichte polemisierten Lukin und Preobraženskij gegen den Imperialismusbegriff des Leipziger Historikers Erich Brandenburg<sup>124</sup> und kritisierten vor allem, daß er die Leninsche Imperialismustheorie nicht einmal erwähnt hatte.<sup>125</sup> Preobraženskij bemängelte auch die methodologische Unzulänglichkeit des Beitrages von Louis Eisenmann (Paris) über die Innenpolitik Österreich-Ungarns vor dem Ersten Weltkrieg, weil er die Außen- und Nationalitätenpolitik völlig ausklammerte.<sup>126</sup> Deržavin lehnte in der Sektion für Geschichte Osteuropas den Osteuropa-Begriff des tschechischen Historikers Jaroslav Bidlo<sup>127</sup> als zu eng ab. Nicht nur der religiöse Faktor, den dieser als entscheidend ansah, sondern die Gesamtheit der Elemente der materiellen Kultur sei in Rechnung zu stellen.<sup>128</sup>

Die sowjetischen Historiker verstanden sich bei ihrem Auftreten auf dem Warschauer Kongreß als Propagandisten der marxistisch-leninistischen Geschichtsauffassung. Dabei ging es ihnen weniger um die historischen Fachkollegen, die sie nicht zu überzeugen erwarteten, sie wollten vielmehr die an den Sitzungen teilnehmenden polnischen Studenten und Lehrer ansprechen, die Interesse für marxistische Fragestellungen zeigten.<sup>129</sup> Diesem Ziel diente auch die Übergabe eines ganzen Satzes sowjetischer Geschichtslehrbücher an eine polnische Lehrerbibliothek durch Pankratova.<sup>130</sup> Im Warschauer Arbeitervorort Żoliborz hielten einige Dele-

gationsmitglieder in russischer Sprache gut besuchte Vorträge mit anschließender Diskussion: Lukin über „Marx als Historiker“, Pankratova über „Grundprobleme der Geschichte des Proletariats“ und Volgin über „Die Akademie der Wissenschaften und der sozialistische Aufbau“.<sup>131</sup> Die Zeitschrift „Wiadomości Literackie“ veröffentlichte ein Gespräch Derżavins mit dem Publizisten Tadeusz Boy-Żeleński über die Rolle der polnischen Geschichte und Literatur in der UdSSR.<sup>132</sup>

Große Wirkung – 425 Besucher in fünf Tagen – hatte eine sowjetische Ausstellung von Geschichtsliteratur, die allerdings durch organisatorische Versäumnisse der sowjetischen Seite erst gegen Ende des Kongresses eröffnet wurde.<sup>133</sup> Sie zeigte die in den Jahren des ersten Fünfjahrplans erschienenen sowjetischen Veröffentlichungen zur Geschichte, insgesamt 900 Titel in 1200 Bänden. Vierzig Prozent davon befaßten sich mit Fragen des Klassenkampfes. Dazu kamen historische Zeitschriften in mehreren Dutzend Exemplaren, Schemata, Tabellen und Pläne der historischen Forschungsinstitutionen der Sowjetunion. Wegen des beachtlichen polnischen Interesses an diesen Materialien wurde der größte Teil des Ausstellungsgutes der Warschauer Universität und der Militärhochschule überlassen.

Die große Aktivität der sowjetischen Delegation wurde auch im Ausland registriert, so von dem polnischen Historiker Marceli Handelsman<sup>134</sup> und von der „American Historical Review“<sup>135</sup>. Von der deutschen Gesandtschaft in Warschau wurde dagegen – dem Urteil einiger Presseorgane folgend – in einem Bericht nur Derżavin als „auf der Höhe des westeuropäischen Niveaus“ befunden, während die anderen Vorträge als „wissenschaftlich wenig eindrucksvoll“ bewertet wurden.<sup>136</sup>

Der Auftritt der sowjetischen Historiker auf dem VII. Internationalen Historikerkongreß in Warschau wurde von sowjetischer Seite als großer Erfolg gewertet. Das wird allein schon durch die umfangreiche Berichterstattung in der sowjetischen Presse deutlich. Die auflagenstarke populärwissenschaftliche historische Zeitschrift „Bor'ba klassov“ widmete ein ganzes Heft dem Warschauer Kongreß und veröffentlichte alle sowjetischen Beiträge.<sup>137</sup> Neben den wissenschaftlichen Leistungen wurde besonders der Beitrag der Delegation zur Pflege der sich seit Abschluß des polnisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom 25. Juli 1932 im Aufschwung befindlichen polnisch-sowjetischen Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen hervorgehoben.<sup>138</sup> Mit polnischen Fachkollegen wurden zwei Beratungen über die wissenschaftliche Zusammenarbeit der Gelehrten beider Länder durchgeführt. Dabei ging es um die Kooperation bei der Ausgabe bibliographischer Werke, um die regelmäßige gegenseitige Information in den historischen Zeitschriften und um die Erleichterung des Zugangs zu den Archiven. Es wurde auch der Gedanke einer sowjetischen Historikerwoche

in Polen erörtert.<sup>139</sup> Nach ihrer Rückkehr statteten die Kongreßdelegierten dem polnischen Botschafter in Moskau einen Besuch ab, um für die in Polen erfahrene Gastfreundschaft zu danken. Dabei sprach sich der Botschafter für eine weitere Verbesserung der kulturellen Beziehungen zwischen beiden Staaten aus.<sup>140</sup>

Nach diesem Erfolg und nach allen Verlautbarungen im Anschluß an den Kongreß schien es eine Selbstverständlichkeit zu sein, daß die Sowjetunion sich auch am VIII. Internationalen Historikerkongreß in Zürich beteiligen würde. Auf der IX. Generalversammlung des CISH im April 1936 in Bukarest unterbreiteten die sowjetischen Delegierten Lukin und Volgin denn auch einen siebzehn Punkte umfassenden Themenkatalog für die Verhandlungen des Kongresses.<sup>141</sup> Er reichte von der „Übergangsepoche von der antiken Welt zum Mittelalter“ bis zu „Patriotismus und Internationalismus in der Geschichte“. Darunter waren für die sowjetische Geschichtswissenschaft so grundlegende Probleme wie die Entstehung des Proletariats, Klassenkampf und nationales Element in der Geschichte, die sozialen Bewegungen am Ende des 18. Jahrhunderts und die internationalen Beziehungen in der Neuzeit. Im Zirkular Nr. 1 des CISH zum VIII. Internationalen Historikerkongreß, das in der UdSSR 1937 veröffentlicht wurde,<sup>142</sup> waren die von der sowjetischen Seite vorgeschlagenen Themen enthalten.

Am Kongreß selbst nahmen dann aber keine sowjetischen Historiker teil. Offensichtlich versprach sich die Parteiführung der KPdSU(B) keinen Nutzen von der Teilnahme. Der Kongreß bot in der zugespitzten internationalen Situation der Sudetenkrise mit ihren aufgeheizten nationalen Leidenschaften kein Forum für marxistische Propaganda. Zudem hatte sich das sowjetische Geschichtsbild seit den Beschlüssen der KPdSU(B) zum Geschichtsunterricht von 1934 und 1936 von der internationalistischen Grundlinie zur Pflege der imperialen russischen Tradition zurückentwickelt. Die Anwesenheit sowjetischer Historiker während des Kongresses hätte nur unangenehme Fragen provoziert. Teilnehmer der bisherigen Internationalen Historikerkongresse und der Tagungen des CISH, über die ein Großteil der Verbindungen mit der internationalen Historikerorganisation gelaufen waren, wie N. M. Lukin, G. S. Fridljand, P. O. Gorin, P. F. Preobraženskij und S. M. Dubrovskij waren wie die gesamte „Pokrovskij-Schule“, die bis dahin als Verkörperung der marxistischen Historiker der UdSSR gegolten hatte, Repressalien zum Opfer gefallen.<sup>143</sup>

Die Abschottung der sowjetischen Historiker von den ausländischen Kollegen wurde auch in der Nachkriegszeit fortgesetzt und durch Kampagnen wie die gegen den Kosmopolitismus untermauert. Erst nach dem Tod Stalins mit dem einsetzenden „Tauwetter“ unter Chruščev konnten die

sowjetischen Historiker ihre internationalen Kontakte zur nichtmarxistischen Geschichtswissenschaft wieder aufnehmen, wobei man ausdrücklich auf die Erfahrungen der zwanziger und dreißiger Jahre verwies.<sup>144</sup> Zum X. Internationalen Historikerkongreß in Rom 1955, dem dritten mit sowjetischer Beteiligung, fuhr eine Delegation mit 24 Teilnehmern. Delegationsleiterin war A. M. Pankratova. Unter den Teilnehmern waren V. P. Volgin und E. A. Kosminskij. Sie verkörperten in ihrer Person gleichsam die Kontinuität zu den Kongressen von Oslo und Warschau.

#### Anmerkungen

- 1 Vgl. Russkie i sovetskie učenye na meždunarodnych kongressach istorikov, in: Voprosy istorii (1955;8), S. 230-233; I. A. Želenina, Meždunarodnye kongressy istorikov, in: Sovetskaja istoričeskaja enciklopedija, Bd. 9, Moskau 1966, Sp. 270f.
- 2 Vgl. F. Epstein, Die marxistische Geschichtswissenschaft in der Sowjetunion seit 1927, in: Jahrbücher für Kultur und Geschichte der Slawen, N.F. 6 (1930), S. 131.
- 3 Vgl. Russkie i sovetskie učenye (Anm. 1), S. 231.
- 4 Koht an Pokrovskij am 27. Dezember 1927, in: Handschriftenabteilung des Instituts für Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau (= HA IG RAdW), f. 5, op. 4, ed. chr. 239, Bl. 2.
- 5 Vgl. Bulletin of the International Committee of Historical Sciences (= Bulletin CISH), Bd. 1, Nr. 2 (1927), S. 126.
- 6 Vgl. ebenda, S. 154, 173.
- 7 Vgl. ebenda, Bd. 1, Nr. 2 (1928), S. 551ff.; Epstein, Die marxistische Geschichtswissenschaft (Anm. 2), S. 114f.
- 8 Pokrovskij an Kollontaj am 26. Februar 1930, in: Rossijskij centr chranenija i izučenija dokumentov novejšej istorii, Moskau (= RCChIDNI), f. 147, op.1, d. 39, Bl. 40.
- 9 HA IG RAdW, f. 5, op. 4, ed. chr. 239, Bl. 1.
- 10 Ebenda, Bl. 2.
- 11 Ebenda, Bl. 2f.
- 12 Pokrovskij an O. D. Kameneva (Anfang 1928), in: HA IG RAdW, f. 5, op. 4, ed. chr. 36, Bl. 5.
- 13 Pokrovskij an Kollontaj am 26. Februar 1930, in: RCChIDNI, f. 147, op. 1, d. 39, Bl. 40.
- 14 Ihm war bereits am 8. September 1927 vom Leiter der Abteilung für wissenschaftliche Institutionen beim Rat der Volkskommissare die Einladung nach Oslo mit der Bitte um Stellungnahme übermittelt worden (ebenda, Bl. 7).
- 15 HA IG RAdW, f. 5, op. 4, ed. chr. 60, Bl. 2.
- 16 RCChIDNI, f. 147, op. 1, d. 39, Bl. 59.
- 17 Die Liste enthielt folgende Namen: V. P. Volgin, N. M. Lukin, M. N. Pokrovskij, D. B. Rjazanov, S. M. Dubrovskij, G. S. Fridljand, S. M. Monosov, E. V. Tarle, S. F. Platonov, A. E. Preenjakov, D. M. Petruševskij, E. A. Kosminskij, V. V. Adoratskij, V. M. Friče und E. B. Pašukanis (Auszug aus dem Protokoll der Sitzung

- des Kollegiums des Volkskommissariats für Volksbildung am 16. Februar 1928, in: ebenda, Bl. 14).
- 18 Lhéritier an Ol'denburg am 11. März 1928, in: HA IG RAdW, f. 5, op. 4, ed. chr. 351, Bl. 1.
  - 19 Pokrovskij an das Sekretariat des ZK der KPdSU(B) (Anfang 1928), in: ebenda, ed. chr. 404, Bl. 6.
  - 20 Vgl. M. N. Pokrovskij, „Novye“ tečenija v ruskoj istoričeskoj literature, in: Istorik-marksist (1928), H. 7, S. 3-17.
  - 21 Tarle an Fridljand (Anfang 1928), in: HA IG RAdW, f. 5, op. 4, ed. chr. 406, Bl. 3.
  - 22 Ebenda, ed. chr. 55, Bl. 2.
  - 23 Pokrovskij an das Sekretariat des ZK der KPdSU (Anfang 1928), in: ebenda, ed. chr. 404, Bl. 7.
  - 24 Kollontaj an Pokrovskij am 7. März 1928, in: ebenda, ed. chr. 236, Bl. 4.
  - 25 Ebenda, ed. chr. 55, Bl. 2. Der Brief ist in deutscher Sprache geschrieben.
  - 26 Ebenda, ed. chr. 239, Bl. 4.
  - 27 Kollontaj an Pokrovskij am 29. März 1928, in: ebenda, ed. chr. 236, Bl. 8.
  - 28 Vgl. V. P. Volgin, Meždunarodnyj kongress istorikov v Londone, in: ders., Stat'i i vystuplenija, Moskau 1979, S. 161-164.
  - 29 Vgl. dazu L.-D. Behrendt, Das erste Auftreten der sowjetischen Geschichtswissenschaft in der internationalen Arena (Die sowjetische Historikerwoche 1928 in Berlin), in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 17, Berlin 1977, S. 237-269.
  - 30 Vgl. S. M. Dubrovskij, Iz vospominanij o VI Vsemirnom kongresse istorikov v Oslo – ego podgotovke i provedenii. 5. Juli 1970, in: Rossijskaja gosudarstvennaja biblioteka. Otdel rukopisej (= RGB OR), f. 797, kart. 13, ed. chr. 16.
  - 31 Pokrovskij an das Sekretariat des ZK der KPdSU, in: HA IG RAdW, f. 5, op. 4, ed. chr. 404, Bl. 6.
  - 32 M. N. Pokrovskij, O poezdke v Oslo (Doklad na zasedanii Prezidiuma Komm. akademii 15/XII-1928 g.), in: Vestnik Kommunističeskoj Akademii (1928), H. 30, S. 231.
  - 33 HA IG RAdW, f. 5, op. 4, ed. chr. 236, Bl. 4.
  - 34 RCChIDNI, f. 147, op. 1, ed. chr. 39, Bl. 40.
  - 35 HA IG RAdW, f. 5., op. 4, ed. chr. 404, Bl. 6. In einer nicht datierten anderen Liste sind außer den Genannten auch G. M. Prigorovskij (Historisches Institut, Moskau) und E. B. Pašukanis (Kommunistische Akademie) aufgeführt (ebenda, ed. chr. 100, Bl. 6).
  - 36 Vgl. ebenda, ed. chr. 385, Bl. 27; ed. chr. 404, Bl. 6.
  - 37 Ebenda.
  - 38 Vgl. z.B. V. A. Kumanev, 30-e gody v sud'bach otečestvennoj intelligencii, Moskau 1991, bes. S. 77ff.; zeitgenössisch: R. Salomon, Zur Lage der Geschichtswissenschaft in Rußland, in: Zeitschrift für osteuropäische Geschichte 6 (N.F. 2), 1932, S. 385-402.
  - 39 Minc an Pokrovskij aus Berlin am 25. Juni 1928, in: HA IG RAdW, f. 5, op. 4, ed. chr. 253, Bl. 1-4.
  - 40 I. Minc, Marksisty na istoričeskoj nedele v Berline i VI meždunarodnom kongresse istorikov v Norvegii, in: Istorik-marksist (1928), H. 9, S. 84-96.

- 41 Vgl. A. S. Fëdorowsky, Age de pierre et âge de bronze en Ukraine d'après de nouvelles données, in: VIe Congrès International des Sciences Historiques. Résumés des communications présentées au Congrès, Oslo 1928, S. 62; ders., Monuments de l'époque de la transmigration des peuples en Ukraine, in: ebenda, S. 126; M. S. Grushevsky, L'Ukraine et la situation politique de l'Europe Orientale dans la moitié du XVIIe siècle, in: ebenda, S. 137f.; E. Tarlé, La classe ouvrière en France à la veille de la Révolution de 1848, in: ebenda, S. 291f.; S. Luria, War Peisistratos Vorkämpfer der attischen Bourgeoisie?, in: ebenda, S. 96f.
- 42 VI. Internationaler Historikerkongreß Oslo 1928. Mitgliederliste, S. 30.
- 43 Tarle war tatsächlich erkrankt (Vgl. den Brief Tarles an Pokrovskij vom 6. Oktober 1928, in: HA IG RADW, f. 5, op. 4, ed. chr. 286, Bl. 1).
- 44 Pokrovskij an Krestinskij (nach 20. Juni 1928), in: RCChDNI, f. 147, op. I, d. 39, Bl. 56.
- 45 N. Manceva (Sekretärin des Staatlichen Gelehrtenrates) an Pokrovskij am 27. Juli 1928, in: HA IG RADW, f. 5, op. 4, ed. chr. 250, Bl. 2.
- 46 Vgl. Behrendt, Das erste Auftreten (Anm. 29), S. 247.
- 47 M. Lhéritier, Le VIe Congrès International des Sciences historiques, in: Revue des études historiques. Paris 1928, S. 352.
- 48 Vgl. Pokrovskij, O poezdke v Oslo (Anm. 32), S. 231; E. Mindlin, Neobyknovennye sobesedniki. Kniga vospominanija, Moskau 1968, S. 343f., 349.
- 49 Vgl. Bulletin CISH, Bd. 2, Nr. 6 (1929), S. 31, 40, 118, 57.
- 50 Pokrovskij, O poezdke v Oslo (Anm. 32), S. 233.
- 51 Dubrovskij, Iz vospominanij (Anm. 30), Bl. 15.
- 52 M. N. Pokrovskij, Les origines de l'absolutisme russe au point de vue du matérialisme historique, in: Résumés (Anm. 41), S. 7f.
- 53 Minc, Marksisty (Anm. 40), S. 93.
- 54 Lhéritier, Le VIe Congrès International (Anm. 47), S. 352.
- 55 B. Bogajewsky, Die Götter der Töpferei des minoischen Kreta, in: Résumés (Anm. 41), S. 80f.
- 56 E. A. Kosminsky, English Village in the Thirteenth Century, in: ebenda, S. 270f.
- 57 N. A. Dubrovsky, Die Bauernbewegung in Rußland im 20. Jahrhundert, in: ebenda, S. 144.
- 58 V. P. Volgin, Sozialismus und Egalitarismus in der Geschichte der Sozialtheorien, in: ebenda, S. 289f. Der volle Wortlaut des Vortrages in: Unter dem Banner des Marxismus (1929), H. 1, S. 78-91.
- 59 P. F. Preobražensky, The realistic features in early religious belief, in: Résumés (Anm. 41), S. 183f.
- 60 V. Jurinetz, Hauptströmungen in der zeitgenössischen ukrainischen Literatur, in: ebenda, S. 311-314.
- 61 M. Jaworsky, Westeuropäische Einflüsse auf die Ideenformung der sozialen Bewegung in der Ukraine im zweiten und dritten Viertel des 19. Jahrhunderts, in: ebenda, S. 290f.; ders., Lex Josephoviciana, in: ebenda, S. 296.
- 62 Jurinetz, Hauptströmungen (Anm. 60), S. 314.
- 63 V. V. Adoratsky, Zentralarchiv RSFSR, in: Résumés (Anm. 41), S. 19f.

- 64 Brief Adoratskij's an seine Frau aus Oslo am 16. August 1928, in: RCChIDNI, f. 559, op. 1, d. 140, Bl. 36. Im Durchschnitt waren 15 bis 20 Zuhörer bei den Sektions-sitzungen anwesend.
- 65 Vgl. Bulletin CISH, Bd. 2, Nr. 6 (1929), S. 39; Minc, Marksisty (Anm. 40), S. 95; V. Adoratskij, Archivnoe delo na VI kongresse istorikov, in: Istorik-marksist (1928), H. 9, S. 97-100; A. Friis, Nordiske Undersøgelser af de russiske Statsarkiver, in: Historisk Tidsskrift Kopenhagen, 9. Reihe, Bd. 6 (1928/29), S. 292; Doklad V. V. Adoratskogo na VI međunarodnom kongresse istorikov v Oslo, in: Archivnoe delo (1928), H. 3, S. 60-62.
- 66 Adoratskij, Archivnoe delo (Anm. 65), S. 100.
- 67 Vgl. Bulletin CISH, Bd. 2, Nr. 8 (1930), S. 331.
- 68 Vgl. ebenda, Bd. 2, Nr. 6 (1929), S. 74; Dubrovskij, Iz vospominanij (Anm. 30), Bl. 12.
- 69 Vgl. Minc, Marksisty (Anm. 40), S. 91.
- 70 Vgl. zum folgenden: Pokrovskij, O poezdke v Oslo (Anm. 32), S. 233f.; Minc, Marksisty (Anm. 40), S. 91f.; Mindlin, Neobyknovennye sobesedniki (Anm. 48), S. 343, 349.
- 71 Vgl. V. S. Bračev, „Delo“ akademika S. F. Platonova, in: Voprosy istorii (1989), H. 5, S. 117-129.
- 72 Vgl. Minc, Marksisty (Anm. 40), S. 92.
- 73 Vgl. F. L. Ganshof, Le Congrès historique international d'Oslo, in: Revue Belge de Philologie et d'histoire 7 (1928), S. 1685-1692; W. Goetz, Der internationale Historikerkongreß in Oslo, in: Frankfurter Zeitung, Nr. 653, vom 1. September 1928; W. Mommsen, Die Historiker tagen, in: Vossische Zeitung, Nr. 208, vom 31. August 1928; J. Paul, Der sechste Internationale Historikertag, in: Historische Vierteljahresschrift 32 (N.F. 24) 1929, S. 674f.; A. Linvald, Der sechste internationale Historikerkongreß in Oslo 14.-18. August 1928, in: Historisk Tidsskrift, Kopenhagen (1928/29), 9. Folge, Bd. 6, S. 264-272; O. Martin, Le congrès historique d'Oslo, in: Revue historique de droit français et étranger, Paris 1928, 7. Jg., 4. Serie, S. 441-460; H. Berr, Quelques réflexions sur le VIe congrès international des sciences historiques, in: Revue de synthèse historique, Bd. 46 (N.S. 20), Paris 1928, S. 5-14; C. Hallendorf, Den sjätte internationella historikerkongressen i Oslo augusti 1928, in: Historisk Tidsskrift, Bd. 48, Stockholm 1928, S. 361-365.
- 74 Minc, Marksisty (Anm. 40), S. 95.
- 75 Adoratskij an seine Frau am 16. August 1928, in: RCChIDNI, f. 559, op. 1, d. 140, Bl. 37.
- 76 Minc, Marksisty (Anm. 40), S. 33, Bulletin CISH, Bd. 2, Nr. 6 (1929), S. 56.
- 77 Siehe dazu L.-D. Behrendt, Die Mitarbeit sowjetischer Historiker im Comité International des Sciences Historiques von 1928 bis Mitte der dreißiger Jahre, in: Forschungen zur Geschichte und internationalen Wirksamkeit der sowjetischen Historiographie, hrsg. v. E. Donnert u. A. Anderle (Wiss. Beiträge der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1984/31, C 30), Halle 1984, S. 173-183, 192.
- 78 Vgl. Pokrovskij, O poezdke v Oslo (Anm. 32); ders., Razvitie sovremennoj istoričeskoj nauki i zadači istorikov-marksistov, in: ders., Izbrannye proizvedenija, Bd. 4, Moskau 1967, S. 426-439; ders., Očerednye zadači istorikov-marksistov, in:

- Istoričeskaja nauka i bor'ba klassov. Istoriografičeskie očerki, kritičeskie stat'i i zametki, vypusk 2, Moskau-Leningrad 1933, S. 363ff.; ders., Klassovaja bor'ba i „ideologičeskij front“, in: ebenda, S. 325ff.; ders., Rede bei der Feier seines 60. Geburtstagstages, in: Na boevom postu marksizma. Stenogramma toržestvennogo zasedanija posvjaščennogo 60-letiju so dnja roždenija i 35-letiju naučnoj dejatel'nosti M. N. Pokrovskogo, Moskau 1929, S. 32ff. (deutsch gekürzt in: Jahrbücher für Geschichte und Kultur der Slawen, N.F. 6 [1930], S. 192ff.). Vgl. Einladung an V. D. Bonč-Bruėvič zu einem Vortrag von Lukin in der Gesellschaft der marxistischen Historiker (RGB OR, f. 369, kart. 310, ed. 47, Bl. 34).
- 79 Pokrovskij, O poezdke v Oslo (Anm. 32), S. 236.
- 80 Istorik-marksist (1929), H. 11, S. 230.
- 81 Pokrovskij, Razvitie sovremennoj istoričeskoj nauki (Anm. 78), S. 6.
- 82 H. Reincke-Bloch, Der VI. Internationale Historikerkongreß in Oslo (14.-18. August 1928), in: Historische Zeitschrift, 139 (1929), S. 319.
- 83 Pokrovskij, Razvitie sovremennoj istoričeskoj nauki (Anm. 78), S. 6.
- 84 Briefe Adoratskij's an seine Frau aus Oslo vom 16. und 20. August 1928, in: RCChIDNI, f. 559, op. I, n. 140, Bl. 36-40.
- 85 Vgl. Minc, Marksisty (Anm. 40), S. 94; Brief Pokrovskij's an Lhéritier am 20. August 1928, in: HA IG RADW, f. 5, op. 4, ed. chr. 59, Bl. 1f.
- 86 Pokrovskij am 27. März 1930 an das Sekretariat des ZK der KPdSU(B), in: RCChIDNI, f. 147, op. I, d. 39, Bl. 47.
- 87 Pokrovskij, O poezdke v Oslo (Anm. 32), S. 232.
- 88 Ebenda, S. 236.
- 89 Pokrovskij, Razvitie sovremennoj istoričeskoj nauki (Anm. 78), S. 14.
- 90 Vgl. Minc, Marksisty (Anm. 40), S. 94.
- 91 Pokrovskij, O poezdke v Oslo (Anm. 32), S. 237.
- 92 Ebenda, S. 236.
- 93 Pokrovskij, Klassovaja bor'ba i „ideologičeskij front“ (Anm. 78), S. 329; ders., Očerednye zadači istorikov-marksistov (Anm. 78), S. 365; Minc, Marksisty (Anm. 40), S. 95.
- 94 Vgl. Behrendt, Die Mitarbeit sowjetischer Historiker (Anm. 77), S. 177ff.
- 95 Pokrovskij, Očerednye zadači istorikov-marksistov (Anm. 78), S. 366.
- 96 Vgl. A. Lunatcharsky, La méthode du matérialisme dialectique dans l'histoire de la littérature, in: Bulletin CISH, Bd. 5, Nr. 19 (1933), S. 389-403. Das vorläufige Kongreßprogramm enthielt für Sektion IX (Geschichte der Ideen und der Philosophie) einen weiteren Vortrag von Lunačarskij zum Thema „Les courants mystiques aux époques des crises sociales (VIIe Congrès International des sciences historiques. Programme Provisoire des travaux du congrès, Warschau 1933, S. 23).
- 97 A. Adoratskij, K. Popov, Prager, Le problème du développement noncapitaliste des pays retardataires; N. Lukin, C. Friedland, V. Volgin, G. Zajdel, A. Pankratova, A. Chestakov, S. Dubrovsky, Les mouvements sociaux du XIXe et du XXe siècles; Varga, Rotstein, Voitinskij, Le problème des revolutions nationales et coloniales; A. Oudaltsov, C. Friedland, S. Krivtov, A. Maximovski, La méthodologie de l'histoire; Pokrovskij, Tomsinski, V. Serbenta, F. Makharadse, N. Popov, L. Mamet, P. Gorin, Takho-Godi, Le problème de l'histoire des nationalités en

- l'URSS (vgl. 2. Rundschreiben zum Warschauer Kongreß, in: HA IG RAdW, f. 5, op. 7, ed. chr. 34, S. 13-15).
- 98 N. I. Bucharin, Zur Frage über die heutige Methodologie der Geschichtserkenntnis, in: VIIe Congrès International des Sciences Historiques. Résumés des Communications présentées au Congrès de Varsovie 1933, Bd. 2, Warszawa 1933, S. 165f.; S. M. Dubrowski, Die Bauernbewegung in der Revolution der Jahre 1905 bis 1907, in: Bulletin CISH, Bd. 5, Nr. 20 (1933), S. 670-684; A. Jerussalimskij, La politique de la Russie des tzars dans les Balcons vers la fin du XIXe et au commencement du XXe siècle, in: Résumés, Bd. 2, S. 243f.; S. Oldenbourg, Les études orientales dans l'URSS, in: ebenda, S. 499f.; S. G. Tomsinskij, Die nationale und koloniale Politik des Zarismus im Zeitalter des Imperialismus, in: Bulletin CISH, Bd. 5, Nr. 20, S. 570-587; G. Zaidel, Bakounine et Marx à l'époque de la Révolution de 1848, in: ebenda, S. 645-655. Das vorläufige Kongreßprogramm zählte auch noch F. M. Gubkin mit „Les découvertes géologiques en U.R.S.S. depuis 15 ans“ in der Sektion Wissenschaftsgeschichte und N. N. Vanag mit „La méthode dans l'étude de l'histoire des peuples dits arriérés“) als Redner auf (Programm provisoire, S. 26, 29).
- 99 Vgl. N. M. Lukin, VII meždunarodnyj istoričeskij kongress v Wařšave (Doklad, pročitannyj v Institute istorii Komm. akademii 14. September 1933), in: Istorik-marksist (1933), H. 5, S. 126.
- 100 Vgl. A. Pankratova, Sed'moj meždunarodnyj kongress istoričeskich nauk v Wařšave, in: Bor'ba klassov (1933), H. 10, S. 8.
- 101 K.-D. Erdmann, 50 Jahre „Comité International des Sciences Historiques“. Erfahrungen und Perspektiven, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 27 (1976), H. 9, S. 532.
- 102 N. S. Deržavin, Les Slaves et Byzance du VIe siècle (Sur la méthode dans l'étude de l'histoire des peuples des Balcons), in: Résumés, Bd. 1, S. 87; ders., K voprosu o slavjanskoj kolonizacii Balkanskogo poluoostrova, in: Bor'ba klassov (1933), H. 10, S. 38-43.
- 103 Vgl. Bulletin CISH, Bd. 7, Nr. 26 (1935), S. 66.
- 104 V. P. Volguine, De Babeuf à Marx, in: Résumés, Bd. 2, S. 405f; V. P. Volgin, Ot Babefa k Marksu, in: Bor'ba klassov (1933), H. 10, S. 44-48.
- 105 N. Loukin, L'Internationale et la Commune de Paris (D'après des documents inédits), in: Bulletin CISH, Bd. 5, Nr. 20 (1933), S. 656-669; N. Lukin, I-j Internacionacional i Parižskaja Kommuna (po neopublikovannyh dokumentam), in: Bor'ba klassov (1933), H. 10, S. 63-69.
- 106 Bulletin CISH, Bd. 8, Nr. 33 (1936), S. 569.
- 107 P. F. Preobraženskij, La guerre russo-japonaise et son influence sur la formation de l'entente, in: Résumés, Bd. 1, S. 226-228; ders., Russko-japonskaja vojna i obrazovanie Antanty, in: Bor'ba klassov (1933), H. 10, S. 58-62.
- 108 P. O. Gorin, La politique coloniale de l'autocratie russe en Pologne dans la deuxième moitié du XIXe siècle et au commencement du XXe siècle, in: Résumés, Bd. 2, S. 272-274; ders., Nacional'naja politika carizma v Pol'se v XX veke, in: Bor'ba klassov (1933), H. 10, S. 58-62.

- 109 Vgl. Dokumenty i materialy do istorii stosunków polsko-radzieckich, Bd. 6, Warschau 1967, S. 78f.
- 110 A. M. Pankratova, Die Geschichte der Betriebe in der UdSSR, in: Bulletin CISH, Bd. 5, Nr. 18 (1933), S. 153-170; dies., „Istorija zavodov SSR“ (Vstupitel'noe slovo k dokladu), Zadači i metody istoričeskogo issledovanija v dele sozdanija „Istorii zavodov SSSR“, in: Bor'ba klassov (1933), H. 10, S. 70-86.
- 111 Zitiert nach: L. V. Badja, Sovetskie istoriki na meždunarodnych kongressach istorikov (20-e – 50-e gody), in: Istorija SSSR (1974), H. 3, S. 66.
- 112 Vgl. Bulletin CISH, Bd. 8, Nr. 32 (1936), S. 451f.
- 113 Pankratova, Die Geschichte der Betriebe (Anm. 110), S. 154.
- 114 M. Lhéritier, Etude comparée pour l'histoire du XIXe siècle et plus spécialement pour l'histoire des années 1815–1830 de quelques manuels d'enseignement supérieur parus dans différents pays, in: Résumés, Bd. 2, S. 187-190.
- 115 Bulletin CISH, Bd. 8, Nr. 33 (1936), S. 511.
- 116 W. Keilhau, Historischer Materialismus oder historische Synthese, in: Résumés, Bd. 2, S. 166.
- 117 H. Berr, Synthese, in: ebenda, S. 178.
- 118 Volgin in der Diskussion, in: Bulletin CISH, Bd. 8, Nr. 33 (1936), S. 496.
- 119 Ebenda, S. 494f. Vgl. K.-D. Erdmann, Zur Geschichte der Internationalen Historikerkongresse. Ein Werkstattbericht, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (1985), H. 8, S. 552.
- 120 F. M. Fling, Historical Synthesis, in: Résumés, Bd. 2, S. 168-170.
- 121 Bulletin CISH, Bd. 8, Nr. 33 (1936), S. 497.
- 122 Ebenda, S. 497-499.
- 123 E. Brandenburg, Begriff und Geschichte des Imperialismus, in: Résumés, Bd. 1, S. 225.
- 124 Bulletin CISH, Bd. 8, Nr. 32 (1936), S. 413. Vgl. Lukin, VII meždunarodnyj istoričeskij kongress (Anm. 99), S. 127.
- 125 Ebenda, S. 128.
- 126 J. Bidlo, Was ist die osteuropäische Geschichte?, in: Résumés, Bd. 2, S. 197-207.
- 127 Bulletin CISH, Bd. 8, Nr. 33 (1936), S. 528.
- 128 Vgl. I. A. Želenina, Iz istorii meždunarodnych kongressov istoričeskich nauk, in: Voprosy istorii (1954), H. 9, S. 184.
- 129 Vgl. Badja, Sovetskie istoriki na meždunarodnych kongressach (Anm. 111), S. 67.
- 130 Vgl. A. Pankratova, Sed'moj meždunarodnyj kongress istoričeskich nauk v Varšave, in: Bor'ba klassov (1933), H. 10, S. 16.
- 131 Dokumenty i materialy do istorii stosunków polsko-radzieckich (Anm. 109), S. 85f.
- 132 Lukin, VII meždunarodnyj istoričeskij kongress (Anm. 99), S. 129; zum Inhalt der Ausstellung vgl. T. Rajnov, Vystavka sovetskoj knigi na kongresse, in: Bor'ba klassov (1933), H. 10, S. 91.
- 133 Vgl. N. M. Lukin, VIII plenum Meždunarodnogo komiteta istoričeskich nauk v Pariže (21.-23. März 1934), in: Istorik-marksist (1934), H. 3, S. 93.
- 134 Vgl. F. M. Fling, Seventh International Congress of Historical Sciences, Warsaw, August 21.-28. 1933, in: American Historical Review, Bd. 39 (1933) 1, S. 273.

- 135 Bericht der deutschen Gesandtschaft in Warschau vom 30. August 1933, in: ZStA Merseburg, Rep. 76 Vc, Sekt. 1, Titel XI, Teil VI, Nr. 13, Bd. 3, Bl. 96.
- 136 Bor'ba klassov (1933), H. 10. Neben den bereits zitierten Artikeln enthielt das Heft folgende Beiträge: P. Preobraženskij, Istorija meždunarodnych otnočenij na Varšavskom kongresse (S. 17-28); V. Volgin, Metodologičeskaja diskussija na Varšavskom kongresse (S. 24-26); Č. Jasinskij, „Pol'skaja istoriografija XIX i XX stoletija“ v osveščennii pol'skich buržuaznych istorikov (S. 27-32); V. Dombrovskij, Archivy Pol'ši i ich značenie dlja istorikov SSR (S. 33-37); Chronika rabot kongressa (S. 87-89). Vgl. außerdem A. Pankratova, Sovetskaja delegacija i pol'skaja obščestvennost', in: Istorik-marksist (1933), H. 5, S. 130-136; V. P. Volgin, Meždunarodnyj kongress istorikov v Varšave, in: Istoričeskij sbornik (Trudy istoričeskoj komissii Akademii nauk SSSR), Leningrad 1934, S. 5-34; N. S. Deržavin, Buržuaznaja istoričeskaja nauka na kongresse, in: Bor'ba klassov (1933), H. 12, S. 81-87.
- 137 Pankratova, Sovetskaja delegacija (Anm. 136), S. 132.
- 138 Vgl. Lukin, VII meždunarodnyj istoričeskij kongress (Anm. 99).
- 139 Vgl. Notiz der Deutschen Botschaft in Moskau vom 26. September 1923, in: ZStA Potsdam, Deutsche Botschaft Moskau, Nr. 405, Bl. 165.
- 140 Vgl. Izvestija vom 27. April 1936; N. Lukin, Plenum Meždunarodnogo istoričeskogo komiteta v Buchareste, in: Istorik-marksist (1936), H. 3, S. 76-84; V. P. Volgin, Sessija meždunarodnogo istoričeskogo komiteta, in: Vestnik Akademii nauk (1936), H. 6, S. 34 f.
- 141 VIII Meždunarodnyj kongress istoričeskich nauk, in: Istorik-marksist (1937), H. 1, S. 190-194. Deutsche Fassung des Rundschreibens in: Universitätsarchiv Leipzig, Phil. Fak. E 51, Bl. 193ff.
- 142 Vgl. A. N. Artizov, Sud'ba istorikov školy M. N. Pokrovskogo (seredina 30-ch godov), in: Voprosy istorii (1994), H. 7, S. 34-48.
- 143 Za dal'nejšee ukreplenie naučnych svjazej meždju istorikami vsech stran, in: ebenda (1955), H. 8, S. 9.
- 144 Desjatyj meždunarodnyj kongress istorikov v Rime. Sentjabr' 1955. Doklady sovetskoj delegacii, Moskau 1956, S. 409ff.

---

**Edoardo Tortarolo**

## **Die Zusammenkünfte italienischer Historiker zwischen 1879 und 1895**

Die Zeit der nationalen Kongresse italienischer Historiker von 1879 bis 1895, die mit der Ausrichtung des Internationalen Historikerkongresses in Rom 1903 gleichsam einen abschließenden Höhepunkt erlebte, war einerseits von politisch-institutionellen Problemen und andererseits von starken ideologischen Spannungen bestimmt. Ebenso spürbar, wie diese Momente die Planung und Durchführung der Kongresse prägten, übten sie auch Einfluß auf die Repräsentanten der historischen Forschung und Lehre im Lande aus.

Insbesondere das politisch-institutionelle Problem der Monarchie, die im Zuge der Herstellung der nationalen Einheit seit September 1870 in Rom an die Spitze des Staates getreten war, wirkte für einen großen Teil der Bevölkerung traumatisch: denn der Prozeß der nationalen Einigung zog in den siebenziger und achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts folgerichtig auch ein starkes Bedürfnis nach ideologischer Fundamentierung dieses neuen Staates nach sich. Die faktische Wahrnehmung einer nationalen Mission der Monarchie lenkte auch die historische Forschung in Richtung deren Begründung, also auf eine Betonung einer nationalen Komponente gegenüber starken regionalen und lokalen Traditionen, die bis hierhin die Historiographie geprägt hatten. Werner Kaegis Beobachtung vom Zusammenhang zwischen Staat und Forschung und den Einfluß des Staates auf sie<sup>1</sup> gewinnt für Italien eine spezifische Bedeutung angesichts der vielen Probleme und Unwägbarkeiten, mit denen der Einigungsprozeß befaßt war. Und die intellektuelle Elite, die sich mit diesen Problemen befaßte, ging dabei von ganz unterschiedlichen Voraussetzungen aus.

Diese Ungleichheiten im Herangehen gingen einher mit Rückständen im Prozeß der Professionalisierung der Geschichtswissenschaft sowie mit Schwächen und Mängeln der historischen Ausbildung an Italiens Universitäten. Für die Hälfte der etwa 800 literarischen Fakultäten italienischer Universitäten in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts kann gelten, daß Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Geschichte überhaupt keinen Platz fanden, andere Universitäten – beispielsweise Pavia oder Padua – direkt unter habsburgischem Einfluß standen.

In Turin war die erste Bildungsreform an der literarischen Fakultät 1846 an die Person Ercole Ricottis gebunden. In den folgenden Jahren verzeichnete der Prozeß der Professionalisierung und Spezialisierung der geschichtli-

chen Forschung keine wesentlichen Fortschritte, und so waren die Universitäten auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht die Zentren, in denen sich die Historie entfaltete.

Die eigentliche historiographische Aktivität leisteten Geschichtsvereine und vaterländische Gesellschaften, und dies insbesondere im Zusammenwirken mit staatlichen Archiven. Etwa ging der erste Geschichtsverein Turins 1833 auf Carlo Alberto zurück; und seine Aktivität war gekennzeichnet durch die starke Betonung einer nationalen Mission des Hauses Savoyen. In den Jahren nach der Errichtung der Monarchie nahmen sich zahlreiche Vereine und lokale Gesellschaften nun der Aufgabe an, regionale und städtische Identität historisch zu untermauern. Dabei waren die Vereine zumeist staatlich finanziert, während die Gesellschaften normalerweise unabhängig vom Staat agierten. Die Forschungsaktivität dieser Vereine und Gesellschaften schlug sich vor allem in der Edition von im Stil des 17. und 18. Jahrhunderts erschlossenen Dokumenten nieder; in einer Tradition also, als deren prominentester Vertreter Lodovico Antonio Muratori gelten kann. Als Vorbild fungierten daneben zweifellos zeitgenössische große Dokumentenpublikationen wie etwa die *Monumenta Germaniae Historica*.

Freilich waren die italienischen Ergebnisse diesen Vorbildern bei weitem nicht ebenbürtig; denn die in diesen Vereinen und Gesellschaften tätigen Personen waren in ihrer überwiegenden Mehrheit Vertreter des Adels oder der städtischen Bürokratie und ließen sich in ihrer Arbeit stark von patriotischen Empfindungen inspirieren.

Das läßt sich auch am Beispiel des Turiner Königlichen Vereins für Vaterländische Geschichte mit seinen Historikern und Gelehrten und ihrem absoluten Vertrauen in den sabaudischen Hof beobachten, der in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts den interessanten Versuch unternahm, alle lokalen Geschichtsvereine zusammenzufassen und ihnen in Forschung und Methodologie eine Interpretation der Geschichte in sabaudisch-piemontesischer Sicht anzuzwingen.

Politische Probleme im engeren Sinne und Fragen der kulturellen und professionellen Identität der Historiker schlugen sich auch in den jährlichen ausgerichteten nationalen Kongressen italienischer Wissenschaftler in der Mitte des vorigen Jahrhunderts nieder.<sup>2</sup> Die Veranstalter waren sich damals dieser Probleme im Angesicht eines vor 1848 noch nicht geeinten Landes völlig bewußt.

Der erste Kongreß fand 1839 in Pisa statt, der neunte und in dieser Serie zugleich letzte 1847 in Venedig. Die Teilnehmerzahl war stets beachtlich, so wurden zuletzt immerhin 1700 Anwesende gezählt. Wiewohl thematisch primär den Naturwissenschaften zuzuordnen, griffen diese Zusammenkünfte auch das Problem der Humanwissenschaften auf: Die geographische und

archäologische Sektion des Kongresses in Venedig beschloß beispielsweise der Polyhistor Cesare Cantù. Mehr als alles andere waren diese Zusammenkünfte Treffpunkte von Italiens *scientific community* und atmeten so zunehmend auch eine politische Note.<sup>3</sup>

Anknüpfend an genau diese Erinnerung planten die Organisatoren den ersten italienischen Historikerkongreß – im Mai 1878 versandte die Gesellschaft für Vaterländische Geschichte in Neapel einen Brief an alle Vereine und Gesellschaften des Landes, um zu einer Zusammenkunft aller Historiker im folgenden Jahr in ihre Stadt einzuladen.

Im Zusammenhang mit diesem Brief sind drei Gesichtspunkte von Interesse. Zunächst stammte die Einladung von einem Verein, der vergleichsweise besonders stark in lokalen Wurzeln und Traditionen verankert war und der gerade angesichts dieser wirkungsmächtigen Faktoren – etwa im Vergleich zu Piemont – bei seiner Integration im neuen Königreich mit Problemen konfrontiert war. Die zweite Besonderheit dieses Briefes ist seine Anregung zur Schaffung eines „gemeinsamen Zentrums“ als der ordnenden Kraft zwischen den lokalen Gesellschaften und Vereinen, d.h. der hier entwickelte Gedanke einer gemeinsamen Richtung, in die künftighin alle Arbeiten zur Geschichte Italiens gelenkt werden sollten. Und drittens ist ein organisatorisches Moment hervorhebenswert: Gedacht war an eine Zusammenkunft, in der die Abgesandten von Vereinen und Gesellschaften Stimmrecht haben sollten, während einzelne Historiker ohne die Möglichkeit einer Stimmabgabe beteiligt sein würden.

Diese Struktur hat man bis zum letzten, 1895 in Rom stattfindenden Kongreß beibehalten. Aus diesem Blickwinkel gewann die Mitwirkung oder der Verzicht von Vereinen und Gesellschaften für diese Initiative ausschlaggebende Bedeutung, und nicht die Resonanz von Einzelpersonen auf die Einladung. Nicht zufällig hat beispielsweise der Königliche Geschichtliche Verein Turins diesen Brief formal positiv aufgenommen, doch mit seiner Entscheidung, keine Vertreter nach Neapel zu schicken, diese Zustimmung faktisch widerrufen und so den Kongreß seiner nationalen Legitimität beraubt.

Die jüngere Historiographie hatte ihr Interesse vor allem auf die Organisation dieses Kongresses gerichtet, insbesondere auf seine Bemühungen um eine Verbesserung des Einvernehmens und der Kommunikation zwischen den historischen Gesellschaften und Vereinen auf dem Gebiet des Austausches von wissenschaftlichen Informationen und der Maßstäbe der Edition archivalischer Quellen. Tatsächlich allerdings wogen die ideologischen Unterschiede und differierende methodische Ansichten stärker, als daß sie durch organisatorische Schritte hätten eingeebnet werden können.

Während der Tage dieser Neapolitaner Zusammenkunft dominierte der Wille zu einer positivistischen Interpretation der nationalen Geschichte, mit-

hin also die Ansätze ihrer kritischen und auf Dokumente gestützten Verarbeitung.

Etwa warb der in Neapel arbeitende Historiker Salandra für die Notwendigkeit der Übertragung einer positivistischen Herangehensweise auf die Nationalgeschichte, um sich auf diesem Wege von einer an die großen Persönlichkeiten gebundenen Sicht der Nationalgeschichte zu befreien. Statt dessen wären „Rassen, Völker, Klassen, soziale Ordnungen“ mit dem Ziel zu untersuchen, die „Gesetze des Lebens der Völker“<sup>4</sup> aufzudecken. Die Anwendung der „positivistischen Methode“, gefordert in einem an Vico erinnernden Vokabular, sei der entscheidende Weg „um die Gewißheiten der menschlichen und sozialen Erscheinungen so klar zu erkennen wie Naturphänomene“, um Geschichte zu schreiben, die keine „Theologie oder Metaphysik“ sei, sondern eine Historiographie, deren erste und letzte Grundlage „die Wissenschaft von den Menschen und der Geschichte“ sei.<sup>5</sup>

Auch dieser entschiedene Befürworter einer positivistischen Geschichtsschreibung während des Neapolitaner Kongresses verkannte, welcher Widerspruch sich zwischen der Forderung nach solcher Historiographie und den politischen Konsequenzen des Einigungsprozesses mit der starken Belebung des Nationalstolzes auftrat, obgleich er sich der Bedeutung der Erneuerung der Geschichte in einem positivistischen Sinne bewußt war. Denn er nahm das schon von E. Garin herrührende Thema auf, die positivistische Historiographie als Ausdruck des Willens Italiens zu einer laizistischen Erneuerung und zur Erringung der Nationalstaatlichkeit in dessen Kultur zu verankern: also die italienische Kultur, gestützt auf Hegel und Vico, an die spezifisch positivistischen politisch-kulturellen Bedingungen Europas der siebziger und achtziger Jahre anzupassen.<sup>6</sup> Unter den positivistischen Historikern, die während des Kongresses in Neapel sprachen, war insgesamt der Wille erkennbar, „mit ihren Studien ihrer Heimat ... eine starke Kraft wiederzugeben.“<sup>7</sup>

Dabei war das Gefühl der Unterlegenheit, etwa im Vergleich mit der deutschen Historiographie, immer stark. Von Neapel wie auch im Verlauf der folgenden Zusammenkünfte gingen die Erneuerungsvorschläge vor allem in zweierlei Richtung aus. Zum einen wurde eine Wiederaufnahme und Verstärkung der Tradition aus den Arbeiten Muratoris in den historischen Gesellschaften und Vereinen angeregt. Zum zweiten, und namentlich unterstützt von dem damals bedeutendsten italienischen Historiker Pasquale Villari, ging von hier die Forderung aus, die universitären Einrichtungen zu Orten der Ausbildung professioneller Historiker, geschult in der Quellenkritik und geübt in Formen kreativer Forschung, zu qualifizieren.<sup>8</sup>

Nach dem zweiten, 1880 in Mailand abgehaltenen Kongreß, gewannen allerdings die die Wissenschaft betreffenden Besorgnisse und Probleme der technischen Arbeitsorganisation die Oberhand.

Das läßt sich bereits an der dritten, in Turin stattgefundenen Zusammenkunft zeigen. Denn hier bestimmten Fragen der historischen Studien und Probleme der technischen Organisation den Kongreß. Vor allem ein Moment prägte ihn stark – der Kongreß war für den August 1884 als ein Element der Nationalausstellung konzipiert, die die Aufgabe hatte, Italiens große Erfolge zu demonstrieren: eine Exposition zur Erinnerung an das Risorgimento in fünf großen Pavillons, nicht zuletzt gefüllt mit Kostbarkeiten und Denkmälern des „Befreiungskrieges“. Gedacht als neuer Mythos der italienischen Staatsgründung präsentierte diese Ausstellung auch die Errungenschaften in Wissenschaft und Technik in einer Stadt, die mit vielen Mühen und Unsicherheiten die ersten Schritte auf dem Weg in das Industriezeitalter ging.

Freilich zeigte die Anlage der Ausstellung eine deutliche Unterscheidung von den konzeptionellen Vorstellungen des Historischen Vereins von Turin, der insgesamt eine auf die Dynastie der Sabauden gerichtete Sicht vertrat. Der Verein hat sich zwar an der Organisation des Historikertreffens beteiligt, war aber im wesentlichen von den Vorbereitungen des historischen Teils der Ausstellung ausgeschlossen.<sup>9</sup>

Daneben wurde 1884 mit Sitz in Turin die *Rivista Storica Italiana* gegründet.<sup>10</sup> Die Zeitschrift prägte von Beginn an ein auch programmatisch bekräftigter starker Wille zur kulturellen Innovation, der sich mit jenem Modell von Geschichtsschreibung verflocht, das die Vereine insbesondere während der ersten historischen Kongresse vorgeschlagen hatten. Mit Ausnahme von Pasquale Villari, der zu den Verantwortlichen der *Rivista Storica Italiana* zählte, zugleich aber auch in historischen Gesellschaften sowie politischen Ämtern wirkte (beispielsweise war er Senator und Minister für das Unterrichtswesen) blieben der Direktor und die Redakteure – etwa Rinaudi, De Leva oder Fabretti – der *Rivista Storica Italiana* den Historikerkongressen fern. Das Vorhaben der *Rivista Storica Italiana* war, „periodisch jene Arbeiten zu sammeln und – sofern sie einen größeren Umfang aufwiesen – zusammenzufassen, die sich ica Lande, in Frankreich, Deutschland, England und andernorts mit italienischer Geschichte befaßten.“ Die Zielstellung bestand also im Kontakt, in der Vermittlung zwischen Italien und der europäischen Forschung, ohne sich in vergleichbarer Weise jener editorischen Arbeit zu widmen, die für die Vereine und Gesellschaften typisch war.

Das war eine logische Unterscheidung, denn die Vereine und Gesellschaften vermochten auch nicht, ihre umfangreichen Editionsaktivitäten im Rahmen des Landes zu koordinieren. Deshalb zielte die *Rivista Storica Italiana* programmatisch auf „die Synthese zwischen den historischen Arbeiten in der Welt und jener in Italien.“ Eine Lektüre der ersten Bände der *Rivista* bestätigt die Ernsthaftigkeit dieser Bemühungen um eine Integration im Geiste des Positivismus, sie belegt das Ringen um einen ständigen Vergleich mit den

anderen historischen Kulturen des Kontinents. Auch ein deutlicher Fortschritt von einer reinen Textpräsentation hin zu dessen Interpretation im Lichte aktueller Diskussionen ist zu bemerken.

Ein dritter hier zu erwähnender Gesichtspunkt ist die Gründung des *Istituto Storico Italiano*, die auf ein Dekret vom November 1883 zurückgeht. Zu dessen Charakteristik gehört, daß es sich hier nicht um eine Institution gehandelt hat, die sich neuen Aufgaben verschrieben hätte, sondern daß damit vor allem ein Forum zur Koordination der Aktivitäten der vielen historischen Vereine angestrebt wurde. Charakteristisch ist die Aussage in Punkt 1 der Präambel, wonach es Institutsaufgabe sei, „den Publikationen zur Nationalgeschichte eine Ordnung zu geben und jene Arbeiten voranzutreiben, die von generellem Interesse sind und die Möglichkeiten der einzelnen Vereine und Gesellschaften übersteigen.“<sup>11</sup> Mit diesem Institut war also eine höhere Instanz als die einzelnen Zusammenschlüsse gewonnen, die Italien etwa um das damalige deutsche Niveau heranführen sollten: eine Zielstellung, deren Erfüllung, wie schon der Mediävist Merkel in jenen Jahren bemerkte, angesichts zweier so unterschiedlicher Kulturen sehr unwahrscheinlich sein würde.<sup>12</sup>

Diese drei Momente sind im Blick auf die Turiner Zusammenkunft hervorhebenswert. Der besondere Charakter des eigentlichen Kongresses wurde noch dadurch verstärkt, daß der Turiner Historische Verein auf besondere Weise einen Anspruch auf die Führung in der Geschichtsschreibung des ganzen Landes zum Ausdruck brachte. Stets war er auf die Demonstration bedacht, daß die sabaudische politisch-militärisch-intellektuelle Elite auf dem Weg in die nationalstaatliche Einheit vorangegangen sei.

Schon längere Zeit zuvor war der Turiner Verein tatsächlich mit einigem Erfolg um die Bündelung historischer Aktivitäten bemüht gewesen – so etwa nach dem zweiten Unabhängigkeitskrieg bei der Heranziehung der Vereine Mailands und Genuas; dagegen mißlang, auch Florenz zu dominieren.<sup>13</sup> Dieses Bewußtsein der Exklusivität veranlaßte den Turiner Historischen Verein wohl auch, den vorherigen Beratungen in Neapel fernzubleiben, wo man eine Bedrohung dieser herausgehobenen Rolle befürchtete; um so intensiver dagegen in der Vorbereitung und während der Zusammenkunft in Turin um die Bekräftigung dieser Rolle, um ihre Anerkennung durch die anderen Vereine und Gesellschaften bemüht zu sein. Folgerichtig hob der Kongreß denn auch den Ruhm und die Verdienste Turins und des Hauses Savoyen im Einigungsprozeß hervor.

Der Kongreßkoordinator, Baron Manno, ohne historische Kompetenz, aber dem Hof verpflichtet, ließ an die Teilnehmer eine gedruckte Geschichte des Historischen Vereins Turins in den letzten fünfzig Jahren verteilen – wie schon erwähnt erfolgte dessen Gründung 1833 durch Carlo Alberto –, die zugleich als Nummer 1 der neuen Reihe *Biblioteca Storica Italiana* firmierte:

eine Synthese der denkbar stärksten Identifizierung des sabaudischen Piemont mit dem geeinten Italien; und dies nicht versteckt, sondern ganz offen und von starker suggestiver Kraft.

Einen weiteren Unterschied zum Neapolitaner Kongreß mag man darin erblicken, daß dieser positivistischen Gedanken gegenüber offen gewesen war, während sich in Turin die Debatten ganz auf die Verhältnisse zwischen den Gesellschaften, ihre Konflikte untereinander und ihre Beziehungen zum *Istituto Storico Italiano* konzentrierten. Obgleich seitens dieses Instituts Bekundungen existierten, die Autonomie der Gesellschaften in keinem Falle in Frage stellen zu wollen, gab die Favorisierung der Lokalgeschichte „die sorgfältig forschend und dabei alle Zeiten berücksichtigend“ arbeiten solle, doch einen klaren Fingerzeig. Eine breit angelegte Diskussion hatte angesichts dieser Hervorhebung des Lokalen kaum eine Chance.<sup>14</sup> Folgerichtig wurde der Positivismus praktisch nicht berührt, das neue Element im Programm der *Rivista Storica Italiana* fand auch nicht die Aufmerksamkeit der Delegierten – indirekt wurde damit noch einmal die Feindseligkeit des Turiner Historischen Vereins gegenüber der neuen *Rivista* sichtbar.

Der Zusammenstoß während des Turiner Kongresses endete schließlich in einer faktischen Pattsituation: dem dortigen Verein gelang nicht, eine dominierende Stellung innerhalb der italienischen Historiographie einzunehmen. Die anwesenden Gesellschaften widersetzten sich einer Koordination der Editionen historischer Quellen durch das *Istituto Storico Italiano*, indem sie offiziell gegenüber diesen Bestrebungen Ignoranz demonstrierten. So war auch diese Zusammenkunft, dies als Resümee, nicht geeignet, theoretische Innovationen in der Geschichtsschreibung zu fördern.

Am aufschlußreichsten an den drei folgenden Kongressen, die anscheinend nach demselben Muster organisiert verliefen, sind die Rapporte jener Berichterstatter, die sich mit der historischen Kultur der europäischen Länder befaßten. Etwa gilt dies, um ein Beispiel zu nennen, für die Paläographie, die in Italien kaum über Experten verfügte und in Lehre und Fortbildung nur bescheidene Entwicklungen aufwies. Für sie war die französische *Ecole des Chartes* ein hohes und kaum erreichbares Vorbild.<sup>15</sup> Während des Kongresses in Genua, der sein Gepräge durch die zeitgleichen Würdigungen des 400. Jahrestages der Entdeckung Amerikas durch Christoph Kolumbus erhielt, wurde Klage geführt, daß nur wenige italienische Historiker bemüht seien, das Niveau von Fachkollegen anderer Länder zu erreichen und daß sowohl auf dem Gebiet der Methodik wie der Arbeitstechniken das Ausland klar überlegen sei.<sup>16</sup>

Ein interessanter Gedanke stammte vom Wissenschaftshistoriker und Kenner der Geschichte der Mathematik, Gino Loria. Es wäre zu bedenken,

ob man nicht in die allgemeine Geschichte jene der Ideen und der technischen Entwicklungen, die zumeist auf Desinteresse stießen, integrieren sollte.

Das Hauptthema aber war die schon bekannte Problematik: Allgültige Kriterien der Publikation von mittelalterlichen Dokumenten, daneben die Zusammenarbeit zwischen allen Vereinen und Gesellschaften mit dem Ziel der redaktionellen Bearbeitung einer topographischen Karte Italiens zur römischen Zeit und die redaktionelle Betreuung eines Gesamtkatalogs der Denkmäler und Kunstwerke des Königreichs sowie die Verbesserung der Archivverwaltung.

Auch im Zuge des sechsten Kongresses in Rom 1895 kam es nicht zu einer wirklich zeitgemäßen Themenerweiterung. Die überschwengliche Vorherrlichkeit des laizistischen Geistes, ein weder abergläubisches noch unterdrücktes Christentum, das den Feiern des 25. Jahrestages des 20. September 1870 (dem faktischen Abschluß des Einigungsprozesses Italiens) das Gepräge gab oder der Patriotismus und die dynastische Begeisterung, die hiermit einhergingen – all dies waren Symptome einer sichtbar veränderten Zeit gegenüber jenen Jahren, da die Kongresse begonnen hatten. Doch sie vermochten auch jetzt nicht, der Versammlung der Historiker ihren Stempel aufzudrücken.

Der siebente Historikerkongreß, in Rom für Palermo 1898 beschlossen, fand nicht mehr statt. Das politische Klima zwischen 1895 und 1898 war bestimmt von einem schnellen Wachsen sozialer Spannungen und von politischen Erschütterungen. Es verwundert nicht, daß man unter diesen Vorzeichen auf seine Durchführung verzichtete: in italienischen Städten, darunter auch in Palermo und Mailand, wurden in jener Zeit schwere Auseinandersetzungen auch auf der Straße ausgetragen.

Ein Resümee all dessen könnte lauten: Die historischen Kongresse waren in einem Moment der kulturellen Einigung des neuen Königreiches geboren worden, in einem Abschnitt der Herausbildung einer kollektiven italienischen Identität: aber letztendlich zeigten sie sich außerstande, zu diesen Prozessen einen eigenen Beitrag zu leisten. Aufgrund dieser Insuffizienz verschwanden sie Ende des vorigen Jahrhunderts auch aus dem wissenschaftlichen Leben.

Die heftigen Dispute im Vorfeld, bei der Organisation und nicht zuletzt unter den italienischen Teilnehmern des dritten Internationalen Historikertreffens 1903 in Rom demonstrierten noch einmal, daß sich die italienische Historiographie wohl auf den Weg der Professionalisierung und der Schaffung stabiler Akademiestrukturen begeben hatte, aber in praktisch allen Fragen noch am Anfang stand, vergleichsweise zurückgeblieben war und in Begriffen und Konzepten operierte, die aus der Zeit des *Risorgimento* stammten.

Die Zusammenkünfte der Historiker brachten keine wirklichen Debatten um die Historiographie in Gang. Konzeptionell verharren sie auf dem Stand

von Treffen der Delegierten der historischen Vereine und Gesellschaften, repräsentierten aber nicht in irgendeiner Form Italien. Dringende intellektuelle Probleme wurden kaum berührt, sofern es sich nicht um Fragen der Organisation sowie Forschung und Publikation von Dokumenten aus vor allem provinzieller Perspektive handelte; und dies trotz des Wachstums von etwa zehn Historischen Gesellschaften im Jahre 1878 auf 47 im Jahre 1895. Diese Konzentration auf das Lokale konnte die Attraktivität der Kongresse nicht begünstigen.

Das Echo der Positivismus-Debatten während der ersten beiden Tagungen blieb schwach und verhallte schnell vollends. Die interessanten Diskussionen über den Historischen Materialismus, die von Antonio Labriola und später von den Schriften Benedetto Croce ausgingen und den neunziger Jahren in Italien das intellektuelle Gepräge mitverliehen, haben von den Kongressen keine Impulse empfangen.<sup>17</sup> Auch die sogenannte ökonomisch-juristische Historiographie, die zu Beginn dieses Jahrhunderts auf der Halbinsel eine bedeutende Rolle spielte, war in den Debatten während der Historikerversammlungen kaum existent. Vergleichsweise haben hier die Zeitschriften den Hauptteil der Diskussion über eine Reform der Ausbildung der Geschichte geleistet, dort wurden methodologische Fragen in der Forschung in innovativem Geist erörtert und der direkte Bezug zur Geschichtskultur der Gesellschaft hergestellt.

Es ist also daran zu erinnern, daß die Historikerkongresse Italiens, die übrigens 1967 wieder aufgenommen wurden,<sup>18</sup> weder damals noch später als Orte der „nationalen Repräsentanz“ oder der Orientierung in der Forschung das leisteten, was etwa die deutschen Historikertage oder die Jahreskongresse der *American Historical Association* so bedeutsam macht.

(Aus dem Italienischen von Gerald Diesener)

#### Anmerkungen

- 1 W. Kaegi, *Historische Meditationen*, Zürich 1942–1946, Bd. II, S. 45–80
- 2 Grundsätzlich dazu die Bibliographie: I. Cervelli, *Cultura e politica nella storiografia italiana ed europea tra Otto- e Novecento* (A. Proposito della nuova edizione di *Storici e maestri* di G. Volpe), Belfagor 23, 1968, S. 473–483, 596–616, insbes. 611–616); I. Porciani, *L'Archivio Storico Toscano*, Florenz 1979, S. 234–236; A. Baldan, *Dalla storiografia di tendenza all'erudizione „etica“: la „Rivista Storica Italiana“ di Costanzo Rinaudo (1884–1922)*; *Annali dell'ISIG in Trento*, 2 (1976), S. 348–353.
- 3 Siehe hierzu auch den Überblick: F. Bartocchini, S. Verdini, *Sui congressi degli scienziati*, Roma 1952.

- 4 Primo Congresso storico italiano. Atti, in: Archivio storico per le province napoletane, anno IV, fasc. IV, Neapel 1897, S. 670.
- 5 Ebenda, S. 673.
- 6 E. Garin, Metodo e concezione del mondo nel positivismo, in: Cultura e società in Italia nell'età umbertina. Problemi e ricerche, Milano 1981, S. 163-188.
- 7 Atti Napoli (Anm. 4), S. 683.
- 8 Siehe: L'insegnamento della storia (1868), in: P. Villari, Arte storia e filosofia, Firenze 1884.
- 9 Vgl. U. Levra, Fare gli italiani, Turin 1992, und I. Porciani, La festa della nazione, Bologna 1997.
- 10 Vgl. A. Baldan, la „Rivista Storica Italiana“ (Anm. 2), S. 337-397.
- 11 Vgl. Artikel I im Dekret zur Gründung vom 25. November 1883.
- 12 Hier zitiert nach: B. Croce, Storia della storiografia italiana nel secolo decimonono, II, 40. Zur Aktivität des Instituts siehe auch: L. C. Bollea, Pubblicazioni dell'Istituto storico italiano dal 1891 al 1903, in: Rivista Storica Italiana, 21 (1904), S. 125-150.
- 13 Siehe: I. Porciani, L'Archivio Storico Toscano (Anm. 2).
- 14 Atti del terzo congresso storico italiano 12-19 settembre 1885, in: Miscellanea di storia italiana, Turin 1887, XXV, S. 1-107, hier S. 98.
- 15 Atti del quarto congresso storico italiano (Firenze 19-28 settembre 1889), Florenz 1889, S. 88-90 (Beitrag von Paoli).
- 16 Atti del quinto congresso storico italiano (Genova, 19-27 settembre 1892), Genua 1892, S. 67.
- 17 Siehe G. Cacciatore, Cultura positivista e metodo storico in Italia, in: La lancia di Odino. Teorie e metodi della scienza storica tra Ottocento e Novecento, Milano 1994, S. 87-155.
- 18 Siehe: La storiografia italiana negli ultimi vent'anni, Atti del I Congresso Nazionale di Scienze storiche (Perugia 9-13 ottobre 1967), Milano 1970.

---

**Michael Geyer**

## **Die Jahresversammlungen der „American Historical Association“ am Anfang und Ende des 20. Jahrhunderts**

Seit über hundert Jahren treffen sich die Historiker der Vereinigten Staaten regelmäßig zu einer Jahrestagung.<sup>1</sup> Sie dient der Selbstdarstellung nach außen, der Abklärung unterschiedlicher, wissenschaftlicher Positionen nach innen sowie der Verständigung über die diversen Themen- und Sachgebiete der Geschichtswissenschaft. Sie bietet eine Chance für junge Historiker, sich vorzustellen, und für neue Wissensgebiete, sich zu etablieren und ihr Verhältnis zum jeweiligen *mainstream* der Geschichtsschreibung zu klären.

Eine realistische Beschreibung würde das Durcheinander und die Inkohärenz der vielen Sessionen auf diesem Historikerkongreß betonen, die insbesondere ausländischen Gästen auf die Nerven gehen. Andererseits würde sie aus der Sicht eines amerikanischen College- oder Universitätsprofessors und seiner Kolleginnen die Möglichkeit zum informellen Gespräch, des einen oder anderen Geschäfts (etwa mit Verlegern), der augenscheinlichen Information über die jährliche Buchproduktion oder der Kenntnisnahme der neuesten Moden und Methoden in der Geschichtswissenschaft hervorheben. Für jüngere ProfessorInnen und die PhDs bliebe der Eindruck einer schmerzhaften Fremdheit und der gesteigerten Nervosität zu vermerken; denn die Versammlung bietet die Möglichkeit, sich durch ein gutes paper, eine erfolgreiche Präsentation oder auch nur durch einen geschliffenen und klugen Einwurf einen Namen zu machen.<sup>2</sup> Sie ist zudem eine wichtige Weichenstellung für Jobkandidaten, da viele Departments die Tagung dazu benutzen, um (Vor-)Interviews durchzuführen.<sup>3</sup> Die Jahresversammlung erscheint in diesen Geschichten weniger als Ort der Auseinandersetzung über die Zukunft des Faches Geschichte denn als Marktplatz der Meinungen und der Kandidaten – eine Mischung von Betriebsfest und Meinungsmarkt der Historiker, von dem manch eine(r) mit schwerem Kopf, einigen neuen Bekanntschaften und vielleicht sogar mit der einen oder anderen neuen Idee bzw. der Bestätigung oder Ablehnung seiner eigenen, einem neuen Quellenhinweis oder gar der Aussicht auf einen Job an seine Universität zurückkehrt. Ist das genug, um den Aufwand zu rechtfertigen?

Ein historiographischer Zugriff gerät leicht in Gefahr, sich in der schieren Vielfältigkeit dieser Kongresse zu verirren. In den über hundert Jahren des AHA-Historikerkongresses gab es mit hoher Regelmäßigkeit größere und kleinere Revolten, aber die AHA hat bislang immer auch Elastizität gezeigt. Die Jahrestagungen haben auf die anstehenden Veränderungen umgehend reagiert.<sup>4</sup> Aber hat sich denn wirklich etwas geändert? Da gab es schon immer HistorikerInnen, denen die Geschichte nicht wissenschaftlich genug war und andere, die meinten, daß die Geschichte gar nicht wissenschaftlich-objektiv sein könne.<sup>5</sup> Und wenn man sich erst einmal an die Lektüre der Protokolle macht (Historiker haben bekannterweise ein professionell deformiertes Gedächtnis), stellt sich auch heraus, daß den einen der Verband zu politisch und den anderen der Verband nicht politisch genug war.<sup>6</sup> Die jeweils „neue“ Geschichte ist seit hundert Jahren regelmäßig durch eine „neue und verbesserte Geschichte“ abgelöst worden – ebenso, wie neue Gesichter auftauchen und die alten Patriarchen (und inzwischen die erste Generation der Matriarchen) von der Bühne abtreten. So wird es auch in Zukunft bleiben, könnte man denken. Denn die AHA hat mit den „new and improved“ Konsumartikeln und ihren Produzenten gemein, daß sie eine „moderne“ Einrichtung des 20. Jahrhunderts ist – und will man Koselleck folgen, so ist der Moderne eigen, daß sie immer in Veränderung begriffen ist.<sup>7</sup>

Ist das wirklich so? Das ist die Jahrhundertfrage an die AHA und ihre Historikerkongresse, der ich mich stellen möchte. In meiner Quellenanalyse habe ich mich zunächst an den Jubiläen – also am 10., 25., 50., 75. und 100. Jahrestag der Gründung der AHA – orientiert, dann aber im Umfeld nach besonders aufschlußreichen Protokollen der einzelnen Historikerkongresse umgesehen. So ist etwa das Protokoll für das Jahr 1904 sehr viel aussagekräftiger als dasjenige für 1909. Das Protokoll für das Jahr 1960 wurde ergänzt durch das Protokoll für 1967, weil dessen Autor einen systematischen Vergleich mit den Jahren 1931/32 anstellte. Dieser Arbeit liegt die Hypothese zugrunde, die zu begründen oder jedenfalls vorzustellen sein wird, daß der Zeit zwischen 1900 und 1970 eine gewisse Einheit zu eigen ist; d.h. daß bei allen Inversionen und Reversionen des historischen Geschäfts und insbesondere trotz des kurzfristigen Wechsels von Innovation und Restauration in den sechziger Jahren geerntet wurde, was um die Jahrhundertwende gesät worden war. Formal könnte ich diese Jahrhundertgeschichte damit begründen, daß 1974 (zurückgehend auf Entwicklungen seit 1967/68) der Verband sich zum ersten Mal seit 1884 eine neue Verfassung gegeben hat (und daß die Verfassung von 1884 erst nach einer folgenreichen Revolte jüngerer Historiker nach 1895 Verfassungsrealität wurde). Der entscheidende Parameter der langfristigen Entwicklung läßt

sich jedoch nicht mit derartigen formalen Kriterien aufzeigen. Er bestand in der Ausdifferenzierung einer universitären Berufshistorikerschaft.

Wenn desweiteren in dieser Analyse der Mittlere Westen und Chicago immer wieder in den Blickpunkt treten, so gestehe ich ohne weiteres einen gewissen Lokalpatriotismus ein, der sich besonders für das interessiert, was ihm am nächsten liegt. Glücklicherweise ist dieser „pride of place“ weniger verzerrend, als man dies im ersten Augenblick insbesondere aus europäischer Perspektive annehmen könnte. Denn, so die These, der Mittlere Westen ist für die Entwicklung der Geschichtswissenschaft – sowohl als treibende als auch als widerstrebende Kraft – von entscheidender Bedeutung. Das rückt die Rolle der *Ivy League*-Universitäten der Ostküste etwas zu recht – eine Revision, die meines Erachtens überfällig ist, zumindest was die Geschichtswissenschaft angeht. Diese These wird zu prüfen sein. Wichtig daran ist, daß ich der Idee einer amerikanischen Einheitsgeschichte – organisiert in einem Berufsverband – die Vorstellung einer regionalisierten Geschichts(wissenschafts)kultur entgegenstellen möchte. Ich mußte mir dabei leider versagen, die mittelwestliche College- und Universitätslandschaft genauer zu beschreiben und für die erste Hälfte des Jahrhunderts die Rolle Chicagos als Vermittlerin zwischen nationalen und lokalen Kulturen zu bestimmen. Eine Erweiterung dieser Analyse hätte dann für die zweite Hälfte des Jahrhunderts den Aufstieg Kaliforniens (Berkeley, Stanford) betont und dabei die Rolle San Franciscos betont. Die Mittlerrolle solcher zentraler Orte, so wiederum die allgemeine These, ist für die Entwicklung des Verbandes und seiner Kongresse in dem besprochenen Zeitraum von ausschlaggebender Bedeutung.

Mit dem Begriff des „zentralen Ortes“ ist auch der Schlüsselbegriff einer anstehenden „Theorie“ angesprochen, die ich jedoch nicht zu dick aufzutragen gedenke. Ich möchte die amerikanische Geschichtswissenschaft als *kommunikative Öffentlichkeit* begreifen. Wenn sie das nicht wäre, würde es wenig Sinn machen, Historikerkongresse überhaupt zu untersuchen. Wo sie das nicht ist – etwa in Ländern, in denen die Geschichtswissenschaft allein der Vergangenheit, aber nicht der Gegenwart verpflichtet ist und sich dementsprechend als Vergangenheitsverwaltung einrichten kann – könnte man immer noch mit einer „List der Geschichte“ argumentieren; das heißt, daß auch ohne Zutun der Historiker eine nicht-kommunikative Öffentlichkeit entsteht. Aber im amerikanischen Fall ist es nun einmal so, daß die Historiker sich als Gruppe verfaßten, indem sie miteinander kommunizierten, weshalb die Historikertage nicht irgendeine Erscheinung, sondern bedeutsame Foren für die Konstitution der Geschichtswissenschaft waren.

Ich möchte die Dauerhaftigkeit einer Kongreßtradition inmitten permanenter Veränderung nachzeichnen, indem ich mich auf den Jahrhundertanfang konzentriere, um die entscheidenden Weichenstellungen zu klären, die jenseits des Getriebes der Versammlungen den Verband und seine Kongresse prägten. Meine These wird sein, daß die jährlichen Historikerkongresse der AHA das Ziel hatten, eine nationale Repräsentation sowohl der Berufshistoriker als auch der historisch Interessierten zu schaffen und daß dies auch zeitweilig zu glücken schien, indem sich der Verband innerhalb der ersten 25 Jahre zu einer Berufsvereinigung der Universitätshistoriker mauserte. Allerdings sind diese Kongresse auf dem Höhepunkt zumindest ihrer fachinternen Reputation, in den sechziger Jahren, in eine Krise geraten, welche das Ziel einer nationalen Verfaßtheit der Historiker grundsätzlich in Frage stellt. Diese Krise läßt sich nicht mit Hilfe der momentanen Befindlichkeiten der Historiker, sondern allein auf dem Hintergrund der langen Entwicklung des Verbandes verstehen. Es ist also die Geschichte einer nationalen Organisation und ihrer öffentlichen Re/Präsentationsform. An ihrem vorläufigen Ende steht die nüchterne Einsicht, daß die AHA und ihre Jahresversammlung entweder nationale Repräsentation der Historiker bleiben, sich dann aber grundlegend ändern müssen, oder sich nicht ändern werden, dann aber nicht mehr die nationalen Foren der Historiker bleiben.

Diese Einschätzung der gegenwärtigen Lage ist nicht auf meinem eigenen Mist gewachsen. Louis R. Harlan hat diese Diagnose in seiner *Presidential Address* anlässlich der Jahrestagung von 1989 gestellt, als er – in der Sache kompromißlos, aber in der Darstellung unendlich konzessionsbereit und offen – seine Forderung nach einer grundlegenden Reform der AHA vertrat:<sup>8</sup>

„The greatest risk the AHA faces, it seems to me, is that involved in drifting and dawdling at the usual pace of a learned society. Such a course risks the danger that an increasingly specialized and compartmentalized profession will pass by the AHA and declare it obsolete. I raise this specter not out of any sense of disloyalty. [...] I simply want to convey to you a sense of urgency. I could speak all night of the good works of the AHA, past and present, [...]. Tonight, however, I want to disturb the after-dinner nap that perhaps you thought came with the price of admission. My theme will be the ways in which the AHA is falling short of its potential and how it can correct its course by certain changes. If my judgement seems fallible or you disagree with my assessment of the needs of the historical profession, at least I shall stimulate debate on the direction and future of the AHA.“

Diese unerwartete Rede am Ende des *presidential dinners*, von vielen wegen seiner schlechten Qualität gefürchtet und gemieden, ist nicht zuletzt auf Grund ihrer rhetorischen Brillanz, in der die Konvention eines *after-dinner talks* auf- und zugleich zurückgenommen wird, sowohl Zeugnis der Rhetorik einer Kongreßkultur als auch sachlicher Hinweis auf ihr mögliches Ende.

Was dieses Ende einer Kultur angeht, so konnte man bereits eine gewisse Bestätigung erhalten, die aber auch ein Hinweis auf einen möglichen Anfang liefert. Die beiden letzten Präsidenten der AHA Thomas Holt (*African-American History*; University of Chicago, 1995) und John Coatsworth (*Latin American History*; Harvard University, 1996) haben im Anschluß an ihre *presidential addresses* und die damit verbundenen Preisverleihungen zum Tanz eingeladen.<sup>9</sup> Auf der Tagung in Atlanta (1996) hat sich auch zum ersten Mal, mit großem Zuspruch insbesondere unter den jüngeren Historikern, das H-Net (die Internet-Organisation der Historiker) vorgestellt.<sup>10</sup> Für die einen ist das kultureller Wandel, für die anderen der Untergang des Abendlandes. Für uns wird jedenfalls zu prüfen sein, was es mit der Kongreßkultur *vor* Hip-Hop und Internet auf sich hat.

\* \* \*

Die *American Historical Association* wurde im September des Jahres 1884 in dem Kur- und Badeort Saratoga Springs im Staate New York gegründet. Nach Meinung der Betreiber war die Zeit reif, „to unite our forces in the formation of some sort of ... Association, at least so far as to get together the historical workers for the purpose of rubbing our heads and evoking such light as may be possible“.<sup>11</sup> Die in Saratoga Springs versammelten Gründungsmitglieder waren noch unter der Ägide der *American Social Science Association* (gegr. 1865) zusammengekommen, aber hatten das Ziel, einen unabhängigen nationalen Verband von Historikern und historisch Interessierten mit dem Ziel „to foster not merely American history, but history in America“ zu gründen.<sup>12</sup> Dies knappe Formulierung sollte konstitutiv für die Zukunft des Verbandes werden. Sein Ziel: nicht nur amerikanische Geschichte, sondern Geschichte in den Vereinigten Staaten in einem nationalen Verband zusammenzubringen.

Die Gründungsversammlung war der erste Historikertag. Der wissenschaftliche Anfang wurde mit einem Vortrag des ersten Verbandspräsidenten Andrew Dickson White, Präsident der Cornell University, zum Thema „On Studies in General History and the History of Civilization“ eingeleitet.<sup>13</sup> Das war ein ebenso typischer wie vielversprechender Anfang.<sup>14</sup> Nicht so deutlich erkennbar ist der Umstand, daß die AHA zunächst nichts weiter war als eine Vereinigung zur Ausrichtung eines jährlichen nationalen Hi-

strikertreffens. Es gab weder eine Institution AHA (der Sekretär, Henry Baxter Adams, und die Verbindung der jährlich auf dem Historikertag gewählten Präsidenten sorgten für die Kontinuität dieses Personenverbandes) noch eine wissenschaftlich-publizistische Öffentlichkeit für eine nationale Geschichte.

Der 1884 gegründete Verband wuchs schnell. Bereits nach einem Jahr hatte die AHA 200 Mitglieder. 1890 zählte sie 620 und zwanzig Jahre später, 1910, bereits 2500 Mitglieder.<sup>15</sup> Er ist damit nicht nur international an die Spitze gerückt, sondern auch national, indem er andere, sehr viel ältere und zunächst auch zahlenmäßig überlegene historische Vereinigungen mit lokaler oder regionaler Ausrichtung in den Schatten stellte. Für die Gründer bestand über die Ursachen dieses Erfolges kein Zweifel. Die Verbindung von nationaler Identitätsfindung der Amerikaner nach dem Bürgerkrieg und deutscher Wissenschaftlichkeit galten als die entscheidenden Ingredienzen des Erfolgs.

Der historische Horizont dieser Gründung wurde von einem der aktivsten Organisatoren der jüngeren Generation der Organisatoren, J. Franklin Jameson, rückblickend so beschrieben:<sup>16</sup>

„The causes of this advance [of the AHA] were various. The most fundamental, no doubt, was the heightened sense of national importance and unity that followed upon the period of Civil War and reconstruction. Not a little of the impulse, however, came from Germany – that old Germany of disinterested scholarship and quaint, unwordly professors which seems to have disappeared, but to which in the seventies and eighties the elite of American students flocked in impressive numbers, and from which they returned with eager ambition to raise American scholarship to higher levels.

With all this went an impulse toward the formation of national societies of specialists. A dozen such – of chemists, archaeologists, engineers, students of modern languages, of history, of economics, of geology, of mathematics – came into existence between 1876 and 1888. Their growth and flourishing have made an immense difference in American scholarship and science. Men of learning and of science are now grouped in definite professions, with the influence and encouragement that come from such combination, where fifty years ago they were isolated. I remember an evening in 1888 when nearly all the professors of history in southern New England happened to be brought together, and it was evident that in only a few instances were any two of them acquainted with each other.“

Diese einprägsame Erinnerung trifft wohl die Sache recht akkurat,<sup>17</sup> aber reflektiert eine bereits geglättete Sichtweise. Denn die Verbindung von amerikanischem Nationalismus und deutscher Wissenschaftlichkeit

wurde Gegenstand einer Reihe substantieller und organisatorischer Entscheidungen, welche die weitere Zukunft des Verbandes bestimmen sollten. Deren paradigmatische Bedeutung wird erst im Nachhinein für den Historiker sichtbar.

### 1. Die Professionalisierung der AHA

Als die AHA 1884 in Saratoga Springs gegründet wurde, gab es in den Vereinigten Staaten zwar Historiker und eine Geschichtsschreibung, aber weder existierte das Fach Geschichte als wissenschaftliche Disziplin noch gab es entsprechende Hochschuleinrichtungen an amerikanischen Universitäten. J. Franklin Jameson weiß zu berichten, daß sich 1884 15 Professoren und fünf voll angestellte Assistenz-Professoren als Historiker ausgaben.<sup>18</sup> „Geschichte“ kristallisierte sich erst sehr langsam heraus.

Die wichtigste Voraussetzung dafür war die Verwissenschaftlichung des geschichtlichen Interesses, bei der die deutsche Universitätsgeschichte Vorbild war. Der Prozeß der Verwissenschaftlichung ist aufs engste verbunden mit der Pionierarbeit des führenden Promotors und langjährigen Sekretärs des Verbandes, Herbert Baxter Adams, der 1876 aus Deutschland zurückkam, um an der neugegründeten Johns Hopkins University in Baltimore am Aufbau einer neuen Universitätskonzeption mitzuwirken. Diese Universität widmete sich vorwiegend dem Graduiertenstudium unter Vernachlässigung der *undergraduates*, die an den *Ivy League*-Universitäten Neuenglands aber auch an den neuen Staatsuniversitäten des Mittleren Westens das Universitätsleben bestimmten. Kennzeichen dieser Graduiertenausbildung war die mit Ehrfurcht erwähnte „seminary method“, das deutsche Oberseminar als wissenschaftliche Einführung in das Studium, dessen Vorteile Adams bereits 1883 ausführlich der amerikanischen wissenschaftlichen Öffentlichkeit vorstellte.<sup>19</sup> Dies hieß, eine Ausbildung zu bevorzugen, in deren Mittelpunkt nicht die allgemeine Bildung, sondern Forschung und der Austausch wissenschaftlicher Ergebnisse stand – etwas durchaus Außergewöhnliches nach vorherrschenden amerikanischen Maßstäben.<sup>20</sup> Denn bislang hatten sich auf dem Gebiet der Geschichte quellenorientierter Antiquarismus, philologische Wissenschaftlichkeit und historienbegeisterter Dilettantismus bunt gemischt.

Doch Verwissenschaftlichung allein genügt nicht, um die Entwicklung des Verbandes zu charakterisieren. Ihr ging zunächst die mit ihr einhergehende Spezialisierung völlig ab, die gemeinhin als Kernstück der Herausbildung eines nationalen wissenschaftlichen Ethos der universitären Berufshistoriker gilt. Auch taten sich Historiker – und insbesondere „nationale“ Historiker – an den Hochschulen zunächst schwer, was vor allem mit zwei Problemen zusammenhing.

Zum einen waren sich die Historiker selbst nicht sicher, ob sie dieser Disziplin zugerechnet werden wollten. Es fanden sich unter diesen „Historikern“ eine ganze Reihe von Hochschullehrern, die Geschichte als angewandte Wissenschaft der Politik verstanden wissen wollten. So sehr das deutsche Oberseminar ihr Ideal war, ihre Wissenschaftlichkeit begründeten sie vorwiegend mit der Nützlichkeit ihres Wissens für die Gegenwart. Sie meinten, daß nationale Geschichte nicht für sich selbst stehen könne, sondern entweder als Politikberatung oder, genereller, als Gegenwartserklärung Interesse finden würde – daß Geschichte also aus dem Gegenwartshorizont heraus begriffen werden müsse. Herbert Baxter Adams argumentierte denn auch:<sup>21</sup> „In history as in biology, live specimens are usually better than dead ones. As a live dog is better than a dead lion, so historical subjects which possess vitality or continuity of interest from age to age are the fittest for study.“ Geschichte war für viele dieser Gründergeneration Politik in der Vergangenheit, deren Analyse Einsichten in die Gegenwart erlaubten und deshalb nahe zur (allerdings noch zu begründenden) Politischen Wissenschaft stand.<sup>22</sup> Eines der bekanntesten dieser politisch orientierten Verbandsmitglieder war der spätere Präsident der Vereinigten Staaten Woodrow Wilson, der noch kurz vor seinem Tode 1924 zum Präsidenten der AHA gewählt wurde, obwohl er sich dagegen wehrte, als Historiker im engeren fachwissenschaftlichen Sinne (der damals bereits die Historikertage bestimmte) verstanden zu werden.

Zum anderen gab es lange nachwirkende Bestrebungen, das Fach und die Disziplin Geschichte auf einzelne Wissensgebiete zu verteilen. Denn in der Vorstellung von Geschichte als einer „angewandten“ Disziplin steckte auch die Konsequenz, daß jedes Wissens- und Tätigkeitsgebiet seine eigene Geschichte habe und daß Geschichte dem Nutzen und Frommen jedes dieser ausdifferenzierten Wissensgebiete und Lebensbereiche diene. Geschichte wurde also als propädeutische Wissenschaft begriffen, die der Physik und Medizin ebenso zugeordnet werden könne wie der Ökonomie, der Verfassungslehre, der Landeskunde der einzelnen Staaten oder der Soziologie. Das hatte anfänglich recht wenig mit der Konkurrenz durch die sozialwissenschaftlichen Nachbardisziplinen zu tun. Diese organisierten sich zumeist erst im Nachlauf zu den Historikern – die Wirtschaftswissenschaften im Jahre 1885, die Politische Wissenschaft und die Soziologie im Jahre 1903 – und waren selbst zunächst noch weitgehend historisch orientiert.<sup>23</sup> Aber selbst dann war dieser Selbstverständigungsprozeß noch nicht abgeschlossen. Vielmehr gab es auch weiterhin eine philosophische und wissenschaftspolitische Diskussion darüber, ob Geschichte nun tatsächlich ein eigenes Wissensgebiet begründen könne (und wie dieses zu begründen sei) und damit auch Anspruch auf ein Department habe. Der als Reformier

berühmte Präsident der Universität Chicago, Maynard Huchin, hat sich noch in den späten vierziger Jahren dafür eingesetzt, das Historische Seminar der Universität als Graduate und damit als Forschungsdepartment abzuschaffen mit der doppelten Begründung, daß einerseits Geschichte in einer aristotelisch orientierten Wissensorganisation nicht vorgesehen sei und daß andererseits Geschichte als notwendiger Teil der *general education*, also der Grundausrüstung allen Wissens, fungiere.<sup>24</sup> In den vierziger Jahren war dies jedoch ein Nachhutgefecht eines ebenso eigenwilligen wie tatkräftigen Universitätspräsidenten.<sup>25</sup>

Die Entwicklung hin zu einem „Fach“ ist der Sache nach einfach: getragen von der stürmischen Entwicklung der Universitäten bildete sich um die Jahrhundertwende in einem Prozeß der Differenzierung der Human- und Sozialwissenschaften Geschichte als besondere universitäre Disziplin heraus. Dies sollte sich sehr bald auch darin zeigen, daß sich insbesondere die jüngeren Historiker von den großen Entwürfen der Gründergeneration (auch der wissenschaftlichen Historiker mit deutschem Dr. phil.) distanzieren und eine exakte, „objektive“ Erforschung der Vergangenheit einforderten. Geschützt durch die Universitäten mit ihrem wachsenden Finanzaufkommen konnte sich so Geschichte als universitäre Teilöffentlichkeit etablieren. Damit löste sich aber auch die Bindung an eine weitere gesellschaftliche Öffentlichkeit, bzw. diese gesellschaftliche Legitimation der Geschichte wurde auf die Lehre abgewälzt, wobei deren Erfolg von der Fähigkeit abhing, die Universitäten als „credentialing institutions“ gegenüber der Gesellschaft zu etablieren. Dies wurde zum grundlegenden Bedingungsgefüge der amerikanischen Geschichtswissenschaft. Wenn diese auf den späteren Historikertagen als „reine Wissenschaft“ florierte, so war dies nur möglich, weil immer schon die Lehre als gesellschaftlicher Transmissionsriemen gedacht war – denn nicht „der Staat“, sondern „die Gesellschaft“ legte die Spielräume für die Entfaltung der Wissenschaft fest.

Auch in anderer Hinsicht war das deutsche Vorbild nur sehr bedingt prägend. Zwar wurde die Anlehnung an das deutsche Vorbild besonders hervorgehoben und zeigte sich etwa in der Ernennung Leopold von Rankes zum ersten ausländischen Ehrenmitglied des Verbandes auf dem zweiten Historikerkongreß – tatsächlich eine Ehre, die in der mehr als hundertjährigen Geschichte nur wenigen zuteil wurde. Auch war die Zahl der Historiker, die einen Doktor der Philosophie besaßen und ihn meistens in Deutschland, vorrangig in Berlin und Leipzig, erworben hatten, beachtlich.<sup>26</sup> Aber dies hieß nicht, daß auch die jährlich wechselnden Präsidenten der Vereinigung einen Dokortitel in Geschichte besessen hätten. Einige der frühen Präsidenten hatten nicht einmal einen Universitätsabschluß.<sup>27</sup>

Insbesondere während der ersten zehn Jahre standen historisch interessierte Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben an der Spitze des Verbandes.

Der Sekretär der Vereinigung, H. B. Adams, dachte sich den Verband als eine prinzipiell offene nationale Akademie der Geschichte – ein solcher Plan wurde, allerdings ohne Erfolg, 1895 in Umlauf gebracht – und war besonders daran interessiert, den Verband als nationale Repräsentation der historisch Interessierten in Washington, D.C., also am Regierungssitz, im Rahmen der Smithsonian Institution zu verankern. Entsprechend sah er in den Historikerkongressen auch vorwiegend ein Forum für die historische Selbstrepräsentation der Nation, die in einem wissenschaftlichen Zeitalter von eminenten Spezialisten geleistet werden sollte, die zu diesem Zweck jährlich (möglichst nach Washington) zusammengerufen werden sollten. Adams war wohl der Meinung, daß diese Spezialisten sich aus Berufshistorikern rekrutieren sollten, wollte diese Spezialisten dann aber in eine nationale, parapolitische Öffentlichkeit integrieren. Der Verband und seine Kongresse war gemäß diesem Modell keineswegs die sich selbstorganisierende und debattierende Profession von universitären Berufshistorikern, die er dann werden sollte.<sup>28</sup>

Daß Geschichte eine eigene Disziplin mit einer ihr eigenen wissenschaftlichen Öffentlichkeit sein würde, sollte sich dann aber sehr schnell herauskristallisieren, wobei dieser Erfolg mit einer ersten „Revolte“ von jüngeren, meist in den Vereinigten Staaten von der „deutschen“ Gründergeneration ausgebildeten Mitgliedern der AHA, geführt von J. Franklin Jameson, verbunden war. In der Mitte der neunziger Jahre ergriffen diese die Initiative mit drei Vorstößen.

– Erstens etablierten sie die *American Historical Review* (1895), die während der ersten Jahre unabhängig von der AHA erschien. Diese nationale historische Zeitschrift bot eine Plattform für eine breite nationale Diskussion unter Fachhistorikern. Die AHR bildete damit auch eine publizistische Alternative zu den Historikerkongressen, die mit ihren *Papers* (1884–1890) und dann den *Annual Reports* (ab 1889) ein gewisses Monopol über Veröffentlichungen für eine nationale Öffentlichkeit hatten.<sup>29</sup> Die wissenschaftliche Geschichte entwickelte sich von nun an als Medienöffentlichkeit – ein Umstand der noch dadurch unterstrichen wurde, daß Historiker sich auch auf dem sich schnell ausbreitenden gehobenen Zeitschriftenmarkt engagierten.

– Zweitens setzten sie ein System von *standing committees* durch, welche dem Verband zum ersten Mal so etwas wie eine Infrastruktur gab und ihn damit zu einer Dauereinrichtung machte. Besondere Bedeutung kam dabei dem ersten *standing committee*, der *Historical Manuscript Commission* zu, welche im Rahmen der *Annual Reports* umfangreiche Dokumen-

teneditionen herausgab. Damit wurde recht eigentlich erst eine nationale wissenschaftliche Beschäftigung mit der amerikanischen Geschichte möglich, die bis zu diesem Zeitpunkt nur im Rahmen der Lokal- oder Regionalgeschichte oder auf der Basis europäischer Quellenpublikationen möglich war. Natürlich wurde auf diese Weise die amerikanische Geschichte potentiell auch aus den Händen des Establishments an der Ostküste genommen, deren sprichwörtliche Nähe zu den Quellen nicht mehr unabdingbare Voraussetzung für wissenschaftliche Arbeit war. Allerdings sollte sich der Effekt dieser Entwicklung erst mit der Zeit zeigen. Die Zugänglichkeit der Quellen (und die verbesserten Verkehrsbedingungen) waren jedenfalls Voraussetzung für die Ausbreitung einer forschungsorientierten Geschichtswissenschaft über das ganze Land.

– Drittens suchten sie die Verbindung zu der Lehrerschaft, indem sie den Geschichtsunterricht aufwerteten und zur nationalen Aufgabe machten. Im Jahre 1896 wurde auf Anfrage der *National Education Association* ein Komitee gegründet, dessen Aufgabe darin bestand, Lehrpläne für die höheren (secondary) Schulen zu entwerfen. Damit gewann der Verband langsam aber sicher nicht nur eine Massenbasis, sondern auch Bodenhaftung.<sup>30</sup>

Nach einer ersten, etwa zehnjährigen Phase, in welcher sich der Verband als Verein wissenschaftlich interessierter, nationalpolitischer Honoratioren gerierte, setzten sich also seit Mitte der neunziger Jahre neue Öffentlichkeitsformen durch. Nationalisierung bislang weitgehend lokal orientierter Historiker, Spezialisierung der Wissensgebiete und Verbreiterung der Mitgliederbasis waren die hauptsächlichlichen Kennzeichen dieser Entwicklung. Wissenschaftliche Publizistik – nicht mehr der mündliche Vortrag – wurde fortan zum Bindeglied unter den Historikern, ohne daß dies den Historikerkongressen Abbruch getan hätte. Denn die Printmedien ersetzten nicht die Kongreßorganisation, sondern stärkten sie. Die Historikerkongresse wurden zum Ort, an dem die wissenschaftliche Publizistik ein Gesicht bekam und wo sich nun über das ganze Land verstreute Bekannte aus den Oberseminaren trafen. Diese ausgeweitete Öffentlichkeit konterkarierte jedoch alle Versuche, eine nationale Wissensorganisation zentral zu organisieren und an einem Ort (Washington, D.C.) zu institutionalisieren.<sup>31</sup>

Dies traf in der ersten Generation den Sekretär des AHA, Henry Baxter Adams, aber bereits 1915 sollte dies dann auch das alte Establishment des Verbandes, darunter J. Franklin Jameson, entmachten, das wegen seiner autoritären, „aristokratischen“ Führungsmethoden heftig kritisiert wurde.<sup>32</sup> Die Führungsspitze des Verbandes wurde von nun an durch die Mitglieder gewählt. Ihre Geschäfte waren öffentlich und rechenschaftspflichtig. Die AHR ging 1915 in den Besitz der AHA über. Zwar blieb die AHA oligar-

chisch strukturiert. Aber sie entwickelte sich von einem Personenverband zu einer professionellen Organisation für die historische Wissenschaft im Rahmen einer nationalen wissenschaftlichen Öffentlichkeit, die sich alljährlich auf den Historikerkongressen traf und neben der Wissenschaft ihre gemeinsamen Geschäfte erledigte.

## 2. Die Nationalisierung eines Historikerverbandes

Sowohl historisches Bewußtsein als auch Geschichtsschreibung waren längst vor dem Import einer wissenschaftlichen Geschichte aus Deutschland ein unabdingbarer Bestandteil der amerikanischen Gesellschaft gewesen. Nur eben war dieses historische Bewußtsein in lokalen und einzelstaatlichen Geschichtsvereinigungen organisiert. Das Verhältnis zu diesen Vereinigungen war die zweite Determinante, welche die AHA und ihre Historikerkongresse prägte.

In diesem Zusammenhang wird man nicht nur an die immer wieder erwähnte, 1794 gegründete *Massachusetts Historical Society* zu erinnern haben. Man braucht sich auch nicht auf die Debatte über die Urheberschaft dieser lokalen Geschichtsbewegungen einlassen, welche der New York History Society ein zumindest ebenso großes Gewicht beimißt.<sup>33</sup> Aus der Sammelleidenschaft des 18. Jahrhunderts ging eine Vielzahl von lokalen und einzelstaatlichen Geschichtsvereinen hervor, die eine regionalspezifische Versammlungstätigkeit und eine diverse Produktion von Geschichte(n) in Gang setzten. Während die Südstaaten mit ihrem gelebten und biblisch legitimierten Traditionalismus hinter diesem Trend zurückblieben, waren die neuen und neuesten Staaten des Mittleren Westens besonders aktiv. So bildeten sich in Indiana (1830), Ohio (1831), Wisconsin (1849) und Minnesota (1849) und des weiteren im gesamten Mississippi Basin einzelstaatliche Geschichtsvereine. Die *Minnesota Historical Association* entstand sogar unmittelbar nach der ersten Session der Legislative und kann für sich in Anspruch nehmen, der erste eingetragene (*chartered*) Verein eines Staates zu sein, der noch keine nennenswerten staatlichen Einrichtungen besaß. Legislative Versammlung und historische Assoziationsbildung – diese Verbindung kennzeichnet den ganzen Mittleren Westen. Als die AHA 1884 entstand, gab es mehr als 200 solcher lokaler und einzelstaatlicher Vereine in den Vereinigten Staaten, deren Produktion diejenigen der nationalen Historiker bei weitem übertraf.<sup>34</sup>

Diese historischen Vereinigungen waren jedoch nur die Spitze eines Eisberges. Wenn die Berufshistoriker bereits auf diese Gruppe mit einiger Herablassung sahen, so nahmen sie die gleichzeitige Selbstmobilisierung der historisch Interessierten in „Traditionsgesellschaften“ kaum wahr. Diese schlug sich in einer Vielzahl von „Patriotic, Hereditary and Histori-

cal Societies“ nieder. Nun könnte man annehmen, daß diese Vereinigungen „uralt“ waren, was etwa auch für Organisationen wie die *Society of the Cincinnati* (1783) zutrifft. Man könnte desweiteren vermuten, daß sie als vormoderne Einrichtungen dem Entstehen des Historikerverbandes und der regionalen Geschichtsbewegung vorausgingen und von ihm abgelöst wurden. Das hat einige Berechtigung, ohne daß ich mich hier über das amerikanische Vereins- und Assoziationswesen ausbreiten könnte. Aber es gilt doch auch zu beachten, daß etwa die *Society of the Mayflower Descendants*, die *Old Planters Society* oder die *Daughters of the American Revolution* in den Jahren 1894, 1899, 1890 zusammen mit einer Vielzahl militärischer Veteranenorganisationen gegründet worden sind.<sup>35</sup> Die wissenschaftliche Organisation der Geschichte begann genau zu dem Zeitpunkt auf nationaler Ebene zu greifen, als sich die historisch Interessierten erneut in eigenen Vereinen und Assoziationen zusammenschlossen. Hier nun setzte sich jene andere Befindlichkeit fest, die in der folgenden Beobachtung (allerdings auf die patrizischen Organisationen Neuenglands gemünzt) sehr schön zusammengefaßt ist. „Those in one group looked down their noses at anyone who was as bold as to write history without a Ph.D., preferably from a German university; those in the other regarded a Doctor of Philosophy as guilty until proved innocent.“<sup>36</sup>

Bei derartigen Animositäten rieben sich zwei sehr unterschiedliche Geschichtsauffassungen. Eine wissenschaftliche Geschichte, zumal wenn sie als politische Geschichte auftrat, stand gegen eine Geschichte, die Legitimation und Identität in einer neuen Umwelt versprach und gerade deshalb von der amerikanischen Gesellschaft so nachdrücklich gepflegt wurde. Man könnte geradezu von einem frühen Konflikt von Geschichte und Erinnerung sprechen, solange man nicht in den Fehler verfällt, Erinnerungsgeschichte als etwas „Authentischeres“ zu begreifen. Denn diese Geschichte war ebenso medienbestimmt und -vermittelt, wie diejenige der AHA-Historiker, nur daß sich zwei sehr unterschiedliche Medienmärkte herausbildeten. An der Jahrhundertwende war der populäre Medienmarkt der sehr viel bestimmendere. Man geht in diesem Zusammenhang im übrigen nicht fehl, wenn man bereits um die Jahrhundertwende die Rolle des Films als Medium der Geschichte hoch veranschlagt. Mit Griffiths „*Birth of the Nation*“ (1915) war diese Entwicklung vollends offenkundig.<sup>37</sup> Erst die Ausbreitung des universitären Publikationswesens seit den zwanziger Jahren hat hier ein Gegengewicht geschaffen, ohne daß dieses je die breite nationale Öffentlichkeit gewinnen konnte, welche das Medium des Films mobilisierte. Geschichte als identitätsstiftendes Konsumgut war und blieb aus dem Historikerverband ausgegrenzt. Es ist bezeichnend, daß diese

Frage im Rahmen der Historikerkongresse lange Zeit überhaupt nicht aufkam.

Hingegen war das Verhältnis von lokalen und einzelstaatlichen Vereinigungen ein durchaus gespanntes. Der bereits angezeigte schnelle Zuwachs an Mitgliedern ergab sich weitgehend aus dem Umstand, daß viele Mitglieder der lokalen und einzelstaatlichen Assoziationen sich der AHA anschlossen, weil sie sich von diesem Verband eine Verbindung von Lokalgeschichte und Wissenschaft versprachen. Diese Verbindung ist letztlich nicht – oder genauer genommen: nicht in der AHA, sondern nur in deren weiterem Rahmen – zustande gekommen. Aber die Entwicklungslinien liegen hier einigermmaßen überquer.

Zum einen wird man die Zurückdrängung einer millenaristisch-evolutionären Geschichts-„Philosophie“, wie sie etwa von dem „deutschen“ Doktor Herbert Baxter Adams gepflegt wurde, zugunsten einer philologisch-kritischen, bzw. historizistischen Geschichtsschreibung zu beachten haben.<sup>38</sup> Die wissenschaftliche Hauptarbeit von Adams bestand in der genetischen Ableitung der neuenglischen Lokalgeschichte aus der englischen und arischen Urgeschichte und deren Fortentwicklung zu einer nationalen Geschichte.<sup>39</sup> Diese säkularisierte Geschichtstheologie zerbrach in der Wende einer jüngeren einheimischen Historikergeneration zu einer historisch-kritischen Ereignisgeschichte, die nun aber ihrerseits betont national und vorwiegend politisch orientiert war und, wie sich dies an Hand der Veröffentlichungen der AHR sehr gut zeigen läßt, einen Animus gegen die Lokalgeschichte entwickelte.<sup>40</sup> Diese empirisch orientierte Nationalgeschichte ist mit dem Aufstieg der Vereinigten Staaten zur Groß- und Weltmacht das geworden, was man gemeinhin unter „amerikanischer“ Geschichte versteht. Sie ging dabei eine Liaison ein mit den europäischen Nationalgeschichten, die sich unter dem Eindruck der Weltkriege der neuen und neuesten Zeit zuwandten, wie sich dies etwa an der Rolle der deutschen Geschichte in der amerikanischen Geschichtslandschaft nachweisen läßt.<sup>41</sup> Als atlantische Nationalgeschichten begannen sie den amerikanischen Geschichtsdiskurs, soweit er in den Universitäten stattfand, zu dominieren.<sup>42</sup> Charakteristischerweise zeichnete sich diese Entwicklung zunächst nicht auf den Historikertagen, sondern in der AHR ab, die unter der Leitung von Jameson einen deutlich anti-lokalistischen Kurs steuerte.

Nun meinte Jameson, daß die Lokal- und Regionalgeschichte von minderer Qualität sei. Bei dieser Beurteilung wird man jedoch Vorsicht walten lassen müssen. Natürlich gab es Dilettanten und Amateure und eine gewisse Verliebtheit in die *Minutiae* lokaler Begebenheiten und nicht zuletzt eine besondere Betonung der Genealogie. Doch einmal ganz abgesehen, daß auch die Nationalgeschichte ihre eigenen Dilettanten (Theodore Roosevelt

gehörte etwa dazu<sup>43</sup>) kannte, hatten sich gerade die mittelwestlichen Organisationen dadurch hervorgetan, daß sie einerseits eine enge Verbindung mit den neuentstandenen Staatsuniversitäten eingingen und andererseits die Anbindung an die jeweiligen Einzelstaaten pflegten, für die sie die Archivierung staatlicher und bürgergesellschaftlicher Materialien übernahmen. Das was die AHA auf nationaler Ebene vorhatte, wurde zunächst einmal auf einzelstaatlicher Ebene praktiziert; denn eine „Historical Manuscripts Commission“ oder gar ein Nationalarchiv als Depositum für nationalstaatliche Archivmaterialien ließen bis in die dreißiger Jahre auf sich warten.<sup>44</sup> Man wird also durchaus sagen können, daß die einzelstaatliche Geschichte eine fortschrittliche Geschichte war, gerade wenn man die Kriterien des AHA anlegt.

Reuben Gold Thwaites in Wisconsin gehörte zu den großen Pionieren dieser Geschichte. Er bewerkstelligte unter anderem die Verbindung der neuen Staatsuniversität, der University of Wisconsin, mit der State Historical Society und legte damit einen Grundstein für eines der eigensinnigsten, erfolgreichsten (und folgenreichsten) Geschichtsinstitute im Mittleren Westen. Für uns ist Thwaites deshalb von einem gewissen Interesse, weil er einem jungen Instructor einen Seminarraum in der State Historical Society in Madison, Wisconsin, überließ, der hier entstehen soll für eine ebenso kühne, wie ganz alternative Art der Geschichtsschreibung. Dieser junge Historiker war niemand anderer als Frederiek Jackson Turner, dessen folgenreiche *frontier*-These nur verständlich ist, wenn man den Hintergrund der mittelwestlichen Lokalgeschichte berücksichtigt.<sup>45</sup> Diese Geschichte will ich hier nicht ausbreiten. Wohl aber ist anmerkwenswert, daß die *frontier*-These 1893 zwar auf dem Historikerkongreß vorgetragen wurde und großes Aufsehen erregte, aber in der Folge nur sehr begrenzte Nachwirkungen in den Veröffentlichungen der AHR zeitigte. Diese Geschichte unterschied sich von derjenigen des nationalen Verbandes nicht durch ihr Lokalkolorit, sondern auf Grund ihrer Betonung der Gesellschafts-, Industrie- und Mentalitätsgeschichte (ihre Trennung ist deutschem Geist entsprungen), die sich ganz besonders den materiellen Artefakten und der Lebensgeschichte zuwandte. Diese Geschichtsschreibung war gerade in den ersten Jahren des Verbandes und auf den erstet Historikertreffen sehr stark vertreten. Paradoxerweise ist sie erst mit ihrer „Paradigmatisierung“ in der „New History“ gescheitert,<sup>46</sup> welche nun zwar Gesellschafts- und Industriegeschichte auf eine nationale Ebene hob und sie kritisch gegen die politische Geschichte wandte, damit aber ihre Basis in der Lokalgeschichte verlor und so letztendlich den Wettbewerb mit der politischen Geschichte des amerikanischen Nationalstaates nicht gewinnen konnte.

Die regionale Geschichte (vor allem wenn in nationaler Absicht geschrieben) blieb ein Widersacher der nationalen Geschichte. Dies zeigte sich nicht nur an den anhaltenden Versuchen, einen Ausgleich zwischen Nationalismus und Sektionalismus zu finden, der verschiedene Stadien der Kooperation durchlief,<sup>47</sup> sondern auch an der Reproduktionsfähigkeit dieser Geschichte. Dazu gehört etwa die Professionalisierung regionaler historischer Zeitschriften wie etwa des *Mississippi Valley Historical Review* (ab 1964: *Journal of American History*) ebenso wie die nationalen Zusammenschlüsse von regional organisierten Historikern. Aus solchen Regionalverbänden entstand etwa die *Organization of American Historians*, die als Interessenvertretung der Historiker der Vereinigten Staaten gelten kann. Wie verzweigt diese Spuren sind, läßt sich nicht zuletzt an der deutschen Geschichte in den Vereinigten Staaten beobachten, wenn auch dieses Beispiel aus der jüngsten Zeit stammt. Die Historiker Deutschlands sind zum einen in der Conference Group for Central European History, einer Unterorganisation der AHA, organisiert. Aber sie treffen sich gleichzeitig im interdisziplinären Verbund auf den Jahrestagungen der *German Studies Association*, die aus der *Western Association for German Studies* hervorgegangen ist.

Die Vielzahl lokaler und einzelstaatlicher Vereine und Verbände bildete einen separaten Strang historischer Bewußtseinsbildung und wissenschaftlicher Arbeit. Die regional- und lokalgeschichtlichen Organisationen haben im Lauf des 20. Jahrhunderts keineswegs an Bedeutung verloren, wenn sie auch von dem Aufstieg einer nationalen historischen Wissenschaftsorganisation überschattet worden sind. Die nationale Organisation hatte von Anfang an deutliche Grenzen. Diese lagen darin, daß sie einerseits nie verstand, das amerikanische „historische Bewußtsein“ zu kontrollieren und andererseits nie in der Lage war, regionale Entwicklungen zu durchdringen und zu organisieren. Der Sektionalismus blieb eine eigenständige Macht in der amerikanischen Geschichtswissenschaft.

### 3. Die Autonomie des Verbandes

Auf dem Weg zu einem unabhängigen berufsorientierten Verband, war noch eine dritte Hürde zu nehmen. Eine der entscheidenden Fragen der ersten Jahrzehnte war, wie staatsfern bzw. staatsnah die AHA sein sollte. In mancher Hinsicht war dies eine Entscheidung, ob der Verband eher eine *nationalstaatliche* Organisation oder ein nationale, zivilgesellschaftlich organisierte Versammlung der Historiker sein sollte.

Die Entwicklung des Verbandes schien in den ersten Jahren auf ein „movement on Washington“<sup>48</sup> hinzutreiben, eine Entwicklung, die 1889 mit einem von beiden Häusern des Kongresses befürworteten *act of incor-*

poration in Washington, D.C. kulminierte, der mit der Signatur von Präsident Cleveland am 4. Januar 1889 rechtskräftig wurde. Dieser Act gliederte die AHA der Smithsonian Institution an. Zu den wichtigsten Betreibern dieser Vorlage gehörten im übrigen der Leipziger Doktor der Philosophie und Abgeordnete aus Tennessee, James Phelan, sowie der Senator aus Massachusetts, George Frisbie Hoare, der 1895 Präsident der AHA wurde. Die Inkorporation definierte die AHA als „a body corporate and politic, by the name of the American Historical Association, for the promotion of historical studies, the collection and preservation of manuscripts, and for kindred purposes in the interest of American history and of history in America.“<sup>49</sup>

Diese Nähe zur Legislative (im Unterschied zur Staatsnähe der deutschen Historiker) beförderte unmittelbar lebenswichtige Interessen der Historiker. Die AHA war vom Kongreß berufen, das Feld der Geschichte für die Vereinigten Staaten abzustecken, was noch einmal die in manchem überraschende Bedeutung, die der Geschichte gerade zu diesem Zeitpunkt zugemessen wurde, in Erinnerung ruft. Kein anderer vergleichbarer Verband genoß dieses Privileg, so daß man mit einigem Recht sagen kann, daß der Geschichte in diesem Zeitalter rapider industrieller Entwicklung ebenso viel Gewicht beigemessen wurde wie im 19. Jahrhundert den Naturwissenschaften.<sup>50</sup> Geschichte gewann diese eminente nationale Rolle in dem Sinne, daß der nationale Geschichtsdiskurs als Leitdiskurs für die sich als Nationalstaat herausbildende Nation verstanden wurde – so jedenfalls sah es die Gründergeneration. Für die AHA bedeutete dies zunächst einmal ganz konkret, daß das Prestige der Smithsonian Institution als nationaler wissenschaftlicher Organisation auf den noch unfertigen Verband abfärbte und ihm jene Dignität und Bonität gab, die ihn von den älteren Historical Societies abhob. Die AHA und ihre Kongresse waren von ihren einflußreichsten Betreibern als humanwissenschaftliches Äquivalent zum naturwissenschaftlichen Smithsonian gedacht.

Was die anderen Vorteile anlangt, so ging es nur zum einen um den zunächst für eine junge Organisation nicht unwichtigen Gewinn, daß die AHA als vom Kongreß inkorporierte Gesellschaft ihre Schriften umsonst gedruckt und kostenlos von der Post verschickt bekam. Zu einem Zeitpunkt, an dem es noch keinen Markt für wissenschaftliche Publikationen gab und ein solcher auch noch nicht abzusehen war, kann diese Regelung als eine ungewöhnliche Vergünstigung angesehen werden. Diese Situation änderte sich nur langsam mit dem Entstehen eines Zeitschriftenmarktes, vorangetrieben von der AHR, und dann in den zwanziger Jahren mit der Gründung von Universitätsverlagen. Die nationale politische Öffentlichkeit ging jedenfalls in der Gründungsphase der AHA der universitären Öffent-

lichkeit voraus – und beide standen in einer gewissen Spannung mit der gesellschaftlichen Öffentlichkeit der historisch Interessierten und lokal Organisierten.

Die Nachteile dieser staatlichen Förderung waren aber ebenfalls evident. Die Veröffentlichungen der Historikerkongresse der AHA (und sonstiger Publikationen) bedurften des Imprimaturs des Sekretärs der Smithsonian Institution, welcher die *Annual Reports* zumindest pro forma dem Kongreß vorlegte. Zwar war eine in Einzelheiten gehende Zensur bei historischen Veröffentlichungen grundsätzlich nicht zu erwarten, zumal der Sekretär des Smithsonian Naturwissenschaftler war. Aber die Mitglieder des Verbandes waren zu diesem Zeitpunkt eben doch noch sehr politikorientiert – und dies warf die eine oder andere Entscheidung über die Ratsamkeit von Veröffentlichungen auf. Es zeigte sich hier ein Problem, welches das Smithsonian während seiner ganzen Geschichte bis in die jüngste Gegenwart begleiten sollte. An einer kritischen Aufarbeitung der Geschichte der Legislative (und im weiteren Sinne: der Nation und ihrer Mythen) war der Kongreß nun tatsächlich nicht interessiert. Nicht Politik, sondern Religion war jedoch der entscheidende Stein des Anstoßes. Es war nachgerade unvorstellbar, daß Fragen der Religion und der Kirchengeschichte im staatlichen Rahmen abgehandelt werden könnten – was aber auch hieß, daß in Veröffentlichungen zur mittelalterlichen Geschichte dieser gesamte Komplex keine Erwähnung finden durfte.<sup>51</sup> Da nun aber gerade Kirchen- und Religionsgeschichte neben der einzelstaatlichen Geschichte ein wichtiges Historikerreservoir bot und die mittelalterliche Geschichte wegen ihrer philologischen Methode einen gewissen Modellcharakter besaß, hieß dies nicht nur, sich von einem für eine wissenschaftliche Geschichte unverzichtbaren Teil der Geschichte abzuschneiden, sondern auch auf eine Rekrutierungsbasis zu verzichten.

Die enge Anlehnung an den nationalen Staat hatte noch einen weiteren Grund. Es gab am Anfang des Jahrhunderts weder ein Nationalarchiv noch waren die für die Vorgeschichte der Nation wichtigsten Manuskripte ohne weiteres zugänglich.<sup>52</sup> Des weiteren fehlte es an Bibliographien für bestehende Manuskriptkollektionen – ganz abgesehen davon, daß die Größe der Vereinigten Staaten nahelegten, daß die wichtigsten Sammlungen in der Tradition der europäischen Quellenveröffentlichungen den Historikern und dem historisch interessierten Publikum zugänglich gemacht werden mußten, wenn eine nationale Organisation der Historiker ihren Sinn und Zweck erfüllen sollte. 1885 wurde so nach englischem Vorbild die *Historical Manuscript Commission* mit großen Erwartungen gegründet. Der Verband trat wiederholt an den Kongreß heran, um die nötige finanzielle Unterstützung für die Arbeit der Kommission zu gewinnen. Doch der Kongreß ver-

sagte sich all diesen Bestrebungen. Wenn dann doch eine sehr beachtenswerte Dokumenten- und Bibliographienedition in Gang kam, so war dies nur möglich mit Hilfe der (kostenlos produzierten und verteilten) *Annual Reports* und im späteren Verlauf mit Hilfe von durch Universitätsverlage betreuten Publikationsserien. Diese Arbeiten begannen nun zunehmend die *Annual Reports* aufzublähen, die damit nach 1885 ihren Charakter als Organ des jährlichen Historikerkongreß verloren und sich mit ihren Bibliographien und Dokumentenanhängen mehr und mehr einer allgemeinen wissenschaftlichen Öffentlichkeit zuwandten.

Gleichfalls verzögerte sich die Gründung eines Nationalarchivs auf Grund der ablehnenden Haltung des Kongresses, obwohl die Beförderung dieses Projekts das Lebenswerk von J. Franklin Jameson darstellte.<sup>53</sup> Gelder zu diesem Zweck wurden schließlich 1926 bewilligt und das Gebäude des *National Archive* wurde in Washington, D.C., an prominenter Stelle im Jahre 1935 eröffnet. An das Nationalarchiv war im übrigen ein *National Historical Publications Committee* angeschlossen, das wiederum aus Geldmangel seine Arbeit erst in den fünfziger Jahren aufnehmen konnte. Aber zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Gewichte innerhalb des Verbandes zugunsten eines Berufsverbandes von universitären Historikern verlagert, so daß diese Entscheidung kaum mehr Einwirkungen auf den Verband und seine Kongresse hatte.

So abträglich diese dilatorische Behandlung der Archiv-Frage für die amerikanische Geschichtsschreibung gewesen sein mag, so hatte sie doch für die AHA auch einen unverkennbaren Vorteil. Denn ohne diese Last am Bein konnte der Verband das Prestige der Inkorporation nutzen, sich aber ansonsten weitgehend unabhängig entwickeln. Dies hieß konkret, daß der Verband sich weitgehend aus den Geschäften der Politik herausnahm und sich damit der Organisation einer wissenschaftlichen Öffentlichkeit zuwandte. Diese Entwicklung wurde durch die Ausweitung einer universitären wissenschaftlichen Öffentlichkeit kräftig gefördert, die nur sehr bedingt Verständnis aufbrachte für die ursprüngliche Begeisterung für massive Archivierungs- und Dokumentationstendenzen. Dies hieß aber auch, daß die Rolle des Verbandes und seiner Kongresse *als nationale Repräsentanz* auf die Museen der Smithsonian Institution verlagert werden konnte, die dann in der Folge die Auseinandersetzungen zwischen einer repräsentativen und einer kritischen Geschichte auszustehen hatte. Es bedeutet desweiteren, daß die AHA zwar weiterhin aktiv in der Förderung von Dokumentationen (bis hin zur Mikروفilm Kollektion der German Captured Documents) und Bibliographien blieb, sich aber von dieser Dienstleistungsfunktion zugunsten einer aktiven Geschichtsschreibung absetzen konnte.

Der Verband konnte sich auf diese Weise – also jenseits von nationalen Repräsentationsverpflichtungen und diesseits von wissenschaftlichen Dienstleistungen – als nationaler Berufsverband der Historiker entfalten. Dies wiederum beförderte die Historikerkongresse als Ort der nationalen Versammlung einer universitären wissenschaftlichen Öffentlichkeit. Dieses rapide Wachstum der Geschichtswissenschaft an den Universitäten und Colleges, das bereits nach der Jahrhundertwende die Verbandstätigkeit zu bestimmen begann, war zunächst nicht abzusehen. Bei aller Orientierung an der Wissenschaft, hatten die Gründer nur sehr bedingt an die Universitäten als über das ganze Land verstreute Wissenschaftszentren gedacht. Erst diese Entwicklung hat dann den Verband zu jener professionellen Vereinigung gemacht, die seine weitere Zukunft bestimmen sollte. Spätestens seit 1909/10 spiegelte sich dies in den Kongressen des Verbandes wieder. Als J. Franklin Jameson anlässlich des 50. Jahrestages des Historikerverbandes noch einmal rückblickend die Anfänge des Verbandes und die damalige Kongreßkultur zu schildern versuchte, war er mit einer wissenschaftlichen Öffentlichkeit konfrontiert, die zwar ihre Ahnen ehrte, aber diesen Teil ihrer jüngeren Geschichte bereits als ein sehr fremdes Land begriff.

Die von den Universitäten getragene Ausbreitung einer nationalen wissenschaftlichen Öffentlichkeit und deren Versammlung in Historikerkongressen als der obsiegenden Grundtendenz der Verbandsentwicklung führt weit über unser Thema hinaus. Jedoch kann man sich an Hand der jährlichen Historikertage ein einigermaßen plausibles Bild von der Verfaßtheit der Historiker machen. Denn die jeweiligen Kongreßkulturen bündeln diese sehr viel allgemeinere Entwicklung wie in einem Brennglas. Indem ich im folgenden den Historikertag in Chicago 1904 und den Historikertag in New York 1960 (mit einem Intermezzo über New York 1934) gegenüberstelle, möchte ich die Art dieser öffentlichen Verfaßtheit der Historiker nachzeichnen.

#### 4. Der Historikertag 1904

Wer im Protokoll des Historikerkongresses 1904 nach großen wissenschaftlichen Einsichten sucht, wird enttäuscht sein. Es war zwar nicht so, daß der Kongreß taube, aber Tagungen hatten am Jahrhundertanfang einen durchaus eigenen Rhythmus. Ein längeres Zitat aus dem Protokoll des Treffens mag dies belegen.<sup>54</sup>

„In describing these meetings it is no longer possible to use descriptive adjectives in the comparative or superlative degree. All of them have been practically above criticism or complaint. [...] The programme was excellent, the social arrangements were admirable, the courtesy of those in char-

ge of the meeting and the attention of friends of the Association in Chicago unfailing and unremitting.

Most of the sessions were held at the University of Chicago, ..., which were well adapted to the purpose and gave facilities not only for the stated programme, but for committee and board meetings, and for social intercourse, which after all is the most important feature of these gatherings. ...

[T]he ladies were invited to tea by Mrs. William Gradner Hale. ...[A] reception was given by the Chicago Historical Society at their building, and the next afternoon the delegates were received by President [of the University of Chicago] and Mrs. Harper. An enjoyable smoker was held at the Hotel del Prado [...].

The meetings once more gave evidence of the wide interests of American historical scholars, of the spirit of cooperation, and of the best of scholastic good-fellowship. One of the meetings was given up to conferences or „round-tables“ on special subjects, a feature of the programme which proved peculiarly attractive, as is likely to be the case where topics of live interest are discussed and where practical methods are considered.“

Die hier nicht geschilderte Realität sah etwas anders aus. Die Historiker kamen mitten in einem Schneesturm an und hatten mit den Unbilden des Wetters zu kämpfen. Diese klimatischen Einwirkungen wurden noch dadurch verschlimmert, daß die Hausmacht der Universitäten in Chicago besonders stark ausgeprägt war und die zerzausten Herren und Damen der Historikergesellschaft zwischen den Sitzungen in der University of Chicago und der Northwestern University, den verschiedenen innerstädtischen Clubs, dem stattlichen Haus der Chicago Historical Society des gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Lebens wegen hin- und herverschoben wurden. Zumindest blieb es ihnen erspart, zum Campus der Northwestern University in Evanston, am anderen Ende der Stadt, zu reisen, da die NU auch Gebäude im Stadtzentrum besaß.

Der unverkennbare Unmut ob dieser Verhältnisse wurde 1914 behoben, als sich die AHA wieder in Chicago traf. Der Kongreß fand zur Gänze in den innerstädtischen Räumen statt.<sup>55</sup> Immerhin eine beachtenswerte Entwicklung: Die Kongresse, vorwiegend von Berufshistorikern besucht, wurden aus den Universitäten in Hotels und Clubs verlegt. Das war zu diesem Zeitpunkt noch keine Frage der Größe. Vielmehr kam in dieser Entwicklung ein besonderes Verständnis von Öffentlichkeit zum Vorschein: Die Universitäten waren zur Arbeitsstelle geworden. Die wissenschaftliche Öffentlichkeit hingegen versammelte sich in den städtischen Verkehrszentren. Dies war Ausdruck einer zivilgesellschaftlichen Organisation.

Der Kongreß 1904 hatte einen unverkennbaren Habitus, der sich am besten mit dem Begriff „gentility“ bzw. Gutbürgerlichkeit umschreiben läßt. Während der Tagung wurde zwar Kontroverses besprochen, aber es herrschte doch ein Gefühl der Gediegenheit und der intellektuellen Geselligkeit vor, die in der Einrichtung des „smokers“, der gepflegten *after-dinner*-Unterhaltung unter Männern bei einer Zigarre und einem Drink, eingefangen wurde. Es gab auch weibliche Mitglieder des Verbandes, die an den Sitzungen teilnahmen. In der Tat zeichnete sich die AHA dadurch aus, daß sie von Anfang an für weibliche Mitglieder offen stand.<sup>56</sup> Aber nicht nur war ihre Zahl klein, sie hatten nur sehr bedingt eine Chance, sich wissenschaftlich zu profilieren. Die Zahl der Vorträge von Historikerinnen steht in keinem Verhältnis zu ihrer ohnehin beschränkten Mitgliedschaft im Verband. Dies hatte wohl damit zu tun, daß es in dieser männlichen Kongreßkultur für sie keinen Platz gab. Dies hieß, daß sie sich den mitreisenden Ehefrauen (unter ihnen ganz ohne Zweifel auch einige, die das wissenschaftliche – und nicht zuletzt das nüchterne – Gehirn ihrer Männer waren) und der weiblichen Kultur der Tees anschlossen.

Die Charakterisierung des Kongresses als Tagung einer „professionellen“ Vereinigung mag nicht befriedigen. Zwar betrieb die überwiegende Mehrzahl der Sprecher (aber nicht unbedingt der Zuhörerschaft) inzwischen Geschichte als Beruf, wenn auch nicht unbedingt in historischen Abteilungen und Fakultäten. Sie hatten zudem eine klare Vorstellung davon, was Geschichte war und wozu sie nützte, und besaßen einen Kodex von Normen, welcher es ihnen ermöglichte, die angebotenen Vorträge fachmännisch zu bewerten. Ein Gutteil der Vorträge beschäftigte sich denn auch mit der Ausdifferenzierung und Explikation der Geschichtspraxis. Nachwuchsausbildung, der Sinn und Unsinn eines Ph.D. sowie Fragen des Geschichtsunterrichts fanden einen außergewöhnlich regen Zuspruch. Wenn trotzdem Bedenken aufkommen, so hat dies damit zu tun, daß eines der wichtigsten Kennzeichen moderner Professionen, die arbeitsteilige Spezialisierung, nur ganz bedingt zu beobachten war. Die Mehrzahl der Vorträge beschäftigte sich mit allgemeinen Themen, wenn diese sich auch nicht mehr an der Geschichtsphilosophie orientierten und jene panoramagleiche Qualität verloren hatten, welche die ersten Jahreskongresse des Verbandes charakterisierten. Aber es ist doch bezeichnend, daß die sogenannten „round tables“ – also die Fachdiskussion – eine Neuheit waren. Offensichtlich stießen diese „round-tables“ auf besonderen Zuspruch; denn „topics of live interest are discussed and ... practical methods are considered.“<sup>57</sup> Umso merkwürdiger, daß diese Form der Versammlung zwar schon einmal eingeführt gewesen war, dann aber wieder abgesetzt worden ist und nach Ansicht des Protokollanten auch für die

Zukunft die Ausnahme bleiben, obwohl sie das Interesse am Kongreß verstärkt und seinen Wert erhöht hatten. Die Rolle der Selbstdarstellung der Professoren kann bei dieser Entscheidung nicht hoch genug veranschlagt werden. Sie trafen sich nicht, um sich über wissenschaftliche Forschungen auszutauschen, sondern ihre Arbeiten einem wissenschaftlichen Publikum vorzustellen. Daß es zu dieser Vorstellung gehörte, „große“ Geschichtsthemen aufzugreifen, statt Spezialwissen auszubreiten, gehört zu den Befindlichkeiten der Historiker dieser Zeit.

Typischerweise wurde die *round tables* 1904 nur deshalb eingeführt, um die Sonderinteressen der im mittelwestlichen Chicago besonders zahlreich erschienenen Regionahistoriker (und der Kirchenhistoriker) zu befriedigen. Ganz entgegen der allgemeinen Auffassung war bei ihnen der Grad der Spezialisierung schon recht weit fortgeschritten, was nicht zuletzt damit zusammenhing, daß sie quellennäher arbeiteten als die Mehrzahl der nationalen Historiker. Um wirklich also die amerikanischen Historikerschaft zu erfassen und damit nationale Repräsentation zu erreichen, mußte sich der Kongreß bei aller „scholastic good-fellowship“ auf diese Spezialisierung einlassen. Innerhalb von einem Jahrzehnt erfaßte diese auch die nationale Wissensorganisation. Ein Vergleich der Tagungen von 1904 und 1914 ergibt, daß spezialisierte Vorträge nunmehr den gesamten Kongreß bestimmten. Zwar gab es auch 1914 noch nicht die vielfältige Überlappung von Sessionen, die sich dann in den zwanziger Jahren herauszubilden begannen, so daß jede(r) anwesende HistorikerIn sich fast alle Vorträge seriell anhören konnte. Aber dies war bereits 1914 zu einer gewissen Qual geworden; denn die Vortragsthemen des Kongresses lebten allenfalls von der Fiktion einer Allgemeinheit Geschichte.

Die Themen der Vorträge machen die eigentliche Überraschung aus. Denn im Gesamtablauf der Tagung von 1904 überwogen doch sehr deutlich Fragen der Wissensorganisation. Wie offen die Zukunft der universitären Berufshistoriker noch war, zeigte sich insbesondere an einer intensiven und kontroversen Diskussion über den Sinn und Unsinn der Doktorarbeit. Gegenspieler von Herbert Baxter Adams (Johns Hopkins) war George B. Adams (Yale), der die Einführung der deutschen Methode als den „falschen Weg“ bezeichnete, da man als Resultat dieser Methode die Wichtigkeit von Minutiae überbetone, den Prozeß des Forschens über die Ergebnisse stelle und den Anfang (die wissenschaftliche genaue Präsentation) mit dem Ende (der lesbaren Geschichtsdarstellung) verwechsle. Adams (Yale) nahm kein Blatt vor den Mund: „[T]he student – and sometimes the instructors – labors under the impression that the product of the student’s minute toil is really an important contribution to knowledge, whereas in the majority of cases, certainly in medieval history, these labo-

rious theses merely cumber the shelves and are but impediments in the way of the really creative scholar.“<sup>58</sup>

Adams bevorzugte deshalb das zweigegliederte französische System, welche es zu ermöglichen erschien „[to] escape a barren and desolating flood of printed dissertations.“<sup>59</sup> Der Mittlere Westen nahm eine vermittelnde Position ein. Munro (Wisconsin) meinte wie Howard (Nebraska) zwar auch, daß die Dissertation die Studenten überfordere, aber wollte sie doch beibehalten. Ebenso klang Trenholme (Missouri), der hinzufügte, daß „the present doctor’s examination [is] too severe for the students who have had no preparation for such ordeals.“ Die salomonische Lösung kam von Professor Fling (Nebraska), der meinte, daß bereits College-Studenten die Prinzipien der historischen Methode einüben müßten, daß sie aber gleichzeitig dazu angehalten werden sollten „by continuing practice to express their ideas that, when the need comes, they will be able to prepare a thesis in intelligent and readable English.“<sup>60</sup> Die Professoren Haskins und Jameson schließlich meinten, daß man sich in einer Übergangsphase befinde, an deren Ende „the type of man who looks forward to a university career and who should have the power and the training to conduct profitable investigation“ stünde.<sup>61</sup> Jameson fügte hinzu: „The person who is to handle college classes should have experienced the pains and pleasures of discovery and have ascertained by his own trials how history is written.“<sup>62</sup> Damit wurde der entscheidende Punkt angeschnitten. Wenn man aus dem *studium generale* der undergraduate Ausbildung in die historische Spezialbildung übergehen wollte, die allein eine selbständige und unabhängige Organisation von Universitätshistorikern rechtfertigte, dann mußte man forschungsorientierte Ausbildung betreiben. Der PhD war zwar nicht unbedingt der Wissenschaft oder der englischen Sprache förderlich, aber er war für das „credentialing“ von Universitätshistorikern (und damit einem entscheidenden formalen Element der Professionalisierung) von ausschlaggebender Bedeutung.

Nun hatte die Chicagoer Tagung mit ihrer überstarken Betonung wissenschaftsorganisatorischer Fragen eine gewisse Sonderstellung. Aber es ist doch bemerkenswert, daß der unverkennbare Professionalisierungsschub nicht aus der nationalen Wissenschaft bzw. der Forschung kam, sondern aus solchen Fragen, wie der Wissenschaftsbetrieb organisiert werden solle. Hier wurde ein professionelles Gehäuse gebaut, in das die Wissenschaft dann mit einiger Verzögerung einziehen konnte. Denn eine Wissenschaft der Geschichte auf nationaler Ebene gab es noch nicht. Dies ist nicht zuletzt für die langfristige Entwicklung von einiger Bedeutung. Solange dieses Gebäude stand, konnte sich auch die Forschung relativ frei entwickeln. In dem Moment, als diese Fundamente zu wanken begannen,

mußte dann auch die Forschung in eine Krise geraten. Die Wissenschaft war in ein fertiges Gebäude eingezogen und vergaß ob ihrer Erfolge, daß dieses von ihr allenfalls gemietet war. Böse, popuulistische Zangen würden sogar sagen, daß die universitären Historiker „squatters“ auf fremdem Besitz waren.

Diese Projektion in eine spätere Zeit wird zusätzlich durch den zweiten Schwerpunkt der Konferenz bestätigt. Die Frage der Lehrerausbildung fand ein ebenso nachhaltiges Echo auf der Tagung wie die *PhD Session*, wobei diese Frage getrennt sowohl von den Kirchenhistorikern (wie sollen Theologen ausgebildet werden – eine sehr heikle Frage, da der Widerstand gegen die universitäre Ausbildung von Pfarrern auf gewaltigen Widerstand von Seiten der Gemeinden stieß) als auch von den säkularen Historikern in bezug auf das Schulwesen angeschnitten wurde. Unter den Rednern zu diesem Thema war im übrigen auch die einzige Wissenschaftlerin, Emily J. Rice, von der University of Chicago, die sich – im mittelwestlichen Kontext durchaus nicht überraschend – für Industrie- und Kunstgeschichte als Medien, um den Kindern Geschichte nahe zu bringen, aussprach. Die zahlreich versammelten WissenschaftlerInnen stritten sich darüber, ob die Geschichte dem Kind oder das Kind der Geschichte folgen solle. Inhaltlich ging es um die Nationalisierung der Bildung mit dem Ziel „to help the child to understand in a true sense what his American fellows are now doing and to help him to intelligent voluntary action in agreement or disagreement with them.“<sup>63</sup> „Americanizing the foreigners“<sup>64</sup> war hier eines der Unterthemen, wobei es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen denjenigen kam, die glaubten, „we must fill their minds with facts of American history“ und denen, die behaupteten „a mere accumulation of facts is of little moment.“<sup>65</sup> Was Themenauswahl und Vorgehensweise der Lehrer anging, entwickelte sich ein durchaus paralleler Bogen zu dem, was die Konferenzteilnehmer über den Ph.D. zu sagen hatten. In beiden Fällen war die Spannung zwischen einem allgemeinen gesellschaftlichen Anspruch der Geschichte und den Ansprüchen der Geschichte an die Gesellschaft (wobei letztere kontrovers interpretiert wurden) unverkennbar. Immerhin gehörten die Historiker zu denjenigen, die sich für ein nationales Erziehungssystem einsetzen und dafür inhaltliche Eckpunkte zu setzen suchten.

Auch die Betonung der Erziehung fällt etwas aus dem Rahmen der üblichen Kongreßgeschäfte. Dennoch ist gerade die Thematisierung der Frage und ihre kontroverse Diskussion eine wichtige Erinnerung. Denn so bedeutend die Rolle von Wissenschaft und Forschung an den Universitäten war, Erziehung und Ausbildung waren für eine sich nationalisierende Historikerschaft die wichtigste Rückbindung an die Gesellschaft und damit eine

entscheidende Grundlage für die Fortentwicklung der Profession. Dies war im engeren Sinne die Lehrerausbildung, so wie sie in Chicago verhandelt wurde, und im weiteren Sinne die Herausbildung eines Curriculums für die Universitäten. Denn es gab nur ganz wenige Universitäten, die erwarten konnten, unabhängig und als Rentiers von ihrem Eigenkapital leben zu können, die Erziehungsleistung oder zumindest glaubwürdiges „credentialing“ einforderten. Im Zweifelsfall kam dieses Kapital nicht vom Staat, sondern von den eigenen Studenten. Die Gewichte verschoben sich dann zwar im Laufe des 20. Jahrhunderts zumindest für einige Spitzenuniversitäten zugunsten einer nationalstaatlichen bzw. nationalen Förderung der Wissenschaft. Doch blieb das Element der Ausbildung auch weiterhin konstitutiv für die Entfaltung der Profession.

Wenn der zu erwartende Austausch über wissenschaftliche Ergebnisse bislang keine Erwähnung gefunden hat, so hat dies seinen guten Grund. Denn im Rahmen der dreitägigen Konferenz war für diesen Zweck nur eine einzige geschlossene Session vorgesehen, wobei von den insgesamt fünf Vorträgen tatsächlich nur zwei Ergebnisse wissenschaftlicher Forschungen vortrugen. Die anderen behandelten die Archivlage und dienten Berichten aus Europa, vorgetragen von einem deutschen Professor aus Jena (Keutgen) und einem russischen Professor aus Sofia (Paul Miljukov). Zwar gab es im Verlauf der Konferenz weitere wissenschaftliche Vorträge und Debatten. Diese schlossen sich jedoch an die „addresses“ der verschiedenen Präsidenten der Universitäten, *Historical Societies* und der in diesem Falle gemeinsam tagenden Vereinigungen der Historiker, Politischen Wissenschaftler und Ökonomen an. Dies waren eher Vorträge in allgemeinbildender Absicht wie etwa derjenige von William M. Sloane über „The Contrast of Political Theory and Practice in France under the Convention“. Chicago 1904 fiel damit etwas aus dem allgemeinen Rahmen. Aber dies war doch nicht so außergewöhnlich, daß es Aufsehen erregt hätte.

Der Gesamteindruck von dieser Jahrestagung ergibt ein Bild des gepflegten Austausches unter Gleichgesinnten, wobei Fragen der Wissenschaft gegenüber dem geselligen Austausch unter Männern einerseits und kontroversen Fragen der Wissenschaftsorganisation andererseits zurücktraten. Man mag zu diesem Zeitpunkt bereits von einer Professionalisierung sprechen (denn es handelte sich hier um eine Versammlung von Berufshistorikern und nicht mehr um eine Versammlung von historisch Interessierten), aber im Selbstverständnis der Teilnehmer waren Fragen der internen Organisation und der externen Ausstrahlung auf die Gesellschaft von entscheidender Bedeutung. Es paßt durchaus auch in dieses Bild, daß der Impetus der Forschung von den *round tables* und damit von den mittelwestlichen *Historical Societies* ausging – genauso wie der Umstand, daß

die in der AHR gedruckten Protokolle wenig über die Themen und die inhaltlich geführte Diskussion zu sagen wußten. Vergleicht man diese Tagung mit denen in den vorausgegangenen und nachfolgenden Jahren, so ist dieses Urteil durchaus verallgemeinerungsfähig.

##### 5. Ein kurzes Intermezzo: New York 1934

Auf den anderen Jahrestagungen spielte das historisch-wissenschaftliche Element zwar eine bedeutendere Rolle als 1904, doch war während des ersten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts noch relativ wenig von jener Spezialisierung der Disziplin und der Differenzierung im Fach Geschichte zu verspüren, welche dann in der Zwischenkriegszeit die gesamte Geschichtswissenschaft, in deutlicher Absetzung von den Gründungsvätern, erfassen sollte. Noch zum 25. Jahrestag, 1909, konnte Albert Bushnell Hart in einem anrührenden Aufsatz über das Verhältnis von Geschichte und Phantasie (imagination) nachdenken – rührend deshalb, weil sein Herz ganz auf der Seite der Imaginisten stand, von denen er große Geschichte erwartete, aber sein Geist sehr wohl wußte, daß das nicht die Geschichte sein könne, mit der man eine Professur und Reputation gewinnen könne.<sup>66</sup>

„The trouble with many historians of large reputation who have a host of readers is that corroder of exactness – imagination. It is the duty of a sober and studious body like the American Historical Association to dwell upon the strictly scientific character of history, to emphasize the fixed principles of research, to warn the world against the consequences of unsober and study and writing of history. The remedy is a matter of method and process and point of view. Is there any way to make history true, except to relieve it of all imagination?“

Hart versuchte zwar eine Antwort auf diese Frage, aber konfrontiert mit dem deutschen Oberseminar und seiner Geschichtsproduktion blieb ihm nur die Sehnsucht nach „the stir and movement of human souls“, welche die gegenwärtige Geschichte so gänzlich verlassen hatte und die er nur noch bei den Alten – bei Macauley, Gibbon und Emerson – fand.<sup>67</sup>

Mit der Verlagerung der Geschichte in die Universitäten begann jene Absetzungsbewegung von einer nationalen Geschichtsrepräsentation, welche den Verband bis in die Gegenwart prägen sollte. Will man den Protokollen trauen, so hatten die Historikertage noch immer jenes Flair des Festlichen und des Geselligen, wobei New York 1934 sich damit hervortat, daß nun (auch dies sollte zumindest für die Historikertage eine Ausnahme bleiben) die Wirtschaft anstelle von Universitäten und historischen Gesellschaften die Sponsorenrolle übernahm.<sup>68</sup> „The members seem to have been dazzled by the lavish hospitality which the local committee of arrangements had provided. They were entertained by the Merchants' Association,

the Chamber of Commerce and even a life insurance company. Capitalism had not then been so often reminded by members of the association that it was dead or dying.“

Das war natürlich eine faustdicke Lüge, die sich aus dem Narrativ solcher Protokolle aufdrängte. Denn noch im Jahr zuvor – auch dies vermerkte das Protokoll – hatte niemand anderer als der damalige Präsident der AHA, Charles Beard, seine Kollegen in einer sehr eindeutigen Wendung gegen eben diesen Kapitalismus aufgefordert, „to reconsider their philosophy of history or, perhaps, to look about and discover if they had one“. <sup>69</sup> Die Antwort war jedoch sehr eindeutig. Weder hatte die Mehrzahl der Historiker eine solche noch wollte sie eine.

Die Ursachenanalyse dieser Entwicklung wurde gleich mitgeliefert:

„[A] different kind of history was coming into being as a result of the rapid rise of the university movement for technical scholarship. Simultaneously with the founding of the American Historical Association there had come the organization of graduate schools and of seminars for training in research. Within a dozen years this movement had overspread the land, scattering focal centers of activity: within thirty years it had created a new literature. ... [T]he ambitious Ph.D.'s attacked every problem that could be handled within moderate space, endeavoring to exhaust the sources bearing thereon and to frame a narrative or exposition that should be rigidly accurate, impeccably documented, and absolutely without prejudice. It was to be a „contribution“.

It is interesting to see how sharp a line was drawn by the writers of this „objective“ or „scientific“ history between their standards and those of the earlier general historians. In the first place they deplored the older writers' preoccupation with public affairs, criticizing them for a conventional and superficial outlook, and finding their writings lacking in comprehension of the actual forces that controlled events. Beyond this the spokesmen of the new school found fault with the moralizing tendencies of the older men, which often led them into unbecoming partiality. ... Against any taint of that kind he [the historian] must be on his guard or he would risk exposure.“ <sup>70</sup>

Damit ergab sich jene Dreiteilung der professionellen Geschichte, die bis in die Gegenwart hinein prägend sein sollte. Erstens bildete sich ein wissenschaftlicher Stil heraus, welcher sich nun zum ganz besonderen Anliegen machte, die Allgemeinheiten der Gründungsväter zu korrigieren und sie mit der Realität der Quellen zu konfrontieren. Technische Perfektion, formale Qualifikation und monographische Spezialisierung waren die hauptsächlichen Kennzeichen dieser Geschichte, die nun zunehmend die Historikerkongresse bestimmen sollte, welche sich mehr und mehr in Ein-

zelforschungen mit der sich daraus ergebenden Multiplikation von *panels* (den ehemaligen *round tables*) zu verzetteln begann.<sup>71</sup> Zweitens trat daneben aber auch eine neue Generalkritik eben dieser Tendenz, die, wie die Arbeiten zweier so verschiedener Historiker wie Charles Beard und Carl Becker, auf eine alternative Geschichte in allgemeiner Absicht hinausliefen.<sup>72</sup> Dies war nun eine *minoritäre* Geschichte geworden. Aber nicht zuletzt ob ihrer Lesbarkeit und ihrer gedanklichen (oder ideologischen) Anregungen verschwand sie nie von den Büchertischen der Verleger. Drittens gab es schließlich eine aufkommende historiographische Kritik, wie etwa jene von James Harvey Robinson, der in seinen reiferen Jahren die Möglichkeit und die Nützlichkeit historischer Objektivität überhaupt in Frage stellte. Immerhin waren alle drei Orientierungen auf den Historikertagen vertreten.

Robinson verband mit seiner Attacke ein spezifisches Programm. Er meinte, Geschichte müsse aufklären, gegen Vorurteile angehen, zu Reform und Veränderung aufrufen und insgesamt einen Nutzen für die Öffentlichkeit haben. Geschichte an und für sich, nach dem deutschen Modell, mache keinen Sinn; sie sei bedeutungslos.<sup>73</sup> Er verband damit eine sozialkritische Perspektive, die ihre späten (wenn auch historiographie-vergessenden) Nachfolger in den sechziger und siebziger Jahren finden sollte. Robinson stand zwar mit seiner Richtung ziemlich allein unter den Historikern, aber nicht mit seiner Forderung nach Nützlichkeit und Funktionalität.

Es war sozusagen ein Zeichen der Dinge, die kommen würden, daß ausgerechnet William Dodd, der kurz vor seiner Berufung als Botschafter nach Deutschland zum Präsidenten der AHA gewählt worden war, zum Thema seiner *presidential address* „The Emergence of the First Social Order in the United States“ gewählt hatte.<sup>74</sup> Das Protokoll sprach vage von einem „new approach to the historical study of American history“.<sup>75</sup> Was Dodd machte, war in der Tat durch und durch moralisch und politisch. Ohne je seine Gegner zu erwähnen, hob er die amerikanische Geschichte und ihren Exzeptionalismus von den großen Gegenspielern Amerikas, dem Bolschewismus und dem Faschismus, ab. Das war nicht mehr die alte Geschichte großer Staaten und Persönlichkeiten, sondern eine Anverwandlung des alten Themas in einer neuen, politisch orientierten „sozialwissenschaftlichen“ Geschichte, die, ganz unschwer erkennbar, die normative Bedeutung der amerikanischen Gesellschaft hervorhob. Die Modernisierungstheorie mußte zwar noch erfunden werden, aber im Ansatz war sie hier schon vorhanden. Damit ist aber gleichzeitig auch der historische Ort bestimmt für jene sozialwissenschaftliche Integration der Geschichte der Nachkriegszeit, welche ein wissenschaftlich reines Gewissen und gesell-

schaftliche Funktionalität so nahtlos im Appell an die „Theorie“ verbinden sollte.

Kein Zweifel, es wurde trotz der Wirtschaftskrise mehr Geschichte produziert als je zuvor. Es war „objektive“ Geschichte. Aber es war auch eine Geschichte, die außer Historikern niemand so recht lesen wollte. Das alte Gespenst der Historiker, die populäre Geschichte, tauchte auf dem Historikertag nur ganz am Rande auf, wenn sich etwa Theodore C. Smith über die lästige Konkurrenz eines populären Buchmarktes beklagte, welche den Historikern die Butter vom Brot klaute, oder wenn die Paramount Motion Picture Corporation zur Unterhaltung der Historiker Filmclips über die Ereignisse der letzten 25 Jahre zeigte und damit jene alternative Geschichtsöffentlichkeit in Erinnerung rief, welche die Historiker nur zu gerne verdrängten. Geschichte als Marken- und Konsumartikel war die neue Konkurrenz geworden, nachdem sich die ursprünglich widerborstigen *State Societies* dem Trend zur Wissenschaftlichkeit angeschlossen hatten. Auf dem Historikertag waren das Randerscheinungen, aber eben Marginalien, die das öffentliche Leben und das historische Bewußtsein bestimmten. Denn Geschichte war in den dreißiger Jahren ganz ohne Zweifel populär – nur eben nicht diejenige, die von den Historikern betrieben wurde.

Die Berufshistoriker wurden von ganz anderen Problemen umgetrieben. Sie lamentierten bereits in den dreißiger Jahren ausgiebig darüber, daß die Geschichtswissenschaft unüberschaubar geworden sei – ein Lamento, das sie beflügelte, in immer größeren Massen die Historikerkongresse zu besuchen. Diese versprachen nun jene Nähe und jene Unmittelbarkeit des Kontaktes, welche über die bloße Wissenschaft und den wissenschaftlichen Austausch nicht mehr gewährleistet waren. So wird von der Chicago-Tagung im Jahre 1938 folgendes berichtet:

„The number of participants in the proceedings whose names appeared on the program was 167. There were 86 papers and addresses, exclusive of comments by discussion leaders at round tables, observations of sessional chairmen, and remarks from the floor. A rough estimate puts the total number of talk-hours, exclusive of course of the immeasurable off-the-program discourse, at something in excess of one hundred.

The spacious lobbies and lounges of Chicago's and the world's largest hotel gave free scope to gregarious and convivial impulses and the flow of professional gossip and facilitated esoteric tête-à-têtes between fellow specialists as well as those discreetly private interviews which are sometimes followed, it is said, by academic appointments. There were the customary breakfast reunions of former graduate students of the larger universities. ... All members of the Association were invited to a tea and reception at the Chicago Historical Society Library and the Museum.

The program embodied no philosophy of history and no particular school of historical interpretation was in the ascent. There was not even a unifying theme, [...]. If the proceedings were wanting in evidence of historical planning, they were for that reason the more representative of the manifold and heterogeneous interests and viewpoints of the members of the Association.“<sup>76</sup>

Auch das war in gewisser Weise eine Fiktion. Aber es war jedenfalls so, wie sich universitäre Berufshistoriker wünschten, daß die Jahreskonferenzen sein sollten – bunt, vielfältig, ohne allzuvielen ideologische Streitereien, und eine Gelegenheit, alte Freunde zu treffen und sich die jüngeren Kollegen genauer anzusehen. Dieser Wunschtraum ist bis in die Gegenwart geblieben. Was sich geändert hat, ist die Realität.

## 6. New York 1960

Die Verhältnisse in New York im Jahre 1960 waren nicht weniger widrig als diejenigen in Chicago 1904, wenn auch in diesem Falle nicht das Wetter, sondern die mangelhaften Hoteleinrichtungen den Historikern einen Streich spielten. Das Protokoll bemerkte dazu mit einiger Ironie:

„Between December 28 and December 30, 1960 over three thousand registered historians and an undetermined number of auxiliaries, disinclined to mind the fees and the queues of the registry, gathered on the occasion of the seventy-fifth annual meeting of the American Historical Association in their triennial campaign to take over New York City. Headquarters were set up at the Statler-Hilton Hotel, and the historians immediately encountered, within these hallowed precincts a resistance that was as fierce as it was unexpected. The mezzanine, traditionally the center of all operations, was the scene of an evident scorched-earth policy. Exhibitors, registrars, slave traders, and circulators strove manfully to execute the usual logistics against a stark background of naked posts, temporary partitions, and uncharted ceilings. And when retreat to the meeting halls was sounded, a counterattack followed, featuring the unveiling of two secret weapons – a giant hammer whose function was exclusively auditory and a ray gun which diffused an even temperature of 100m degree F. through many of the public halls.“<sup>77</sup>

Sucht man nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner der Historikertage in den sechziger Jahren, dem zahlenmäßigen Höhepunkt der Kongreßbewegung des AHA, so wird man immer wieder auf die Tatsache überheizter Räume in den Hotels stoßen. Dies ist bis in die Gegenwart ein ungelöstes Problem geblieben, wenn man auch von der 1996er Tagung in Atlanta hört, daß die Temperatur inzwischen auf 90 Grad Fahrenheit gefallen sei, was aber die inzwischen hemdsärmeligeren HistorikerInnen nur zu neuen

Taten zu beflügeln schien. Denn der Wetterbericht wurde in diesem Falle von einem Historiker noch auf dem (verschneiten) Flughafen von Atlanta auf seinem PC geschrieben und dann über das Internet abgesetzt, wo ihn dann all diejenigen vorfanden, die wegen des Blizzards an der Ostküste überhaupt nicht aus Atlanta herauskamen. Aber sieht man einmal von der *longue durée* des amerikanischen Klimas ab, so stößt man im Vergleich von 1904 und 1960/67 einerseits und 1967 und 1996 andererseits auf völlig andere Konjunkturen.

Dies betrifft vor allem die schiere Zahl der anwesenden Historiker. Galt die 1960 in New York registrierte Zahl von 3000 Anwesenden als besonders hoch, so verdoppelte sich die Zahl der anwesenden Historiker bei der übernächsten Sitzung in New York (1966) auf über 6000 und selbst in Toronto (1967) fanden sich etwa 3500 Historiker ein.<sup>78</sup> Dies waren Größenordnungen, welche die Vorstellungskraft sprengten und ein verbreitetes Unwohlsein und ein Gefühl der Ungeselligkeit hinterließen. Es war zu fürchten, daß die Masse der Historiker langsam die Qualität erdrücken würde, was zunächst einmal in dem Sinne verstanden werden muß, daß der alte patrizische Habitus sich nicht mehr durchhalten ließ.

Gegenüber dem Anfang des Jahrhunderts ist besonders auffällig, wie Fragen der Wissensorganisation aus der Öffentlichkeit hinaus verlagert worden sind. Zwar gab es durchaus noch die eine oder andere Sitzung, die sich etwa mit Fragen der Graduiertenausbildung beschäftigten, aber Probleme der Curricula oder der Lehrerausbildung waren nun fast vollständig verschwunden bzw. wurden von einer der vielen Unterorganisationen des Verbandes in einer der *joint sessions* unter Spezialisten abgehandelt. Die Universitäten hatten meistemeils diese Probleme in ihre *Schools of Education* verlegt, wo sie vor sich hindümpelten und von der Mehrzahl der Akademiker kaum mehr wahrgenommen wurden. Jedenfalls konnte man sich mit diesen Problemen auf den Historikertagen der sechziger Jahre keinen Namen mehr machen.

Auch die Geschäfte des Verbandes, die Vielzahl administrativer professioneller Fragen, wurden nun sozusagen im Hinterzimmer ausgehandelt. Daß da Vieles und Wichtiges besprochen wurde, bestätigen die Protokolle, die nun allerdings separat als Anhang zur Übersicht über die wissenschaftlichen *panels* in der AHR abgedruckt und von den meisten Lesern der Zeitschrift nicht mehr wahrgenommen wurden. Dabei waren sie alles andere als uninteressant, wenn auch vieles in diesen Geschäftsberichten nachgerade unverständlich ist, wenn man sich nicht tief in die Materie einarbeitet. Das deutet darauf hin, daß sich inzwischen eine Gruppe von Wissenschaftsbürokraten herausgebildet hat (oder daß die professionellen Historiker sich diesen Hut aufsetzten, wenn sie in Committee-Verhandlungen

eintraten), die im wesentlichen pragmatisch von Fall zu Fall entscheidend an die anstehenden Probleme der Historikerschaft herangingen. Nun könnte man meinen, daß dies Trivialitäten produziert hätte. Dies ist in gewisser Weise auch so, aber viel erstaunlicher, weil so unerwartet, sind die Einsichten über die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform des Verbandes und seiner Jahreskonferenzen. Da gab es Sitzungen und selbst ein *Ad hoc Committee*, das sich mit dem Problem des Fernsehens und der Geschichte auseinandersetzten und eine offensive Auseinandersetzung mit diesem neuen Medium forderten.<sup>79</sup> 1967 empfahl das Council, also das Führungsorgan der AHA: „That the remarkable growth of the profession, the expansion of interest in areas of the world previously neglected in both teaching and research, and the increasingly active role the Association is beginning to play in the teaching of history at every level of instruction require that the Annual Meeting and the creation of its program receive more consistent and determined attention that they have thus far.“<sup>80</sup>

Dies war nichts anderes als die Forderung nach einem mehr zeitgemäßen geographischen Schlüssel für die Verteilung der Sitzungen, die 1960 in etwa zur Hälfte von organisierten Interessen (also den verschiedenen Untergruppen des Verbandes) bestimmt wurden. Es gäbe noch von anderen solchen Ansätzen zu berichten, die in diesen Sitzungen beraten und beschlossen wurden. Doch das Fazit ändert sich damit nicht. Die Umsetzung solcher Initiativen blieb weitgehend stecken. Es fehlte nicht an Initiative, sondern an Durchsetzungsfähigkeit. Dies mag zum einen damit zusammenhängen, daß der Verband innerhalb kürzester Zeit so ungeheuerlich gewachsen war. Aber entscheidender war denn doch, daß Historiker in den sechziger Jahren es nicht für notwendig erachteten, mit derselben intellektuellen Kuriosität und Intensität an diese Fragen der Profession heranzugehen, wie dies am Anfang des Jahrhunderts geschehen war. Um die Metapher vom Anfang aufzunehmen: Das Gebäude, in das die Historiker eingezogen waren, zeigte erhebliche Abnutzungerscheinungen.

Die unverkennbare organisatorische Paralyse wurde durch die Hochblüte wissenschaftlicher Tätigkeit überdeckt. Waren wissenschaftliche Vorträge und Sessionen nur ein Teil des Gesamtprogrammes am Anfang des Jahrhunderts, so standen sie nun ganz im Mittelpunkt. Der Jahreskongreß 1960 verbrachte seine Zeit, indem er mit einer kaum überbietbaren Intensität tagte. Überraschenderweise waren die gewissermaßen monographischen Themen, zumindest auf der 1960er Tagung, in der Minderzahl, wenn auch die absoluten Zahlen angestiegen waren: Amerikanische Geschichte (7), Englische Geschichte (2), Französische Geschichte (2), Deutsche Geschichte (1), Italienische Geschichte (1), Klassische Geschichte (1), Mittelalterliche Geschichte (2). Große thematische Problemkomplexe

(zumindest was die Titel der Sessionen anging) beherrschten die Sitzungen, wobei insbesondere die Zeitgeschichte durch übergreifende, auch interdisziplinäre Ansätze auffiel, denen sich amerikanische (2), west- und osteuropäische (2) und lateinamerikanische (1) Historiker widmeten. Hervorzuheben auch die Versuche, die Geschichte im Rahmen der Sozialwissenschaften zu verankern, wozu Sitzungen über Psychologie, Soziologie, Theologie, Philosophie und Politik dienten – also eine Art Vorlauf für all das, was dann zehn Jahre später Hans-Ulrich Wehler in seiner berühmten „Gelben Reihe“ bei Kiepenheuer & Witsch einem deutschen Publikum vorzuführen begann.

New York 1960 bot ein Programm, das die Zukunftsperspektive für das nächste Vierteljahrhundert (der Verband war 75 Jahre alt geworden) aufzeigen wollte. Leonard Krieger (Yale) hat dies durchaus so programmatisch gesehen. Die Vorgaben des Programmkomitees, als dessen Vorsitzender er fungierte, hat dieses Ziel wie folgt gefaßt:

„The program was a blend of proposals of joint sessions initiated by the cooperating societies, negotiated and approved by the AHA Program Committee; proposals of papers by individual members of the AHA around which the Program Committee built sessions; and sessions developed upon the initiative of the Program Committee. ... The Committee adopted three criteria of programming, [...]. First, it would accept any proposal in any field from any source if such proposal promised to be of general interest to historians. Secondly, the committee would give special consideration to topics drawn from the „frontiers of history“ [...]. It constructed „frontiers of history“ to include not only particular areas and methods that have recently attracted special attention from historians but also the general dislocation of historical boundary lines that has resulted from postwar impatience with the older cultural, national, periodic, and functional subdivisions of history. Thirdly, no single theme or emphasis should be prosecuted to the extent of neglecting the variety of interests and attitudes characteristic of our far-flung profession. The Program Committee thus deemed flexibility in design to be a good in itself.“<sup>81</sup>

Diese Flexibilität wurde in gewisser Hinsicht auch erreicht. Denn ganz entgegen den späteren Querelen zwischen einer geistes- und sozialwissenschaftlichen Orientierung standen beide auf der New Yorker Tagung nebeneinander, ohne daß größere Reibungen zu erkennen waren. Angesichts der vorwiegend ideengeschichtlichen Orientierung der Mitglieder des Programmkomitees mag überraschen, wie stark sozialwissenschaftlich der Kongreß ausgerichtet war.

Im amerikanischen Kontext war diese Hinwendung zu einer sozialwissenschaftlich ausgeweiteten interdisziplinäre Geschichte durch die allge-

mein gerühmte *presidential address* von William L. Langer zum Thema angeregt worden und wurde nun drei Jahre später in die Tat umgesetzt.<sup>82</sup> Eine Konjunktur sozialwissenschaftlicher Methoden in der Geschichte sollte dann auch prompt einsetzen. Sie war die erste große Methodeninnovation, die Herausbildung einer neuen Schule, seit den zwanziger Jahren. Wenn man allerdings die Kurzlebigkeit dieser Methode bedenkt und sich die Vortragsthemen etwas genauer ansieht, so wird sehr schnell ersichtlich, daß nicht die Methode, sondern das Format entscheidend war. Die vortragenden Historiker versuchten mit der Anlehnung an die Sozialwissenschaft etwas von jenem Hauch der „großen“ Geschichte zurückzugewinnen, der ihnen mit der Perfektion der Technik verloren gegangen war. Sie suchten nach jener Verallgemeinerungsfähigkeit der Geschichte, die sie in der Zwischenkriegszeit als politischen und moralischen Ballast über Bord geworfen hatten. Das ging 1960 noch gut. Urbanisierung war sechsmal vertreten, wobei sich eine Session des Themas Verkehr und Infrastruktur annahm. Daneben standen thematische Sitzungen über Humanismus und Neo-Humanismus, Nationalismus, Militärdiktaturen, Panslavismus, die Russische Intelligenzija, Reformation und Kunst oder eine komparative Analyse von Landreformen. Es gab selbst eine Session zum Thema „The Uses of Symbols in History,“ die gleichermaßen durch ihre Kühnheit und Folgenlosigkeit auffallen mußte. So sehr alles möglich schien, selbst damals wuchsen die Bäume nicht in den Himmel.

Die Historiker hatten zumindest der Absicht nach zu den großen Themen der Geschichte zurückgefunden. Eine genauere vergleichende Analyse der Kongresse zwischen 1957 und 1964 würde bestätigen, daß diese Jahreskongresse zu den Sternstunden der Geschichte in den Vereinigten Staaten gehörten. Etwas Vergleichbares hat es weder vorher noch nachher gegeben. Bereits am Ende des Jahrzehnts sollte sich jedoch zeigen, daß der Zusammenhalt dieser Geschichten nicht aus der Wissenschaft als sozialwissenschaftlicher Theorie, sondern aus der *pax americana* und dem Hochgefühl unangefochtener amerikanischer Weltmachtstellung kam. Mit der militärischen Krise in Vietnam stellte sich sofort auch wieder eine Sinnkrise dieser großen Geschichte ein, aus der sich zumindest die Mainstream-Historiker einmal mehr in die Geschichtstechnik zurückzogen.

Doch dies war nun nicht mehr so einfach. Denn im Gegensatz zur Entwicklung nach der Jahrhundertwende war nun die lange Konjunktur der universitären Fachhistorie in den Vereinigten Staaten ausgelaufen. Anfang der siebziger Jahre brach der *job-market* für Historiker zusammen, die Zahl der Geschichtsstudenten an den Hochschulen nahm drastisch ab, der Verband geriet in die roten Zahlen, die Teilnehmerzahlen an den Historikerkongressen schrumpften dramatisch. Mit dem Ende der wirtschaftlichen

Hochkonjunktur und der evidenten Krise der amerikanischen Weltmachtstellung brach zeitgleich eine Geschichte ab, die sich ihrer Objektivität rühmte und doch ihre Objektivität den glücklichen Umständen der amerikanischen Gegenwart verdankte. Für die Geschichtswissenschaft jedenfalls hatte das Ende des Jahrhunderts begonnen. Das war ein erneutes schmerzhaftes Beginnen, wenn es denn überhaupt ein Anfang war.

\* \* \*

Wurde 1960 die Flexibilität der Themenbildung hervorgehoben, so wurde in der sich anbahnenden Krise des Verbandes und seiner Kongresse die Inflexibilität des vorherrschenden Historikerdiskurses entdeckt. Nimmt man nämlich die etwas pedantischeren Jahrestagungen von 1965 bis 1967 und vergleicht sie mit denjenigen der frühen oder späten dreißiger Jahre,<sup>83</sup> dann stellt man zunächst einmal fest, daß sich unter der Oberfläche großer Themen außer der Zahl der Teilnehmer und der Sessionen soviel wiederum nicht geändert hat. Die Zahl der Sessionen (zwischen 70 und 80) hatte sich zwar im Vergleich zu den frühen dreißiger Jahren (etwa 30) mehr als verdoppelt. Aber die geographische Verteilung der Sitzungen ist weitgehend gleich geblieben. Die Geschichte, die auf diesen Historikerkongressen vertreten wurde, war weitgehend eine amerikanische und westeuropäische Geschichte, wobei in der Nachkriegszeit die moderne und Zeitgeschichte die ältere und klassische Geschichte nun noch deutlicher übertrumpfte als zuvor. Die nichtwestliche Geschichte hingegen trat nur marginal in Erscheinung, so daß der geringe relative Abfall (!) dieser Geschichten auf den Historikerkongressen der Nachkriegszeit (gegenüber denjenigen der dreißiger Jahre) auch nicht weiter ins Gewicht fällt. Es herrschte ohnedies soviel Betrieb, daß niemand so recht überschaute, was eigentlich geschah. Das Protokoll der Tagung von Toronto (1967) vermerkte dazu:

„The horizon of the historian had been extended to include virtually all parts of the world, reflecting the world wide interests and commitments of the United States. New fields had been opened up and new methods made possible by technological changes and advances in the social sciences had been developed. The nature and interest of the profession had changed significantly by 1967, and its membership had increased to sixteen thousand. The annual meeting, reflecting these changes, had grown enormously in size, a victim of its own prosperity. Attendance had increased tenfold, the number of sessions had tripled, and there were thirty organizations meeting jointly with the Association instead of seven. Still, the meetings were during the same period of the year and for the same duration (three days) as they had been thirty-five years earlier. There is much to be said for tradition, but whether it is possible to continue the patterns of past mee-

tings indefinitely into the future, as the Association continues to grow, is a question that can no longer be avoided.“<sup>84</sup>

Nun ist die Assoziation in den siebziger Jahren nicht gewachsen, sondern geschrumpft. Aber das Problem ist geblieben. So hat man sich seit der Mitte der siebziger Jahre daran gemacht, nun tatsächlich nicht mehr eine große, sondern eine sehr viel umfassendere Geschichte zu bieten. Dies aber hieß vor allem, daß die Zahl der *panels* weiter gestiegen ist mit dem Ergebnis, daß in den Jahren 1994 bis 1996 zwischen 140 und 148 *panels* angeboten wurden. Damit ist es tatsächlich zu einer umfassenderen Repräsentation der Geschichten gekommen, aber eben auch zu einem Zustand, daß niemand mehr von diesem Angebot Gebrauch machen kann. Louis Harlan hat den berechtigten Verdacht geäußert, daß ganz im Gegenteil das Überangebot an Sessionen nur den Trend zur Spezialisierung, der bislang der Wissenschaft vorbehalten war, nun auch die Historikerkongresse erfaßt hat: „The AHA is the oldest and largest institution in the profession, but there are historians who are ready to abandon the AHA as an anachronism. They say we are trying to cast too wide a net over an expanded and fragmented profession, that the sessions at our annual meeting do not adequately serve the need for dialogue within their topical and regional specialities [...]“<sup>85</sup>

Die Geschichten der Welt lassen sich nicht unter den Hut eines einzigen Historikertages stopfen, vielleicht nicht einmal mehr in einer einzigen Organisation vertreten. Dies ist die Krise einer monopolistischen Organisationsform und einer lokal versammelten Konferenzöffentlichkeit, die entdecken müssen, daß sie, wenn sie nun tatsächlich ihre Programmatik aus dem vorherigen Jahrhundert erfüllen wollen, an die Grenzen ihres Wachstums stoßen und eher zum Hindernis als zur Förderung einer globalen Geschichte gereichen. Man trifft sich zwar noch auf den Historikerkongressen, aber man lernt sich nicht mehr kennen.

Das Problem einer Expansion der historischen Wissensgebiete und ihrer Organisation in einem Verband und einem Kongreß ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere hat vielleicht mehr Aufsehen erregt. Es war 1960 ganz unverkennbar, daß eine kleine Verbandsoligarchie die Aktivitäten der AHA und eine wissenschaftliche Oligarchie das Gesehehen auf den Historikerkongressen bestimmte. Das Programmkomitee der Tagung von 1960 setzte sich ausschließlich aus Professoren der *Ivy League*-Universitäten zusammen – allesamt weiß, männlich und berühmt. Die *Ivy League* stellte unter Hinzunahme der anderen großen Forschungsuniversitäten des Landes schließlich auch die Hälfte der aktiven Teilnehmer, während der Rest des Landes zuhörte oder abwesend war. Dies stieß auf zunehmend radikalen Widerspruch, der sich dann auch in einer grundlegenden Reform des Ver-

bandes (er gab sich 1974 eine neue demokratische Konstitution), einer Umkrempelung des *Program Committee* und entsprechend auch in einer Abwendung von den vorherrschenden Themenstellungen (ersichtlich in den Veröffentlichungen der AHR ab 1984 und in den Programmen der Historikerkongresse insbesondere der neunziger Jahre) niederschlug. Wenn nun darüber viel gelästert wird und die ganze Sache über die Vereinigten Staaten hinaus als „political correctness“ verschrien ist, so wird man sich zunächst einmal fragen müssen, ob die vorangegangenen Tagungen denn weniger politisch korrekt waren in ihrer ganz selbstverständlichen Mißachtung der ursprünglichen Verfassung von 1884, gemäß der der Verband und seine Kongresse allen offenstanden und es nirgends festgelegt war, daß die Ladies sich bei Tee und Gebäck trafen, während die Männer tagten, rauchten und tranken. Aber wichtiger ist dann doch, wie denn nun eine tatsächlich demokratische Geschichte funktionieren kam. Daß dabei im amerikanischen Kontext an jene sektionalen Tendenzen, die einstmals im Mittleren Westen so stark waren, mit ihrem ganz anderen Geschichtsbegriff angeknüpft werden kann und auch angeknüpft wurde, sollte nicht überraschen. Der Aufstand der siebziger Jahre war zunächst einmal eine Rückkehr zu einer Geschichte in der Gesellschaft gegen eine Oligarchie, selbst wenn diese Gesellschaftsgeschichte betrieb.<sup>86</sup> Daß diese Geschichte inzwischen von feministischen und minoritären Gruppen – statt von den alten *State Societies* – vorangetrieben wurde und daß es gegen diese Geschichte in der Folge einen populistischen Nachlaß gegeben hat, zeigt nur an, daß sich auch die amerikanische Gesellschaft verändert hat.

Bereits 1960 warf der langjährige geschäftsführende Sekretär der AHA und Washington-Insider, Boyd C. Shafer, eine weitere Frage auf. Nachdem er zunächst einmal hervorgehoben hatte, daß die gegenwärtigen Historiker weder zum Philosophieren noch zum Synthetisieren neigten und ihr Hauptgewicht auf kleinzellige, monographische Studien verlegten, deren Hauptkernzeichen die Spezialisierung sei, wagte er einen Blick voraus – und kehrte damit ganz zu den Sorgen und Problemen der Anfangstage zurück: „The one hundredth anniversary of our Assosiation, established by historians for the promotion of historical Studies in America, will be in 1984. When in January 1985 a new President [of the United States] addresses the Congress on the State of the Union, will he be intelligently informed by history, will he use the historical approach? Will the Congress understand him if he does? Will the people?“

Diese rhetorische Fragen ist nach 1984 nicht mit „Nein“ zu beantworten. Ronald Reagan hat immer sehr viel auf Geschichte gehalten, nur eben kannte er sie aus dem Kino. Newt Gingrich ist Historiker, nur eben unterrichtete er in einem religiös geprägten College. Die amerikanische Gesell-

schaft ist weniger geschichtsvergessen, als dies gemeinhin angenommen wird, obwohl sich die Jugend, ähnlich wie in Deutschland, an keine Zahlen erinnert und überhaupt ein sehr inakkurates Bild von der Vergangenheit besitzt. Aber trotz eines Jahrhunderts professioneller Geschichte wird das historische Bewußtsein nicht von Historikern gemacht. Die Historiker sehen sich vielmehr mit dem Problem konfrontiert, ob sie denn überhaupt noch jemand wahrnimmt:

Louis Harlan meinte 1990, daß es für die Mitglieder der AHA an der Zeit sei, „[to] punch our way out of our academic paper bag“.<sup>87</sup> Das wird die Geschichte der nächsten hundert Jahre werden.

\* \* \*

Begreift man die Historikerkongresse als eine besondere Form kommunikativer Öffentlichkeit, so läßt sich mit einiger Sicherheit sagen, daß diese Zukunft im Dezember 1992 begonnen hat, als die Idee eines elektronischen Netzwerkes in den Humanwissenschaften angezeigt wurde. Dieses Netzwerk, H-Net, ist im Juni 1993 mit drei Listen und fünfhundert Subskribenten operativ geworden.<sup>88</sup> Im Oktober 1995 gab es bereits 49 H-Net Listen mit 33.000 Subskribenten in 62 Ländern, und die Zahl sowohl der Listen als auch der Subskribenten ist in den letzten Monaten explosionsartig angestiegen.<sup>89</sup> Diese Entwicklung läßt sich für den gesamten englischsprachigen Raum konstatieren. Führend sind (in abnehmender Reihenfolge) die Vereinigten Staaten, Australien/Neuseeland, Canada, Israel, Großbritannien, Singapur und Hongkong. Deutschland hinkt, im übrigen zusammen mit Japan, soweit hinterher, daß sich H-Net Central fragt: „Do the German academics just not communicate with one another? Do they use email amongst themselves? Do they have Pcs in the first place?“<sup>90</sup>

Eine Antwort dürfte wohl eher in der ganz andersartigen Berufs- und Kongreßkultur der Historiker Deutschlands und Japans zu finden sein, über die ich mich hier nicht verbreiten will. Jedoch gibt mir die Enttäuschung gerade der willigen und interessierten deutschen Historiker, die sich die Sache zumindest angesehen haben und ganz einstimmig den mangelnden wissenschaftlichen Ertrag von H-Net erwähnen, die Gelegenheit, noch einmal die Erklärungskraft des hier vorgestellten Arguments über die Kongreßkultur als Ausdruck einer kommunikativen Öffentlichkeit der amerikanischen Historiker hervorzuheben. Ich habe ganz bewußt die Jahrestagung von 1904 herausgegriffen, weil der wissenschaftliche Ertrag dieser Tagung sehr gering war und sich eigentlich erst sechzig Jahre später zeigte. Denn was sich 1904 ereignete, war für die Formation einer amerikanischen Historikerschaft wichtig – und damit für die Zukunft entscheidend. Es ging darum, im Gespräch und im Rahmen der damaligen Öffentlichkeitsformen die Verfaßtheit einer neuen und rapide expandierenden Gruppe von uni-

versitären Historikern abzuklären. Genau darum geht es auch im H-Net, das man als eine Fortsetzung der alten Kongreßkultur mit anderen Mitteln ansehen sollte.

Dieses elektronische Netzwerk will wissenschaftlich sein und wird es wohl auch werden, wobei es nach und nach die Möglichkeiten und die Genres elektronischer Kommunikation ergründen wird. Es ist schön und gut, von einer „Revolution“ zu reden, aber sie muß, wie die industrielle Revolution des 19. und die organisatorische Revolution des 20. Jahrhunderts, erst einmal gemacht werden – und man kann es dann zukünftigen Historikern überlassen zu fragen, ob es denn wirklich eine war. Die Kommunikationsformen dieser elektronischen Welt – etwa der transnationale Verbund des Netzes und seine „selbstverständliche“ Bevorzugung der englischen Sprache – und seine besonderen Genres – etwa die nicht-lineare Schreibweise des Hypertextes – müssen noch weitgehend ausgekundschaftet und in ihrer Konsequenz für das wissenschaftliche Arbeiten geklärt werden. Das fängt mit ganz einfachen Dingen an: Wie zitiert man z.B. Texte im und aus dem Internet? Wo sind die Texte archiviert? Wer schützt Texte davor, daß sie nicht elektronisch verändert werden, oder sollte man eher davon ausgehen, daß Texte verändert werden? Wer ist der Autor in diesem Falle? Das ist die Praxis einer Revolution kommunikativer Formen, wenn man sie denn so bezeichnen will.

Vorläufig funktioniert das H-Net als ein – im ganz altertümlichen Sinne – Magazin der Wissenschaften, als interaktive Nachrichten- und Bibliographienbörse, als Ort des Erfahrungsaustausches (nicht zuletzt über Fragen der Lehre) und der Kolloquialität mit allen Reibereien und Kontroversen, die ein solcher Austausch mit sich bringt. Das H-Net ist also genau das, was die ersten Historikertage auch waren. Nur eben handelt es sich hier um eine virtuelle (und nicht mehr örtlich versammelte) Öffentlichkeit mit einer transnationalen Mitgliedschaft, deren Organisationsformen erst noch zu bestimmen sein werden. Darüber gibt es eine Vielzahl von Utopien und Dystopien, aber wie im Jahre 1884 wird man dieses Medium – seine Öffentlichkeit und seine Narrative – erst einmal ausprobieren müssen. Man braucht nicht die Chaos-Theorie zu bemühen, sondern nur die Karriere von Henry Baxter Adams und seiner Vorstellungen von einem nationalen Historikerkongreß zu studieren, um zu sagen, daß die großen Umwälzungen mit gewagten Visionen einerseits und mit kleinen und meistens arbiträren Kommunikationen und ihren handfesten Folgen andererseits begonnen haben.

## Anmerkungen

- 1 Ich möchte mich an dieser Stelle bei Neal Enssle, *graduate student* an der University of Chicago, für seine Hilfestellung bei der Fertigstellung dieses Beitrages bedanken.
- 2 Nur am Rande sei hier erwähnt, daß derartige Präsentationen durchaus einen karrierefördernden Effekt haben. Für PhDs ist ein paper auf der AHA (das ja vorher von einem Fachgremium ausgewählt worden ist) eine Art Gütezeichen, das bei der Jobsuche seinen Wert hat. Für Kandidaten für eine Dauerstellung (*tenure*) ist die aktive Teilnahme an derartigen Kongressen ein Nachweis professioneller Präsenz. Zwar bilden Veröffentlichungen von Aufsätzen und Büchern nach wie vor die wichtigste Grundlage (zusammen mit der inzwischen an den meisten Colleges und Universitäten erheblich gestiegenen Bewertung des Unterrichts), aber das „Auftreten“ gehört zu den nicht zu unterschätzenden Unwägbarkeiten einer Karriere.
- 3 Die einstmals vorherrschende Praxis, PhDs auf diesen Tagungen zu „verschachern“ bzw. in Zeiten großer Nachfrage einzukaufen, gehört inzwischen weitgehend der Vergangenheit an. Allerdings sehen sich verschiedene Colleges und Universitäten angesichts eines knappen Budgets wieder vermehrt entweder auf Telefoninterviews oder eben auf die Jahrestagung angewiesen. Deshalb ist die Zahl der Interviews vor Ort in den letzten Jahren angestiegen. Es ist ein Zeichen veränderter Befindlichkeiten – eben der kleinen Kongresskultur – wenn zu diesem Zweck für ärmere Institutionen Kabinen eingerichtet werden und reichere Universitäten sich Gäste-Suiten leisten. Denn es gilt nun als allgemein unzumutbar, daß diese Interviews, wie früher üblich, in einem der privaten *bedrooms* stattfinden.
- 4 R. A. Billington, *Tempest in Clio's Teapot: The American Historical Association Rebellion of 1915*, in: *American Historical Review* [AHR] 78 (1873), S. 348-369.
- 5 *Challenging Traditional Views, Some Historians Say Their Scholarship May Not Be Truly Objective*, in: *Chronicle of Higher Education*, 26 (16. Januar 1991), A 5-6.
- 6 *Politicization of the Association*, in: *Perspectives – American Historical Association Newsletter* 21 (1983), S. 19-20.
- 7 R. Koselleck, *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a.M. 1992.
- 8 L. R. Harlan, *The Future of the American Historical Association*, in: *American Historical Review* (AHR) 95 (1990), S. 1-8, hier S. 1.
- 9 *Annual Highlights: Chicago 1995*, in: *Perspectives – American Historical Association Newsletter* 33 (1995), 1, S. 16: „The presidential reception that followed marked another innovation for the Association, with dancing to a wide array of popular music from Motown to the present.“
- 10 P. Rollins, *American Historical Association's 110th Annual Meeting in Atlanta*, in: *H-Net Intellectual History List*, 10. Januar 1996  
<H-IDEAS@UICVM.CC.UIC.EDU>
- 11 Ch. K. Adams an Moses Coit Tyler, 10. Mai 1884, zit. nach D. van Tassel, *From Learned Society to Professional Organization: The American Historical Association, 1884–1900*, in: *AHR* 89 (1984), S. 929-956, hier S. 933.

- 12 H. B. Adams, A New Historical Movement, in: *The Nation*, 18. September 1884, 240, repr. in *Papers of the American Historical Association [Papers] I* (1884), S. 5-8.
- 13 Ebenda, S. 47-72. Die anderen Aufsätze behandelten die Geschichte der Landgrants in den Northwest Territories, den Louisiana Purchase und seinen Einfluß auf die Vereinigten Staaten sowie die Appointment Powers of the President (Lucy M. Salmon).
- 14 Der erste Aufsatz zur europäischen Geschichte war von J. F. Jameson, William Usselinx, Founder of the Dutch and Spanish West India Company, in: *Papers II* (1887), S. 149-382.
- 15 J. Franklin Jameson, The American Historical Association, 1884-1909, in: *American Historical Review* 15 (1909), S. 1-20, hier S. 9.
- 16 Ders., Early Days of the American Historical Association, 1884-1895, in *AHR* 40 (1934/35), S. 1-9, hier S. 2.
- 17 Zur allgemeinen Einschätzung siehe J. Higham u.a., *History: Humanistic Scholarship in America*, Englewood Cliffs, N.J. 1965.
- 18 Jameson, *The American Historical Association* (Anm. 15), S. 2.
- 19 H. B. Adams, New Methods of Study in History, in: *Journal of Social Science* 3 (1883), S. 213-264.
- 20 Ch. K. Adams, Recent Historical Work in the Colleges and Universities of Europe and America, in: *Report 1889*, S. 19-42. Der frankophile H. B. Adams betonte, daß „after all due allowances are made, it would certainly not be too much to say that at the present day there is no thorough good teaching of history anywhere in the world that is not found on that careful, exact, and minute examination of sources which was originally instituted and has ever since been encouraged by the German seminary system. (S. 37)
- 21 Adams, *New Methods of Study in History* (Anm. 19), S. 214.
- 22 Ich gehe hier der offensichtlichen evolutionistischen Spur nicht weiter nach, obwohl sie nicht ohne Bedeutung ist. Siehe dazu D. Ross, *Historical Consciousness in Nineteenth Century America*, in: *AHR* 89 (1984), S. 909-928.
- 23 J. B. Angell, The Inadequate Recognition of Diplomats by Historians, in: *Report 1983*, 13-24. Erst mit der Herausbildung der Sozialwissenschaften als analytischen Wissensgebieten und der gleichzeitigen Wende der Geschichtswissenschaft zu dem, was die Amerikaner „historicism“ nennen – nämlich zu eine entscheidungs- und ereignisorientierten und am historischen Wandel, bzw. Diskontinuitäten interessierten Geschichte – trennten sich die Wege. Damit begann auch sogleich der umgekehrte Prozeß der Gründung vermittelnder Dachorganisationen wie des *American Council of Learned Societies* (ACLS), 1919 oder des *Social Science Research Council* (SSRC), 1925.
- 24 W. H. McNeill, *Huchin's University: A Memoir of the University of Chicago, 1929-1950*, Chicago 1991.
- 25 *History and Historians at Chicago [Historikerkongreß 1938]*, in: *AHR* 44 (1939), S. 481-507: President Hutchins and Dean Snyder [Northwestern University] „gave the impression of being quite sure in their own minds that historians should be moral philosophers and instruct the public in the „teachings of history“, as to which, it seemed to be assumed, all true moral philosophers would agree.“ (S. 482). Im Ge-

- gensatz dazu die programmatische Programmlosigkeit der Historiker: The program embodied no philosophy of history, and no particular school of historical interpretation was in the ascent.“ (ebenda).
- 26 H. B. Adams, Biographical Sketch of Leopold von Ranke, with an account of Ranke and the Historical Commission of the Bavarian Academy of Science, and bibliographical Notes on Leopold von Ranke, in: Papers II (1987), S. 101-133; Frederic A. Bancroft, A Reminiscence of Ranke, in: ebenda, S. 121-124.
  - 27 E. Pocock, Presidents of the American Historical Association: A Statistical Analysis, in: AHR 89 (1984), S. 1016-1024.
  - 28 Man geht durchaus nicht fehl in der Annahme, daß Adams an eine Art Akademie der Wissenschaften gedacht hat: „The various reunions, together with those in Washington, clearly show that the time has come for organizing annual American Congresses of learned societies in our great city [Washington, D.C.]. Kindred subjects like history, politics, economics, and social sciences should be kept together in the same congress by means of allied associations. There is an enormous waste of energy in the present management and social entertainment of large conventions of educators and learned bodies. By means of a general committee of arrangements a national congress of all kindred societies could be brought about, and their various members might thus enjoy larger opportunities for acquaintance, converse, and discussion. With conventions held in different cities, members of kindred societies have difficulty in determining which meetings to attend, and are thus cut off from desirable scientific connections.“ Report of the Proceedings of Tenth Annual Meeting of the American Historical Association, in: Annual Report, 1984, S. 1-23, hier S. 2.
  - 29 Papers of the American Historical Association [Papers], 5 vols. (1885–1991); Report of the American Historical Association [Report] 5 vols (1889–1993); dann Annual Report of the American Historical Association [Annual Report], 1894ff.
  - 30 J. Jay, The Demand for Education in American History, in: Report 1890, S. 15-36. Die vorangegangene Charakterisierung der „Revolte“ von 1895 folgt im übrigen Van Tassel, From Learned Society to Professional Organization (Anm. 11).
  - 31 Report of the Proceeding of Eighth Annual Meeting of the American Historical Association, Report 1891, S. 3-11: „No city in the American Union could attract, in successive years, the same scientific bodies that now annually assemble in the National Museum or at the Columbian University [George Washington University]. Every association that comes once to Washington is certain to come back. Some of them, like the AHA, have come to stay.“(S. 3)
  - 32 Billington, Tempest in Clío's Tea Pot (Anm. 4).
  - 33 In folgenden stütze ich mich vor allem auf J. P. Boyd, State and Local Historical Societies in the United States, in: AHR 40 (1934), S. 10-37 und W. M. Whitehill, Independent Historical Societies: An Enquiry into Their Research and Publication Functions and their Financial Future, Boston 1962.
  - 34 A. P. C. Griffin, Bibliography of Historical Societies of the United States and Canada, in: Report 1892, S. 305-619.
  - 35 Patriotic, Hereditary and Historical Societies in the United States, in: The Patriotic Review v. 1/ 1 (1901), S. 3.
  - 36 Whitehill, Historical Societies (Anm. 33), S. 323.

- 37 M. Hansen, *Babel and Babylon: Spectatorship in American Silent Film*, Cambridge, Mass. 1991.
- 38 D. Ross, *The Origins of American Social Science*, Cambridge/New York 1991.
- 39 H. B. Adams, *The Germanic Origins of New England Towns*, in: Johns Hopkins University Studies in Historical and Political Science: Read before the Harvard Historical Society, May 9, 1981 (1st series [Local Institutions], no. 2) Baltimore, Md., 1882.
- 40 M. D. Rothberg, „To Set a Standard of Workmanship and Compel Men to Conform to It“: John Franklin Ford as Editor of the *American Historical Review*, in: *AHR* 89 (1984), S. 957-975.
- 41 M. Geyer/K. Jarausch, *The Future of the German Past: Transatlantic Reflections for the 1990s*, in: *Central European History* 22 (1989), S. 316-342.
- 42 R. R. Palmer, *The Age of the Democratic Revolution: A Political History of Europe and America, 1760–1800*, 2 Bde., Princeton, N.J. 1959 und 1964.
- 43 Zu Theodore Roosevelts ex-tempore Rede „Certain Phases of the Western Movement during the Revolutionary War“, in: Report of Proceedings at Sixth Annual Meeting of the American Historical Association, Report 1889, S. 1-18, hier 12f. R. führte aus: „Those who find American or Western history uninteresting and un-picturesque have only themselves to blame; for the fault lies in the critics, and not in the subject matter, which is as heroic and inspiring as any great chapter in the history of the world“. (S. 12)
- 44 D. R. McCoy, *The National Archives: America's Ministry of Documents, 1934–1968*, Chapel Hill, N.C. 1978.
- 45 F. J. Taylor, *The Significance of the Frontier in American History*, in: Report 1893, S. 197-227.
- 46 R. Hofstadter, *The Progressive Historians: Turner, Beard, Parrington*, New York 1968.
- 47 Auf dem Jahreskongreß in Chicago, 1904, wurde ein *General Committee für local and State historians* gegründet. Erst 1940 trennten sich die Wege, als eine separate *Association for State and Local History* gegründet wurde. Zu diesem Zeitpunkt allerdings, begannen sich bereits die nationalisierenden Tendenzen der National- und Regionalgeschichte von der tatsächlichen regionalistischen und lokalistischen Geschichte zu trennen. Die ideologischen und politischen Hintergründe dieser Entwicklung können hier nicht verfolgt werden.
- 48 Jameson, *American Historical Association* (Anm. 15), S. 13.
- 49 Act of Incorporation, in: Report 1889, IV. Inkorporiert wurde ein Personenverband: Andrew D. White, George Bancroft, Justin Winslow Poole, Herbert B. Adams, Charles W. Bowen.
- 50 Henry Baxter Adams meinte: „But other and larger ideas of public usefulness began to dawn upon „the common sense of the most“ when the AHA was chartered by Congress in 1888. ... Manifestly the American Historical Association can accomplish more through its present connections with Washington and with the US Government than through any local patronage or any return to the waters of Saratoga“, in: Report 1890, S. 4. Howard A. Clark von der Smithsonian Institution gibt diesem Gedanken Inhalt, wenn er wenige Jahre später betonte: „Through the Historical Association, the United States Government is brought into touch with every

- State and local historical association“ in: Report 1894, S. 10. Offensichtlich sollte die AHA eine staatstragende Vereinigung in Washington werden, die von der Hauptstadt aus in die lokale Gesellschaft hineinwirkte – eine Art demokratischer Zentralismus.
- 51 Jameson, American Historical Association (Anm. 15), S. 14.
- 52 J. Franklin Jameson, The Expenditure of Foreign Governments on Behalf of History, in: Report 1891, S. 31-60; E. Hardin, The Value of National Archives, in: Report 1893, S. 25-32. Dagegen die Verteidigung des Kongresses durch den Vertreter der Smithsonian Institution, Howard A. Clark in seinem Vortrag über die amerikanische Regierung und Geschichte: „The government has spent more than \$ 2,000,000 in the acquisition and publication of historical records, and has spent many millions more on the creation of monuments and in the celebration of historical events“. Report of the Proceedings of the Tenth Annual Meeting, in: Annual Report 1894, S. 1-13, hier S. 10.
- 53 A. Link, The American Historical Association, 1884–1984, in: AHR 90 (1985), S. 1-17, hier S. 11.
- 54 The meeting of the American Historical Association at Chicago, in: AHR 10 (1905), S. 489-510, hier S. 489.
- 55 Report of the Proceedings of the 30th Annual Meeting of the AHA, in: Annual Report 1914/I, S. 27-75.
- 56 Link, American Historical Association (Anm. 53), S. 5. Auf der Tagung in Chicago waren 159 Männer und 35 Frauen registriert. Siehe die Liste in Report of the Proceedings of the Annual meeting of the AHA, in: Annual Report 1904, S. 19-63.
- 57 Annual Meeting 1904 (AHR), S. 490.
- 58 Ebenda, S. 498.
- 59 Ebenda, S. 499.
- 60 Ebenda, S. 500.
- 61 Ebenda, S. 501.
- 62 Ebenda, S. 500.
- 63 Ebenda, S. 496.
- 64 Ebenda, S. 497.
- 65 Ebenda.
- 66 A. B. Hart, Imagination in History, in: AHR 15 (1909/10), S. 227-251, hier S. 229.
- 67 Ebenda, S. 250.
- 68 The Fiftieth Anniversary Meeting, in: AHR 40 (1934/35), S. 423-438, hier S. 423.
- 69 Ebenda, S. 425.
- 70 Th. C. Smith, The Writing of American History, 1884–1934, in: AHR 40 (1934/35), S. 439-449, hier S. 441 und S. 443.
- 71 Hart, führte dazu in seiner presidential address „Imagination in History“ aus: „To judge the complaints of educators and employers the pressing danger of the republic is inaccuracy: the schoolboy does not know how to add, nor the biological assistant to dissect, nor the graduate student in history to tell a true story.“ (S. 227) Hart plädierte im übrigen für eine temperierte historische Phantasie: „There is no great history without large imagination.“ (S. 250f). Zu dem gesamten Komplex: M. O. Fumer, Advocacy and Objectivity: A Crisis in the Professionalisation of American Social Science, 1865–1905, Lexington 1975.

- 72 C. Strout, *The Pragmatic Revolt in American History: Carl Becker and Charles Beard*, New Haven 1958. Becker formulierte seinen Vorbehalt wie folgt: „Forty years ago I was fascinated by the study of history – the mechanics of research of all events ... which has been defined as ‘taking little bits out of a great many books which one has ever read, and putting them together in one book which no one ever will read’. Later I became less interested in the study of history than in history itself – that is to say, in the suggestive meanings which could be attributed to certain periods or great events... Now that I am old the most intriguing aspect of history turns out to be... the study of the history of historical studies. The name given to this aspect is the unlovely one ... of Historiography.“ Carl Becker, *What is Historiography*, in: AHR 44 (1938/39), S. 20-28.
- 73 J. H. Robinson, *The Ordeal of Civilization: A Sketch of the Development and World-Wide Diffusion of Present-Day Institutions and Ideas*, New York 1926. Siehe dazu die negative Besprechung von Theodore Collier, in: AHR 32 (1927), S. 842-844.
- 74 W. Dodd, *The Emergence of the First Social Order in the United States*, in: AHR 40 (1935), S. 217-232.
- 75 Fiftieth Anniversary Meeting (Anm. 68), S. 425.
- 76 *History and Historians at Chicago*, in: AHR 44 (1939), S. 481-507, hier S. 481-483.
- 77 *The New York Meeting, 1960* [Leonard Krieger, Yale University], in: AHR 66 (1961), S. 864-902, hier S. 864.
- 78 Dem Protokollanten der Tagung in Toronto (Louis Morton, Dartmouth College) verdanken wir den Versuch einer vergleichenden statistischen Analyse über die Teilnehmerzahlen auf den Jahreskongressen. *The Toronto Meeting, 1967*, in: AHR 73 (1968), S. 1320-1352.
- 79 *The Year’s Business, 1960*, in: AHR 66 (1961), S. 887-900, hier S. 899.
- 80 *The Year’s Business, 1967*, in: AHR 73 (1968), S. 1332-1349, hier S. 1343.
- 81 *The New York Meeting* (Anm. 77), S. 864f.
- 82 W. L. Langer, *The Next Assignment*, in: AHR 63 (1958), S. 283-304.
- 83 *The Toronto Meeting, 1967*, in: AHR 73 (1968), S. 1320-1352 mit statistischen Angaben.
- 84 Ebenda, S. 1332.
- 85 Harlan, *The Future of the American Historical Association* (Anm. 8), S. 3f.
- 86 Ich möchte hier hinzufügen, daß mir durchaus bewußt ist, daß ich das Problem minoritärer Geschichten hier nicht angeschnitten habe. Dies hat seinen Grund darin, daß ich mich sehr eng an die Protokolle gehalten habe, die sich zwar durchaus mit der Rolle von Frauen in der AHA auseinandersetzen, aber die Rolle der African Americans an keinem Punkt berühren. Dieses Schweigen ist seinerseits aussagekräftig. Es ist jedoch zumindest nachzutragen, daß W. E. Burghardt Du Bois 1891 mit einem Vortrag im Annual Report und dann 1909/10 mit einem Aufsatz im AHR vertreten ist: W. E. Burghardt Du Bois, *The Enforcement of the Slave Trade Law*, in: Report 1891, S. 161-174 und *Reconstruction and Its Benefits*, in: AHR 15 (1909/10), S. 781-799. Der erste schwarze Präsident der AHA war John Hope Franklin (University of Chicago, 1979) und der zweite Thomas Holt (University of Chicago, 1995). Der erste und einzige Asian-American Präsident war Akira Irye (University of Chicago) in den späten achtziger Jahren. Der erste und lange Zeit

einzig weibliche Präsident war Nellie Neilson (Mount Holyoke, 1942), der Natalie Davis (Princeton), Louise Tilly (Graduate School of Social Research, New York) und Carol Bynum (Columbia University) in den achtziger und neunziger Jahren folgten.

87 Harlan, *The Future of the American Historical Association* (Anm. 8), S. 8.

88 R. Jensen, *What is Hnet* (9. Mai 1995),  
Hnet Central <CAMPBELLD@LYNX.APSU.EDU>

89 Statistische Information von Richard Jensen vom 18. August 1995 (5. Oktober 1995), ebenda.

90 Ebenda.

## **Wissenschaft, Kongreßbewegung und Weltausstellungen: Zu den Anfängen der Wissenschaftsinternationale vor dem Ersten Weltkrieg**

Das 19. Jahrhundert stand im Zeichen einer zunehmenden Internationalisierung, die sowohl den staatlich-politischen als auch den gesellschaftlich-kulturellen Bereich umfaßte. Dieser Tendenz zu einer internationalen Kooperation konnten sich auch die wissenschaftlichen Disziplinen nicht entziehen. Die universalistisch und kosmopolitisch ausgerichtete Wissenschaft ist zwar ein Phänomen, das lange vor dem 19. Jahrhundert existierte, aber im Laufe des vorigen Jahrhunderts erreichte deren Internationalität eine neue Dimension und Qualität.<sup>1</sup> Dieser Internationalisierungsprozeß fiel mit einer Blüte nationaler Wissenschaft und nationalistischen Denkens zusammen. Er vollzog sich so einerseits unter dem Spannungsverhältnis von Nationalismus und Universalismus, andererseits unter dem von Fragmentierung der Wissenschaft und dem Drang zu ihrer Synthese.

Diesen zwei Dichotomien wird im folgenden Überblick über die Entstehung der internationalen Kongreßbewegung als einem wesentlichen Indikator für die Internationalisierung der Wissenschaft besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Ausgehend vom Beispiel der deutsch-englischen Wissenschaftskommunikation soll gezeigt werden, wie sich mittels der Wissenschaftskongresse – unter besonderer Berücksichtigung der Weltausstellungen und der Historikerkongresse – eine internationale Wissenschaftskooperation heransbildete, bevor deren Aufschwung und Ausbreitung durch den Ersten Weltkrieg, aber auch durch wissenschaftsinterne Entwicklungen gebremst und modifiziert wurde.

### I.

Die Entwicklung und das Wachstum der modernen Wissenschaften im 19. Jahrhundert ist eng mit einer Reihe von spezifischen Prozessen verbunden. Dazu gehören die Ablösung des Amateurwissenschaftlers durch den professionellen Forscher, der Übergang von einem Omniszientismus zur spezialisierten ausdifferenzierten Wissenschaftsdisziplin, die zunehmende Ersetzung der individuellen Forschung durch Teamarbeit und Kooperation, die Verflechtung von reinen, angewandten und Technikwissenschaften und ein über den nationalen Rahmen hinausgehender Drang nach internationa-

lem Austausch, nach Zusammenarbeit, Koordinierung und Standardisierung der einzelnen Wissenschaftsdisziplinen.

Dieser Wandel im wissenschaftlichen Selbstverständnis und in der Forschungspraxis fand in einem Zeitalter tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen statt. Insbesondere das zweite Drittel des 19. Jahrhunderts ist von den Wissenschaftlern in dieser Hinsicht als ein „age of transition“ empfunden worden.<sup>2</sup> Soziale, ökonomische und technische Umwälzungsprozesse verlangten nicht nur die Anpassung und Veränderung bestehender politischer Herrschaftsformen, sondern auch neue Erklärungsmuster von Natur und Gesellschaft.

England ist ein Beispiel für diese Verknüpfung von Wissenschaft, Gesellschaft und Technik. „This revolution – for it is nothing less – in the political and social aspects of modern civilization has been preceded, accompanied, and in great measure caused, by a less obvious, but no less marvellous, increase of natural knowledge, and especially for that part of it which is known as Physical Science, in consequence of the application of scientific method to the investigation of the phenomena of the material world.“<sup>3</sup> Treffender als durch Thomas H. Huxley ist das Selbstverständnis der englischen Wissenschaftler kaum auszudrücken. Deren Fortschrittsoptimismus und Wissenschaftsgläubigkeit fußen in der Tat auf einer bemerkenswerten Entwicklung der Wissenschaften, welche die Zeit zwischen 1830 und 1880 zu einem der bedeutendsten Abschnitte der englischen und internationalen Wissenschaftsgeschichte überhaupt werden ließ.<sup>4</sup>

Der Verwissenschaftlichungsprozeß vollzog sich relativ zeitgleich in verschiedenen Disziplinen, wobei die Geologie<sup>5</sup> und die Astronomie einen entscheidenden Beitrag leisteten. Die Werke von Charles Lyell und John Herschel<sup>6</sup> übten einen gewaltigen Einfluß auf die naturwissenschaftliche Forschung aus. Herschel, Inbegriff des „scientific man“<sup>7</sup>, war wohl die prominenteste Figur in jener Allianz von Wissenschaftlern, die in Cambridge studiert hatten und das „Cambridge network“<sup>8</sup> bildeten, eine Gruppe von Naturforschern, zu denen Charles Babbage, George Peacock, Adam Sedgewick, George Airy und William Whewell gehörten, und die den Weg zu einem neuen Wissenschaftsethos einschlugen. Seit den vierziger Jahren begannen sich so verschiedene naturwissenschaftliche Einzeldisziplinen herauszubilden. Die „scientists“, die sich von den „men of letters“ abgrenzten, stimmten dabei in den grundsätzlichen wissenschaftlichen und methodischen Prämissen überein: Wissenschaft als Forschungstätigkeit mittels empirischer Beobachtung und logischem Verstandesgebrauch; die Überzeugung von der Progressivität der Wissenschaft und ihrer Spezialisierung; die Möglichkeit des Wissenschaftsbetriebes mit staatlicher Förderung; die

Existenz eines speziellen Adressaten und die Gewißheit über den Sinn der wissenschaftlichen Forschung.<sup>9</sup>

Die hier für England angedeuteten Entwicklungslinien, die von einer Ausdifferenzierung der einzelnen Wissenschaftsdisziplinen seit den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts begleitet waren,<sup>10</sup> vollzogen sich zwar national sehr verschieden, aber bereits im Rahmen einer internationalen Wissenschaftskommunikation. Die schon in den dreißiger Jahren von Charles Babbage und den „Declinists“ geforderte Professionalisierung<sup>11</sup> der wissenschaftlichen Forschung ist in England nicht unwesentlich von der deutschen Wissenschaftsentwicklung beeinflußt gewesen. So waren die Begründer der englischen Physiologie, William B. Carpenter und Thomas H. Huxley, direkt durch das deutsche Evolutionskonzept und die Werke Müllers und von Baers beeinflußt. Der Chemiker Lyon Layfair gehörte zu denjenigen englischen Wissenschaftlern, die im Giessener Labor Justus von Liebig's ihre Ausbildung erhielten.<sup>12</sup> Tyndall hatte ab 1848 bei Bunsen in Marburg studiert. Deutschland diente auch in Fragen der allgemeinen Bildung als Vorbild. Die Reformbestrebungen des englischen Bildungssystems vor allem an den Universitäten Mitte des Jahrhunderts orientierten sich an den deutschen Bildungseinrichtungen und wissenschaftlichen Institutionen. Babbage und Brewster hatten 1831 an der Versammlung der 1822 in Leipzig gebildeten „Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte“ teilgenommen, und die Gründung der „British Association for the Advancement of Science“ noch im gleichen Jahr<sup>13</sup> erfolgte nach dem deutschen Vorbild.

Diese Internationalität trifft nicht nur auf die Naturwissenschaften zu. So löste der deutsche Idealismus vor allem im ersten Drittel des Jahrhunderts große Resonanz auf der Insel aus. Samuel Coleridge und Thomas Carlyle hatten in einer ersten Welle im Zuge der Romantik Kant, Schelling und Goethe in das englische Denken eingebracht.<sup>14</sup> Julius Hare, zeitweise Sekretär Niebuhrs, und Connop Thirlwall bildeten jenes Zentrum im Trinity College in Cambridge, das in einer zweiten Welle in den dreißiger Jahren vor allem das Werk Barthold Niebuhrs rezipierte.<sup>15</sup> Ein wahrer Niebuhr-Kult entwickelte sich in Oxford, wo Thomas Arnold ein großer Bewunderer dieses deutschen Gelehrten wurde. Sowohl Arnolds „Geschichte Roms“ basierte auf der „Römischen Geschichte“ Niebuhrs als auch – in methodischer Hinsicht – Thirlwalls und Grottes „Geschichte Griechenlands“. Diese beiden Werke „stellen den Ableger der Historischen Schule dar und wurden für das Geschichtsbewußtsein der englischen Bildungsschicht des 19. Jahrhunderts grundlegend“.<sup>16</sup>

Diese allgemeine Ausrichtung auf die deutsche Wissenschaft, insbesondere in solchen Zweigen wie Physik, Biologie oder Chemie, die bis zum

Ende des Jahrhunderts andauerte, weist auf ein Phänomen hin, das bei der Untersuchung der internationalen „scientific community“ eine wichtige Rolle spielt, nämlich das dynamische Verhältnis von Zentrum und Peripherie, das zugleich auf nationale Rivalitäten, Macht- und Statusansprüche sowie Kontrollmechanismen hindeutet.<sup>17</sup> Man kann wohl insgesamt sagen, daß Deutschland im Verständnis der Zeitgenossen seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts das wissenschaftliche Zentrum Europas und der Welt bildete, wenngleich diese Rolle in verschiedenen Disziplinen unterschiedlich ausgeprägt war, zeitlich wechselte und keinesfalls immer allgemein akzeptiert war. Es hatte damit das eingangs des Jahrhunderts führende Frankreich abgelöst und behauptete die Spitzenposition bis zum Ersten Weltkrieg. Ein wichtiger Antrieb der jeweiligen nationalen Forschung bestand darin, diese Hierarchisierung zu erhalten bzw. zu verändern.<sup>18</sup>

## II.

Wissenschaftliche Kontakte über Ländergrenzen hinweg hat es schon lange vor dem 19. Jahrhundert gegeben. Der wissenschaftliche Kosmopolitismus kann seit den universalistisch ausgeprägten Universitäten des Mittelalters über den Humanismus bis zur Aufklärung auf eine lange Tradition in Europa zurückblicken. Die Internationalisierung fast aller politischen und gesellschaftlichen Bereiche ist jedoch ein Phänomen des 19. Jahrhunderts, das auch die verschiedenen Wissenschaften erfaßte. Die technischen und ökonomischen Bedingungen wie Eisenbahn, Telegraph, Post oder Überseedampfer und die Internationalisierung des politischen Lebens seit dem Wiener Kongreß schufen die notwendigen Voraussetzungen für diese Wissenschaftsinternationalität ab Mitte des 19. Jahrhunderts. Sie resultierte aber zu großen Teilen auch aus den Veränderungen des Wissenschaftsbetriebes selbst, dem Übergang von einer individuellen zu einer kollektiven transnationalen Forschungspraxis, und ist vor allem durch die wachsende Intensität der Wissenschaftskontakte gekennzeichnet. Deren Institutionalisierung und Regelmäßigkeit sowie die Notwendigkeit einer allgemeinen Koordinierung angesichts des zunehmenden Umfangs spezialisierter Forschung führten zu einer neuen Qualität der internationalen Wissenschaftsbeziehungen. Sie gingen über eine Kommunikation, einseitige Rezeption oder reine Diffusion hinaus, durch welche die beschriebenen deutsch-englischen Beziehungen noch weitestgehend charakterisiert waren. Der Zwang zu einer neuen Form, der internationalen Kooperation ergab sich vor allem aus der Notwendigkeit zur Angleichung von Wissenschaftssprache, Fachbegriffen und Maßen, d.h. der Standardisierung der Wissenschaft. Zugleich waren bestimmte neue Wissenschaftsdisziplinen wie Geophysik, Astronomie oder Meteorologie a priori nur durch internationale Zusam-

menarbeit realisierbar. Darüber hinaus fand der Kampf um die Durchsetzung bestimmter Auffassungen, auch von wissenschaftlichen Schulen oder Paradigmen auf den Kongressen hier die notwendige internationale Arena.

Die internationale Kooperation vor 1900 entfaltete sich hauptsächlich auf den Ebenen der Korrespondenz, der wissenschaftlichen Journale und Fachzeitschriften, der wissenschaftlichen Reisen (Forschungsreisen, Gastvorlesungen oder Aufenthalte in ausländischen Institutionen, Laboratorien etc.) und der internationalen Wissenschaftskongresse. Letztere spielten die wohl wichtigste Rolle im Internationalisierungsprozeß, und sie boten oftmals gleichzeitig den Anlaß zur Gründung von internationalen Vereinigungen. Diese internationalen Kongresse und Assoziationen von Spezialisten entwickelten sich im Laufe des vorigen Jahrhunderts zu einem neuen institutionellen Ort diskursiver Gemeinschaften und wurden damit zum Hauptkonkurrenten einer bereits existierenden Institution, die seit ihrer Etablierung Mitte des 17. Jahrhunderts die Funktion einer supranationalen Forschungskoordination wahrgenommen hatte: den Akademien.<sup>19</sup>

Diese „Re-Internationalisierung“<sup>20</sup> der Wissenschaft wird in ihrem Ausmaß deutlich, wenn man einen Blick auf die Entwicklung internationaler Kongresse im 19. Jahrhundert wirft. Zwar fand der erste internationale Wissenschaftskongreß bereits 1798/99 in Paris zu Fragen des metrischen Standards statt<sup>21</sup>, die eigentliche Gründungswelle setzte aber erst nach 1850 ein. 1857 fanden fünf Kongresse statt, 1865 zehn, und zur Weltausstellung in Paris 1889 erreichte die Anzahl der internationalen Tagungen mit 111 erstmals eine dreistellige Zahl. Die Jahre 1900 (Pariser Weltausstellung), 1910 und 1913 bildeten mit ihren 232,<sup>22</sup> 258 und 237 Zusammenkünften in quantitativer Hinsicht die Höhepunkte der Kongreßbewegung vor dem Ersten Weltkrieg. Allein in den zwei Jahrzehnten zwischen 1880 und 1900 verfünffachten sich die Kongresse.<sup>23</sup> Fanden zwischen 1860 und 1869 im Durchschnitt zehn Kongresse pro Jahr statt, so stieg die Zahl im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts auf 135 und in den Jahren zwischen 1910 und 1913 auf 230 an.<sup>24</sup>

Schon bei einem flüchtigen Blick auf die Statistik der Wissenschaftskongresse fallen drei Merkmale ins Auge. Erstens haben sich die Kongresse nicht ohne jede Berührung mit der politischen Sphäre „neutral“ entwickelt. Einerseits sind wissenschaftliche Auseinandersetzungen nicht selten von nationalistischen Argumentationen überlagert worden. Andererseits arbeiteten nicht selten, wie das Beispiel der Internationalen Metrischen Kommission von 1875 zeigt, Wissenschaftler und Politiker zusammen, wobei es für erstere um die Verbesserung der „circulation of information within the science itself“ und für letztere um „the need for clarification, in international law“ ging.<sup>25</sup> Darüber hinaus sind nicht wenige wissenschaftli-

che Kongresse auch auf staatliche Initiative entstanden und durch Regierungen gefördert worden. Dies war beispielsweise der Fall, als die preußische Regierung 1862 eine internationale Konferenz über die Erdvermessung nach Berlin einberief, was 1864 zur Gründung einer internationalen Assoziation führte, die drei Jahre später ihren endgültigen Namen International Geodetic Association erhielt.<sup>26</sup> Aber erst unter der aufkommenden imperialistischen Rivalität der Großmächte zur Jahrhundertwende ging die relative Unabhängigkeit der Kongresse von politischer Beeinflussung im Rahmen einer staatlichen Welt- und internationalen Kulturpolitik verloren.

Ein zweites Merkmal ist in der lokalen Konzentration der Kongresse zu sehen. Deutlich wird dabei die herausragende Rolle von Paris als „Hauptstadt der Gelehrtenrepublik“ seit den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Von den mehr als 3400 Kongressen, die zwischen 1835 und 1913 in der Welt stattfanden,<sup>27</sup> entfallen mit 678 fast ein Fünftel auf Paris. Brüssel mit 268 und London mit 242 folgen. Alle drei Städte zusammen richteten mit 44 Prozent fast die Hälfte aller in diesem Zeitraum in der Welt stattfindenden internationalen Kongresse aus.<sup>28</sup> Erstaunlicherweise findet sich unter den ersten sieben der häufigsten Kongreßorte keine deutsche Stadt. Zwischen 1857, dem Jahr des ersten Kongresses in Berlin, und 1885 haben in Berlin nur etwas mehr als 20 Kongresse stattgefunden, ab 1896 durchschnittlich drei bis vier pro Jahr, sieht man von 1910 (zwölf) und 1913 (neun) ab.<sup>29</sup> Setzt man dies ins Verhältnis mit den in Paris durchgeführten Veranstaltungen, so kommt die französische Metropole auf die siebeneinhalbfache größere Anzahl internationaler Treffen. Dies überrascht, wenn man bedenkt, daß sich die Reichshauptstadt im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts zu dem wohl wichtigsten Wissenschaftszentrum entwickelt hat.<sup>30</sup>

Zwischen Kongreßzentrum und Wissenschaftsstellung besteht demnach kein unmittelbarer Zusammenhang, ja man könnte im Hinblick auf die eingangs gemachten Bemerkungen zu Zentrum und Peripherie zu der These gelangen, daß sich das wissenschaftliche Zentrum weniger um Internationalität bemühte, da es die universelle Gültigkeit seiner Wissenschaftsauffassung und Methodik voraussetzte. Im Hinblick auf soziale und kulturelle Faktoren greift diese Argumentation jedoch zu kurz, denn einerseits erklärt sie nicht, warum dann in Berlin nicht vor der Erlangung dieses Status mehr Kongresse stattgefunden hatten und warum Brüssel solch eine dominierende Rolle als institutionelles Wissenschaftszentrum einnahm. Andererseits geht sie an der geographischen Lage und spezifischen wissenschaftlichen Situation sowie den besonderen historischen Traditionen vorbei, die Paris in Wissenschaft, Politik, Literatur und Kunst aufzuweisen hatte. Das unverändert hohe Ansehen, das Paris seit der Aufklärung als

Stadt der Literatur, der schönen Künste und der Wissenschaft genoß, die Zentralisation der wissenschaftlichen Institutionen, die eine inländische Konkurrenz der Metropole mit anderen Städten wie etwa in Deutschland ausschloß, seine zentrale geographische Lage in Europa, die ausgezeichnete Infrastruktur, die beispielsweise zur Weltausstellung von 1900 mehr als 51 Millionen Besucher zu verkraften hatte, die relative politische Stabilität der III. Republik, aber auch die noch bestehende Rolle des Französischen als Weltsprache waren entscheidende Gründe für die herausragende Stellung der französischen Hauptstadt in der Kongreßgeschichte des 19. Jahrhunderts.<sup>31</sup>

Eine weitere wichtige Ursache für diese exponierte Stellung liegt, und damit komme ich zum dritten Merkmal der Kongreßstatistik, in der Geschichte der Weltausstellungen begründet.<sup>32</sup> Die sich seit der ersten Weltausstellung in London 1851 rapide ausbreitenden Weltausstellungen nehmen in der Geschichte der Wissenschaftskongresse eine herausragende Stellung ein.<sup>33</sup> Sie dienten vor allem seit der vierten Weltausstellung in Paris 1867 als eine Tribüne wissenschaftlicher Treffen, als ein „Inventar des Wissens“. Angelehnt an das mit den Ausstellungen verbundene Bild vom ewigen Fortschreiten der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung dienten die Wissenschaftskongresse auf den Ausstellungen der Popularisierung ihrer Fortschritte und Leistungen, besonders natürlich der angewandten Naturwissenschaften, etwa durch die Ausstellung von wissenschaftlichen Instrumenten oder ganzer Laboratorien. Wirtschaftliche Expansion, technischer Fortschritt und wissenschaftliche Forschung bildeten eine Einheit, die auf den Ausstellungen sichtbar gemacht wurde.

Auf den großen Ausstellungen, den weiteren drei in Paris 1878, 1889 und 1900, denjenigen in London 1862, Wien 1873, Chicago 1893 und Brüssel 1897 und 1910, wurden zwischen 33 und 90 Prozent der in dem jeweiligen Jahr insgesamt veranstalteten Kongresse durchgeführt.<sup>34</sup> Eine exponierte Stellung nahm auch hier Paris ein: 1867 fanden 58 Prozent der Kongresse, 1878 73 Prozent, 1889 90 Prozent und 1900 87 Prozent auf der Weltausstellung statt, verglichen mit dem jeweiligen vorhergehenden bzw. folgenden Jahr ein Verdrei- bis Vervierfachung der Anzahl der Kongresse. Wegen der vergeblichen Versuche, 1896 und 1913<sup>35</sup> eine Weltausstellung in Berlin zu veranstalten, konnte die deutsche Metropole nie Ausrichter einer solchen Kongreßlawine sein.

### III.

Betrachtet man die Entstehung der internationalen Historikerkongresse und ordnet sie in die allgemeine Kongreßgeschichte ein, wird man disziplinspezifische Unterschiede finden. Weder wurden die Historiker „erst relativ

spät“ von der Kongreßwelle erfaßt,<sup>36</sup> noch sind die 1898 einsetzenden Historikerkongresse ein „typisches Beispiel“ für die „neue Praxis der Organisation internationaler wissenschaftlicher Kongresse“.<sup>37</sup> Zeitlich liegt ihre Begründung zwar hinter solchen Disziplinen wie Astronomie, Geographie, Urgeschichte, Geologie oder Psychologie, sie steht aber in der Reihe der geisteswissenschaftlichen Disziplinen an vorderster Stelle, Philosophie und Soziologie, aber selbst die Physik konstituierten sich auf internationalen Kongressen erst später, die Mathematiker 1897 nur ein Jahr vor den Historikern.

K. D. Erdmann ist detailliert den Anfängen der Historikerkongresse nachgegangen.<sup>38</sup> Wie auch bei anderen internationalen Kongresse – erinnert sei nur an die Rolle A. Quetelets für die Statistikkongresse und diejenige A. Kekulé für die Chemiker<sup>39</sup> – beruhte die Gründung der Historikerkongresse zunächst auf privaten Bestrebungen, in diesem Fall auf denjenigen des geschichtsinteressierten Franzosen de Maulde. Er konnte zwar als Vorsitzender einer nationalen Gesellschaft, der 1886 gegründeten Société d'Histoire Diplomatique, auf eine bereits bestehende Organisation zurückgreifen,<sup>40</sup> aber anders als etwa bei den Geologen, Statistikern, Meteorologen, den Rechtswissenschaftler, den Astronomen oder den Geophysikern, die sogar relativ schnell internationale Assoziationen oder Institute begründeten,<sup>41</sup> stand diese Gesellschaft außerhalb der professionellen Geschichtswissenschaft. Der Anstoß zur Etablierung von internationalen Historikertreffen kam daher nicht aus den Reihen der Geschichtswissenschaften. Nichtsdestoweniger stieß de Mauldes Vorschlag auf deren Interesse. Der Bonner Historiker Herman Hüser, der zum vorbereitenden Komitee des Kongresses gehörte, bemerkte rückblickend dazu, daß ihm „eine Vereinigung dieser Art seit langer Zeit sympathisch gewesen“ wäre. „Meine Verbindung mit zahlreichen Gelehrten des Auslandes, meine Studien, die mich so häufig über die Grenzen Deutschlands hinausführten, ließen mich hoffen, auf der Versammlung ein oder anderes, was mir am Herzen lag, anregen oder fördern zu können.“<sup>42</sup> Auch von Sicherer, der Archivar von Weech und Erdmannsdörffer waren an den Vorbereitungen beteiligt, letzterer stellte mit von Below die deutsche Delegation zusammen.<sup>43</sup> Trotz der nicht unkomplizierten organisatorischen Schwierigkeiten im Vorfeld der nächsten Kongresse in Paris, Rom und Berlin trafen sie im wesentlichen auf Zustimmung unter der etablierten Zunft. Schon Georg v. Below befürwortete in seiner Bewertung des Auftaktkongresses die Fortführung des Unterfangens, wenn er freilich auch die Erwartungen an diese internationalen Tagungen auf persönliche Begegnungen und den Austausch von Vorträgen beschränkte, die echte Ergebnisse für die (nationale) Geschichtsschreibung kaum zuließen. Vor allem im Vergleich mit den unter Belows

Leipziger Gegner Lamprecht begründeten nationalen Historikertagen diente die positive Bewertung des internationalen Kongresses dem konservativen Below zugleich als Disqualifizierung der Versammlung deutscher Historiker.<sup>44</sup>

Aber auch Widerstand gegen die Kongresse regte sich schnell. Der Vorschlag französischer Historiker auf dem Kongreß 1903 in Rom, die nächste Versammlung 1908 nach Berlin einzuberufen, stieß auf wenig Wohlwollen der dortigen Fachhistoriker. Abgesehen von den Befürwortern, zu denen neben dem wohl entschiedensten Wissenschaftsinternationalisten Adolf von Harnack, der Altphilologe von Wilamowitz-Moellendorf und der Rechtshistoriker von Gierke gehörten, beurteilten sie den wissenschaftlichen Ertrag eines solchen Kongresses – nicht ganz zu Unrecht mit Blick auf die vorangegangenen Kongresse – als wenig ergiebig. Die von politischen und nationalen Gegensätzen beeinflusste politische Geschichtsschreibung ließe, so die Argumentation der Skeptiker, wenig Raum für einen gemeinsamen Konsens wissenschaftlicher Diskussion. Die nationalistische Orientierung der Mehrheit der Historiker korrespondierte zugleich mit einer Distanzierung von Neuorientierungen in der Geschichtsschreibung, die in Paris – immerhin ein Kongreß der vergleichenden Geschichtsschreibung – durch das Auftreten Henry Berr's oder in Rom durch die Abwendung vom historischen Idealismus durch eine scientistische Geschichtskonzeption vorgestellt wurden. Daß der Kongreß trotzdem in Berlin stattfand, war nicht das Resultat eines Wegfalls der Bedenken, sondern die Einsicht, daß eine Absage als Akt internationaler Unhöflichkeit erschienen wäre und die deutschen Historiker um ihren Einfluß auf Form und Inhalt der Kongresse fürchteten.<sup>45</sup> Politische und wissenschaftspolitische Gründe, nicht aber rein wissenschaftliche Aspekte also überzeugten die Berliner Historiker von der Notwendigkeit des Kongresses, auf dem sie im übrigen kein Hauptreferat hielten.

Die Gründung der Internationalen Historikerkongresse, deren offizielle Zählung erst mit dem Pariser Kongreß 1900 beginnt, zeigt neben diesen Widerständen ein weiteres generelles Problem für eine Sozialgeschichte der Kongresse. Die neue Welle von Kongreßgründungen um die Jahrhundertwende hatte ihre Vorläufer, die aus verschiedenen Gründen nicht mehr oder nur noch sehr unregelmäßig stattfanden. So beispielsweise die Kongresse der Anthropologie und prähistorischen Archäologie, die nach ihrer Gründung 1865 kontinuierlich in kurzen Abständen einberufen worden waren, während nach 1880 nur noch drei Kongresse bis 1900 durchgeführt wurden. Hinsichtlich der Geschichtswissenschaft fand schon 1868 ein Internationaler Kongreß für Archäologie und Geschichte in Bonn und 1893 anläßlich der Weltausstellung in Chicago ein Congrès International

d'Histoire statt. Die Rolle dieser Vorläuferkongresse bei der Etablierung einer internationalen Kooperation und deren Rückwirkung auf den nationalen Professionalisierungsprozeß in der Phase der Ausdifferenzierung der einzelnen Disziplinen im Laufe des Jahrhunderts bedarf noch eingehenderer Untersuchung.

#### IV.

Selbst wenn man von der These ausgeht, daß die Internationalisierung der Wissenschaften durch die Kongreßbewegung nicht nur eine quantitative Addition nationaler Wissenschaft, sondern eine neue Qualität darstellte,<sup>46</sup> führte diese internationale Kooperation aber nicht automatisch zum Übergang von einer nationalen zu einer internationalen Wissenschaft. Zu sehr bleiben vor allem die geisteswissenschaftlichen Disziplinen, und die Geschichte der Historikerkongresse im 20. Jahrhundert unterstreicht dies, nationalen und nationalistischen Bestrebungen untergeordnet, suchen die Regierungen der Großmächte die Wissenschaften als politisches Werkzeug im Rahmen ihrer Welt- und auswärtigen Kulturpolitik<sup>47</sup> zu nutzen. Auch und besonders die Wissenschaftskongresse sind durch den Widerspruch von Kosmopolitismus und Nationalismus bestimmt, obgleich der Gedanke einer internationalen Gelehrtenrepublik Konjunktur hatte. Deren Ziel bestand nicht nur im Austausch und in der Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse, sondern im friedlichen Miteinander einer internationalen Gemeinschaft von Gelehrten und Forschern, die das Verständnis der Nationen untereinander befördern wollten. Dieser Optimismus verdeckt die Tatsache, daß eine wichtige Funktion der Kongresse in der Selbstdarstellung der jeweiligen nationalen Wissenschaft bestand, die sich nicht selten mit dem Anspruch der eigenen Überlegenheit präsentierte. Der Gelehrte als Vertreter wissenschaftlicher Institutionen verstand sich als Repräsentant der eigenen Nation. Von nationalen Gremien, die sich zumeist aus Behördenvertretern und Gelehrten zusammensetzten, zwar organisiert, ergingen die offiziellen Einladungen zu den Kongressen zumeist über die jeweiligen diplomatischen Vertretungen, oftmals delegierten die Regierungen ihre Vertreter zu den Kongressen. Daraus folgt, daß sich die Internationalisierung von Wissenschaft vor dem Hintergrund einer nationalen Konkurrenz vollzog, bei der es auch – denkt man an französisch-deutsche Konflikte – um kulturelle Hegemonieansprüche ging. Dies schloß einen angestrebten realen Kulturtransfer über wissenschaftliche Transformatoren ein, durch den die eigene Kultur und damit nationale Spezifika quasi exportiert werden sollten. Dabei mußte sich die wissenschaftliche und Kulturkonkurrenz nicht immer unmittelbar in den direkten Beziehungen – wie z.B. bei der Nichtteilnahme französischer Historiker am Berliner Historikerkongreß –

ausdrücken, sondern sie verlagerte sich nicht selten auf die peripheren Gebiete. Der Internationalismus einer kosmopolitischen Gelehrtenrepublik führte, wie der Erste Weltkrieg zeigen sollten, nicht zu einer Internationale der Gelehrten.<sup>48</sup>

Neben diesem äußeren Spannungsverhältnis existierte ein innerwissenschaftliches Problem, das im Zuge der Kongreßbewegung am Ende des letzten Jahrhunderts erneut an Bedeutung gewann. Schon frühzeitig ist die Furcht artikuliert worden, daß sich angesichts der rapiden Zunahme der Kongresse und der kaum noch überschaubaren Aktivitäten in der internationalen Zusammenarbeit auf den verschiedensten Ebenen die Wissenschaften fragmentierten und ein einheitliches und kohärentes Wissenschaftssystem zerbrechen würde. Die Bestrebungen, den vielfältigen Initiativen ein geeignetes internationales Koordinationszentrum überzuordnen und zugleich die Einheit der Wissenschaft wieder herzustellen, nahmen um die Jahrhundertwende rasch zu. Ein amerikanischer Beobachter faßte den Trend zusammen: „The transition from such national societies to international ones has been a natural and inevitable one, and has led to the formation of world organizations and world congresses, in profusion.“ Diese Entwicklung erforderte die Bildung einer „Weltorganisation der Wissenschaften“.<sup>49</sup>

Auf der organisatorischen Ebene reichen die ersten Versuche bis in die siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurück. Während bereits 1876 in Paris eine Alliance Scientifique Universelle mit dem Ziel gegründet worden war, der reisenden Wissenschaftlergemeinschaft die Forschungen außerhalb ihres Heimatlandes zu erleichtern, reichten sich in den folgenden zwanzig Jahren auch Deutschland, Italien, die USA und Belgien in diese Bestrebungen ein. In Deutschland spielte allerdings nicht nur Berlin eine wichtige Rolle bei der Etablierung von Institutionen zur Erleichterung der internationalen Wissenschaftskooperation, sondern auch die sächsische Messestadt. 1908 ist in Leipzig die Weltvereinigung Kosmopolit gegründet worden, und die zentrale Figur der drei Jahre später in München gebildeten Organisation „Die Brücke“ war zweifelsohne der Leipziger Chemiker und Nobelpreisträger Wilhelm Ostwald.<sup>50</sup> Die Gründung der „Association Internationale des Académies“ im Jahre 1899, die von dem Berliner Althistoriker Theodor Mommsen ausging, war der bedeutendste Versuch bereits bestehender nationaler Institutionen, gemeinsam die internationale Kooperation anzuleiten und zu steuern.<sup>51</sup>

Nicht aber dieser lose Zusammenschluß der Akademien in München, Wien, Leipzig, Göttingen, London, Paris, St. Petersburg, Berlin und Washington, sondern die 1907 in Brüssel gegründete „Office Centrale des Institutions Internationales“ sollte auch das Dach der wissenschaftlichen

Internationale werden. Der 1. Weltkongreß der Union der Internationalen Assoziationen, an dem 137 internationale Gremien teilnahmen, fand 1910 in Brüssel statt.<sup>52</sup> Die belgische Hauptstadt wurde damit zum organisatorischen Zentrum der Internationalisierung nichtstaatlicher Organisationen, sie finanzierte für mehr als 50 dieser Organisationen deren Sitz in Brüssel.

Auch auf der wissenschaftlichen Ebene hat man der Gefahr des Auseinanderbrechens der „Einheit der Wissenschaft“ entgegenzuwirken versucht.<sup>53</sup> Die Weltausstellung in Paris hatte mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Flut der internationalen Wissenschaftskongresse nicht mehr überschaubar war. Zwar waren noch bis zur Jahrhundertwende viele Kongresse – etwa von Geographen oder Amerikanisten – thematisch sehr umfassend und interdisziplinär angelegt, aber diese Themenbreite schien mit Anbruch unseres Jahrhunderts mehr und mehr eingeschränkt worden zu sein. So hatten – um nur ein Beispiel zu nennen – die Berliner Organisatoren des Historikerkongresses 1908 Gegenstände wie Philologie, Archäologie, historische Geographie oder die Geschichte der Naturwissenschaften nicht mehr im Programm berücksichtigt.

Die Suche nach einer neuen Synthese erfolgte sowohl auf disziplinärer als auch auf überdisziplinärer Ebene. Auf dem Pariser Historikerkongreß von 1900 trat Henry Berr mit seinem Projekt der „histoire synthèse“ auf, die dem Positivismus und der zunehmenden Fragmentierung in der Geschichtswissenschaft ein neues methodisches Konzept entgegenstellen wollte.<sup>54</sup> Auf der internationalen Ebene ist von vielen Zeitgenossen als ein geeigneter Weg zu einem erneuten Zusammenführen der einzelnen Disziplinen und Erkenntnisgebiete eine entsprechende Klassifizierung der Wissenschaften angesehen worden. Dies bedeutete eine Wiederbelebung von Klassifizierungsversuchen der Wissenschaft, deren Tradition nach dem starken Interesse an enzyklopädisch-klassifizierenden Überblicken im 18. Jahrhundert mit der Herausbildung spezifischer Wissenschaftsdisziplinen seit dem beginnenden 19. Jahrhundert zu Ende gegangen war. Als Systematik des Wissens kehrte sie nun am Beginn des 20. Jahrhunderts zurück. Dies erscheint insofern paradox, als, wie R. Stichweh zurecht bemerkt, eine solche Klassifikation „nach der Entstehung des Systems wissenschaftlicher Disziplinen ... eine schlichte Reduplikation einer in der Wirklichkeit ja sowieso leicht beobachtbaren Struktur“ bedeutete.<sup>55</sup> Die Feststellung allerdings, daß sich die aus praktischen Erwägungen hinsichtlich der Mannigfaltigkeit internationaler Wissenschaftsbeziehungen resultierenden Klassifikationsversuche um die Jahrhundertwende allein auf die Phasenverschiebungen in der Differenzierung nationaler Wissenschaftsdisziplinen zurückführen lassen,<sup>56</sup> muß mit Blick auf den Stand der internationalen Wissenschaftsentwicklung ergänzt werden. Die Strukturierung der interna-

tionalen Kongresse durch eine Klassifizierung der Wissenschaft strebte danach, die „Einheit der Wissenschaft“ im beobachteten „Chaos“ der Wissenschaftsvielfalt wiederherzustellen und sie damit regulierbar zu machen. Die Kongresse sollten damit nicht die zunehmende Fragmentation der Disziplinen symbolisieren, sondern sie zu einer neuen Synthese zusammenführen.

Die Bestrebungen, ein internationales Koordinierungsorgan der Wissenschaft zu begründen, gingen von Frankreich aus. Auf der Pariser Weltausstellung von 1889 gab es erstmals eine von der übrigen Ausstellung unabhängige Klassifikation für die Wissenschaftskongresse, und es verwundert kaum, daß die 1900 vorgeschlagene Anordnung der Wissenschaften auf französische Klassifikationsmodelle, u.a. von Ampère und insbesondere von Auguste Comte, zurückgriff.<sup>57</sup> Letzterer stand – obgleich ungenannt – bei der von den Generalsekretären des Zentralbüros der Internationalen Assoziationen, La Fontaine und Otlet, geäußerten Vorstellung einer „science générale universelle“ Pate, die in der Überzeugung begründet war, daß „l'époque actuelle à une conception rationnelle du monde, à une systématisation de tous les faits connus“ führte. Nicht mehr die Arbeit des einzelnen Forschers, sondern die von wissenschaftlichen Kollektiven ermögliche schließlich die „synthèse de tout le savoir“.<sup>58</sup>

Der internationale „Congress of Arts and Science“, der aus Anlaß der Weltausstellung 1904 in St. Louis stattfand und an dem sich bedeutende Gelehrte aller Disziplinen für sechs Tage trafen,<sup>59</sup> ist das wohl typischste Beispiel für den Versuch, beide Ebenen – Wissenschaftssynthese und nationalistische Wissenschaftsdominanz – auf einem Kongreß zu verbinden. Das primäre Ziel des Weltkongresses in St. Louis und seiner amerikanischen Organisationen mit dem Präsidenten der Columbia University Nicholas M. Butler an der Spitze bestand darin, die Einheit der Wissenschaft im Zeitalter ihrer allgemeinen Fragmentierung zu demonstrieren. In einem Artikel über den „Educational Worth of the St. Louis Exposition“ hatte Butler die Spezialisierung des Wissens beklagt: „We are today surrounded by hosts of uneducated scholars. They are men who know almost everything about something, but little or nothing about the real significance of that something and its place in the scheme of things“.<sup>60</sup>

Es war dann der Deutsch-Amerikaner und Psychologe an der Harvard University sowie Vize-Präsident des Kongresses, Hugo Münsterberg, der nach längeren Diskussionen innerhalb des Vorbereitungskomitees die inhaltliche Vorbereitung bestimmte und dessen Klassifikation der Wissenschaften als Grundlage des Kongreßprogramms angenommen wurde. Zu den in sieben Hauptgruppen (normativ, historical, physical, mental, and utilitarian science, social regulations, social culture) unterteilten 24 Abtei-

lungen mit ihren 127 Sektionen wurden je zwei Vorträge – über die Geschichte der jeweiligen Disziplin in den letzten hundert Jahren und über den aktuellen Forschungsstand – von den entsprechenden Fachvertretern gehalten, um den Fortschritt der Wissenschaften zu dokumentieren. Mit den Technikwissenschaften ist eine neue Familie in die Wissenschaftsklassifikation aufgenommen worden. Dies trifft auch auf die Abteilung „Soziale Regulierung“, unter die Politik, Recht und Sozialwissenschaften subsumiert wurden, und die für „Social Culture“ zu, die sich mit Bildung und Religion beschäftigte. Die Gruppe der historischen Wissenschaften umfaßte mit 32 die höchste Anzahl von Sektionen, gefolgt von den „Physical Sciences“ mit 31 Subdisziplinen. Aber nur eine der sechs Abteilungen innerhalb der „Historical Science“ hatte die Geschichtswissenschaft zum Gegenstand. Im Department „Political and Economic History“ sprachen Karl Lamprecht in der Sektion „Mediaeval History“ und J. E. Conrad aus Halle in der Sektion „History of Economic Institutions“.<sup>61</sup>

Münsterberg hob selbst mehrfach das Neuartige seiner Konzeption hervor: „Der traditionelle Plan für die Weltausstellungskongresse ... besteht in einer langen Liste unzusammenhängender Vorträge über beliebige Spezialfragen. Der Hauptvorteil solchen Planes ist der, daß er sozusagen keiner Vorbereitungen bedarf. Aber bereits in Paris herrschte allgemein das Gefühl, daß solche Veranstaltungen im wesentlichen zwecklos seien und während der Glanz von Paris noch imstande war, die Mängel solcher Kongresse weniger hervortreten zu lassen, würde eine Wiederholung in St. Louis mit einem vollständigen Mißerfolg enden. Jedermann würde dort aufs deutlichste empfinden, daß eine Weltausstellung der ungeeignetste Platz ist, um Spezialkongresse abzuhalten, wie sie jede Wissenschaft jahraus, jahrein an stillen Plätzen eigener Wahl zu halten gewohnt ist ... Das Programm in St. Louis kann zu einem Erfolg meines Erachtens nur dann führen, wenn wir den entgegengesetzten Weg beschreiten. Statt noch einmal die zersplitterte Spezialarbeit anzuhängen, müssen wir auf Einheit und Zusammenhang der Wissenschaft hinarbeiten.“ Statt hunderter einzelner Kongresse müßte daher ein einziger durchgeführt werden, „der die Gesamtheit des menschlichen Wissens umspannt“.<sup>62</sup>

Münsterbergs Programm war in den USA nicht unumstritten, setzte sich aber gegen die Konkurrenzvorschläge der zwei anderen Kommissionsmitglieder, des Astronomen und Mathematikers Simon Newcomb und des Soziologen Albion Small, durch. Small hatte eine neue Synthese vorgeschlagen, die von der Erfahrung und dem Handeln der Menschen ausging. Die interdisziplinäre Diskussion von sechs systematischen Problemen, zu denen er die soziale Förderung, die Produktion des Reichtums, das Recht als Institution, die Entdeckung und Ausbreitung des Wissens, die Darstel-

lung ästhetischer Konzepte und schließlich die Entwicklung der Religionen zählte, sollte in provokativer Absicht die traditionellen Disziplinen zu neuen Fragestellungen und Sichtweisen führen.<sup>63</sup> Schließlich setzte sich Münsterbergs Konzept durch, und die angekündigte Teilnahme der internationalen – vor allem der deutschen – Gelehrtenwelt ließ die Kritiker schließlich verstummen.

Der Erfolg der Veranstaltung schien Münsterberg recht zu geben. Allein unter den mehr als 30 deutschen angereisten Wissenschaftlern befanden sich bekannte Gelehrte wie Wilhelm Ostwald, Ernst Troeltsch, Karl Lamprecht, Adolf Harnack, Ferdinand Toennies, Max Weber, Werner Sombart und Wilhelm Reim, die zu ihren Gebieten Referate hielten. Die Deutschen bildeten im Hinblick auf den wissenschaftlichen Ruf der Teilnehmer, etwa im Vergleich zu den angereisten Franzosen, die mit Abstand prominenteste Delegation, was vor allem auf die persönlichen Bemühungen Münsterbergs zurückzuführen war. Damit war die Zielstellung, die Münsterberg mit dem Kongreß verbunden hatte, erreicht: eine auf seinem Klassifikationsschema beruhende Synthese der Wissenschaften vorzustellen und dies zugleich mit einer nationalen (in Münsterbergs Augen „patriotischen“) Demonstration der „überlegenen“ deutschen Wissenschaft zu verbinden.

## V.

Freilich trug der Kongreß in St. Louis trotz der Präsenz der Wissenschaftlerelite wenig zur Lösung des eigentlichen Grundproblems – der Einheit der Wissenschaft angesichts von Spezialisierung und Fragmentierung – bei. Dazu kam, daß die Auswahl der Referenten eher zufällig war und von den Fachgebieten und persönlichen Kontakten der Organisatoren abhing. Newcomb, der Nerdeuropäer und Franzosen einzuladen hatte, gewann zwar französische Mathematiker, die bekannten Historiker Frankreichs traten aber bis auf eine Ausnahme (Cordier zur Alten Geschichte) nicht als Redner auf, Amerikaner und Deutsche beherrschten weitgehend den Kongreß. Aber es war auch die wachsende Unzufriedenheit mit den Weltausstellungen generell, dem Mißverhältnis von Aufwand und Nutzen, die deren Funktion als Ort wissenschaftlicher Kongresse zunehmend in Frage stellte. Deutschland etwa lehnte die Ausrichtung einer solchen Ausstellung in Berlin für 1913 und eine Beteiligung an der von San Francisco 1915<sup>64</sup> frühzeitig ab und verzichtete damit auch auf die Unterrichtsausstellungen, die es in Chicago 1893 und in St. Louis mit großem Erfolg durchgeführt hatte. Verschiedene Faktoren also – nicht zuletzt die aufwendige Vorbereitung und die Kosten – machten die Bestrebungen, regelmäßig internationale Kongresse in interdisziplinärer Form zu veranstalten, bald zunichte.

Nicht nur die Bemühungen um eine „Einheit“ der Wissenschaften, sondern der Höhenflug der Kongreßbewegung allgemein sind mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges beendet worden. Der Zusammenbruch einer internationalen Gelehrtenrepublik ist aber nicht nur den politischen Rivalitäten der Nationalstaaten, denen sich die Wissenschaftler nicht entziehen konnten und zum großen Teil auch nicht entziehen wollten, geschuldet. Mit der endgültigen Entstehung eines ausdifferenzierten Systems der Wissenschaftsdisziplinen auf einem international annähernd gleichen Niveau wurde die Vorstellung einer „Einheit der Wissenschaften“ obsolet. Aus den Disziplinen selbst kamen keine entscheidenden Impulse mehr zu einer internationalen Koordination der Wissenschaftsbeziehungen mit dem Ziel einer universellen Wissenschaftssynthese. Die Aufgabe der Organisation und Koordinierung übernahmen ab den zwanziger Jahren zunehmend staatliche Institutionen und internationale nichtwissenschaftliche Behörden. Die damit verbundenen neuen Strukturen und Zielstellungen leiteten eine neue Phase der internationalen Wissenschaftskooperation ein.<sup>65</sup>

#### Anmerkungen

- 1 Es gibt bisher nur wenige Ansätze zu einer Geschichte der internationalen Wissenschaftsbeziehungen im 19. Jahrhundert. Als Forschungsprogramm vgl. M. Crossland, *History of Science in a National Context*, in: *British Journal for the History of Science* 10 (1977), S. 95-113; F. H. Tenbruck, *Die kulturellen Grundlagen der Gesellschaft. Der Fall der Moderne*, Opladen 1989, Kap. 13: *Wanderungen und Wandlungen der Wissenschaft*, S. 277ff. – Als einen ersten Versuch siehe P. H. Eijkman, *L'Internationalisme Scientifique*, Den Haag 1911.
- 2 J. St. Mill, *The Spirit of the Age*, in: *Collected Works of John Stuart Mill*, vol. 22, hrsg. von A. P. Robson/J. H. Robson, Toronto 1986, S. 227-234, 238-245, 252-258, 278-282, 289-295, 305ff., 312-316. Hamilton spricht 1831 in der „*Edinburgh Review*“ von einem „age of reform“. ND vgl. B. Dennis/D. Skilton (Hrsg.), *Reform and Intellectual Debate in Victorian England*, London 1987, S. 181. Siehe auch W. Houghton, *The Victorian Frame of Mind, 1830–1870*, New Haven 1957, S. 1ff.
- 3 T. H. Huxley, *Science*, in: *The Reign of Queen Victoria: A Survey of Fifty Years of Progress*, hrsg. von T. H. Ward, London 1887, Bd. 2, S. 322f.
- 4 S. S. Schweber, *Scientists as Intellectuals: The Early Victorians*, in: *Victorian Science and Victorian Values: Literary Perspectives*, hrsg. von J. Paradis/T. Postlewait, New Brunswick 1985, S. 1-37.
- 5 Vgl. D. R. Dean, „*Through Science to Despair*“: *Geology and the Victorians*, in: ebenda, S. 111-136.
- 6 C. Lyell, *Principles of Geology, Being an Attempt to Explain the Former Changes of the Earth's Surface by Reference to Causes now in Operation*, 3 Bde., London 1830–1833; J. Herschel, *Preliminary Discourse on the Study of Natural Philosophy*, London 1831 und *A Treatise on Astronomy*, London 1833.
- 7 Whewell verwandte 1834 in der „*Quarterly Review*“ zuerst den Begriff „*scientist*“

- als Bezeichnung für alle Naturforscher, ein Terminus, der sich allerdings erst Ende des 19. Jahrhunderts völlig durchsetzte. Vgl. S. Ross, *Scientist: The Story of a Word*, in: *Annals of Science* 18 (1962), S. 65-85.
- 8 S. F. Cannon, *The Cambridge Network*, in: dies., *Science in Culture: The Earlier Victorian Period*, New York 1978, S. 29-71; W. F. Cannon, *John Herschel and the Idea of Science*, in: *Journal of the History of Ideas* 22 (1961), S. 215f.
  - 9 Vgl. T. W. Heyck, *The Transformation of Intellectual Life in Victorian England*, London 1982, S. 66f.
  - 10 Vgl. dazu R. Stichweh, *Zur Entstehung des modernen Systems wissenschaftlicher Disziplinen. Physik in Deutschland 1740–1890*, Frankfurt a. M. 1984.
  - 11 C. Babbage, *Reflections on the Decline of Science in England*, in: M. Campbell-Kelly (Hrsg.), *The Works of Charles Babbage*, Bd. 7, New York 1989, S. 10f. D. Brewster, *Decline of Science in England and Patent Laws*, in: *Quarterly Review* 43 (1830), S. 305-342. Vgl. zur Debatte um den Niedergang der Wissenschaften Anfang der dreißiger Jahre Cannon, *Science in Culture* (Anm. 8), S. 185ff.
  - 12 Dazu ausführlicher vgl. G. Haines, *German Influence upon English Education and Science, 1800–1866*, London 1957, S. 29ff., 43ff.
  - 13 Vgl. S. F. Cannon, *The Founding of the B.A.A.S. und Professionalization and the B.A.A.S.*, in: dies., *Science in Culture* (Anm. 8), S. 201-224 und S. 167-200. Siehe auch F. R. Pfetsch, *Zur Entwicklung der Wissenschaftspolitik in Deutschland*. Berlin 1974, S. 314ff., der darauf hinweist, daß auch viele deutsche Wissenschaftler, insbesondere Chemiker, nach England gingen, um dort zeitweise zu forschen und zu lehren.
  - 14 Vgl. R. Wellek, *Immanuel Kant in England: 1793–1838*, Princeton 1931; E. Hellmuth, *The Transformation of Political Culture: England and Germany in the late 18th Century*, London 1989.
  - 15 Die Herausgabe einer englischen Übersetzung Niebuhrs besorgten Hale und Thirlwall. Der erste Band erschien 1828, der dritte 1842. Vgl. J. Hare, *A Vindication of Niebuhr's History of Rome from the charges of the Quarterly Review*, with a postscript by Connop Thirlwall, Cambridge 1829.
  - 16 Ausführlich zum Einfluß Niebuhrs siehe E. Bammel, *Niebuhr in England*, in: Barthold Georg Niebuhr. *Historiker und Staatsmann*, hrsg. von G. Wirth. Bonn 1984, S. 131-175, hier: S. 163. Vgl. auch K. Dockhorn, *Der deutsche Historismus in England*, Göttingen 1950.
  - 17 Siehe dazu R. v. Gizycki, *Centre and Periphery in the International Scientific Community: Germany, France and Great Britain in the 19th Century*, in: *Minerva* 11 (1973), S. 474-494.
  - 18 Hermann Helmholtz drückte dies im Hinblick auf die Stellung der deutschen Universitäten folgendermaßen aus: „A false step may make us fall from this high position; it would afterwards be difficult to regain it.“ *Academic Liberty in German Universities*, in: *Nature*, 9.5.1878, S. 50.
  - 19 Vgl. *The 1978 International Organizations founded since the Congress of Vienna*, Brüssel 1957.
  - 20 Vgl. Stichweh, *Entstehung* (Anm. 10), S. 91. Zur Kritik an diesem Begriff vgl. Brookman, der vom „relativistischen“ Standpunkt aus das Antonym zur nationalen Wissenschaft auf der Ebene des sozialen Systems „Wissenschaft“ im „Universa-

- lismus“ sieht. F. H. Brookman, *Nationality versus Internationality in Science. A Theoretical Framework for Analysis*, in: *Internationale Dimension in der Wissenschaft*, hrsg. v. F. R. Pfetsch. Erlangen 1979, S. 18.
- 21 Vgl. M. Crosland, *The Congress on Definitive Metric Standards, 1798/99: The First International Scientific Conference?*, in: *Isis* 60, 1969, S. 226-231.
- 22 Rasmussen spricht von 242 Kongressen. Vgl. A. Rasmussen, *Les Congrès internationaux liés aux Expositions universelles de Paris (1867-1900)*, in: *Mil Neuf Cent. Revue d'Histoire Intellectuelle* 7 (1989), S. 23.
- 23 Vgl. dazu: die Angaben in *Les congrès internationaux de 1681 à 1899*, Brüssel 1960; *Les congrès internationaux de 1900 à 1919*, Brüssel 1964. Die dort gegebenen Übersichten erfassen freilich alle internationalen Tagungen, ist daher nicht auf wissenschaftliche Konferenzen beschränkt. Die Klassifizierung der Tagungen ist ohnehin ein Problem der internationalen Kongreßgeschichtsschreibung. Tapia unterscheidet in seiner Statistik vier Kategorien von Kongressen: wissenschaftliche; technische bzw. professionelle; politische, ideologische oder konfessionelle; literarische, künstlerische oder sportliche. Für die Zeitspannen 1840 bis 1869, 1870 bis 1894 und 1895 bis 1919 errechnet er einen Anteil der Wissenschaftskongresse von 37 Prozent, 30 Prozent und 24 Prozent, die aber rasch vom ersten Platz hinter die technisch-professionellen Tagungen (27 Prozent, 43 Prozent und 60 Prozent) auf den zweiten Platz zurückfallen. Vgl. C. Tapia, *Colloques et Sociétés. La Régulation Sociale*, Lille 1981, S. 51.
- 24 Detaillierte statistische Angaben zu den Kongressen finden sich bei C. Tapia/J. Taieb, *Conférences et Congrès Internationaux de 1815 à 1913*, in: *Relations Internationales* 5 (1976), S. 11-35; Tapia, *Colloques* (Anm. 23), bes. S. 39ff., 45ff.
- 25 J.-J. Salomon, *The Internationale of Science*, in: *Science Studies* 1 (1971), S. 31.
- 26 Vgl. dazu F. S. L. Lyons, *Internationalism in Europe 1815-1914*, Leyden 1963, S. 229; P. S. Reinsch, *International Unions and Their Administration*, in: *American Journal of International Law* 1 (1907), S. 617.
- 27 Die Zahlen schwanken. Speeckaert etwa gibt 2897 Kongresse für die Zeit zwischen 1840 und 1914 an. Vgl. G. P. Speeckaert, *Un siècle d'Expositions Universelles, leur influence sur les congrès internationaux*, in: *Bulletin ONG*, Brüssel 1951, S. 270.
- 28 Tapia, *Colloques* (Anm. 23), S. 49.
- 29 Mit Anbruch des neuen Jahrhunderts verlor Paris als Kongreßstadt allerdings an Bedeutung. Von den ca. 135 im Jahre 1913 stattgefundenen Kongressen tagten 35 in Belgien, je 15 in Deutschland und England und nur noch 12 in Frankreich. Vgl. *La Vie Internationale* 3 (1913), S. 433.
- 30 Vgl. u.a. *Wissenschaft in Berlin. Von den Anfängen bis zum Neubeginn nach 1945*, hrsg. von H. Laitko u.a., Berlin 1987; *Berlinische Lebensbilder*, Bd. 3: *Wissenschaftspolitik in Berlin*, hrsg. von W. Treue und K. Gründer, Berlin 1987. Beispiele für internationale Kongresse in Deutschland vor 1900 sind: 1. Chemischer Kongreß, Karlsruhe 1860/67, Düsseldorf 1880; 5. Kongreß für Statistik, Berlin, 1863; 1. Kongreß für Geodäsie und Geophysik, Berlin, 1864; 1. Kongreß für Archäologie und Geschichte, Bonn, 1868; 5. Orientalistenkongreß, Berlin, 1881; 3. Geologiekongreß, Berlin, 1885; 7. Amerikanistenkongreß, Berlin, 1888; 10. Kongreß der Mediziner, Berlin, 1890; 3. Psychologiekongreß, München, 1896; 7. Geographen-

- kongreß, Berlin, 1899. Nach der Jahrhundertwende nimmt die Zahl rasch zu. U. a. fanden im ersten Jahrzehnt in deutschen Städten der 5. Zoologiekongreß (Berlin, 1901), der 13. Orientalistenkongreß (Hamburg, 1902), der 5. Kongreß für angewandte Chemie (Berlin, 1903), der 3. Kongreß der Mathematiker (Heidelberg 1904), der 14. Amerikanistenkongreß (Stuttgart 1904), der 7. Physiologenkongreß (Heidelberg, 1907), der 3. Philosophenkongreß (Heidelberg, 1908), der 4. Historikerkongreß (Berlin, 1908) und der 5. Ornithologenkongreß (Berlin, 1910) statt. Die Internationalisierung der Astronomie ging fast ausschließlich von Deutschland, nämlich der Deutschen Astronomischen Gesellschaft, aus. Von den – seit dem ersten, 1865 in Leipzig stattgefundenen Kongreß – 23 weiteren Kongressen bis 1910 haben zehn in deutschen Städten stattgefunden, keiner in Paris oder London, nur einer in Brüssel.
- 31 Zur Rolle von Paris vgl. Tapia/Taieb, *Conférences* (Anm. 24), S. 20-26. Hinsichtlich Berlins könnte die Diskrepanz von Wissenschaftszentrum und Tagungsort auch ein Hinweis auf die teilweise geringe wissenschaftliche Bedeutung der Kongresse für verschiedene Einzelwissenschaften sein.
- 32 Die Geschichte der Weltausstellungen hat seit einigen Jahren wieder an Interesse gewonnen, vor allem in den Medien- und Kunstwissenschaften, aber auch in der Industriegeschichtsforschung. Vgl. u. a. E. Werner, *Der Kristallpalast zu London 1851*, Düsseldorf 1970; C. Beutler, *Weltausstellungen im 19. Jahrhundert*, München 1973; E. Kroker, *Die Weltausstellungen im 19. Jahrhundert*, München 1973; W. Plum, *Weltausstellungen im 19. Jahrhundert*, Bonn 1975; W. Friebe, *Vom Kristallpalast zum Sonnenturm. Eine Kulturgeschichte der Weltausstellungen*, Leipzig 1983; H. Kraemer, *Die Ingenieurkunst auf der Pariser Weltausstellung 1900*, Reprint hrsg. von E. Kroker, Düsseldorf 1984; G. Maag, *Kunst und Industrie im Zeitalter der ersten Weltausstellungen. Synchronische Analyse einer Epochen-schwelle*, München 1986; T. Kuchenbuch, *Die Welt um 1900. Unterhaltungs- und Technikkultur*, Stuttgart/Weimar 1992; allgemein: *Le Livre des Expositions Universelles. 1851–1889*, Paris 1983; P. Greenhalgh, *Ephemeral Vistas. The Expositions Universelles, Great Exhibitions and World's Fairs, 1851–1939*, Manchester 1988. Zuletzt B. Schroeder-Gudehus/A. Rasmussen, *Les Fastes du Progrès. Le Guide des Expositions universelles 1851–1992*, Paris 1992.
- 33 Außer einzelnen Studien zu bestimmten Weltausstellungen, bes. zu der in St. Louis (siehe unten), existiert noch keine zusammenhängende Studie zur Rolle der Wissenschaften und Wissenschaftskongresse auf den Weltausstellungen. Zu den Wissenschaftskongressen allgemein und auf den Pariser Weltausstellungen im besonderen siehe jetzt A. Rasmussen, *Les Classifications d'Expositions Universelles*, in: Schroeder-Gudehus/Rasmussen, *Fastes* (Anm. 32), S. 21-38, hier: 29ff.; Rasmussen, *Congrès internationaux* (Anm. 22), S. 23-44; dies., *Jalons pour une histoire des congrès internationaux au XIXe siècle: Régulation scientifique et propagande intellectuelle*, in: *Relations internationales* 62 (1900), S. 115-133.
- 34 Vgl. die Statistik bei Tapia, *Colloques* (Anm. 23), S. 47.
- 35 Beide Male hatte der Kaiser die Weltausstellung in Berlin entschieden abgelehnt. Vgl. dazu Brief des Innenministeriums an den Reichskanzler, 26.5.1908; Bundesarchiv (BA) Potsdam, Reichskanzlei, Nr. 585, S. 32f. Allgemein siehe H. Delbrück, *Die Berliner Weltausstellung*, in: *Preußische Jahrbücher* 70 (1892), S. 229-236. Zu

- 1913 vgl. H. Hillger, Eine Weltausstellung in Berlin, in: Die Gegenwart, 1.5.1909, S. 289-291; A. Koch, Eine deutsche Welt-Ausstellung?, Darmstadt 1910.
- 36 B. Schroeder-Gudehus, Internationale Kongresse und die Organisation der Wissenschaft: Ein Blick auf die Jahrhundertwende, in: Nachdenken über Geschichte. Beiträge aus der Ökumene der Historiker, hrsg. von H. Bockmann/K. Jörgensen, Neumünster 1991, S. 247.
- 37 G. A. Ritter, Motive und Organisationsformen der internationalen Wissenschaftsbeziehungen und die Anfänge einer auswärtigen Kulturpolitik im deutschen Kaiserreich vor dem Ersten Weltkrieg, in: Studien zur Geschichte Englands und der deutsch-britischen Beziehungen, hrsg. von L. Kettenacker/M. Schlenke/H. Seifer, München 1981, S. 154 und A.12, S.175.
- 38 K. D. Erdmann, Die Ökumene der Historiker. Geschichte der Internationalen Historikerkongresse und des Comité International des Sciences Historiques, Göttingen 1987, hier: S. 18-28.
- 39 Vgl. E. Brian, Y a-t-il un objet Congrès? Le cas du Congrès international de statistique (1853-1876), in: Mil Neuf Cent. Revue d'Histoire Intellectuelle 7 (1989), S. 9-22; B. Bensaude-Vincent, Karlsruhe, septembre 1860: l'atome en congrès, in: Relations Internationales 62 (1990), S. 149-169.
- 40 Zur Société d'Histoire Diplomatique vgl. Revue d'Histoire diplomatique 1 (1887), S. 5ff.
- 41 Z.B. ging der I.Kongreß über Erdmagnetismus in Cambridge 1845 auf den Einfluß der British Association for the Advancement of Science zurück, der I. Physiologenkongreß 1889 in Basel auf den der British Society of Physiology, der Geologenkongreß auf die Initiative der American Assoziation for the Advancement of Science. Neben dem schon erwähnten Internationalen Statistikkongreß ist 1885 ein International Institute of Statistics, 1872 das Internationale Meteorologische Committee, 1873 das Institut de Droit International und 1878 die Internationale Meteorologische Assoziation gegründet worden.
- 42 H. Hüsser, Lebenserinnerungen, hrsg. von E. Sieper. Berlin 1914, S. 391.
- 43 Erdmann, Ökumene (Anm. 38), S. 21.
- 44 Vgl. G. v. B. (d.i. Georg v.Below), Vermischtes, in: Historische Zeitschrift 82 (1899), S. 185-187, hier S. 186.
- 45 Vgl. Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStPK), Rep. 76, Vc, Sekt. I, Tit. 11, Teil VI, Nr. 13, Bd. 1.
- 46 Rasmussen, Congrès (Anm. 22), S. 30.
- 47 Dazu hat es für die deutsche Kulturpolitik in den letzten Jahren detaillierte Forschungen gegeben. Als Beispiele vgl. K. Düwell, Deutschlands auswärtige Kulturpolitik, 1918-1932. Grundlinien und Dokumente, Köln/Wien 1976; R. v. Bruch, Weltpolitik als Kulturmission. Auswärtige Kulturpolitik und Bildungsbürgertum in Deutschland am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Paderborn u.a. 1982; Ritter, Motive und Organisationsformen (Anm. 37), S. 153-183; B. v. Brocke, internationale Wissenschaftsbeziehungen und die Anfänge einer deutschen auswärtigen Kulturpolitik: Der Professorenaustausch mit Nordamerika, in: Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik im Industriezeitalter. Das „System Althoff“ in historischer Perspektive, hrsg. von B. v. Brocke. Hildesheim 1991, S. 185-242.
- 48 Dazu detailliert B. v. Brocke, „Wissenschaft und Militarismus“. Der Aufruf der 93

- „An die Kulturwelt!“ und der Zusammenbruch der internationalen Gelehrtenrepublik im Ersten Weltkrieg, in: Wilamowitz nach 50 Jahren, hrsg. von W. M. Calder III/H. Flasher/T. Lindken, Darmstadt 1985, S. 649-716.
- 49 C.-E. A. Winslow, *The Movement for Scientific Internationalism at The Hague*, in: *Science* 35 (1912), S. 294. H. La Fontaine/P. Otlet, *La Vie Internationale et l'effort pour son organisation*, in: *La Vie Internationale* 1 (1912), S. 34. Vgl. auch A. H. Fried, *La Science de l'internationalisme*, in: *Annuaire de Vie Internationale* 1 (1908/09), S. 23-28.
- 50 *Annuaire de la Vie Internationale* 2 (1910/11), S. 657-660; W. Ostwald, *Lebenslinien. Eine Selbstbiographie*. Bd. 3, Berlin 1927, S. 287ff. Die Ziele anderer Organisationen wie z.B. der „Société internationale d'études, de correspondance et d'échanges“ (Paris, 1895), der „Società internazionale degl'intellettuali“ (Catania, 1909) oder des „Cosmopolitan Correspondence Club“ (Milwaukee, 1900) gingen über die Beförderung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit hinaus und waren auf eine generelle Annäherung der Menschen auf vielen Ebenen ausgerichtet. Angaben finden sich in: *Annuaire de la Vie Internationale* 1 (1908/09), S. 539-542; 2 (1910/11), S. 619-622, 651-656.
- 51 Sowohl die Protokolle der Gründungskonferenzen in Leipzig 1893 und in Wiesbaden vom Oktober 1899 als auch der Entwurf von Mommsen für den Kultusminister vom Juni 1892 finden sich in: *GStPK Rep.* 76 Vc, Sekt. 1, Tit. II, Teil 6, Nr. 8, Bd. I. Vgl. insgesamt A. Schuster, *International Science*, in: *Nature* 74 (1915), S. 256-259; Winslow, *Movement* (Anm. 50), S. 294f., Baron de Borchgrave, *L'association Internationale des Académies: son organisation et ses travaux*, in: *La Vie Internationale* 4 (1913); Vgl. dazu B. Schroeder-Gudehus, *Les congrès scientifique et la politique de coopération des académies des sciences*, in: *Relations Internationales* 62 (1990), S. 135-148; dies., *Internationale Kongresse* (Anm. 36), S. 247-255; dies., *International Cooperation and International Organisation: Tendencies Toward Centralisation in the First Half of the Twentieth Century*, in: *Internationale Dimension in der Wissenschaft*, hrsg. von F. R. Pfetsch, Erlangen 1979, S. 61-86; P. Alter, *Internationale Wissenschaft und nationale Politik. Zur Zusammenarbeit der wissenschaftlichen Akademien im frühen 20. Jahrhundert*, in: *Studien zur Geschichte Englands und der deutsch-britischen Beziehungen*, hrsg. von L. Kettenacker/M. Schlenke/H. Seiler, München 1981, S. 201-221.
- 52 P. Otlet, *L'Organisation internationale et les Associations internationales*, in: *Annuaire de Vie Internationale* 1 (1908/09), S. 29-166. Vgl. auch Winslow, *Movement* (Anm. 49), S. 294; Lyons, *Internationalism* (Anm. 26), S. 205. Zu den 137 Organisation an gehörten nicht nur wissenschaftliche. Auf Pläne zur Errichtung eines Internationalen Büros der Wissenschaften in Den Haag, die von der niederländischen Regierung unterstützt wurden, und der Bildung eines „Preliminary World Committee“, das mehrere hundert Mitglieder, Wissenschaftler aus Europa und Amerika, umfaßte, verweist Winslow, *Movement* (Anm. 49), S. 295. Eine erste L'Association Internationale ist bereits 1865 in Brüssel auf Initiative einer „Société pour l'avancement des sciences sociale“ gegründet worden. Vgl. dazu Unterlagen in: BA Potsdam, Auswärtiges Amt, Nr. 63557.
- 53 Vgl. H. Diels, *Die Einheitsbestrebungen der Wissenschaft*, in: *Internationale Wochenschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik* 1 (1907), Sp. 3-10.

- 54 Henri Berr 1900 gegründete „Revue de synthèse historique“ drückt dieses Bestreben symptomatisch für eine einzelne Disziplin aus.
- 55 Stichweh, Entstehung (Anm. 10), S. 12.
- 56 Ebenda, S.14.
- 57 Vgl. dazu M. Reberieux, Approche de l'histoire des expositions universelles à Paris, in: Bulletin du centre d'histoire économique et sociale de la région lyonnaise I (1979), S. 1-17; Rasmussen, Congrès internationaux (Anm. 22), S. 36ff.; dies., Classifications (Anm. 33), S. 30.
- 58 Fontaine/Otlet, Vie Internationale (Anm. 49), S. 27-29.
- 59 Zum Kongreß in St. Louis siehe u.a. P.-G. Forest, Montrer pour démontrer: le congrès des arts et sciences de l'exposition universelle de Saint-Louis, in: Relations Internationales 46 (1986), S. 131-152; G. Haines/F. H. Jackson, A Neglected Landmark in the History of Ideas, in: Mississippi Valley Historical Review 34 (1947), S. 201-220; A. W. Coats, American Scholarship Comes of Age: The Louisiana Purchase Exposition 1904, in: Journal of the History of Ideas 22 (1961), S. 404-417; A. Paret, A., Art and National Image: The Conflict over Germany's Participation in the St. Louis Exposition, in: Central European History 11 (1978), S. 173-183; D. D. Birk, The World Came to Saint Louis: a Visit to the World's Fair, Saint Louis 1979.
- 60 N. M. Butler, Educational Worth of the St. Louis Exposition, in: Review of Reviews 30 (1904), S. 324.
- 61 Vgl. Congress of Arts and Science. Universal Exposition, St. Louis, 1904, hrsg. von H. J. Rogers, Bd. 1, S. 54ff.
- 62 H. Münsterberg, Deutschland und der amerikanische Gelehrtenkongreß, in: Die Woche v. 12.9.1903, S. 1638.
- 63 Die Diskussionen kreisten einerseits um Münsterbergs Klassifikation und seine Grundidee. Vgl. dazu die Briefe von Albion W. Small an William R. Harper, 24.1.1903, und an Nicholas M. Butler, 30.1.1903, in: University President's Papers, 1889-1925, Box 32, Folder 22, University of Chicago. Siehe auch J. Dewey, The St. Louis Congress of Arts and Science, in: Science, 28.8.1903, S. 276; R. S. Woodward, The International Conference of Arts and Science, in: Science, 4.9.1903, S. 302f. Andererseits stieß Münsterbergs deutscher Patriotismus auf Widerstand, vor allem seine Verbindungen zum deutschen Kultusministerium riefen in englischen und französischen Kreisen nicht zu Unrecht die Befürchtung hervor, Deutschland würde den Kongreß für politische Zwecke nutzen. Schließlich reisten Newcomb, Small und Münsterberg 1903 durch Europa, um Gelehrte persönlich nach St. Louis einzuladen. Zur Gründungsgeschichte siehe H. J. Rogers, The History of the Congress, in: Congress of Arts and Science, 1, S. 3ff. Dort finden sich auch Ausführungen zum Vorschlag Smalls, S. 8. Siehe im gleichen Band auch die Ausführungen Münsterbergs „The Scientific Plan of the Congress“, und ders., The International Congress of Arts and Science, in: Science, 30.10.1903, S. 560.
- 64 Die Ablehnung stand bereits im August 1913 fest. Vgl. BA Potsdam, Reichskanzlei, Nr. 583a, S. 84f.
- 65 Vgl. dazu B. Schroeder-Gudehus, Deutsche Wissenschaft und Internationale Zusammenarbeit 1914-1928. Ein Beitrag zum Studium kultureller Beziehungen in politischen Krisenzeiten, Genf 1966.

---

**Martin Sabrow**

## **Ökumene als Bedrohung. Die Haltung der DDR-Historiographie gegenüber den deutschen Historikertagen von 1949 bis 1962**

Erst 1958, fast ein Jahrzehnt nach Gründung der DDR, vollendete sich die institutionelle Spaltung der deutschen Geschichtswissenschaft, entstand neben dem Verband der Historiker Deutschlands (mit Sitz in Göttingen) eine Deutsche Historiker-Gesellschaft (mit Sitz in Leipzig), die in der Folge dem (west-)deutschen „Historikertag“ einen (ost-)deutschen „Historiker-Kongreß“ entgegensetzen sollte. Bis zu diesem Jahr aber hielt auch die DDR-Historiographie ungeachtet ihrer weltanschaulichen Trennung vom „bürgerlichen“ Pendant westlich der Elbe an der Einheit der institutionellen Fachbegegnungen beider Geschichtswissenschaften fest, bis es auf dem 24. Historikertag 1958 in Trier zum manifesten Bruch kam. Die Gründe für diese Verzögerung stehen im Zentrum dieses Beitrags, in dem danach gefragt wird, mit welchen Strategien die zunehmend parteilich gebundene Geschichtswissenschaft der DDR ihren Umgang mit der westdeutschen Historiographie auf der Ebene ihrer zentralen Fachtagungen organisierte, inwieweit sie sich auf ihnen der wissenschaftlichen Herausforderung eines anderen Geschichtsdenkens stellte, inwieweit sie sich gegen sie immunisierte.

Außerhalb dieser Betrachtung können die ersten beiden Nachkriegsversammlungen deutscher Historiker in München 1949 und Marburg 1951 bleiben, mit denen der Verband der Historiker Deutschlands sich den Weg in die internationale Fachöffentlichkeit neu zu bahnen suchte.<sup>1</sup> In München waren unter den 231 Teilnehmern auch neun ostdeutsche Vertreter anwesend. Keiner unter ihnen freilich repräsentierte eine eigenständige DDR-Geschichtswissenschaft, auch wenn der einzige Marxist unter ihnen, Walter Markov, seinen Standpunkt engagiert vertrat. München spiegelte nicht die Trennlinie zwischen Historikern West und Historikern Ost, sondern die schwächer werdende Abwehr einer in Grundfragen noch einheitlichen Historikerschaft gegen die Auswirkungen der politischen Teilung. Entsprechend bemühte Markov selbst sich in seinen Erwidern auf Gerhard Ritters Referat über die „Gegenwartsaufgabe der Historie“ deutlich um Konzilianz und argumentierte ebenso auf dem Boden eines gemeinsamen Wissenschaftsverständnisses wie seine nicht-marxistischen Kollegen Karl Griewank und Fritz Rörig. Die Mehrheit der Tagungsgäste allerdings emp-

fand Markovs Plädoyer für einen marxistischen Zugang zur Geschichte ebenso wie etwa Fritz Rörigs Dank an die Großzügigkeit der „ostzonalen Behörden“ mehr als pflichtschuldige Rücksichtnahme auf die bestehenden Machtverhältnisse denn als Aufforderung zur Auseinandersetzung mit einem anderen Geschichtsbild.<sup>2</sup> Den vorherrschenden Geist der innerdeutschen Beziehungen auf dem Münchener Historikertag überlieferte Gerhard Ritter in einem späteren Brief an Hermann Heimpel: „Von den Kollegen aus dem Osten sagte mir einer zum Schluß, er habe doch mit Freuden gesehen, daß sie hinter dem Eisernen Vorhang in keiner Weise vergessen wären, sondern sich dankbar eng mit uns verbunden fühlen.“<sup>3</sup>

In der wissenschaftlichen und populären Publizistik der DDR wurde der Münchener Historikertag ebenso ignoriert<sup>4</sup> wie zwei Jahre später der Folgekongreß in Marburg. Die Austreibung der „bürgerlichen“ Geschichtswissenschaft in der DDR im Zuge des zwischenzeitlich hereingebrochenen „Sturms auf die Festung Wissenschaft“ ließ sich darin ablesen, daß zur Marburger Versammlung mit Ausnahme Fritz Hartungs überhaupt kein ostdeutscher Historiker mehr erschien. Die zuständige Abteilung Kultur des ZK der SED, die zusammen mit dem Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen den Aufbau der marxistisch-leninistischen Historiographie in der DDR vorantrieb, hatte sich mit der Frage einer Teilnahme von DDR-Historikern gar nicht befaßt. Dies zeugte gleichermaßen von der Intensität, mit der der bürgerliche Geist nach dem III. Parteitag der SED von 1950 und dem 4. ZK-Plenum vom Januar 1951 aus den historischen Sektionen der Universitäten in der DDR ausgetrieben wurde, wie die fatale Personalsituation der marxistisch gewendeten Geschichtswissenschaft, die mit Alfred Meusel genau einen einzigen SED-Historiker besaß, der bereits vor 1933 eine Professur besessen hatte – nämlich als Soziologe in Aachen. Nicht-Marxisten aber war mit Ausnahme Hartungs die Reiseerlaubnis nach Marburg offenbar fast ausnahmslos verweigert worden, so daß Hermann Heimpel in einem Tagungsbericht für die Historische Zeitschrift (HZ) nur bedauernd feststellen konnte, „daß mit ganz geringen Ausnahmen Besucher, aber auch in Aussicht genommene Referenten aus der Deutschen Demokratischen Republik ihre Pässe nicht rechtzeitig erhalten hatten“.<sup>5</sup>

Daher konnte sich erst 1953 auf dem Bremer Historikertag zeigen, ob Heimpel mit seiner versöhnlichen Annahme, die Gäste aus der DDR hätten „in Marburg nicht weniger Frieden verspürt als zu Hause“<sup>6</sup>, wenn sie denn hätten kommen können, nicht zuviel versprochen hatte. Denn unter den 700 Teilnehmern der Tagung waren diesmal immerhin 63 aus der DDR, und sie wurden „als Kollegen und Freunde, Brüder und Schwestern aus der DDR“ betont willkommen geheißen.<sup>7</sup> Zwar fanden im Vergleich zu München marxistische Positionen deutlichere Akzentuierung, doch hatten auch

nicht-marxistische Historiker wie Heinrich Sproemberg und Friedrich Schneider die Reiseerlaubnis zum Besuch des Historikertages erhalten, so daß insgesamt der Charakter eines „gesamtdutschen Gespräches“ im Zeichen einer gewissen Lockerung der Zügel der DDR-Führung nach dem 17. Juni 1953 gewahrt blieb. In dieselbe Richtung wies das der Tagung gewidmete Beiheft von „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“ (GWU), das die von SED-Historikern wie Schilfert, Kamnitzer, Werner und Gentzen vorgebrachten Diskussionsbeiträge als bedenkenswerte Argumente in einem trotz aller Auffassungsunterschiede gemeinsamen historischen Diskurs protokollierte.<sup>8</sup>

Entsprechend berichteten auch die nach Hause zurückgekehrten DDR-Historiker dem Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen von ihren Eindrücken: Griewank unterstrich besonders Gerhard Ritters Forderung, „daß es nur eine Geschichtswissenschaft in Ost und West geben sollte“ und resümierte: „Die Vorträge [...] standen durchweg auf einem hohen Niveau, zeigten hohen Ernst, große Sachkenntnis und vielfach verfeinerte Methoden der wissenschaftlichen Erkenntnis.“ Soweit Griewank Kritik zu üben hatte, betraf sie eher seine ostdeutschen Kollegen: „In Diskussionen kamen auch einige Redner aus der DDR zu Wort, die es freilich nicht immer mit den Vortragsrednern an Sachkenntnis und methodischer Sicherheit aufnehmen konnten.“<sup>9</sup> In den Augen Griewanks hatte der Bremer Historikertag einen nützlichen Qualitätsmaßstab geboten und gezeigt, welche Anstrengungen die ostdeutsche Geschichtswissenschaft in der Zukunft zu unternehmen hätte, um mit den Leistungen ihrer westdeutschen Kollegen Schritt zu halten. Wenn er sich daher überzeugt zeigte, daß „dieses Zusammentreffen der gesamtdutschen Wissenschaft wie auch der Arbeit der Historiker der DDR eine große Hilfe gewesen sein wird“,<sup>10</sup> so traf er damit die gleichgerichtete Stellungnahme Hans Haussherrns, der seinen gleichfalls an das Staatssekretariat gerichteten Report mit dem Bekenntnis schloß, „daß fruchtbare Arbeit nur möglich ist, wenn man in regelmäßigem Kontakt mit den Historikern ganz Deutschlands bleibt.“<sup>11</sup>

Ungewollt demonstrierten diese Berichte, die über den Gegensatz zwischen Marxisten und „Bürgerlichen“ kein Wort verloren und die vermeintliche Überlegenheit der marxistischen über die bürgerliche Geschichtswissenschaft nur zu deutlich als lächerliche Anmaßung bloßstellten, den SED-Wissenschaftspolitikern die gefährlichen Folgen, die eine im fachwissenschaftlichen Austausch sich selbst überlassene und ihren eigenen Gesetzen folgende Geschichtswissenschaft auf die ideologische Stabilität der staatssozialistischen Herrschaft ausüben würde. Weit entfernt davon, die ihr von Wilhelm Pieck auf dem III. Parteitag der SED vorgezeichnete Rolle in der sozialistischen Revolution zu übernehmen,<sup>12</sup> lief sie Gefahr, geradewegs

durch die „imperialistische“ Historiographie des Westens aufgesaugt zu werden. Eine Bestätigung dieser Vermutung mußte aus dieser Sicht die Berichterstattung über den Bremer Historikerkongreß in der westlichen Presse liefern. So zitierte der örtliche Weser-Kurier den Dank des Potsdamer Archivars Loetzke „für die ‘offenen Arme, offenen Hände und offenen Herzen’, die sie in der Hansestadt gefunden hätten“, und wußte sich einig mit der Erklärung des Direktors des Staatsarchivs Weimar, Flach: „Heute [...] seien sie nichts anderes als deutsche Kollegen unter deutschen Kollegen. Beruhigend sei für die Gäste aus der Ostzone, festzustellen, daß die Wissenschaftler alle von den gleichen Problemen beschäftigt würden, daß sie die gleiche Einstellung zur Sache hätten und daß sie alle die gleiche Arbeit leisteten.“<sup>13</sup>

Anders wurde derselbe Historikertag freilich in den Berichten parteiloyal-er DDR-Historiker bewertet. Die für die Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) angereisten Joachim Streisand und Fritz Klein gingen in ihrer Darstellung von einem unüberbrückbaren Graben zwischen den „Anhänger(n) der materialistischen Geschichtsauffassung“ und den Propagandisten „imperialistische(r) Ideologien“ aus.<sup>14</sup> Wenn sie dennoch „entschieden für die sachliche Auseinandersetzung zwischen Anhängern verschiedener Auffassungen“ plädierten, dann trug dieser Appell nur äußerlich noch die Züge einer prinzipiell offenen Diskussion unter Wissenschaftlern: „Selbstverständlich werden dabei in der Sache selbst keinerlei Konzessionen gemacht werden dürfen.“<sup>15</sup> Der Sinn der von Klein und Streisand gesuchten Auseinandersetzung war wissenschaftlich und politisch zugleich. Er zielte darauf, „durch geduldige Kleinarbeit denjenigen Historiker, die sich nicht fest dem Adenauer-Kurs verschrieben haben, klar zu machen [...], wie falsch die Auffassungen sind, denen sie noch anhängen und welche Gefahr die Verbreitung dieser Auffassungen für das deutsche Volk heraufbeschwören.“<sup>16</sup> Anders als für die gegenüber dem SED-Apparat unbefangenen argumentierenden Nicht-Marxisten bedeutete es für die leitenden Redakteure der ZfG eine schwierige Gratwanderung, dem politischen Auftrag der SED und den eigenen wissenschaftlichen Ansprüchen zugleich zu genügen, den politischen Gegner nicht zu unterschätzen und doch für den fortgesetzten Austausch mit seiner Geschichtswissenschaft zu plädieren. Klein und Streisand retteten sich, indem sie ungeachtet der freundlichen Atmosphäre des Kongresses ein düsteres Bild von der Lage der westdeutschen Historiographie zeichneten und ihr ebenso ein deutliches „Wiederaufleben faschistischer Tendenzen auch in der Wissenschaft“ attestierten wie die mangelnde Bereitschaft, sich auf marxistische Fragestellungen überhaupt einzulassen.<sup>17</sup>

Um einen weiteren Gedankenaustausch mit der Gegenseite überhaupt rechtfertigen zu können, mußte zunächst die grundsätzliche Überlegenheit der marxistischen über die bürgerliche Historiographie verbürgt sein. So erklärt sich, warum Heinz Kamnitzer seine ausführliche Wiedergabe der Vorträge Ritters, Schieders und Brunners unvermittelt in das Ergebnis zusammenfaßte, „daß unsere Erfolge auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft – soviel sie noch zu wünschen übrig lassen – gegenüber dem Eindruck von dieser Tagung der Historiker in Bremen bedeutsam erscheinen. Die Hilflosigkeit der bürgerlichen Historiker und die Überlegenheit der marxistischen Historiker ist wohl allen Genossen auf diesem Kongreß klar geworden.“<sup>18</sup> Nur unter dieser Voraussetzung konnten die ostdeutschen Tagungsbeobachter gegenüber der Abteilung Wissenschaft für die Fortsetzung einer „auf hohem theoretischen Niveau stehende(n) Auseinandersetzung mit der westdeutschen Geschichtswissenschaft“ werben, „die, wenn sie auf soliden Fachkenntnissen aufgebaut ist und einen allzu propagandistisch-agitatorischen Ton vermeidet, auf die Dauer ohne Zweifel bei den jüngeren historisch interessierten Menschen in Westdeutschland wirken wird.“<sup>19</sup>

Auf so befestigter Argumentationsgrundlage nutzten Klein und Streisand die Gelegenheit, die Position ‘aufgeschlossener bürgerlicher Gelehrter’ in der DDR zu stützen und sich gleichzeitig gegen die wachsende Abschottung der eigenen Geschichtswissenschaft zu stemmen, wie sie den Geschichtsfunktionären der SED vorschwebten: „Gute Verbindungen mit westdeutschen Historikern hat von den Historikern der DDR als einziger Prof. Sproemberg herstellen können. Er hat mit großem Erfolg eine Reihe seiner Schüler, unter denen sich auch Marxisten befinden, mit verschiedenen westdeutschen Historikern bekannt gemacht, hat eine Reihe von Gastvorträgen westdeutscher Gelehrter in der DDR vereinbart und für Mitarbeiter seines Instituts Einladungen zu Gastvorträgen nach Westdeutschland erreichen können. Man muß sich klar darüber sein, daß die Gründung einer eigenen Historischen Gesellschaft in der DDR dieser Wirksamkeit ausgesprochen schädlich sein würde.“<sup>20</sup> Aus dem Bewußtsein heraus, daß in Westdeutschland „einer wirklich überzeugenden wissenschaftlichen Leistung des Marxismus gegenüber ein gewisses Maß von Aufgeschlossenheit“ vorausgesetzt werden könne, schlugen Streisand und Klein vor, den Bremer Historikertag in der ZfG durch Tagungsberichte und ein Geleitwort zu würdigen, das „nochmals den Dank für die Gastfreundschaft ausspricht, die erste Sorge über die Entwicklungstendenzen in Westdeutschland deutlich macht und sachlich über die historischen Arbeiten in der DDR informiert.“<sup>21</sup>

Auch in diesen Äußerungen von SED-Historikern wurden keineswegs die Konturen einer zuverlässig den Legitimationsinteressen des Regimes dienenden Geschichtswissenschaft sichtbar, sondern das Programm einer offenen Konkurrenz unterschiedlicher Weltanschauungen und Methoden, in der sich die wissenschaftliche Überlegenheit des Marxismus täglich aufs Neue bewähren mußte. Unter den ostdeutschen Tagungsbeobachtern war 1953 nur einer, nämlich Gerhard Schilfert, der diese Auffassung in seinem Bericht als naiv zurückwies und sich angesichts der konservativen Gesamthaltung des Verbandes fragte, ob „es unter gegebenen Umständen überhaupt noch zweckmäßig sein kann, daß weitere Historiker der DDR Mitglieder des VHD werden“.<sup>22</sup> Während Schilfert mit seinem Vorschlag, dies zum „Gegenstand von Beratungen [...] und zwar zunächst einer internen der Parteimitglieder und sodann einer Beratung aller Historiker der DDR“<sup>23</sup> zu machen, der Zukunft noch vorgriff, stimmte Klein mit der Abteilung Wissenschaft eine Berichterstattung über den Kongreß in der ZfG ab, die dem von den Nicht-Marxisten erzeugten Eindruck wissenschaftlicher Eintracht zwischen Ost und West entgegenwirken sollte. Schon sein Gesamturteil, daß erstens „alles getan werden (muß), um das in Bremen begonnene Gespräch zwischen Wissenschaftlern aus Ost und West fortzusetzen“, und zweitens „stärker und konsequenter als bisher der Kampf gegen die imperialistische Ideologie in der westdeutschen Geschichtswissenschaft geführt werden“<sup>24</sup> müsse, ließ erkennen, wie illusionär die Hoffnungen waren, die die „freudig begrüßte Wiederaufnahme abgeschnürter Verbindungen“<sup>25</sup> in Bremen erweckt hatten.

Daß im selben ZfG-Heft Kamnitzer den Vortrag Theodor Schieders zur Krise des bürgerlichen Liberalismus mit polemischen Bemerkungen zur Schieders Haltung im Dritten Reich kommentierte,<sup>26</sup> ließ den VHD-Ausschuss im April 1954 sogar zum Entwurf einer förmlichen „Heppenheimer Erklärung“ greifen, die die ZfG-Veröffentlichung „als eine politische Diffamierung durch Umdeutung wissenschaftlicher Einsichten“ zurückwies.<sup>27</sup> Dennoch: Mochte auf der einen Seite Gerhard Ritter es mit seiner Würde als Historiker noch für vereinbar erachtete, sich überhaupt „durch den Verband gegen diese kläffenden Hunde decken zu lassen“,<sup>28</sup> so sah auf der anderen Seite Ludwig Dehio die Basis fruchtbarer wissenschaftlicher Diskussion zwischen Ost und West durchaus noch gewahrt und setzte sich in der HZ so ausführlich wie differenziert mit der Berichterstattung der ZfG auseinander.<sup>29</sup>

Bis zum Bremer Historikertag zeigte die Haltung der im Aufbau begriffenen 'sozialistischen deutschen Geschichtswissenschaft' gegenüber ihrem westdeutschen Gegenüber eine seltsame Uneinheitlichkeit und Konzeptionslosigkeit. Zwar waren die Historiker der DDR schon 1952 zu „ent-

schlossene(n) Stellungnahmen gegen solche unwissenschaftlichen Auffassungen wie den Objektivismus und den Kosmopolitismus“ aufgefordert und auf die Aufgabe verpflichtet worden, „mit ihren Mitteln die Überzeugung vom Sieg des Sozialismus zu prägen“.<sup>30</sup> Doch nicht nur die Folgen des Aufstands von 1953 bremsten vorerst das Tempo der hierin beschlossenen „geschichtsideologischen“ Umgestaltung. Denn wenn auf dem Felde der Geschichtswissenschaft gleichzeitig der „Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands auf antiimperialistisch-demokratischer Grundlage“ – den Meusel zur Schlüsselaufgabe der DDR-Historiographie erklärt hatte<sup>31</sup> – zu führen war, konnte die neue Geschichtswissenschaft, die gleichzeitig eigenständig und dialogfähig bleiben sollte, sich nur behaupten, wenn sie ihre wissenschaftliche Überlegenheit nach innen wie nach außen unter Beweis stellen würde. Davon allerdings konnte 1953 ungeachtet der optimistischen Tagungsberichte der ostdeutschen Parteihistoriker keine Rede sein.

Als drei Jahre später der nächste deutsche Historikertag heranrückte, hatte der Institutionalisierungsprozeß der DDR-Historiographie erhebliche Fortschritte gemacht, wenn auch das mit der Niederschlagung des Ungarnaufstandes besiegelte Ende des Tauwetters erst in die Zeit nach dem Historikertag fiel. So waren im Zuge der 2. Hochschulreform die historischen Institute an den Universitäten unter stärkerer Betonung der Lehre umstrukturiert und zur Konzentrierung der historischen Forschung ein eigenes Institut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften geschaffen worden. Diese Entwicklung war wesentlich beschleunigt worden durch einen Beschluß des ZK der SED über „Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik“ vom Juli 1955, der die „fortschrittliche deutsche Geschichtswissenschaft“ zu einer „scharfe(n) ideologische(n) Waffe“ erklärte und sie auf den „Kampf gegen die verderbliche Ideologie der imperialistischen und militaristischen Kräfte in Westdeutschland“ verpflichtet hatte.<sup>32</sup> Wie die interne Diskussion der ersten Entwürfe dieser Beschlußfassung zeigten, erkannten die befragten Historiker das in dieser Forderung enthaltene Dilemma besser als die Wissenschaftsfunktionäre in der Abteilung Wissenschaft und Propaganda. Besonders Meusel verwahrte sich in eintreffenden Beratungen gegen die Zumutungen der Partei: „Man sieht in uns Historiker immer wieder politische Publizisten (...), man muß immer wieder sagen, daß wir Wissenschaftler zuerst sind.“<sup>33</sup> Den Ausführungen der Beschlußvorlage über „den völligen Bankrott der reaktionären imperialistischen Geschichtsschreibung in Westdeutschland, die ein Instrument der gefährlichsten Feinde der deutschen Nation, der deutschen Imperialisten und Militaristen zur ideologischen Kriegsvorbereitung geworden

ist“<sup>34</sup> hielt Meusel entgegen: „Wenn diese Seiten in dieser Form veröffentlicht werden, so wird die Tür zu einem Gespräch mit westdeutschen Historikern, die schon jetzt halb geschlossen ist, vollends zugeschlagen. [...] Diese Art der Argumentation veranlaßt die weniger reaktionären Historiker dazu, sich mit den reaktionärsten zu solidarisieren. Der Professor in Westdeutschland [...] betrachtet sich nicht als einen Mann, der um bestimmter politischer Zwecke und Ziele willen fälscht, verheimlicht und entstellt, sondern als einen Gelehrten, der sich um die wissenschaftliche Wahrheit bemüht. Das ist gewiß eine Ideologie im Sinne des falschen Bewußtseins. Aber man kann einen Menschen, der in einer Ideologie befangen ist, nicht dadurch kurieren, daß man ihm eine Reihe von Vorwürfen macht, die ihn gar nicht überzeugen.“<sup>35</sup> Im Wortlaut des ZK-Beschlusses setzte sich die Linie der ZK-Abteilung durch, die im Zweifelsfall die politische Dienstbarkeit ihrer Geschichtswissenschaft höher schätzte als deren wissenschaftliche Überzeugungskraft in der Bundesrepublik. In der fachlichen Gestaltung der innerdeutschen Beziehungen aber blieb den Historikern der DDR vorerst noch ein gewisser Handlungsspielraum, der ihnen mit der weiteren Teilnahme am ökumenischen Diskurs der Historiker auch die Fortführung eines gemeinsamen wissenschaftlichen Selbstverständnisses zugestand.

Der Ulmer Historikertag 1956 bot Gelegenheit, Chancen und Risiken dieser Haltung näher zu erproben. Schon im Jahr zuvor hatten Historiker und SED-Apparat im Zusammenhang mit dem Internationalen Historikerkongreß von Rom Erfahrungen gesammelt, die in ihre Vorbereitung auf den Ulmer Kongreß einfließen und insbesondere die Zusammenstellung und Lenkung der zu entsendenden Delegation betrafen. Ihr war für Rom aufgetragen worden, die „Geschichtsschreibung der Arbeitarklasse [...], die eigene Ergebnisse und Leistungen aufzuweisen hat“, nach Bremen nun auch auf internationaler Bühne vorzustellen und durch „ihr Auftreten [...] die Lügen über die DDR im allgemeinen und ihre Geschichtswissenschaft im besonderen zu zerschlagen“. An welche Lügen gedacht war, verstand sich ohne viele Worte: „DDR abhängiger Satellitenstaat, Zersetzung der Geschichtswissenschaft, totalitäres Regime des Zwanges, keine wirkliche Wissenschaft.“<sup>36</sup> Zu diesem Zweck war für Rom eine elfköpfige Relsegruppe unter Leitung von Alfred Meusel gebildet werden, zu der mit Markov, Hausscherr, Schneider und Sproemberg auch vier Parteilose zählten, damit der internationalen Fachwelt „auch die Freiheit für die bürgerlichen Historiker und ihre Leistungen“ in der DDR demonstriert werden konnten.<sup>37</sup>

Doch war es mit dem Zusammenhalt und der Außenwirkung der sorgsam ausgewählten Delegation während des Kongresses offenbar nicht eben

weit her gewesen, obwohl die Abteilung Wissenschaft ausdrücklich betont hatte: „Keine entscheidenden Schritte unternehmen ohne Beratung.“<sup>38</sup> Nicht nur waren auf Kosten der Akademie der Wissenschaften zwei weitere bürgerliche Historiker aus der DDR – nämlich Hohl und Hartung – mitgeführt, „die es ablehnten, sich an der Delegation zu beteiligen“.<sup>39</sup> Auch mußte der Delegationssekretär in seiner Berichterstattung gegenüber der Abteilung Wissenschaften des ZK einräumen, daß von einer Zusammenarbeit der SED-Vertreter mit den Parteilosen und Bürgerlichen „kaum gesprochen werden“ konnte: „Schneider und Haussherr mieden uns demonstrativ.“ Auch waren zwar schon vor der Abreise „einige Genossen mit der Vorbereitung von Diskussionsbeiträgen beauftragt“ worden, aber dann doch nur zehn von insgesamt sechzig Wortmeldungen des sozialistischen Lagers von „DDR-Genossen“ gekommen. Der Berichterstatter relativierte daher seine „ansehnliche Erfolgsbuchung“ selbst mit der besorgten „Frage, ob wir wirklich alles getan haben, um unser Auftreten in Rom noch wirkungsvoller zu gestalten“.<sup>40</sup> Die Antwort lieferte eine SED-Hausmitteilung, in der die Abteilung Außenpolitik des ZK ihre Genossen von der Wissenschaft darauf aufmerksam machte, „daß die einflußreiche bürgerliche, französische Tageszeitung ‘Le Monde’ zwei Artikel [...] über den X. Historikerkongreß in Rom veröffentlicht (hat), ohne auch nur mit einem Wort die Delegation aus der DDR zu erwähnen“.<sup>41</sup>

Mit Hilfe einer verbesserten Organisation und Vorbereitung, so lautete die Lehre von Rom, müßte es möglich sein, sich in der Konkurrenz mit der westlichen Gegenseite zu behaupten, ohne entweder die eigene Geschlossenheit zu riskieren oder aber den Verlust jeder Ausstrahlung auf die Aufgeschlosseneren unter den bürgerlichen Historikern. So sollte der Ulmer Historikertag 1956 den letzten Versuch markieren, der westdeutschen Geschichtswissenschaft eine ostdeutsche entgegenzustellen, die die „Ökumene der Historiker“ nicht verließ, bis kurz darauf das Ende des „Tauwetters“ zu einer grundsätzlichen Neuorientierung in der SED-Wissenschaftspolitik führen sollte.

Für die Ulmer Tagung bereitete die Abteilung Wissenschaft und Propaganda eine eigene Beschlußvorlage an das ZK der SED vor, das eine vierzigköpfige Reisegruppe unter Leitung von Meusel nominierte. 29 der Vorgeschlagenen gehörten der SED an, und sie wurden als eigene Parteigruppe unter Leitung von Heinrich Scheel und Joachim Streisand zusammengefaßt. Die Delegation hatte einen klar umrissenen Auftrag erhalten, der neben dem „Studium ... der Kräfteverhältnisse in den verschiedenen Zweigen der westdeutschen Geschichtswissenschaft“ die Auseinandersetzung mit reaktionären Auffassungen und die Kontaktaufnahme mit „ehrlich dem Frieden und der Wissenschaft ergebenden westdeutschen Historikern“ vor-

sah. Eine Anlage listete detailliert auf, welcher DDR-Historiker zu welchem Tagungsreferat einen Diskussionsbeitrag zu halten hatte.<sup>42</sup> Solcherart gerüstet, gelang es der ostdeutschen Historikergruppe tatsächlich, in Ulm in einer Weise in Erscheinung zu treten, daß Herbert Grundmann in seinem Tagungsbericht für die GWU ausdrücklich die lebhaftere „Resonanz jenseits der Elbe“ hervorhob und neben dem auffällig 'auf den Grundton höflicher Sachlichkeit gestimmten' Auftreten der DDR-Gruppe insgesamt die beachtenswerten Ausführungen einzelner ihrer Redner lobte.<sup>43</sup> Ganz wie es die zuständige ZK-Abteilung schon für Rom geplant hatte, war es in Ulm auch in den Augen der westlichen Gegenseite im ganzen gelungen, prinzipielle Festigkeit mit taktischer Flexibilität zu vereinbaren: „Daß auf diese Weise manchmal eine Art Gespräch über die von außen erzwungene Binnengrenze hinweg zustande kam, war gewiß ein Gewinn, hoffentlich für beide Seiten. Ließ sich auch der unüberbrückbare Gegensatz der Wissenschaftsauffassungen nicht immer umgehen, so vermied man es doch zumeist, einander in diese Kluft zu drängen.“<sup>44</sup>

Eine indirekte Bestätigung dieses Urteils lieferte die Berichterstattung über den Ulmer Historikertag in der DDR-Publizistik. Allen voran die ZfG vermied eine Wiederholung ihrer folgenreichen Attacken von 1953. Sie würdigte schon in einer ersten Stellungnahme die „liebenswürdige Aufnahme in der Stadt Ulm“ nicht weniger honorig als den „großen, brillant formulierten und vorgetragenen Eröffnungsvortrag von Hermann Heimpel“, und kündigte an, „die in Ulm begonnene Diskussion zwischen den Historikern aus Ost und West von unserer Seite fortzusetzen“.<sup>45</sup> Die Zeitschrift löste ihr Versprechen ein. Die beiden Folgeummern befaßten sich ausführlich, sachlich und konstruktiv mit den Hauptvorträgen der einzelnen Sektionen; den einzelnen Kommentaren vorangestellt war eine Einleitung der Redaktion, die der westdeutschen Geschichtswissenschaft bescheinigte, sich selbst bereits weitgehend von rückwärtsgewandten Geschichtsauffassungen gelöst zu haben.<sup>46</sup>

Doch dieses Programm einer produktiven Herausforderung des traditionellen Historismus auf dem Boden eines gemeinsamen Wissenschaftsverständnisses blieb Utopie. Statt dessen sollten schon zwei Jahre später mit der Gründung der Deutschen Historiker-Gesellschaft und dem Bruch von Trier die letzten Brücken zwischen den beiden deutschen Geschichtswissenschaften abgebrochen werden. Die Gründe für diesen schroffen Umschwung wurzelten nicht nur in den politischen Folgen des niedergeschlagenen Ungarnaufstandes in den Ostblock-Staaten, sondern mehr noch in einem unlösbaren Dilemma der SED-Geschichtswissenschaft selbst, wie die DDR-interne Berichterstattung über die Ulmer Tagung bei näherem Hinschauen zeigte. Denn die „besondere Aufmerksamkeit“, die nach Auffas-

sung der ZfG-Redaktion „die Zuhörer aller Sitzungen den zahlreichen Diskussionsbeiträgen der marxistischen Historiker geschenkt hatten“,<sup>47</sup> bedeutete ja durchaus nicht den Stabilitätsgewinn für das eigene Lager, den die Abteilung Wissenschaft und Propaganda durch ihre sorgsame Lenkung der DDR-Delegation zu erzielen geglaubt hatte, sondern vielmehr eine gesteigerte Herausforderung an die Konkurrenzfähigkeit der marxistischen gegenüber anderen Schulen mit unabsehbaren Folge: „Die gesteigerte Aufnahmebereitschaft für die marxistische Interpretation der Geschichte, die wir in Ulm feststellen konnten, erinnert den marxistischen Historiker an die große Verantwortung, die er bei seiner Arbeit trägt. Es soll hier nicht verhehlt werden, daß nach unserer Meinung neben vorbildlichen Werken der marxistischen Historiographie in der Vergangenheit auch eine große Zahl von Arbeiten entstanden ist, die zwar von Marxisten erfaßt, aber nicht geeignet sind, die Überlegenheit der marxistischen Geschichtswissenschaft überzeugend nachzuweisen. Dazu hat sich die Tendenz der vergangenen Jahre zur dogmatischen Erstarrung des wissenschaftlichen Sozialismus auch auf die marxistische Geschichtswissenschaft zu stark ausgewirkt.“<sup>48</sup> Eine Geschichtswissenschaft aber, die sich nicht nur ungeschützt der Kritik durch konkurrierende Deutungskonzepte auszusetzen bereit war, sondern im Interesse ihrer wissenschaftlichen Reputation auch lästiger ideologischer Fesseln zu entledigen bereit war, konnte auf Dauer um so weniger zum Instrument der politischen Legitimationsbedürfnisse in der sozialistischen Diktatur taugen, als sie den entscheidenden Graben zur gegnerischen „bürgerlichen“ Historiographie bereits mit dem Verzicht auf das historische Wahrheitsmonopol des marxistischen Geschichtsdenkens zugeschüttet hatte. Im Gegenteil: Das Konzept einer fruchtbaren Konkurrenz von Marxisten und Nicht-Marxisten in der historischen Wissenschaft bedrohte in seiner Konsequenz die Herrschaft der SED über die Historie in der DDR und avisierte die Wiedervereinigung der Wissenschaft hinter dem Rücken der Politik.

Der Kurswechsel der SED zu Ende des Jahres 1956 zog entscheidende Veränderungen in der Wissenschaftspolitik nach sich. Mit seiner 30. Plenartagung vom 30. Januar bis 1. Februar 1957 führte das ZK in der Sprache der SED „die prinzipielle Auseinandersetzung mit den verschiedenen Spielarten des Revisionismus fort. Von grundsätzlichem marxistisch-leninistischem Standpunkt deckte es die Hintergründe und die konterrevolutionären Ziele der revisionistischen Angriffe gegen die Politik der SED auf.“<sup>49</sup> Eine Welle antirevisionistischer Kritik und Selbstkritik rollte über die Intellektuellen der DDR hinweg, die in der Abteilung Wissenschaften selbst Kurt Hager nicht aussparte. Im Zusammenhang mit der Verhaftung von Wolfgang Harich und Walter Janka wurden Fritz Klein und Joachim

Streisand als Chefredakteure der ZfG abgelöst, geriet am Museum für Deutsche Geschichte dessen Direktor Alfred Meusel unter heftigen Beschuß und wurde am Akademie-Institut für Geschichte der ursprünglich als Leiter vorgesehene Jürgen Kuczynski Zielscheibe einer über einjährigen Auseinandersetzung mit „Revisionismus“ und „Objektivismus“. Parallel zu einer entsprechenden Debatte in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie zielte die „antirevisionistische Kritik“ auf den besitzbaren Charakter der sozialistischen Wissenschaft, der nicht nur aufgrund ihrer marxistischen Theoriegrundlage ein struktureller Erkenntnisvorsprung gegenüber dem „bürgerlichen“ Geschichtsdenken zukommen, sondern in der Einheit von Objektivität und Parteilichkeit den Schlüssel zur historischen Wahrheit gefunden habe, der dem bürgerlich befangenen Objektivismus grundsätzlich verborgen bleiben müsse. Mit der normativen Durchsetzung dieser Grundkategorie einer instrumentellen Wissenschaft, die die politische Nützlichkeit zum obersten Kriterium ihrer wissenschaftlichen Erkenntnistätigkeit erklärte, konnte im Laufe des Jahres 1957 die jahrelang eher zögerlich betriebene Verwandlung der ostdeutschen Historiographie in eine historische Legitimationswissenschaft zügig vorangetrieben werden. Der Umbruch von 1957 zog die Konsequenz aus der Erfahrung, daß es illusorisch gewesen war, eine nach innen in der Herrschaftsabsicherung wie nach außen in der Systemkonkurrenz ideologisch gleichermaßen erfolgreiche Geschichtswissenschaft in der DDR etablieren zu können. Mit der Relativierung der historischen Erkenntnis durch die postulierte Verschmelzung von politischer Zweckbindung und wissenschaftlichem Wahrheitsstreben konnte das bislang uneinheitliche und bröckelnde Gebäude einer eigenen DDR-Geschichtswissenschaft wirksam gestützt werden. Der Preis seiner dadurch zu gewinnenden Stabilität war freilich die Errichtung einer Brandmauer zum westlichen Nachbarhaus auch in institutioneller Hinsicht, wie sich am abrupten Stellungswechsel der DDR-Historiographie gegenüber den VHD-Tagungen ablesen ließ.

Schon bald, nachdem die ZfG das Ulmer Treffen ausführlich gewürdigt hatte, erschien im SED-Organ „Einheit“ ein Artikel über die „Gegenwartsaufgaben der Geschichtswissenschaft in der Deutschen Demokratischen Republik“, der unter Berufung auf die 30. ZK-Tagung eine Attacke auf die „Konzeption der ideologischen Koexistenz“ ritt, die „das marxistische Prinzip vom unversöhnlichen Gegensatz und Kampf zwischen der Ideologie der Arbeiterklasse und der Ideologie der Bourgeoisie“ revidiere.<sup>50</sup> Der Autor Ernst Hoffmann, Lehrstuhlinhaber an der Parteihochschule Karl Marx, befaßte sich besonders mit der Berichterstattung der ZfG über den Ulmer Historikertag, in der die Fortsetzung des wissenschaftlichen Meinungsaustauschs zwischen Marxisten und Nicht-Marxisten als für beide

Seiten fruchtbar bewertet worden war: „Diese Einschätzung geht nicht von der Hauptfrage, dem wissenschaftlichen Kampf gegen die imperialistische Geschichtsschreibung, aus. Wenn man aber von dieser Hauptfrage abstrahiert, dann gleitet man, ob man will oder nicht, auf die Position der wissenschaftlichen Koexistenz ab. Wissenschaftlicher Meinungs­austausch, fruchtbringende Auseinandersetzung und nationales Zusammenfinden zwischen deutschen Historikern aus Ost und West, all dies kann nur dann die Sache der fortschrittlichen Wissenschaft, des Friedens und der nationalen Verständigung voranbringen, wenn es auf der Grundlage des unversöhnlichen Kampfes gegen die imperialistische Geschichtsschreibung vor sich geht. Auf dieser Basis sind alle Kontakte mit westdeutschen Historikern fruchtbringend und erstrebenswert.“<sup>51</sup> Deutlicher konnte die *universitas litterarum* kaum aufgehoben, schroffer die Kündigung des wissenschaftlichen Grundkonsenses schwerlich formuliert werden.

Die fast gleichzeitige Entlassung Fritz Kleins als Chefredakteur der ZfG deutete schon an, daß Hoffmanns Artikel die höheren Weihen der SED-Führung besaß. Schon vorher war Alfred Meusel mit seiner Anregung gescheitert, „daß eine Anzahl von unseren Genossen Historikern in den Deutschen Historikerverband eintreten sollte“.<sup>52</sup> Meusel hatte seine Argumentation auf politische und wissenschaftliche Erwägungen zugleich gestützt und betont, daß der „Ulmer Historikerkongreß der erste gesamtdeutsche gesellschaftswissenschaftliche Kongreß (war), auf dem ein wirkliches Ost-West-Gespräch zustande kam“.<sup>53</sup> Infolge des Kurswechsels, der die Gefahren der grenzüberschreitenden Historikerbeziehungen höher einstuft als ihre Chancen, mußten Meusels Urteile als zumindest illusionär erscheinen, und die Abteilung Wissenschaften bedeutete dem Direktor des Museums für deutsche Geschichte kurzerhand, „daß über den Eintritt von DDR-Historikern in die Historikerverband noch ‘Verhandlungen schwebten’“.<sup>54</sup> Mit dieser Abfertigung hatte die politische Lenkung der historischen Wissenschaft auch für einen parteiloyalen Marxisten die Grenzen ihrer Legitimationskraft überschritten, wie Meusels erboste Reaktion verriet: „Als ich Student war und natürlich auch später habe ich die Frage, ob ich in eine Gesellschaft eintreten bzw. aus einer solchen austreten wollte, völlig selbstständig entschieden. Obwohl ich mir darüber klar bin, daß heute eine ganz andere Situation vorliegt, will es mir schwer einleuchten, daß in meinem sechzigsten Jahr die Entscheidung darüber, ob ich in eine wissenschaftliche Gesellschaft eintreten kann, von Verhandlungen abhängig gemacht wird, die irgendwo schweben, wo, weiß ich nicht, auf die ich aber jedenfalls nicht den geringsten Einfluß besitze.“<sup>55</sup>

Meusel half seine Gegenwehr nichts. Zu einem kollektiven Beitritt marxistischer Historiker in den VHD kam es nicht. Statt dessen wurde im

Frühjahr 1958 auf DDR-Seite eine eigene Historiker-Gesellschaft ins Leben gerufen, die dem Aufbau der parteimarkistischen Historiographie als wissenschaftlichem System weitere institutionelle Sreben einzog. Die langwierige Geschichte ihrer Gründung ist hier nicht zu verfolgen.<sup>56</sup> Ungeachtet aller Anstöße hatte der 1955 explizit in den Geschichtsbeschuß des ZK aufgenommene Vorbereitungsprozeß<sup>57</sup> immer wieder gestockt, was DDR-Historiker rückblickend selbst auf die „teilweise auftretende Neigung zur ideologischen Koexistenz“ zurückzuführen pflegten, die besonders „aus Fehlenschätzungen der Geschichtsschreibung der BRD“ erwachsen sei.<sup>58</sup> Auch hier erwies sich als eigentlicher Auslöser die Haltung der DDR-Seite auf dem Ulmer Historikertag, die die gefährliche „Tendenz, vor der bürgerlichen Geschichtsideologie zurückzuweichen“, so offenbar gemacht hatte, daß nun die Führung der SED selbst „mit Umsicht und Einfühlungsvermögen“<sup>59</sup> den Gründungsprozeß einer ostdeutschen Historikergesellschaft beschleunigte. Anders, als ursprünglich geplant, wurde schließlich auch nicht einer der älteren Vertreter des gesamtdeutschen Gespräches wie Alfred Meusel Präsident der neuen Gesellschaft, sondern mit dem Leipziger Ernst Engelberg ein prononcierter Anhänger des auf klare Abgrenzung pochenden Geschichtsdiskurses in der DDR.

Im Februar 1958 leitete die Abteilung Wissenschaften dem ZK eine Beschlußvorlage zu, die als Gründungsdatum der neuen Fachinstitution symbolträchtig den „18. und 19. März 1958 anlässlich der Wiederkehr des 18. März 1848 in Berlin, des 18. März 1871 (Pariser Kommune) und der entscheidenden Kampfstage bei der Niederschlagung des Kapp-Putsches durch die deutsche Arbeiterklasse“ festlegte.<sup>60</sup> Daß der eigentliche Zweck der neuen Vereinigung darin bestand, die Geschlossenheit der eigenen Geschichtswissenschaft durch Abgrenzung von der westdeutschen Disziplin zu erhöhen, ergab sich aus der dem ZK-Sekretariat übermittelten Begründung: „Die ‘Deutsche Historiker-Gesellschaft’ soll eine klare Abgrenzung gegenüber den herrschenden Kräften im westdeutschen Verband der Historiker ausdrücken. Mit ihrer sollen sich die Historiker gleichzeitig klar entscheiden in ihrer Stellung gegenüber der westdeutschen Geschichtsschreibung und ihren Vertretern.“<sup>61</sup> Folgerichtig faßte das Präsidium des im gegründeten DDR-Verbandes schon im April 1958 einen Beschluß über die Doppelmithliedschaft in den konkurrierenden Historikervereinigungen, der den Bruch von Trier insgeheim bereits vorwegnahm: „Für Angehörige der Deutschen Historiker-Gesellschaft ist eine gleichzeitige Mitgliedschaft im Verband der Historiker Deutschlands (Westdeutschland) nicht möglich. Das ergibt sich aus dem völlig unterschiedlichen Charakter der beiden Organisationen. Die Deutsche Historiker-Gesellschaft ist die Vereinigung marxistischer und anderer fortschrittlicher Historiker auf dem Gebiet der

DDR, während der westdeutsche Historiker-Verband unter Führung von Historikern steht, die Apologeten des westdeutschen imperialistischen Natoregimes sind und der Arbeiter- und Bauernmacht feindlich gegenüberstehen. Von den Mitgliedern der Deutschen Historiker-Gesellschaft muß daher erwartet werden, daß sie ihre Mitgliedschaft im westdeutschen Historiker-Verband zurückziehen.“<sup>62</sup>

Zülig erlangte so auf der paradigmatischen Grundlage der Einheit von Objektivität und Parteilichkeit ein wissenschaftlicher Fachdiskurs normative Alleingeltung, der des flankierenden Parteieingriffs immer weniger bedurfte, sondern den epistemologischen Bruch mit der „imperialistischen Historiographie“ zum integralen Teil seines Wissenschaftsverständnis machte. In diesem Sinne insistierte in der Vorbereitung zum Historikerkongreß von Trier das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen im Juni 1958 auf den „Prinzipien der Geschlossenheit der Delegation der Historiker aus der DDR“ und vertrat in deutlicher Wendung gegen die noch in gesamtdeutscher Tradition wurzelnden SED-Historiker „die Auffassung, daß vor allem die jüngeren Genossen berücksichtigt werden sollten, um auf diesem Kongreß die Möglichkeit zu erhalten, ihre Kenntnisse unter Beweis zu stellen.“<sup>63</sup> Vorbei war die Zeit, in der ostdeutsche Fachkollegen auch auf eigene Rechnung die Einladung des VHD annehmen konnten und in den Delegationen Marxisten wie Nicht-Marxisten vertreten waren. Das Anwahlverfahren zog die Abteilung Wissenschaften des ZK an sich, und sie legte sich im Juli 1958 auf „eine etwa 20 Mann starke Delegation“ fest, „die gut auf die Teilnahme vorbereitet sein muß“. Die Vorschlagsliste der Abteilung führte mit Ausnahme von Walter Markov und Eduard Winter nur SED-Mitglieder auf, und hinter Markovs Namen war zusätzlich ein Fragezeichen vermerkt.<sup>64</sup> Der zuständige Fachreferent schlug weiterhin vor, daß auch Fachvertreter nach Trier entsendet werden sollten, die von ihren westdeutschen Kollegen bislang kaum als solche betrachtet worden waren, nämlich „die Genossen der Parteihochschule“. Vorausschauend forderte die Abteilung zudem, „eine offensive Argumentation zu der Gründung der Historiker-Gesellschaft aus[zuarbeiten, denn die westdeutschen Leute werden uns natürlich angreifen.“ Nur beiläufig erwähnte der Fachreferent, daß die „Zusammensetzung der Delegation ... auch so sein (muß), daß wir in Trier wissenschaftlich etwas aussagen können.“<sup>65</sup> Durch sein ungeschicktes Vorgehen auf dem Trierer Historikertag übernahm so der VHD die Verantwortung für einen auch institutionellen Bruch zwischen den beiden deutschen Geschichtswissenschaften, der im Grunde weit mehr den Interessen der SED-Führung entsprach.<sup>66</sup>

Bekanntlich hatte sich die westdeutsche Verbandsführung infolge des Freitods Willy Flachs im April 1958 und der gegen „republikflüchtige“ DDR-Historiker schwebenden Maßnahmen der DDR-Universitäten<sup>67</sup> zu entschlossener Abwehr eines Angriffs auf die Freiheit der historischen Wissenschaft veranlaßt gesehen und eine Erklärung vorbereitet, die die Aufhebung der wissenschaftlichen Freizügigkeit in der DDR beklagte und jede Form von Gemeinschaft mit den Trägern dieses Kurses für unmöglich erklärte.<sup>68</sup> Da die Erklärung erst in Trier veröffentlicht wurde, als die DDR-Delegation bereits angereist und angemeldet war, kam es auf dem Historikertag zum öffentlichen Eklat, als die Verbandsführung Leo Stern, Max Steinmetz und Ernst Engelberg als „Gruppe unbedingt unerwünschter kommunistischer Historiker“<sup>69</sup> das Wort verbot. Die DDR-Delegation reiste unter Hinterlassung zweier Protestnoten ab, deren eine die Ausschlußerklärung des VHD als „Dokument der psychologischen Kriegführung gegen die DDR und die sozialistischen Staaten“ bewertete. Sie beweiserte erneut, „daß die behauptete ‘Einheit der deutschen Wissenschaft’ eine Fiktion ist.“<sup>70</sup>

Noch deutlicher wurde die rein taktische Form dieser Entrüstung in der zweiten Protestnote, der zufolge die „unwürdige Handlungsweise maßgebender westdeutscher Historiker [...] erneut bestätigte, daß auf dem Boden der Bundesrepublik ein echter wissenschaftlicher Meinungs-austausch unmöglich ist.“<sup>71</sup> Auch in der Folgezeit nutzten offiziöse Verlautbarungen den propagandistischen Vorteil des Trierer Eklat, um in nach außen gerichteten Verlautbarungen auf die Einhaltung wissenschaftlicher Spielregeln zu dringen, die im intern etablierten Wissenschaftsverständnis längst außer Kraft gesetzt worden waren. So argumentierte eine von Professoren und Studenten der Fachrichtung Geschichte an der Universität Jena unterzeichnete Protestadresse an den VHD: „Die Trierer Vorkommnisse führen nur zu einer weiteren geistigen Isolierung der Westzonen-Historiographie. Wir bedauern dies insofern, als wir uns für eine gesamtdeutsche wissenschaftliche Entwicklung verantwortlich fühlen, die zweifellos nicht durch Historiker bestimmt werden wird, die Andersdenkende verunglimpft und mundtot machen.“<sup>72</sup> Auf einer nach der Rückkehr aus Trier anberaumten Beratung der Delegation mit der Abteilung Wissenschaften wurde festgelegt, daß in „allen noch bestehenden gesamtdeutschen Verbänden und Gremien [...] die Aufhebung des provokatorischen Beschlusses von Trier gefordert werden [muß]. Es kommt darauf an, den Gegensatz zwischen den reaktionären Historikern [...] und denjenigen, die zu wissenschaftlichen Gesprächen bereit sind, zu vertiefen.“<sup>73</sup> Weiterhin wurde die Erstellung einer Broschüre vereinbart, „in der unsere bisherigen Bemühungen hinsichtlich der gesamtdeutschen Beziehungen auf dem Gebiet der Ge-

schichtswissenschaft sowie die Ereignisse in Trier behandelt und dokumentarisch belegt werden sollen.“ Intern jedoch wurde Trier zum willkommenen Hebel, um das eigene Wissenschaftssystem durch forcierte Abgrenzung von der Westkonkurrenz zu stabilisieren. Die Historiker-Gesellschaft, die die Ereignissen in Trier geschickt zur Stärkung der eigenen Stellung in der DDR zu nutzen vermochte,<sup>74</sup> sollte fortan „bei der Entscheidung über die Archivbenutzung durch westdeutsche Historiker hinzugezogen werden“.<sup>75</sup> Auch die eigene Historikerschaft konnte unter Ausnutzung des Trier-Effekts zu größerer Einheitlichkeit veranlaßt werden. Das Auftreten der Althistorikerin Charlotte Welskopf, die als einziges Mitglied der DDR-Delegation einen wissenschaftlichen Beitrag auf dem Trierer Historikertag geleistet hatte, „war nicht ganz richtig, da niemand hätte zu wissenschaftlichen] Fragen sprechen dürfen, bevor zur Provokation Stellung genommen war“, wie das Stenogramm der Beratung festhielt.<sup>76</sup> Man war sich über die Notwendigkeit einig, „bereits in den nächsten Wochen ein reges wissenschaftliches Leben in Form von öffentlichen Diskussionen, kleineren Tagungen usw. zu entfalten. Alle Institute sollen bis zur nächsten Woche mitteilen, was sie in dieser Beziehung vorhaben.“ Und: „Beim Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen muß im Beirat auf die bürgerlichen Historiker eingewirkt werden, um sie zu einer Stellungnahme zu Trier zu veranlassen.“<sup>77</sup>

Die im Sommer 1958 innerhin 55 Historiker zählende Schar ostdeutscher Mitglieder des DHV<sup>78</sup> trat noch im selben Jahr fast ausnahmslos aus dem VHD aus. Im Auftrag der DHG gab Engelberg die sorgsam mit dem ZK-Apparat abgestimmte Schrift „Trier – und wie weiter?“<sup>79</sup> heraus, auf deren zügiges Erscheinen „von entscheidender Stelle größter Wert“<sup>80</sup> gelegt worden war. Sie machte den Standpunkt der DDR-Seite mit einer Auflage von 7000 Stück öffentlich, von denen 3500 in die Bundesrepublik verschickt wurden<sup>81</sup> und bei westdeutschen Lesern neben entschiedener Ablehnung auch durchaus verständnisvolle Reaktionen hervorriefen.<sup>82</sup>

Der nach Ullin vorbereitete und in Trier vollzogene Bruch mit der westdeutschen Geschichtswissenschaft beseitigte ein zentrales Hindernis, das sich der ungestörten Errichtung einer „parteilichen Geschichtswissenschaft“ in der DDR in den Weg gestellt hatte. Im gleichen Atemzug verlor die im westlichen Teil Deutschlands betriebene Geschichtsforschung und -lehre ihre Bedeutung als Adressat und Prüfstein der Überlegenheit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung im historischen Denken. Benötigt wurde sie von nun an primär als sinnstiftendes Feindbild mit integrativer Funktion für den DDR-internen Geschichtsdiskurs, um dessen Geltungskraft in der eigenen Historikerschaft zu erhöhen. In den Denkstrukturen dieses Diskurses aber bedurfte es nur einer Projektion des eigenen

Selbstverständnisses, um dem Gegner den Bruch von Trier vorzuhalten und sich gleichzeitig gegen seine wissenschaftlichen Kooperationsbemühungen abzusichern: „Die Provokationen in Trier gegenüber uns marxistischen Historikern hatten auch den Zweck, jede ernste Auseinandersetzung mit dem Marxismus [...] als nicht gesellschaftsfähig zu diffamieren [...]. Für die Nato-Historiker erschienen die Kontakte mit den Marxisten so lange nützlich, als sie noch glaubten, sie könnten uns ideologisch aufweichen.“<sup>83</sup>

Auf eben diese 'ideologische Aufweichung' schien sich die Aufmerksamkeit der DDR-Historiographie für ihr westdeutsches Pendant in den folgenden Jahren zu reduzieren, und zwar in doppelter Hinsicht, nämlich im Versuch der propagandistischen Außenwirkung ebenso wie im Bemühen, die eigene Disziplin gegen westliche Herausforderungen nach Möglichkeit zu immunisieren. Im Ergebnis des Internationalen Historikerkongresses von Stockholm 1960 hielt eine Auswertungsbesprechung in der Abteilung Wissenschaften fest: „Die Kontakte mit westlichen (nicht westdeutschen) Historikern sind so stark wie möglich zu fördern. [...] Kontakte mit Westdeutschen in bezug auf ihre Aufrechterhaltung gründlich überprüfen.“<sup>84</sup> Besonders das Verhalten der DDR-Archivare gab in Stockholm offenbar Anlaß zur Besorgnis: „Es besteht der Eindruck, daß sie es nicht immer fertiggebracht haben, den richtigen Kontakt herzustellen. [...] Z. B. wurde festgelegt, daß man die Republikflüchtigen Höß, Hausherr usw. nicht grüßt. Das ist nicht gesehehen.“<sup>85</sup> Rügen zu müssen meinte die Abteilung Wissenschaften aber auch Leo Stern, dessen Rede „Elemente der Verkleisterung des Gegensatzes zwischen uns und den Vertretern der reaktionären westdeutschen Geschichtsschreibung“ enthalten habe.<sup>86</sup> Offenbar war es den Geschichtsfunktionären des ZK-Apparats nicht gelungen, die gewünschte Abgrenzung ihrer Historiker vollständig durchzusetzen. Doch bedeuteten die kleinen Widersetzlichkeiten von Stockholm durchaus keine Aufgabe der Maximen einer parteilichen Wissenschaft und die Rückkehr zu den Ideen von Ulm und ihrem Konzept einer Einheit in der Teilung. Vielmehr übersah die Abteilung Wissenschaften geflissentlich, daß auch eine sozialistische Geschichtswissenschaft sich ihres wissenschaftlichen Geltungsanspruchs über das eigene Lager hinaus keineswegs begeben konnte, ohne an ihrem Selbstverständnis als Wissenschaft Schaden zu nehmen. Entsprechend seiner Rolle als Mittlerin zwischen der Parteiführung und den institutionalisierten Wissenschaftsdisziplinen drängte der SED-Apparat auf die möglichst bedingungslose Anpassung der von ihm kontrollierten Historikerschaft unter die Anforderungen der – wechselnden – Parteilinie. Im theoretischen Diskurs der sozialistischen Geschichtswissenschaft war die Verklammerung der politischen Forderungen der Ein-

heitspartei mit dem fachlichen Leistungsanspruch der sozialistischen Geschichtswissenschaft grundsätzlich für möglich erklärt worden; in der Praxis aber tendierte der SED-Apparat dazu, die Lösung dieser Aufgabe möglichst an die Historiker selbst zu überweisen.

Ein instruktives Beispiel dieses Interessengegensatzes auf dem Boden auch einer parteiloyalen Geschichtswissenschaft bot der nächste deutsche Historikertag in Duisburg 1962, zu dem Historiker aus der DDR gar nicht erst eingeladen worden waren.<sup>87</sup> Daß der westdeutsche Verband nach dem Trierer Eklat auch seinerseits keine Anstalten zur Wiederaufnahme der unterbrochenen Kontakte traf, wirkte sich zwar zugunsten einer ungestörten Entwicklung der historischen Herrschaftswissenschaft in der DDR aus, tangierte aber gleichzeitig deren Selbstverständnis als Herrschaftswissenschaft. Bedauernd mußte noch im Juli 1964 der Sekretär der DHG feststellen: „Mit Ausnahme des Hansischen Geschichtsvereins [...] gibt es seit dem in Trier provozierten Abbruch der Beziehungen zwischen den Historikern beider deutscher Staaten keine offiziellen Beziehungen wissenschaftlicher Institute oder der Deutschen Historiker-Gesellschaft zu wissenschaftlichen Instituten oder zum westdeutschen Historiker-Verband. Einladungen von unserer Seite an Institute oder Institutionen sind ignoriert worden.“<sup>88</sup> So mußte sich die DDR-Seite damit begnügen, über die Deutsche Historiker-Gesellschaft einen Aufruf „An alle westdeutschen Historiker und Geschichtslehrer“ zur Stellungnahme gegen die friedensgefährdende Politik der Regierung Adenauer zu lancieren, um dessen inhaltliche Gestaltung sich zuvor allerdings eine interne Auseinandersetzung entsponnen hatte.

Dieser Aufruf, der die Fachkollegen aus der Bundesrepublik dazu aufforderte, sich gegen die Bundesregierung zu stellen und „in einer öffentlichen Manifestation die internationale Entspannung und damit auch das Ende des Kalten Krieges in Deutschland zu fordern“,<sup>89</sup> war in seinem ersten Entwurf von führenden DDR-Historikern abgelehnt worden, weil „Stil und Form [...] nicht dem Zweck (entsprechen), der mit diesem Brief erreicht werden soll“.<sup>90</sup> In ihrer wissenschaftlichen und politischen Haltung durchaus unterschiedliche Vertreter ihres Fachs stimmten in der Ansicht überein, daß die Westdeutschen nicht geschulmeister werden dürften, wenn „wir von ihnen eine Stellungnahme wünschen [...]. Es muß ein Ton gefunden werden, der unsere Achtung ihnen gegenüber zum Ausdruck bringt und damit beweist, daß wir mit ihnen diskutieren wollen.“<sup>91</sup>

Engelberg als Präsident der DHG suchte zwischen den unterschiedlichen Ansprüchen zu vermitteln. Auch er bekannte gegenüber dem Abteilungsleiter Wissenschaften des ZK, Johannes Hörnig, „in einer innerlich zerrissenen Situation“ zu sein – wenn auch aus anderen Gründen als die Kritiker des Aufrufs: „Auf der einen Seite sollen wir an alle Historiker in

Westdeutschland appellieren und sie zu einer Sinnesänderung aufrufen, auf der anderen Seite können grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten beim besten Willen nicht aus dem Weg geschafft werden.“<sup>92</sup> Immerhin konnte er melden, daß trotz ihrer Bedenken alle Kritiker den Entwurf dennoch unterzeichnet hätten – mit Ausnahme von Lothar Berthold. „Unverantwortlich“, notierte Hörnig empört an den Rand von Engelbergs Meldung und stellte klar, daß der Aufruf nach Westdeutschland in Wirklichkeit auf die Geschlossenheit der eigenen Historiographie ziele: „Zuerst geht es bei dem Brief [an die westdeutschen Historiker; M. S.] mal um die Verantwortung *unserer* Hist[oriker]. Warum begreift man das nicht?“<sup>93</sup>

Die in eine historische Legitimationswissenschaft verwandelte Fachhistorie der DDR war nicht das monolithische Gebilde, als das es den Delegierten des Duisburger Historikertages erschien, die den schließlich in der von Hörnig verlangten Form abgeschickten Aufruf brüsk zurückwiesen. Auch das ihr aufgeherrschte Selbstverständnis einer parteilichen Wissenschaft ließ die instrumentelle Unterordnung unter die Politik der SED auf Dauer nur glanzwürdig erscheinen, wenn der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft ihre grundsätzliche Überlegenheit gegenüber allen Spielarten „bürgerlicher“ Geschichtsschreibung zu demonstrieren erlaubt war – sofern der Gegner sich dieser Konkurrenz nicht entzog. Um ihre Identität als „gebundene Geschichtswissenschaft“ (Ernst Schulin) zu wahren, bedurfte die DDR-Historiographie der strikten Abgrenzung von der westlichen Historiographie ebenso wie der permanenten Auseinandersetzung mit ihr. Erst aus diesem Widerspruch wird die zögerliche und uneinheitliche Ablösung der DDR-Geschichtswissenschaft von den deutschen Historikertagen zwischen 1949 und 1962 nachvollziehbar, die zudem ihre Innovationsfähigkeit in einer bloßen Kopie der 1958 verlassenen Organisationsformen der bürgerlichen Gegenwissenschaft erschöpfte. Hier lag zugleich die Ursache eines auch auf dem gemeinsamen Boden einer politischen Wissenschaft latent fortwirkenden Interessenkonfliktes zwischen der SED-Parteiführung und ihren Historikern um die Haltung gegenüber der westdeutschen Historikerschaft, der schon auf dem nächsten Historikertag in (West-)Berlin 1964 neu aufbrechen sollte. Welch innerer Legitimationsverlust mit ihm verbunden war, zeigte sich schließlich, als der historische Herrschaftsdiskurs in der DDR auf den unaufhaltsamen Zwang zur Öffnung seiner Barrieren in den achtziger Jahren nicht anders zu reagieren mußte als mit seiner eigenen Erosion.

## Anmerkungen

- 1 Zu Gründung und Politik des VHD: W. Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1989, S. 159ff.
- 2 F. Worschech, Der Weg der deutschen Geschichtswissenschaft in die institutionelle Spaltung (1945–1965), phil. Diss. Erlangen o.J., S. 62ff.
- 3 G. Ritter an Hermann Heimpel, 23. April 1951, zit. nach ebenda, S. 62, Anm. 1.
- 4 Eine Ausnahme bildet der Bericht von W. Markov, Zur Krise der deutschen Geschichtsschreibung, in: Sinn und Form 2 (1950), H. 2, S. 109-156.
- 5 HZ 173 (1952), S. 215.
- 6 Ebenda.
- 7 Worschech, Der Weg der deutschen Geschichtswissenschaft (Anm. 2), S. 73 u. 76.
- 8 Die 22. Versammlung deutscher Historiker in Bremen, Beiheft zur Zeitschrift „Geschichtswissenschaft und Unterricht“, Stuttgart 1954.
- 9 BA-SAPMO, Dy 30/IV 2/9.04/151, K. Griewank, Bericht über den Besuch des Historikertages in Bremen, 3. Oktober 1953.
- 10 Ebenda.
- 11 Ebenda, Hans Hausscherr, Der deutsche Historikertag Bremen 1953.
- 12 Vgl. W. Schmidt, Die Geschichtswissenschaft der DDR in den fünfziger Jahren. Ihre Konstituierung als sozialistische deutsche Geschichtswissenschaft, in: ZfG 31 (1983), S. 291-312, hier S. 294.
- 13 Weser-Kurier, 15. September 1953.
- 14 BA-SAPMO, Dy 30/IV 2/9.04/151, Fritz Klein/Joachim Streisand, Der Bremer Historikertag 1953, o.D.
- 15 Ebenda.
- 16 Ebenda.
- 17 Ebenda.
- 18 Ebenda, [Heinz Kamnitzer,] Historikertag 1953 in Bremen.
- 19 Ebenda, Fritz Klein/Joachim Streisand, Der Bremer Historikertag 1953.
- 20 Ebenda. Mit ihrer letzten Feststellung wandten die Autoren sich gegen eine Bemerkung Kurt Hagers – damals Leiter der Abteilung Propaganda im ZK der SED –, der auf der ersten zentralen Tagung der DDR-Historiker im Juni 1952 gefragt hatte, „ob nicht der Zeitpunkt gekommen sei, wo man in der Deutschen Demokratischen Republik zur Schaffung einer Historischen Gesellschaft, einer Vereinigung unserer Historiker“ kommen solle. Zit. nach H. Heinz, Die erste zentrale Tagung der Historiker der DDR 1952, in: ZfG 26 (1978), S. 387-399, hier S.398.
- 21 Ebenda.
- 22 BA-SAPMO, Dy 30/IV 2/9.04/151, Gerhard Schilfert, Der 39. deutsche Archivtag und die 22. Versammlung deutscher Historiker in Bremen, 13. Oktober 1953
- 23 Ebenda.
- 24 Ebenda, Fritz Klein, Der 22. Deutsche Historikertag; vgl. ders., Der 22. Deutsche Historikertag in: ZfG 1 (1953), S. 905-908.
- 25 HZ 177 (1954), S. 439.
- 26 „Vom Referenten war vor allem bekannt, daß er in den Jahren von 1933 bis 1945 mit besonderem Eifer den imperialistischen Anspruch auf deutsche Oberhoheit in Osteuropa erhoben hatte. Er suchte durch seine Hinweise auf kulturelle Leistungen die deutsche Hegemonie auch dort zu rechtfertigen, wo die politische Macht noch

- nicht vorgedrungen oder zurückgedrängt worden war.“ (Heinz Kamnitzer, Zum Vortrag von Th. Schieder „Das Verhältnis von politischer und gesellschaftlicher Verfassung und die Krise des bürgerlichen Liberalismus“, in: ZfG 1(1953), S. 909-912, hier S. 912).
- 27 Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945 (Anm. 1), S. 190.
- 28 Gerhard Ritter an Hermann Aubin, 16. April 1954, zit. nach Worschech, Der Weg der deutschen Geschichtswissenschaft (Anm. 2), S. 84f.
- 29 HZ 177 (154), S. 151f
- 30 Heinz, Die erste zentrale Tagung (Anm. 20), S. 392 u. 390.
- 31 Ebenda, S. 392.
- 32 Zit. nach: Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik, in: ZfG 3 (1955), S. 507-527, hier S. 507.
- 33 BA-SAPMO, Dy 30 IV 2/9.04/90, Protokoll von der Beratung mit den Historikern, 27. September 1955.
- 34 Ebenda, 4. Entwurf [des Geschichtsbeschlusses], S. 4.
- 35 Ebenda, Alfred Meusel, [Einwände zum Geschichtsbeschluss], 26.4.1955.
- 36 Ebenda, 143, Unsere Aufgaben auf dem X. Internationalen Historikerkongreß in Rom, o.D.
- 37 Ebenda.
- 38 Ebenda.
- 39 Ebenda, Heinz Königer, Bericht über den X. Internationalen Historikerkongreß in Rom vom 4.-11. September 1955, 23. September 1955.
- 40 Ebenda.
- 41 Ebenda, SED-Hausmitteilung, 23. September 1955. Schwerer wog noch ein anderer Befund: „Da wir auch in einer Artikelserie im Zentralorgan der Kommunistischen Partei Italiens, der ‘Unità’, die Tatsache der Anwesenheit einer Delegation der DDR nicht vermerkt gefunden haben (an einer einzigen Stelle wird Professor Schreiner genannt, und zwar heißt es dort einfach ‘der Deutsche Schreiner’), ist die Frage aufzuwerfen, ob von seiten der Delegation alles getan wurde, um als Delegation der Historiker aus der DDR aufzutreten.“ Ebenda.
- 42 42 Ebenda, 151, Abt. Wissenschaft und Propaganda, Vorlage an das Sekretariat des Zentralkomitees der SED, 14. August 1956.
- 43 H. Grundmann, Der 23. Deutsche Historikertag in Ulm, in: HZ 183 (1957), S. 741-744, hier S. 742. Vgl. auch A. Timm, Das Fach Geschichte in Forschung und Lehre in der sowjetischen Besatzungszone seit 1945, Bonn <sup>3</sup>1961, S. 44.
- 44 Ebenda.
- 45 23. Versammlung deutscher Historiker in Ulm, in: ZfG 4 (1956), S. 1255.
- 46 23. Versammlung deutscher Historiker in Ulm, in: ZfG 5 (1957), S. 124-146, u. S. 325-352.
- 47 Ebenda, S. 126.
- 48 Ebenda.
- 49 Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriß, Berlin (O) 1978, S. 361.

- 50 E. Hoffmann, Über Tendenzen, die den weiteren Fortschritt unserer Geschichtswissenschaft hemmen, in: *Einheit. Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus* 12 (1957), S. 1146-1163, hier S. 1150.
- 51 Ebenda, S. 1151.
- 52 BA-SAPMO, Dy 30/IV 2/).04/151, Alfred Meusel an Ernst Diehl, 6. Dezember 1956.
- 53 Ebenda.
- 54 Ebenda.
- 55 Ebenda.
- 56 Zur DHG liegen bisher nur Arbeiten aus dem hagiographischen Kontext der in der DDR selbst betriebenen Historiographiegeschichte vor: H. Haun, *Die Entstehung und Gründung der Deutschen Historiker-Gesellschaft. Probleme der Kooperation und Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Geschichtswissenschaft in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre*, Diss B. Berlin 1984; ders., *Zur Geschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR. Der Gründungsprozeß (1952-1958) und die Gründungskonferenz der Historiker-Gesellschaft der DDR*, in: *Wiss. Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der DDR*, 3/1985, S. 9-44, und 1/1986, S. 5-42.
- 57 „Der Beschluß des Zentralkomitees schlägt weiter vor, daß im Jahr 1955 und in der ersten Jahreshälfte 1956 im Zusammenhang mit der Entfaltung der Diskussion über das Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes die *Gründung einer Gesellschaft der Historiker in der Deutschen Demokratischen Republik* vorbereitet wird.“ Die Verbesserung der Forschung und Lehre (Anm. 32), S. 521. (Hervorhebung im Original).
- 58 Haun, *Der Gründungsprozeß* (Anm. 56), S. 22.
- 59 Ebenda.
- 60 BA-SAPMO, Dy 30/IV 2/9.04/119, Vorlage an das Sekretariat des Zentralkomitees der SED, 4. Februar 1958. Von dem zunächst vorgesehenen Gründungsdatum November 1957 gelegentlich des vierzigsten Jahrestages der russischen Oktoberrevolution war man abgekommen, „um jede feindselige Auslegung in dieser Frage zu unterbinden“. Ebenda, Betr.: *Gründung der Historiker-Gesellschaft*, 23. Januar 1958.
- 61 Ebenda, Vorlage an das Sekretariat des Zentralkomitees der SED, 4. Februar 1958. In der ursprünglichen Fassung hatte die zitierte Passage noch unverstellter gelautet: „Die ‚Deutsche Historiker-Gesellschaft‘ soll eine klare Abgrenzung gegenüber den westdeutschen Historikern ausdrücken. Mit ihrer Gründung sollen die Historiker gleichzeitig gezwungen werden, selbst eine klare Entscheidung in ihrer Stellung gegenüber der westdeutschen Geschichtsschreibung und ihren Vertretern zu treffen.“
- 62 Ebenda, *Gekürztes Protokoll der Präsidiumssitzung*, 29. April 1958.
- 63 Ebenda, 151, *Aktennotiz*, 11. Juni 1958.
- 64 Ebenda, *Mitteilung an die Abteilungsleitung*, 3. Juli 1958. Tatsächlich wurden später beide von der Liste gestrichen. Ebenda, *Vorlage an das Sekretariat des Zentralkomitees der SED*, o.D.
- 65 Ebenda, *Mitteilung an die Abteilungsleitung*, 3. Juli 1958.
- 66 Zu den Vorgängen vor und in Trier vgl. Worschech, *Der Weg* (Anm. 2), S. 188ff., und Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft* (Anm. 1), S. 187ff.

- 67 Irmgard Höß hatte im August 1958 der Verbandsleitung über Bestrebungen berichtet, ihr und anderen Geflohenen den Doktorgrad zu entziehen. Vgl. Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft (Anm. 1), S. 196.
- 68 Die Erklärung ist abgedruckt in: 24. Versammlung deutscher Historiker in Trier. Beiheft zur Zeitschrift „Geschichtswissenschaft und Unterricht“, Stuttgart 1959.
- 69 So die Formulierung von Gerhard Ritter, zit. nach Worschech, Der Weg der deutschen Geschichtswissenschaft (Anm. 2), S. 201.
- 70 Zit. nach ebenda, S. 218.
- 71 Zit. nach ebenda, S. 220.
- 72 Zit. nach ebenda, S. 229, Anm. 2.
- 73 BA-SAPMO, Dy 30/IV 2/9.04/151, Aktennotiz, 15. Oktober 1958.
- 74 „Welche Maßnahmen sind zu ergreifen, um die Autorität der Hist.-Ges. zu erhöhen?“ wurde am Anfang einer Beratung der nach Trier entsandten Delegation der Historiker-Gesellschaft vom 10. Oktober 1958 gefragt. Man einigte sich darauf, daß das „Ergebnis der Ereignisse in Trier [...] eine sichtbare Stärkung der Deutschen Historikergesellschaft sein [muß] (z.B. Werbung neuer Mitglieder im Zusammenhang mit der Diskussion über Trier).“ Zusätzlich wurde der ZfG die Aufgabe auferlegt, „die Autorität der Deutschen Historikergesellschaft dadurch zu stärken, daß sie regelmäßig über die Arbeit der Gesellschaft, über die Arbeitsgruppen usw. berichtet.“ Ebenda, Dy 30/IV 2/9.04/151, Aktennotiz, 15. Oktober 1958. Ein später vom Präsidium der DHG eingebrachter Vorschlag, die ZfG ganz in ein Organ der DHG umzuwandeln, scheiterte allerdings schon im Ansatz. Ebenda, 119, Vorschlag der Parteigruppe des Präsidiums der Deutschen Historiker-Gesellschaft an die Abteilung Wissenschaften beim ZK der SED, o.D.; SED-Parteigruppe des Präsidiums der DHG, Beschlußprotokoll der Sitzung vom 22. Februar 1960.
- 75 Ebenda, 151, Aktennotiz, 15. Oktober 1958.
- 76 Ebenda, Auswertung der Trierer Tagung, 10. Oktober 1958.
- 77 Ebenda, Aktennotiz, 15. Oktober 1958.
- 78 Ebenda, 119, DDR-Mitglieder im westdeutschen Historiker-Verband.
- 79 Berlin (O) 1959.
- 80 Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (ABBAW), HG 158, Rolf Rudolph an Leo Stern, 19. Dezember 1958.
- 81 BA-SAPMO, Dy 30/IV 2/9.04/119, Für Information des Sektors an das Sekretariat, 2. April 1959.
- 82 Vgl. Die Briefreaktionen westdeutscher Fachkollegen wie Georg v. Rauch und Fritz Fischer in: ebenda, 119 u. 151.
- 83 E. Engelberg, NATO-Politik und westdeutsche Historiographie über die Probleme des 19. Jahrhunderts, in: ZfG 7 (1959), S. 477-493, hier S. 479.
- 84 SAPMO, Dy 30/IV 2/9.04/144, Protokoll der Auswertung des XI. Internationalen Historiker-Kongresses in Stockholm, 30. August 1960.
- 85 Ebenda.
- 86 Ebenda.
- 87 Worschech, Der Weg der deutschen Geschichtswissenschaft (Anm. 2), S. 262f.
- 88 ABBAW, HG 158, Ernst Laboor an Ernst Engelberg, 7. Juli 1964.
- 89 BA-SAPMO, Dy 30/IV 2/9.04/121, Aufruf der Deutschen Historiker-Gesellschaft an die westdeutschen Historiker, o.D., ebenda.

- 90 Ebenda, Zusammenfassende Bemerkungen der Professoren Ernst Hoffmann, Albert Schreiner, Jürgen Kuczynski, Eckhard Müller-Mertens und Lothar Berthold zum Aufruf der Historiker-Gesellschaft an die westdeutschen Historiker, 1. Juni 1962.
- 91 Ebenda.
- 92 Ebenda, Ernst Engelberg an das ZK der SED, Abt. Wissenschaften, 5. Juni 1962.
- 93 Ebenda (Hervorhebung im Original). Die Auffassung Hörnigs wurde dadurch gestärkt, daß gleichzeitig der Chefredakteur der ZfG in einer Stellungnahme das Programm des Duisburger Historikertages als „das raffinierteste, das je aufgestellt worden ist“, bewertete. Es handele sich um die erste Tagung, „die unter der direkten Leitung des führenden NATO-Historikers Hans Rothfels, Tübingen, stattfindet“. Ebenda, 151, Der Chefredakteur der ZfG an das ZK der SED, Abt. Wissenschaften, 24. Juni 1962. Letztlich wurde der Aufruf daher in der vom SED-Apparat gewünschten Diktion versandt und machte es damit dem Vorsitzenden des VHD leicht, in seiner Eröffnungsrede zu erklären, daß eine offizielle Antwort sich erübrige, da ein Historikertag kein „Forum für politische Proklamationen“ sei. Zit. nach Worschech, Der Weg der deutschen Geschichtswissenschaft (Anm. 2), S. 264.

---

**Martin Guntau**

## **Arbeiten zur Geschichte der geologischen Wissenschaften im Rahmen nationaler und internationaler Gremien**

In vergleichende Betrachtungen zu Historikerkongressen auch die nicht wenigen Tagungen, Symposien und Kolloquien zur Geschichte der Naturwissenschaften, Mathematik, Technik und Medizin einzubeziehen, ist begrüßenswert. Nach wie vor sind in Deutschland die Beziehungen zwischen der Wissenschaftsgeschichte und der Geschichtswissenschaft nur schwach entwickelt. Eine Zusammenarbeit auf diesem Gebiet würde aber viele Möglichkeiten für eine ertragreiche Zusammenarbeit eröffnen. Insbesondere gilt das für die Zusammenhänge der verschiedenen Erkenntnisfelder zu politischen, sozialen, wirtschaftlichen, weltanschaulichen und anderen Gegebenheiten, in die sie eingebettet waren und sind.

Offensichtlich gibt es bei den wissenschaftshistorischen Arbeiten einige Eigenheiten, die möglicherweise das Zusammenwirken von Geschichtswissenschaftlern und Wissenschaftshistorikern erschweren. In der Geschichte der Wissenschaften steht in der Mehrzahl der Fälle die Historiographie der Erkenntnisgewinnung im Mittelpunkt, was immer gründliches Wissen auf entsprechenden Gebieten wie der Physik, der Biologie, der Technologie, der Medizin usw. voraussetzt. Innerwissenschaftliche Problemstellungen und Interessen zu einzelnen Disziplinen sind in der Regel die Ursachen für entsprechende historiographische Studien, die bevorzugt von den Vertretern dieser Fachwissenschaften selbst ausgehen.

Auch die historiographischen Arbeiten im Bereich der geologischen Wissenschaften haben sich vornehmlich aus einem inneren Bedarf dieser Disziplinen ergeben, das heißt weitgehend aus einer kognitiven Motivation nach wissenschaftlichem Selbstverständnis heraus, von welchem Wissenschaftsbegriff auch immer bewußt oder unbewußt ausgegangen wird. Der sächsische Geologe Bernhard von Cotta formulierte 1877: „Die Geologie ist, wie jede Wissenschaft, ein Resultat ihrer Geschichte, es gehört deshalb das Studium der letzteren zum vollen Verständnis der ersteren.“<sup>1</sup> Aus diesen Worten folgte mit einer gewissen Konsequenz, daß die Geschichte der Geologie als Bestandteil eben dieser naturwissenschaftlichen Disziplin anzusehen ist, kaum aber dem Feld zugeordnet wird, das wir als Geschichtswissenschaft ansehen.

Diese Vorstellung fand eine spezifische Begründung auch in der im 19. und während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verbreiteten Auffassung, nach der die Geologie und Paläontologie als *die* historischen Naturwissenschaften angesehen wurden. Das ging bei einigen Wissenschaftlern soweit, die Geologie und Paläontologie wegen ihrer Arbeiten zur Erforschung der Geschichte von Erde und Eeben in den Kreis der idiographischen Wissenschaften<sup>2</sup> zu stellen, weil sich diese Disziplinen auf die Darstellung des Individuellen und der Einzelereignisse im historischen Prozeß orientieren würden.<sup>3</sup> Das historische Denken ist den Geowissenschaftlern durchaus geläufig, wenn auch treffende Vorstellungen über die Spezifik des Historischen und die Verschiedenheit möglicher historischer Sichtweisen nicht immer allgegenwärtig sind.

So gibt es beispielsweise noch bei manchen Geowissenschaftlern Schwierigkeiten, zwischen Problemsichten der historischen Geologie und solchen der Geschichte der Geologie zu unterscheiden. Dabei geht es um die Unterscheidung zwischen der historischen Sichtweise im Hinblick auf die Natur der Erde einerseits und der historiographischen mit Blick auf die Geschichte der Geologie als Wissenschaft andererseits mit ihrem metatheoretischen Charakter. Hier offenbart sich eine Schwierigkeit für die spontane wissenschaftshistoriographische Sicht und Arbeit bei Naturwissenschaftlern, die sich aus einer unvollkommenen Handhabung der historiographischen Methodik ergibt. Auch hier gilt, daß nicht jeder gleich ein Historiker ist, der einen historischen Vortrag hält – wie auch derjenige, der die Temperatur der Luft in seinem Zimmer mißt, damit nicht ein Physiker wird.

Bereits in ihrer Gründungsphase<sup>4</sup> gehörten historiographische Elemente zum Wissenschaftsinhalt der Geologie (bzw. der Mineralogie, wie man um 1800 die Gesamtheit der heutigen geologischen Erkenntnis noch nannte). Abraham Gottlob Werner, der von 1775 bis 1817 an der Bergakademie in Freiberg/Sachsen lehrte, wird als einer der Mitbegründer der Geologie als Wissenschaft angesehen. Werner bot in seinem Lehrprogramm eine Vorlesung zur „Literaturgeschichte der Mineralogie“ an, über deren Durchführung er 1804 berichtete. Neben der Vorstellung von Publikationen zur Mineralogie aus der Vergangenheit und auch aus seiner Zeit vermittelte er interessante Auffassungen mit eindeutig wissenschaftshistorischem Charakter, wenn er ein Bild vom Entstehungsprozeß von Einzelwissenschaften zeichnete und dabei die Beziehungen von Empirie und wissenschaftlicher Erkenntnis in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen stellte.<sup>5</sup> Ihm war bereits deutlich, daß wissenschaftliche Erkenntnis nicht allein aus dem erkennenden Subjekt quillt, sondern die Auseinandersetzung mit der Natur spezifische soziale Beziehungen und das gesellschaftliche Umfeld als Bedingungen voraussetzt.

Im 19. Jahrhundert befand sich die Geologie in ihrer Entwicklung als Disziplin in einem Stadium „sammelnder Detailforschung“,<sup>6</sup> in dem auch die ersten großen historiographischen Darstellungen zur Geschichte dieser Wissenschaft vor allem innerwissenschaftliche Details über ihren Erkenntnisfortschritt beinhalteten.<sup>7</sup> Zwar waren diese Werke, die auch noch in der Gegenwart ihren spezifischen Wert besitzen, von Historikern wie Leopold von Ranke angeregt worden. Sie wurden aber natürlich von Fachwissenschaftlern ihrer Disziplinen verfaßt und blieben in ihrer historiographischen Sicht auf die innerwissenschaftlichen Entwicklungen konzentriert. Dazu kam, daß es eine systematische Lehre der Geschichte der Geologie noch ebensowenig gab wie irgendwelche Institutionen mit forschendem oder kommunikativem Charakter.

In den Geowissenschaften in Deutschland konstituierten sich Gremien für die historiographische Arbeit erst in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts. Voraussetzungen für die Institutionalisierung eines abgrenzbaren Wissenschaftsgebietes sind immer eine hinreichende Menge von entsprechenden wissenschaftlichen Erkenntnissen und ein betreffender Bedarf in Gestalt subjektiver Interessen, Erfordernissen aus Forschung oder Lehre sowie möglicherweise auch Anforderungen, die sich außerhalb des betreffenden Gebietes formiert haben. Dabei verstehen wir unter Institutionen materielle Träger, Formen und Relationen zur Gewährleistung wissenschaftlicher Arbeit, über die Prozesse der Entwicklung von Erkenntnistätigkeiten durch die Gesellschaft gesteuert, realisiert sowie auch gebremst oder gar abgebrochen werden können. Umgekehrt wirken über die Institutionen die Wissenschaftler mit ihren wissenschaftlichen Resultaten in ihrem gesellschaftlichen Umfeld. Durchaus zutreffend ist deshalb die Feststellung im Vorbereitungspapier zu dieser Tagung über die existenzielle Rolle der Institutionen für eigentlich jedes Fach: „In den Wissenschaftsinstitutionen selbst sowie in den Interaktionen zwischen ihnen und wissenschaftsexternen Institutionen wird in starkem Maße über die Produktions- und Reproduktionsbedingungen des Faches entschieden.“<sup>8</sup>

Rudolf Stichweh formulierte bereits 1984 ganz treffend dazu: „Wissenschaftliche Institutionen dienen den in sie eingebundenen Personen als Garanten der Realität der von ihnen verfolgten Interessen. Sie sichern den Personen identifizierbare Positionen im Sozialsystem und eventuell auch Beschäftigungsrollen. Über den Wechsel der Personen und Generationen hinaus ermöglichen Institutionen die Kontinuität der Wissenschaft als einer Wirklichkeit, die die an ihr beteiligten Personen übersteigt.“<sup>9</sup>

Das unterstreicht nichts anderes als die Bedeutung wissenschaftlicher Institutionen für die gesellschaftliche Anerkennung eines Wissenschaftsgebietes sowie die zeitliche und generationsübergreifende Kontinuität

seiner Existenz. In einem etwa solchen Sinn darf man wohl auch die Serien von Kongressen, Symposien, Kolloquien usw. zur Geschichte der Geowissenschaften als institutionelle Formen verstehen, die zur Etablierung dieses Arbeitsgebietes beitragen. Das gilt vor allem, wenn sie von entsprechenden Gremien oder Organisationen getragen werden.

So wurde während der beiden letzten Jahrzehnte in Deutschland die Geburt von Arbeitskreisen zur Geschichte der geologischen Wissenschaften für ein aktives Tagungsgeschehen von erheblicher Bedeutung. In der DDR erfolgte 1976 in Freiberg im Rahmen der „Gesellschaft für Geologische Wissenschaften“ die Gründung eines „Arbeitskreises für Geschichte und Philosophie der geologischen Wissenschaften“<sup>10</sup>, der bereits an eine Reihe von Veranstaltungen und Arbeiten der „Muttergesellschaft“ zu historischen<sup>11</sup> und erkenntnistheoretischen<sup>12</sup> Themen anknüpfen konnte. Von 1986 bis 1990 wurde jährlich ein „Rundbrief“ herausgegeben, der alle Interessenten über Veranstaltungen, Publikationen, denkwürdige Daten usw. informierte.

Für die Bundesrepublik Deutschland konstituierte sich 1984 in Mainz am Rande einer Tagung der „Geologischen Vereinigung“ der „Arbeitskreis für Geschichte der Geologischen Wissenschaften“ mit dem Ziel, sich um die Historiographie von Geologie, Paläontologie, Mineralogie und Petrologie zu bemühen. Auch erschienen „Mitteilungen“ als Newsletter jährlich zwischen 1984 und 1989 als Organ der Kommunikation für die an der Geologiegeschichte interessierten Mitglieder dieses Gremiums. Vergleicht man die Newsletter der beiden nahezu zeitgleich wirkenden Arbeitskreise, zeigen sich keine prinzipiellen Unterschiede in den Zielsetzungen und Arbeitsinhalten dieser Organisationen. Allerdings stellte der Arbeitskreis der BRD im Sommer 1989 formell seine Arbeit wieder ein.

Diese Gründungen lagen in der Dekade zwischen 1975 und 1985, während der – jedenfalls in der DDR – viele Fachgesellschaften die Geschichte ihrer Disziplinen entdeckten und auch institutionelle Formen für entsprechende Arbeiten fanden. Auf Initiative der jeweiligen wissenschaftlichen Gesellschaften entstanden Arbeitsgremien<sup>13</sup> für die Geschichte der wichtigsten Einzelwissenschaften mit entsprechenden eigenen Tagungsaktivitäten (vgl. Tab.).

*Gründungen von Gremien für die disziplinentorientierte wissenschaftshistorische Arbeit in der DDR (1975–1986)*

Geschichte der Mathematik	1975
Geschichte der Geographie	1975
Geschichte der Geologischen Wissenschaften	1976
Geschichte der Chemie	1976

Geschichte der Kartographie	1976
Geschichte des Bergbaus	1978
Geschichte der Physik	1982
Geschichte der Pharmazie	1983
Theorie und Geschichte der Biologie	1986

Hier vollzog sich ein Prozeß der Institutionalisierung von spezialisierten und kleinen Gruppen, die aber teilweise erhebliche Aktivitäten entwickelten und auch über die Landesgrenzen hinaus wirksam waren. So gab es eine Reihe von bilateralen Symposien zur Geschichte der geologischen Wissenschaften zwischen der DDR und der Sowjetunion (1975 Berlin, 1979 Jerevan, 1983 Greifswald, 1986 Baku, 1990 Freiberg und Holzgau).<sup>14</sup> Alle diese Initiativen zur Historiographie der einzelnen Disziplinen korrespondierten mit einer systematischen Erweiterung der Lehre zur Geschichte von Natur-, Technik- und Medizinwissenschaften an den Universitäten und Hochschulen in der DDR, die mit großem Interesse aufgenommen wurde, zu einem Anwachsen der Publikationsmenge auf diesen Gebieten führte und auch die Zahl der Tagungen zu diesbezüglichen Themen stark anwachsen ließ. Das führte auch zu verstärkten Tagungsaktivitäten zu historiographischen Themen auf dem Gebiet der geologischen Wissenschaften (vgl. Tab.).

*Tagungen zur Geschichte der geologischen Wissenschaften in der DDR (1974–1989)*

Leopold von Buch 1774–1853. Kolloquium aus Anlaß der Wiederkehr seines Geburtstages nach 200 Jahren <sup>15</sup>	21.5.1974 in Freiberg
Zur Erinnerung an Serge von Bubnoff 1888–1957: Grundprobleme der Geologie <sup>16</sup>	27.9.-1.10.1977 in Greifswald
Der Umbruch geologischen Denkens im Zeitalter der Aufklärung 1720–1790 <sup>17</sup>	6.-11.10.1978 in Görlitz
Geschichte der Seismologie, Seismik und Erdgezeitenforschung <sup>18</sup>	5.-7.12.1979 in Eisenach
Alfred-Wegener-Tagung 1980: Von der Theorie der Kontinentalverschiebung zur Neuen Globaltektonik <sup>19</sup>	11.-14.11.1980 in Berlin
Geowissenschaftliche Sammlungen und Museen in Vergangenheit und Gegenwart <sup>20</sup>	25.-27.3.1982 in Freiberg
Die geologischen Wissenschaften während der Industriellen Revolution in Deutschland 1830–1870 <sup>21</sup>	21.-23.5.1985 in Karl-Marx-Stadt

Nicolaus Stenonis (1638–1686) und die Naturwissenschaft seiner Zeit	8.-9.1.1988 in Schwerin
Beiträge und Studien zur Erforschung und Erschließung Australiens unter besonderer Würdigung Ludwig Leichardts und weiterer deutscher Wissenschaftler <sup>22</sup>	24.-28.10.1988 in Chossewitz bei Frankfurt/Oder
Leben und Wirken von Heimatgeologen auf dem Territorium der DDR <sup>23</sup>	22.-23.11.1989 in Gera

Nach dem Zusammenbruch der DDR reagierten die Geologiehistoriker in Deutschland auf die Vereinigung sinnvoll und rasch. Im November 1990 fand in Erfurt eine Beratung aller interessierten Geohistoriker über den Fortgang der Arbeiten zur Geschichte ihrer Disziplinen in der Bundesrepublik Deutschland statt, auf der sowohl der aktuelle Stand vorgestellt als auch Formen der weiteren Arbeit erörtert wurden. Die Gespräche waren freimütig und hatten einen sachlichen und konstruktiven Charakter. Von Ewald Kohler (Regensburg) und Peter Schmidt (Freiberg) war diese Begegnung vorbereitet und im Hinblick auf eine weitere kooperative Arbeit einvernehmlich geleitet worden. In Anlehnung an die Neuformierung der „Gesellschaft für Geologische Wissenschaften der DDR“ zur „Gesellschaft für Geowissenschaften e.V.“ änderte auch der entsprechende Arbeitskreis nach ausführlicher Diskussion sein Programm, um sich nun der Geschichte der Geowissenschaften im gesamtdeutschen Rahmen zu widmen. Praktisch endete damit auch das Wirken des 1984 in der Bundesrepublik gegründeten Arbeitskreises Geschichte der Geologischen Wissenschaften und seine Mitglieder beteiligen sich seitdem an den Arbeiten und Veranstaltungen des „Arbeitskreises für Geschichte der Geowissenschaften“. Verbunden mit diesen Veränderungen war auch eine thematische Erweiterung des Arbeitsspektrums dieses Gremiums, wobei eine Kooperation mit anderen historischen Arbeitsgruppen zur Geschichte einzelner geowissenschaftlicher Disziplinen und Arbeitsgebiete angestrebt und realisiert wird, ohne deren Wirksamkeit zu beeinträchtigen. Dazu gehören Gremien wie

- Arbeitskreis Geschichte der Geophysik der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft
- Arbeitskreis Geschichte der Meteorologie der Deutschen Meteorologischen Gesellschaft
- Arbeitskreis Geschichte der Meeresforschung der Deutschen Gesellschaft für Meeresforschung
- Arbeitskreis Geschichte der deutschen Polarforschung der Deutschen Gesellschaft für Polarforschung
- Arbeitskreis für Geschichte der Kartographie der Deutschen Gesellschaft für Kartographie

- Arbeitskreis für Geschichte der Geographie der Deutschen Geographischen Gesellschaft.

Die bei den Gesprächen 1990 in Erfurt entwickelten Vorstellungen nahmen unter aktiver Beteiligung historisch arbeitender Kollegen aus Ost und West sowie aus den verschiedenen geowissenschaftlichen Gesellschaften erfreulich rasch Gestalt an. Seit 1991 erscheint ein Nachrichtenblatt<sup>24</sup> zur Geschichte der Geowissenschaften mit Tagungsberichten, bibliographischen Informationen, Würdigungen, Dokumentationen, Personalmeldungen usw. Von besonderer Bedeutung ist ein beeindruckendes Tagungsgeschehen zur Geschichte der Geowissenschaften, das sich nach 1991 auf Initiative unterschiedlicher Veranstalter mit insgesamt beachtlicher Kontinuität in Deutschland entwickelt hat (vgl. Tab.). Auch für die Publikation der Tagungsbeiträge wurden Möglichkeiten gefunden, so daß die gebotenen Informationen über die erfreulich große Zahl der Tagungsteilnehmer (jeweils etwa 30 bis 120) hinaus auch anderen Interessenten zur Verfügung steht.

*Veranstaltungen zur Geschichte der Geowissenschaften in der Bundesrepublik Deutschland 1990–1996 (Auswahl)*

1991 Peter Simon Pallas (1741–1811) – Zu den deutsch-russischen Wissenschaftsbeziehungen im ausgehenden 18. Jahrhundert	22.9.1991 in Berlin
1991 Alexander-von-Humboldt-Gedenkkolloquium aus Anlaß seines Studiums 1791/1792 an der Bergakademie Freiberg vor 200 Jahren <sup>25</sup>	8.-10.11.1991 in Freiberg
1992 Geschichte der Geowissenschaften in den deutschen Ländern <sup>26</sup>	17.-20.9.1992 in Freiberg
1993 Das kulturelle Erbe geo- und montanwissenschaftlicher Bibliotheken <sup>27</sup>	20.-23.9.1993 in Freiberg
1994 Wissenschaftliche Konferenz anläßlich der 500. Geburtstages von Georgius Agricola (1494–1555)	25.-27.3.1994 in Chemnitz <sup>28</sup>
1994 Zur Kenntnis der Geowissenschaften im 16. Jahrhundert	2.-4.9.1994 in Lutherstadt Wittenberg
1994 Gedenkkolloquium für Bruno von Freyberg (1894–1981) zum 100. Geburtstag	30.9.-2.10.1994 in Steinach
1996 Geschichte der Mineralogie, Petrologie und Geochemie	8.-9.3.1996 in München
1996 Ernst-Beyrich-Symposium aus Anlaß seines 100. Todestages	9.7.1996 in Berlin

Die Aktivitäten zur Geschichte der Geowissenschaften lassen ein ungebrochenes und wachsendes Interesse an historiographischen Fragen in Deutschland erkennen. Vermutlich wird die Situation im Bereich anderer naturwissenschaftlicher Disziplinen oder auch in den Technik- und Medizinwissenschaften nicht prinzipiell anders sein. Wie zur Historiographie der Geowissenschaften sind auch auf anderen wissenschaftshistorischen Gebieten nicht nur zahlreiche Publikationen erschienen. Das Interesse an Möglichkeiten zur Darstellung und Diskussion eigener Arbeitsergebnisse sowie an entsprechenden Formen der Kommunikation haben zu verschiedenen institutionellen Formen geführt, die den Akteuren willkommene Möglichkeiten zum Meinungsaustausch bieten. Für die Bundesrepublik Deutschland gibt es über derartige Gremien zu den verschiedenen Einzelwissenschaften keine hinreichende Gesamtübersicht, so daß Orientierungen einstweilen schwierig sind.

Auch im internationalen Rahmen fanden die Geologiehistoriker erst in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts zu eigenen institutionellen Formen der Zusammenarbeit. Während des 1964 in New Delhi durchgeführten 22. Internationalen Geologenkongresses faßte der Council der International Union of Geological Sciences (IUGS) auf Vorschlag des Nationalkomitees für Geologie der UdSSR den Beschluß, eine „Commission on the History of Geological Sciences“ zu gründen. Ganz offensichtlich war der Bedarf an Geschichte und historischem Selbstverständnis so gewachsen, daß auch internationale Gremien zu einem Erfordernis geworden waren. Diese Initiativen entwickelten sich in einer Zeit, in der sich in den theoretischen Grundlagen der Geologie mit den Vorstellungen zur Plattentektonik ein Paradigmenwechsel vollzog, der einem revolutionären Umbruch im geologischen Denken (ähnlich wie am Beginn des Jahrhunderts in der Physik) gleichkam. Wenn es zwischen diesen Veränderungen in den geologischen Basisvorstellungen und der Institutionalisierung der Geschichte der Geologie im internationalen Rahmen auch bisher keine kausale Verknüpfung nachgewiesen werden konnte, bleibt die Zeitgleichheit der Ereignisse doch anmerkenswert.<sup>29</sup>

Im Juni 1967 kam es in Jerevan, Armenien (UdSSR) zur Gründung des „International Committee on the History of Geological Sciences“ (INHIGEO) im Rahmen einer internationalen Konferenz zur Geschichte der geologischen Wissenschaften unter Beteiligung von etwa 120 Geologiehistorikern aus 15 Ländern von vier Kontinenten. An der formellen Konstituierung der INHIGEO Commission waren 34 bevollmächtigte Delegierte von 15 Staaten beteiligt, darunter der beiden deutschen Staaten. Anwesend waren u.a. auch der Generalsekretär der International Union of Geological Sciences sowie die Präsidenten der Nationalkomitees für Geo-

logie der USA und der UdSSR. Es konstituierte sich mit elf Mitgliedern (aus Australien, Großbritannien, Indien, Japan, den Niederlanden, Polen, Spanien, der Tschechoslowakei, den USA und der UdSSR) unter der Präsidentschaft von Prof. V. V. Tichomirov (Sowjetunion), dem eigentlichen Initiator von INHIGEO, das INHIGEO-Komitee. Neben diesem Gremium mit allen entsprechenden Entscheidungsrechten wurden noch 20 korrespondierende Mitglieder mit beratender Stimme aus 13 Ländern (Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Deutsche Demokratische Republik, Frankreich, Großbritannien, Japan, Neuseeland, Niederlande, Polen, Tschechoslowakei, USA, UdSSR) in das Komitee gewählt.<sup>30</sup> Obwohl in dieser Zeit nahezu alle Bereiche auch der internationalen wissenschaftlichen Arbeit durch den Kalten Krieg spürbar berührt oder gar bestimmt wurden, verliefen die Institutionalisierungsprozesse des INHIGEO-Komitees einvernehmlich und auch seine Zusammensetzung muß als ausgeglichen angesehen werden. Dazu ist zu bemerken, daß dann bis zum Beginn der neunziger Jahre bei den Wahlen versucht wurde darauf zu achten, bei der Besetzung von besonders wichtigen Ämtern (Präsident und Generalsekretär) Parität zwischen Geologiehistorikern aus Ost und West zu garantieren, was sich seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre vor allem auf Initiative von Prof. R. Hooykaas (Niederlande) durchsetzte und auch bewährt hat, obwohl es dabei gelegentlich heiße Debatten und auch scharfe Abstimmungen gab:

*Besetzung der INHIGEO Spitzenämter 1967–1996 nach Ländern*

Jahre	Präsident	Generalsekretär
1967–1972	UdSSR	Polen
1972–1976	UdSSR	Polen
1976–1980	Niederlande	DDR
1980–1984	Niederlande	DDR
1984–1989	Großbritannien	Ungarn
1989–1992	DDR/BRD	USA
1992–1996	Australien	USA

Das Wesen der gesamten Entwicklung, die Bestimmung des Inhalts der Arbeit des INHIGEO-Komitees sollte sich nach einer Resolution der Gründungsversammlung<sup>31</sup> auf folgende Schwerpunkte konzentrieren:

1. Förderung der Forschung zur Geschichte der geologischen Wissenschaften und der persönlichen Kontakte zwischen den auf diesem Gebiet tätigen Wissenschaftlern,
2. Koordinierung der Forschungen zur Geschichte der Geologie verschiedener Länder,

3. Diskussion von Problemen der Entwicklung der Geologie als Wissenschaft und grundlegender Fragen der Geschichte der geologischen Wissenschaften im Rahmen von Symposien oder Kolloquien,
4. Empfehlung von Monographien zur Geschichte der geologischen Wissenschaften zur Publikation,
5. Erarbeitung einer „Allgemeinen Geschichte der geologischen Wissenschaften“ auf der Basis internationaler Kooperation,
6. Pflege von Kontakten zu internationalen Organisationen für die Geschichte artverwandter Wissenschaften.

Auf diesen Grundlagen hat sich während der letzten drei Jahrzehnte eine fruchtbare Arbeit zur Geschichte der geologischen Wissenschaften entwickelt, die zwar nicht alle Erwartungen erfüllte, in deren Rahmen aber das INHIGEO-Komitee eine stabil und kontinuierlich wirkende Institution zur Förderung historiographischer Aktivitäten im internationalen Rahmen bildete.

Auf dem Hintergrund der zielgebenden Schwerpunkte (1-6) haben sich zu den gestellten Aufgaben für die Arbeit von INHIGEO eine Reihe von Aktivitäten und Entwicklungen vollzogen, zu denen hier kurze und ausgewählte Informationen gegeben werden sollen.

Zu 1.

Tatsächlich nahmen seit Ende der sechziger Jahre die Arbeiten zur Geschichte der geologischen Wissenschaften auch im internationalen Rahmen spürbar zu, was zweifelsfrei mit dem allgemeinen Aufschwung der Wissenschaftsgeschichte insgesamt verknüpft war. Stark angewachsen ist die Zahl der Tagungen und Kongresse zur Geschichte der Geologie in verschiedenen Ländern, darunter auch in Deutschland. Vergrößert hat sich auch die Masse der Publikationen zu historiographischen Themen. Maßgeblich beeinflusst durch INHIGEO-Mitglieder wurden nationale Arbeitsgruppen zur Geschichte der geologischen Wissenschaften in unterschiedlichen Formen konstituiert, so in Australien, China, Deutschland (DDR und BRD), Frankreich, Italien, Polen, Sowjetunion, Ungarn, USA, Venezuela.

Erheblich gewachsen ist die Zahl der Mitglieder in der INHIGEO-Kommission. 1995 gehörten dem Gremium 131 Mitglieder aus 37 Ländern von allen Kontinenten an (Tab.). Dabei ist von besonderer Bedeutung, daß sich auch viele jüngere Interessenten an den internationalen Aktivitäten zur Geologiegeschichte beteiligen und die Arbeit in Asien (China und Japan) sowie in Lateinamerika verstärkt wurde.

*Herkunftsländer der 131 INHIGEO-Mitglieder (1995)*

Argentinien	2	Malta	1
Armenien	1	Neuseeland	1
Australien	8	Niederlande	1
Belgien	2	Norwegen	1
Bolivien	1	Österreich	3
Brasilien	2	Polen	8
Canada	3	Portugal	3
China	9	Rußland	3
Costa Rica	3	Schweden	2
Deutschland	8	Schweiz	3
Frankreich	4	Slovakei	2
Großbritannien	8	Spanien	9
Indien	2	Südafrika	1
Irland	2	Tschechien	4
Israel	2	Türkei	1
Italien	3	Ungarn	5
Japan	8	USA	11
Jugoslawien	1	Venezuela	2
Kolumbien	1		

Zu den wichtigsten Aktivitäten der INHIGEO Kommission im Hinblick auf die Förderung von Kontakten zwischen den Geologiehistorikern gehört seit 1967 die jährliche Veröffentlichung eines umfangreichen Newsletters<sup>32</sup> mit einer Auflage von bis zu 1000 Exemplaren. Darin werden publiziert: Berichte und Ankündigungen zu internationalen, regionalen oder nationalen Tagungen zur Geologiegeschichte; Länderberichte; Forschungsinformationen; Notizen und Anfragen (queries) zur Geologiegeschichte; Rezensionen; Nachrufe; Personalien; Adressen usw.

## Zu 2.

Zur Koordination der Forschungen auf dem Gebiet der geologischen Wissenschaften in oder zwischen verschiedenen Ländern hat es dagegen kaum nennenswerte Initiativen gegeben, die von der INHIGEO-Kommission ausgegangen wären. Aktivitäten dieser Art hätten vermutlich auch sehr rasch als Einmischung eines internationalen Gremiums in nationale Belange angesehen werden können.

## Zu 3.

Eine außerordentlich umfangreiche Arbeit wurde bei der Durchführung internationaler INHIGEO-Symposien zur Geschichte der geologischen Wissenschaften geleistet,<sup>33</sup> die eine hohe Wirkung hatten (Tab.). Diese

Veranstaltungen waren Foren des internationalen Meinungsaustauschs zu den unterschiedlichsten Themen, die sich vor allem an die geowissenschaftliche Fachwelt wandten. Adressaten der Beiträge dieser Kongresse waren in erster Linie Fachwissenschaftler der geologischen Disziplinen selbst, wodurch natürlich auch der Charakter dieser Arbeiten maßgeblich bestimmt worden ist.<sup>34</sup>

*Internationale INHIGEO-Symposien I-XX (1967–1995)*

Symposium	Jahr, Ort, Land	Themen
I. Symposium (Gründung der INHIGEO- Kommission)	1967 Jerevan, Armenien, UdSSR	Geschichte der Geologie
II. Symposium (23. Internationaler Geologenkongreß)	1968 Prag, Tsche- choslovakei	Geschichte der Geologie
III. Symposium	1970 Freiberg, Deutsche Demokra- tische Republik	Geschichte von Theorien über Minerallagerstätten
IV. Symposium (24. Internationaler Geologenkongreß)	1972 Montreal, Canada	Geschichte von Theorien zur Geo- logie des Präkambriums
V. Symposium	1974 Madrid und Cordoba, Spanien	Geschichte der Ausbildung auf Gebieten der geologischen Wissen- schaften
VI. Symposium	1975 London und Oxford, Großbritannien	Charles Lyell Centenary Symposi- um
VII. Symposium (25. Internationaler Geologenkongreß)	1976 Sydney, Australien	Die Entwicklung der geologischen Erkenntnis in der Zeit der geogra- phischen Entdeckungen
VIII. Symposium	1978 Münster und Bonn, Bundesre- publik Deutschland	Der regionale Einfluß auf die Ent- stehung und Entwicklung geologi- scher Theorien
IX. Symposium (26. Internationaler Geologenkongreß)	1980 Paris, Frankreich	Die Entwicklung der geologischen Wissenschaften bis zum Tod von Cuvier (1832): Arbeiten in franzö- sischer Sprache im internationalen Austausch der Ideen

X. Symposium	1982 Budapest, Ungarn	Die Entwicklung der geologischen Kartierung und der Geo-Kartographie im Zusammenhang mit dem Fortschritt des geologischen Denkens
XI. Symposium (27. Internationaler Geologenkongreß)	1984 Moskau, UdSSR	Die Entwicklung von Theorien auf dem Gebiet der Wissenschaften von der Erde; Die Entwicklung von Konzepten zur Dynamik und Struktur der Erdkruste und des oberen Mantels; Geschichte der Mineralogie
XII. Symposium	1985 Edinburgh, Großbritannien	Der Einfluß wissenschaftlicher Organisationen auf die Entwicklung der Geologie
XIII. Symposium	1987 Pisa und Padua, Italien	Gesteine, Fossilien und Geschichte
XIV. Symposium (28. Internationaler Geologenkongreß)	1989 Washington D.C., USA	Die Idee der Zeit: Theorienwechsel über das hohe Alter des Menschen und der Erde; Der transatlantische Austausch geologischer Ideen im 19. Jahrhundert; Meteoritenimpakte: Konsequenzen für die Geschichte geologischer Ideen
XV. Symposium	1990 Beijing, Volksrepublik China	Der Austausch geowissenschaftlicher Ideen zwischen Ost und West
XVI. Symposium	1991 Dresden, Bundesrepublik Deutschland	Museen und Sammlungen in der Geschichte von Mineralogie, Geologie und Paläontologie
XVII. Symposium (29. Internationaler Geologenkongreß)	1992 Kyoto, Japan	Die Entwicklung der Geologie in Japan und der internationale Austausch geowissenschaftlicher Ideen; Die Geschichte der Meteoritenkunde in Japan und internationale Beiträge zur Meteoritenforschung
XVIII. Symposium	1993 Campinas und Ouro Preto, Brasilien	Geologische Wissenschaften in Lateinamerika: Wissenschaftliche Beziehungen und Austausch

XIX. Symposium	1994 Sydney, Australien	Nützliche und exotische geologische Fragen einer fernen Welt. Pazifisch-asiatische historische Themen
XX. Symposium	1995 Neapel, Aeolische Inseln und Catania, Italien	Vulkane und Geschichte

Von den 20 Symposien während der fast drei Jahrzehnte fanden 13 als eigenständige Veranstaltungen statt und sieben im Rahmen der alle vier Jahre stattfindenden Internationalen Geologenkongressen (IGC). Obwohl bei den Treffen unter dem Dach der großen Geologenkongresse (daran nehmen in der Regel 3000 bis 5000 Wissenschaftler teil) gelegentlich gleich mehrere Tagungen zu unterschiedlichen historiographischen Themen stattfinden, hat sich die Arbeit von kleineren Symposien mit einer Beteiligung zwischen 60 und 100 Teilnehmern als weit effektiver erwiesen, da eine stärkere Konzentration allein auf historische Themen und eine größere Diskussionsfreudigkeit die Intensität und Qualität des Meinungsaustauschs positiv beeinflussen. Von erheblicher Bedeutung sind auch die im Zusammenhang mit den INHIGEO-Symposien traditionell durchgeführten geologischen, geologie- und kulturhistorischen Exkursionen, die nicht nur geowissenschaftlichen Gepflogenheiten folgen<sup>^</sup>, sondern auch den persönlichen Kontakten zwischen den Geohistorikern in hohem Maße dienlich sind.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Veranstaltungen von INHIGEO bisher in Europa, Australien, Asien sowie Nord- und Südamerika stattfanden, was für die weltumspannende Breite des Interesses an derartigen Themen spricht. Die Aufmerksamkeit ist dabei unübersehbar auf die innerwissenschaftliche Entwicklung der geologischen Disziplinen gerichtet. Von den insgesamt 25 Themen, zu denen in diesem Rahmen eingeladen wurde, betreffen zahlenmäßig die Geschichte folgender Gebiete: Geologische Theorien und Erkenntnis 9 (Entstehung und Entwicklung geologischer Konzepte, Theorienwechsel etc.); Stratigraphie 2; Geologische Institutionen 2; Meteoritenkunde/Planetologie 2; Geologische Methodik (Kartierung) 1; Geologische Ausbildung 1; Biographik 1; Lagerstättenlehre 1; Mineralogie 1; Austausch geologischer Ideen 5.

Natürlich ist es auch bei INHIGEO-Veranstaltungen möglich, die historischen Zusammenhänge der geowissenschaftlichen Erkenntnis in den gesellschaftlichen Rahmen zu stellen und auf politische, wirtschaftliche, weltanschauliche oder andere wissenschaftliche Einflüsse oder Wirkungen zu verweisen. Aber die Entwicklung der kognitiven Substanz dieser Dis-

ziplinen bildete bisher überwiegend den Kern der historiographischen Betrachtungen, was von einem deutlichen Bedarf an historischem Selbstverständnis dieser Art in den Geowissenschaften zeugt.

Wie bereits angemerkt, gibt es auch im internationalen Rahmen Probleme mit den Unterschieden zwischen der objektiven Historizität von Prozessen erdgeschichtlicher Ereignisse, Veränderungen und Entwicklungen in der Natur einerseits und der Historiographie der Erkenntnisgewinnung über diese Vorgänge durch die Wissenschaftler andererseits. So gehören die Beschreibungen zu den Ausbrüchen des Vesuv in den Jahren von 79 u.Z. bis 1944 mit ihren geologischen Ursachen, Umständen, Wirkungen und Folgen in der Natur (und auch Gesellschaft) fraglos genauso in die *historische Geologie* wie die Darstellungen über das Abdriften der nordamerikanischen Platte vom Gondwana-Block in der späten Trias vor 225 Millionen Jahren. Demgegenüber sind die Geschichte der Beschreibungen und Darstellungen von Ausbrüchen des Vesuv, die Entwicklung theoretischer Deutungen dieses Phänomens oder auch Vergleiche von Wissenschaftlern unterschiedlicher Ausbruchformen von verschiedenen Vulkanen Bestandteile der *Geologiegeschichte* im wissenschaftshistorischen Sinn. Das ist die notwendige begriffliche Unterscheidung zwischen dem *Geotischen* (die Natur der Erde betreffend) und dem *Geologischen* (die Erkenntnis der Erde betreffend), die aber im Vergleich zur Biologie (Biotisches oder Biologisches) so in der geowissenschaftlichen Fachsprache bedauerlicherweise nicht üblich ist, was nicht selten zu Unklarheiten führt. Diese Vermengung verschiedener historischer Aspekte wird vermutlich durch die spezifische historische Denkweise der Geologen und das Nicht-Erfassen des metatheoretischen Charakters der Historiographie der Wissenschaften begünstigt.

Im Resultat gerade der letzten INHIGEO-Symposien reift erfreulicherweise die Einsicht, daß bessere Kontakte der Geologiehistoriker zu den Historikern der anderen Wissenschaften und eine Öffnung gegenüber anderen relevanten Themen zur Geschichte verschiedener gesellschaftlicher Phänomene Gewinn brächten und in der nächsten Zeit zielstrebig entwickelt werden sollten. Es bleibt aber abzuwarten, auf welche Weise solche Einsichten in eine thematische Erweiterung der historiographischen Arbeit erkennbar einmünden.

Zu 4.

Soweit erkennbar, ist es bisher durch die INHIGEO-Kommission zu einer umfassenden Gutachtertätigkeit oder Empfehlungen im Hinblick auf den Druck von Monographien zur Geschichte der geologischen Wissenschaften aus internationaler Sicht nicht gekommen.

Zu 5.

Bereits Anfang der siebziger Jahre haben anfängliche Überlegungen und Diskussionen zu einer „Allgemeinen Geschichte der geologischen Wissenschaften“ zu keinen greifbaren Resultaten geführt. Gedacht war an eine zusammenfassende Darstellung zur Geschichte der geologischen Wissenschaften mit weltweiter Sicht unter Berücksichtigung aller wesentlichen Beiträge zur geologischen Erkenntnis in den verschiedenen Kulturkreisen. Es zeigte sich bald, daß Erwartungen, Sichtweisen und Möglichkeiten der Mitglieder der INHIGEO-Kommission in Einzelheiten zu weit auseinander lagen, um eine solche Gesamtdarstellung mit Aussicht auf Erfolg in Angriff nehmen zu können. Man verständigte sich darüber, quasi als Vorarbeit für eine Weltgeschichte der Geologie, zunächst Einzelthemen zu bearbeiten und vorzustellen, ohne aber auch dafür ein abgestimmtes Konzept zu erarbeiten.

Zu 6.

Die INHIGEO-Kommission unterhält Beziehungen bzw. hat Kontakte zu einigen internationalen Gremien zur Geschichte der Naturwissenschaften und insbesondere der Geowissenschaften. Das sind die

- International Union on the History and Philosophy of Science. Division of History of Science (IUHPS/DH)
- International Commission on the History of the International Association on Geomagnetism und Aeronomy (IAGA)
- International Commission on the History of Geographical Thought of the International Union of Geography (IUG)
- History of Earth Science Society (HESS).

Darüber hinaus existieren auch eine historiographisch orientierte Arbeitsgruppe der International Mineralogical Association (IMA) und eine „in statu nascendi“ befindliche Gruppe „Cultural Heritage of Libraries concerned with Geosciences, Mining and Metallurgy“, die bei einer stark historisch orientierten Sichtweise weltweite Initiativen entwickelt und einen beachtlichen Newsletter<sup>35</sup> herausgibt.

Neben Kontakten zu allen diesen Gremien haben die Beziehungen von INHIGEO zu der IUHPS/DH eine besondere Rolle, weil die Kommission der Geologiehistoriker dieser Union ebenfalls zugeordnet und dort auch Mitglied ist, was bereits 1968 bestätigt wurde und sich aus den By-Laws ergibt.<sup>36</sup> Jährlich wird der Arbeitsbericht von INHIGEO sowohl der IUGS als auch der IUHPS zugeleitet und beide Weltorganisationen unterstützen (auch finanziell) die internationalen Aktivitäten dieser Kommission. Mindestens seit dem 11. Internationalen Kongreß für Wissenschaftsgeschichte 1965 in Warschau hat dieser Weltkongreß eine Sektion für die Geschichte der Geowissenschaften, an deren Arbeit sich auch INHIGEO-Mitglieder

beteiligen. Da aber bei jedem Kongreß andere Convener oder Organisatoren für die Vorbereitung und Durchführung einer solchen geowissenschaftlichen Sektion zuständig sind, hat die INHIGEO Kommission hier bisher zu keiner kontinuierlichen Mitarbeit gefunden. Damit ist diese Chance einer praktischen Kooperation oder gar Zusammenarbeit mit Historikern anderer Naturwissenschaften noch unausgeschöpft geblieben. Zwar wird auch in der IUHPS die INHIGEO-Kommission als eine der aktivsten Gruppen der Union angesehen, tatsächlich bleiben hier aber noch viele Möglichkeiten ungenutzt, die Arbeiten zur Geologiegeschichte in einen umfassenderen historiographischen Rahmen zu stellen.

Auf die INHIGEO-Arbeit haben sich auch verschiedene politische Ereignisse und Veränderungen ausgewirkt, da bei den weltumspannenden Aktivitäten dieses Gremiums natürlich derartige Bedingungen, vor allem der Ost-West-Konflikt, von Einfluß waren.

Ein Jahr nach der Gründung von INHIGEO im Jahre 1967 marschierten die Truppen des Warschauer Vertrages 1968 während der Tage des stark besuchten 23. Internationalen Geologenkongresses in Prag ein.

Das berührte auch unmittelbar das II. ENHIGEO Symposium in Prag, das nicht in der geplanten Weise durchgeführt werden konnte, weil die Vortrags- und Arbeitssitzungen zur Geologiegeschichte für die letzten Tage des Kongreß-Programms vorgesehen waren. Nach erfreulichem Beginn wurde der Kongreß aufgrund der militärischen Aggression abgebrochen und die Teilnehmer reisten aus Prag ab. Waren die Geologiehistoriker aus aller Welt im Vorjahr in Jerevan noch sehr einvernehmlich miteinander umgegangen, erhielt der sowjetische INHIGEO-Präsident Prof. V. V. Tichomirov nun politische Proteste von westeuropäischen und US-amerikanischen Mitgliedern der Kommission gegen die militärische Unterdrückung der politischen Reformbewegung in der Tschechoslowakei. Es gab Ankündigungen von einigen Mitgliedern, unter diesen Bedingungen die Mitarbeit in der INHIGEO-Kommission nicht fortzusetzen. Durch die militärische Intervention in Prag waren Mißtrauen und Unsicherheit unter den INHIGEO-Mitgliedern entstanden. Einige westeuropäische Mitglieder wie Prof. R. Hooykaas (Niederlande) und Dr. V. Eyles (England) setzten die Gesprächskontakte ohne jeden politischen Kompromiß mit den osteuropäischen Kollegen fort, wodurch einer Unterbrechung der internationalen Arbeit vorgebeugt wurde. Trotzdem war es in dieser Situation nicht einfach, 1970 das III. INHIGEO-Symposium ausgerechnet in Freiberg in der DDR durchzuführen. Tatsächlich gaben die INHIGEO-Mitglieder der USA die Empfehlung, die Veranstaltung in Freiberg nicht zu besuchen und von ihnen gehörte auch niemand zu den Teilnehmern, wobei andere Geologiehistoriker aus den USA zum Symposium in Freiberg anreisten. Die Veran-

staltung war letztlich sehr erfolgreich und hat auch dazu beigetragen, durch eine qualifizierte wissenschaftshistorische Arbeit zur Realisierung von Zielen der INHIGEO-Kommission beizutragen.

Eine besondere Situation ergab sich auch im Jahre 1989 mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Gesellschaftssystems in den osteuropäischen Ländern und der DDR. Gerade im Juli 1989 war auf dem 28. Internationalen Geologenkongreß (IGC) in Washington D.C. der Vertreter der DDR zum Präsidenten von INHIGEO gewählt worden. Die Wahlperiode reichte drei Jahre bis zum nächsten IGC 1992 in Kyoto, Japan. Noch galt entsprechend den By-Laws von INHIGEO das Prinzip „Ein-Land-eine-Stimme“. Im Oktober 1990 existierte die DDR jedoch nicht mehr, im gleichen Monat fand aber das XV. INHIGEO-Symposium in Beijing, China statt. Die rechtliche Basis war für den DDR-Vertreter verschwunden, der obendrein ein exponiertes Amt auszuüben hatte. Es ist anzumerken, daß es zwischen den Vertretern von BRD und DDR in der INHIGEO-Kommission immer sehr sachliche und einvernehmliche persönliche Beziehungen gegeben hatte, ohne politische Unterschiede zu übersehen. Während der Wende hielt zwischen beiden Vertretern der Kontakt unvermindert an und es wurde vereinbart, auf dem Symposium in China zu einer Lösung zu kommen. Prof. Wolfhart Langer (Bonn) erklärte dann als BRD-Vertreter in Beijing, daß er, nach Abstimmung mit den entsprechenden Gremien in der BRD, sein Stimmrecht in der INHIGEO-Kommission bis zum Ende der Wahlperiode ruhen lassen wolle, um eine normale Fortführung der Arbeit für den gewählten Präsidenten zu ermöglichen. Durch diese sachbezogene und faire Entscheidung trat der wohl nicht sehr häufige Fall ein, daß der Vertreter des Beitrittsgebietes DDR bis zur nächst folgenden ordentlichen Wahl auf dem IGC im August 1992 in Kyoto de facto das Stimmrecht der BRD in der INHIGEO-Kommission wahrnahm. Zweifelsfrei spielte bei dieser Lösung die erfreulich gute persönliche und politische Atmosphäre in der INHIGEO-Kommission über viele Jahre auch bei Meinungsunterschieden eine große Rolle.<sup>37</sup>

Die politische Wende in der Sowjetunion und in Osteuropa führte natürlich auch zu Veränderungen in den Formen der internationalen Zusammenarbeit. Die 1967 verabschiedeten By-Laws (Statuten) waren sehr stark durch sowjetische Vorstellungen geprägt und hatten unverkennbare zentralistische Züge, stark kontrollierbare Zugangsbestimmungen für neue Mitglieder sowie unterschiedliche Mitgliedschaften (mit Stimme und ohne Stimme), die bei internationalen wissenschaftlichen Arbeitsgremien eigentlich unüblich sind. Man bediente sich dieser Regularien – nicht nur durch Vertreter der sozialistischen Länder übrigens – um eigene wissenschaftspolitische Absichten leichter durchsetzen zu können.

Während des XVI. Internationalen INHIGEO Symposiums 1991 in Dresden, das bereits 1988 an die DDR vergeben worden war, kam es in Anbetracht der politischen Veränderungen zu einer Initiative, die By-Laws dieses Gremiums in einem mehr „basis“-demokratischen Sinne zu verändern. Drei Teilnehmer des Symposiums aus Australien (D. Branagan), Großbritannien (H. Torrens) und Kanada (W. A. S. Sarjeam) veröffentlichten die später als „Dresdner Proklamation“<sup>38</sup> bezeichnete Erklärung, in der u.a. die Aufhebung der unterschiedlichen Formen von Mitgliedschaften, der Verzicht auf eine verbindliche Bestätigung von Kandidatenvorschlägen (insbesondere von Ausländern) durch nationale Gremien sowie eine stärkere Berücksichtigung der wissenschaftlichen Leistungen der zur Wahl vorgeschlagenen Kandidaten empfohlen wurden. In einem komplizierten Verfahren der Abstimmung konnten diese Vorschläge bis 1993 bei nur wenigen abweichenden Meinungen durch Überarbeitung der By-Laws durchgesetzt werden. Nach der formalen Zustimmung zu diesen neuen By-Laws durch das Exekutivkomitee der IUGS wird seit 1994 auf dieser Grundlage gearbeitet. Erwartet wird auch die notwendige Bestätigung durch den Council der IUGS auf seiner Sitzung 1996 in Peking. Auf diese Weise haben die politischen Veränderungen in Osteuropa auch zu einer effektiveren Gestaltung der Arbeit der INHIGEO-Kommission beigetragen.

Abschließend kann gesagt werden:

1. Sowohl im nationalen wie internationalen Rahmen existiert auf dem Gebiet der Geowissenschaften eine Vielzahl von spezialisierten wissenschaftshistorischen Institutionen in Form von Kommissionen, Arbeitsgruppen, regelmäßigen wissenschaftshistorischen Veranstaltungen, Publikationsreihen und Newslettern, die Ausdruck für ein erhebliches Interesse an der Historiographie der Geowissenschaften sind.

2. Alle diese institutionellen Formen zur Historiographie der Geowissenschaften sind in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts entstanden. Ihre Begründung wurde vor allem durch kognitive innerwissenschaftliche Erfordernisse dieser Disziplinen angeregt. Dieses aufgebrochene Bedürfnis nach historischem Selbstverständnis entspricht nach Art, Umfang und Wirkungen (in etwa zeitgleich) Entwicklungen auch in anderen Naturwissenschaften.

3. Die Arbeit in diesen (nach Zielsetzung und Charakter) historiographischen Institutionen vollzieht sich in der Regel ohne direkte Beziehungen zu Einrichtungen der Geschichtswissenschaft im Allgemeinen. Daraus resultieren bei Geo-Historikern Defizite bei der Handhabung der historiographischen Methodik. Andererseits spielen Darstellungen zur Wissenschaftsentwicklung in Arbeiten von Geschichtswissenschaftlern eine geringe

ge Rolle, woraus sich Wünsche nach einer stärkeren Kooperation ableiten lassen.

4. Umfangreiche Möglichkeiten für erweiterte Arbeiten zur Historiographie der Geowissenschaften ergeben sich aus einer verstärkten Einbeziehung der gesellschaftlichen Bedingungen für die Erkenntnis der Erde in der Geschichte. Dabei ginge es darum, die geologische Erkenntnisentwicklung in ihren Beziehungen zu sozialen, politischen, wirtschaftlichen, weltanschaulichen u.a. Prozessen der Vergangenheit zu analysieren und darzustellen. Um einerseits dem wachsenden Interesse an derartigen Zusammenhängen zu entsprechen und andererseits existierenden Vorbehalten ihnen gegenüber zu begegnen, sollte die Kooperation zwischen Wissenschaftshistorikern und Geschichtswissenschaftlern auf jede sinnvolle Weise gefördert werden.

#### Anmerkungen

- 1 B. v. Cotta, Geologisches Repertorium (mit einem vollständigen Index), Leipzig 1877, S. 3.
- 2 C. C. Beringer, Über die Fiktion in der Geologie, in: Die Naturwissenschaften, 17 (1929), S. 545.
- 3 G. Frebold, Grundfragen der Erdgeschichte, Stuttgart 1949, S. 11; W. Gross, Über die Bedeutung der Paläontologie im Rahmen der Biologie, in: Forschen und Wirken, Berlin 1960, Bd. 2, S. 307.
- 4 M. Guntau, Die Genesis der Geologie als Wissenschaft, Berlin 1984 (Schriftenr. geol. Wiss., Berlin 22).
- 5 A. G. Werner, Handschriftlicher Nachlaß, Manuskripte zur Vorlesung „Literaturgeschichte der Mineralogie“. Wiss. Altbestand der Bibliothek der TU Bergakademie Freiberg, Werner-Nachlaß Bd. 45, Bl. 115f.
- 6 K. v. Bülow, Der Weg des Aktualismus in England, Frankreich und Deutschland, in: Berichte d. Geol. Ges. DDR, Berlin 1960, Bd. 5, H. 3, S. 171.
- 7 Bezeichnend dafür ist die Darstellungsweise in den Bänden der von Leopold von Ranke angeregten Reihe „Geschichte der Wissenschaften in Deutschland“, in der u.a. erschienen: K. Zittel, Geschichte der Geologie und Paläontologie bis Ende des 19. Jahrhunderts, München/Leipzig 1899 (Reprint 1965) und F. v. Kobell, Geschichte der Mineralogie 1650–1860, München 1864 (Reprint 1965).
- 8 Zitat aus dem Vorbereitungspapier zu dieser Tagung „Politik, Gesellschaft und wissenschaftliche Institutionen im Vergleich, 27./28.10.1995“.
- 9 R. Stichweh, Zur Entstehung des modernen Systems wissenschaftlicher Disziplinen. Physik in Deutschland 1740–1890, Frankfurt a.M. 1984, S. 63.
- 10 M. Guntau, Zu einigen Zielen und Aufgaben wissenschaftshistorischer Arbeit in der Gesellschaft für Geologische Wissenschaften in der DDR, in: Ztschr. geol. Wiss., Berlin 5 (1977) 4, S. 481-191.
- 11 Zu den Arbeiten über Themen zur Geschichte der geologischen Wissenschaften erarbeitete Peter Schmidt für das Gebiet der DDR seit 1970 mehrere umfassende Fachbibliographien, wodurch eine Orientierung auf diesem Gebiet sehr erleichtert

- wird: P. Schmidt, Zur Geschichte der Geologie, Geophysik, Mineralogie und Paläontologie. Bibliographie und Repertorium für die DDR, Freiberg 1970 (Veröff. d. Bibliothek d. Bergakademie Freiberg Nr. 40, 138 S.); ders., Bibliographie der in der DDR zur Geschichte der Geologie, Mineralogie, Geophysik und Paläontologie vorgelegten Arbeiten 1970–1976, Freiberg 1978 (ebenda Nr. 71, 160 S.); ders., Bibliographie der in der DDR 1977–1982 zur Geschichte der Geologie, Mineralogie, Geophysik und Paläontologie vorgelegten Arbeiten, Freiberg 1984 (ebenda Nr. 106, 165 S.). Die Bibliographie zu den Arbeiten nach 1982 liegt bei P. Schmidt bisher nur im Manuskript vor.
- 12 E. Errmann, Bibliographie zu philosophischen Fragen der Geowissenschaften in der DDR, Freiberg 1976 (Veröff. d. Bibliothek d. Bergakademie Freiberg Nr. 73, 38 S.).
  - 13 P. Schmidt, Wissenschaftshistorisch orientierte Gremien in wissenschaftlichen Gesellschaften der DDR, in: Bibliographie 1977–1982 (Anm. 11), Freiberg 1984, S. 6.
  - 14 M. Guntau/H. Pätz/P. Schmidt, Übersicht zu den DDR-UdSSR-Symposien zur Geschichte der Geologischen Wissenschaften 1975–1990, in: Nachrichtenblatt zur Geschichte der Geowissenschaften, Regensburg/Freiberg Nr. 3 (1993), S. 88-90.
  - 15 Beiträge gedruckt in: Zeitschr. geol. Wiss., Berlin 2 (1974) 12, S. 1363-1415.
  - 16 Beiträge gedruckt in: ebenda 7 (1979) 1-3, S. 1-446.
  - 17 Beiträge gedruckt in: ebenda 8 (1980) 1-2, S. 1-238.
  - 18 Geschichte der Seismologie, Seismik und Erdgezeitenforschung. Tagung in Eisenach vom 5. bis 7.12.1979. Vorträge. Potsdam 1981, 219 S. (Veröffentl. des Zentralinstituts für Physik der Erde Nr. 64).
  - 19 Beiträge gedruckt in: Zeitschr. geol. Wiss., Berlin 10 (1982) 3, S. 285-396.
  - 20 Beiträge gedruckt in: ebenda 11 (1983) 10-11, S. 1157-1400.
  - 21 Beiträge gedruckt in: ebenda 16 (1988) 1-2, S. 5-134.
  - 22 H. Lamping/M. Linke (Hrsg.), Australia. Studies on the History of Discovery and Exploration. Frankfurt a.M. 1994, 258 S. (Frankfurter Wirtschafts- und Sozialgeographische Schriften 65).
  - 23 Beiträge gedruckt in: Die Fundgrube, Berlin Jg. 29 (1995), H. 3/4, S. 66-143.
  - 24 E. E. Kohler/P. Schmidt, P. (Hrsg.), Nachrichtenblatt zur Geschichte der Geowissenschaften, Regensburg/Freiberg, 1991, H. 1, 71 S.; 1992, H. 2, 157 S.; 1993, H. 3, 235 S.
  - 25 Studia Fribergensia. Vorträge des Alexander-von-Humboldt-Kolloquiums in Freiberg vom 8. bis 10. November 1991 aus Anlaß des 200. Jahrestages von A. v. Humboldts Studienbeginn an der Bergakademie Freiberg, Berlin 1994, 387 S. (Beiträge zur Alexander-von-Humboldt-Forschung Bd. 18).
  - 26 Beiträge gedruckt in: Zeitschr. geol. Wiss., Berlin 21 (1993) 5-6, S. 423-782.
  - 27 Die Beiträge sind zum Druck vorbereitet für die Abhandlungen der Geologischen Bundesanstalt Wien.
  - 28 Beiträge gedruckt in: F. Naumann (Hrsg.), Georgius Agricola 500 Jahre, Basel/Boston/Berlin 1994, 507 S.
  - 29 Zum Umbruch in den Basisvorstellungen der Geologie seit den Jahren 1960/62 gibt es eine erhebliche Menge an historischen Darstellungen. Dabei handelt es sich um Dokumentationen, Erinnerungsberichte oder Schilderungen zum Prozess des Um-

denkens einschließlich seiner historischer Wurzeln. Diese Publikationen haben zum Verständnis der neuen kognitiven Situation in hohem Maße beigetragen. Als Beispiele seien benannt: U. B. Marvin, *Continental Drift: Evolution of a Concept*. Washington 1973; W. Sullivan, *Continents in Motion*, New York 1974; W. Glen, *The Road to Jaramilio. Critical Years of the Revolution in Earth Sciences*. Stanford 1982; H. W. Menard, *The Ocean of Truth. A Personal History of Global Teetonic*. Princeton 1986; H. E. LeGrand, *Drifting continents and shifting theories*, Cambridge 1988.

- 30 V. V. Tichomirov u.a. (Hrsg.), *Istorija Geologii*, Jerevan 1970, S. 14.
- 31 Ebenda, S. 15.
- 32 International Committee on the History of Geological Sciences. Newsletter. Moskau Nr. 1 (1967)-Nr. 10 (1976) (russ., engl.); Rostock Nr. 11 (1977)-Nr. 18 (1984) (deutsch, engl.); Budapest Nr. 19 (1985)-Nr. 20 (1987) (engl.); Moskau Nr. 21 (1988) (engl.); Cambridge, Mass., Nr. 22 (1990)-Nr. 27 (1995) (engl.).
- 33 International INHIGEO Symposia 1967-1982. INHIGEO Newsletter Rostock Nr. 17 (1983), S. 4-11; INHIGEO-Symposia No XI-XX (1984-1995), Ms. abgeschlossen für den Druck in INHIGEO-Newsletter. Cambridge, Mass., Nr. 28 (1996).
- 34 R. Hooykaas, *Die Ziele des INHIGEO-Komitees*. INHIGEO-Newsletter, Rostock Nr. 14 (1980), S. 65-72.
- 35 International Newsletter. *The Cultural Heritage of Libraries concerned with Geosciences, Mining and Metallurgy*, vol. 1 (1994), Freiberg 1995, 84 S.
- 36 V. V. Tichomirov u.a. (Hrsg.), *Istorija Geologii* (Anm. 30), S. 355.
- 37 In einem Brief vom 14. November 1995 an den Autor wird diese Darstellung von Prof. Dr. Wolfhart Langer bestätigt.
- 38 INHIGEO Newsletter. Cambridge, Mass., Nr. 24 (1992), S. 8.

---

**Eberhard Wächtler**

## **Karl Marx, zwei deutsche Staaten und die Industriearchäologie. Gedanken zum Beitrag der DDR zur Formierung und Institutionalisierung der Industriearchäologie 1973 bis 1990**

Ich gebe zu, das Thema ist provokant formuliert. Außerdem bin ich mir nicht sicher, ob Karl Marx mit dem Begriff „Industriearchäologie“ sofort etwas anzufangen gewußt hätte. Dieser Terminus wurde erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts geboren. Bis dahin sprach man meist nur von der Erhaltung, Konservierung und Pflege technischer Denkmale.

Die Pflege technischer Denkmale begann in Deutschland natürlich viel früher als 1949. Sowohl die Bundesrepublik Deutschland als auch die Deutsche Demokratische Republik konnten das nicht übersehen. Pflege technischer Denkmale ist seit jeher kein spezifisch deutsches, sondern ein internationales Problem. Vor allem die führenden Industriestaaten der Welt sind heute damit konfrontiert. So gesehen ist es auch nicht zufällig, daß die Pflege technischer Denkmale in England, dem „Birth Place of the modern Industry“, seit Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts besondere gesellschaftliche Engagements auslöste und sich augenfällig eine neue „Wissenschaftsdisziplin“ (wobei bis heute immer noch darüber zu streiten ist, ob es sich um eine neue Wissenschaftsdisziplin handelt, oder ob es „nur“ eine Bewegung ist, die von mehreren Wissenschaftsdisziplinen – von Naturwissenschaften angefangen über technische Wissenschaften hinweg bis zu Gesellschafts- und Geisteswissenschaften – getragen wird?) zu formieren begann.<sup>1</sup>

Die Entwicklung der Technik verlief bis zur Industriellen Revolution ausgesprochen träge. Bis hin zur Manufakturperiode blieb die seit Jahrtausenden bekannte Produktions- und Verkehrstechnik zu einem großen Teil aktuelle, d.h. damit „moderne“ Technik. Das erklärt mit, warum bis in das 19. Jahrhundert hinein „Geschichte der Technik“ für die Ausbildung in zahlreichen Ingenieurdisziplinen eine viel gewichtigere pädagogische Notwendigkeit war als heute. Dies wurde nicht allein von den Professoren bzw. sonstigen Lehrern so verstanden, sondern auch von Studenten so empfunden.<sup>2</sup>

Erst im Gefolge der Industriellen Revolution wurde das Überflüssigwerden älter Technik zu einer Massenerscheinung. Etwa seit der Wende

vom 19. zum 20. Jahrhundert trat der aktuelle Aspekt der Analyse von alter Technik in den Hintergrund. Es dominierte seitdem in diesem Metier die Beschäftigung aus kulturhistorischer Sicht, das heißt die Darstellung der Technikenwicklung in früheren Jahrhunderten als notwendige Voraussetzung des heutigen Standards.

Conrad Matschoß, einer der großen Klassiker der Technischen Denkmalspflege in Deutschland, formulierte diese Gedanken, indem er die Leistung eines anderen Großen der Technikgeschichtsdarstellung, dem Schöpfer des Deutschen Museums München Oskar von Miller, mit folgenden Worten würdigte: „In den riesigen Räumen dieses größten Museums seiner Art in der Welt finden wir solche Veteranen verschiedenster Zeiten nebeneinandergestellt, soweit es möglich war, sogar noch in Arbeit vorführbar, um den Besuchern zu zeigen, wie das Alte war und daraus das Neue wurde.“<sup>3</sup> Dies wiederum war nichts anderes als das Bekenntnis des Erfinders des Automobils Carl Benz, der zu diesem Zweck Mephistopheles zitierte: „Wer kann was Dummes, wer was Kluges denken, das nicht die Vorwelt schon gedacht.“<sup>4</sup>

Mit solchen Gedanken waren nicht nur die Historiker gefordert, das bis dahin vermittelte Geschichtsbild hinsichtlich seiner Struktur in Frage zu stellen, d.h. unter anderem der Technikgeschichte größere Aufmerksamkeit zu widmen. Auch die Pflege technischer Denkmale als gegenständliche Quellen der Geschichtswissenschaft wurde nunmehr zu einem gesellschaftlichen Anliegen ersten Ranges. Der Freistaat Sachsen erfüllte in dieser Hinsicht in Deutschland eine Pionierfunktion, indem er schon in der Weimarer Republik gesetzliche Grundlagen für die Wertung technischer Denkmale als Kulturdankmale anregte,<sup>5</sup> die dann nach jahrelangen Diskussionen im sogenannten Heimatschutzgesetz vom 13. Januar 1934 ihren Niederschlag fanden.<sup>6</sup>

Trotz der enormen Aufgaben, die nach der Zerschlagung des nationalsozialistischen deutschen Staates mit all den Kriegszerstörungen, vor allem auf dem Gebiet der Kunst, vor der Denkmalspflege standen, verstärkte sie auch ihre Anstrengungen zur Erhaltung des technischen Denkmalbestandes. Das Institut für Denkmalspflege Dresden initiierte 1952 die wohl in ganz Deutschland erste Ausstellung zu Problemen der Industriearchäologie.

Die Bergakademie Freiberg, die Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, die Technische Universität und die Hochschule für Verkehrswesen Dresden sowie der Kulturbund, Kombinate und Industrieministerien<sup>7</sup> leisteten in den folgenden Jahren in Lehre und Forschung bemerkenswerte Beiträge auf dem Gebiet der Pflege technischer Denkmale, die sich vor allem in den Arbeiten von Heinrich Douffet, Rudolf Forberger,

Hermann Wirth, Eberhard Wächtler, Otfried Wagenbreth und anderen widerspiegeln.

Als Neil Cossans, damals Direktor des Ironbridge Museums in Telford am Severn, im Jahre 1973 zur ersten Internationalen Konferenz für die Erhaltung des industriellen Erbes einlud, hatte die DDR beachtenswerte Resultate auf dem Gebiet der Pflege technischer Denkmale aufzuweisen (wobei das programmatische Wollen dem tatsächlich Erreichten immer voraus war!). Die Saline in Halle war rekonstruiert, in der Happelshütte in Schmalkalden und der Lehrgrube „Alte Elisabeth“ Freiberg begannen die Stadt bzw. die Bergakademie denkmalspflegerische Arbeiten. In einem gemeinsam von Eberhard Wächtler und Otfried Wagenbreth ausgearbeiteten Beitrag unter dem Titel „Aims and Methods of the Care of Technological Monuments in the G.D.R.“<sup>8</sup> wurden auf dieser Konferenz konzeptionelle Vorstellungen für die zukünftige Arbeit – nicht nur in der DDR – zur Diskussion gestellt.

Mit dieser Konzeption wurde faktisch der Auffassung der Mehrheit der Konferenzteilnehmer entsprochen, die erstens auf eine Schwerpunktverlagerung der technischen Denkmalspflege auf die Zeit seit der Industriellen Revolution orientiert und zweitens die Ansicht vertraten, die Kenneth Hudson in die Worte faßte: „The history of technology is a dangerous abstraction. It concentrates on the machines themselves and ignores the people who used them. The history of man and machines is better.“<sup>9</sup>

Diese und ähnliche Auffassungen wurzelten letztlich auch in verschiedenen Aussagen von Karl Marx, dessen Analysen der industriellen Großproduktion, dessen gesellschaftliche Bewertung der Technik auf keinerlei Ablehnung stieß. So kam es auch dazu, daß die Vertreter beider deutscher Staaten auf der Konferenz die Weichen zu einer sehr konstruktiven Zusammenarbeit stellten.

Das zeigte sich z.B. am Ergebnis einer freundschaftlichen Diskussion 1974 im Deutschen Bergbaumuseum Bochum, an der Hans Günter Conrad, Rainer Slotta, Werner Kroker und Eberhard Wächtler teilnahmen. Gegenstand war dabei die 1973 vom Kulturbund der DDR herausgegebene erste Auflage des Buches von Eberhard Wächtler und Otfried Wagenbreth: „Technische Denkmale der DDR“.<sup>10</sup> Diese Diskussion beeinflusste die seit 1975 unter dem Titel „Technische Denkmäler in der Bundesrepublik Deutschland“ erschienenen Bücher von Rainer Slotta.<sup>11</sup> Das in Ost und West praktizierte Ordnungsprinzip der ausgewählten industriearchäologischen Objekte ähnelte sich sicher nicht zufällig. Natürlich gab es dafür hien wie drüben keine ideologischen Gründe, sondern eben ganz einfach von beiden Seiten zu akzeptierende industrie-geschichtliche Forschungsergebnisse.

Als derselbe Autor zu Beginn der achtziger Jahre seine Bemühungen verstärkte, auch in künstlerischen Schöpfungen industriearchaische Quellen zu sehen, kam es wiederum zu einer kreativen Partnerschaft zwischen dem Deutschen Bergbaumuseum Bochum, dem Wissenschaftsbe- reich Geschichte der Produktivkräfte an der Bergakademie Freiberg und der Porzellanmanufaktur Meißen. Das Resultat war eine wertvolle Publikation zur Kulturgeschichte der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.<sup>12</sup>

Das zeigte sich weiter bei der Vorbereitung der zweiten internationalen Konferenz, die 1975 in Bochum stattfand. Im gegenseitigen Einvernehmen wurden mit diplomatischem Geschick Barrieren überwunden, die noch dem Kalten Krieg geschuldet waren. So nahm der Vertreter der DDR im Vorbereitungs-komitee nicht als direkter Vertreter seines Staates, sondern als Beobachter des Internationalen Komitees für Geschichte der Technik (ICOHTEC) teil. Diese Situation ermöglichte, daß Evelyn und Werner Kroker (Deutsches Bergbaumuseum Bochum) und Eberhard Wächtler (Bergakademie Freiberg) gemeinsam das erste, auf die Unterstellung durch die UNESCO orientierende Statut eines zukünftigen Komitees für die Erhaltung des industriellen Erbes ausarbeiteten und der zweiten Konferenz vorlegten.

Das Prinzip der Eingliederung dieses Gremiums in die Aktivitäten der UNESCO wurde auf der Konferenz bestätigt und das Statut selbst zu einer weiteren Überarbeitung an das Vorbereitungs-komitee der für 1978 nach Schweden einberufenen dritten Konferenz übergeben, in dem wiederum Werner Kroker und Eberhard Wächtler mitarbeiteten. In Schweden wurde das TICCIH („The International Committee on the Conservation of Industrial Heritage“) offiziell gegründet. Im Büro dieses Komitees arbeiteten aus beiden deutschen Staaten bis 1990 als gewählte Mitglieder: Wolfhard Weber (Bochum) (1978–1981), Werner Kroker (1981–1984 und 1987–1992) sowie Eberhard Wächtler (1978–1990) mit. Die Zusammenarbeit verlief ohne jede Komplikation. Die Vertreter der Bundesrepublik hatten von Anfang an das Amt des Schatzmeisters inne, und bei der Dresdner Bank in Bochum befand sich das Konto. Als bei der Neuwahl des Büros auf der fünften Konferenz in Cambridge bei Boston (USA) Eberhard Wächtler der einzige deutsche Vertreter im Büro war, wurde er Schatzmeister. Um die Arbeit jedoch kontinuierlich weiterführen zu können, beschloß eine Bürotagung in Ironbridge 1985, Werner Kroker als Exekutiv-treasurer mit beratender Stimme wiederum in das Büro aufzunehmen.

Bis 1984 (und nach 1987) wirkte Eberhard Wächtler als Assistant-treasurer. Diese Funktion ergab sich daraus, daß das TICCIH 1981 einer Bitte der Industriearchäologen aus den damaligen europäischen sozialistischen Staaten nachgekommen war, die die Mitgliedsbeiträge betraf. Es war

fortan möglich, daß die Mitglieder dieser Länder ihren Beitrag in der jeweiligen Landeswährung entrichteten. Zu diesem Zweck war ein TICCIH-Konto bei der Staatsbank der DDR in Freiberg eingerichtet worden. Polen errichtete darüber hinaus ein separates TICCIH-Konto, da sich die Überweisung der Beiträge aus den verschiedenen Ostblockländern auf das Freiburger Konto schwieriger als gedacht gestaltete.

Institutionalisierung einer Wissenschaftsdisziplin setzt selbstverständlich immer deren eigenständige Entwicklung als solche voraus. Das betrifft beim betrachteten Gegenstand sowohl die praktische denkmalpflegerische Arbeit, die museologische Gestaltung der Technikentwicklung sowie Beiträge zum konzeptionellen Vorgehen. Im Nachhinein betrachtet war es häufig so, daß die diesbezügliche Anstrengung sehr groß war und dennoch das Resultat oft unter den Erwartungen blieb.

Schöne Ergebnisse, z.B. auf dem Gebiet der Erhaltung von Mühlen, wurden durch Arbeitsgruppen der Gesellschaft für Denkmalpflege im Kulturbund der DDR erzielt. Die staatlichen Organe, voran das Ministerium für Kultur, erhöhten im Laufe der Jahre ihr Engagement für industriearchäologische Probleme. So bestätigte schließlich der Ministerrat der DDR noch im September 1989 die Konzeption des Aufbaus eines nationalen Technikmuseums, das als Skelett dezentralisiert technische Denkmalkomplexe nutzen und so bei einer zentralen wissenschaftlichen Leitung in jeder Region des Landes die industriegeschichtlichen Schwerpunkte besonders würdigen sollte. Dieser Leitgedanke wurde bereits bei der Errichtung des Steinkohlenbergbaumuseums in Oelsnitz/Erzgebirge, des Tobiashammers in Ohrdruf, des Wasserwerkes am Müggelsee in Berlin-Friedrichshagen sowie des Schiffahrtsmuseums in Rostock-Lüttenklehn sichtbar.

Über die Konzeption der DDR auf diesem Gebiet gab es auch einen informativen Gedankenaustausch mit den Direktoren des Deutschen Museums München, Dr. Otto Mayr, dem Direktor des Deutschen Bergbaumuseums Bochum, Dr. Slotta, und dem Direktor des „British Museums of Science and Industry“, London, Neil Cossans.

Im Jahre 1976 wurde mit der Berufung von Dr. Otfried Wagenbreth zum Dozenten für Industriearchäologie (die offizielle Bezeichnung dieser Dozentur war sehr kompliziert!) an die Technische Universität Dresden diese Wissenschaftsdisziplin in Deutschland erstmals akademisch voll anerkannt. Ein Ausbau derselben zu einem Lehrstuhl für Technische Museologie und Industriearchäologie war 1989 vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen vorbereitet, konnte aber nicht mehr realisiert werden.

In ihren Publikationen waren die eingangs genannten Autoren immer bestrebt, der breiten Öffentlichkeit die gesellschaftliche Notwendigkeit der

Erhaltung und Pflege industrieller Denkmale vor Augen zu führen. Dabei waren sie sich darüber im klaren, daß sich jeder Staat, jede Gesellschaftsordnung, unabhängig von ihrem Charakter, dieser Verpflichtung stellen müsse. Aus dieser Sicht nahmen Eberhard Wächtler und Otfried Wagenbreth nicht nur die Deutsche Demokratische Republik, nicht nur die damaligen sozialistischen Staaten in die Pflicht, wenn sie sich mit ihren 1975 auf der Boehumer Konferenz vorgetragenen Thema „Soziale Revolution und Industriearchäologie“ dieser Problematik zuwandten, sondern auch die Geschichtswissenschaft im weitesten Sinnes Wortes.<sup>13</sup> Diese Absicht wurde international als theoretischer Beitrag zur Formierung der Industriearchäologie gewertet. Publikationen aus England oder Belgien beispielsweise tragen dieser Problematik seitdem zunehmend Rechnung.<sup>14</sup>

Seit Mitte der achtziger Jahre wurde führenden Industriearchäologen verschiedener Länder immer stärker bewußt, daß einige Themen in ihrer Arbeit ungenügende Beachtung fanden. Das war einmal die Frage: Kann die Industriearchäologie einen Beitrag zur Erhaltung des Friedens leisten? Und zum anderen: Kann die Industriearchäologie mit ihrer Bewertung der Technikfolgenentwicklung, das heißt der ökologischen Problematik, zufrieden sein? Es war der Vertreter der DDR bzw. der neuen Bundesländer, der diese Problematik während der TICCIH-Konferenzen in Österreich 1987 und in Madrid 1992 stark beachtet zur Diskussion stellte.<sup>15</sup>

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der Beitrag beider deutscher Staaten zur Institutionalisierung der Industriearchäologie in kollegialer Zusammenarbeit beachtlich war. Dem Rechnung tragend, hatte das TICCIH auf der Abschlußsitzung seiner Konferenz in Österreich (diese fand in der montanistischen Universität Leoben statt) die Internationale Konferenz 1994 (anläßlich des 500. Geburtstages von Georgius Agricola) einstimmig in die DDR vergeben.

Die praktische Mitarbeit von Industriearchäologen der DDR auf internationalen Konferenzen und Symposien entsprach lange Zeit bei weitem nicht ihrem Anteil in Theorie und Praxis an der Formierung der Wissenschaftsdisziplin. Ein wesentlicher Grund dafür lag sicherlich in der Devissenschwäche des Staates. Doch damit allein läßt sich nicht begründen, warum bis 1987 mit etwa achtzigprozentiger Sicherheit nur dem im TICCIH in Wahlfunktionen tätigen DDR-Wissenschaftler die Teilnahme an dieser Arbeit ermöglicht wurde.

Erst ab 1987 war es z.B. dem aufgrund seiner Agilität weithin bekannten technischen Denkmalspfleger Otfried Wagenbreth möglich, auch finanziell abgesicherte Einladungen zu TICCIH-Konferenzen anzunehmen und dort in Erscheinung zu treten. Die Zahl der DDR-Teilnehmer erreichte mit vier in Wien den Höhepunkt. Sie sank im September 1990 in Brüssel

wieder auf drei. In Spanien 1992 war wiederum Eberhard Wächtler der einzige Deutsche aus den fünf neuen Bundesländern. Offen bleibt die Frage: Warum? – Ökonomische und politische Gründe können die in Madrid Abstinenz demonstrierenden ostdeutschen Fachkollegen als Begründung dafür nicht ins Feld führen, da die Deutsche Forschungsgemeinschaft in Bonn die Teilnahme großzügig finanzierte.

#### Anmerkungen

- 1 R. A. Buchanan, *Industrial Archaeology in Britain*, Harmondsworth 1972; K. Hudson, *Exploring our Industrial Past*, London 1974; N. Cossans, *The BP Book of Industrial Archaeology* (1975), London <sup>2</sup>1987.
- 2 Das zeigt sowohl die frühe technische Literatur seit Georgius Agricola deutlich, als auch die Lehr- und Stoffpläne der Vorlesungen und Übungen sowie die Arbeitsweise der Modellsammlungen an technischen Bildungseinrichtungen, z.B. der Bergakademie Freiberg. Vgl. dazu u. a. E. Wächtler (wiss. Ltg.), *Die Bergakademie Freiberg, Festschrift zu ihrer Zweihundert-Jahr-Feier 1765–1769*, 2 Bde., Leipzig 1965.
- 3 C. Matschoß, Einleitung, in: C. Matschoß/W. Lindner (Hrsg.), *Technische Kulturdenkmale* (Faksimileausgabe), Düsseldorf 1984, S. 2.
- 4 C. Benz, *Lebensfahrt eines deutschen Erfinders*, Leipzig 1925, S. 128.
- 5 O. Wagenbreth/E. Wächtler, *Technische Denkmale in der Deutschen Demokratischen Republik*, Leipzig <sup>4</sup>1989, S. 14. Im Jahre 1926 wurde diesbezüglich eine Landtagsvorlage eingebracht, die zwar noch keine gesetzliche Regelung unmittelbar zur Folge hatte, aber die ständige Diskussion um die Problematik bestimmte.
- 6 H. Magirius, *Geschichte der Denkmalpflege – Sachsen*, <sup>2</sup>1991, S. 199.
- 7 Als ein Beispiel sei hier angeführt: Konzeption – Aneignung und Pflege Technischer Denkmale im Bereich des Ministeriums für Erzbergbau, Metallurgie und Kali. Diese umfangreiche Ausarbeitung befindet sich in einem Exemplar im Besitz des Verfassers und ist außerdem in jeweils einer Kopie dem Archiv des Deutschen Bergbaumuseums Bochum sowie der Bibliothek des Institutes für Wirtschafts- und Technikgeschichte der Ruhruniversität übergeben worden.
- 8 *Transactions. First International Congress on the Conservation of Industrial Monuments, Ironbridge 29 May–5 June 1973*, Telford 1975, S. 45–48. Eine deutsche Übersetzung des Beitrages erschien in den Freiburger Forschungsheften, Reihe D, Nr. 90, *Beiträge zur Geschichte der Produktivkräfte*, Bd. IX, Leipzig 1975.
- 9 K. Hudson, *Exploring our Industrial Past* (Anm. 1), S. 10.
- 10 E. Wächtler/O. Wagenbreth, *Technische Denkmale in der Deutschen Demokratischen Republik*, Berlin 1973, <sup>2</sup>1977. Nach der Errichtung der industriearchäologischen Dozentur für Otfried Wagenbreth an der TU Dresden erschien der Titel erweitert in vier Auflagen: O. Wagenbreth/E. Wächtler (Wiss. Ltg.), *Technische Denkmale in der Deutschen Demokratischen Republik*, Leipzig 1983, <sup>2</sup>1985, <sup>3</sup>1987, <sup>4</sup>1989.
- 11 R. Slotta, *Technische Denkmäler in der Bundesrepublik Deutschland*, Bochum 1075. Der Autor ließ diesem Pilotband inzwischen noch fünf weitere, jeweils für einzelne Industriebereiche, folgen.

- 12 R. Slotta: Das Herder-Service. Ein Beitrag zur Industriearchäologie des Bergbaus (= Veröffentlichungen aus dem Deutschen Bergbau-Museum Bochum, Nr. 25), Bochum 1981. Vgl. dazu auch die Wertung der Entstehung dieses Buches in der entsprechenden Rezension in der „Zeitschrift für Unternehmensgeschichte“, 27 (1982) 2, S. 126-127.
- 13 E. Wächtler/O. Wagenbreth, Soziale Revolution und Industriearchäologie, in: SICCIM – Second International Congress on the Conservation of Industrial Monuments – Verhandlungen/Transactions (Bearb.: Werner Kroker), Bochum 1978, S. 160-176. Außerdem erfolgte ein Nachdruck des Vortrages in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift, 18 (1977) 3, S. 399-417.
- 14 Außer auf das oben zitierte Buch von Neil Cossans (Anm. 1) sei hier vor allem auf A. Linters, *industria – Architecture industrielle en Belgique*, Liege/Bruxelles 1986 verwiesen.
- 15 E. Wächtler, *Industrial Heritage and the historical Consciousness*, in: TICCIH *Industrial Heritage – Austria 1987*, Transactions 2. Conference Papers and Results, Wien 1990, S. 193; ders., *Our Life and the historical Industry*, in: TICCIH – *Actas Septiembre 1992*, VIII Congreso Internacional para la Conservación del Patrimonio Industrial, Madrid 1995, S. 495. Insgesamt fanden bis zum Beitritt der fünf neuen Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland folgende TICCIH-Konferenzen statt:
  - 1973 Ironbridge, Großbritannien
  - 1975 Bochum, Bundesrepublik Deutschland
  - 1978 Stockholm, Schweden
  - 1981 Lyon – Grenoble, Frankreich
  - 1984 New England, USA
  - 1987 Wien – Vordernberg, Österreich
  - 1990 Brüssel, Belgien.

Helgard Fröhlich

### England zwischen Anpassung und Widerstand. Ideen und Mentalitäten 1649–1653

Als am 30. Januar 1649 König Karl I. vor dem Banqueting House in London Whitehall hingerichtet wurde, hatte die 1640 begonnene Englische Revolution einen wichtigen Sieg errungen. Einer der Unterzeichner des Todesurteils, Thomas Scott, gab nach der Restauration den Racheübenden trotzig zu Protokoll: „We did not assassinate, or do it in a corner. We did it in the face of God and all men.“<sup>1</sup> Auch wenn die Stuarts 1660 auf den Thron zurückkehrten, hat M. Walzer treffend festgestellt, daß die Monarchie „tausend Ermordungen überleben kann, aber nicht eine Exekution.“<sup>2</sup> Für die englische Geschichte war dieser 30. Januar ein einschneidendes Ereignis, war es dies auch für die Zeitgenossen? Wurde das, was wir mit historischem Abstand als Sieg bezeichnen, als Sieg empfunden?

1649 lagen neun ereignisreiche Jahre hinter England. In Abwehr der absolutistischen Ansprüche der Stuartmonarchie hatten die herrschenden Klassen Englands, vertreten im Langen Parlament, ihre politischen Mitspracherechte gegen die Prärogativrechte der Krone gesichert. Das englische Parlament, gewählt etwa von einem Drittel der männlichen Bevölkerung Englands<sup>3</sup>, artikulierte sich als Interessenvertretung der englischen Nation gegen eine Wirtschaftspolitik der Krone, die mit Monopolen und willkürlicher Besteuerung die frühkapitalistische Wirtschaftsentwicklung zunehmend eingrenzte und behinderte. Nicht zuletzt richtete sich der Widerstand gegen die wichtigste Stütze der Krone, gegen die Anglikanische Hochkirche, die eine konsequente Reformation im Sinne des Puritanismus blockierte und mit ihrer restriktiven und zugleich regressiven Politik die Gefahr einer Rekatholisierung Englands im Zuge der Gegenreformation hinaufbeschor.<sup>4</sup>

Zur Wahrung eigener politischer und ökonomischer Interessen waren die Herrschaftseliten Englands auf die Unterstützung breiterer Kreise der englischen Bevölkerung angewiesen. 1645/46 erwies sich, daß das presbyterianische und auf Ausgleich mit Karl I. bedachte Lange Parlament die Revolution nicht mehr an einem ihm genehmen Punkt anhalten konnte. Ausreichende Sicherung gegen absolutistische Bestrebungen und Ablehnung eines nun presbyterianisch dominierten und parlamentarisch verordneten Zwangsbekenntnisses waren das einigende Band, das die von den Independenten geführte Armee ab 1646 zum entscheidenden Gegenpart der

royalistischen Partei werden ließ. Dabei wurden die sozialkonservativen Independenten um Cromwell und Ireton von radikaldemokratischen Kräften wie den Levellers und religiösen Radikalen der zahlreich entstandenen Sekten unterstützt. Religiöse Toleranz war der wichtigste Baustein, der die ansonsten so unterschiedlichen sozialen Kräfte verband. Nicht nur in den Augen ihrer Gegner – da natürlich eher abfällig bewertet –, sondern in ihrem eigenen Selbstverständnis war es eine „Armee von Heiligen“, die von Gott Auserwählten im Kampf gegen die Fehlgeleiteten, im Kampf gegen den Antichrist.<sup>5</sup> Auch oder gerade die Hinrichtung Karls I. erfuhr neben vorausgegangenen staatstheoretischen Erörterungen<sup>6</sup> eine religiöse, chiliastisch ausgerichtete Rechtfertigung. Einerseits formulierte der über Karls I. Schicksal befindende Gerichtshof ein säkulares und auf der Theorie der Volkssouveränität basierendes Urteil: Karl Stuart wurde wegen Tyrannei, wegen Hochverrats an der englischen Nation zum Tode verurteilt. Andererseits wurde in der zeitgenössischen Propaganda dieses nicht nur für England unerhörte Ereignis als Vollstreckung höheren göttlichen Willens offeriert. Dies entsprach zutiefst dem Denken der Menschen des 17. Jahrhunderts, in dem der Glaube an die göttliche Vorsehung einen zentralen Platz einnahm<sup>7</sup> und versucht wurde, die tagespolitischen Ereignisse mit chiliastischen, teils apokalyptischen Vorstellungen in Einklang zu bringen.<sup>8</sup>

Nach der Hinrichtung Karls I. schrieb der Dorfpfarrer Ralph Josselin in sein Tagebuch: „Meine Gedanken sind voll davon, daß Gott anfängt, das irdische Königreich zu zerstören und das Königreich Christi herbeizuführen, und daß wir Engländer dabei eine große Rolle spielen.“<sup>9</sup> Diesem Empfinden wurde so oder ähnlich auch von den führenden Independenten um Cromwell Ausdruck gegeben. Dennoch läßt sich noch im Spätherbst 1648 in vielen, auch offiziellen Verlautbarungen der Armee nachweisen, daß diese zunächst die Absicht hatte, eine Übereinkunft mit Karl I. zu treffen („the re-inthroning of our sovereign“). Andere Behauptungen und gegenteilige Darstellungen seien böse Verleumdungen des Willens der Armee.<sup>10</sup> Klarer noch als zu Beginn der Revolution<sup>11</sup> wurde jedoch formuliert, daß die Frage nach der obersten Souveränität („supream power“) eindeutig geklärt werden müsse.<sup>12</sup>

Mit diesem Bestreben saß die Armee jedoch zumindest zwischen zwei Stühlen:

- a) Die radikaldemokratischen Levellers verbanden mit der Unterstützung der Armeeführung im Kampf gegen die Royalisten die Hoffnung, auf der Basis von Volkssouveränität und politischen Gleichheitsprinzipien ein demokratisches Staatswesen schaffen zu können. Sie hatten seit

- 1647 (*Putney debates*) ihr „Agreement of the People“ zur Verhandlungsgrundlage mit der independentistischen Armeeführung gemacht<sup>13</sup>;
- b) Das immer noch von kompromißbereiten presbyterianischen Kräften dominierte Parlament hatte nach dem zweiten Bürgerkrieg seinerseits wieder Verhandlungen mit Karl I. aufgenommen. Zur Sicherung der eigenen Machtposition, auch gegen die Armee, waren sie zu so weitgehenden Zugeständnissen bereit, daß das Anliegen der Revolution insgesamt in Frage gestellt wurde. Die von ihnen angestrebte „Wiederverheiratung“ von „Mr. King“ und „Mrs. Parliament“ – wie es in einem zeitgenössischen Pamphlet heißt<sup>14</sup> – hätte sich in erster Linie auch gegen die von der Armee repräsentierten Interessen gewandt.

In dieser Situation entschied sich die Armeeführung zu einem Vorgehen, das H.-Ch. Schröder zutreffend als sozialkonservative Ablenkungsrevolution bezeichnet hat. Unter der oben geschilderten Situation erschien der Armeeführung nun ein radikales Vorgehen gegen Karl I. als das kleinere Übel und gleichermaßen notwendig, um einer sozialen Revolution vorzubeugen.<sup>15</sup> Die Levellers wurden durch taktierende Verhandlungen, Verwässerung ihrer ursprünglichen Vorschläge<sup>16</sup> bzw. Nichtbehandlung ihrer inhaltlichen Forderungen solange paralyisiert, bis die Hinrichtung Karl I. neue „de facto Realitäten“ schuf. Sicher ist Schröder zuzustimmen, wenn er meint, daß dieses – gemessen an den Zielen der Levellers – dürftige Ergebnis einer religiösen Überhöhung bedurfte.<sup>17</sup> Diese religiöse Überhöhung war jedoch auch deshalb nötig, weil die Hinrichtung – gemessen am traditionellen Denken – ein geradezu erschütterndes Ereignis war, das einer Legitimierung für breitere Massen der Bevölkerung bedurfte. Besonders die „unspeakable lower classes“ dürften intellektuell kaum die staatstheoretischen Erörterungen der Revolutionszeit und damit die theoretische Fundierung des Gerichtsurteils über Karl I. zur Kenntnis genommen haben.

Diese Spannweite – „dürftiges“ und zugleich „erschütterndes“ Ereignis – wirft Licht auf das Grandproblem bei der Frage nach der Aufnahme, Wertung und mentalen Verarbeitung des Ergebnisses der Englischen Revolution. Insofern Mentalitäten tangiert sind, stehen Revolutionen in einem doppelten Spannungsverhältnis: Le Goff betonte, Mentalitätsgeschichte sei „Geschichte der geschichtlichen Langsamkeiten“ und „Geschichte von Veränderungen“<sup>18</sup>, Revolutionen verändern in oft atemberaubendem Tempo und stehen dennoch auf vorgefundenen Trägen, weil Veränderung auch als Bedrohung, Angst vor Neuem auffassenden Verhaltensmustern. Bereits Georges Lefebvre hat darauf hingewiesen, daß die sich zum Teil widersprechenden Impulse Hoffnung und Angst gleichermaßen zu den Triebkräften revolutionären Handelns gehören.<sup>19</sup> Dabei sind Mentalitäten: als Komplexe seelisch-geistiger Einstellungen, als Geistesverfaßtheit zwar

durchaus individuell erfaßbar, aber gleichermaßen durch die sozialen Gegebenheiten bedingt. So formulierte V. Sellin: „... jede Gesellschaft, jede Sozialgruppe, jeder soziale Typus besitzt seine charakteristische Wirklichkeit. Dieser Besitz ist ein vortheoretisches Wissen, kraft dessen jedermann sich in der Gesellschaft verhält.“<sup>20</sup>

Mentalitäten in England zwischen 1649 und 1653 bewegen sich daher zwangsläufig zwischen Sieg und Niederlage, Anpassung und Aufbegehren, Gehorsam und Widerstand und den vielen Grauzonen und Schattierungen, die es zwischen diesen Polen gibt. Verhalten von Menschen in und nach gesellschaftlichen Umbrüchen zu erforschen, eröffnet dem Historiker ein schier unendliches und spannendes Tätigkeitsfeld. Es soll hier versucht werden, aus folgenden (nur aus der Fülle anderer möglicher Sichtweisen ausgewählter) Blickwinkeln auf das Problem zu sehen:

- aus dem Blickwinkel der Trägerschichten des Commonwealth,
- aus dem Blickwinkel der sich „loyal“ verhaltenen Bevölkerungsmehrheit,
- aus dem Blickwinkel der mit dem Ergebnis Unzufriedenen.

Dabei stellen sich Fragen wie die nach dem Funktionieren von Machtmechanismen: Wie gelingt es politisch, ökonomisch und ideologisch dominierenden Klassen und Schichten, große Teile der Bevölkerung zu loyalern Verhalten zu bewegen, zu neutralisieren? Welche Machtmechanismen greifen, um die Unzufriedenen zu unterdrücken und eine Solidarisierung der loyalen Mehrheit mit ihnen zu verhindern?

Mentalitätsgeschichte ist keine Ideengeschichte. Die die Revolution prägenden Ideen, Projekte, Traktate, Pamphlete sind uns glücklicherweise, zumindest teilweise, überliefert. Ihre Echos, rezipierte Teile, kontextlos gewordene Einzelaussagen jedoch sind in den „mentalen Dunstzonen“ abgetaucht<sup>21</sup>, nur sehr schwer und oft nur indirekt reproduzierbar. Die Methode der Einstellungsmessung<sup>22</sup> muß Schwierigkeiten mit den nonverbalen Äußerungen und praktischen Verhaltensweisen haben. Insofern kann und soll im folgenden keinesfalls der Anspruch erhoben werden, zum Thema umfassende Aussagen vorzulegen. Vielmehr wird an einigen ausgewählten Fragen versucht, auf die Vielschichtigkeit des Problems aufmerksam zu machen.

In der Literatur wurde seit 1649 immer wieder die These formuliert, der Sturz der Monarchie und die Errichtung der Republik hätten der Mentalität und Wesensart der Engländer zutiefst widersprochen. Die Mehrheit der englischen Bevölkerung sei grundsätzlich und von Anfang an proroyalistisch und für die Restauration der Monarchie gewesen.<sup>23</sup> Diese Einschätzung teilte auch Karl I. selbst. Noch kurz vor Beginn des Gerichtsprozesses zu seiner Verurteilung schrieb er – zu diesem Zeitpunkt bereits Gefangener der Armee – in sehr harschem Ton an den Armeerat und verlangte ultima-

tiv seine unverzügliche Wiedereinsetzung. Realitätsblind und taktisch unklug drohte er nicht nur, daß ihn bei einer Weigerung, seine Forderungen zu erfüllen, seine irischen Untertanen befreien würden. Nein, auch sein Einfluß unter dem Volk, in der City von London und unter den Handeltreibenden werde bei seiner Befreiung zu Buche schlagen.<sup>24</sup> (Vernachlässigt werden soll hier zunächst der – allerdings nicht unwichtige – Umstand, daß eine promonarchistische Haltung 1649 nicht unbedingt ein positives Votum für Karl I. beinhaltete. Die traditionellen Herrschaftseliten Englands gaben 1660 und 1688/89 ein sehr eindeutiges Votum für eine gewandelte Monarchie ab, eine Zustimmung, die sie seit 1640 Karl I. in zunehmendem Maße verweigert hatten).

Angesichts des vor 1649 nur in schwachen Ansätzen vorhandenen republikanischen Denkens – ich würde, abgesehen von den Levellers<sup>25</sup> und einigen wenigen anderen Ausnahmen, keine republikanische Strömung sehen<sup>26</sup> – ist die Frage nach der Zustimmung breiterer Bevölkerungskreise zur Errichtung des Commonwealth mehr als berechtigt. Sie kann, um es deutlich zu sagen, nicht mit einem einfachen ja oder nein beantwortet werden. Die Antwort des Historikers des 20. Jahrhunderts, der, die historische Dimension in Rechnung stellend, die Errichtung des Commonwealth als unumgänglichen Zwischenschritt zur Sicherung der Revolution und damit auf dem Wege der Modernisierung Englands sieht, erfaßt die mentale Situation der Zeitgenossen ungenügend. Die Beantwortung der Frage ist auch deshalb so schwierig, weil uns zumeist Quellen überliefert sind, die die Haltung jener Bevölkerungsteile manifestieren, die sich entweder selbst schriftlich artikulieren oder das Verhalten anderer schriftlich fixieren konnten. Nach vorsichtigen Schätzungen war zur damaligen Zeit etwa nur ein Drittel der männlichen Bevölkerung in der Lage, seinen Namen zu schreiben.<sup>27</sup> Zwei Drittel der männlichen Bevölkerung müssen daher in jedem Fall den „unspeakable lower classes“<sup>28</sup> zugerechnet werden, deren Teilnahme am politischen Leben zumindest eingeschränkt war und über deren Denken und Haltung zur Revolution wir nur über Vermutungen und indirekte Schlüsse Zugang haben.<sup>29</sup>

So lassen sich z.B. indirekte Schlüsse aus der in den vierziger Jahren verbreiteten Clubmenbewegung<sup>30</sup>, den im gesamten Zeitraum andauernden Zehntverweigerungen<sup>31</sup> und anderen Unruhen ziehen. Die Englische Revolution war keine Eigentumsrevolution<sup>32</sup> und endete mit dem vorläufigen Sieg der sozialkonservativen Kräfte um Cromwell. Daher brachte sie für die breite Mehrheit der Bevölkerung keine wesentliche Verbesserung ihrer sozialen Lage. Im Gegenteil, große Teile der Bevölkerung erlebten Revolution und Bürgerkrieg, inklusive des Sturzes der Monarchie, als Zeiten der Verunsicherung. Nachweislich ist die Steuerbelastung in den vierziger und

beginnenden fünfziger Jahren keineswegs geringer als vor Revolutionsausbruch gewesen. Darüber hinaus belastete die 1643 eingeführte Akzise die einfachen Konsumenten genau wie die zur Kriegsführung erhobene Wochen- und Monatssteuer schwer. Hinzu kamen Zwangsrekrutierungen und Plünderungen von beiden kriegsführenden Parteien. Die genannten Faktoren mögen neben dem traditionellen Mißtrauen und dem Widerstand gegen Unbekanntes, das zum „vortheoretischen Wissen“ gehört, das die mentale Befindlichkeit von Sozialgruppen beeinflusst<sup>33</sup>, dafür gesorgt haben, daß größere Teile der Bevölkerung versucht haben, sich aus den „Wirren“ herauszuhalten. Der Wunsch, neutral zu bleiben, den eigenen, wenn auch noch so kleinen Besitzstand zu wahren, hat, wie die von Revisionisten in jüngster Zeit intensiver betriebene Lokalforschung zu Tage förderte, eine nicht unbedeutende Rolle in der Englischen Revolution gespielt.<sup>34</sup>

Diese Haltung stellt weniger den Gesamtbegriff der Revolution in Frage, wie der revisionistische Grundtenor nahelegen möchte<sup>35</sup>, sondern sie rückt vielmehr das für jede Revolution bedeutsame Problem des Verhältnisses von Mehrheiten und Minderheiten in den Blickpunkt und präzisiert und korrigiert unsere Vorstellungen zum Verhältnis von aktiven Führungskreisen und in unterschiedlichem Maße für die Revolution aktivierter Gesamtbevölkerung. Auch in der Französischen Revolution haben sich, wie A. Soboul nachgewiesen hat<sup>36</sup>, zwischen 1792 und 1793 nur etwa zehn Prozent der Bevölkerung aktiv am Kampf beteiligt. Eine große Mehrheit hat die Revolution weniger *gelebt* als vielmehr „am Rande“ *erlebt*.<sup>37</sup> So gilt es, besonders bei einer vergleichenden Sicht auf die Revolutionen der Neuzeit, zu berücksichtigen, daß die numerische Bedeutung von revolutionären Gruppen und Bewegungen durchaus nicht mit ihrer historischen übereinstimmt.<sup>38</sup> So ist Revolution nicht nur die Geschichte von Veränderung sondern auch die Geschichte von Widerständen gegen Veränderung. Insofern zeigen sich auch die mentale Situation und die Ereignisse am Beginn und während der Englischen Revolution nicht widerspruchsfrei. Nur zögerlich, widerstrebend und unter Wahrung der Fiktion, für den König und lediglich die Wiederherstellung der „fundamental laws“ zu kämpfen, begann die Revolution.<sup>39</sup> In Kenntnis dieses Sachverhalts bedarf es einer Korrektur des Bildes von *dem* Revolutionär, und es muß wohl zutreffender auch bei den Führungskreisen von „Revolutionären wider Willen“ gesprochen werden. Um so mehr ist dieses Bild stimmig auch für die große Bevölkerungsmehrheit, die zumindest in dem Maße, wie sie unmittelbare Verbesserungen ihrer eigenen Situation erhofften, Angst vor Veränderungen und möglichen Verschlechterungen ihrer Lage hatten.

Diese mentale Situation mußten und haben die Führungskreise der Revolution in Rechnung gestellt. Um genügend Unterstützung im Kampf

gegen Karl I. zu finden, hat die independentistische Armeeführung wiederholt die materiellen Interessen der Soldaten, z.B. nach regelmäßigem Sold, an das Parlament herangetragen. Dies wurde stets mit dem Hinweis auf die die Bevölkerung schwer belastenden Einquartierungen und der Forderung, Abhilfe in diesem Punkt durch ausreichende finanzielle Bewilligungen für die Armee zu schaffen, verknüpft. Besonders in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre wurde in den für die Öffentlichkeit bestimmten Armeedeclarationen Klage darüber geführt, daß mit einer derartigen Politik die Armee dem 'einfachen Mann' verhaßt gemacht werden solle.<sup>40</sup>

Insofern standen soziale Probleme, soziale Unterordnung in Wechselverhältnis zu politischem Gehorsam bzw. politischer Akzeptanz von Machtkonstellationen. Einerseits war die Hinrichtung Karls I. „the lesser political revolution undertaken to void a greater social revolution.“<sup>41</sup> Andererseits hat Hill auf das schwer zu verstehende Paradoxon hingewiesen: „Das Gebäude der sozialen Ungleichheit bedurfte eines Königs als Schlußstein.“<sup>42</sup> Der heutige Leser muß sich der möglicherweise falschen Optik bewußt sein, wenn er die staatstheoretischen, weitgehend rational und säkular bestimmten Verfassungsdiskussionen anschaut; er muß sich bewußt machen, daß er die so beeindruckend formulierten Ideen in einer von Minderheiten geführten Debatte liest, wenngleich deren historische Wirkung sich als tiefgreifend erwies. Hinzu kommt, daß Verzerrungen auch notwendigerweise auftreten, wenn – teils auch quellenmäßig bedingt – zu wenig zwischen hauptstädtischer, ländlicher bzw. provinztädtischer Mentalität unterschieden wird.<sup>43</sup> Generell jedoch gilt, daß für das einfache Volk die traditionelle Legitimation der Monarchie, das Charisma eines Königs, „ein heiliger, im Bereich des Magischen agierender Souverän“<sup>44</sup>, eine große Faszination besaß, die man sich in der restaurierten Monarchie zunutze machte. Wie anders ist sonst zu erklären, daß noch dem gefangenen Karl I. wie später seinem Sohn tausende Menschen zuströmten, die durch Handauflegen geheilt werden wollten.<sup>45</sup> In einer Zeit, als Parteien und politische Plattformen noch nicht oder gerade erst anfangen, sich zu bilden, spielte die Ergebenheit einzelnen Personen gegenüber eine erheblich größere Rolle als in der Gegenwart.<sup>46</sup>

Die bisher genannten Aspekte würden eher die Schlußfolgerung nahelegen, daß eine Bevölkerungsmehrheit gegen die Hinrichtung, gegen das Commonwealth, das ihnen keine Verbesserung der sozialen Lage bescherte, und für die Restauration gewesen sei. Es sind jedoch auch gegenläufige Aspekte zu bewerten. Hill fragt nachdenklich: „Wem nützte die These, die 'überwiegende Mehrheit' habe gewollt, was sie [mit der Restauration, H. F.] bekommen hat?“<sup>47</sup> Die Geschichte wird von den Siegern geschrieben. Gehorsam war, wie Laslett betonte, immer auch ein Problem sozialer Un-

terordnung und sozialer Abhängigkeit<sup>48</sup> und ein Problem der bereits erwähnten Verdammnis zum Schweigen, zur Nichtexistenz in der Öffentlichkeit auf Grund des niedrigen Bildungsniveaus: Wer wertete die Äußerung eines unbekanntes Londoners publizistisch aus, der da angesichts der Restauration kritisch fragte, 'wozu all dieser Wirbel, um einen Bastard heimzuholen'? Wer beachtete die kleinen Pächter aus Yorkshire, die meinten, 'Cromwell und Ireton seien genau so gut gewesen wie der König'? Ein Mann aus Newcastle wollte gar den König so klein hacken wie Kräuter für den Suppentopf.<sup>49</sup> Doch nicht nur im nachhinein fanden sich kritische Stimmen. 1643 ahndete das Lange Parlament jede antikönigliche Äußerung auf das schärfste. Blieb der Ausschluß Henry Martens aus dem *House of Commons* zunächst auch ein Einzelfall, so hatte sich im gleichen Jahr die *Grand Jury* von Northumberland mit einem gewissen Peter Smyth zu beschäftigen, der geäußert hatte, er würde, wenn er könnte, Gottes Wunden dem König beibringen und „runne my sword through his body“.<sup>50</sup>

Man sollte über diese Äußerung nicht zu schnell hinweggehen und über den Eisberg nachdenken, von dessen Spitze sie möglicherweise zeugt. Dies scheint um so dringlicher geboten, wenn man in Betracht zieht, daß zumindest ein Teil der radikalen Minderheit, die 1647–1649 die uns überlieferten staats- und verfassungstheoretischen Debatten führte, aus den nichtherrschenden sozialen Klassen stammte. So repräsentierten die Levellers Teile des „einfachen Volkes“. Ihren Anhang stellten u.a. kleine Handwerker und besonders die Lehrlinge in London. Insofern ist davon auszugehen, daß in den Levellerschriften sich auch bestimmte Stimmungen der „unspeakable lower classes“ wiederfanden. In diesen Schriften wurde 1648/49 (wie auch in denen führender Independenten) ganz deutlich: Nicht schlechten Ratgebern, nicht katholisch-papistischen Einflüsterungen war Karl I. erlegen, sondern er selbst war „the principal Author, Contriver, Abettor, Manager of all Bloodshed“.<sup>51</sup> Nun wurden endgültig alle noch aufrechterhaltenen Konventionen fallengelassen und die Souveränitätsfrage in aller Deutlichkeit gestellt. Die „alte Verfassung“<sup>52</sup> mit geteilter Souveränität von König und Parlament hatte versagt. Im Streitfall mußte entschieden werden, wer die oberste Souveränität hat, Gesetze zu erlassen und zu interpretieren. Auch die herrschenden Klassen Englands hatten Widerstand gegen den König zunächst als Kampf für die Wiederherstellung der „fundamental laws“ verhüllt. Sie hatten sich hinter Konventionen und traditionellen Metaphern der gemischten Monarchie<sup>53</sup> verborgen, um politische Ansprüche gegen den König durchzusetzen. Auch für sie, die – anders als die unteren Schichten – durch wirtschaftliche und soziale Unabhängigkeit weniger zu fürchten hatten<sup>54</sup> und traditionell über politische Ämter in den Grafschaften verfügten, war äußere Ergebenheit gegenüber dem König die notwendige

Hülle für das Aufbegehren gegen ihn. Wobei Ergebenheit durchaus in zweifacher Hinsicht gesehen werden sollte. Ergebenheit, praktiziert von sozial niederen Kreisen als bewußtes Mittel, als „notwendige Maske“, um z.B. einen gerechten Brotpreis zu erlangen.<sup>55</sup> Und Ergebenheit, unterhalb des Bewußten zu suchen, als traditionelles, nichttaktisches Verhaltensmuster im Bereich der „mentalalen Duustzonen“, das sich im allgemeinen nur langsam, in revolutionären Umbruchzeiten z.T. auch historisch schneller verändern kann.<sup>56</sup>

Insgesamt gesehen beruhte die neuzeitliche, in bürgerliche Richtung tendierende Gesellschaftsentwicklung, die durch die Englische Revolution kräftige Impulse bekam, auf sozialer Ungleichheit, setzte diese für ihr Funktionieren voraus. Politischer Gehorsam gegenüber der Krone, gegenüber dem Staatsrat des Commonwealth beruhte zu großen Teilen auf dieser sozialen Ungleichheit. Sozialdisziplinierung war ein wichtiges machtpolitisches Instrument. „Die gelenkte Monarchie ... war ein Erbe der Revolution; gelenkte Massen ein anderes.“<sup>57</sup> Über Lenkbarkeit und potentiellen Anpassungswillen jedenfalls schien sich z.B. Oliver Cromwell im klaren zu sein, als er 1649 angesichts einer enthusiastischen Menschenmenge zu Generalmajor Lambert meinte: „Diese Leute würden genau so laut schreien, wenn Sie und ich zum Galgen geführt würden.“<sup>58</sup> Hier liegt zweifellos auch ein Schlüssel zur Beantwortung der Frage, warum es der sozialkonservativen Minderheit – der Anteil der Peers, der *gentry*, Beamten, Kaufleute und Händler wird am Ende des 17. Jahrhunderts auf etwa drei Prozent geschätzt<sup>59</sup> – gelang, die breite Masse der Bevölkerung zum Schweigen zu bringen, die radikale Minderheit es dagegen nicht vermochte, diese langfristig zu gewinnen. Nicht untypisch für den letztlich doch erfolgten Anpassungsprozeß der breiten Masse der Bevölkerung scheinen Gemeinden der Grafschaft Sussex zu sein. In einigen von ihnen wurde erst 1651/52 das Wappen des Königs durch das der Republik ersetzt.<sup>60</sup> Spricht dies aus historischer Sicht für das von Günter Gaus formulierte Menschenrecht auf unauffälliges Leben? „Die Nische ist der normale Aufenthalt des gewöhnlichen Menschen in jedem politischen System.“<sup>61</sup>

Damit ein Blick explizit auf die Führungskreise im neu errichteten Commonwealth und deren Anstrengung, politischen Gehorsam und de facto eine Anerkennung der Republik zu erlangen. In den parlamentarischen Publizistik der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre hatten die Niederlande mit ihrem florierenden Handel und blühenden Gewerbe im allgemeinen eine positive Wertung erfahren. Nun schlug die Hoffnung auf ähnliche ökonomische Prosperität und einen außenpolitischen Aufschwung positiv für die Akzeptanz des Commonwealth zu Buche.<sup>62</sup>

Aus der Sicht der independentistischen Kreise ergaben sich eine Reihe von Problemen, von denen u.a. folgende für die Stabilisierung des Commonwealth Bedeutung erlangten:

1. In der Frühneuzeit wurde in normalen Zeiten das Volk mehr von der Kanzel als mit dem Schwert regiert. Dieser Machtmechanismus hatte sich jedoch aufgrund der seit den vierziger Jahren zumindest weiter als früher verbreiteten und praktizierten religiösen Toleranz modifiziert. Die zahlreich entstandenen, nur schwer kontrollierbaren Sektenbewegungen, die Aufhebung der Pflicht, zur Kirche zu gehen (1650–1657), weisen auf das Problem hin. Religiöse Rechtfertigungstheorien verschwanden jedoch nicht, gerade weil Mentalitätsgeschichte „Geschichte der Langsamkeiten“ ist. Eingangs war von der chiliastischen Überhöhung der Hinrichtung die Rede. Neben die „Kanzel“ traten nach 1649 ergänzend andere Machtmechanismen, u.a. das „Schwert“. Die Rolle der Armee für das Commonwealth war von Anbeginn zwiespältig. Einerseits selbst Garant für religiöse Toleranz und gegen royalistische Restaurationsversuche, diente das „Schwert“ andererseits nicht nur außenpolitisch, sondern auch innenpolitisch zur Niederhaltung von Oppositionsbewegungen. Dazu gehörten nicht nur Levellers und Diggers, sondern logischer- und zugleich widersprüchlicherweise auch die religiösen Radikalen der Sektenbewegungen.<sup>63</sup> Die Armee kompensierte zeitweilig die geringer werdende Basis der Republik. Zugleich aber trug sie durch ihr repressives Vorgehen und die enormen Aufwendungen zu ihrem Unterhalt gerade zur Restauration bei.<sup>64</sup>

2. Neben der Armee sorgten auch andere Machthebel und -mechanismen für das Erzwingen von Gehorsam. Das Rumpfparlament verabschiedete am 17. Juli 1649 ein Gesetz, das Hochverrat neu definierte. War vor 1640 der Hochverratsbegriff auf die Person des Königs definiert, hatte die Englische Revolution diesen dann umformuliert in Hochverrat an der englischen Nation.<sup>65</sup> Nun galt als Hochverrat, die gegenwärtige Form und Ausübung der Regierung Englands nicht anzuerkennen, „to publish, by writing, printing, or openly declaring, that the said government is tyrannical, usurped, or unlawful.“<sup>66</sup> Die Gefängnisse des Commonwealth waren nicht weniger gefüllt als die zur Zeit Karls I. oder später Karls II. Zum Teil waren es sogar dieselben Personen, wie im Fall des Levellerführers John Lilburne.

3. Ein theoretisches Problem für die Führungskreise, allerdings mit praktischen Konsequenzen, war der Umstand, daß sich die Opposition in den vierziger Jahren auf vertragsrechtliche Widerstandstheorien gestützt hatte. Im Gegensatz zum göttlichen Recht der Könige war die höchste Souveränität dem Volk zugesprochen worden, das mittels Beantragung (Vertrag) Regierungen mit der Wahrnehmung des Wohls der Allgemeinheit betraut.

Gegen tyrannische Herrscher, die diesen Auftrag verletzen, gebe es ein allgemeines Widerstandsrecht, ja eine Widerstandspflicht.<sup>67</sup> Wie sollte nun diese allgemein propagierte Widerstandstheorie (um)interpretiert werden, wenn die Führung des Commonwealth eine absolute Gehorsamspflicht zur Wahrung der politischen Stabilität benötigte? Unzweifelhaft wurden die Widerstandstheorien in ihrer ideengeschichtlichen Dimension nur von einem kleinen Kreis der kulturellen Elite zur Kenntnis genommen. Aber was war mit den vielleicht „entstellten Echos“ dieser Theorien, die in Verbindung mit der Tatsache, daß Revolution *Widerstand war*, schriftlich nicht belegbare Spuren in den verhaltensleitenden Mentalitätsmustern hinterlassen hatten? Die Tatsache, daß man es für nötig erachtete, gesellschaftliche Normen des Gehorsams neu zu begründen oder zu bekräftigen, könnte sowohl als Reaktion auf diese Spuren gedeutet werden als auch auf die realen Oppositionsbewegungen unterschiedlicher Couleur nach 1649.

Eine Doktrin, die diese „neue“ gesellschaftliche Notwendigkeit aufnahm, war die sog. *de-facto-Theorie*, die politischen Gehorsam in den Zusammenhang mit der Effizienz der Herrschaftsausübung zum Schutz der Untertanen diskutierte. Gehorsamspflicht im Commonwealth war gegeben „merely because it was the power de dacto.“<sup>68</sup> Dieser theoretischen Begründung der Gehorsamspflicht hat sich eine Reihe von Theoretikern zur Verfügung gestellt: Milton, Price, Ascham, Nedham. Sie alle argumentieren, daß die Republik den Willen der englischen Nation verkörpere.<sup>69</sup> Auch wenn die Begründungen ähnlich sind, tun die Genannten dies mit unterschiedlicher Vehemenz und sehr wahrscheinlich auch mit unterschiedlicher innerer Überzeugung. So verliert Milton als glühender Verfechter selbst unter den ungünstigsten Konstellationen 1660 nicht den Glauben, daß die Republik die bestmögliche Regierungsform für England sei, und meinte – vielleicht auch mit einer Spur Fassungslosigkeit –, die Republik sei auch an der Hab- und Selbstsucht ihrer Führer gescheitert.<sup>70</sup> Mit weniger innerer Anteilnahme, eher aus pragmatischen, auch opportunistischen Erwägungen argumentierte Nedham für das Commonwealth. Daher hat ihn Hill als „vielseitig begabte(n) Wendehals“ bezeichnet, der sich allen Regierungen für persönliche Vorteile andiente.<sup>71</sup>

Am konsequentesten und theoretisch am umfassendsten formulierte Thomas Hobbes in seinem 1651 publizierten „Leviathan“ die Pflicht zum politischen de-facto-Gehorsam. Jede souveräne Gewalt, jeder Leviathan habe vom Volk eine absolute Gewalt übertragen bekommen, um den „Krieg aller gegen alle“ zu verhindern und den einzelnen Untertan zu schützen. Diese Machtübertragung sei unwiderruflich, die Macht sei damit legitimiert, wer die Macht habe, dem dürfe kein Widerstand geleistet werden.<sup>72</sup> Schließlich hieß das, sich dem Recht des Stärkeren, des Schwertes

zu beugen, wenn nur der Leviathan seiner eigentlichen Zweckbestimmung, den „Krieg aller gegen alle“ zu verhindern, entspreche. Ohne sich explizit auf Hobbes zu beziehen (dieser wurde im Gegenteil fälschlicherweise eher als Parteigänger des Königs rezipiert<sup>73</sup>), war dies die offizielle Argumentationslinie der Republik. „When two powers are putt together, the strongest needs must prevail“, heißt es in einem zeitgenössischen Pamphlet.<sup>74</sup> Diesem Pragmatismus, der nicht nach Legitimierung fragt, sondern de-facto-Realitäten akzeptiert, beugten sich große Teile der ursprünglichen Gegner des Commonwealth.

1649 verlangte die Republik zunächst ein entsprechendes Treuegelöbnis von allen Amtsinhabern. 1650 wurde der als *Engagement* bezeichnete Schwur jedem männlichen Untertan abverlangt.<sup>75</sup> Bei Weigerung wurde dem Betroffenen die Möglichkeit, im Bedarfsfall den ordentlichen Gerichtsweg zu gehen, Klage zu erheben, Gerichte anzurufen etc., verweigert. Soweit ich sehe, gibt es bis heute keine exakten zahlenmäßigen Übersichten, wieviele Engländer tatsächlich das *Engagement* eingingen und wieviele sich verweigerten. Es gab unterschiedliche Motive zur Verweigerung wie zur Zustimmung. Auch der Levellerführer John Lilburne meinte, durch die Annahme des *Engagements* und den dadurch möglichen Zugang zu einem lokalen Magistratsamt, seinen politischen Absichten förderlich zu sein. Presbyterianer versuchten – wenn sie nicht wie William Prynne auf totaler Ablehnung beharrten – sich einer Unterordnung zu entziehen. Sie taten dies mit dem Hinweis, sich in früheren Bekenntnissen, z.B. dem *Solemn League and Covenant* von 1643, verpflichtet zu haben, mit dem wahren, protestantischen Glauben für Gott, *König* und Parlament einzustehen.<sup>76</sup>

Auch auf royalistischer Seite gab es einen Handlungsspielraum. Obwohl sich die Mehrheit der Royalisten der Republik verweigerten, haben doch einige das Treuegelöbnis abgelegt<sup>77</sup>, einige – wie Thomas Coke, John Stapley – haben sogar für den Cromwellschen Geheimdienst gearbeitet.<sup>78</sup> Mögen sich manche von ihnen schonenderen Umgang mit ihrem Eigentum versprochen haben, so war es bei anderen vielleicht einfache Prinzipienlosigkeit, sich dem jeweiligen Sieger der Geschichte anzuschließen.

Beispiele dieser Art lassen sich jedoch auch im radikalen Lager nachweisen. Auch die Leveller Overton und Wildman erhielten Geld von Sekretär Thurloe für Spionagedienste im Auftrag der Republik.<sup>79</sup> George Downing, führender Beamter im Cromwellschen Geheimdienst, „verdiente“ sich einen Teil seines Eigentums in der heutigen Downing Street, indem er nach 1660 Republikaner denunzierte. Underdown beobachtete treffend und scharf, wenn er schrieb, nicht diejenigen, die 1660 am lautesten jubelten, hätten am meisten für die Restauration getan und gelitten.<sup>80</sup> Realistisch betrachtet, gehören auch diese, in mancher Hinsicht eher

unrühmlichen Äußerungen zur Frage von Mentalität und Verhaltensweisen in, während und nach gesellschaftlichen Umbrüchen. Sie treffen jedoch nur auf einen kleinen Teil der politisch aktiven Bevölkerung zu, während andere versuchten, unter veränderten Bedingungen ihren ursprünglichen Prinzipien treu zu bleiben.

4. Ein weiteres Problem der Führungskreise um Oliver Cromwell und die Armeeführung stellte der Umstand dar, daß die Revolutionäre des Winters 1648/49 im sozialen Rang unter den traditionellen Herrschaftseliten Englands lagen<sup>81</sup>, niedrigere Adelsränge innehatten, z.T. nonkonformistische Kaufleute oder Rechtsanwälte waren. Höhere Adlige waren bereits auf früheren Entwicklungsetappen aus dem revolutionären Lager ausgeschieden oder hatten von Beginn an für Karl I. Partei ergriffen.

Auch führende Independenten wie Thomas Lord Fairfax waren vor der Hinrichtung des Königs zurückgeschreckt, gaben ihre Ämter auf und zogen sich nach 1649 zunehmend auf ihre Güter und aus der Politik zurück. Gerade die praktizierte religiöse Toleranz widersprach nicht selten den sozialkonservativen Anschauungen der Herrschaftseliten. Die nicht ausreichende Sicherung der christlichen Religion ist einer der am häufigsten erhobenen Vorwürfe gegen die radikaleren Gesellschaftsentwürfe<sup>82</sup>, aber auch gegen die Cromwellsche Toleranzpolitik.<sup>83</sup> Das Parlament, so der Vorwurf, müsse als oberster Souverän alle kirchlichen Angelegenheiten und Fragen der christlichen Religion verbindlich regeln.<sup>84</sup> Ansonsten würden alle „flood gates opened.“<sup>85</sup> Die Verbreitung der Sektenbewegung und der religiösen Radikalen insgesamt verunsicherte die besitzenden Klassen, obwohl diese kaum oder nur untergeordnet weltliche (politische und soziale) Interessen vertraten. Das Prädestinationsprinzip, der Gedanke der Gnadenwahl, erschien nur solange opportun, wie die Auserwählten den sozial oberen Schichten angehörten. Wenn aber, wie bei den Quintomonarchisten, einfache Handwerker verkündeten, sie seien die Auserwählten Gottes und sie würden sein Reich auf Erden errichten, dann konnte daraus Bedrohung, gar Umsturz erwachsen.<sup>86</sup> Gerade die gemeinsame sozialkonservative Basis verband die Independenten mit den traditionellen Herrschaftseliten Englands, machte sie, wenn auch nicht widerspruchsfrei, zu deren Repräsentanten.

Dabei agierten Cromwells Theoretiker und Pamphletisten mit großem Propagandaaufwand gegen die weiterreichenden demokratischen Gesellschaftsmodelle der Levellers. Keine ernsthafte Diskussion des *Agreement of the People* mit Argumenten und Gegenargumenten, wie noch 1647 in Putney geschehen, sondern massive, z.T. pauschalisierende Gegenpropaganda bis hin zur Diffamierung beherrschten nach 1649 den Ton. Dem demokratischen, jedoch nur auf politische Gleichheit zielenden Programm

der Levellers wurde ein ein soziales Gleichheitsstreben unterstellt: „dangerous to the Commonwealth“ oder mit „dangerous consequences for dividing the Kingdom“.<sup>87</sup>

Die Denunziation als Kommunisten oder Atheisten war, wie Brailsford meint, gleichermaßen „brilliant und skrupellos“ und wirkte auf den gebildeten Leser, auf die sozial höheren Schichten. Diese waren wohl unzufrieden mit der Machtübernahme durch die Armee und die Einführung der Republik, aber die Apelle „to finde out ways of union for their mutual preservation against the Common Enemy“<sup>88</sup> verhallten nicht ungehört. Neben allem Grollen und Rückzügen aus der „großen“ Politik: Cromwell war für die natürlichen Herren Englands allemal das kleinere Übel, vorzuziehen den politischen Radikalen um die Levellers und den sozialen Radikalen, den Diggers.

Zum Verhalten dieser radikalen Minderheiten nach 1649<sup>89</sup> noch einige kurze Anmerkungen.

Die Radikalen aller Couleur waren die Verlierer der Revolution, obwohl – und das ist durchaus nicht typisch für Revolutionen – sie es vor allem waren, die den Sieg gegen die Royalisten wesentlich miterfochten hatten. Das *Agreement of the People* wurde erst stillschweigend zu den Akten gelegt, dann dagegen ein großer Propagandafeldzug eröffnet und die Meutereien der Levellerregimenter im Mai und September 1649 niedergeworfen. Die agrarkommunistischen Ideen der Diggers wurden kaum zur Kenntnis genommen. Zur Enttäuschung der religiösen Radikalen blieben die Zehntzahlungen unangetastet.

Verbitterung, Enttäuschung, Demoralisierung und Protesthaltung sowie Widerstand gegen die neuen Herren, die, wie in vielen Pamphleten festgestellt, eine viel schlimmere Tyrannei ausübten als Karl I.,<sup>90</sup> vermischten sich. Personell wurde dieser Protest getragen sowohl von den „alten“ Radikalen als auch von einer neuen Generation. So hat man in neueren Studien festgestellt, daß die Bewegung der Quäker in den fünfziger Jahren vorrangig getragen wurde von Söhnen der revolutionären Puritaner und insofern auch ein Stück Protestbewegung der Söhne gegen die Vätergeneration gewesen ist.<sup>91</sup>

John Lilburne verfaßte und übergab dem Rumpfparlament im Februar 1649 eine Schrift mit dem demonstrativen Titel „England's New Chains discovered“<sup>92</sup>. Im August 1649 schrieb er eine „Anklage wegen Hochverrats“ gegen Cromwell und die Armeeführung („An Impeachment of High Treason“). Er warf ihnen nicht unberechtigt vor, die Interessen des englischen Volkes aus selbstsüchtigen Zwecken verraten zu haben.<sup>93</sup> Gefängnis und ein Hochverratsprozeß gegen Lilburne waren die Antwort.<sup>94</sup> Auch andere Levellerführer wurden wiederholt inhaftiert. Doch so war der Wi-

derstand zunächst nicht zu brechen. Trotzigt antworteten Levelleranhänger, sie würden lieber sterben als dieses unwürdige Leben zu ertragen.<sup>95</sup> Auch Richard Overtan schrieb noch im Juli 1649, er bleibe lieber inhaftiert, denn das Agreement „that is my all in all“.<sup>96</sup>

Neuerdings wurde die Frage aufgeworfen, ob die Levellers nicht durch ein kompromißbereiteres, taktisch klügeres Agieren möglicherweise hätten mehr erreichen können, ihre Niederlage nicht so vollständig gewesen wäre.<sup>97</sup> Diese Frage ist zunächst nicht von der Hand zu weisen. Lilburnes persönliche Querelen,<sup>98</sup> der Umstand, daß die Levellerführer zu wichtigen Ereignissen gerade oder schon wieder im Gefängnis saßen, beeinflussten beispielsweise den Gang der Ereignisse eher negativ. Andererseits ist diesem Argument entgegenzuhalten, daß die Levellers nach 1649 ohnehin unter extrem ungünstigen Konstellationen kämpften. Zweifellos liegt der Höhepunkt ihrer politischen Einflußnahme im Sommer/Herbst 1647. Eine ihrer Hauptstützen in der Armee selbst beruhte auf der Unzufriedenheit der Soldaten mit den rückständigen Soldzahlungen, ungeklärten Indemnitätsfragen usw. Nach 1649 gelang es Cromwell partiell, diese materiellen Interessen zu befriedigen. Gerade die ehemals meuternden Levellerregimenter wurden in Irland eingesetzt und diese mit der Vergabe irischen Landes korumpiert. Ein anderes Gegenargument ist, daß die Levellers nach 1649 sehr wohl auch bereit waren, Zugeständnisse zu machen. Nachdem in den Entwürfen des *Agreement of the People* von 1648 – im Vergleich zu den ursprünglichen Absichten 1647 – bereits Bedienstete und Almosenempfänger vom allgemeinen Männerwahlrecht ausgeschlossen wurden,<sup>99</sup> blieb in vielen Levellerpamphleten nach 1649 die Wahlrechtsfrage ganz ausgeklammert. Dies ist kein unwesentliches Zugeständnis, da die Wahlrechtsfrage in Putney der zentrale Punkt der Auseinandersetzungen der Levellers mit der Armeeführung darstellte. 1649 war bereits eine Entscheidung gegen die Levellers gefallen. So enthalten auch die nach 1649 publizierten Schriften in der Mehrheit einen defensiven Grundzug. Dennoch waren die Levellers auch nach 1649 noch ein ernstzunehmender politischer Faktor. Die militärischen und publizistischen Gegenreaktionen beweisen dies. Auch wenn die Levellers 1649/50 nicht mehr über eine sie tragende Organisation verfügten, konnte doch eine unzufriedene Stimmung unter den sozial niederen Schichten eine gefährliche Komponente werden, die unter anderen Konstellationen der Levellerbewegung neue Kraft hätte verleihen können. Wie anders ist sonst die Tatsache zu interpretieren, daß die von den Levellers am 21. September 1649 überbrachte „Remonstrance of many Thousands of the Free People of England“, die zum friedlichen Ungehorsam, zur Weigerung, Gesetze zu befolgen, aufrief, 100.000 Unterschriften trug? Im Vergleich dazu hatten ähnliche Levelleraktivitäten 1647/48

10.000 bis 20.000 Unterschriften erreicht. Nur die Septemberpetition von 1648 brachte es auf 40.000 Unterschriften. Eine zweite, wesentliche Modifizierung der Vorstellungen der Leveller erfolgte hinsichtlich der Staatsformfrage. Nach wie vor gab es für sie nur zwei Wege vom Naturzustand in den gesellschaftlich organisierten: den der Eroberung (*conquest*) lehnten sie prinzipiell ab. Sie verfochten den Weg des Einverständnisses, des „Agreements“ aller freigebohrenen und mit gleichen natürlichen Rechten ausgestatteten Bürger. Sie sahen das *Agreement* als einen demokratischen Zusammenschluß zu einem Staatswesen, in dem die oberste Souveränität im Volke liege und dieses nur zeitweilige Beauftragte zur Ausübung der Regierung erteile.<sup>100</sup> Diesen demokratischen Ansatz hat Schröder als „substantiellen Republikanismus“ beschrieben.<sup>101</sup> Daß „the strongest sword rules and governes all by will and pleasure“<sup>102</sup> lehnten sie aus prinzipiellen Erwägungen ab.

Bereits im „Impeachment of High Treason“ hatte Lilburne jedoch angedeutet, daß, wenn ein Monarch die im *Agreement of the People* festgelegten Prinzipien anerkennen und fördern würde, für ihn auch eine Regierungsform mit König denkbar wäre.<sup>105</sup> Für das Festhalten an ihrem demokratischen Ansatz und dem Prinzip der Volkssouveränität spricht sogar die paradox anmutende Übersteigerung dieser Argumente in der Feststellung, Karl I. sei illegal, weil nicht mit wirklichem „consent of the people“, sondern durch einen „arbitrary court“, gebildet von einem Scheinparlament („a mock-Parliament“) zu Tode gebracht worden.<sup>104</sup> An diese Überlegungen haben unter ganz anderen Vorzeichen die Royalisten angeknüpft. Kontakte zu den Levellern haben zweifellos bestanden.<sup>105</sup> Sie wurden von Cromwells Propagandisten allerdings maßlos überhöht dargestellt und von seiten einzelner Leveller (Overton, Wildman) wohl auch aus finanziellen Gründen betrieben.<sup>106</sup> Zu ungleich waren die Partner, um eine wirkliche Allianz entstehen zu lassen, auch wenn einzelne Levellers tatsächlich an Verschwörungen teilnahmen. So war Edward Sexby 1656 in den Versuch, Cromwell zu ermorden, involviert. Abgesehen von diesen „anarchistischen Verzweiflungstaten“ bleibt die Frage, welcher Ausweg den Levellern nach ihrer Niederlage 1650/51 offen war. Einige haben sich – wie Wildman – durch Landspekulationen über Wasser gehalten, um unter veränderten Konstellationen 1688/89 erneut für Volkssouveränität und Demokratie zu streiten.<sup>107</sup> Doch die meisten erlebten diesen erneuten Aufbruch demokratischer Ideen nicht mehr. Einige emigrierten (auch John Lilburne zeitweise), viele schlossen sich den Quäkern an, manche zogen sich resigniert ins Privatleben zurück. Walwyn, der theoretische Kopf der Levellers, gehörte dazu. Er lebte von der Politik zurückgezogen bis an sein Lebensende und arbeitete als Arzt.<sup>108</sup> Wir haben wenig Zeugnisse, die über das Denken und

die Resignation der Gescheiterten Auskunft geben. Auch dies liegt in den „mental Dunstzonen“. Anzunehmen ist, daß vielen der Kampf ums Überleben auch nur wenig Zeit zum Nachdenken und Besinnen ließ. Ganz abgesehen von der Überlebensstrategie, die der Quintomonarchist Powell formulierte: „... es ist gut, in schlechten Zeiten still zu sein.“<sup>109</sup> Soweit bekannt, konvertierte nach 1660 ein einziger Levellerführer öffentlich zum Katholizismus.

Für die meisten radikalen Demokraten war nicht die Restauration, sondern bereits die Errichtung des Cromwellschen Commonwealth „ihre“ Niederlage. Daß ihre Ideen unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen zum Allgemeingut demokratischen Denkens und Handelns geworden sind, macht ihr persönliches Scheitern nicht weniger tragisch. Paradoxerweise zeichnen sich – entgegen allen diesen Einschätzungen – die Schriften des Diggerführers Gerrard Winstanley durch einen optimistischen Grundzug aus, obwohl sein großes Ziel, die soziale Gleichheit aller Menschen, sich bis heute als Utopie erwiesen hat. „Die wahre Freiheit in einem Gemeinwesen beruht auf der freien Verfügung über die Erde.“<sup>110</sup> Winstanley schrieb 1650 ein bislang weniger bekanntes Pamphlet, „Englands Spirit unfoulde, or an Incouragement to take the Engagemēt“.<sup>111</sup> Er schrieb es nachweislich, *nachdem* die Armee mehrmals die friedliche Landnahme durch die Diggers mit Gewalt unterbunden hatte. Warum empfahl er dennoch die Annahme des *Engagements*?<sup>112</sup> Anders als Lilburne liebäugelte Winstanley nicht damit, auf diese Art und Weise Zugang zu einem öffentlichen Amt zu erlangen. Er bejahte das Commonwealth mit allen seinen Unzulänglichkeiten, weil er meinte, daß nur ein republikanisches Staatswesen eine Voraussetzung dafür biete, in fernerer Zukunft auch soziale Fortschritte zu erreichen. „The one is to free the people from Obedience to the King, and from all them hold claiming under him. The other is, to make England a free Commonwealth.“<sup>113</sup> Sicher war es auch ein Stück Blauäugigkeit, denn Winstanley verstand die Errichtung des Commonwealth als ein Zeichen Gottes und meinte, daß Cromwell zu einem „erfolgreichen Werkzeug“ ausersehen sei, „den Eroberer zu vertreiben ... und unsere Freiheiten jener normannischen Herrschaft wieder zu entwinden“.<sup>114</sup> Bei aller unrealistischen Einschätzung der realen Machtkonstellation war die durchaus optimistische Botschaft Winstanleys unverkennbar: den Sieg über Karl I. als Fortschritt und Meilenstein auf einem langen Weg zu größerer Freiheit zu sehen.

#### Anmerkungen

- 1 J. T. Rutt (Hrsg.), *Parliamentary Diary of Thomas Burton*, 3 Bde., London 1828, Bd. 3, S. 109f.
- 2 M. Walzer (Hrsg.), *Regicide and Revolution*, Cambridge 1974, S. 5.

- 3 D. Hirst, *The Representative of the People? Voters and Voting in England under the Early Stuarts*, Cambridge 1975, S. 105.
- 4 Nachweislich jedoch wurde die These einer „papistischen Verschwörung“ propagandistisch überhöht, wobei Manning unstrittig nachgewiesen hat, daß eher die unteren als die sozial höheren Kreise Englands an eine derartige Verschwörung glaubten. Vgl. B. Manning, *The English People and the English Revolution*, Harmondsworth 1976, S. 40, 82.
- 5 Vgl. dazu auch Ch. Hill, *The English Bible and the Seventeenth-Century Revolution*, Harmondsworth 1993, bes. S. 79ff., S. 264ff.; L. Solt, *Saints in Arms. Puritanism and Democracy in Cromwells Army*, Stanford/London 1959; M. Walzer, *The Revolution of the Saints*, London 1966.
- 6 Vgl. dazu u.a. J. W. Allen, *English Political Thought 1603–1644*, London 1938; G. Burgess, *The Politics of the Ancient Constitution. An Introduction to English political thought 1603–1642*, Basingstoke/London 1992; M. A. Judson, *The crisis of the Constitution*, New Brunswick 1949.
- 7 Vgl. dazu besonders B. Worden, *Providence and Politics in Cromwellian England*, in: *Past and Present*, 1985, H. 109, S. 55ff.
- 8 Vgl. P. Laslett, *Verlorene Lebenswelten. Geschichte der vorindustriellen Gesellschaft*, Wien/Köln/Graz 1988; H.-Ch. Schröder, *Die Revolutionen Englands im 17. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 1986, S. 127.
- 9 Zit. ebenda, S. 126.
- 10 So z.B. in Thomason Collection, British Library (im weiteren zitiert als TC): *The Declaration Of Lieutenant-Generall Cromwell concerning The Kings Majesty and the Citizens of London, and his Protestation for Peace, and re-inthroning of the King*, TC, E 472 (20), S. 4f.; *A Declaration of the Armie Presented to the Kings Majesty in the Isle of Wight*, TC E 470 (23), S. 2f.; *A Remonstrance from the Army To the Citizens of London*, TC E 472 (13), S. 4f. (alle 1648).
- 11 Vgl. A. Nünning, „The Soule of the Commonwealth“, *Politischer Diskurs und das Selbstverständnis des englischen Parlaments im Vorfeld der Puritanischen Revolution*, in: N. Finzsch/H. Wellenreuther (Hrsg.), *Liberalitas. Festschrift für Erich Angermann zum 65. Geburtstag*, Stuttgart 1992, S. 125ff.
- 12 „That the supreme power may be declared and determined, that the evant there of may not be the ground of future (at it hath been of these former) warres.“ *The Presentations and Consultations of the Generall Councill of the Armie at St. Albans, 1648*, TC E 472 (3), S. 3f.
- 13 Zu den verschiedenen Versionen des „Agreement of the People“ vgl. besonders D. M. Wolfe (Hrsg.), *Leveller Manifestoes of the Puritan Revolution*, ND New York/London 1967. Zusammenfassungen der politischen Theorie u.a. bei G. Aylmer (Hrsg.), *The Levellers in the English Revolution*, London 1975; H.-Ch. Schröder, *Die Levellers und das Problem der Republik in der Englischen Revolution*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 10, 1984, S. 461ff.
- 14 *A New Marriage between Mr. King and Mrs. Parliament (A Satire)*, 1648, TC E 526 (34).
- 15 H.-Ch. Schröder, *Revolutionen Englands* (Anm. 8), S. 126; vgl. dazu auch D. Underdown, *Pride’s Purge. Politics in the Puritan Revolution*, Oxford 1971, S. 87.

- 16 Gemeint ist das von radikalen Positionen entschärfte sog. Offiziersagreement vom Januar 1649.
- 17 H.-Ch. Schröder, *Levellers und das Problem der Republik* (Anm. 13), S. 479.
- 18 J. Le Goff, *Eine mehrdeutige Geschichte*, in: U. Raulff (Hrsg.), *Mentalitäten-Geschichte. Zur historischen Rekonstruktion geistiger Prozesse*, Berlin 1989, S. 30f.
- 19 G. Lefebvre, *Quatre-vingt-neuf*, Paris 1939.
- 20 V. Sellin, *Mentalität und Mentalitätsgeschichte*, in: *HZ* 241 (1985), S. 579.
- 21 Vgl. J. Le Goff, *Mehrdeutige Geschichte* (Anm. 18), S. 30.
- 22 Vgl. ebenda, S. 20.
- 23 Der Verbreitung dieser These diene u.a. das unmittelbar nach der Hinrichtung Karls I. erschienene Werk „Eikon Basilike“. Sie wird jedoch auch in der modernen Historiographie vertreten. Sie wird n.a. gestützt durch W. L. Sachse, der bei der Analyse der Pamphletliteratur zu der Schlußfolgerung gelangt, sie gebe „a voice to the largely inarticulate majority of the time.“ W. L. Sachse, *English Pamphlet Support for Charles I., November 1648-January 1649*, in: R. Cust/A. Hughes (Hrsg.), *Conflict in Stuart England. Studies in religion and politics, 1603–1642*, London 1989, S. 167; so auch J. Morrill (Hrsg.), *The Impact of the English Civil War*, London 1991, S. 14.
- 24 *His Majesties last Proposals To the Officers of the Armie, and His Remonstrance concerning the Citizens of London, and His Son Charles Prince of Wales, in case He be not speedily introned, and restored to His just Rights and Dignities*, Windsor 27.12. 1648, TC E 536 (13), S. 1f.
- 25 Vgl. zum „substantiellen Republikanismus“ der Levellers besonders Schröder, *Levellers und das Problem der Republik* (Anm. 13), S. 461ff.
- 26 Diesen Aspekt berücksichtigend, scheint es zutreffend, von einer royalistischen Grundströmung in der Bevölkerung zu sprechen: P. Wende, *Das Herrscherbild im 17. Jahrhundert in England*, in: K. Reppen (Hrsg.), *Das Herrscherbild im 17. Jahrhundert*, Münster 1991, S. 75. – Zum Einfluß republikanischer Ideen in England im 17. Jahrhundert insgesamt vgl. besonders J. G. A. Pocock, *The Machiavellian Moment. Florentine Political Thought and the Atlantic Republican Tradition*, Princeton 1975, S. 333ff.
- 27 P. Laslett, *Verlorene Lebenswelten* (Anm. 8), S. 271. Vgl. besonders D. Cressy, *Literacy and the social order. Reading and writing in Tudor and Stuart England*, Cambridge 1980.
- 28 Ch. Hill, *Political Discourse in Early Seventeenth-Century England*, in: C. Jones/M. Newitt/St. Roberts (Hrsg.), *Politics and People in Revolutionary England. Essays in Honour of Ivan Roots*, Oxford 1986, S. 62ff.
- 29 M. E. wird der Kreis der Engländer, der in der Lage war, an theoretischen, politisch-konstitutionellen Diskursen teilzunehmen, bislang eher über- als unterschätzt. Diese Schlußfolgerung liegt nahe, wenn aus Quellen hervorgeht, daß selbst Mitglieder des House of Lords bekannten, trotz hoher politischer Ämter nicht lesen und nur den eigenen Namen schreiben zu können. So z.B. der Earl of Pembroke: Vgl. *Harleian MS* (British Library), 6801, fol. 264, auch wenn ein taktisches Moment, in einer persönlich ungünstigen Situation politische Verantwortung zu relativieren, durchaus den Hintergrund für dieses Eingeständnis abgab.

- 30 Das Auftreten der Clubmen – bewaffnete Bauernabteilungen, die sich gegen die Zwangsrekrutierungen und Plünderungen beider Seiten wandten – signalisierte den Umstand, daß die Forderungen der abhängigen Bauernschaft in keinem Agrarprogramm revolutionärer Kräfte, außer der Digger, Berücksichtigung fanden. Vgl. dazu u.a. G. Schilfert, Die Bewegung der „Clubmen“ in der Englischen Revolution, in: M. Kossok (Hrsg.), Rolle und Formen der Volksbewegung im bürgerlichen Revolutionszyklus, Berlin 1976, S. 37ff.
- 31 M. James, The Political importance of the Tith Controversy in the English Revolution, in: History, Bd. 26 (1941), S. 1ff.; dies., Social problems and policy during the Puritan Revolution 1640–1660, ND London 1966.
- 32 Diese Auffassung wird von vielen Historikern vertreten, da im Revolutionszeitraum keine wesentlichen Eigentumsverschiebungen stattgefunden haben. Vgl. H.-Ch. Schröder, Die amerikanische und die englische Revolution in vergleichender Perspektive, in: H. U. Wehler (Hrsg.), 200 Jahre Amerikanische Revolution und moderne Revolutionsforschung (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 2), Göttingen 1976, S. 32; R. Hutton, The Restoration. A Political and Religious History of England and Wales 1658–1667, Oxford 1985, S. 141.
- 33 Vgl. V. Sellin, Mentalität und Mentalitätsgeschichte (Anm. 20), S. 579f.
- 34 Vgl. u.a. A. Everitt, The community of Kent and the Great Rebellion, Leicester 1966; J. S. Morrill, Cheshire 1630–1660, Oxford 1974; ders., The Revolt of the Provinces. Conservatives and Radicals in the English Civil War, 1630–1650, London/New York 1980; A. Fletcher/J. Stevenson (Hrsg.), Order and Disorder in Early Modern England, Cambridge 1985.
- 35 Für die sich selbst als Revisionisten bezeichnenden Historiker ist die Ablehnung des Revolutionsbegriffs von zentraler, fast programmatischer Bedeutung. Versuche einer Gesamtsicht von revisionistischer Seite in: J. C. D. Clark, Revolution and Rebellion. State and Society in England in the seventeenth and eighteenth centuries, Cambridge 1986; C. Russell, Unrevolutionary England, 1603–1642, London/Reconverte 1990; ders., The Fall of the British Monarchies, 1637–1642, Oxford 1991. Zur Revisionismusdebatte vgl. u.a. P. Wende, Revisionismus als neue Orthodoxie? Parlament und Revolution in der modernen englischen Historiographie, in: HZ 246 (1988), S. 89ff.; E. Hellmuth, Die Englische Revolution in revisionistischer Perspektive, in: Geschichte und Gesellschaft, 15 (1989), S. 441ff.; G. Burgess, On Revisionism: An Analysis of Early Stuart Historiography in the 1970s and 1980s, in: Historical Journal, 33 (1990), S. 609ff.; R. G. Asch, Triumph des Revisionismus oder Rückkehr zum Paradigma der bürgerlichen Revolution?, in: Zeitschrift für historische Forschung, 1995, H. 4, S. 523ff.
- 36 A. Soboul, Französische Revolution und Volksbewegung: die Sansculotten. Die Sektionen von Paris im Jahre II, Frankfurt a. M. 1978.
- 37 Den Begriff des „Lebens am Rande“ hat Richard Cobb geprägt und damit die Situation der an der Französischen Revolution Unbeteiligten beschrieben: The Police and the People. French Popular Protest (1789–1820), Oxford 1970. Zur Mentalitätsgeschichte der Französischen Revolution insgesamt vgl. M. Vovelle, Die Französische Revolution – Soziale Bewegung und Umbruch der Mentalitäten, München/Wien 1982.

- 38 Dieser Aspekt kann hier nicht näher ausgeführt werden. Ch. Hill wies darauf hin, daß auch in den Französischen oder Russischen Revolutionen radikale Minderheiten eine bedeutende Rolle gespielt haben und numerische und historische Bedeutung radikaler Strömungen und Ideen des öfteren auseinanderklafften. Vgl. Ch. Hill, *Über einige gelstige Konsequenzen der englischen Revolution*, Berlin 1990, S. 11; ders., *The Experience of Defeat. Milton and some Contemporaries*, London 1984, S. 15ff.
- 39 Aus Raumgründen kann dieser Aspekt hier nicht näher ausgeführt werden. Vgl. dazu u.a. G. Burgess, *The Politics of the Ancient Constitution* (Anm. 6); A. Nünning, „The Soule of the Commonwealth“ (Anm. 11), S. 125ff.; H. Fröhlich, *Parlamentssouveränität, Volkssouveränität, Konsensbildung. Anmerkungen zur Englischen Revolution 1640–1649*, S. 9ff.
- 40 Insofern spielen bei der Berücksichtigung bzw. Vernachlässigung der Interessen des 'einfachen Mannes' auch taktische Erwägungen auf dem Hintergrund der sich zuspitzenden Auseinandersetzungen zwischen Parlament und Armee eine Rolle. Vgl. zu den Armeeforderungen z.B. *The Presentations and Consultations of the Generall Council of the Armie at St. Albans*, 7. November 1646, TC E 472 (3).
- 41 R. Ashton, *The English Civil War. Conservatism and Revolution 1603–1649*, London 1978, S. 348.
- 42 Ch. Hill, *Konsequenzen der Englischen Revolution* (Anm. 38), S. 26.
- 43 Auf diese wichtige Differenzierung bei der Untersuchung der sog. 'popular culture' in England weist G. Lottes hin: *Popular Culture in England* (16.–19. Jahrhundert), in: Francia. *Forschungen zur westeuropäischen Geschichte*, Sigmaringen 1984, S. 645.
- 44 Ch. Hill, *Konsequenzen der Englischen Revolution* (Anm. 38), S. 25.
- 45 Vgl. ebenda.
- 46 Vgl. dazu D. K. Shuger, *Habits of thought in the English Renaissance. Religion, Politics and the dominant Culture*, Berkeley/Los Angeles/Oxford 1990, besonders S. 264.
- 47 Ch. Hill, *Konsequenzen der Englischen Revolution* (Anm. 38), S. 12.
- 48 P. Laslett, *Verlorene Lebenswelten* (Anm. 8), S. 253.
- 49 Zit. nach Ch. Hill, *Konsequenzen der Englischen Revolution* (Anm. 38), S. 16.
- 50 Tanner MS /Bodleian Library, Oxford), vol. 62, fol. 373/74.
- 51 *Two Petitions presented to His Excellency the Lord Fairfax*, 24. November 1648, TC E 473 (23), S. 4. Neben dem Gerichtsurteil selbst so ähnlich auch in anderen Pamphleten, z.B. in: *The Resolution of His Excellency the Lord Generall Fairfax and His Generall Councill of Officers*, 14. Dezember 1648, TC E 476 (19), S. 3.
- 52 Zur „ancient constitution“ vgl. besonders G. Burgess, *Politics of the Ancient Constitution* (Anm. 6); J. G. Pocock, *The Ancient Constitution and the Feudal Law*, Cambridge 1957.
- 53 Vgl. W. Nippel, *Mischverfassungstheorie und Verfassungsrealität in Antike und Neuzeit*, Stuttgart 1980, S. 180ff. Das Problem kritisch beleuchtet D. Hirst, *Revisionism revised II. The place of principle*, in: *Past and Present*, 92 (1981), S. 81.
- 54 An dieser Stelle sei abgesehen von den Bedrohungen, die durch die restriktive und regressive Wirtschaftspolitik der Stuarunonarchie für die ökonomisch dominieren-

- den Klassen Englands erwachsen und die letztlich mit zum Ausbruch der Revolution führten.
- 55 P. Laslett, *Verlorene Lebenswelten* (Anm. 8), S. 260.
- 56 Insofern ist die Verschleierung bestimmter Intentionen und die Verwendung von bestimmten traditionellen Metaphern nicht in erster Linie eine bewußte, taktisch motivierte Maskierung revolutionärer Anliegen. Ich halte es für das Eigentümliche der mentalen Situation der „Revolutionäre wider Willen“, daß sie sich schrittweise, zögernd und parallel zu den revolutionären Veränderungen auf neue Positionen begaben, die dann Kontinuitätsbrüche und Verwerfungen erkennen ließen.
- 57 Ch. Hill, *Konsequenzen der Englischen Revolution* (Anm. 38), S. 28.
- 58 Zit. ebenda, S. 13.
- 59 Vgl. G. King, *Natural and Political Observations upon the State and Condition of England*, zit. nach Ch. Hill, *Konsequenzen der Englischen Revolution* (Anm. 38), S. 11f.
- 60 Vgl. A. Fletcher, *Sussex*, S. 227.
- 61 Günter Gaus (Interview), in: *Neues Deutschland*, 17./18. Juli 1993, S. 9.
- 62 Vgl. u.a. John Milton in „*The Tenure of Kings and Magistrates*“, 1649, und in „*The Ready and Easie Way to Establish A Free Commonwealth*“, 1660; H. Klenner (Hrsg.), *John Milton, Zur Verteidigung der Freiheit. Sozialphilosophische Traktate*, Leipzig 1987, S. 171.
- 63 Vgl. dazu bes. J. F. McGregor/B. Reay (Hrsg.), *Radical Religion in the English Revolution*, Oxford 1984.
- 64 Vernachlässigt werden soll in diesem Zusammenhang der Gedanke, daß es in Revolutionsjahren auch zu einem inneren Wandel der Armee selbst gekommen war. Vgl. bes. M. A. Kishlansky, *The Rise of the New Model Army*, Cambridge 1979.
- 65 Dies erfolgte im Frühjahr 1641 im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen den wichtigsten Berater der Krone, den Earl of Strafford. Vgl. dazu C. Russel, *The Theory of Treason in the trial of Strafford*, in: *English Historical Review*, LXXX (1965), S. 30ff.
- 66 S. R. Gardiner, *The Constitutional documents of the Puritan Revolution, 1625–1660*, Oxford 1906, S. 289.
- 67 Dieser Grundsatz wurde jedoch unterschiedlich radikal interpretiert, kann hier aber nicht näher ausgeführt werden. Vgl. J. Sanderson, 'But the Peoples creatures'. The philosophical basis of the English Civil War, *Manchester/New York* 1989, S. 10ff.; R. Saage, *Herrschaft, Toleranz, Widerstand. Studien zur politischen Theorie der Niederländischen und Englischen Revolution*, Frankfurt a.M. 1981, S. 115ff.
- 68 G. J. Schochet, *The English Revolution in the History of Political Thought*, in: B. Young Kunze/D. D. Bräutigam (Hrsg.), *Court, Country and Culture. Essays in Early Modern British History in Honor of Perez Zagorin*, Rochester 1992, S. 16.
- 69 Einen sehr guten Überblick zur Diskussion um die de-facto-Theorie vermittelt J. M. Wallace, *The Engagement Controversy, 1649–1652: An Annotated List of Pamphlets*, in: *Bulletin of the New York Public Library*, LXVIII (1964), S. 384–405.
- 70 J. Milton, *A Ready and easy Way to establish a True Commonwealth*, in: H. Klenner, *Verteidigung der Freiheit* (Anm. 62), S. 170.
- 71 Ch. Hill, *Konsequenzen der Englischen Revolution* (Anm. 38), S. 43.

- 72 Vgl. H. Klenner (Hrsg.), Thomas Hobbes, Leviathan oder Materie. Form und Gewalt eines kirchlichen und staatlichen Gemeinwesens, Leipzig 1978, S. 150ff.
- 73 Zu den Ursachen für diese Art Rezeption vgl. bes. H.-D. Metzger, Thomas Hobbes und die englische Revolution 1640–1660, Stuttgart 1991, S. 148ff.
- 74 J. Philolaus, A Serious Aviso To The Good People Of This Nation Concerning That Sort Of Men, Called Levellers, London 1649, TC E 555 (28), S. 7.
- 75 Vgl. Q. Skinner, Conquest and Consent: Thomas Hobbes and the Engagement Controversy, in: G. E. Aylmer (Hrsg.), The Interregnum. The Quest for Settlement, 1646–1660, London/Basingstoke 1982, S. 79ff.
- 76 So u.a. in: The Essex Watchmen's Watchword, 1649, TC E 546 (11), S. 4. Hier wurde dieser Hinweis auf frühere Bekenntnisse auch benutzt, um bereits mit formalen Gründen gegen eine Unterschrift unter das *Agreement of the People* zu argumentieren.
- 77 Vgl. D. Underdown, Royalist conspiracy in England 1649–1660, New Haven 1960, S. 8, 15.
- 78 Vgl. ebenda, S. 318f.
- 79 Vgl. Ch. Hill, Experience of Defeat (Anm. 38), S. 31ff.
- 80 Hier ist wohl auch Thørloes 1660 ausgesprochene Warnung einzuordnen, er hätte „a black book which should hang half of them that went for Cavaliers“. D. Underdown, Conspiracy (Anm. 77), S. 320.
- 81 Vgl. ders., Pride's Purge. Politics in the Puritan Revolution, Oxford 1971, S. 189.
- 82 So z.B. in: The Humble Representation of the Committee...of Leicester, 22. 2. 1649, TC E 545 (22), S. 4f.
- 83 Die Unterdrückung der radikalen religiösen Sekten wurde wie Cromwells Abwendung von chiliastischen Vorstellungen dann mit Beifall aufgenommen.
- 84 Vgl. The Essex Watchmen's Watchword, TC E 546 (11), S. 5.
- 85 The Humble Representation of the Committee ... of Leicester, TC E 545 (22), S. 6f.
- 86 Vgl. Ch. Hill, Konsequenzen der Englischen Revolution (Anm. 38), S. 58.
- 87 Englands Discoverer; Or The Levellers Creed, London 1649, TC E 559 (2), S. 4; The Humble Representation of the Committee... of Leicester, TC E 545 (22), S. 11.
- 88 So W. Ashurst, Reasons Against Agreement, with a late printed Paper, intituled Foundations of Freedome: or The Agreement of the People, 26. 12. 1649, in: TC E 536 (4), S. 5.
- 89 Auf deren Agieren vor 1649 kann hier nicht eingegangen werden. Als Standardwerk gilt noch heute H. N. Brailsford, The Levellers and the English Revolution, London 1961.
- 90 Zahlreiche Beispiele in: H.-Ch. Schröder, Levellers und das Problem der Republik (Anm. 13), S. 488.
- 91 Vgl. Ch. Hill, Experience of Defeat (Anm. 38), S. 118.
- 92 W. Haller/G. Davies, The Leveller Tracts 1647–1653, ND Gloucester/Mass. 1964, S. 156ff.
- 93 TC E 568 (20).
- 94 Zu den biographischen Details vgl. besonders P. Gregg, Free-Born John. A biography of J. Lilburne, London 1961.
- 95 „... rather die then live this life of languishing death.“ An Outcry Of Youngmen and Apprentices of London, TC E 572 (13), S. 8.

- 96 Overton's Defyance of the Act of Pardon, TC E 562 (26), S. 4.
- 97 A. Woolrych, Looking back on the Levellers, in: History. The Journal of the Historical Association, 1991, S. 3ff.
- 98 Diese spielen in fast allen Schriften eine gewisse, zuweilen sogar dominierende Rolle. Obwohl ich keine Äußerungen seiner Anhänger gefunden habe, die dies beklagen, dürfte dieser Umstand eher zermürbend und abstoßend denn motivierend auf seine Freunde gewirkt haben. Dies mußte dann in Kreisen, die die Leveller möglichst für die Ideen ihres *Agreement* gewinnen wollten, eher als mangelnde Führungsqualität negativ zu Buche schlagen.
- 99 Vgl. dazu C. B. Macpherson, Die politische Theorie des Besitzindividuums. Von Hobbes bis Locke, Frankfurt a. M. 1967, S. 126ff. Die Wahlrechtsauffassung der Leveller ist nicht unumstritten: K. Thomas, The Levellers and the Franchise, in: G. E. Aylmer, Interregnum (Anm. 75), S. 57ff.; I. Hampsher-Monk, The Political Theory of the Levellers: Putney, Property and Professor Macpherson, in: Political Studies, Bd. XXIV, S. 397ff.
- 100 Vgl. The Levellers (Falsly so called) Vindicated, 14. 5. 1649, in: TC E 571 (11), S. 11.
- 101 H.-Ch. Schröder, Levellers und das Problem der Republik (Anm. 13), S. 475.
- 102 An Outcry of the Youngmen and Apprentices of London, TC E 572 (13), S. 8.
- 103 Ähnlich auch ebenda.
- 104 Ebenda, S. 2.
- 105 Vgl. An Anatomy of Lieut. Col. John Lilburne's Spirit, 16. 10. 1649, TC E 575 (21), S. 9f.
- 106 Ob sie dieses Geld für private Zwecke oder für die Sache der Levellers verwenden wollten, läßt sich zweifelsfrei nicht feststellen. Möglich erscheinen beide Varianten. Vgl. dazu Ch. Hill, Experience of Defeat (Anm. 38), S. 31f.
- 107 Vgl. L. G. Schworer, The Declaration of Rights, 1689, Baltimore/London 1681, S. 110ff.
- 108 Vgl. besonders R. L. Geaves (Hrsg.), Biographical Dictionary of the British Radicals in the 17th Century, 3 Bde., Brighton 1982–1984.
- 109 Zit. nach Ch. Hill, Experience of Defeat (Anm. 38), S. 66.
- 110 G. Winstanley, The Law of Freedom, in: ders., Gleichheit im Reiche und Freiheit. Sozialphilosophische Pamphlete und Traktate, hrsg. von H. Klenner, Leipzig 1983, S. 176.
- 111 G. E. Aylmer (Hrsg.), „England's Spirit Unfolded“: A Newly Discovered Pamphlet by Gerrard Winstanley, in: Past and Present, 40, 1968, S. 3ff.
- 112 Vgl. ebenda, S. 2.
- 113 Ebenda, S. 9.
- 114 Law and Freedom, S. 157. Diese Anfang der fünfziger Jahre getroffene Einschätzung Winstanleys wird m.E. auch nicht durch den Umstand relativiert, daß er 1657 durch seinen Schwiegervater Land erhielt, der „laid the foundation for Winstanley's return to respectable life.“ J. D. Alsop, Gerrard Winstanley: Religion and Respectability, in: The Historical Journal, 28 (1985), S. 707.

---

## Buchbesprechungen

***Gangolf Hübinger, Kulturprotestantismus und Politik. Zum Verhältnis von Liberalismus und Protestantismus im wilhelminischen Deutschland, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1994, 347 S.***

Der Begriff Kulturprotestantismus geht auf die zentrale Formel des zu Beginn der 1860er Jahre gegründeten Deutschen Protestantenvereins zurück, dessen Ziel es war, die protestantische Kirche „im Einklang mit der gesamten Kulturentwicklung unserer Zeit“ (S. 1) zu erneuern. Über einen innerkirchlich-reformatorischen Anspruch hinaus entsprach dies dem Bestreben, der fundamentalen Orientierungskrise des protestantischen Bürgertums im wilhelminischen Deutschland um die Jahrhundertwende entgegenzuwirken – sah jenes sich doch mit der Tatsache konfrontiert, seine in der Reichsgründungsära erworbene kulturelle Hegemonie zumindest partiell eingebüßt zu haben. Berücksichtigt man für das protestantische Milieu den weit geringeren Grad an Stabilität und ideologischer Geschlossenheit, als ihn beispielsweise der politische Katholizismus besaß, so stellt sich die Frage, welchen Anteil der deutsche Protestantismus an der Ausprägung eines bürgerlichen Selbstbewußtseins, bürgerlicher Wertvorstellungen sowie bürgerlicher Gesellschafts- und Politikmodelle noch besitzen konnte.

Mit dem Ideenbündel „Gemeindeprinzip und nationale Volkskirche,

Geschichtsdenken und Bildungsreligiosität, Lehr- und Bekenntnisfreiheit, Sozial- und Frauenfrage“ (S. 159f.) knüpfte der Kulturprotestantismus an die vorkapitalistischen Sozialutopien des Frühliberalismus an und versuchte, sie den Bedingungen einer industriekapitalistischen Massendemokratie anzupassen. Diese Ambitionen mußten für ihre praktische Umsetzung in politische Aktivitäten münden, die sich auf traditionelles protestantisches Selbstverständnis als Garant der ‚inneren‘ Reichsgründung stützen und über bürgerliche Selbstorganisation auf der Grundlage körperschaftlicher Selbstverwaltung in demokratischen Institutionen funktionieren konnten. Da der Protestantismus des Kaiserreiches zwar sehr wohl ein „sozialmoralisches Milieu“ (M. R. Lepsius), jedoch kein „subkulturell verfestigtes Lager“ (D. Langewiesche) bildete – aus seinen Reihen rekrutierten sich sowohl Konservative als auch Liberale – wurde seine gesellschaftlich-politische Wirksamkeit letztlich behindert.

Die Beziehungen von Liberalismus, Protestantismus und Bildungsbürgertum sind im Rahmen der Liberalismusforschung sowie im Zusammenhang mit den verschiedenen Bemühungen zur Definition des Begriffes „Bürgertum“ der letzten Jahre zwar häufig konstatiert, aber keineswegs erschöpfend diskutiert worden. *Gangolf Hübingers* Freiburger Habilitationsschrift macht es sich zur Aufgabe, die

verschiedenen Forschungsstränge zusammenzuführen, um die Frage nach der realen gesellschaftlichen Ausstrahlung des Kulturprotestantismus zu stellen.

Die quellenintensive Analyse untersucht detailliert die Organisationsformen (in erster Linie der kulturprotestantischen Gesinnungsvereine), deren weites Spektrum und deren personelle Verflechtungen mit dem Linksliberalismus detailliert nachgezeichnet werden. Am Beispiel von Berlin, Mannheim und Bremen werden unterschiedliche Typen von kulturprotestantischen Organisationsmilieus vorgeführt und nach ihren politischen und sozialen Voraussetzungen und Wirkungsmöglichkeiten befragt. Daneben gilt die Aufmerksamkeit jeweils sowohl kulturprotestantischen Vordenkern (wie Max Weber oder Ernst Troeltsch), parteipolitischen Führungsfiguren (wie Friedrich Naumann oder Ernst Bassermann) als auch der Vielzahl regional wichtiger Einzelaktive. Als drittes schließlich werden die Medien untersucht, über die Selbstverständigung und Öffentlichkeitsarbeit funktionierten: Zeitungen und Zeitschriften, Veranstaltungen (z.B. Protestantentage) und nicht zuletzt der Verlag Siebeck, der kulturprotestantische Schriften verlegte und insbesondere mit dem seit 1909 erscheinenden, fünfbandigen theologischen Handwörterbuch „Die Religion in Geschichte und Gegenwart“ versuchte, religiöse und kulturelle Neuinterpretationen zusammenzufassen.

Über die unmittelbare Untersuchung kulturprotestantischer Verhältnisse hinaus entsteht ein Einblick in die politische Kultur des Kaiserreichs,

der hilft, zwischen den „zwei Kulturen“ des politischen Protestantismus“ (S. 85) zu trennen: der staatsreuen, rechtsnationalistischen Spielart einerseits, die sich vor allem in der Nationalliberalen Partei und dem Evangelischen Bund sammelte, und der dazu im Widerspruch stehenden kulturprotestantischen Form andererseits, die im späten Kaiserreich half, den Linksliberalismus wiederzubeleben. Letztere, so der Vf., war durchaus in der Lage, alternative Gesellschafts- und Politikvorstellungen zu entwickeln und bürgerliche Eliten sowie „Gegeneliten“ mit öffentlichem Einfluß gegen die kirchliche Bürokratie heranzubilden. Die politische Rolle des Kulturprotestantismus für die wilhelminische Gesellschaft ist demnach weit höher zu veranschlagen, als die Forschung der sechziger Jahre behauptete, die von einer durch das Bündnis von Thron und Altar geprägten, weitgehend homogen geformten Gesamtgesellschaft ausging. Allerdings gab es auch nicht eine (in den achtziger Jahren konstatierte) bürgerliche Pluralisierung von hoher Durchschlagkraft. „Die Gründe hierfür liegen im hohen sozialkulturellen Fragmentierungsgrad der wilhelminischen Gesellschaft, für den die Konfessionsspannungen in starkem Maße ausschlaggebend blieben.“ (S. 305) *Hübinger* wählt das Bild der kulturellen *Versäulung*, um die gesellschaftliche Struktur des Kaiserreichs zu charakterisieren und resümiert: „Protestantisch-Liberale, protestantisch-Konservative, Katholiken und Sozialdemokraten schotteten sich so gut es ging voneinander ab, hielten in der Gestaltung politischer Öffentlichkeit auf das eigene Kul-

turmilieu bezogen und vertieften die Gräben zu den übrigen.“ (S. 306) Diese wichtige Neubewertung vermag der Vf. durch die Verbindung zwischen sozialgeschichtlichem und politikgeschichtlichem Ansatz exzellent und differenziert zu belegen und setzt damit am Beispiel des kulturprotestantischen Milieus in gut zu lesender Weise die wiederholte Forderung nach einer stärker vom sozialgeschichtlichen Aspekt ausgehenden Methodik für die Modernisierungsforschung um.

Cathrin Friedrich

*Walter Bußmann und Günther Grünthal* (Hrsg.), *Siegfried A. Kaehler. Briefe 1900–1963*, Harald Boldt Verlag, Boppard 1993, 489 S. (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 58)

Leben und Werk des Göttinger Historikers Siegfried A. Kaehler (1885–1963) sind heute nur noch Kennern der Historiographiegeschichte bekannt. Als sich Ende der sechziger Jahre das Interesse an der Geschichte des eigenen Faches auf die Rehabilitierung politischer und methodischer Außenseiter verengte, geriet Kaehler zunehmend in Vergessenheit. Denn der von 1936 bis 1953 in Göttingen lehrende Schüler Meineckes, der neben seiner großen Humboldt-Biographie fast nur Aufsätze zur neueren preußischen Geschichte hinterlassen hat,<sup>1</sup> war weder in politischer noch in methodischer Hinsicht als ein vorbildhafter Erneuerer zu würdigen. Im Vergleich zu Kollegen wie Hans Rothfels, Gerhard Ritter oder Hans

Herzfeld nahm er auch auf die nach 1945 zu bewältigende Neuorganisation der deutschen Geschichtswissenschaft einen nur geringen Einfluß. Die von ihm im Alter geplante Geschichte Preußens im 19. Jahrhundert, die aus seiner Lebensarbeit die Summe hätte ziehen können, kam über Vorplanungen nicht hinaus. Alles dies sind Gründe, die erklären helfen, warum Kaehler nicht zu den Historikern zu rechnen ist, die im kollektiven Gedächtnis der Zunft einen hervorragenden Platz besetzen.

Daß jedoch die Bedeutung eines Gelehrten nicht allein an der Zahl der von ihm veröffentlichten Schriften abzulesen ist, wird jetzt durch die von *W. Bußmann* und *G. Grünthal* besorgte Edition von 147 Briefen Kaehlers eindrucksvoll dokumentiert. Denn die Radikalität, mit der Kaehler in katastrophreicher Zeit bohrende Fragen an Geschichte und Gegenwart gestellt hat und sich so als ein vom Zeitgeist nicht verführbarer Chronist eines halben Jahrhunderts deutscher Geschichte bewährte, verleiht ihm im Kreis seiner Kollegen eine Sonderstellung. Die aus einem Bestand von über zweitausend Briefen erfolgte Auswahl ist bestens gelungen. Die Briefe stellen bedeutende, oft auch bewegende Zeitdokumente dar und überschreiten damit den Rahmen der üblichen, dem akademischen Alltagsgeschäft und seinen Quisquillien gewidmeten Gelehrtenkorrespondenz bei weitem. Schon bei der 1962 erfolgten Publikation der Korrespondenz Friedrich Meineckes, die auch 55 Gegenbriefe Kaehlers enthielt, war deutlich geworden, daß den Briefen des Göttinger Historikers ein besonderer Quellen-

wert zukommt. In ihnen spiegelt sich das Schicksal einer Gelehrten- generation, die ihre Jugend noch in der von Kaiser und Hofgesellschaft repräsentierten „Welt der Sicherheit“ (Stefan Zweig) verbringen durfte, die 1914 zunächst mit Begeisterung zu den Waffen eilte und nach dem für sie ebenso traumatischen wie prägenden Kriegs- und Revolutionserlebnis zum Zeuge einer fast ununterbrochenen Folge politischer und sozialer Krisen wurde, die schließlich in der jede Vorstellungskraft sprengenden Katastrophe des Zweiten Weltkrieges kulminierte. Der miterlebte und miterlittene Absturz von der Humanität in die Bestialität veranlaßte Kaehler mehr als andere Gelehrte über den – wie er sich in der ersten, 1945 von einem Historiker in Deutschland veranstalteten Vorlesungsstunde ausdrückte – „Verhängnischarakter der Geschichte“ nachzudenken. So enthalten denn auch die Briefe Kaehlers nicht nur eindrucksvolle Zeitdiagnosen, sondern sind auch reich an weltanschaulichen Bekenntnissen, in denen der Gelehrte im raschen Wechsel der Zeitläufe versucht hat, seinen eigenen Standpunkt festzulegen.

Die Grundstimmung, die aus den Briefen Kaehlers spricht, ist die eines oft depressiv gestimmten, an seiner nur bescheidenen literarischen Produktion leidenden und dementsprechend leicht verletzbaren Gelehrten. Seine ständigen Selbstzweifel ließen ihn – wie ihm sein Lehrer Meinecke einmal attestierte – in allem nur die Schwierigkeiten, nie die Chancen erkennen. Entschieden, ja kompromißlos zeigte sich Kaehler in der Negation. Das geistige Erbe des 19. Jahr-

hunderts, das er einerseits durch seinen Vater, den berühmten Hallenser Theologen Martin Kähler, andererseits durch seinen Lehrer Friedrich Meinecke vermittelt bekam, genügte ihm nicht. Weder konnte er sich mit der in seinem Elternhaus gepflegten christlichen Frömmigkeit identifizieren, noch befriedigte ihn die von Meinecke vertretene idealistische Weltsicht. Der Glaube an die guten und schönen Möglichkeiten des Menschen, der dem Liberalismus seines Lehrers zugrundelag, sah Kaehler als haltlos an. Anders als Meinecke konnte er daher auch in der freien Ausbildung menschlicher Individualität keinen Wert an sich erblicken. Das Individuum erhielt für ihn seine historische Bedeutung allein im Dienst am Staat und seinen „objektiven“ Interessen. Der Frage nach dem Verhältnis zwischen Individuum und historischem Staat war auch Kaehlers vielfach bewundertes, aber auch scharfe Ablehnung provozierendes Hauptwerk „Wilhelm von Humboldt und der Staat“ (1927) gewidmet. Indem er Humboldt als einen „Staatsmann wider Willen“ charakterisierte, der in der Vielzahl seiner Begabungen und Tätigkeiten zwar sicherlich ein „interessanter Mensch“, aber kein zur Herrschaft berufener und seine Zeit prägender Tatmensch darstellt, setzte er sich scharf von der idealistischen Interpretation seines Lehrers ab, die in dem politischen Wirken Humboldts gerade die gelungene Synthese von Geist und Macht bewundern wollte. Eine besondere Schärfe gewann die Interpretation Kaehlers dadurch, daß er seine Analyse von Humboldts Persönlichkeit auch auf eine fast 70 Seiten umfassende Darstellung seiner Se-

xualität abzustützen versuchte. Anhand der von dem schon verheirateten Humboldt eingegangenen Liebesbeziehungen bemühte sich Kaehler nachzuweisen, wie sehr sein „Held“ an einem gebrochenen Verhältnis zur Wirklichkeit litt. Denn ebenso wie nach Kaehler der nur um sich selbst bemühte „Genußmensch“ Humboldt nicht den Weg aus dem Traumreich romantischer Affären zur nüchternen Realität der Ehe fand, so flüchtete sich der „Staatsmann wider Willen“ vor der rauen Wirklichkeit politischer Machtkämpfe in die „Idee“ einer nur in seinen Denkschriften präsenten besseren Welt. Die Briefe, die Kaehler vor allem mit dem durch diese Kritik tief erschütterten Meinecke, aber auch mit anderen Korrespondenzpartnern über seine Humboldt-Interpretation gewechselt hat, bilden unzweifelhaft einen der Höhepunkte der Edition.

Der preußisch-protestantische Dienstgedanke, der im Zentrum von Kaehlers politischem Credo stand, mußte ihn von vornherein in einen scharfen Gegensatz zur Weimarer Demokratie bringen. Weimar – das bedeutete für Kaehler die Kapitulation des historischen Staates vor der Anarchie verschiedenster, nicht mehr zum Ausgleich zu bringender gesellschaftlicher Interessen. Viele Konservative vermochten aus einer solchen Haltung dem Ein-Parteien-Staat der Nationalsozialisten Sympathien entgegenbringen. Nicht so dagegen Kaehler, der sich im Februar 1933 die Frage stellte, „ob es jetzt nicht an der Zeit sei, zur Linken überzuschwenken“ und seine Ablehnung des neuen Systems nicht nur bis in die Bombennächte des Zweiten Weltkrieges beibehielt, son-

dern sie auch immer wieder erstaunlich offen zum Ausdruck brachte. So bezeichnete er die Gleichschaltung als einen „unerhörten Vorgang“, durch den Deutschland auf die Entwicklungsstufe des Absolutismus zurückgeworfen werde. Das von der parteiamtlichen Geschichtsauffassung verketzerte 19. Jahrhundert verteidigte er jetzt als eine „Oase“, ohne die die bürgerliche Kultur und die mit ihr verbundene Wissenschaft nicht fortbestehen könne.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges sprach Kaehler in einer für ihn charakteristischen Wendung von der durch das 19. Jahrhundert erzeugten „Fata Morgana des humanitären Optimismus“. In seinem Werk findet sich jedoch keine Antwort auf die Frage, wie der seine Zukunft planende Mensch ohne den Glauben an eine solche „Fata Morgana“ existieren kann. Von der „Wirklichkeitsschule des Ersten Weltkrieges“, auf die sich Kaehler 1945 berief, führte kein Weg zurück in die Wirklichkeit einer zivilen Bürgergesellschaft und mit dem preußischen Dienstgedanken allein waren die Probleme der demokratischen Neuordnung Deutschlands nicht zu bewältigen. Insofern mag man Meinecke zustimmen, wenn er im Dezember 1942 den ihm längst eng verbundenen Schüler fast beschwörend ermahnte, daß man sich auch angesichts aller inzwischen erlebten Tragödien das Verzweifeln am guten Sinn der humanistischen Kulturideale „auch in Zukunft“ keinesfalls erlauben dürfe.

Neben den ausführlich kommentierten Briefen enthält die Edition ein Verzeichnis aller von Kaehler verfaß-

ten und betreuten Arbeiten, einen Beitrag zur Geschichte und Überlieferung des Nachlasses sowie eine die wesentlichen Lebensdaten Kaehlers referierende biographische Skizze, die durch eine Verwandtschaftstafel der Familie Kähler vervollständigt wird. Der Inhalt des Buches wird durch ein detailliertes Personenregister erschlossen. Besonders zu erwähnen ist der von *Walter Bußmann* noch kurz vor seinem Ableben im April 1993 fertiggestellte, mehr als 50 Seiten umfassende Essay zu „Persönlichkeit und Werk“ Siegfried A. Kaehlers. Er führt nicht nur sehr gut in die Briefe ein, sondern darf darüber hinaus als die beste uns heute verfügbare Würdigung Kaehlers bezeichnet werden. Was *Bußmann* etwa über den Freiburger Schülerkreis Meineckes aus bislang unbekanntem, sich in privater Hand befindlichen Quellen zusammengetragen hat, erweitert unser Wissen beträchtlich. Vor allem aber imponiert, daß die freundschaftliche Nähe, die *Bußmann* zu Kaehler besessen hat, in keiner Weise zu einer unangemessenen Harmonisierung seiner problematischen Persönlichkeit geführt hat. Mit Kaehlers Einstellung zur Weimarer Republik und seinem Antisemitismus werden vielmehr auch jene Aspekte seines politischen Denkens offen benannt, die heute als besonders kritikwürdig erscheinen.

Mit ihren ausführlichen Einführungs- und Kommentartexten haben die beiden Herausgeber für eine auch nach strengen Maßstäben bestmögliche Präsentation der Quellen gesorgt. Die Herausgabe der Briefe Kaehlers

kann daher nur uneingeschränkt begrüßt werden.

Stefan Meineke

- 1 Eine Auswahl seiner wichtigsten Aufsätze ist 1961 in dem Sammelband „Studien zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts“ erschienen.

**Martin Kröger/Roland Müller, Die Geschichtsbilder des Historikers Karl Dietrich Erdmann. Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik. Mit einem Vorwort von Winfried Schulze, Oldenbourg Verlag, München 1996, 160 S.**

Sechs Jahre nach dem Tode Karl Friedrich Erdmanns, des renommierten Historikers der BRD (1910–1990), Vorsitzender des Verbandes der Historiker Deutschlands (1962–1967), Präsident des Internationalen Komitees der Historischen Wissenschaften (1975–1980) und zahlreicher anderer bedeutender Ämter, erscheint dieses Buch. Es belegt auf einer weitgehend sicheren Quellenbasis, daß er als Student, Lehrer, Lehrbuchautor, Wehrmachtsoffizier und Christ nicht der Gegner des Nazismus war, als der er nach 1945 in Erscheinung trat und wiederholt gewürdigt wurde. Zahlreiche Befragungen ergänzen die schriftlichen Quellen (es verwundert allerdings, daß Dr. Agnes Blänsdorf, die langjährige Mitarbeiterin Erdmanns, von deren Zustimmung dessen inzwischen verstorbene Witwe die Einsichtnahme in die seit 1970 entstandenen Schriftstücke abhängig gemacht hatte, nicht aufgeführt wird). Es wird nachgewiesen, daß er schon als Student, „ausgehend von Vorstellungen des

Neokonservatismus Ideen des Nationalsozialismus übernommen“ (S. 44) und bei Studienaufenthalten in Frankreich 1933/34 propagiert hat. Am schockierendsten sind Auszüge aus einem Geschichtslehrbuch. Er verfaßte es im kurzen Zeitraum vom Dezember 1937 bis April 1938. Unter dem Titel „Die Geschichte des Zweiten und Dritten Reiches von 1871 bis zur Gegenwart“ war es der letzte Teil einer umfassenden Darstellung. Grundlage dafür waren die verbindlichen Lehrpläne des nazistischen Ministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Erschreckend und empörend ist vor allem die Übernahme des nazistischen Antisemitismus. Allerdings ging auch dies der nazistischen „Begutachtungsstelle“ nicht weit genug. So heißt es: „Die Erwähnung des Judentums sind nur ganz verstreut, und es wird nie der Zusammenhang und Zusammenhalt dieses Urvolkes der Mitesser und messianischen Weltverbesserer deutlich gemacht... Die Rassengesetze sind ... nur ganz beiläufig erwähnt“. Auch die Darstellung der Rolle Hitlers 1923, der SA und des nazistischen Programms werden als „gänzlich falsch(es)“ bzw. als „gänzlich unzureichend“ scharf kritisiert (S. 71, 131). Das Manuskript verfiel auch insgesamt mit dem Gesamtwerk der Ablehnung, da es „nicht die Bedingungen“ erfüllt, „die man einem nationalsozialistischen Lehrbuch stellen muß“ (S. 132). Darauf konnte sich Erdmann seit 1945 berufen, was auch von den Verfassern betont wird (S. 76). Mit großem Recht bringen sie ihr Erstaunen darüber zum Ausdruck, daß Mitarbeiter des Lehrmittelverlags Offenburg es im Dezem-

ber 1946 für möglich hielten, das „nationalsozialistische Schulbuch“ ließe sich „als Grundlage für ein Geschichtsbuch verwenden“. Erdmann habe jedoch eine ihm angetragene Aufforderung zur Mitarbeit abgelehnt (S. 77).

Die auch post mortem berechtigte und notwendige Kritik erfolgt unter drei Aspekten: 1. daß er nazistische Auffassungen übernahm, vertrat und formulierte, 2. daß er dies nach 1945 verschwieg und sich als eindeutiger Gegner des Nazismus hinstellte, und 3. daß er trotzdem jene Kollegen verurteilte, „die sich in Kompromisse mit dem Regime eingelassen hatten“ (S. 9). Der letzte Aspekt gilt als „Maßstab“ für die Kritik an Erdmann selbst (S. 104). Zugleich werden neben der Ablehnung des Lehrbuchs Haltungen und Handlungen angeführt, die seine geschönte Selbstdarstellung stützen konnten.

So habe er die Weigerung, den „Stürmer“ zu verteilen, mit der Erklärung begründet, er hätte „einen guten jüdischen Freund“ gehabt, der sich wegen des Verhaltens der NSDAP in der Judenfrage das Leben nahm“ (S. 57). Auch habe er eine Frau geheiratet, deren „arische Herkunft“ nicht geklärt werden konnte, obwohl ihm vollkommen bewußt war, daß er damit seine Arbeit im Bildungsbereich für immer verliert. Unter Berücksichtigung dieser Umstände räumen die Verfasser „opportunistische“ Gründe für die Übernahme des Lehrbuchauftrages „bei erschreckender ... Zeitverhaftung“ ein (S. 69). Die Auffassungen Erdmanns in seinem Schulbuch werden oft mit den Einschätzungen konfrontiert, die er nach 1945 im

„Gebhardt“ und in anderen Veröffentlichungen vertreten hat, wobei Unterschiede und Veränderungen, aber auch Fortwirkungen anvisiert werden. Die bisherige Meinung, er sei der Einzige unter den bedeutenden westdeutschen Historikern gewesen, der kein Nazi oder von diesen utbeeinflusst und ihnen nicht dienstbar war, gilt als erledigt.

Sein kritikwürdiges Verhalten und Denken vor 1945 wird damit in Beziehung zu der Tatsache betrachtet, daß „das Jahr 1945“ ebenso wie das Jahr 1933 in ganz Deutschland „keinen ernsthaften Bruch in Westdeutschlands Geschichtswissenschaft“ brachte (S. 105).

Winfried Schulze, der wie andere Historiker in der BRD, der DDR, den USA und anderen Ländern diese Auffassung belegt hat und auf den sich die Verfasser vorwiegend stützen, nennt unter den Gründen für die Veröffentlichung der negativen Revision des bisherigen Erdmann-Bildes die „Frage der Lauterkeit der Geschichtswissenschaft selbst“. Dabei hebt er folgenden Gesichtspunkt hervor: „Vor wenigen Jahren haben bei der Neuordnung der Universitäten der neuen Bundesländer viele Historiker ihre Stellen verloren, denen parteiliches Verhalten sowie Mißachtung und Benachteiligung Andersdenkender vorgeworfen wurden. Vor dieser Erfahrung wäre es meines Erachtens nicht hinnehmbar gewesen, neue, kompromittierende Fakten über den Lebensweg eines Historikers unter der Decke zu halten, der in der Bundesrepublik ohne jeden Zweifel eine herausragende Position eingenommen hat. Ein Verschweigen oder Verdrängen dieser Tatsachen

hätte dem notwendigen personellen Wechsel nach 1989 vollends jede Legitimation entzogen“ (S. 9). Diese Haltung verdient Respekt. Doch abgesehen davon, daß die genannten Gründe für die „Abwicklungen“ keineswegs für alle Historiker gelten können, die ihr verfielen, delegitimiert das Adverb „vollends“ das Adjektiv „notwendigem“. Sollten sich hierin Zweifel an der Praktizierung jenes „Wechsels“ äußern, so stünde er damit in der „Ökumene der Historiker“ nicht allein.

Zugleich äußert Schulze die Überzeugung, daß die „Leistung Erdmanns durch die mitgeteilten Tatsachen nicht geschmälert“ wird (S. 10). Das betrifft Werke und Wirken.

Wie sind diese und wie ist dieses aber aus der Sicht von solchen Historikern der Ex-DDR zu bewerten, welche bei selbstkritischer Prüfung die von Erdmann bestimmte „marxistische Kontroverslinie“ in der internationalen Geschichtswissenschaft nicht verlassen haben? Mü der „neohistorischen Kontroverslinie“ stellte diese für ihn ein entscheidendes Strukturelement in der „Ökumene der Historiker“ dar, wie er in seinem gleichnamigen großen Alterswerk betonte. Im Zuge der „Abwicklung“ wurde sie jedoch in den „neuen Bundesländern“ im akademischen Bereich ausradiert. Sie existiert nur noch außeruniversitär und teilweise katakombenhaft.

Die in der DDR geübte Kritik Erdmannscher Werke zur deutschen und österreichischen Geschichte bedarf gewiß einer Überprüfung. Durchgehend braucht sie wohl auch nach den Erfahrungen seit 1989 nicht gestrichen zu werden. Wesentlicher dürfte aber

die Frage sein, was im Sinne der Rezension seines Alterswerkes „Die Ökumene der Historiker“ (1987/88) kritisch zu rezipieren wäre.

Mit ihrer Meinung, Erdmann wäre nicht Präsident des CISH geworden, wenn sein Schulbuch von 1937/38 bekannt gewesen wäre (S. 109) haben die Verfasser gewiß recht. Nach seiner Wahl war aber ein angestregtes geschichtstheoretisch und historiographiegeschichtlich fundiertes Bemühen um einen sachlichen und erkenntnisfördernden Dialog nicht nur auf den internationalen Historiker-Kongressen zu verzeichnen. Das fand auch in einem kollegialen Verhalten gegenüber marxistischen Historikern Ausdruck, die seinem Bestreben entgegenkamen und strahlte auf das Verhältnis zwischen den Historikern in den beiden deutschen Staaten aus. In seinem siebenten und achten Lebensjahrzehnt, da er im Zentrum der „Ökumene der Historiker“ stand, war bei ihm eine beachtenswerte Entwicklung wahrzunehmen, die für die Gesamtbewertung seiner Lebensbilanz nach Soll und Haben Gewicht besitzt. Analoge Wandlungen waren etwa im gleichen Zeitraum, in den siebziger und achtziger Jahren, auch bei anderen Historikern aus beiden deutschen Staaten zu registrieren. Sie fanden in wachsenden Kooperationen und wechselseitigen Wertschätzungen Ausdruck. Haltungen und Urteile aus den Jahren des forcierten Kalten Krieges unterlagen dabei der Korrektur. Das fand 1981 auch in Ausführungen Erdmanns vor dem Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen des Deutschen Bundestages Ausdruck. Hier betonte er „mit vollem Nachdruck“, daß die DDR wie

die BRD „genuine Produkte der deutschen Geschichte“ sind. In der hochgeschätzten Literatur der DDR sah er „ein eindrucksvolles Zeugnis von menschlichen Grundfragen“, und in der „Aula“ von Hermann Kant erlebte man, „wie deutsche Kommunisten in der Aufbauphase der DDR aus einem nachvollziehbaren Antrieb ihren besonderen Weg gehen“. Schließlich folgten drei Historiker der DDR der Einladung, an der Festschrift zum 80. Geburtstag Erdmanns teilzunehmen, die zu einer Gedenkschrift wurde.

All dies wurde jedoch als eine der Möglichkeiten wahrhafter „dialektischer Einheit der Nation“ – um Erdmann zu zitieren – durch die Walze westdeutscher Kolonisatoren und Liquidatoren zunichte. Und sollte – wie zu hören ist – die Absicht bestehen, das letzte Werk Erdmanns „Die Ökumene der Historiker“ unter einem anderen Titel erneut herauszubringen, so wäre dies eine Fortsetzung des Liquidatorentums. Übrigens entsteht immer mehr der Eindruck, daß die vornehmlich ideologisch motivierte Abwicklung in der Ex-DDR auch eine Art Vorübung für die vorwiegend finanziell begründeten Abwicklungen in der Geschichtswissenschaft auch der alten Bundesländer darstellt, die selbst vor dem angesehenen Max-Planck-Institut für Geschichte nicht halt machen.

Die Entfernung der Vergoldung des bisherigen Erdmann-Bildes offenbart erneut die alte, seit der Antike bekannte, aber oft vergessene Weisheit, daß jede Persönlichkeit sowohl positive als auch negative Seiten aufweist, die sich miteinander verflechten und in ihren entwicklungsbedingten Relationen und

Gewichtungen auch verändern. Das Negative kann das Positive bei seinem Offenbarwerden auch dann überschatten oder gar verdrängen, wenn von seinen Entdeckern das Gegenteil behauptet wird.

Es wäre zu begrüßen gewesen, wenn das Buch über Erdmann noch zu seinen Lebzeiten erschienen wäre. Er hätte dadurch die Möglichkeit erhalten, dazu Stellung zu nehmen und die 1945 eingesparte Selbstkritik nachzuholen.

Vor gründlichen Kennern seines Werkes und Wirkens und der Geschichte der Geschichtswissenschaft in internationalen Dimensionen steht aber nun die Aufgabe, eine wissenschaftliche Biographie Erdmanns in Angriff zu nehmen, in der – wie auch in anderen Fällen – unter Berücksichtigung der Erkenntnisse moderner Psychologie sein Leben, Werk und Wirken im Positiven wie im Negativen eine objektive und umfassende Darstellung erfährt. Vielleicht wäre Winfried Schulze besonders berufen, dies zu übernehmen oder ein Gremium von Autoren zu bilden, das Vertreter aller Kontroverslinien umfaßt. Und die Erben Erdmanns wären gewiß gut beraten, wenn sie für diesen Zweck seinen gesamten Nachlaß freigeben würden.

Werner Berthold

*Shulamit Volkov und Elisabeth Müller-Luckner, Deutsche Juden und Moderne, Oldenbourg Verlag, München 1994, 170 S. (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 25).*

*Arnold Paucker, Standhalten und Widerstehen. Der Widerstand deutscher und österreichischer Juden gegen die nationalsozialistische Diktatur, Klartext Verlag, Essen 1995, 71 S. (Stuttgarter Beiträge zur Zeitgeschichte, Band 4).*

*Peter Hirsch und Billie Lopez, Reiseführer durch das jüdische Deutschland, Verlag Roman Kovar, München 1993, 271 S., Glossar, Index.*

Juden und Judentum in Deutschland gehören seit einer Reihe von Jahren zu den oft thematisierten Problemen nicht nur in der deutschen Historiographie und Publizistik. Aus der Fülle der Neuerscheinungen sei an dieser Stelle auf drei Publikationen verwiesen, wobei die beiden letztgenannten nur kurz erwähnt werden.

*Shulamit Volkov* legte 1994 einen Sammelband vor, der sich dem Problem des Umgangs der Juden mit der Moderne widmet. Dieser entstand im Ergebnis eines internationalen Kolloquiums (im Jahre 1990), das der Frage nachging, ob und wenn ja, inwiefern die Juden als soziokulturelle, religiöse und ethnische Minderheit einen besonderen Umgang mit der Moderne pflegten. Anders gesagt: Reagierte die jüdische Bevölkerungsminorität in Deutschland auf die gesellschaftlichen Veränderungen im 19./20. Jahrhundert (aufgrund ihrer spezifischen historischen Erfahrungen und ihrer besonderen Stellung in der Gesellschaft) als

Gruppe anders als andere Teile der Bevölkerung, und was machte dieses „Andere“ aus?

Das Thema „Juden und Moderne“ ist durchaus nicht neu. In ihrer ausführlichen Einleitung verweist die Herausgeberin darauf, daß es bereits in den sechziger Jahren von einigen Wissenschaftlern aufgegriffen wurde, wenn auch immer nur für einzelne Aspekte der Entwicklung. Soweit ich das Terrain überblicken kann, erfolgt nun erstmals der Versuch, sich dieser Fragestellung umfassend zu widmen. Hintergrund hierfür ist das Bemühen, dem Dilemma zu entfliehen, Juden immer wieder im Spannungsfeld von Emanzipation, Assimilation und Antisemitismus oft nur als Objekte der Geschichte darzustellen und das eigene Agieren dieser Gruppe zu vernachlässigen. Nunmehr versuchen die Autoren, Konzepte, die seit Jahren auf Probleme der allgemeinen deutschen Geschichtsschreibung angewendet wurden, auch auf die deutsch jüdische Historiographie zu übertragen.

Will man Hans-Ulrich Wehler Glauben schenken, sind Modernisierungstheorien das einzige zukunfts-trächtige Theoriekonzept, das zur Beschreibung der Geschichte der letzten beiden Jahrhunderte taugt, wenn es auch zugegebenermaßen noch stark entwicklungsbedürftig sei. Dem mag man zustimmen oder auch nicht. *Shulamit Volkov* verwendet zumindest seine insgesamt ausgesprochen allgemeine und damit aber auch gleichzeitig schwierig zu greifende Definition von Modernisierung als Grundlage ihrer Überlegungen. Der Vorteil besteht sicher darin, daß mit diesem breiten Zugang eine Vielzahl von

Fragestellungen aufgegriffen und das Verhalten der jüdischen Minorität von verschiedenen Seiten beleuchtet werden können. Auf diese Weise könnte eine Art „Gesellschaftsgeschichte der Juden in Deutschland“ entstehen.

Die einzelnen Beiträge in dem Band orientieren sich allerdings wenig an wie auch immer gearteten Modernisierungstheorien, sondern fragen unter jeweils einem spezifischen Blickwinkel nach der Auseinandersetzung einer Minorität mit den rasanten gesellschaftlichen Veränderungen seit dem ausgehenden 18., schwerpunktmäßig im 19. Jahrhundert, mit der alle Bevölkerungsteile konfrontiert waren. Für die Juden war dieser Zeitraum mit der Emanzipation und allen ihren Neben- und Folgeerscheinungen verbunden. Es gelingt in den vorliegenden Studien tatsächlich, die jüdische Minderheit als eine handelnde Gruppe darzustellen und nicht vorrangig nach einem „deutsch jüdischen Verhältnis“ zu fragen. Ob dazu das „Modernekonzept“ in der Einleitung ausführlichst eingeführt werden mußte, bleibt fraglich. Der zeitliche Rahmen der verschiedenen Aufsätze liegt zwischen 1750 und 1933, konzentriert sich aber wesentlich auf das 19. Jahrhundert, einschließlich der Zeit des Kaiserreichs, schließt damit nur einen Ausschnitt der „modernen“ Zeit ein, allerdings den für Emanzipation der Juden in Deutschland wichtigen. Thematisch werden wesentliche Bereiche der Gesellschaft in ihrer Breite abgedeckt.

Zum direkten Vergleich, der zur Beantwortung der eingangs gestellten Frage schon notwendig ist, kommen leider nur wenige der Autoren. Am

prägnantesten gelingt dies noch *David Sorkin* (Juden und Katholiken) und *Alan S. Zuckermann* (Jüdische Gemeinden von Wien und Warschau in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts). In Ansätzen zielt auch der Beitrag von *Ute Frevert*, der sich zwar wesentlich der Frage der Emanzipation der Frauen widmet, aber den Vergleich zur jüdischen Bevölkerungsgruppe sucht, darauf ab. Die Antwort (auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß genauere Untersuchungen noch ausstehen und dieser Band sich eher als Anregung versteht) der „Einzigartigkeit“, wie *Volkov* es ausdrückt, des Umganges der deutschen Juden mit der Moderne nachzugehen, fällt eher zurückhaltend aus. Insbesondere *David Sorkin* stellt in bezug auf die Reaktion von Minderheiten keine wesentlichen Unterschiede fest.

Die Fragestellung nach einem Beitrag der Juden zu einem bestimmten Feld der Entwicklung, wie bei *Ruth Katz* (Musik) und *Hans-Peter Bayerdörfer* (Theater) ist wenig originell und scheint mir in bezug auf das Gesamtthema des Bandes kaum fruchtbringend. Fraglich bleibt auch, warum die durchaus interessanten Beiträge von *Gottfried Schramm* (Entwicklung des ostjüdischen Sozialismus in Wilna) und *Alan S. Zuckermann* (s. o.) in einem Band „Deutsche Juden und Moderne“ auftauchen.

Das große Manko des Bandes besteht jedoch darin, daß die „lebhaft und interessante Diskussion“ (*Volkov*) nicht wiedergegeben wird bzw. werden kann, wie die Herausgeberin anmerkt. Damit verlieren die Beiträge, die zwar an der gleichen Grundfragestellung orientiert sind, ein wichtiges

verbindendes Element, und, was weit- aus schmerzlicher ist, der Leser geht wichtiger Informationen und Gedanken, die eine solche Diskussion zweifellos geboten hat, verlustig.

Unklar bleibt auch, warum einzelne Aufsätze aus dem Englischen übersetzt wurden, andere wiederum nicht. Es scheint mir günstiger, konsequent zu bleiben.

Trotz aller genannten Probleme liegt mit diesem Sammelband ein interessanter und, wie ich finde, vor allem anregender Beitrag zur Geschichte nicht nur der jüdischen Minorität in Deutschland im 19./20. Jahrhundert vor. Die Impulse, Juden in Deutschland als Subjekt des historischen Prozesses zu betrachten, sollten aufgegriffen und weiter verfolgt werden.

Vor einem Jahr erschien in der Reihe Stuttgarter Vorträge zur Zeitgeschichte eine Studie von *Arnold Pauker*, Historiker und langjähriger Direktor des Leo Baeck Institute in London, über den Widerstand deutscher und österreichischer Juden gegen den Nationalsozialismus. Er bietet einen gut lesbaren, problemorientierten Überblick über bisherige Forschungen. Bezüglich der obigen Ausführungen ist es besonders wichtig hervorzuheben, daß es *Paucker* darum geht, die aktive Rolle der jüdischen Minderheit entsprechend ihrer spezifischen Bedingungen und Möglichkeiten in der Auseinandersetzung mit dem NS-Regime (im Gegensatz zu der oft gebrauchten Formel ihres angeblich passiven Leidens) in den Blickpunkt des Interesses zu rücken.

Im Zusammenhang mit dem verstärkten Interesse an deutsch-jüdischer

Geschichte ist es zu begrüßen, daß nunmehr ein Wegweiser zu Stätten, die an jüdisches Leben in Deutschland erinnern, existiert. Für die amerikanischen Autoren dieses Reiseführers war ausschlaggebend, daß außer in Israel nirgends in der Welt so viele Denkmäler jüdischer Geschichte existieren wie in Deutschland.

*Peter Hirsch* und *Billie Ann Lopez* reagierten schnell und bezogen entgegen ihrem ursprünglichen Konzept auch die neuen Bundesländer in ihre Bestandsaufnahme ein. Allerdings blieb die Geographie insgesamt etwas auf der Strecke. Die Untergliederung nach Regionen mag dem Versuch entsprungen sein, der in der Geschichte mehrfach geänderten politischen Geographie der deutschen Teilstaaten aus dem Weg zu gehen. So gesehen kann man die Zuordnung von Görlitz zur Region Berlin noch nachvollziehen. Warum allerdings, um ein Beispiel zu nennen, das bei Köthen gelegene anhaltische Gröbzig in einer Region Erfurt auftaucht und das ebenfalls anhaltische Wörlitz bei Dessau in der Region Berlin, wird wohl das Geheimnis der Autoren bleiben. Ebenso ist nicht zu verstehen, warum Sachsen mit Leipzig, das in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts immerhin die sechstgrößte jüdische Gemeinde aufzuweisen hatte, deren Spuren auch heute noch sichtbar sind, gar keine Erwähnung findet.

Dem Band voran gestellt ist ein für seine Kürze recht aussagekräftiger Abriss jüdischen Lebens in Deutschland bzw. in deutschen Gebieten von der Zeit der Römer bis in die Gegenwart (mit gehörigem Mut bzw. „Muß“ zur Lücke). Der eigentliche „Reise-

führer“ listet dann (den selbstgewählten Regionen folgend) die Orte alphabetisch auf. Es wird grob auf geographische Lage des Ortes verwiesen, danach auf die noch vorhandenen Stätten jüdischen Lebens. Es folgt dann ein kurzer Beitrag zur Geschichte der Juden im jeweiligen Ort. In der Regel ergänzen aktuelle Fotos den Text.

Abgerundet wird der Band durch ein Glossar, das dem nicht vorgebildeten Leser Begriffe des Judentums (deutsch, jiddisch und hebräisch – letztere in lateinischer Transkription) erläutert, sowie einen Beitrag zu hebräischen Buchstaben und Zahlen und dem jüdischen Kalender, der auf die Identifizierung von Datumsangaben auf Grabsteinen ausgerichtet ist.

Es wäre wünschenswert, einen solchen Reiseführer möglichst bald zu überarbeiten und zu vervollständigen. Sicher hätte es dem Anliegen eher gedient, das Erscheinen hinauszuzögern und dafür gerade im Osten Deutschlands genauer zu recherchieren. In einem solchen Falle wäre dann auch die geographische Untergliederung neu zu überdenken.

Solvejg Höppner

***Gert Gröning* und *Joachim Wolschke-Bulmahn*, *Von Ackermann bis Ziegelhütte. Ein Jahrhundert Kleingartenkultur in Frankfurt am Main*, Verlag Waldemar Kramer, Frankfurt a. M. 1995, 311 S., 150 Abb. (Studien zur Frankfurter Geschichte, Bd. 36)**

Dieses Buch stellt zweifelsohne die bedeutendste Monographie dar, die auf

dem Gebiet der Geschichte des Kleingartenwesens in Deutschland in den vergangenen drei Jahrzehnten erschienen ist. Diese Wertung wird auch unter Berücksichtigung der Tatsache aufrecht erhalten, daß der anläßlich des 75. Jahrestages der Gründung des Reichsverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands (1921) vom Bundesverband Deutscher Gartenfreunde 1996 herausgegebene Band „Kleingärten und Kleingärtner im 19. und 20. Jahrhundert. Bilder und Dokumente“ (Erstauflage 4000 Exemplare) bereits nach drei Monaten zum zweiten Mal aufgelegt werden mußte.

Die Qualität des Frankfurter Bandes resultiert daraus, daß die Vf. ein reichhaltiges Quellenmaterial aufgespürt, erschlossen und mit großer Sorgfalt ausgewertet haben und nachvollziehbare Schlüsse zogen. Ihr flüssiger Stil und die prächtige Ausstattung des Bandes tragen zum Lesevergnügen bei. Außerdem ist das Werk in methodischer Hinsicht sehr anregend und provoziert produktiven Widerspruch, ohne den keine Wissenschaft auskommt.

Das Buch besteht außer der Vorbemerkung, der Einleitung und dem ausführlichen wissenschaftlichen Apparat aus neun Teilen, wobei der dritte Teil im Mittelpunkt steht. Gegenstand ist die Geschichte des Frankfurter Kleingartenwesens vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart und eine Prognose für das 21. Jahrhundert, das Wirken der Kleingärtnervereine und der „Stadtgruppe Frankfurt der Kleingärtner“, das Verhältnis der Laubengärtner zum Garten- und Friedhofsamt und damit zur Stadt. Besondere Beachtung ließen die Vf. der

„politische(n) Dimension des Kleingartenwesens als Teil urbaner Kultur des 20. Jahrhunderts“ (S. 22) zuteil werden. Die Gliederung des Hauptteils orientiert sich in vier Abschnitten an den geläufigen Zäsuren. Leider endet der letzte Abschnitt 1951, wobei die Vf. auf eine Begründung verzichteten, obwohl sie in anderen Teilen den Bogen bis in die Gegenwart spannen. Am Beginn steht die 1881 erfolgte Gründung des „Versuchsgartenvereins Frankfurt a.M./Sachsenhausen“, der bis zum Jahre 1937 bestand. Bereits in diesem Verein drückte sich „eine für das Kleingartenwesen in Frankfurt typische, vorwiegend klein- und bildungsbürgerliche Orientierung aus“ (S. 25). Diese Wertung wird im folgenden mehrfach wiederholt und bewiesen (S. 28 und 33). Die nächsten Einschnitte stellen die Gründung des ältesten noch existierenden Kleingärtnervereins in Frankfurt a. M., des „Obst- und Gartenbauvereins Griesheim“ (1888) und des „Verbandes der Kleingartenbau-Vereine Frankfurt und Umgebung“ (1915) dar. Von Interesse ist, daß es vor dem Ersten Weltkrieg auf städtischem Grundbesitz nicht nur Kleingärten, deren Pächter Kleingärtnervereinen angehörten, gab, sondern daß die Stadtverwaltung auch Gärten an Einzelpächter vergab (S. 28). Die Vf. weisen nach, daß in dieser Zeit die kommunale Sorge um Kleingärten nur in bescheidenem Maße vorhanden war. Um so höher ist das Wirken des Verbandes zu bewerten, der sich für eine sozial verträgliche Verteilung des zur Verfügung stehenden Geländes einsetzte (S. 42).

Für die Weimarer Republik ist ein Aufschwung kommunaler Gartenkul-

tur nachweisbar. Die von der Weimarer Nationalversammlung am 31. Juli 1919 beschlossene „Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung“ beginnt vor dem Hintergrund von beträchtlichen Spannungen zwischen Landwirten, Berufsgärtnern und Kleingärtnern (Absatzmöglichkeiten!) zu greifen. Die Entwicklung vollzieht sich keinesfalls geradlinig und widerspruchsfrei. Das im Ergebnis der Weimarer Gesetzgebung geschaffene Frankfurter Kleingartenamt wird 1924 aufgehoben. Pläne für den Bau von Siedlungen, Großmarkthalle, Flughafen und die Anlage eines neuen Friedhofs haben zur Folge, daß über eintausend Pächter ihren Garten aufgeben müssen (S. 52). Ab 1923 stellt der Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschland unter Heinrich Förster, von 1918 bis 1923 in Frankfurt a. M. Stadtverbandsvorsitzender (S. 53f.) die Schaffung von Dauerkleingartenanlagen in den Mittelpunkt seiner Politik. Er fand u.a. in dem Frankfurter Gartenbaudirektor Max Bromme, der sich 1928 dafür einsetzte, Dauerkolonien in den Gesamtbebauungsplan einzubeziehen (S. 61), einen Verbündeten. Zu den stärksten Abschnitten des Buches zählt „Kleingärten und Nationalsozialismus“. Die Vf. weisen detailliert nach, auf welche Weise in Frankfurt a. M. die Durchsetzung des Führerprinzips und die Arisierung der Kleingärtnervereine erfolgten (S. 67ff.).

Die folgenden Abschnitte könnte man als Studien oder Mosaiksteine bezeichnen. Sie sind weder strukturell noch zeitlich einheitlich aufgebaut.

Gegenstand des vierten Teils ist die Geschichte des „Vereins zur Förderung des Kleingartenbaus“ (1898–

1934), einer Frankfurter Besonderheit. Er verfügte über eine eigene Bibliothek mit Lesezimmer und gab eine eigene Zeitschrift heraus (S. 94). Die Vf. können sogar nachweisen, welche Zeitschriften der Verein regelmäßig bezog!

Im fünften Teil werden kommunale Haushaltspläne und die Magistrats- bzw. Verwaltungsberichte für die Stadtverordnetenversammlung nach der Widerspiegelung von Kleingarteninteressen befragt. Die Vf. gelangen zu dem Ergebnis, daß sich die These „von einer politisch bewußten und effektiven Förderung freiraumrelevanter Interessen weniger bemittelter Bevölkerungsgruppen in den demokratischen Phasen gesellschaftlicher Entwicklung in Deutschland“ als richtig erweist (S. 142).

Sehr ausführlich werden im sechsten Teil die beiden 1919 und 1927 in Frankfurt a. M. gezeigten Ausstellungen über das Kleingartenwesen behandelt. Infolge ihrer Detailtreue sind die Ausführungen über die Ausstellung „Hof und Garten“ (1919) jedem zur Lektüre empfohlen, der heute eine ähnliche Aufgabe zu lösen hat.

Einem in der neuesten Literatur kaum berücksichtigten Thema wandten sich die Vf. im siebenten Teil zu: der ästhetischen Normierung von Kleingärten. Immer gab es Leute, denen die „Bretterbuden und Hütten“ mancher Kleingärtner ein Dorn im Auge waren, während diese ihre Behausungen als Ausdruck ihrer Individualität verteidigten.

Eng mit dem dritten Abschnitt des dritten Teils ist der siebte verbunden, in dem anhand aussagestarker Quellen dem 1937 in das Leben gerufenen

Wettbewerb um den „Goldenen Spaten“ nachgegangen wird. Völlig zu Recht nennen die Autoren diesen Wettbewerb ein Lehrstück nationalsozialistischer Propaganda. Im neunten Abschnitt wird eine weitere Kategorie von schriftlichen Quellen untersucht: die Festschriften von Kleingärtnervereinen und -verbänden, die u.a. einen Einblick in die soziale Dimension des Frankfurter Kleingartenwesens gestatten (S. 213).

„Kleingärten an der Schwelle zum 21. Jahrhundert“ und „Jahrhundert-Jubiläen Frankfurter Kleingärtnervereine“ lauten die Überschriften für den zehnten und elften Teil, wobei zwei weitere Autoren zu nennen sind.

Diese Art der Darstellung, die man – etwas vereinfacht ausgedrückt – auch als „Mosaikmethode“ bezeichnen kann, hat zweifelsohne den Vorteil, daß die einzelnen Teile weitgehend selbständigen Charakter tragen und derjenige, der sich für ein Detailthema interessiert, nicht das gesamte Buch zu lesen braucht. Dem steht der Nachteil gegenüber, daß sich Ausführungen zu übergreifenden Themen in mehreren Teilen finden. So ist z.B. demjenigen, der sich mit dem Zeitraum 1933–1945 befaßt, die Lektüre des dritten, achten und neunten Teils – wenigstens partiell – zu empfehlen.

Auf Gebieten, die den Gegenstand des Buches berühren, haben sich einige Fehler eingeschlichen oder die Vf. sind den Irrtümern anderer Autoren aufgesessen. Der Leipziger Arzt Dr. Moritz Schreiber hatte nie die Idee – wie D. Steinhauer im Vorwort meint – Gärten anzulegen (S. 11). Die Arbeit von G. Richter „Das Buch der Schreiber-Jugendpflege“ erschien nicht

1926, sondern 1925 (Literaturliste, S. 281). Ein örtlicher Verband der Schreibervereine wurde in Leipzig nicht 1880, sondern erst 1891 gegründet (S. 29). Die Gründung der „Vereinigung sämtlicher Pflanzervereine Berlins und Umgebung“ erfolgte nicht 1900, sondern 1901 (S. 29, auf S. 43 übrigens ganz exakt wiedergegeben). Der Zusammenschluß zum Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands wurde am 14. und nicht bereits am 13. August 1921 vollzogen (S. 54).

Im zehnten Teil prognostizieren die Vf.: „Die Wahrscheinlichkeit, daß es auch zukünftig und weit in das 21. Jahrhundert hinein Kleingärten als Teil urbaner Gartenkultur geben wird, scheint uns ... hoch“ (S. 249). Alle Kleingärtner, von denen über eine Million dem Bundesverband Deutscher Gartenfreunde angehören, und die Protagonisten ihrer Bewegung dürfte dieser Satz mit Freude erfüllen.

Günter Katsch

**Dirk Bavendamm, Roosevelts Krieg 1937–1945 und das Rätsel von Pearl Harbor, F. A. Herbig Verlag, München 1993, 448 S.**

Eine neu deutsche Kriegsschuldfrage? – mitrichten, aber ein Buch, das viele Anregungen gibt, die Geschichte des 20. Jahrhunderts unter neuen Fragestellungen zu durchdenken. Die Kernthese *Bavendamm*s lautet, daß weniger Hitlers oder Stalins Politik, sondern vielmehr Roosevelts Ziel der Durchsetzung eines globalen Machtanspruchs der USA in den dreißiger Jahren zur Auslösung des Weltkriegs

zu diesem Zeitpunkt führte. Damit verneint er keineswegs die bekannten Thesen von „Hitlers Krieg“ bzw. „Stalins Krieg“, sondern versucht nur eine realere Einordnung des Zweiten Weltkrieges in die Geschichte des 20. Jahrhunderts als ein „geachtetes“ Mittel der ökonomischen und politischen Hauptkonkurrenten dieser Epoche, ihre Ziele und Interessen durchzusetzen.

Ursprünglich wollte *Bavendamm* untersuchen, weshalb Großbritannien und Frankreich Deutschland im September 1939 den Krieg erklärten, obwohl sie es in den Jahren davor immer wieder vermieden hatten. Seine Archivstudien brachten ihn zu dem Ergebnis, daß dies die westeuropäischen Demokratien ohne eine massive amerikanische Rückendeckung, aber auch ohne massiven Druck seitens der USA nie gewagt hätten. Dazu veröffentlichte er bereits 1983 sein Buch „Roosevelts Weg zum Krieg. Amerikanische Politik 1914–1939“. Das hier vorliegende Werk knüpft an diese erste Veröffentlichung an, konzentriert sich jetzt aber weitgehend auf die Handlungen, Ziele und Vorstellungen der Vereinigten Staaten unter Präsident Roosevelt.

Ein großer Vorteil seiner Argumentation ist die von ihm gewählte systematische Darstellung von Roosevelts Konzept von Politik und Kriegsführung. Damit schafft *Bavendamm* eine globale Betrachtungsweise des Zweiten Weltkrieges, die herkömmliche chronologische Kriegsgeschichten nicht bieten können. Er analysiert zunächst die Voraussetzungen, die Grundlagen und Ziele der amerikanischen Politik, dann die Mittel zur

Durchsetzung und erst als Schlußkapitel die eigentlichen Operationen im Krieg. Fraglich bleibt freilich die These, ob die Vereinigten Staaten tatsächlich erst unter Roosevelt zur Supermacht aufstiegen, oder ob dies nicht ein relativ kontinuierlicher Prozeß spätestens seit Verkündung der Monroe-Doktrin 1823 war. Roosevelt konnte wohl eher die bereits erreichte Machtposition der USA in der Weltpolitik ausnutzen, um jetzt z.B. massiv in den britische Machtbereich einzudringen. Allerdings spielte der Präsident bereits im Ersten Weltkrieg als stellvertretender Marineminister unter Woodrow Wilson eine entscheidende Rolle in der Politik des nordamerikanischen Staates. Daß es vor ihm lediglich Wilson versucht hatte, die nationalen Interessen der USA mit der Mission von „Gottes eigenem Land“ als internationale Aufgabe in Übereinstimmung zu bringen, zeigt einmal mehr, daß ein Weltkrieg durchaus als mögliches und notwendiges Mittel angesehen und schließlich auch ganz gezielt benutzt wurde, um Roosevelts idealistische Vorstellung einer liberalen, demokratischen und offenen Welt zu verwirklichen. Auch wenn sich die Ergebnisse dieses Handelns letztlich deutlich von den ursprünglichen Zielen unterschieden.

Mit dem Zusammenbruch des „Sozialismus“ ist der Kalte Krieg, mithin das Nachkriegssystem von Jalta an sein Ende gekommen. Die UNO war einer der Hauptrepräsentanten dieses Systems, vor allem die fünf ständigen Mitglieder sollten eine Welt der „guten Nachbarn“ nach Roosevelts Vorstellungen sichern. Damit erweisen sich der Kalte Krieg bzw. die Nach-

kriegszeit als eine Zeit des Konsenses zwischen verschiedenen Entwicklungsmodellen einer marktwirtschaftlichen Gesellschaft, die eine „friedliche“ Entwicklung der Welt im Sinne der „Supermächte“ sichern sollte. Letztlich blieb das aber ein politischer Konsens über ökonomische Einflußgebiete, was ständige Konflikte hervorbringen mußte und letztlich das System zerstörte – zum Nachteil beider Entwicklungsmodelle. Die Idee dieser Nachkriegsentwicklung wurde nach *Bavendamm* von Roosevelt und seinen Vertrauten in der großen Krise am Beginn der dreißiger Jahre geboren und mit und durch den Zweiten Weltkrieg entwickelt und weitgehend durchgesetzt – immer im Widerstreit vor allem mit den russischen und britischen Interessen. Das macht das Buch für uns heute so interessant, erkannte doch offensichtlich gerade Roosevelt den russischen Totalitarismus als alternativen Durchsetzungsversuch der Marktwirtschaftsgesellschaft an.

Um so erstaunlicher ist *Bavendamm*s Aussage, daß die Gründe für die Teilung der Weltmacht seitens Roosevelts mit Stalin im Dunkeln lägen bzw. gar als persönliche Tragödie des Präsidenten angesehen würden. Die Gedanken des Autors, konsequent weiter gedacht, lassen doch erst deutlich werden, daß Rußland unter Stalins politischer Führung und einem ökonomischen Druck der USA viel besser und billiger kontrolliert werden konnte als etwa durch einen weiteren Vormarsch der amerikanischen Truppen 1945 bis Moskau. Die Vereinigten Staaten hätten dann den Wiederaufbau Rußlands und seiner Satelliten finan-

ziell tragen und für einen gewissen Wohlstandsausgleich sorgen müssen.

Auch bleiben Zweifel an den angeblich grundverschiedenen Mitteln, mit denen Roosevelt auf der einen Seite und Stalin und Hitler auf der anderen Seite die große Weltwirtschafts- und Gesellschaftskrise mit dem Ziel der Entwicklung zu einer Supermacht überwinden wollten. Den inneren Terror brauchte der amerikanische Präsident auf dem vorhandenen Stand der staatlichen Bürokratie in seinem Land natürlich nicht anzuwenden. Auf ökonomischen Gebiet aber findet man viele Parallelen, bis hin zu der Tatsache, daß der amerikanische „New Deal“ und Hitlers hzw. Schachts Wirtschaftskurs, die viele Ähnlichkeiten aufwiesen, sich nahezu zeitgleich erschöpften und wahrscheinlich der Krieg die Amtsinhaber vor einem Sturz bewahrte.

*Bavendamm*s Buch, daß sich weitgehend auf bekannte Dokumente und Quellen stützt, somit vielfach durch Neuinterpretationen und auch Spekulationen gekennzeichnet ist, kann vor allem als Anregung zur weiteren Diskussion über die Geschichte des 20. Jahrhunderts dienen. Für die weitere Auseinandersetzung mit dieser Geschichtsperiode, die ja nach wie vor noch stark durch aktuell-politisches Machtdenken gekennzeichnet ist, könnte sich der von *Bavendamm* gewählte Weg einer offenen, nicht immer mit vorhandenen Archivalien abstützbaren, auch spekulativen (im Sinne von Alternativen suchenden) Betrachtungsweise durchaus als Vorteil erweisen.

Falk Höppner

**Heinz Mohnhaupt und Dieter Grimm, Verfassung. Zur Geschichte des Begriffs von der Antike bis zur Gegenwart. Zwei Studien, Duncker & Humblot, Berlin 1995, IX, 144 S.**

Die beiden Studien stellen die ungekürzten und z. T. überarbeiteten Fassungen der beiden von *Mohnhaupt* und *Grimm* verfaßten Artikel „Verfassung I“ und „Verfassung II“ in den „Geschichtlichen Grundbegriffen“ dar, folgen somit auch deren Konzept. Der Bogen wird, wie in den GG, von der Antike bis zur Gegenwart geschlagen. Freilich, und nicht zuletzt aus sachlichen Gründen, wird der Antike vergleichsweise wenig Raum eingeräumt, das Frühmittelalter als eher quellenarme Zeit fällt ganz heraus. Die Verbindung zwischen griechisch-römischer Antike und der späteren Zeit entsteht aus den Hinweisen *Mohnhaupts* zur Rezeption der antiken Quellen in den untersuchten Dokumenten und Schriften.

Der Schwerpunkt von *Mohnhaupts* Teil liegt in der Zeit seit dem 15. Jahrhundert, in dem das deutsche Wort „Verfassung“ erstmals belegbar wird.

*Mohnhaupt* zeichnet die Bedeutungsfacetten von „Verfassung“ im politischen, rechtlichen und körpergeschichtlichen (medizinischen) Bereich bis hin zur Ausbildung der Bedeutung ‚Staatsverfassung‘ im Laufe der frühen Neuzeit nach. Begleitend untersucht werden „status“, „Staat“, „constitutio(n)“, „institutio“ und weitere Schlüsselbegriffe. Gegenüber dem GG-Artikel sind die Ausführungen zum Verfassungsbegriff in Frankreich und England breiter angelegt, vor

allem bedeuten die zahlreichen Quellenzitate einen Vorteil gegenüber der (gekürzten) GG-Fassung.

Nachdrücklich hervorzuheben sind *Mohnhaupts* Erläuterungen zu „Verfassung“ und der „corpus“-Metapher, mit den Rückgriffen auf die Medizin. Gerade darin scheint das in gewissem Sinn noch nicht von Disziplinengrenzen durchzogene, so gesehen also grenzenlose Denken der frühen Neuzeit auf, ohne daß das genuin frühneuzeitliche Verfassungsdenken nicht verständlich wäre.

Auch *Grimm* verfolgt den Weg vergleichender Betrachtungen zu Frankreich, England und zusätzlich der Rezeption des amerikanischen Verfassungsbegriffs weiter. Dennoch bildet der deutsche Verfassungsbegriff den Schwerpunkt beider Studien. Neben einer chronologischen Vorgehensweise werden auch zeitlich parallel angesiedelte thematische Zusammenhänge gesucht, z.T. bilden auch spezielle Quellen, wie Lexika und Wörterbücher (bei *Mohnhaupt*), einen eigenen thematischen Abschnitt.

*Grimm* zeigt die zentrale Bedeutung von Verfassung im deutschen 19. Jahrhundert. Leitkategorien, wie Freiheit und Fortschritt, werden im 19. Jahrhundert in der Perspektive von Verfassung strukturiert, Positivierung der Verfassung und Abkehr vom Naturrecht kommen erst im 19. Jahrhundert zum Durchbruch. Zugleich ändert sich eine weitere Perspektive: Es wird ein gedanklicher Weg vom „Verfassungsstaat“ zum „Vorrang des Staates vor der Verfassung“ (im ausgehenden 19. Jahrhundert) zurückgelegt. Vom (zwischenzeitlichen) Ende der Verfassung in Deutschland führt

*Grimms* Ausblick am Schluß zur politisch-sozialen Verfassung als Grundlage der rechtlichen Verfassung und der zu erwartenden Bedeutungssteigerung der politisch-sozialen Verfassung. Das 20. Jahrhundert kommt etwas zu kurz, allerdings hat sich Grimm hierzu an anderer Stelle ausführlich geäußert.

Insbesondere wegen der wertvollen Quellenzitate wäre ein Sachregister als Beigabe zu überlegen gewesen.

Wolfgang Schmale

**Martin Hollis, Soziales Handeln – Eine Einführung in die Philosophie der Sozialwissenschaften, Akademie Verlag, Berlin 1995, 347 S. (Reihe Edition Philosophie)**

Der Autor, in Deutschland bekannt durch zwei weitere Buchtitel,<sup>1</sup> setzt in diesem Werk sein Thema fort, „... über die Bestrebungen der Ratio nachzudenken und zu fragen, ob sie in einer Art und Weise umformuliert werden müssen, die den Sozialwissenschaften besonders angemessen ist.“ (S. 18) Die Frage „Was kann ich wissen?“ ist damit für einen speziellen Bereich gestellt.

Bisherige Herangehensweisen an diese Problematik teilt der Autor in zwei grundsätzlich unterschiedene: 1. das Erklären einer Sache von außen (rationales Prinzip), 2. das Verstehen einer Sache von innen heraus (hermeneutisches Prinzip).

Jede dieser Grundrichtungen hat zwei Unterbereiche:

1. Das Erklären des Einzelnen (Individuum) von einer größeren Einheit

(Gesellschaft) her, wobei letztere bestimmend ist. Diese Vorgehensweise wird als Holismus bezeichnet.

2. Den Einzelnen (das Individuum) als Ausgangs- und Endpunkt von allem zu sehen und jedes übergeordnete System lediglich als Produkt des Handelns der Individuen zu betrachten.

So entstehen vier Gruppen in der Theoriengeschichte. Ausgangspunkt ist das 17. Jahrhundert, das *Hollis* als die Basis des modernen Denkens versteht.

Als Eigenschaften des neuen Denkens werden hervorgehoben:

- Trennung der Ursachen- und Wirkungserkenntnis von Sinn- und Zweckfragen,

- Herausbildung der Grundidee, wonach Gesetze die Welt bestimmen, die nicht unmittelbar durch die Sinne sondern vermittels des Denkens erkennbar sind.

- Jegliche Erkenntnis beruht auf Tatsachen, die durch das rationale Bewußtsein fundiert werden.

Von Francis Bacon ausgehend werden zunächst Rationalismus und Empirismus in ihrer verschiedenen Gestalt und Folgewirkung untersucht. Da nach *Hollis* die Sozialwissenschaften erst im 18. Jahrhundert entstanden, oben beschriebene Denkkänderung schon früher stattfand, sind seine ersten Untersuchungen erkenntnistheoretisch angelegt. Behandelt werden u.a. Descartes, Hume, Hobbes, Marx, Nietzsche, Weber und Popper, um nur einige zu nennen. Theoretische Grundlagen der Paradigmatauffassung, der Spiel- und der Rollentheorie, Probleme des Fremdpsychischen, der Möglichkeit des Verstehens fremder Kulturen, sowie daraus resultierende Rela-

tivismusvorstellungen werden ange-deutet.

Der Autor hat sich nicht von einer Theorie in Beschlag nehmen lassen, vielmehr ist es ihm gelungen, aus zweifelnder Sicht verschiedene Ansätze zu erklären, indem er die Grundthese der jeweiligen Denkrichtung problematisiert und diese Problematisierung auch beim Leser erreicht.

Er vergleicht das Leistungsvermögen der Theorien (am Beispiel von Erklärungsmöglichkeiten der Gesellschaft) mit ihrem Anspruch und zerstört den Schein vollständiger Richtigkeit, den eine wissenschaftliche Theorie im Validierungsprozeß annimmt. Jede Theorie stellt sich als ein Versuch dar, feste Gewißheiten zu erlangen, erreicht wird dies immer nur partiell. Der Autor spürt die Stellen auf, an denen die Theorien ihren eigenen Ansprüchen nicht mehr gerecht werden, wo sie gesicherte Aussagen über Glaubensvorstellungen abdecken, wo sie methodische Fehler begehen. Aus dieser Problemlage entwickeln sich neue Erkenntnisansätze. Durch diese Darstellungsweise werden im Einteilungsschema des Autors die Übergänge von einem Bereich zum anderen sichtbar und die verschiedenen, teilweise gegensätzlichen Theorien offenbaren ihre wechselseitige Bedingtheit. Problematisch erscheint Folgendes:

– Er resümiert, 'daß es keine Methode in der Naturwissenschaft gibt, die sich auf die Sozialwissenschaft übertragen lasse'. (S. 190) Alle Versuche erweisen sich als unvollkommen.

Ginge man mit den beschriebenen Methoden genauso ernst an die Naturwissenschaften heran, würden sie sich ebenfalls als unvollkommen

erweisen. Allein die Tatsache, daß in beiden der Name 'Wissenschaft' auftaucht, weist darauf hin, daß es gemeinsame Methoden geben muß. Ansonsten wäre in einem Bereich der Begriff Wissenschaft fehl am Platz.

– Die Denkleistungen vor dem 17. Jahrhundert entfallen weitestgehend. Gegebenenfalls liegen dort Schlüssel für einige Fragen. Es wird nicht deutlich, daß der Wandel im 17. Jahrhundert auf bereits erbrachten Leistungen aufbaute.

– Die Problemkreise beziehen sich hauptsächlich auf die angelsächsische Philosophie, die klassische deutsche Philosophie kommt nur am Rande vor.

*Hollis'* Buch liest sich interessant und locker. Das Problematisieren ist eine Einladung zum weiteren Forschen. Wer den Einstieg sucht oder eine Übersicht benötigt, kann sich hier Anregungen zur eigenen Herangehensweise suchen und eine Vorstellung von den angrenzenden Theoriebereichen entwickeln. Damit entspricht das Buch dem Ziel der Reihe, die philosophisches Denken dem Fachmann und dem interessierten Laien vorstellen möchte.

Frieder Garten

1 Rationalität und soziales Verstehen, Frankfurt a. M. 1991; Moralische Entscheidung und rationale Wahl, München 1992.

**Tom W. Bennett, Human Rights and African Law under the South African Constitution, Juta & Co, Kapstadt 1995, XLI, 174 S. (Human Rights and Constitutional Law Series of the Community Law Centre, University of Western Cape)**

Die Abschaffung der Apartheid in Südafrika hat den Weg zu einer neuen, demokratischen Verfassung freigemacht, zugleich aber auch ein zentrales Problem wieder in den Blick gebracht, nämlich wie dem traditionellen afrikanischen Recht Gültigkeitsbereiche eingeräumt bleiben können, ohne das gerade erst akzeptierte Prinzip der Menschenrechte wieder auszuhöhlen. Der Rechtskonflikt, der im Kern ja ein sozialer Konflikt ist, zeigt sich am schärfsten in der Frage der Frauenrechte und weiblicher Lebensentwürfe, die nicht mehr einer Gewohnheitsordnung entsprechen. *Tom W. Bennett* ist der beste Kenner des südafrikanischen und afrikanischen Gewohnheitsrechts. Er gehörte im Zusammenhang der Ausarbeitung einer neuen südafrikanischen Verfassung beratenden Gremien an. Die Situation wird in Südafrika dadurch kompliziert, daß es noch keine umfassende eigenständige juristische Interpretation der Menschenrechte gibt, wie sie aus den Gerichtsprozessen um Grund- und Menschenrechte im Laufe der Zeit erwächst. Entsprechend bedeutsam ist der Einfluß der angloamerikanischen Interpretationen, aber beispielsweise auch die Lehre von der Drittwirkung der Grundrechte, die in Deutschland eine Rolle spielt.

Das afrikanische Gewohnheitsrecht und die Menschenrechtslehre stehen sich keineswegs als Aporie gegenüber.

Grundsicherungen, wie sie letztere vorsieht, kannte und kennt das Gewohnheitsrecht. Zu Konflikten kommt es bei den individuellen Rechten bzw. bei der Individualisierung früher kollektiver rechte (Eigentumsrecht) und besonders beim Frauenrecht.

Das afrikanische Recht hat eine konstitutive Bedeutung bei der gegenwärtigen Suche nach einer kulturellen Identität. *Bennett* analysiert eingehend diesen Umstand. Der gesellschaftliche Umbruch, der sich in Südafrika vollzieht, bringt z.T. afrikanisches Rechtsverständnis und Menschenrechtsverständnis in Konflikt, weil sie nicht exakt für dieselbe kulturelle Identität stehen.

*Bennett* bietet eine präzise Analyse dieser Problemlage, die es verdient, auch außerhalb Südafrikas gelesen zu werden.

Wolfgang Schmale

**Trutz von Trotha, Koloniale Herrschaft – Zur soziologischen Theorie der Staatsentstehung am Beispiel des „Schutzgebietes Togo“, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1994, XVII, 516 S.**

Konzentrieren sich die meisten Imperialismus- und Kolonialismustheorien auf die Politik der Metropolen oder der kolonialen Zentralen, so stellt der Siegerner Soziologe *Trutz von Trotha* die „Strukturen, Interaktionsprozesse und Handelnde(n), die in den Machtprozessen an der 'Peripherie der Peripherie' aufeinandertreffen“ in den Mittelpunkt seiner beeindruckenden historischen Fallstudie zur deutschen Kolonialherrschaft in Togo. Dadurch

gewinnt er Einsichten in die Realitäten kolonialer Herrschaft und in die Bedingungen exogener Staatsbildung. Togo, die kleinste deutsche Kolonie, mit einer etwa eine Million Menschen umfassenden Bevölkerung, darunter (auch gegen Ende der deutschen Herrschaft) noch nicht einmal 400 Europäer, bietet sich wegen seiner Überschaubarkeit an. Gleichzeitig beeinträchtigt dies die Übertragbarkeit der gewonnenen Ergebnisse auf bevölkerungsreichere Kolonien, die beispielsweise als Siedlungskolonien oft eine ganz andere Entwicklung genommen haben. Dennoch eröffnen *von Trothas* Überlegungen zum Prozesscharakter der Umwandlung sporadischer Macht, wie sie den Beginn kolonialer Eroberung kennzeichnet, in dauerhafte Herrschaft wichtige Einsichten in Grundprobleme kolonialer Staatlichkeit.

Er rückt den Aufbau lokaler Verwaltungen und die bisher in der Literatur vernachlässigten Bezirksamtänner, die Leiter der Verwaltungsstationen im küstenfernen Hinterland, in den Blick. *Von Trothas* Verdienst ist es, die Ausbildung und die sozialpsychologischen Dispositionen dieser Beamten untersucht zu haben. Statt mancher Pauschalisierung hätte man sich jedoch ein differenzierteres Eingehen auf ihre individuellen Werte und Normen und das daraus abgeleitete Handeln gewünscht.

In den Stationsleitern sieht der Vf. die „wahren Herrscher“ des Schutzgebietes. Auf Grund der nur sehr begrenzten Kontrollmöglichkeiten seitens der kolonialen Zentrale in Lomé seien sie weitgehend selbständige Träger eines „despotischen Verwal-

tungshandelns“ gewesen. Das Gouvernement habe dem den Versuch einer stärkeren Bürokratisierung entgegengesetzt. Diese „administrative Utopie“ sei aber an den infrastrukturellen Unzulänglichkeiten, den Abwehrstrategien der eingeborenen Bevölkerung und nicht zuletzt am Widerstand der Bezirksamtänner selbst gescheitert, die in den aus der Bürokratisierung folgenden stärkeren Gestaltungsmöglichkeiten der zentralen Verwaltung eine Gefährdung ihrer eigenen, nahezu unabhängigen Position gesehen hätten. Die deutsche Herrschaft sei dadurch immer intermediäre Herrschaft geblieben.

Auf das „administrative Häuptlingswesen“ als wichtigstes Bindeglied zwischen Europäern und Afrikanern geht der Vf. ausführlich ein. Die ‚Häuptlinge‘ waren von den Kolonialherren abhängig: Im Falle ursprünglich akephaler Gesellschaften waren sie direkt von diesen eingesetzt, in traditionellen „Häuptlingtümern“ konnten sie zumindest jederzeit ihres Amtes enthoben werden. Auch bedeutete der Anspruch des kolonialen Staates auf das Gewaltmonopol eine einschneidende Verringerung ihrer Macht. Jedoch konnten sie nach *von Trotha* auch einen Machtzuwachs verbuchen, sei es in der Etablierung bis dahin nicht durchgesetzter „Oberhäuptlingtümer“, sei es in der Befreiung ihrer eigenen Position aus den Beschränkungen der traditionellen Herrschaftsform: Waren sie in der vorkolonialen Gesellschaft auf den Konsens der einflußreichen Ältesten angewiesen, so bot ihnen nun der Zugang zu den Machtmitteln der Kolonialherren eine eigenständige, wenn auch

„geliehene“ Macht. Die noch vielfach vertretene Unterscheidung zwischen „direkter“ und „indirekter“ Herrschaft erhält dadurch eine überzeugende Einschränkung. Aus *von Trothas* Analyse wird deutlich, daß es sich auch bei internediären Herrschaftsformen um direkte Eingriffe in die vorkoloniale Gesellschaftsordnung handelte.

Überzeugend zeichnet *von Trotha* die eingeborene Bevölkerung sowie die ihr vorstehenden „Häuptlinge“ nicht nur als rein passive Opfer, sondern arbeitet die ganze Bandbreite der „Strategien der Widerständigkeit“ heraus, die von offener Revolte und Obstruktion über teilweise Verweigerung der geforderten Leistungen bis zur Entwicklung einer „defensiven Kommunikation“, also der Behinderung der für jede bürokratische Herrschaft nötigen Wissensbeschaffung reicht.

*Von Trothas* theoretische Überlegungen lohnen eine Überprüfung anhand anderer Kolonien, denn sie ermöglichen ein tieferes Verständnis für Vorgänge der Herrschafterrichtung und der dabei auftretenden Probleme.

Jürgen Zimmerer

**Wolfram Fischer (Hrsg.), Lebensstandard und Wirtschaftssysteme. Studien im Auftrage des Wissenschaftsfonds der DG Bank, Fritz Knapp Verlag, Frankfurt a.M. 1995, 707 S.**

Der Zusammenhang zwischen Lebensstandard und Wirtschaftssystem ist eine der zentralen Fragen der pra-

xis-orientierten Volkswirtschaftslehre und sicher nicht nur für Ökonomen interessant. Die Aufsatzsammlung verdient aber schon deshalb Aufmerksamkeit, weil das Konzept des Herausgebers dessen globale Perspektive widerspiegelt und weil *Wolfram Fischer* für die Beiträge äußerst renommierte Autoren gewinnen konnte. Zunächst gibt es drei einführende Beiträge über einen Vergleich der Wirtschaftsordnungen (*G. Gutmann*), die Messung des Lebensstandards (*P. von der Lippe*) sowie die Entwicklung von Wirtschaftswachstum und Lebensstandard in 20 geographisch, staatlich, ordnungspolitisch und institutionengeschichtlich repräsentativen Staaten, in denen immerhin 74 Prozent der Summe aller Bruttoinlandsprodukte erzeugt werden (*A. Maddison*). Ein zweiter Teil beschäftigt sich mit Europa als Ausgangspunkt der modernen Welt (*D. S. Landes*), dem innereuropäischen Wohlstandsgefälle (*W. Fischer*), der wirtschaftlichen Transformation in den Staaten des ehemaligen Ostblocks und ihren Auswirkungen auf den Lebensstandard (*G. Leptin*) sowie der Entwicklung in der Sowjetunion (*S. Merl*).

Hinzu kommt ein Artikel von *H. Siegenthaler* über „Wege zum Wohlstand: Das Beispiel der USA, der Schweiz und Brasiliens“, der eigentlich mit dem zentralen Thema wenig zu tun hat. *Siegenthaler* präsentiert hier seine These, daß die langfristige Sicherung des Wohlstandes in einem Land von der Existenz einer Kommunikationsstruktur abhängt, die in Krisensituationen einen Erfahrungsaustausch zwischen den unterschiedlich sozialisierten Kommunikationsge-

meinschaften und damit einen freien Wettbewerb der Konzepte ermöglicht. *Siegenthalers* Synthese der *Habermas*'schen Theorie des kommunikativen Handelns mit der wirtschaftshistorischen Empirie produziert faszinierende Ergebnisse, wenngleich nur die negativen Beispiele für den Zusammenhang von autokratischer Herrschaft, eingeschränkter Kommunikation und wirtschaftlicher Stagnation vollständig überzeugen können. *Siegenthalers* Auffassung, die zur Jahrhundertwende gefallene amerikanische Entscheidung für den Imperialismus und die Ablehnung interventionistischer oder korporatistischer Wirtschaftspolitik in der Schweiz der dreißiger Jahre seien Ergebnisse eines „gesamtnationalen Argumentationswettstreits“ (S. 191) gewesen, unterschätzt die Bedeutung der Interessengruppen, deren entwicklungshemmende Wirkung eines der wichtigsten Probleme der gegenwärtigen Demokratien darstellt.

Aber zurück zum Thema: Im dritten Teil des Buches werden Lebensstandard und Wirtschaftssysteme in außereuropäischen Regionen untersucht. Dabei geht es um die USA (*P. Temin*), Lateinamerika (*A. Fishlow*), Ägypten, Algerien, Syrien und Tunesien als Repräsentanten der islamischen Welt (*A. Ghanie Ghaussy*), Indien (*D. Rothermund*), China (*R. Ptak*), Japan (*E. Pauer*) und die ostasiatischen „Tiger“ (*D. Lorenz*).

Erst diese Beiträge verdeutlichen die ganze Relevanz des Themas, denn die Beschränkung auf Europa kann dazu verleiten, aus einem eindeutigen Befund ein recht einfaches Fazit zu ziehen. Zweifellos liegt nämlich der

„Hauptgrund für das Zurückbleiben des früheren Ostblocks“ in den Unterschieden zwischen Zentralverwaltungs- und Marktwirtschaft (S. 219). Sowohl der deutsch-deutsche Vergleich als auch die Entwicklung der Bruttosozialproduktreihen über die letzten 70 Jahre in Ungarn und der Tschechoslowakei sowie Portugal und Griechenland belegen das eindeutig. *Merl* zeigt zudem am Beispiel der Sowjetunion, daß der beinahe vollständige Zusammenbruch der Zentralverwaltungswirtschaftssysteme auch durch den am Ende immer stärker wirkenden Widerspruch zwischen erstrebtem und realisiertem Lebensstandard verursacht wurde.

Ein kritischer Blick auf methodische und theoretische Ansätze führt allerdings den Leser über diese nicht allzu überraschenden Erkenntnisse hinaus. Es lohnt sich nämlich, die einzelnen Lebensstandardvergleiche und die undifferenzierte, weil unzulässig polarisierende Betrachtung der Wirtschaftssysteme durch ihre Gleichsetzung mit den *Eucken*'schen Idealtypen von Wirtschaftsordnungen kritisch zu hinterfragen.

*Von der Lippe*, Volkswirt und Statistiker, weist darauf hin, daß der gängigste Lebensstandardindikator, das private Einkommen, in beiden Systemen völlig unterschiedliche Stellenwerte hatte. Dabei geht es nicht nur um die „zweite Lohntüte“, also die staatlichen Preissubventionen und die stärkere Berücksichtigung des gesellschaftlichen Konsums. Unterschiede in der Qualität der Gebrauchsgüter, im Steuer- und Sozialabgabensystem, die Existenz von Naturaltausch und der DM-Nebenwährung in der DDR und

manches andere machen jede Berechnung über die Kaufkraftparität zwischen DDR- und D-Mark angreifbar. Gleichzeitig vertritt *von der Lippe* die Auffassung, daß alle Versuche, die qualitativen Aspekte, die sich mit dem Lebensstandardbegriff verbinden (z.B. „kulturelle Pluralität“), in eine Art Kosten-Nutzen-Analyse einzubeziehen und analog zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ein „Ökologisches Sozialprodukt“ zu berechnen, gescheitert sind.

Dieses methodische Dilemma einer wirtschaftswissenschaftlichen Lebensstandardanalyse wird im Beitrag *Gutmanns* deutlich. In seinem Systemvergleich der Wirtschaftsordnungen in der ehemaligen Bundesrepublik und in der DDR untersucht er deren Effizienz bei der Ressourcenlenkung und verdeutlicht die Vorteile bzw. Defizite der markt- bzw. planwirtschaftlichen Entscheidungs-, Informations- und Motivationsstrukturen. Das Lebensstandardproblem wird hingegen nicht systematisch, sondern lediglich illustrativ behandelt. *Gutmann* ging es auch mehr um den prinzipiellen Unterschied zwischen der Marktwirtschaft, die „letztlich dem Zweck (dient), daß die wirtschaftenden Menschen ihre jeweils eigenen Zielsetzungen verfolgen“, während in der Planwirtschaft nur „die Spitzengremien der herrschenden Partei und des Staates die wirklichen Subjekte des Wirtschaftens“ sind (S. 40).

Ein mehr von wirtschaftshistorischen Tatsachen als von Idealtypen geprägtes Herangehen läßt *Fischer* mehrfach auf Unterschiede zwischen marktwirtschaftlichen Systemen hinweisen. Dabei geht es ihm vor allem

um das Ausmaß der Sozialtransfers, deren Wirkungen auf das Wirtschaftswachstum in der Geschichte durchaus unterschiedlich war, obwohl in der Gegenwart der Rückbau des Wohlfahrtsstaates eindeutig dominiert. Ein Vergleich der Sozialleistungsquoten westlicher Staaten und des Ostblocks macht jedoch wenig Sinn, weil die Sozialsysteme, vor allem die Sozialversicherungssysteme zu unterschiedlich waren, der Osten beispielsweise weder Sozialhilfe noch Arbeitslosengeld, dafür jedoch Preissubventionen für Kinderbekleidung usw. kannte.

Einfacher und selbstverständlicher legitim ist der Vergleich der Lebensstandardentwicklung zwischen dem östlichen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn. *Leptin* zeigt, daß Realeinkommenswachstum auf der einen und dessen Rückgang auf der anderen Seite zwangsläufige Ergebnisse der Transformationsprozesse gewesen sind. Er liefert eine umfassende Beschreibung des Umbruchs als wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozeß, wobei jedoch einigen Einschätzungen zu widersprechen ist. Der Einigungsvertrag war beispielsweise alles andere als ein „geradezu perfektionistisches System von Ausnahmen und fortgeltendem DDR-Recht“ (S. 325). *Leptin* mißt den Erfolg der ökonomischen Transformation allein an der Zahl der privatisierten Betriebe. In diesem Punkt folgt er der gleichen starren Gegenüberstellung der Wirtschaftsordnungen, wie sie *Gutmann* vorgenommen hat. Generell ergibt sich das Problem, daß hier alle Veränderungen nach dem Grad der Annäherung an westliche (genauer westeuropäische bzw. westdeutsche) Zustände

bewertet werden. *Fischer* zeigt hingegen in seinem Beitrag die sich aus der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte der letzten 500 Jahre ergebenden Ursachen für die Vielfalt Europas, die eine solche schematische Übertragung westlicher Institutionen problematisch erscheinen lassen.

Der Blick auf die gegenwärtige außereuropäische Welt relativiert die europäische Fixierung auf die Ordnungsfrage zusätzlich. Gerade bei den erfolgreichsten Schwellenländern, den kleinen Tigern Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan, stand die „überholte und allgemeine Dichotomie von Marktwirtschaft versus Planwirtschaft überhaupt nicht zur Debatte“ (*Lorenz*, S. 652). Zwar gibt es seit den siebziger Jahren in der sogenannten Dritten Welt einen in seinen Wachstumseffekten per Saldo nicht erfolglosen Trend zum Wirtschaftsliberalismus. Man sollte aber nicht vergessen, daß die planwirtschaftlichen Ansätze der postkolonialen Wirtschaftspolitik in den islamischen Staaten und in Indien, nicht allein, ja meist nicht einmal vorrangig ideologischen Verbhrtheiten oder sowjetischen Indoktrinationen entsprangen. Wirtschaftshistoriker haben bereits vor Jahrzehnten am Beispiel der die Industrialisierung im 19. Jahrhundert nachvollziehenden Staaten gezeigt, daß die Staatsbindung der Wirtschaft stark vom Ausmaß der Unterentwicklung abhängt.

Die Tigerstaaten verbinden bis heute Entwicklungsstaat und Marktwirtschaft, so wie in den fünfziger Jahren Japan staatliche Forschungs- und Technologieimportpläne mit unternehmerischen Exportstrategien

kombinierte. Das Erfolgsrezept bestand eben nicht nur aus der Nutzung komparativer Kostenvorteile im Außenhandel. Hinzu kamen kulturelle Besonderheiten, die neben der allgemeinen Lernbereitschaft und dem Aufbau flexibler Informationsnetzwerke auch eine pragmatische, also von „reinen Lehren“ unabhängige, Wirtschaftspolitik beförderten. Zwar weist *Lorenz* zu Recht daraufhin, daß das ostasiatische Wirtschaftswunder an ungewöhnliche historische und institutionelle Umstände gebunden war und betont damit dessen Singularität. Trotzdem können die ehemaligen Ostblockstaaten hier ebensoviel lernen wie in Westeuropa.

Der ostasiatische Erfolg beruht beispielsweise auch auf einer im interkontinentalen Vergleich geringen sozialen Differenzierung. Die europäische Geschichte, aber auch die lateinamerikanische Gegenwart belegen die wachstumshemmende Wirkung zu großer Einkommensdifferenzen. Während dieser Zusammenhang in mehreren Beiträgen belegt oder zumindest stillschweigend zugrunde gelegt wurde, bleiben die Aussagen über die von regionaler Konvergenz bzw. Divergenz ausgehenden Wachstumseffekte oder über deren Zusammenhang mit der individuellen Einkommensentwicklung weitgehend unklar, obwohl die regionale Entwicklung bei den Beiträgen über die USA und China im Mittelpunkt stand.

Der Band liefert also ausreichend Diskussionsstoff und bietet quasi nebenbei einen knappen Überblick über die jüngeren Wirtschaftsgeschichten wichtiger Länder. Tieferegehende Analysen werden durch die allen

Beiträgen angefügten Literaturverzeichnisse angeregt. Hinzu kommen schließlich die statistischen Daten über Wirtschaftswachstum und die verschiedenen Lebensstandardindikato-

ren, so daß das Buch schon wegen seines hohen Informationsgehaltes vielerorts einen Platz in der Handbibliothek erhalten wird.

Uwe Müller

---

## Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

*Lutz-Dieter Behrendt*, Prof. Dr., Deggendorf

*Werner Berthold*, Prof. em. Dr., Leipzig

*Cathrin Friedrich*, Dr. phil., Universität Leipzig, Zentrum für Höhere Studien

*Helgard Fröhlich*, Dr. phil., Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Geschichtswissenschaften

*Eckhardt Fuchs*, Dr. phil., Deutsches Historisches Institut Washington

*Frieder Garten*, Dr. phil., Dozent für Erwachsenenbildung im Bildungswerk der Sächsischen Wirtschaft e.V.

*Michael Geyer*, Prof. Dr., University of Chicago, Department of History

*Martin Guntau*, Prof. Dr., Rostock

*Falk Höppner*, Diplomgeschichtslehrer, Leipzig

*Solvejg Höppner*, Diplomgeschichtslehrerin, Leipzig

*Gangolf Hübinger*, Prof. Dr., Universität Frankfurt/Oder, Fakultät für Kulturwissenschaften

*Günter Katsch*, Prof. Dr., Leipzig

*Stefan Meineke*, Dr. phil., Freiburg im Breisgau

*Matthias Middell*, Dr. phil., Universität Leipzig, Zentrum für Höhere Studien

*Uwe Müller*, Dipl.-Hist., Humboldt-Universität zu Berlin, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Institut für Wirtschaftsgeschichte

*Martin Sabrow*, Dr. phil., Zentrum für Zeithistorische Studien Potsdam e.V.

*Wolfgang Schmale*, PD Dr. phil. habil., Ludwig-Maximilians-Universität München, Institut für Neuere Geschichte

*Edoardo Tortarolo*, Prof. Dr., Università di Torino

*Eberhard Wächter*, Prof. Dr., Conradsdorf

*Jürgen Zimmerer*, Doktorand, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Historisches Seminar

---

## Jahresinhaltsverzeichnis des 6. Jahrgangs 1996

### Themen der Hefte:

- Heft 1: Zwangsmigrationen in Mittel- und Südosteuropa. Hrsg. von Wolfgang Höpken
- Heft 2: Infrastrukturpolitik in der Industrialisierung zwischen Liberalismus, Regulierung und staatlicher Eigenrätigkeit. Hrsg. von Uwe Müller
- Heft 3: Wohnungsbau im internationalen Vergleich. Planung und gesellschaftliche Steuerung in den beiden deutschen Staaten und in Schweden 1945–1980. Hrsg. von Hannes Siegrist und Bo Stråth
- Heft 4: Gesellschaft nach der Vollbeschäftigung. Hrsg. von Georg Vobruba und Frank Geißler
- Heft 5-6: Historikertage im Vergleich. Hrsg. von Gerald Diesener und Matthias Middell

### Aufsätze

- Lutz-Dieter Behrendt*, Sowjetische Historiker auf internationalen Historikerkongressen der zwanziger und dreißiger Jahre 5-6/72
- Elfi Bendikat*, Nahverkehrspolitische Konflikte und kommunale Interventionen in Berlin und Paris: 1890–1914 2/85
- Claude Diebolt*, Deutsche und französische Bildungsausgaben im 19. Jahrhundert im Vergleich 2/72
- Gerald Diesener/Matthias Middell*, Institutionalisierungsprozesse in den modernen historischen Wissenschaften 5-6/7
- Mats Franzén*, Der Bau des Folkhems. Wohnungsbaupolitik in Schweden 1940–1980 3/49
- Cathrin Friedrich*, „Gaudeant historiae“ – Die deutschen Historikertage in den 1920er Jahren 5-6/58
- Eckhardt Fuchs*, Wissenschaft, Kongreßbewegung und Weltausstellungen: Zu den Anfängen der Wissenschaftsinternationale vor dem Ersten Weltkrieg 5-6/156
- Michael Geyer*, Die Jahresversammlungen der „American Historical Association“ am Anfang und Ende des 20. Jahrhunderts 5-6/109
- Siegfried Grundmann*, Der Einfluß der Standortwahl des Wohnungsbaus auf die räumliche Umverteilung der Bevölkerung in der DDR 1971–1990 3/148

- Martin Guntau*, Arbeiten zur Geschichte der geologischen Wissenschaften im Rahmen nationaler und internationaler Gremien 5-6/203
- Andreas Helmedach*, Bevölkerungspolitik im Zeichen der Aufklärung. Zwangsumsiedlung und Zwangsassimilierung im Habsburgerreich des 18. Jahrhunderts – eine noch ungelöste Forschungsaufgabe 1/41
- Andreas Helmedach*, Infrastrukturpolitische Grundsatzentscheidungen des 18. Jahrhunderts am Beispiel des Landverkehrswesens: Großbritannien, Frankreich, Habsburgermonarchie 2/11
- Wolfgang Höpken*, Flucht vor dem Kreuz? Muslimische Emigration aus Südosteuropa nach dem Ende der osmanischen Herrschaft (19./20. Jahrhundert) 1/1
- Thomas Hoscislawski*, Die „Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem“ – Etappen der Wohnungsbaupolitik in der DDR 3/68
- Gangolf Hübinger*, Historikertage und Soziologentage vor dem Ersten Weltkrieg. Kommunikation und institutionelle Abgrenzung 5-6/44
- Robert Kappel*, Informalität als Normalität – Anmerkungen zu einem vernachlässigten Thema 4/97
- Sabine Lang*, Geschlechterordnungen auf dem Arbeitsmarkt. Erwerbstätigkeit als Regulierungsform des Geschlechterverhältnisses 4/73
- Stephan Lessenich*, Erst die Arbeit – und dann? Widersprüche der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit in autoritären und totalitären Regimen 4/1
- Klaus-Peter Matschke*, Zwangsmigrationen in der älteren Geschichte Südosteuropas 1/63
- Matthias Middell*, Die ersten Historikertage in Deutschland 1893–1913 5-6/21
- Uwe Müller*, Die Modernisierung der Straßenverkehrsinfrastrukturpolitik während der Industrialisierung. Ein deutsch-britischer Vergleich 2/51
- Roswitha Pioch*, Garantiertes Grundeinkommen: Sozialpolitik nach der Vollbeschäftigung 4/50
- Hajo Riese*, Von der Geschichtsteleologie zur Teleologie der Wohlfahrtspolitik. Kritik einer gesellschaftspolitischen Konzeption 4/38
- Martin Sabrow*, Ökumene als Bedrohung. Die Haltung der DDR-Historiographie gegenüber den deutschen Historikertagen von 1949 bis 1962 5-6/178
- Axel Schildt*, „... für die breiten Schichten des Volkes“. Zur Planung und Realisierung des „Sozialen Wohnungsbaus“ in der Bundesrepublik Deutschland (1950–1960) 3/24
- Hannes Siegrist/Bo Stråth*, Wohnungsbau als Problem gesellschaftlicher Steuerung. Einleitung 3/7
- Thord Strömberg*, Die Baumeister des Folkhems. Lokale Wohnungsbaupolitik in Schweden 3/127

- Holm Sundhaussen*, Bevölkerungsverschiebungen in Südosteuropa seit der Nationalstaatswerdung (19./20. Jahrhundert) 1/25
- Kerstin Tews*, Umweltpolitik im Transformationsprozeß. Interessenkonflikte und politische Chancenstruktur bei der Gestaltung und Umsetzung der polnischen Umweltpolitik 4/120
- Edoardo Tortarola*, Die Zusammenkünfte italienischer Historiker zwischen 1879 und 1895 5-6/99
- Georg Vobruba*, Income Mixes. Eine Spekulation über die langfristige Entwicklung materieller Existenzsicherheit 4/25
- Eberhard Wächter*, Karl Marx, zwei deutsche Staaten und die Industriearchäologie. Gedanken zum Beitrag der DDR zur Formierung und Institutionalisierung der Industriearchäologie 1973 bis 1990 5-6/225
- Georg Wagner-Kyora*, Bürokratien und Bedarf. Der Bundesstaat, die Länderverwaltungen und die Gemeinden im bundesdeutschen Wohnungsbauordnungssystem 1950–1970 3/82
- Rainer Weinert*, Ziele, Organisation und Konflikte des gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbaus der Gewerkschaften nach 1945 im Kontext des öffentlichen Wohnungsbaus 3/100

## Forum

- Carlos Antonio Aguirre-Rojas*, Die „longue durée“ im Spiegel 1/71
- Thomas Ahbe*, Transformation – Identität – Ressourcen 1/89
- Helgard Fröhlich*, England zwischen Anpassung und Widerstand. Ideen und Mentalitäten 1649–1653 5-6/233
- Michael Geyer*, Kurze Rede über die Zukunft der Vergangenheit im Cyberspace 2/128
- Markus Huttner*, „Demokratien und totalitäre Systeme“ – das Zeitalter der Weltkriege aus christentumsgeschichtlicher Perspektive 4/146
- H. C. F. Mansilla*, Die ökologischen und demographischen Probleme Lateinamerikas und das entwicklungspolitische Bewußtsein von 1950 bis 1980 2/111

## Mitteilungen und Berichte

- „Demokratie ist Konsum“. Geschichte der Politikpropaganda in Deutschland (*Thomas Ahbe*) 1/105
- „Kulturtransfer im Epochenumbuch. Frankreich – Deutschland 1770–1815“. Internationale Arbeitstagung in Saarbrücken (*Gudrun Gersmann*) 2/140

## Buchbesprechungen

- Frank von Auer/Franz Segbers (Hrsg.), Sozialer Protestantismus und Gewerkschaftsbewegung: Kaiserreich – Weimarer Republik – Bundesrepublik Deutschland, Köln 1994 (*Joachim Bleyl*) 2/160
- Dirk Bavendamm, Roosevelts Krieg 1937–1945 und das Rätsel von Pearl Harbor, München 1993 (*Falk Höppner*) 5-6/272
- Peter Bender, Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland, München 1996 (*Jörg Roesler*) 2/167
- Tom W. Bennett, Human Rights and African Law under the South African Constitution, Kapstadt 1995 (*Wolfgang Schmale*) 5-6/278
- Werner Bramke/Ulrich Heß (Hrsg.), Sachsen und Mitteldeutschland. Politische, wirtschaftliche und soziale Wandlungen im 20. Jahrhundert, Weimar/Köln/Wien 1995 (*Uwe Müller*) 2/163
- Eckhard Buddruss, Die französische Deutschlandpolitik 1756–1789, Mainz 1995 (*Thomas Höpfl*) 1/116
- Walter Bußmann und Günther Grünthal (Hrsg.), Siegfried A. Kaehler. Briefe 1900–1963, Boppard 1993 (*Stefan Meineke*) 5-6/259
- Christophe Charle, La République des Universitaires 1870–1940, Paris 1994 (*Gabriele Lingelbach*) 2/154
- Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven, hrsg. von Jürgen Kocka und Martin Sabrow, Berlin 1994 (*Matthias Middell*) 1/122
- Diether Döring, Frank Nullmeier, Roswitha Pioch und Georg Vobruba (Hrsg.), Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat, Marburg 1995 (*Peter Bleses*) 4/202
- Michael Dreyer/Oliver Lembcke, Die deutsche Diskussion um die Kriegsschuldfrage 1918/19, Berlin 1993 (*Werner Bramke*) 4/225
- Vincent Duclert, Die Dreyfus-Affäre. Militärwahn, Republikfeindschaft, Judenhaß, Berlin 1994 (*Eckhardt Fuchs/Günther Fuchs*) 4/215
- Wolfram Fischer (Hrsg.), Lebensstandard und Wirtschaftssysteme. Studien im Auftrage des Wissenschaftsfonds der DG Bank, Frankfurt a. M. 1995 (*Uwe Müller*) 5-6/280
- Etienne François, Hannes Siegrist und Jakob Vogel (Hrsg.), Nation und Emotion. Deutschland und Frankreich im Vergleich. 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1995 (*Hans-Jürgen Lüsebrink*) 4/220
- Eckhardt Fuchs/Günther Fuchs, „J'accuse!“. Zur Affäre Dreyfus, Mainz 1994 (*Hans-Martin Moderow*) 4/217
- Amos Funkenstein. Jüdische Geschichte und ihre Deutungen. Frankfurt a. M. 1995 (*Johannes Twardella*) 1/126

- Christian Geinitz, Volker Ilgen, Ute Scherb, Holger Skor, Andreas Weber, Kriegsgedenken in Freiburg. Trauer, Kult, Verdrängung, Freiburg i. Br. 1995 (*Friedemann Scriba*) 2/157
- Geschichtswissenschaft in Berlin im 19. und 20. Jahrhundert. Persönlichkeiten und Institutionen, hrsg. von Reimer Hansen und Wolfgang Ribbe, Berlin/New York 1992 (*Matthias Middell*) 1/121
- Gert Gröning und Joachim Wolschke-Bulmahn, Von Ackermann bis Ziegelhütte. Ein Jahrhundert Kleingartenkultur in Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 1995 (*Günther Katsch*) 5-6/269
- Ulrich Heß, Geschichte der Behördenorganisation der thüringischen Staaten und des Landes Thüringen von der Mitte des 16. Jahrhunderts bis zum Jahr 1952, hrsg. von Peter Langhof und Jochen Lehmann, Jena/Stuttgart 1993 (*Reyk Seela*) 1/113
- Ulrich Heß, Geschichte der Staatsbehörden in Schwarzburg-Rudolstadt, hrsg. von Peter Langhof, Jena/Stuttgart 1994 (*Reyk Seela*) 1/113
- Erk Volkmar Heyen (Hrsg.), Bilder der Verwaltung: Memoiren, Karikaturen, Romane, Architektur, Baden-Baden 1994 (*Helmut Goerlich*) 1/112
- Peter Hirsch und Billie Lopez, Reiseführer durch das jüdische Deutschland, München 1993 (*Solveig Höppner*) 5-6/266
- Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, hrsg. von Jürgen Kocka, Berlin 1993 (*Matthias Middell*) 1/122
- Martin Holhis, Soziales Handeln – Eine Einführung in die Philosophie der Sozialwissenschaften, Berlin 1995 (*Frieder Garten*) 5-6/276
- Gangolf Hübinger, Kulturprotestantismus und Politik. Zum Verhältnis von Liberalismus und Protestantismus im wilhelminischen Deutschland, Tübingen 1994 (*Cathrin Friedrich*) 5-6/257
- Bruno Kaltenborn, Modelle der Grundsicherung. Ein systematischer Vergleich, Baden-Baden 1995 (*Britta Matthes*) 4/205
- Andrea Komlosy/Václav Bůžek/František Svátek (Hrsg.), Kulturen an der Grenze. Waldviertel, Weinviertel, Südböhmen, Südmähren, Wien 1995 (*Pavel Himl*) 2/169
- Martin Kröger/Roland Müller, Die Geschichtsbilder des Historikers Karl Dietrich Erdmann. Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik. Mit einem Vorwort von Winfried Schulze, München 1996 (*Werner Berthold*) 5-6/262
- Jacques Le Goff, Une vie pour l'histoire, Entretiens avec Marc Heurgon, Paris 1996 (*Matthias Middell*) 1/124
- Sandra Marcella Lucia Liebscher, Gegenwärtige kulturelle Probleme und Varianten der Valdesi. Ethnographie der italienischen Waldenser 1991–1993, Bochum 1994 (*Friedemann Scriba*) 2/176
- Werner Meißner, China zwischen nationalem „Sonderweg“ und universaler Modernisierung. Zur Rezeption westlichen Denkens in China, München 1994 (*Roland Felber*) 4/212

- Heinz Mohrhaupt und Dieter Grimm, *Verfassung. Zur Geschichte des Begriffs von der Antike bis zur Gegenwart. Zwei Studien*, Berlin 1995 (*Wolfgang Schmale*) 5-6/275
- Monika Neugebauer-Wölk, *Esoterische Bünde und Bürgerliche Gesellschaft. Entwicklungslinien zur modernen Welt im Geheimbundwesen des 18. Jahrhunderts*, Göttingen 1995 (*Ursula Goldenbaum*) 2/150
- Arnold Paucker, *Standhalten und Widerstehen. Der Widerstand deutscher und österreichischer Juden gegen die nationalsozialistische Diktatur*, Essen 1995 (*Solveig Höppner*) 5-6/266
- Christian Pfister, *Bevölkerungsgeschichte und Historische Demographie 1500–1800*, München 1994 (*Stefan Militzer*) 2/145
- Véronique Porra, *L'Afrique dans les relations franco-allemandes entre les deux guerres: Enjeux identitaires des discours littéraires et de la réception*, Frankfurt a. M. 1994 (*Albert Gouaffo*) 1/119
- Christa Randzio-Plath/Bernhard Friedmann, *Unternehmen Osteuropa — eine Herausforderung für die Europäische Gemeinschaft. Zur Notwendigkeit einer EG-Ostpolitik*, Baden-Baden 1994 (*Andrej A. Gross*) 2/172
- Pierre Rétat, *Le dernier Règne. Chronique de la France de Louis XVI (1774–1789)*, Paris 1995 (*Annette Keilhauer*) 2/147
- Jeremy Rifkin, *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*, Frankfurt a. M. 1995 (*Simone Klotzbach*) 4/207
- Klaus Rob (Bearb.), *Regierungsakten des Primatistaates und des Großherzogtums Frankfurt 1806–1813*, München 1995 (*Hans Martin Moderow*) 1/117
- Jörn Rüsen, *Konfigurationen des Historismus. Studien zur deutschen Wissenschaftskultur*, Frankfurt a. M. 1993 (*Eckhardt Fuchs*) 2/174
- Winfried Schmähl und Herbert Rische (Hrsg.), *Internationalisierung von Wirtschaft und Politik – Handlungsspielräume nationaler Sozialpolitik*, Baden-Baden 1995 (*Georg Vobruba*) 4/210
- Leonore Siegele-Wenschkewitz/Carsten Nicolaisen (Hrsg.), *Theologische Fakultäten im Nationalsozialismus*, Göttingen 1993 (*Joachim Bleyl*) 4/226
- Diane Singerman, *Avenues of Participation. Family, Politics, and Networks in Urban Quarters of Cairo*, Princeton N. J. 1995 (*Henner Fürtig*) 2/178
- Trutz von Trotha, *Koloniale Herrschaft – Zur soziologischen Theorie der Staatsentstehung am Beispiel des „Schutzgebietes Togo“*, Tübingen 1994 (*Jürgen Zimmerer*) 5-6/278
- Shulamit Volkov und Elisabeth Müller Luckner, *Deutsche Juden und Moderne*, München 1994 (*Solveig Höppner*) 5-6/266

- Kim Voss, *The Making of American Exceptionalism. The Knights of Labor and Class Formation in the Nineteenth Century*, Ithaca 1993 (*Jörg Rösse*)  
4/218
- Wulf Wülfing, Karin Bruns und Rolf Parr, *Historische Mythologie der Deutschen. 1798–1918*, München 1991 (*Hans-Jürgen Lüsebrink*) 4/220
- Hartmut Zwahr, *Ende einer Selbstzerstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR*, Göttingen 1993 (*Hans Martin Moderow*) 1/129

Frauen nach 1989  
Herausgegeben von  
Ilse Nagelschmidt

89 S., DM 29,-  
ISBN 3-931922-01-4



Die Aufsätze entstammen einer wissenschaftlichen Konferenz, die am 28. November 1995 an der Universität Leipzig veranstaltet worden ist.

Vertreterinnen verschiedener Wissenschaftsdisziplinen aus Ost und West, sowohl der universitären als auch der außeruniversitären Frauen- und Geschlechterforschung, präsentieren Forschungsergebnisse zu den veränderten Tätigkeits- und Lebenssituationen von Frauen nach 1989 mit Blick auf künftige politikwirksame Handlungsstrategien.

Die Beiträge erkunden unterschiedliche Aspekte der Transformationsprozesse und deren konkrete Auswirkung auf die soziale Situation von Frauen und verdeutlichen gegenseitige Lern- und Erfahrungsprozesse im vereinten Deutschland.

**LEIPZIGER UNIVERSITÄTSVERLAG GMBH**

Oststraße 41 • 04317 Leipzig • Tel. + Fax 03 41 / 9 90 04 40

## Aus dem Inhalt

Gerald Diesener/ Matthias Middell	Institutionalisierungsprozesse in den modernen historischen Wissenschaften
Matthias Middell	Die ersten Historikertage in Deutschland 1893–1913
Gangolf Hübinger	Historikertage und Soziologentage vor dem Ersten Weltkrieg. Kommunikation und institutionelle Abgrenzung
Cathrin Friedrich	„Gaudcant historiae“ – Die deutschen Historikertage in den 1920er Jahren
Lutz-Dieter Behrendt	Sowjetische Historiker auf internationalen Historikerkongressen der zwanziger und dreißiger Jahre
Edoardo Tortarolo	Die Zusammenkünfte italienischer Historiker zwischen 1879 und 1895
Michael Geyer	Die Jahresversammlungen der „American Historical Association“ am Anfang und Ende des 20. Jahrhunderts
Eckhardt Fuchs	Wissenschaft, Kongreßbewegung und Weltausstellungen: Zu den Anfängen der Wissenschaftsinternationale vor dem Ersten Weltkrieg
Martin Sabrow	Ökumene als Bedrohung. Die Haltung der DDR-Historiographie gegenüber den deutschen Historikertagen von 1949 bis 1962
Martin Guntau	Arbeiten zur Geschichte der geologischen Wissenschaften im Rahmen nationaler und internationaler Gremien
Eberhard Wächtler	Karl Marx, zwei deutsche Staaten und die Industriearchäologie. Gedanken zum Beitrag der DDR zur Formierung und Institutionalisierung der Industriearchäologie 1973 bis 1990